Unser Reichskanzler

Moritz Busch


DOMI NUS ILLU
MINA TIO MEA
Taylor Institution.

Grenzboten-Sammlung. Zweite Reihe, Band 1—2.

Unser Reichskanzler

2.

Unser Reichskanzler

Studien zu einem Charakterbilde

von

Moritz Busch

Zweiter Band

Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow
1884

Erstes Kapitel.

Bismarck und die Franzosen.

Am 16. Juni 1860 schrieb Bismarck aus Petersburg einem preußischen Diplomaten: „Die Augsburger u. Co. [die mittelstaatlichen Diplomaten] haben noch immer Angst, ich möchte Minister werden, und meinen dies durch Schimpfen über mich und meine französisch-russischen Gesinnungen zu hintertreiben. Viel Ehre, von den Feinden Preußens gefürchtet zu werden. Übrigens sind meine politischen Liebhabereien im Frühjahre bei Hof und Minister so genau gesiebt worden, daß man klar weiß, was daran ist, und wie ich gerade im nationalen Aufschwung Abwehr und Kraft zu finden glaubte. Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer." Kurz darauf, am 22. August, beklagt er sich in einem gleichfalls von Petersburg datirten Briefe über systematische Verleumdung seitens der Presse, die ihn beschuldigt hatte, russisch-französische Zumutungen wegen Abtretung der Rheinlande gegen Arrondirung im Innern Deutschlands offen unterstützt zu haben, und antwortet darauf: „Ich zahle dem-

jenigen tausend Friedrichsd'or baar, der mir nachweisen kann, daß dergleichen russisch-französische Anerbietungen jemals von irgend jemand zu meiner Kenntnis gebracht seien. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthaltes nie etwas andres geraten, als uns auf die eigne und auf die im Fall eines Krieges aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen."

Auch später waren noch solche Verdächtigungen im Umlauf und fanden nicht bloß unter Fortschrittspolitikern und Ultramontanen, sondern auch in hochstehenden Persönlichkeiten des Hofes Gläubige. Was aber dabei behauptet wurde, war entweder Erfindung eines verlognen Parteigeistes oder Mißverständnis, wo die Betreffenden läuten, aber nicht anschlagen gehört hatten. Die Wahrheit wird sich aus Nachstehendem ergeben, mit dem man das vergleichen wolle, was im fünften Kapitel des ersten Bandes über die österreichische Politik während des Krimkrieges und über die Stellung der deutschen Mittelstaaten zu Frankreich gesagt worden ist. Es geht daraus mit Evidenz hervor, daß Bismarck zwar eine Zeit lang notgedrungen den Gedanken an ein Bündnis mit Frankreich unter seine Berechnungen aufgenommen, niemals aber auch nur entfernt daran gedacht hat, sich die Freundschaft der Franzosen durch Abtretung deutschen Gebietes zu erkaufen.

Als Bundestagsgesandter betrachtet er in einem an Manteuffel gerichteten Schreiben vom 26. April 1856 die Lage Preußens gegenüber einer damals wahrscheinlich gewordenen nähern Verbindung Frankreichs und Rußlands und gelangt im Hinblick auf den geringen Wert eines Bündnisses mit England, auf die Unzuverlässigkeit der deutschen Mittelstaaten und auf die treulose Selbstsucht des Wiener Kabinets zu dem Schlusse: „Käme es zur Verwirklichung einer russisch-französischen Allianz

mit kriegerischen Zwecken, so könnten wir meiner Überzeugung nach nicht unter den Gegnern derselben sein," worauf er fortfährt: „Um uns jede Chance offen zu erhalten, scheint für den Augenblick ja nichts erforderlich, als vielleicht etwas mehr kostenlose Freundlichkeit gegen Louis Napoleon und Ablehnung jedes Versuchs, uns gratuitement und vor der Zeit an das Schlepptau eines andern zu fesseln. Bei der Ratifikation des Friedens [von Paris] wird ohne Zweifel ein Ordensaustausch der Souveräne stattfinden, und es würde für uns wohl nicht von praktischem Nutzen sein, wenn wir uns von dieser wohlwollenden Demonstration Paris gegenüber ausschlössen oder uns erheblich später als andre dazu herbeiließen. Es ist gewiß, daß Louis Napoleon an seinem neuen Hofe und nach seinen persönlichen Dispositionen das Eingehen oder Ausbleiben dieses Freundschaftsbeweises höher anschlägt als die Träger alter Kronen pflegen." Bald nachher, am 10. Mai, empfiehlt er seinem Chef die Pflege guter Beziehungen zu Frankreich, damit die Möglichkeit eines Bündnisses mit demselben erhalten bleibe. Zu welchem nächsten Zwecke, geht aus der folgenden Betrachtung hervor. „Wir vermögen es nicht, die gegenseitigen Beziehungen der übrigen Großmächte zu einander nach unsrer Wahl zu gestalten, aber wir können uns die Freiheit bewahren, die Gestaltungen, welche sich ohne unser Zuthun und vielleicht gegen unsre Wünsche entwickeln, nach den Anforderungen unsrer Sicherheit und unsrer Interessen zu benutzen. Unsre Beziehungen zu Rußland, England und Österreich sind von der Art, daß sie kein Hindernis für eine Annäherung an jede dieser Mächte bieten, wenn uns die Umstände eine solche ratsam erscheinen lassen. In Betreff Frankreichs findet zwar nicht das Gegenteil statt, aber die Keime einer gegenseitigen Entfremdung sind dort nach den geschichtlichen und dynastischen Verhältnissen in dem Maße vorhanden, daß

nur eine sorgfältige Pflege unsrer Beziehungen uns die Fähigkeit bewahren kann, nach Umständen ebenso leicht mit Frankreich zu gehen als mit jeder andern der genannten drei Mächte. Ich will damit nicht einem preußisch-französischen Bündnisse a priori das Wort reden; aber ich glaube, es bedarf keines Beweises, daß unsre Stellung an Gewicht verlieren wird und die übrigen Kabinette anfangen werden, weniger Rücksicht auf uns zu nehmen, sobald aus dem Kreise der für Preußen möglichen Entschließungen die Chance eines Bündnisses mit Frankreich als gänzlich gestrichen anzusehen ist, und wir können, ohne daß wir es zu hindern imstande wären, in Lagen geraten, wo jene Chance von zwei Übeln das kleinste ist. Wird dies zugegeben, so folgt auch daraus, daß unsre Beziehungen zu Frankreich einstweilen von der Art sein müssen, daß sie uns jederzeit erlauben, dieser Macht ohne Schaden und Demütigung für uns noch näher zu treten, und daß auch die andern Höfe den Eindruck behalten, daß uns diese Möglichkeit offen steht.... Reisende, die aus Paris kommen, erzählen, daß der Kaiser Napoleon zu preußischen Offizieren ... den Wunsch und die Hoffnung geäußert habe, die preußischen Truppen bei einer Übung zu sehen. Da er nicht leicht etwas ohne Absicht und Vorbedacht spricht, so hat man daraus geschlossen, daß er gern eine Einladung nach Berlin haben möchte. Was daran ist, wird Hatzfeldt besser wissen als ich; wenn es aber richtig wäre, so würde ich in einem solchen Besuche einen sehr gelungenen Abschluß der preußischen Politik in der orientalischen Frage und eine eklatante Exempelprobe für deren Richtigkeit erblicken. Der Selbstherrscher der Franzosen hat dermalen eine so entscheidende Bedeutung in den Entscheidungen der europäischen Politik, und seine Freundschaft oder auch nur der Kredit des äußern Anscheins derselben wird von den mächtigsten Monarchen so eifrig gesucht, daß es nicht

bloß ein formeller Beweis von Anerkennung, sondern eine Thatsache von politischem Gewicht sein würde, wenn er nach der Ehre strebte, unserm Allergnädigsten Herrn vor allen andern seinen Besuch zu machen.... Man mag beklagen, daß es so steht, aber Thatsachen lassen sich nicht ändern, sondern nur benutzen, und wie die Dinge liegen, stellt sich ein Besuch des französischen Kaisers in Berlin als ein diplomatischer Gewinn, das Unterlassen der Einladung, falls die Velleität bei ihm wirklich vorhanden ist, als ein politischer Fehler, meiner Ansicht nach, dar."

Der Kaiser der Franzosen scheint damals in der That den Wunsch nach einer Annäherung an Preußen gehegt zu haben. Am 4. November berichtete Bismarck seinem Minister über eine Unterredung, die er in Frankfurt auf einer Soiree beim französischen Gesandten mit dem Prinzen Napoleon gehabt, und bei welcher sich letzterer ihm „mit einer für die übrige Gesellschaft einigermaßen peinlichen Ausschließlichkeit gewidmet und u. a. bemerkt hatte, die Neuenburger Sache sei ein günstiges Ereignis, wenn sie eine Annäherung zwischen dem Könige Friedrich Wilhelm und dem Kaiser Napoleon zuwege bringe. Die Verbindung Preußens und Frankreichs, als die der »beiden zivilisirtesten Völker der Welt,« sei die natürlichste von allen und könne beiden gleich vorteilhaft werden. Frankreich verlange Vergrößerungen nur, falls andre Mächte sich vergrößerten." Als die Frage wegen der Neuenburger Royalisten 1857 zu einem Feldzuge Preußens gegen die Schweiz zu führen drohte und auf der zur Schlichtung des Streites zusammengetretenen Konferenz in Paris in erster Linie England, in zweiter Österreich gegen die preußischen Ansprüche auftrat, machte Graf Walewski, der Vertreter Frankreichs bei den Beratungen, „bei jedem Punkte den Versuch, dem englischen Widerspruche Terrain

abzugewinnen." Der Kaiser aber, mit dem Bismarck bei dieser Gelegenheit im Auftrage seiner Regierung mehrere Unterredungen hatte, war, wie der Kanzler uns 1870 während des französisch-deutschen Krieges erzählte, „sehr nett und liebenswürdig." Er lehnte zwar den Wunsch des Königs, seine zum Angriff auf die Schweizer bestimmten Truppen durch das Elsaß und Lothringen marschiren lassen zu dürfen, ab, da das in Frankreich zu viel Aufregung verursachen würde. Sonst aber billigte er das Unternehmen, indem er äußerte, „es könne ihm nur lieb sein, wenn das Demokratennest ausgenommen würde." Auch in einer andern Frage, die damals zwischen Bismarck und Napoleon besprochen wurde, zeigte der letztere sich wohlwollend und willfährig. Es handelte sich um die schleswig-holsteinische Angelegenheit, und als Bismarck dem Kaiser auseinandergesetzt, was Dänemark nach seiner persönlichen Ansicht in dieser Sache zur Befriedigung Deutschlands zu bewilligen und zu unterlassen habe, und für die von einem Bundeskommissar in Kopenhagen zu vertretenden deutschen Ansprüche vertrauliche Unterstützung seitens der auswärtigen Gesandten, namentlich auch des französischen, für wünschenswert erklärt hatte, sagte ihm Napoleon diese Unterstützung zu, falls durch die deutschen Forderungen nicht der Bestand der dänischen Monarchie gefährdet würde. Auch im folgenden Jahre hatte Bismarck keine Ursache, anzunehmen, der Kaiser werde in der Herzogtümerfrage sich gegen Deutschland erklären. In einem Berichte vom 30. Juni 1858 bemerkt er: „Meines Dafürhaltens ist in keiner Weise zu besorgen, daß Frankreich in dieser Frage einen Bruch mit Deutschland suchen werde. Es mag immerhin möglich sein, daß es, insoweit auch England dazu die Hand bietet, mit diesem gemeinschaftlich in einem spätern Stadium eine demonstrative Haltung zu Gunsten Dänemarks einnimmt. Wenn aber Frank-

reich einen kontinentalen Krieg sucht, in welchem es England nicht auf seiner Seite haben würde, so vermag ich dem Kaiser Napoleon einen so unweisen Entschluß nicht zuzutrauen, daß er gerade die holsteinische Sache zum Angriffspunkte wählen würde. Wenn irgendeine, so würde gerade diese im gegenwärtigen Augenblicke das gesamte deutsche Nationalgefühl ins Gefecht ziehen und die deutschen Regierungen zur Einigkeit gegen Frankreich auch wider Willen mit fortreißen. Es ist aus diesem Grunde schon nicht recht wahrscheinlich, daß der Kaiser Napoleon, wenn er glaubt, einen Krieg beginnen zu müssen, unmittelbar deutsches Gebiet zum Ziele seines Angriffs wählen würde. Wer aber die Ansicht verbreitet, daß derselbe zum Anlaß eines solchen Angriffs gerade eine Frage wählen werde, welche zum Symbole deutscher Nationalehre seit Jahren hinaufgeschraubt worden ist, und deren eifrige Vertretung jedermann als das geeignetste Mittel betrachtet, um seine deutschen Gesinnungen zu bewähren und die Gunst der öffentlichen Meinung zu gewinnen, der hat besondre Gründe, Befürchtungen der Art zu erregen oder den gesunden Menschenverstand des Kaisers Napoleon zu verleumden."

Diese Auffassung Napoleons erwies sich im Januar 1864 als vollkommen richtig. Als Lord Russel damals Frankreich ein eventuelles Zusammenwirken mit England vorschlug, durch welches „Dänemark in seinem Widerstande gegen eine Zerstückelung materielle Unterstützung gewährt werden sollte," lehnte der Kaiser dies ab, und eine Depesche seines Ministers Drouyn de l'Huys motivirte diesen Schritt folgendermaßen: „Der Kaiser erkennt die Wichtigkeit des Londoner Vertrags an, insofern derselbe bezweckt, das Gleichgewicht und den Frieden Europas zu bewahren. Während die französische Regierung diesem Zwecke des Vertrags ihren vollen Beifall zollt, muß sie dennoch aner-

kennen, daß die Umstände eine Änderung desselben nötig machen können. Der Kaiser ist stets geneigt gewesen, große Rücksichten auf die Gefühle und Bestrebungen der Nationalitäten zu nehmen. Man kann unmöglich verkennen, daß die nationalen Gefühle und Bestrebungen Deutschlands auf eine engere Vereinigung mit den Deutschen Schleswig-Holsteins gerichtet sind. Dem Kaiser würde jedes Mittel widerstreben, mit welchem er die Verpflichtung übernähme, mit den Waffen die Wünsche Deutschlands zu bekämpfen.... Schleswig und England liegen fern von einander. Aber der Boden Deutschlands und derjenige Frankreichs berühren sich, und ein Krieg zwischen den beiden wäre der unheilvollste und gewagteste, den das Kaiserreich unternehmen könnte. Neben diesen Erwägungen kann der Kaiser nicht umhin, sich zu erinnern, daß er in Europa zum Gegenstande des Mißtrauens und Verdachtes bezüglich seiner angeblichen Vergrößerungsprojekte nach dem Rhein hin gemacht worden ist. Ein Krieg an der Rheingrenze begonnen würde diesen grundlosen und ungerechtfertigten Anschuldigungen noch größere Kraft verleihen.... Wenn später das Gleichgewicht ernstlich bedroht würde, dürfte der Kaiser geneigt sein, neue Maßregeln im Interesse Frankreichs und Europas zu ergreifen. Für jetzt aber will er seiner Regierung die volle Freiheit des Handelns wahren."

Die Enthaltsamkeit Napoleons beruhte, wie wir sehen werden, allerdings auf Berechnung desselben, er dachte Preußen dadurch geneigt zu machen, sich mit ihm später über gemeinschaftliche Unternehmungen zu verständigen, die ihm gleichfalls Vorteile bringen sollten. Aber andrerseits trug auch Bismarck Sorge, die gute Stimmung des Kaisers auf jede mit dem Interesse Deutschlands verträgliche Weise zu nähren und bis zur Auseinandersetzung mit Österreich über die Hegemonie in Deutschland zu steigern. Am 21. Februar 1879 sagte er darüber im

Reichstage: „Ich hatte allen Grund, dieses gute Einvernehmen zu erhalten. Es ist mir dies gelungen, nicht bloß in der kurzen Zeit, in der ich in Paris Gesandter war, persönlich, sondern auch in den recht schwierigen Zeiten durch die polnische Krisis [von 1863] hindurch, in der Frankreich uns gegenüber stand, doch die Beziehungen, und nicht am wenigsten an der Hand dieses Handelsvertrags,*) so zu pflegen, daß wir schon in der dänischen Frage eine freundliche Haltung von Frankreich uns zur Seite hatten, die den Velleitäten andrer Mächte, uns den Kampf mit Dänemark nicht allein ausfechten zu lassen, von Haus aus den Boden entzog. Ja noch mehr, in dem weitern Kampfe, der 1865 mit Österreich drohte und 1866 ausbrach, wäre ganz gewiß die Zurückhaltung Frankreichs nicht bis zu dem Zeitpunkte fortgesetzt worden, bis zu welchem sie sich in der That glücklicherweise für uns fortgesetzt hat, wenn ich nicht die Beziehungen zu Frankreich in jeder mir möglichen Weise gepflegt hätte. Dadurch entstand eine wohlwollende Beziehung mit dem Kaiser Napoleon, der seinerseits lieber Verträge mit Preußen hatte wie mit anderen, aber allerdings nicht darauf rechnete, daß der Krieg 1866 den Verlauf nehmen würde, den er nahm. Er rechnete darauf, daß wir geschlagen werden würden, und daß er uns dann mit Wohlwollen, aber nicht ohne Entgelt schützen würde. Aber es ist meiner Ansicht nach politisch ein Glück, daß er bis zu der Schlacht von Sadowa, bis zu der Enttäuschung über die gegenseitige militärische Stärke uns wohlgesinnt und mir persönlich namentlich wohlgesinnt blieb."

Wenn das Wohlwollen des Kaisers nur zum Teil Folge des entgegenkommenden Verhaltens Bismarcks war, ebenso sehr

*) Der Vertrag mit Frankreich vom 2. August 1862 ist gemeint, der nicht unter Bismarcks Ägide abgeschlossen wurde, für dessen Aufrechterhaltung er aber energisch eintrat.

aber oder noch mehr der Hoffnung entsprang, mit demselben auf dem Wege des Austausches von Gefälligkeiten im Frieden oder mit der Zeit durch ein Bündnis zu gemeinsamem Vorgehen nach den beiderseitigen Zielen hin oder auch durch doppeltes Spiel, durch Verlockung und Täuschung des von ihm Gewonnenen zur Erfüllung gewisser Wünsche zu gelangen, die alle Maßregeln und Handlungen Napoleons Deutschland gegenüber begleiteten, so ging er in letzter Beziehung von unrichtiger Beurteilung des preußischen Staatsmannes aus, mit dem er zu thun hatte. Wie Bismarck ihn bis in die sechziger Jahre hinein für bedeutender gehalten zu haben scheint, als er ihn nach späteren Erfahrungen schätzte, wo er ihn in Versailles gegen uns als wenig unterrichtet, als „dumm und sentimental," als „Tiefenbacher" bezeichnete, so hat umgekehrt Napoleon Bismarcks Wesen und Denken, dessen Befähigung und dessen Charakter damals offenbar nicht erkannt, seine Unbefangenheit für Leichtfertigkeit, seine Offenheit für Unüberlegtheit angesehen und namentlich sich dem Wahne hingegeben, er habe keine patriotischen Gefühle, setze sich über die Pflichten und Schranken hinweg, die aus dem entsprangen, was das deutsche Volksbewußtsein verlangte und verbot, und werde infolge dieser Eigenschaften und Mängel mit sich handeln lassen. Er war ihm eine frivole oder auch eine naive Natur. „Ce n'est pas un homme serieux," soll er sich nach einem Besuche Bismarcks in Paris über denselben ausgelassen haben, und es ist nicht unmöglich, daß ihm dazu Anlaß gegeben wurde. Nur blickte er dann nicht tief. Ein Mann in seiner Umgebung hatte bessere Augen und mehr Verständnis, obwohl er nicht zur zünftigen Politik gehörte. Prosper Mérimée schrieb schon am 13. Oktober 1865 an „eine Unbekannte," nachdem er in Biarritz Bismarcks Bekanntschaft gemacht: „Eine andre Persönlichkeit hat mir mehr

gefallen, Herr von Bismarck. Er ist ein großer Deutscher, sehr höflich und ganz und gar nicht naiv. Er hat eine Art, die völlig ohne Gemüt ist, aber voll von Geist. Er hat mich erobert.“ Und am 15. Juli 1866 äußerte er sich in einem Briefe an seinen Freund Panizzi: „Was Herrn von Bismarck betrifft, so ist er mein Held. Obwohl er ein Deutscher ist, scheint er die Deutschen begriffen und sie als die Einfaltspinsel beurteilt zu haben, die sie sind.“ In einem dritten Briefe aber, der allerdings schon vom Dezember 1867 stammt, bemerkt er, nachdem er „Ollivier et tutti quanti“ als „Phrasendrechsler und Schauspieler zweiten Ranges, die niemand täuschen,“ hingestellt hat: „Wir schrumpfen alle Tage mehr zusammen. Es giebt nur einen großen Mann noch, und das ist der Herr von Bismarck.“

Wir kommen nun zu den Einzelheiten in der Reihe von Versuchen Napoleons, Bismarck zum Eingehen auf ein für Frankreich profitables Übereinkommen zu gewinnen. Andeutungen und Vorschläge in dieser Richtung wurden ihm schon vor der Zeit gemacht, wo er die Leitung der Geschäfte des auswärtigen Amtes übernahm; in dem an die diplomatischen Vertreter des Norddeutschen Bundes gerichteten Rundschreiben des Kanzlers vom 29. Juli 1870 sagt er ausdrücklich: „Die Bestrebungen des französischen Gouvernements, seine begehrlichen Absichten auf Belgien und die Rheingrenze mit preußischem Beistande durchzuführen, sind schon vor 1862 . . . an mich herangetreten. . . . Durch äußerliche Einwirkung auf die europäische Politik machten sich die erwähnten Tendenzen der französischen Regierung zunächst in der Haltung erkennbar, welche Frankreich in dem deutsch-dänischen Streite zu unsern Gunsten beobachtet hat. Die darauf folgende Verstimmung Frankreichs gegen uns über den Vertrag von Gastein hing mit der Be-

sorgnis zusammen, daß eine dauernde Befestigung des preußisch-österreichischen Bündnisses das Pariser Kabinet um die Früchte dieser seiner Haltung bringen könnte."

Diese Verstimmung sprach sich sehr deutlich in der Zirkulardepesche des französischen Ministers Drouyn de l'Huys vom 29. August 1865 und indirekt in einer Erklärung aus, die am 23. September in Berlin abgegeben wurde. In jener hieß es unter anderm: „Deutschland verlangte nach einem unteilbaren Staate Schleswig-Holstein, getrennt von Dänemark und unter einem eignen Fürsten, für den es Partei genommen hatte. Dieser populäre Kandidat ist jetzt beiseite geschoben worden, und die Herzogtümer werden, statt vereinigt, vielmehr auseinandergerissen, verschiednen Herren unterworfen. Ist es das Interesse der Herzogtümer, das die beiden Mächte zu sichern beabsichtigen? Die unauflösliche Vereinigung derselben war ja, wie behauptet wurde, die wesentliche Bedingung ihres Gedeihens. Hat die Teilung wenigstens den Zweck, zwei rivalisirende Nationen auseinanderzuhalten und dem inneren Hader ein Ende zu machen, indem jeder derselben ein besonderes Feld der Existenz zugewiesen wird? Auch das ist nicht der Fall; denn wir sehen, daß die Scheidungslinie ohne alle Rücksicht auf die Nationalität Deutsche und Dänen untereinander gemischt läßt. Wollte man allein den Wünschen der Bevölkerung entsprechen? Sie wurde gar nicht befragt, und es ist nicht einmal die Rede davon, die Stände Schleswig-Holsteins einzuberufen. Auf welchem Prinzipe beruht denn die österreichisch-preußische Kombination? Wir bedauern, in derselben keine andre Grundlage zu finden als die Gewalt, keine andre Rechtfertigung als die gegenseitige Konvenienz der beiden Teilungsmächte. Das ist ein Verfahren, dessen das heutige Europa entwöhnt war, und für welches man nur in den traurigsten Zeiten der Geschichte Präzedenzfälle

findet. Gewaltthat und Eroberung verderben den Rechtssinn und das Gewissen der Völker. An die Stelle der Grundsätze gesetzt, welche das Leben der modernen Staaten regeln, sind sie ein Element der Verwirrung und Auflösung und nur geeignet, die alte Ordnung der Dinge umzustürzen, ohne eine neue fest zu begründen."

Napoleon entrüstet über gewaltthätiges Vorgehen! Der Dezembermann Prophet von Rechtssinn und Gewissen! Die Wahrheit war, daß die Konvention von Gastein wider seine Pläne und Erwartungen lief. „Frankreich hatte," so fährt Bismarck im Rundschreiben vom 29. Juli 1870 fort, „schon 1865 auf den Ausbruch des Krieges zwischen uns und Österreich gerechnet und näherte sich uns bereitwillig wieder, sobald unsre Beziehungen zu Wien sich zu trüben begannen." In der Erklärung vom 23. September schon wurde ausgesprochen, daß die in der Zirkulardepesche geäußerten Ansichten der französischen Regierung durchaus keinen mehr bindenden Charakter hätten als der Vertrag von Gastein, und daß man von der Erklärung des Berliner Kabinets, diese Übereinkunft sei lediglich provisorischer Natur, gerne Akt nehme.

Der Gasteiner Vertrag war in der That nur ein Abkommen auf Zeit, er konnte nur einen Aufschub der definitiven Lösung der deutschen Frage bewirken, und da diese Lösung aller Wahrscheinlichkeit zufolge nur durch einen Krieg zwischen Preußen und Österreich zu erreichen war und mit Bestimmtheit angenommen werden mußte, daß bei diesem die große Mehrheit der deutschen Staaten Partei für letzteres ergreifen würde, so ergab sich für Bismarck die Notwendigkeit, einerseits sich der Nichteinmischung Frankreichs zu vergewissern, andrerseits sich einen Bundesgenossen zu verschaffen, dessen Kraft jene voraussichtliche Unterstützung Österreichs durch deutsche Staaten

ausglich. Als ein solcher Bundesgenosse bot sich Italien dar, mit dem Preußen zwar bis dahin auf nicht besonders freundschaftlichem Fuße gestanden hatte, dessen Interesse aber Österreich gegenüber auf Zusammengehen mit jenem hinwies. Italien war indes Napoleon zu Danke verpflichtet, und was mehr bedeuten wollte, es hing von dessen gutem Willen ab. So mußte Bismarck sich mit dem Kaiser der Franzosen auch nach dieser Seite hin zu verständigen bemüht sein. Da der damalige preußische Gesandte in Paris als Vermittler vermutlich nicht genügte, ging Bismarck im November 1865 selbst zu Napoleon, der sich in dieser Zeit in Biarritz befand, und besprach sich mit ihm über die Angelegenheit unter vier Augen. Über diese Verhandlung ist nichts Bestimmtes in die Öffentlichkeit gedrungen. Doch ist aus der spätern Haltung Napoleons zu schließen, daß es dem preußischen Ministerpräsidenten dabei gelang, eigne Verpflichtungen mit bindender Kraft vermeidend, den Kaiser zu bewegen, ihm für den Fall eines Kampfes mit Österreich wohlwollende Neutralität und Förderung seiner Absichten mit Italien zu versprechen. Daß derselbe dabei Hintergedanken hatte, auf eine Niederlage Preußens hoffte und dann in der Lage zu sein erwartete, Preußen seinen Beistand anzubieten und sich dafür mit Abtretung deutschen Gebietes bezahlen zu lassen, werden wir gleichfalls sehen, doch scheint davon in Biarritz nicht die Rede gewesen zu sein. Wohl aber versuchte Napoleon später wiederholt, Bismarck durch Anerbietung seiner Unterstützung gegen Österreich zu Konzessionen zu bewegen, die auf Befriedigung seiner Begehrlichkeit hinausliefen. In dem wiederholt zitirten Rundschreiben von 1870 heißt es darüber: „Vor Ausbruch des österreichischen Krieges sind mir teils durch Verwandte Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen [den Prinzen Napoleon], teils durch vertrauliche Agenten Vorschläge

gemacht worden, welche jederzeit dahin 'gingen', kleinere oder größere Transaktionen zum Behufe beiderseitiger Vergrößerung zu stande zu bringen. Es handelte sich bald um Luxemburg oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objekte, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen sei, nicht ausgeschlossen blieben. Im Mai 1866 [wo auf Anregung Frankreichs in Paris ein Kongreß zur Vermittlung zwischen Österreich und Preußen stattfinden sollte, bei dem Napoleon die Hauptrolle zu spielen, namentlich aber den inzwischen, am 8. April, abgeschlossenen Bündnisvertrag zwischen Preußen und Italien, der nur dreimonatliche Geltung hatte, ungenutzt zum Ablauf zu bringen beabsichtigte] nahmen diese Zumutungen die Gestalt des Vorschlages eines Offensiv- und Defensivvertrages an, von dessen Grundzügen folgendes in meinen Händen blieb: »1. Falls der Kongreß zu stande kommt, gemeinschaftlich die Abtretung Venetiens an Italien und die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen verfolgen. 2. Wenn der Kongreß zu nichts führt, Angriffs- und Verteidigungsbündnis. 3. Der König von Preußen wird zehn Tage, nachdem sich der Kongreß getrennt hat, die Feindseligkeiten eröffnen. 4. Wenn der Kongreß nicht zusammentritt, wird Preußen dreißig Tage nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages angreifen. 5. Der Kaiser der Franzosen wird Österreich den Krieg erklären, sobald die Feindseligkeiten zwischen Österreich und Preußen begonnen haben. 6. Man wird keinen Separatfrieden mit Österreich schließen. 7. Der Friede wird auf folgende Bedingungen hin abgeschlossen werden: Italien bekommt Venetien, Preußen die weiter unten genannten deutschen Gebietsteile mit sieben oder acht Millionen Seelen nach Wahl und überdies Bundesreform im preußischen Sinne, Frankreich den Landstrich zwischen

Mosel und Rhein ohne Koblenz und Mainz mit 500000 Seelen von Preußen, das bairische Gebiet auf dem linken Rheinufer, Birkenfeld, Homburg, Darmstadt [soll heißen, das großherzoglich hessische Gebiet links vom Rhein] mit 213000 Seelen. 8. Militärische und maritime Konvention zwischen Frankreich und Preußen, sobald das Bündnis unterzeichnet ist. 9. Beitritt des Königs von Italien.» Die Stärke des Heeres, mit welchem der Kaiser nach Artikel 5 uns beistehen wollte, wurde in schriftlichen Erläuterungen auf 300000 Mann angegeben... Ein jeder, welcher mit der intimeren diplomatischen und militärischen Geschichte des Jahres 1866 vertraut ist, wird durch diese Klauseln die Politik hindurchschimmern sehen, welche Frankreich gleichzeitig gegenüber Italien, mit dem es ebenfalls verhandelte, und später gegenüber Preußen und Italien verfolgte. Nachdem wir im Juni 1866, ungeachtet mehrfacher, fast drohender Mahnungen zur Annahme, das obige Allianzprojekt abgelehnt hatten, rechnete die französische Regierung nur noch auf den Sieg Österreichs über uns und auf unsre Ausbeutung nach unsrer eventuellen Niederlage, mit deren diplomatischer Anbahnung die französische Politik sich nunmehr nach Kräften beschäftigte."

Mit den letzten Worten ist die Reihe von Verhandlungen gemeint, die zum Abschlusse des geheimen französisch-österreichischen Vertrages vom 12. Juni 1866 führten. Napoleon spielte nach seiner Gewohnheit ein doppeltes Spiel. Während er persönlich Preußen zu begünstigen schien und zu gewinnen bestrebt war, ließ er seinen Minister des Auswärtigen, der hierüber gänzlich in Unkenntnis gelassen wurde, mit dem Wiener Kabinet über die Bedingungen der von diesem gewünschten und nachgesuchten Neutralität Frankreichs verhandeln. Drouyn de l'Huys war der Meinung, der Krieg zwischen Preußen und

Österreich müsse verhindert werden, und, falls dies nicht mehr möglich, müsse Frankreich seinen Einfluß für letzteres in die Wage fallen lassen. Er äußerte sich später einem welfischen Agenten gegenüber*) in dieser Beziehung sehr bestimmt folgendermaßen: „Das alte Frankreich hat überall, in Deutschland, in Italien und in den Niederlanden dem Hause Habsburg sich gegenüber befunden, und es ist deshalb die Aufgabe der bourbonischen Politik gewesen, Österreich überall zu bekämpfen, seine Macht zu brechen und seinem Einflusse Hindernisse zu bereiten. Dies ist jetzt nicht mehr der Fall; überall, wo früher der Einfluß des habsburgischen Kaisertums Frankreich entgegentrat, steht uns jetzt Preußen gegenüber. Preußen strebt nach der politischen und militärischen Einigung Deutschlands, und deshalb ist es für das Napoleonische Frankreich geboten, überall gegen Preußen für Deutschland einzutreten.“ Napoleon ließ seinen Minister nach dieser Auffassung der Dinge verfahren, und während er selbst ein Bündnis mit Preußen suchte, bemühte er sich, sich die Möglichkeit offen zu halten, im Falle des Mißlingens dieses Versuchs mit den Gegnern in Wien zu gehen. Siegten diese, so war nach seiner Ansicht Hoffnung vorhanden, Preußen noch zu einem Zusammengehen mit guten Bedingungen für Frankreich zu bewegen. Siegte Preußen, so konnte er umgekehrt für Österreich eintreten, wenigstens behielt er diplomatisch die Hand im Spiel. Mittlerweile aber kam er in die Lage, dem spröden Preußen allerlei Hindernisse in den Weg zu legen. Die Verhandlungen über die französisch-österreichische Übereinkunft zogen sich geraume Zeit hin und führten erst, nachdem Bismarck im Mai die Anträge Napoleons abgelehnt hatte, zu einer Verständigung. Nach

*) Meding, Memoiren zur Zeitgeschichte, 2. Abth., S. 54, sonst nicht sehr zuverlässig, hier glaubwürdig.

derselben verpflichtete sich Frankreich für den Fall eines Krieges zwischen Preußen und Österreich zu vollständiger Neutralität sowie zu angelegentlichem Bemühen, die Italiener zur Nichtbeteiligung am Kampfe zu vermögen. Österreich dagegen machte sich anheischig, im Fall eines Sieges seiner Waffen Venetien an Frankreich abzutreten, falls Italien sich von der Teilnahme am Kriege nicht abhalten lasse und Österreich auch hier die Oberhand behalte, in Betreff der Lombardei den status quo ante bellum nicht zu verändern, endlich beim Frieden die Zustimmung Frankreichs einzuholen, bevor es eine territoriale Veränderung annehme, welche das europäische Gleichgewicht verrücke. Die Vorteile, welche diese Bestimmungen dem Kaiser Napoleon boten, liegen auf der Hand: derselbe konnte sich eventuell durch Abtretung Venetiens an Viktor Emanuel die Italiener wie 1859 zu Danke verpflichten, und er erwarb für alle Fälle einen Anspruch auf Teilnahme am Friedensschlusse, gleichviel ob die eine oder die andre Partei siegte. Einen weiteren Rechtstitel zur Vermittlung bei den Friedensverhandlungen gewann er sich damit, daß er erklärte, sich für den Fall eines österreichischen Sieges einer Vergrößerung des Kaiserstaates nicht widersetzen zu wollen, wofern dieselbe das europäische Gleichgewicht nicht alterire, und wofern Österreich darauf verzichte, das gesamte Deutschland unter seiner Hegemonie zu vereinigen.

Die Anträge, die der Kaiser Napoleon Bismarck machen ließ, beruhten, wie angedeutet, auf Unbekanntschaft desselben mit den deutschen Verhältnissen und auf irrtümlicher Beurteilung des Mannes, an den er sich damit wendete. „Ich habe," so sagt das Rundschreiben vom 29. Juli 1870, „kaum nötig, ... darauf aufmerksam zu machen, daß der Glaube der französischen Regierung an die Möglichkeit einer derartigen Transaktion mit

einem deutschen Minister, dessen Stellung durch seine Übereinstimmung mit dem deutschen Nationalgefühl bedingt ist, seine Erklärung nur in der Unbekanntschaft der französischen Staatsmänner mit den Grundbedingungen der Existenz andrer Völker findet. Wenn die Agenten des Pariser Kabinets für die Beobachtung deutscher Verhältnisse befähigt gewesen wären, so hätte man sich in Paris der Illusion, daß Preußen sich darauf einlassen könnte, die deutschen Angelegenheiten mit Hilfe Frankreichs ordnen zu wollen, niemals hingegeben. . . . Die Unmöglichkeit, auf irgendwelche Anerbietungen einzugehen, war für mich niemals zweifelhaft; wohl aber hielt ich es im Interesse des Friedens [vor 1866 und während dieses Jahres zur Fernhaltung Frankreichs von einem Bündnis mit Preußens Gegnern] für nützlich, den französischen Staatsmännern die ihnen eigentümlichen Illusionen solange zu belassen, als dieses, ohne ihnen irgendwelche auch nur mündliche Zusage zu machen, möglich sein würde."

Nach einem Privatschreiben Benedettis an Drouyn de l'Huys, das vom 4. Juni 1866 datirt ist, wäre dem nicht so gewesen. Der französische Botschafter schreibt da von einer Unterredung, die er Tags vorher mit dem preußischen Ministerpräsidenten gehabt hatte, zunächst allerdings: „Aus seinen Andeutungen entnehme ich, daß der König fort und fort die Möglichkeit von sich weist, dahin zu kommen, daß er einen Teil des jetzigen preußischen Gebietes abtreten könnte. Nach der Ansicht des Königs würden, wie wenigstens Herr von Bismarck sagt, die Kompensationen, welche man etwa veranlaßt sein könnte, Frankreich anzubieten, in denjenigen Gebieten an seiner Grenze gewählt werden, wo französisch gesprochen wird. Der Ministerpräsident hätte seinerseits dem Könige bemerkt, daß man, um über diese Gebiete zu verfügen, sie erst erobern müßte. Es

sind dem Ministerpräsidenten jedoch die Worte entfahren, daß, »wenn Frankreich Köln, Bonn und Mainz verlangen wollte, er lieber von der politischen Bühne abtreten als darein willigen würde.«" Dann aber fährt der Benedettische Bericht fort: „Ohne daß ich ihn zu weitern Erklärungen drängte, deutete er an, er hielte es nicht für unmöglich, den König dahin zu bringen, uns die Ufer der obern Mosel [wohl den Regierungsbezirk Trier, den er jedoch nicht bezeichnete] zu überlassen, was mit Luxemburg, wo die Vereinigung mit Frankreich günstig aufgenommen werden würde, unsre Grenze auf eine für uns befriedigende Weise regeln dürfte."

Der Kanzler hat diese letzteren Behauptungen und ähnliche von seiten La Marmoras öffentlich im Abgeordnetenhause als unwahr bezeichnet, und die Geschichtschreibung wird sich keinen Augenblick bedenken, ob sie ihm mehr Glauben schenken soll als dem in Ägypten durch die orientalische Lügen- und Intriguenschule gegangnen Franzosen, dem Mitgliede der italienischen Consorteria und denen, die sie als Zeugen zitirten. Am 16. Januar 1874 warf von Mallinckrodt mit der größten Energie mit Berufung auf La Marmoras „Enthüllungen" in der damals eben erschienenen Schrift „Etwas mehr Licht" dem Kanzler vor, er habe 1866 bei den Verhandlungen mit dem General Govone geäußert, er sei weniger deutsch als preußisch gesinnt und würde sich nicht lange besinnen, ein Stück des linken Rheinufers, etwa die Rheinpfalz und die Landstriche der Regierungsbezirke Koblenz und Trier, die auf der rechten Seite der Mosel liegen, den Franzosen zu überlassen. Auf die Nachricht von diesem Angriffe von seiten des Führers der Ultramontanen eilte Bismarck sofort in die Versammlung und erklärte hier: „Ich bin genötigt, dies mit den stärksten Ausdrücken als eine dreiste, lügenhafte Erfindung zu bezeichnen, die natürlich der Herr Ab-

geordnete nicht gemacht hat, die aber anderswo gemacht worden ist. . . . Es ist auch nicht eine Silbe davon wahr. Ich habe niemals irgend jemand die Abtretung auch nur eines Dorfes oder eines Kleefeldes zugesichert oder in Aussicht gestellt. Alles, was darüber zirkulirt und behauptet wird, erkläre ich in seinem ganzen Umfange für das, was ich vorhin sagte: für eine dreiste, tendenziöse Lüge, die zur Anschwärzung meiner Person erfunden ist.“

Die Wahrheit war in Betreff des Vorfalls mit Govone vielmehr die, daß der italienische Unterhändler Bismarck ersuchte, sich vor dem Kriege mit Frankreich ins Einvernehmen zu setzen, damit Italien vor demselben sicher sei, daß der Ministerpräsident dies als wünschenswert, aber sehr schwierig bezeichnete, da Frankreich unerfüllbare Bedingungen stelle, daß Govone darauf fragte, ob es nicht jenseits des Rheines ein Stück Land gebe, dessen Bewohner mit einer Einverleibung in Frankreich zufrieden sein würden, und daß Bismarck darauf entgegnete, es gebe nichts der Art, selbst französische Agenten, die sich nach der Stimmung des Landes erkundigt, berichteten, daß keine Abstimmung für Frankreich, falls sie nicht durchaus erkünstelt wäre, gelingen könnte; überdies aber würde die öffentliche Meinung Deutschlands Preußen Österreich gegenüber weit eher ein zweites Olmütz verzeihen, als die Abtretung deutschen Gebietes an eine auswärtige Macht.

Der Krieg zwischen Preußen und Österreich mit seiner deutschen Gefolgschaft begann nun und war durch die preußischen Siege bald entschieden. Wie Napoleon auf Grund der Konvention vom 12. Juni das Recht der Einmischung und Vermittlung bei den Friedensverhandlungen beanspruchte und ausübte, ist aus dem vorhergehenden Kapitel bekannt. Preußen lehnte die von Österreich nachgesuchte Vermittlung eines Waffen-

stillstandes durch den Kaiser der Franzosen nicht ab, nahm aber die darauf erfolgenden Vorschläge desselben nicht unbedingt an, sondern stellte weitergehende Forderungen, der definitive Friede wurde nur zwischen Preußen und Österreich, also ohne Mitwirkung Frankreichs, abgeschlossen, und die Intervention desselben hatte ihm nur insofern genützt, als das neue Deutschland durch die Mainlinie in zwei Teile getrennt wurde, von denen der südliche vielleicht von Frankreich abhängig werden konnte. Bismarck war aber kaum nach Berlin zurückgekehrt, als ihm der Kaiser Napoleon mit neuen Kompensationsforderungen kam. Preußen war gegen den Willen des letzteren durch Annexionen und durch den Gewinn einer norddeutschen Kriegsgefolgschaft von erheblicher Stärke eine wirkliche Großmacht geworden, die stark genug war, dergleichen Zumutungen zurückweisen zu können. Dennoch versuchte der Kaiser sein Glück. Am 26. Juli hatte Benedetti zu Nikolsburg mit Bismarck eine Unterredung gehabt, in welcher er jene Forderungen im allgemeinen angedeutet hatte, und darüber seiner Regierung berichtet. Er empfing darauf bei seiner Ankunft in Berlin aus Vichy, wo Napoleon damals verweilte, eine telegraphische Depesche, in welcher ihm der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten von dem Text eines geheimen Übereinkommens Kenntnis gab, das er der preußischen Regierung zur Annahme vorlegen sollte. Dasselbe lautete wie folgt: „Artikel 1. Das französische Kaiserreich tritt wieder in den Besitz der Gebietsteile, die, heute zu Preußen gehörend, 1814 in die Begrenzung Frankreichs eingeschlossen waren. Artikel 2. Preußen verpflichtet sich, von dem Könige von Baiern und dem Großherzoge von Hessen, vorbehaltlich einer diesen Fürsten zu gewährenden Entschädigung, die Abtretung der Gebietsteile zu erlangen, welche sie auf dem linken Rheinufer besitzen, und deren Besitz auf Frankreich zu über-

tragen. Artikel 3. Die Bestimmungen, welche die unter der Souveränetät des Königs der Niederlande stehenden Gebiete mit dem deutschen Bunde verknüpfen, sowie die, welche sich auf das Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg beziehen, sind sämtlich aufgehoben." Benedetti schrieb sofort zurück, daß er alles aufbieten werde, um die unveränderte Annahme dieser Dispositionen herbeizuführen, möge der Widerstand, den er erwarte, auch noch so hartnäckig sein. „Überzeugt," so fuhr er fort, „daß die kaiserliche Regierung sich nur in den Schranken der Billigkeit hält, indem sie sich darauf beschränkt, gegenüber den von Preußen bereits erworbenen Gebietsvergrößerungen jene in ihrer Vorlage verzeichneten Bürgschaften zu verlangen, werde ich mich nicht leicht dazu verstehen, Änderungen von irgendwelcher Bedeutung einzuräumen. Ich betrachte in dieser Angelegenheit Festigkeit als das geeignetste Mittel, ja offen gestanden als das einzige Argument, welches angewendet werden muß, und ich werde daher ganz entschieden jeden Vorschlag, der sich zu einer Berücksichtigung nicht eignet, zurückweisen, indem ich stets bemüht sein werde, darzuthun, was mir ein Leichtes sein wird, daß nämlich Preußen die Gebote der Gerechtigkeit und Vorsicht verkennen und zugleich einen Beweis seiner Undankbarkeit geben würde, wenn es uns die Bürgschaft abschlüge, welche die Ausdehnung seiner Grenzen uns zu fordern nötigt. Um jedoch mit Klugheit zu Werke zu gehen, muß es meines Dafürhaltens mit Rücksicht auf den Charakter des Ministerpräsidenten vermieden werden, dem ersten Eindrucke beizuwohnen, welchen die Nachricht auf ihn machen wird, daß wir das Rheinufer und die Festung Mainz wiederverlangen."

So schickte der französische Botschafter dem Grafen Bismarck am 5. den Vertragsentwurf mit einem Privatbriefe zu, in welchem er ihn ersuchte, den Vorschlag Frankreichs mit Muße

zu prüfen, und sich ihm zu einer Besprechung desselben zur Verfügung stellte. Bismarck war „über die Antwort nicht eine Sekunde zweifelhaft," sie konnte nicht anders als entschieden verneinend lauten. Am 6. schon hatte er mit Benedetti in seiner Wohnung eine Unterredung, in welcher dieser die französische Forderung mit warmen Worten empfahl und im Falle ihrer Ablehnung mit sofortiger Kriegserklärung drohte. Der Minister erwiederte: „Gut, dann ist Krieg!" riet dem Botschafter aber, sich vorher nach Paris zu begeben, um diesen Krieg zu verhüten. Benedetti erklärte, allerdings werde er nach Paris gehen, aber nicht umhin können, dem Kaiser aus eigner Überzeugung die Aufrechthaltung seiner Forderung zu empfehlen, da er glaube, daß die Existenz der Dynastie gefährdet sei, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich nicht durch ein derartiges Zugeständnis Deutschlands beruhigt werde. Bismarck entgegnete darauf ungefähr: „Machen Sie Seine Majestät den Kaiser darauf aufmerksam, daß ein solcher Krieg unter gewissen Umständen ein Krieg mit revolutionären Mitteln werden könnte, und daß angesichts revolutionärer Gefahren die deutsche Dynastie doch wohl größere Festigkeit bewähren würde als die des Kaisers Napoleon." Mit diesem Bescheide reiste Benedetti nach Paris, und dort scheint er vom Beharren bei der bisherigen Politik abgeraten zu haben; jedenfalls besann sich Napoleon anders, und man gab Bismarck zu verstehen, die Instruktion, die Benedetti am 5. erhalten, „sei dem Kaiser während einer Krankheit entrissen worden." Zu gleicher Zeit etwa, am 12. August, schrieb Napoleon an de la Valette, den Stellvertreter des Ministers Drouyn de l'Huys, einen Brief, der lebhaft an die Trauben erinnert, die der Fuchs sauer fand, weil er sie nicht erreichen konnte. Es hieß darin: „Im Verlaufe von Besprechungen zwischen Benedetti und Herrn von Bismarck hat Herr Drouyn de l'Huys

die Idee gehabt, einen Vertragsentwurf in Betreff von Kompensationsansprüchen, die wir haben könnten, nach Berlin zu schicken. Dieser Vertrag hätte meines Erachtens geheim gehalten werden sollen, aber man hat davon nach außen Lärm gemacht, und die Blätter gehen soweit, zu sagen, daß uns die Rheinprovinz verweigert worden sei. Aus meiner Besprechung mit Benedetti ergiebt sich, daß wir für einen sehr kleinen Gewinn ganz Deutschland gegen uns haben würden. Es ist wichtig, die öffentliche Meinung über diesen Punkt nicht erst irre gehen zu lassen. Widersprechen Sie solchen Gerüchten sehr energisch. . . . Das wirkliche Interesse Frankreichs ist nicht, daß wir eine unbedeutende Gebietserweiterung erhalten, sondern daß wir Deutschland helfen, sich auf eine unsern Bedürfnissen und den Bedürfnissen Europas möglichst entsprechende Weise einzurichten."

Bismarcks festes Auftreten hatte also das Feld behalten. Mainz und die französisch-preußische Grenze von 1814 erschienen in Paris unerreichbar und wurden fortan nicht mehr oder doch nur nebenher und mit geringer Zuversichtlichkeit verlangt. Dagegen begann schon am 16. August ein neuer Akt in dem Spiele der Kompensationsforderungen der Franzosen. An diesem Tage überbrachte ein Herr Chauvy dem französischen Botschafter zu Berlin aus Paris einen Brief mit Instruktionen zu neuen Verhandlungen. Es hieß darin: 1. Die Verhandlung soll einen freundschaftlichen Charakter tragen. 2. Sie soll wesentlich eine vertrauliche sein. 3. Je nach den Aussichten, welche sich Ihnen bieten werden, sollen Ihre Anliegen drei Phasen durchlaufen. An erster Stelle werden Sie, indem Sie die Grenzfragen von 1814 und die Einverleibung Belgiens in eins zusammenfassen, durch eine öffentliche Übereinkunft die Abtretung Landaus, Saarbrückens und des Großherzogtums Luxemburg verlangen sowie die Vollmacht, auf Grund eines Allianzvertrages zur Offensive

und Defensive, der geheim bleiben soll, Belgien endgültig zu annektiren. Erscheint es Ihnen unmöglich, diese Grundlagen bewilligt zu erhalten, so werden Sie auf Saarlouis und Saarbrücken verzichten, desgleichen auf Landau, einen alten, schlechtbefestigten Platz, dessen Erwerbung das deutsche Gefühl gegen uns aufregen würde, und Ihre öffentlichen Vereinbarungen auf das Großherzogtum Luxemburg beschränken, Ihre geheimen Vereinbarungen aber auf die Wiedervereinigung Belgiens mit Frankreich. Wenn drittens die reine und einfache Vereinigung Belgiens mit Frankreich auf zu große Hindernisse stoßen sollte, so begnügen Sie sich mit einem Artikel, in welchem man übereinkäme, aus Antwerpen eine freie Stadt zu machen, was den Widerstand Englands [gegen die Annexion des übrigen Belgien] wohl abschwächen würde. Also: zunächst einen öffentlichen Vertrag, der uns mindestens Luxemburg zuspricht, dann eine geheime Konvention, die ein Schutz- und Trutzbündnis festsetzt, die ferner Frankreich die Befugnis einräumt, sich Belgien in einem ihm günstig erscheinenden Augenblicke einzuverleiben, und dann noch das Versprechen der Beihilfe Preußens selbst durch Waffengewalt." Benedetti entwarf nach dieser Instruktion einen Vertrag mit Preußen, den er am 23. August seinem Minister mit einem Briefe zusandte, in dem er u. a. bemerkte: „Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, warum darin Landau und Saarbrücken nicht erwähnt sind. Ich habe mich überzeugt, daß wir, wofern wir darauf bestünden, uns in unüberwindliche Schwierigkeiten verwickeln würden, und so habe ich mich an Luxemburg und Belgien gehalten." Darauf erhielt Benedetti aus Paris ein Antwortschreiben, aus dem hervorgeht, daß sein Brief dort guten Eindruck gemacht hatte, man sich die Sache aber einige Zeit überlegen zu müssen meinte. Es ist darin von der Notwendigkeit die Rede, den König der Niederlande für Luxemburg mit

preußischem Gebiete zu entschädigen, ferner werden die Geldopfer erwogen, welche der Vertrag erfordern könnte, und schließlich wird die [beiläufig richtige] Ansicht aufgestellt, daß die nach der früheren deutschen Bundesverfassung giltig gewesenen Besatzungsrechte in den Bundesfestungen nunmehr erloschen seien, und daß ihre Aufrechterhaltung in Süddeutschland mit der im Prager Frieden ausgemachten und verbrieften Unabhängigkeit der dortigen Staaten nicht verträglich sein würde. Wiederholt wird in dem Schreiben an Benedetti die Erwerbung Luxemburgs als das unmittelbare, diejenige Belgiens als das unter Umständen zu erstrebende Ziel des Vertrages mit Preußen bezeichnet und bemerkt, daß die letztere Absicht sowie das Offensiv- und Defensivbündnis geheim bleiben müsse.

Daß der Kaiser den Benedettischen Vertragsentwurf kannte, und wie er damals über einen andern Punkt in Deutschland dachte, zeigte ein Schreiben desselben an Rouher, worin er sagt: „Ich schicke Ihnen den Vertragsentwurf mit meinen Randbemerkungen. Man müßte gesprächsweise hinzufügen, daß nach dem Erlöschen des deutschen Bundes die frühern gegen Frankreich errichteten Festungen nicht mehr der deutschen Konföderation, sondern den einzelnen Staaten, in deren Gebiete sie liegen, gehören sollen, also Luxemburg Frankreich, Mainz Preußen, Saarlouis desgleichen, Landau Baiern, Rastatt Baden und Ulm Würtemberg. Was einen andern Punkt betrifft, so scheint mir, daß Preußen Sachsen stark chikanirt. Wäre es nicht besser, daß Preußen ein protestantisches Land annektirte und den König von Sachsen auf dem linken Rheinufer, einem katholischen Gebiete, entschädigte? [Kein neuer und, wie leicht zu sehen, kein für Frankreich unvorteilhafter Gedanke.] Doch darf das alles nur vertraulich angedeutet werden. . . . Die Luxemburger Frage wird von selbst ans Tageslicht treten, sobald Verhandlungen darüber angeknüpft sein werden; sie ist die dringlichste.“

In seiner Antwort auf den oben skizzirten Brief de la Valettes, die vom 29. August datirt ist, spricht der Botschafter zum erstenmale seinen Zweifel aus, ob Preußen in der Sache zu trauen sein werde, und bemerkt andrerseits, daß auch Bismarck Argwohn zu hegen scheine, wie wenn der Kaiser am Ende solche Verhandlungen benutzen werde, um zwischen Preußen und England Mißtrauen zu erregen. „Welches Maß von Vertrauen," so fragt er, „können wir unsrerseits Unterhändlern entgegenbringen, welche solcher Berechnung zugänglich sind?" Er gedenkt der damaligen Mission des Generals von Manteuffel in Petersburg und bemerkt: „Ich fürchte, daß man anderwärts Zusicherungen erhalten hat, welche es unnötig machen, auf uns Rücksicht zu nehmen. Preußen bedarf, wie Herr von Bismarck dem Könige gesagt haben will, des Bündnisses mit einer Großmacht, und wenn es das mit Frankreich ablehnt, so geschieht es deshalb, weil man sich schon anderweitig gesichert hat oder im Begriffe steht, dies zu thun." Um hierüber eine Aufklärung abzuwarten, will der Botschafter auf zwei Wochen nach Karlsbad gehen. Während seiner Abwesenheit verreiste auch der preußische Ministerpräsident, und da er erst im Dezember nach Berlin zurückkehrte, so blieb Benedettis Vertragsentwurf bis dahin jedenfalls unbesprochen, und die Verhandlungen, in deren Kette er ein Glied war, ruhten, aber nur, um später wieder aufgenommen zu werden.

Inzwischen trat Drouyn de l'Huys, den der Kaiser in dem Briefe an Rouher und sonst desavouirt hatte, am 2. September von seinem Amte zurück, und am 16. erließ de la Valette an die diplomatischen Agenten Frankreichs im Auslande ein Rundschreiben, um „der Ansicht der Regierung des Kaisers über die in Deutschland eingetretenen Ereignisse Ausdruck zu geben" und „die Beweggründe seiner Politik auseinanderzusetzen." Es war

ein Aktenstück, das von Staatsweisheit, Mäßigung, Friedensliebe, Wohlwollen und guten Hoffnungen überfloß, und der Kaiser, der seinen Gedankengang ohne Zweifel soufflirt hatte, war von dem Ausgange jener Ereignisse ganz außerordentlich befriedigt. Wenn man den schönen Worten nur hätte trauen können. Es hieß in dem Rundschreiben: „Frankreich kann keine zweideutige Politik treiben. Wenn es durch die wichtigen Veränderungen, die sich in Deutschland vollziehen, in seinen Interessen und seiner Macht berührt wird, muß es dies offen gestehen und die zu seiner Sicherheit notwendigen Maßregeln ergreifen. Verliert es dagegen bei der Umgestaltung, die dort vor sich geht, nichts, so muß es dies aufrichtig erklären.... Was sehen wir in der Vergangenheit? Nach 1815 vereinigte die heilige Allianz alle Völker vom Ural bis zum Rheine gegen Frankreich. Der deutsche Bund umfaßte mit Preußen und Österreich achtzig Millionen Einwohner; er erstreckte sich von Luxemburg bis Triest, von der Ostsee bis Trient und umschloß uns mit einem Eisenbande von fünf Bundesfestungen; unsre strategische Stellung war durch die geschicktesten Gebietsgruppirungen eingekettet. Die geringste Schwierigkeit, die uns mit Holland oder mit Preußen an der Mosel, mit Deutschland am Rheine, mit Österreich in Tirol oder Friaul entstehen mochte, ließ sämtliche Kräfte des Bundes vereinigt sich gegen uns wenden. Das österreichische Deutschland, das an der Etsch nicht zu erstürmen war, konnte im geeigneten Augenblicke bis an die Alpen vorgehen. Das preußische Deutschland hatte zur Vorhut alle jene Staaten zweiten Ranges, welche durch den Wunsch nach politischer Umwandlung unaufhörlich bewegt wurden und stets bereit waren, Frankreich als den Feind ihrer Existenz und ihres Strebens anzusehen. Nehmen wir Spanien aus, so hatten wir auf dem gesamten Kontinent keine Möglichkeit, eine Allianz zu

schließen.... Fassen wir jetzt die Zukunft des umgestalteten Europa ins Auge, welche Bürgschaft bietet sie Frankreich und dem Weltfrieden? Die Koalition der drei nordischen Mächte ist zertrümmert. Das neue Prinzip, das Europa beherrscht, ist die Freiheit der Allianzen. Alle Großmächte sind, die eine wie die andre, wieder in der ganzen Fülle ihrer Unabhängigkeit und können ihr Schicksal passend weitergestalten. Das vergrößerte, von jeder Solidarität hinfort befreite Preußen sichert die Unabhängigkeit Deutschlands. Frankreich braucht darin keinen Schatten für sich zu erblicken. Stolz auf seine bewundernswerte Einheit und unzerstörbare Nationalität, kann es das Verschmelzungswerk, das dort im Gange ist, nicht bekämpfen oder mißbilligen und nicht eifersüchtigen Stimmungen die Nationalitätsprinzipien unterordnen, die es in Bezug auf die Völker vertritt und bekennt. Ist das deutsche Nationalgefühl befriedigt, so legt sich seine Unruhe, so erlöschen seine Feindschaften. Frankreich nachahmend, thut es einen Schritt, der es uns näher bringt, nicht aber von uns entfernt.... Wenn Österreich, von seinen italienischen und deutschen Befangenheiten befreit, seine Kräfte nicht mehr in unfruchtbarer Eifersucht abnutzt, sondern sie im Osten Europas konzentrirt, so stellt es noch immer eine Macht von fünfunddreißig Millionen Seelen dar, die keine Feindseligkeit, kein Interesse von Frankreich scheidet. Durch welche sonderbare Rückwirkung der Vergangenheit auf die Zukunft sollte die öffentliche Meinung [für welche dieses ganze Raisonnement selbstverständlich bestimmt war] nicht Verbündete, sondern Gegner in jenen Nationen erblicken, die, von einer uns feindlichen Vergangenheit befreit, zu einem neuen Leben berufen, durch Grundsätze, die auch die unsrigen sind, geleitet und von den Fortschrittsgedanken, in denen die gesamte moderne Gesellschaft sich friedlich zusammenfindet, beseelt sind? ... Eine unwiderstehliche

Macht drängt die Völker dazu, sich in großen Zusammenballungen zu vereinigen und dabei die kleinern Staaten verschwinden zu lassen.... Der Kaiser glaubt nicht, daß die Größe eines Landes von der Schwächung der Völker abhänge, die es umwohnen, und er sieht das wahre Gleichgewicht nur in den befriedigten Wünschen der europäischen Völker. Wenn diese Betrachtungen gerecht und wahr sind, so hat der Kaiser Recht gehabt, die Rolle des Vermittlers anzunehmen, die nicht ohne Ruhm gewesen ist, unnützes und schmerzliches Blutvergießen zu hemmen, den Sieger zu mäßigen, durch sein freundschaftliches Einschreiten die Folgen der Niederlage zu mildern und trotz aller Hindernisse die Herstellung des Friedens zu verfolgen.... Die kaiserliche Regierung hat schon seit langer Zeit ihre Grundsätze in Bezug auf Gebietserweiterungen in Anwendung gebracht. Sie versteht und hat verstanden, daß die Annexionen, die durch eine unbedingte Notwendigkeit geboten sind, mit dem Vaterlande Bevölkerungen verbinden, welche nur gleiche Sitten und den gleichen Nationalgeist besitzen.... Frankreich kann nur solche Gebietsvergrößerungen wünschen, welche seinen starken innern Zusammenhang nicht ändern, es muß aber immer an seiner moralischen und politischen Vergrößerung arbeiten, indem es seinen Einfluß den großen Interessen der Zivilisation dienstbar macht. Indes liegt in der Aufregung, welche sich des Landes bemächtigt hat, ein berechtigtes Gefühl, welches man anerkennen und auf den rechten Weg lenken muß. Die Erfolge des letzten Krieges enthalten eine ernste Lehre, welche unsrer Waffenehre keinen Abbruch gethan hat; sie zeigen uns die Notwendigkeit, unsre militärische Organisation ohne Verzug zu vervollkommnen, damit wir unser Gebiet verteidigen können. [Also doch!] ... Im ganzen erscheint ... der Horizont von drohenden Möglichkeiten befreit; gefährliche Probleme, welche gelöst werden mußten,

weil man sie nicht beseitigen konnte, lasteten auf den Geschicken der Völker, sie hätten sich in schwierigeren Zeiten aufdrängen können, sie haben ihre natürliche Lösung gefunden ohne zu gewaltsame Erschütterungen und ohne die gefährliche Mitwirkung der revolutionären Leidenschaften. Ein Friede, der auf solchen Grundlagen ruht, wird ein dauerhafter Friede sein." [Und doch Vervollkommnung der französischen Wehrverfassung ohne Verzug notwendig!]

Ähnlich sprach sich der Minister Rouher am 18. März 1867 gegen den legislativen Körper aus, als Thiers die Politik der Regierung getadelt und gemeint hatte, Frankreich hätte 1866 „den Angreifer des deutschen Bundes mit Krieg bedrohen müssen," und „in der gegenwärtigen Lage gebe es zwei Wege für Frankreich; der eine bestehe darin, daß man sich an die Seite der Ehrgeizigen [Preußen und Italien] stelle, und sei gefährlich, als zweiter bleibe übrig, daß man an die Spitze der bedrohten Interessen trete, und das werde den Frieden sichern." Doch gestand der vertrauteste der Ratgeber Napoleons in seiner Rede ganz offen zu, daß der Sieg bei Königgrätz die obern Sphären in Paris in Angst versetzt hatte. „Der 3. Juli war ein bedeutungsvoller Tag," sagte er. „Diesem unerwarteten und unwahrscheinlichen Ereignisse gegenüber waren die Herzen aller Männer der Regierung mit patriotischer Beklemmung erfüllt."

An demselben Tage tauchte im Reichstage des Norddeutschen Bundes zum erstenmale die Frage wegen Luxemburgs auf, welches Napoleon jetzt zunächst durch geheime Unterhandlungen mit dem Könige der Niederlande für Frankreich zu gewinnen bemüht war. Über die Stellung Luxemburgs seit dem Verfall des alten und der Gründung des neuen deutschen Bundes erklärte sich der Kanzler bei dieser Gelegenheit u. a.

folgendermaßen: „In Bezug auf Luxemburg ist uns niemals ein Wunsch des dortigen Souveräns, der dortigen Regierung, der dortigen Einwohnerschaft ausgesprochen worden, für dieses Großherzogtum dem Norddeutschen Bunde anzugehören.... Unsrerseits ist auf die Zugehörigkeit Luxemburgs und Limburgs zu Deutschland weder verzichtet, noch ist sie als ein Rechtsgrundsatz ausgesprochen worden. Wir können den Souveränen, die dem Bunde nicht beitreten wollen, keine Gewalt und keinen Zwang anthun." Und dem Abgeordneten von Carlowitz gegenüber bemerkte er: „Ich glaube, der Herr Vorredner ist mit sich selbst in Widerspruch getreten, indem er es für eine der schwächsten Seiten des frühern Bundes hielt, daß solche Souveräne, die außerhalb des Bundes ein größeres Gebiet besäßen, Mitglieder geworden wären. Nichtsdestoweniger schlägt er selbst in diesem Augenblicke vor, den König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg wieder in den Bund aufzunehmen oder ihm das Großherzogtum, das er mit vollem Rechte besitzt, abzunehmen.... Wenn es dem Herrn Vorredner gelingt, den Großherzog zu disponiren, daß er sich dem Norddeutschen Bunde anschließt, dann wird er vielleicht sagen können, eine europäische Frage geschaffen zu haben, ob etwas weiteres, das bliebe abzuwarten."

Inzwischen hatten sich der König der Niederlande und der Kaiser Napoleon über den Verkauf Luxemburgs an den letztern weiter verständigt, und es war nur noch die Frage, wie man die Sache in Berlin aufnehmen werde. Am 21. März schrieb der französische Minister Moustier an den Gesandten des Kaisers im Haag, die Ansichten der beiden Höfe über die Angelegenheit näherten sich mehr und mehr der Übereinstimmung, und man empfinge in Paris täglich neue Beweise des Wunsches der Bevölkerung, mit Frankreich vereinigt zu werden.... „Wir glauben,"

fuhr er fort, „daß der Großherzog das unbeschränkte Recht hat, mit Zustimmung der Bevölkerung über Luxemburg zu verfügen, und wir haben unbestreitbar das Recht, unter denselben Bedingungen das Land zu erwerben. Wir haben aber ebenso sehr wie der König der Niederlande den aufrichtigen Wunsch, in guten Beziehungen zum Berliner Hofe zu bleiben, und es ist unmöglich, der Anwesenheit einer preußischen Garnison, obwohl dieselbe sich heutzutage auf kein Recht mehr stützt, keine Rechnung zu tragen. . . . Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß das Berliner Kabinet von diesen Besprechungen Kenntnis erhalte, wünschen jedoch, daß dies durch uns geschehe. Eine aufmerksame Prüfung der Frage wird, wie wir hoffen, dem Könige darthun, daß trotz seines natürlichen Wunsches, die Initiative zu dieser vertraulichen Mitteilung zu ergreifen, es nötig ist, daß uns die ausschließliche Leitung und Verantwortlichkeit dieser Maßregel überlassen wird. Wir werden sofort hierüber mit der preußischen Regierung vertrauliche Besprechungen eröffnen, die zu keinem übeln Ergebnisse führen können, da unser Zweck dahin geht, diese Frage zu einem Mittel der Annäherung und nicht zu einer Ursache des Streites zu machen. . . . Ich habe nicht nötig, daran zu erinnern, daß die in diesen Ideenaustausch eingeweihten Personen die größte Verschwiegenheit zu beobachten haben."

Am 28. März telegraphirte der Prinz von Oranien dem Kaiser Napoleon, daß der König der Niederlande in die Abtretung Luxemburgs willige und ihn ersuche, sich mit Preußen zu verständigen. Am 30. sprach Moustier dem französischen Gesandten im Haag sein Bedauern aus, daß der niederländische Kollege in Berlin die Sache ohne Wissen und Beteiligung Frankreichs bei der preußischen Regierung offiziell angeregt habe. Tags darauf meldete Benedetti seinem Chef in Paris,

daß die Luxemburger Angelegenheit eine Aufregung in Deutschland hervorgerufen habe, von welcher Bismarck sehr bewegt zu sein scheine. Derselbe sei in Kenntnis gesetzt worden, daß die Liberalen ihn darüber zu interpelliren beabsichtigten, und halte es deshalb für richtig, daß der Abschluß der Übereinkunft zwischen Frankreich und Holland aufgeschoben werde. Am 1. April erhielt Benedetti von Moustier ein Telegramm, in welchem es hieß: „Der neue Stand der deutschen Verhältnisse wird umso eher zu allgemeiner Anerkennung gelangen, je gewissenhafter der neue Bund sich innerhalb der Grenzen seiner Berechtigung hält. Die Sprache des Herrn von Bismarck hat uns immer glauben lassen, daß er die Dinge von diesem Gesichtspunkte aus ansieht. Der Ministerpräsident hat gewiß das Ansehen und den Mut, dem deutschen Patriotismus die Grenzen vorzuzeichnen, welche derselbe innehalten muß, um nicht den Patriotismus andrer Völker zu verletzen."

An demselben Tage interpellirte von Bennigsen den Kanzler im Reichstage, ob die in täglich verstärktem Maße auftretenden Gerüchte von Verhandlungen zwischen der französischen und der niederländischen Regierung wegen Abtretung Luxemburgs begründet seien, und ob die preußische Regierung in der Lage sei, dem Reichstage darüber Mitteilung zu machen, daß sie im Verein mit ihren Bundesgenossen entschlossen sei, die Verbindung jenes alten deutschen Landes mit dem Gesamtvaterlande, insbesondere das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg auf jede Gefahr hin dauernd sicherzustellen.

Bismarck antwortete darauf im wesentlichen folgendes: „Nach Auflösung des Bundes genoß das Großherzogtum Luxemburg und sein Großherzog derselben Souveränetät europäischen Charakters wie das Königreich der Niederlande und sein König. Die große Mehrzahl der frühern Bundesgenossen benutzten gleich

Preußen ihre Freiheit, um sofort auf dem nationalen Boden einen neuen Bund behufs gegenseitiger Unterstützung und Pflege der nationalen Interessen zu schließen. Das Großherzogtum Luxemburg fand es seinen Interessen nicht entsprechend, denselben Weg einzuschlagen. Durch die Organe, welche uns innerhalb des Großherzogtums und an seinen Grenzen zu Gebote stehen, waren wir davon in Kenntnis gehalten, daß eine entschiedne Abneigung, dem Norddeutschen Bunde beizutreten, in allen Schichten der Bevölkerung heimisch war. In den höhern und namentlich in den höchsten war sie getragen von einer deutlich ausgesprochnen Mißstimmung gegen Preußen und dessen Erfolge,*) in den untern von Abneigung gegen die Übernahme derjenigen Lasten, die eine ernsthafte Landesverteidigung notwendig mit sich führt. Die Stimmung der luxemburgischen Regierung fand Ausdruck in einer Depesche, die im Oktober an uns gerichtet wurde, und in welcher sie uns nachzuweisen versuchte, daß wir kein Recht mehr hätten, in Luxemburg Garnison zu halten. Die königliche Regierung und ihre Bundesgenossen mußten sich die Frage stellen, ob es angemessen sei, unter diesen Umständen eine Einwirkung oder gar einen Druck dahin zu üben, daß das Großherzogtum, welches dem Zollverein angehört, auch dem Norddeutschen Bunde beiträte. Sie hat sich nach gründlicher Erwägung diese Frage verneint. Sie mußte es einmal als einen zweifelhaften Vorteil betrachten, in einem Bunde von dieser Intimität in dem Großherzog von Luxemburg ein Mitglied zu haben, welches in seiner Eigenschaft als König der Niederlande seinen Schwerpunkt und seine Interessen außerhalb des Bundes hat. . . . Die königliche Regierung hat sich

*) Namentlich die Königin von Holland, eine würtembergische Prinzessin, war, wie ihre Korrespondenz mit Napoleon zeigt, eine sehr eifrige Gegnerin Preußens und seiner Politik.

ferner gesagt, daß vermöge der geographischen Lage und der eigentümlichen Verhältnisse gerade des Großherzogtums Luxemburg die Behandlung dieser Frage einen höhern Grad von Vorsicht erfordert. Man erweist der preußischen Politik nur Gerechtigkeit, wenn an einer hervorragenden Stelle [in Moustiers zuletzt zitirtem Telegramm an Benedetti] ausgesprochen ist, sie suche die Empfindlichkeit der französischen Nation — natürlich, soweit es mit der eignen Ehre verträglich ist — zu schonen. Die preußische Regierung findet und fand zu einer solchen Politik Veranlassung in der gerechten Würdigung der Bedeutung, welche die freundschaftlichen Beziehungen zu einem mächtigen und ebenbürtigen Nachbarvolke für die friedliche Entwicklung der deutschen Frage haben mußten. . . . Die königliche Regierung hat keinen Anlaß, anzunehmen, daß ein Abschluß über das künftige Schicksal des Großherzogtums bereits erfolgt sei; sie kann das Gegenteil natürlich nicht mit Bestimmtheit versichern, sie kann auch nicht mit Bestimmtheit wissen, ob, wenn er noch nicht erfolgt wäre, er vielleicht unmittelbar bevorstünde. Die einzigen Vorgänge, durch welche die königliche Regierung veranlaßt gewesen ist, geschäftlich Kenntnis von dieser Frage zu nehmen, sind folgende. Vor wenig Tagen hat Seine Majestät der König der Niederlande den im Haag akkreditirten königlich preußischen Gesandten mündlich in die Lage gesetzt, sich darüber zu äußern, wie die preußische Regierung es auffassen würde, wenn Seine niederländische Majestät sich der Souveränetät über das Großherzogtum Luxemburg entäußerten. Der Graf Perponcher, unser Gesandter im Haag, ist angewiesen worden, darauf zu antworten, daß die königliche Regierung und ihre Bundesgenossen im Augenblick überhaupt keinen Beruf hätten, sich über diese Frage zu äußern, daß sie Seiner Majestät die Verantwortlichkeit für die eignen Handlungen selbst überlassen müßten, und

daß die königliche Regierung, bevor sie sich über diese Frage äußern würde, wenn sie genötigt wäre, es zu thun, sich vorher jedenfalls versichern würde, wie die Frage von ihren deutschen Bundesgenossen, wie sie von den Mitunterzeichnern der Verträge von 1839 und wie sie von der öffentlichen Meinung in Deutschland, welche gerade im gegenwärtigen Augenblicke in der Gestalt dieser hohen Versammlung ein angemessenes Organ besitzt, aufgefaßt werden würde. Die zweite Thatsache war diejenige, daß die königlich niederländische Regierung durch ihren hiesigen Gesandten uns ihre guten Dienste behufs der von ihr vorausgesetzten Verhandlungen Preußens mit Frankreich über das Großherzogtum Luxemburg anbot. Wir haben darauf geantwortet, daß wir nicht in der Lage wären, von diesen guten Diensten Gebrauch machen zu können, weil Verhandlungen dieser Art nicht schwebten."

Über den zweiten Teil der Interpellation sagte der Kanzler: „Der Wortlaut desselben ist ein solcher, wie er einer Volksvertretung, die auf dem nationalen Boden steht, wohl anstehen mag; er gehört aber nicht der Sprache der Diplomaten an, wie sie in Behandlung internationaler Beziehungen, so lange dieselben in friedlichem Wege erhalten werden können, geführt zu werden pflegt." Und weiterhin fügte er hinzu: „Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich in diesem Augenblicke — ähnlich, wie es einem Volksvertreter, einer Volksvertretung gestattet ist — über die Absichten und Entschlüsse der Regierung und ihrer Bundesgenossen in diesem und jenem Falle in der Öffentlichkeit Erklärungen abgebe. Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde; sie hoffen, imstande zu sein, solche Rechte zu wahren und zu schützen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und ohne

Gefährdung der freundschaftlichen Beziehungen, in welchen sich Deutschland bisher zur Genugthuung der verbündeten Regierungen mit seinen Nachbarn befindet. Sie werden sich dieser Hoffnung umso sicherer hingeben können, je mehr das eintrifft, was der Herr Interpellant vorher zu meiner Freude andeutete, daß wir durch unsre Beratungen das unerschütterliche Vertrauen, den unzerreißbaren Zusammenhang des deutschen Volkes mit seinen Regierungen und unter seinen Regierungen bethätigen werden."

Von einer Einwilligung in die Abtretung Luxemburgs an Frankreich konnte in Berlin überhaupt nicht die Rede sein, am wenigsten bei der allgemeinen Aufregung, die das Projekt in Deutschland hervorgerufen hatte. Angesichts der Entschlossenheit der gesamten deutschen Nation und im Hinblick auf die kurz vorher, am 19. März, von Bismarck veröffentlichten Allianzverträge mit den süddeutschen Staaten, welche dem Norddeutschen Bunde den Beistand derselben gegen Frankreich sicherten, lenkte Napoleon, der damals militärisch nicht in der Verfassung war, mit Aussicht auf Erfolg einen Krieg gegen ganz Deutschland zu wagen, rasch ein. Schon am 8. April ließ er Moustier im legislativen Körper erklären, der Kaiser der Franzosen und der König der Niederlande hätten über den Besitz Luxemburgs nur „ihre Ansichten ausgetauscht," und die Besprechungen der Sache „noch keinen offiziellen Charakter angenommen." „Getreu den Prinzipien, welche," so fuhr der französische Minister fort, „unsre Politik stets geleitet haben, verstanden wir die Möglichkeit dieses Gebietserwerbes niemals anders als unter drei Bedingungen: der freien Einwilligung des Großherzogs von Luxemburg, der ehrlichen Prüfung der Interessen der Großmächte und dem durch allgemeine Abstimmung kundgegebenen Wunsche der Bevölkerung. Wir sind also geneigt, im Verein mit den andern Kabinetten Europas die Klauseln des [inzwischen von

Bismarck angerufenen Vertrags von 1839*) zu prüfen, und wir werden dabei mit der versöhnlichsten Gesinnung zu Werke gehen."

Gab Napoleon die Erwerbung des Großherzogtums auf, so verlangte er jetzt wenigstens den Abzug der preußischen Garnison aus der Festung Luxemburg, weil, wie er in London durch seinen Botschafter hervorheben ließ, „die Verhältnisse in Deutschland total verändert seien. Der alte Bund habe lediglich zu defensiven Zwecken bestanden, seine Maschinerie sei vermöge des aus verschiedenen Kontingenten zusammengesetzten Bundesheeres eine komplizirte, seine Aktion eine langsame gewesen. Jetzt vereinige Preußen alle Kraft in seiner Hand, und Luxemburg im Besitz einer preußischen Besatzung würde für Deutschland fortan nicht mehr bloß eine defensive, sondern eine offensive Position gegen Frankreich sein." Bismarck verhielt sich zunächst auch diesem Verlangen des Kaisers gegenüber ablehnend, indem er dem preußischen Botschafter am Hofe von St. James erklären ließ, Preußen befinde sich bei der gegenwärtigen Sachlage in Deutschland nicht imstande, in eine Trennung Luxemburgs von Deutschland unter was immer für einer Form oder in die Räumung der Festung zu willigen. Moustier sprach sich darüber durch die Vertreter Frankreichs in London, Wien, Florenz und Petersburg dahin aus, man habe französischerseits keine territoriale Vergrößerung, sondern lediglich Sicherheit der Grenzen erstrebt, andrerseits aber auch voraussetzen dürfen, daß Preußen

*) Nach Ausbruch der belgischen Revolution hatte sich ganz Luxemburg mit Ausnahme der Festung und ihres Rayons der Bewegung angeschlossen, und die provisorische Regierung zu Brüssel hatte es im Oktober 1830 für einen Bestandteil Belgiens erklärt. Durch den Londoner Traktat vom 19. April 1839 aber, der von allen Großmächten vereinbart wurde, kam es mit Ausnahme der Stadt Arlon und der Umgebung derselben als selbständiger Staat wieder in den Besitz des Königs der Niederlande.

in seinen Beziehungen zu Frankreich nur freundschaftliche Stimmungen walten lassen und auf die Notwendigkeiten der defensiven Lage desselben Rücksicht nehmen, also die Besetzung Luxemburgs nicht fortdauern lassen wolle. Man wolle Begründung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und Bürgschaft für die Ruhe Europas und sei deshalb weit davon entfernt, aus Preußens Weigerung jetzt einen Kriegsfall zu machen. Die betreffende Depesche schloß mit den Worten: „Da unsre Fürsorge ausschließlich auf die Sicherheit unsrer Grenzen gerichtet ist, so werden wir von vornherein keine Kombination ausschließen, welche uns in dieser Beziehung ausreichende Bürgschaften gewährt.“ Die englische Regierung wollte, wie Lord Stanley am 17. April an den britischen Gesandten in Berlin telegraphirte, kein Urteil über die zwischen Preußen und Frankreich schwebende Frage, wie sie jetzt stehe, abgeben, riet aber mit Hinweis auf die Übermacht Frankreichs zur See zum Nachgeben. Beust schlug vor, entweder Luxemburg im Besitz des Königs der Niederlande zu belassen oder es zu Belgien zu schlagen, welches dafür einen Teil seines Gebietes an Frankreich abtreten sollte, in beiden Fällen aber Räumung der Festung von seiten der Preußen zu beschließen. Bismarck zeigte sich geneigt, der zweiten Alternative den Vorzug zu geben. Luxemburg sollte nach seiner Meinung wieder mit Belgien vereinigt werden. „Da hätten wir es,“ sagte er am 25. Januar 1871 in Versailles zu uns, „mit einem Lande verbunden, für dessen Neutralität England, wie man damals denken konnte, eingetreten sein würde. Und dann hätte man damit das deutsche Element dort, die Vläminger, gegen die Fransquillons gestärkt und zugleich eine gute Grenze gewonnen. Ich fand damit aber [im Konseil] keinen Anklang.“ Auch war auf die Stimmung in Deutschland Rücksicht zu nehmen, die einer solchen Transaktion

günstig sein mußte, und da dies nicht der Fall war, hielt er am Statusquo fest. Da ferner Belgien nichts abtreten, Frankreich von ihm nichts annehmen wollte, so konnte der Beustsche Gedanke nicht mehr berücksichtigt werden. Dagegen sah das Londoner Kabinet drei Auswege: 1. Unbedingte Überweisung der Festung Luxemburg an den König der Niederlande, 2. Übergabe derselben an ihn nach vorgängiger Schleifung der Werke, 3. Übertragung des Platzes an Belgien mit oder ohne gleichzeitige Überweisung des übrigen Luxemburg an dasselbe. Rußland schlug den Zusammentritt einer Konferenz zur Schlichtung des Streites auf Grund einer von den Großmächten verbürgten Neutralität des Großherzogtums vor, und Bismarck nahm dies an, wogegen er die englische Anfrage, ob er bereit sei, im voraus zu erklären, daß Deutschland seinen gegenwärtigen Forderungen entsagen wolle, falls dies auf der Konferenz verlangt würde — eine Anfrage, die auch an Frankreich erging —, dahin beantwortete, daß Preußen sich nicht voraus binden könne. Nachdem aber die französische Regierung erklärt, daß sie eine Konferenz beschicken und sich dem Endergebnis ihrer Beratungen fügen werde, falls vorher privatim und vertraulich festgestellt sei, daß Luxemburg von den Preußen geräumt werden solle, sprach der deutsche Bundeskanzler seine Bereitwilligkeit gleichfalls aus, indem er bemerkte, Preußen werde die Räumung und Schleifung der Festung zugestehen, wenn die Konferenz dies wünsche und gleichzeitig für die Neutralität ganz Luxemburgs eine Garantie gewähre, welche der für die Neutralität Belgiens bestehenden gleiche. Diese Bedingungen wurden von allen Großmächten als Basis für die Verhandlungen der Konferenz angenommen, und die letztere, daraufhin vom Könige der Niederlande nach London berufen, erhob sie zum Beschlusse. Indes blieb Luxemburg insofern mit Deutschland verknüpft, als

es nicht aufhörte, Mitglied des Zollvereins zu sein, und Bismarck trug 1872 auf dem Vertragswege Sorge, daß die Regierung des deutschen Reiches die Verwaltung sämtlicher Eisenbahnen des Großherzogtums in die Hände bekam, und verband letzteres auf diese Weise noch inniger mit Deutschland. Er hatte keinen Krieg führen wollen, weil, wie er am 24. September im Reichstage sagte, „in der Luxemburger Frage weder unsre Unabhängigkeit bedroht, noch ein zweifelloses Recht bestritten wurde." Der Krieg war mit Ehren vermieden worden, und wenn Preußen auf das Besatzungsrecht in Luxemburg verzichtet hatte, so wurde dies vollkommen genügend durch Gewährleistung der Großmächte für die Neutralität des Großherzogtums ausgeglichen. Das Interesse der Verteidigung, dem die vom Standpunkte der Strategie nicht sehr bedeutende Festung diente, war in gleichem Maße gesichert, nachdem jene Mächte einen Angriff auf Deutschland von der luxemburgischen Grenze her für eine Verletzung des europäischen Rechtes erklärt hatten.

Die luxemburger Frage schien mit dem Ergebnis der Londoner Konferenz aus der Welt geschafft, als Frankreich seine Werbungen um ein Bündnis mit Preußen zu Zwecken der Eroberung energisch wieder aufnahm. Benedetti hatte, wie wir sahen, den Vertragsentwurf, der von ihm nach den ihm von Chauvy überbrachten Instruktionen ausgearbeitet worden war und dann dem Kaiser vorgelegen hatte, im Laufe des Jahres 1866 dem deutschen Kanzler zu übergeben keine Gelegenheit gefunden. Jetzt, im Frühling 1867, erschien er damit im Auswärtigen Amte zu Berlin, besprach sich darüber mit Bismarck und beging die Unvorsichtigkeit, das betreffende, von ihm selbst auf Papier der französischen Botschaft geschriebene Konzept in den Händen des Kanzlers zurückzulassen. Dasselbe lautete:

„Seine Majestät der König von Preußen und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen, es für nützlich haltend, die Freundschaftsbande, welche sie verbinden, noch enger zu knüpfen und die glücklicherweise zwischen den beiden Ländern bestehenden Beziehungen guter Nachbarschaft zu befestigen, andrerseits überzeugt, daß, um dieses die Aufrechthaltung des Weltfriedens verbürgende Ergebnis zu erreichen, es ihnen obliegt, sich über Fragen zu verständigen, welche ihre zukünftigen Beziehungen betreffen, haben sich entschlossen, zu diesem Zweck einen Vertrag abzuschließen und infolge dessen zu ihren Bevollmächtigten — — ernannt, welche über nachstehende Artikel übereingekommen sind: Artikel 1. Seine Majestät der Kaiser der Franzosen läßt zu und erkennt an die Erwerbungen, welche Preußen infolge des letzten Krieges mit Österreich und dessen Verbündeten gemacht hat, ebenso wie die für Aufrichtung eines Bundes in Norddeutschland getroffenen oder noch zu treffenden Einrichtungen, indem er sich zu gleicher Zeit verpflichtet, der Erhaltung dieses Werkes seine Unterstützung zu leihen. [Bei der ersten Vorlesung dieses Artikels bemerkte Bismarck dem Botschafter, daß der Schlußpassus das Recht Frankreichs zur Einmischung Frankreichs in die innern Angelegenheiten Deutschlands voraussetze, und daß er ein solches Recht auch in geheimen Aktenstücken nicht einräumen könne, worauf Benedetti den Satz mit Klammern einschloß.] Artikel 2. Seine Majestät der König von Preußen verspricht, Frankreich die Erwerbung Luxemburgs [auf das es soeben öffentlich Verzicht geleistet hatte] zu erleichtern. Zu diesem Zwecke wird die genannte Majestät in Verhandlungen mit Seiner Majestät dem Könige der Niederlande eintreten, um denselben zu bestimmen, dem Kaiser der Franzosen seine Souveränetätsrechte über dieses Großherzogtum gegen eine Entschädigung, die für genügend erachtet werden wird, oder auf

andre Weise abzutreten. Um diese Transaktion zu erleichtern, verpflichtet sich der Kaiser der Franzosen seinerseits beiläufig, die pekuniären Lasten auf sich zu nehmen, die sie mit sich bringen könnte. Artikel 3. Seine Majestät der Kaiser der Franzosen wird sich einer föderalen Vereinigung des Nordbundes mit den Staaten Süddeutschlands, Österreich ausgenommen, nicht wiedersetzen, und diese Vereinigung kann auf ein gemeinsames Parlament basirt sein, wobei aber in billigem Maße die Souveränetät dieser Staaten geachtet bleiben soll. Artikel 4. Seinerseits wird Seine Majestät der König von Preußen in dem Fall, daß Seine Majestät der Kaiser der Franzosen durch die Umstände bewogen werden sollte, seine Truppen in Belgien einrücken zu lassen oder es zu erobern, Frankreich die Beihilfe seiner Waffen gewähren und ihm mit allen seinen Land- und Seestreitkräften gegen jede Macht beistehen, welche ihm in diesem Falle den Krieg erklären sollte. Artikel 5. Um die vollständige Ausführung der vorstehenden Bestimmungen zu sichern, schließen Seine Majestät der König von Preußen und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen durch den gegenwärtigen Vertrag eine Offensiv- und Defensivallianz ab, zu deren Aufrechterhaltung sie sich feierlich verpflichten. Ihre Majestäten machen sich überdies ausdrücklich anheischig, dieselbe in allen Fällen zu beobachten, wo ihre respektiven Staaten, deren Integrität sie sich gegenseitig verbürgen, von einem Angriff bedroht werden sollten, indem sie sich für gebunden halten, in einem derartigen Falle ohne Zögern und ohne sich unter irgendwelchem Vorwande zu weigern, die militärischen Vorkehrungen zu treffen, welche durch ihr gemeinschaftliches Interesse im Einklange mit den oben angegebnen Klauseln und Voraussetzungen geboten sind."

Benedetti versucht die Sache in seinem Buche über seine

Wirksamkeit als Botschafter am Berliner Hofe*) abzuleugnen, indem er sagt: „Man erinnert sich, daß ich am 5. August [1866] Herrn von Bismarck den Vorschlag eines Vertrages in Bezug auf Mainz und das linke Ufer des Oberrheins vorgelegt hatte, und ich brauche nicht zu sagen, daß Herr Rouher sich im zweiten Absatze seines Briefes vom 6.**) auf diese Mitteilung bezieht. Aber was sie ebenfalls zeigt, und was entgegen den Behauptungen des Herrn von Bismarck festzustellen wichtig ist, ist die Thatsache, daß in Paris niemand davon geträumt hat, Belgien zum Zahlungsmittel in Betreff der für Frankreich notwendigen und ihm nach den eignen Worten des preußischen Gesandten gebührenden Zugeständnisse zu machen.“ Dem französischen Exbotschafter war es, als er dies in die Welt gehen ließ, noch unbekannt, daß den preußischen Truppen während des Krieges gewisse geheime Papiere in die Hände gefallen waren, die ihn widerlegten, und mit denen das preußische Auswärtige Amt sich nunmehr gegen ihn verteidigte. Es erwiederte am 20. Oktober 1871 auf seine Ableugnung ungefähr folgendes: Er (Benedetti) sucht damit und in den folgenden Auseinandersetzungen zwei verschiedne Phasen der dilatorischen Verhandlungen, welche der preußische Ministerpräsident mehrere Jahre hindurch mit ihm geführt hat,

*) Ma Mission en Prusse, S. 197.

**) Es heißt da: „Ich machte Herrn von der Goltz bemerklich, daß mir diese Frage [wegen sofortiger offizieller Anerkennung der preußischen Annexionen durch Frankreich] in engem Zusammenhange mit derjenigen der Berichtigung unsrer Grenzen zu stehen scheine, und daß man ihm wahrscheinlich den Willen kundgeben würde, sie gleichzeitig zu behandeln. Meine Voraussicht traf ein; gestern teilte mir der preußische Gesandte die Antwort unsers Kollegen mit, derselbe setzt auseinander, daß Benedetti Herrn von Bismarck eine Mitteilung in diesem Sinne gemacht hat, und daß man eine Erwiederung auf diesen Vorschlag erwarten zu müssen glaubt, bevor man zu weitern Verhandlungen schreitet. Herr von der Goltz findet unsern Anspruch im Prinzip berechtigt.“

zu vermischen. Die Forderung der Abtretung deutschen Gebietes mit Einschließung von Mainz, welche er am 5. und 7. August 1866 an den Ministerpräsidenten richtete, zieht er zusammen mit dem spätern Verlangen nach Belgien und sucht die in den Tuilerien gefundenen und bereits veröffentlichten Briefe ausschließlich auf die erstere zu beziehen, während diese doch mit dem von ihm selbst auf Seite 181 erwähnten Briefe des Kaisers an den Marquis de la Valette ihren Abschluß gefunden hatte. Daß beide Phasen sich auch in seiner Auffassung sehr genau scheiden, geht aus seiner in den Händen des Auswärtigen Amtes befindlichen Berichterstattung hervor [die in der obigen Darstellung des Verlaufs der französischen Kompensationsversuche auszugsweise benutzt worden ist.] Wenn Benedetti auf Seite 185 seines Buches behauptet, es sei ein Irrtum, wenn Herr von Bismarck die Verhandlungen über Belgien, die 1866 stattgefunden hätten, in das Jahr 1867 verlege, so ist daraus nur zu schließen, daß der französische Botschafter auch im letztgenannten Jahre die im vorhergehenden unterbrochenen, von dem preußischen Teilnehmer einzig zu dem Zwecke der Hinausschiebung eines Angriffs Frankreichs betriebenen Verhandlungen nach dem Mißlingen des Versuches mit Luxemburg mit Beschränkung derselben auf Belgien wieder angeknüpft hat.

Wie übrigens Bismarck über die belgische Frage dachte, wenn er sich auf den Standpunkt des Kaisers Napoleon stellte, zeigt eine Äußerung, die er im Jahre 1867 im Garten der Tuilerien gegen den Herzog von Bauffremont fallen ließ, und zu der er uns am 5. November 1870 in Versailles einige Erläuterungen gab. Jene Äußerung war ungefähr dahin gegangen, daß der Kaiser 1866 seinen Vorteil nicht verstanden habe, und daß er damals auch ein gutes Geschäft habe machen können, wenn auch nicht auf deutschem Boden. Der Versailler

Kommentar dazu aber lautete: „Napoleon hatte 1866 im Sommer nur nicht die Kourage, zu thun, was von seinem Standpunkte aus das Rechte war. Er hätte — nun er hätte den Gegenstand des Benedettischen Vorschlages, als wir gegen Österreich vorgingen, besetzen und als Pfand für das, was da kommen konnte, vorläufig behalten sollen. Wir konnten ihn damals nicht hindern, und daß England ihn angriff, war nicht wahrscheinlich, jedenfalls konnte er's abwarten. Wenn wir siegten, mußte er versuchen, sich Rücken an Rücken mit uns zu stellen und uns zu Excessen zu ermutigen. Aber er ist und bleibt ein Tiefenbacher."

Verschiedne Anzeichen machen es wahrscheinlich, daß die im Frühjahr 1867 wie früher gescheiterten Versuche der Franzosen, die ihnen angeblich gebührende Entschädigung für den Machtverlust, den ihnen der Machtzuwachs Preußens im Jahre 1866 gebracht hatte, durch Unterhandlungen mit Bismarck zu erreichen, auch in der nächstfolgenden Zeit wiederholt wurden. Jedenfalls behielt man in Paris in seiner Verblendung, die dadurch erhalten wurde, daß der deutsche Kanzler sich bei den geheimen Besprechungen weder bestimmt ablehnend noch unzweideutig einwilligend verhalten, sondern sich möglichst allgemein ausgesprochen hatte, noch geraume Zeit Hoffnung, auf diesem friedlichen Wege sein Ziel zu erreichen.

Das Motiv, das den Grafen von Bismarck zu dieser dilatorischen Politik bewog, ist bereits oben angedeutet. Hier mag er es selbst weiter charakterisiren. Im Rundschreiben vom 29. Juli 1870 sagt er: „Ich vermutete, daß die Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden, den zu erhalten Deutschlands und Europas Interesse war, gefährden würde.... Die verschiednen Phasen französischer Verstimmung und Kriegslust, welche wir von 1866 bis 1869 durchgemacht haben,

koinzidirten ziemlich genau mit der Neigung oder Abneigung, welche die französischen Agenten bei mir für Verhandlungen der Art zu finden glaubten. Zur Zeit der Vorbereitung der belgischen Eisenbahnhändel im März 1868 wurde mir von einer hochstehenden Person, welche den frühern Unterhandlungen nicht fremd war [dem Prinzen Napoleon], mit Bezugnahme auf letztere angedeutet, daß für den Fall einer französischen Okkupation Belgiens »nous trouverions bien notre Belgique ailleurs« [wobei der Betreffende vielleicht an Süddeutschland, wahrscheinlicher aber an Holland gedacht haben wird]. In gleicher Weise wurde mir bei frühern Gelegenheiten [wohl schon während des Krimkrieges] zu erwägen gegeben, daß Frankreich seine Beteiligung [an der etwaigen Siegesbeute] nicht im fernen Osten, sondern unmittelbar an seiner Grenze suchen könne. Ich habe den Eindruck, daß nur die definitive Überzeugung, es sei mit uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen, den Kaiser zu dem Entschlusse geführt hat, eine solche gegen uns zu erstreben. . . . Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu rieten, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Übel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub eines Bruches zu Gute kam."

Zu den letzten Sätzen mögen einige Glossen von Interesse sein, die der Verfasser dieser Schrift seinem persönlichen Verkehr

mit dem Kanzler entnehmen zu dürfen glaubt. Nach der Reichstagsdebatte über den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund, am 27. Februar 1870, beauftragte ihn sein Chef, in der Presse über seine Stellung zu der Frage aufzuklären. Er wies dabei auf die Rede hin, in welcher er Lasker und andern Drängern über die Natur der Sache Licht zu geben bemüht gewesen war. „Ich möchte Sie bitten," sagte er, „vorzüglich hervorzuheben, daß man in den nationalliberalen Blättern meine Hauptmotive entweder nicht erraten oder absichtlich verschwiegen hat. Diese Motive bestehen darin, daß eine Einverleibung Badens auf den König von Baiern als Pression, also bedenklich wirken würde, und daß wir die Lage Frankreichs zu beachten haben, die dortige konstitutionelle Entwicklung, die von Berlin aus auf jede Weise gefördert worden ist, da sie für uns Frieden verheißt, nicht einem Frühjahrsfroste aussetzen dürfen. Die Arkadier warten nur auf ein Ereignis in Deutschland. Napoleon ist bis jetzt gut, aber wetterwendisch. Wir könnten einen Krieg mit Frankreich führen und siegen; es würden aber vier bis fünf daraus werden, und so wäre das Thorheit, wo nicht Verbrechen, wenn man es auf friedlichem Wege erreichen kann. Es können in Frankreich kriegerische oder revolutionäre Situationen eintreten, wo das jetzt spröde Metall weicher ist. In meiner Rede lag ein großer Fortschritt, den die guten Leute aber nicht gemerkt haben; es war die Andeutung, daß wir uns unter Umständen an die österreichisch Auffassung, nach welcher der Süden, und an die französische, nach welcher ein einzelner Staat des Südens nicht in den Nordbund aufgenommen werden darf, nicht kehren würden. Das war ein Fühler. An weiteres kann erst gedacht werden, wenn ich weiß, wie jene Andeutung in Wien und Paris angesehen worden ist."

Einige Tage später schrieb ich in seinem Auftrage und

nach seinen Angaben für ein rheinisches Blatt eine Korrespondenz, die von einem liberalen Pariser sein und dessen Stellung zur deutschen Frage und zum Streite der Nationalliberalen mit dem Kanzler ausdrücken sollte. Die zweite Hälfte dieses Aufsatzes, welche die Weisung des Kanzlers wörtlich wiedergab, lautete folgendermaßen: „Wer hier in Paris hat beobachten können, wie schwer die Geburt der jetzigen konstitutionellen Phase geworden ist, welche Hindernisse diese jüngste Entwicklung der französischen Politik zu überwinden hat, wenn sie festwachsen soll, wie mächtig die Einflüsse sind, deren Leiter nur darauf warten, daß ihnen irgend ein Vorwand gegeben werde, das Kind in der Wiege zu ersticken, der wird mit Sorge den auswärtigen Horizont betrachten und durch jeden schwarzen Punkt, der sich an demselben zeigt, seine Hoffnung auf sichere und ruhige Entwicklung des neuen Systems erheblich herabgestimmt finden. Der dringende Wunsch eines jeden aufrichtigen Anhängers der konstitutionellen Sache in Frankreich läßt sich dahin zusammenfassen: nur jetzt keine Diversion im Auslande, nur jetzt keine neue Erscheinung am auswärtigen politischen Horizonte, aus der man, wenn nicht ein wirkliches Motiv, doch den Vorwand entnehmen könnte, das jugendliche Leben des Konstitutionalismus in Frankreich niederzuschreien, indem man die öffentliche Aufmerksamkeit auf auswärtige Verhältnisse lenkt. Dem Kaiser ist es, wie wir glauben, mit seinem Versuche ernst, aber die Leute in seiner nächsten Umgebung und die Werkzeuge, deren er bedarf, welche begierig darauf lauern, daß irgend ein Ereignis geschehe, aus dem sie die Kraft schöpfen könnten, den Kaiser aus dem ihnen unwillkommenen Geleise zu verdrängen, diese Leute sind zahlreich und durch die Wurzeln, mit welchen sie in der achtzehnjährigen Vergangenheit des Kaisers verwachsen sind, mächtiger als man auswärts vielleicht glaubt. Wem die

konstitutionelle Entwicklung irgend am Herzen liegt, der kann für jetzt nur den dringenden Wunsch hegen, daß in der auswärtigen Konstellation Frankreichs auch nicht die leiseste Änderung stattfinden möge, welche zu dem Systemwechsel, den die Gegner jeder Verfassung in Frankreich erstreben, irgend welchen Anlaß oder Vorwand biete."

Der Kanzler wollte also Erhaltung und Sicherstellung der friedlichen Beziehungen Deutschlands zu Frankreich, er sah ein Mittel dazu in der Förderung und Befestigung der neuen konstitutionellen Ära in letzterem, welche kriegerische Experimente der kaiserlichen Politik weniger leicht und wahrscheinlich machen mußte als das absolutistische Regiment, er hoffte von ihr vielleicht ein Fortschreiten des Liberalismus zum Parlamentarismus, zur Revolution und zur Republik, welche Frankreich unter allen Umständen innerlich schwächen und nach außen hin der Möglichkeit eines Bündnisses mit monarchischen Regierungen berauben würde, und so stand er einerseits vorläufig, mit Vorbehalt besserer Auspizien, von weiterer Annäherung an den deutschen Süden ab und verfolgte andrerseits insofern eine zögernde und hinausschiebende Politik in Betreff der immer wiederkehrenden oder immer noch wiederkehren könnenden Werbung des Tuilerienkabinets um ein Bündnis mit Deutschland, das den Zweck einer Vergrößerung Frankreichs jetzt nur noch durch Belgien oder andre außerdeutsche Gebiete einschloß. Ein andres Motiv zu dieser dilatorischen Politik war für ihn, daß das neue Deutschland noch nicht stark genug zu sein schien, um bei einem Kampfe mit den Franzosen mit einiger Sicherheit auf Erfolg rechnen zu können. „Ich weiß," sagte er eines Abends in Versailles zu uns, „1867, wie ich [zur Weltausstellung] in Paris war, da dachte ich, wie wär's wohl, wenn wir wegen Luxemburgs losgeschlagen hätten, ob ich da jetzt in Paris wäre oder die Fran-

zosen in Berlin? Ich glaube, daß ich recht gethan habe, damals abzuraten, auch aus militärischen Gründen. Wir hätten die Kräfte von heute bei weitem nicht gehabt. Die Hannoveraner und die Hessen waren zu der Zeit nicht von der Art, daß sie so viel gute Soldaten gestellt hätten wie jetzt. Die Schleswig-Holsteiner, die sich jetzt wie die Löwen geschlagen haben — da gab's damals gar keine Armee. Bei den Sachsen war das Heer aufgelöst und sollte erst wieder gebildet werden. Und von den Süddeutschen war wenig zu erwarten. Die Würtemberger — was sind das jetzt für prächtige Leute, ganz ausgezeichnet! — aber sechsundsechzig, da mußte jeder Soldat lachen, als die einmarschirten in Frankfurt wie eine Bürgergarde. Auch mit den Badnern stand es nicht gut, da hat der Großherzog seitdem viel geschaffen. — Freilich war die öffentliche Meinung damals in ganz Deutschland auf unsrer Seite, wenn wir Krieg um Luxemburg führen wollten. Aber die ersetzte doch diese Mängel nicht."

1870 war dieses Bedenken gehoben, Deutschland hinreichend gerüstet, und andrerseits hatte sich der Kanzler überzeugt, daß die konstitutionelle Ära in Frankreich den Krieg nicht verhindern, ja nicht einmal lange mehr verzögern würde. Die Arkadier wünschten ihn, die Ultramontanen, die Kaiserin an der Spitze, betrieben ihn mit Eifer. Frankreich wurde zusehends militärisch stärker, es bereitete Bündnisse vor. War im Verzuge bisher Hoffnung gewesen, so war jetzt Gefahr darin, und daraus ergab sich für den Staatsmann die Pflicht, die Politik des Aufhaltens der Entscheidung mit einer Politik der Beschleunigung des absolut Unvermeidlichen zu vertauschen. Es mußte im Interesse Deutschlands und nicht minder im Interesse Europas ein Weg gefunden werden, die noch nicht vollständig kampfbereiten Franzosen so zu fassen, daß sie aus ihrer Reserve heraustraten, es war hohe Zeit dazu, einem Überfall von seiten

derselben zu begegnen und die von ihrer Mißgunst und Begehrlichkeit drohende Gefahr für den Nachbar im Osten, womöglich, für immer zu beseitigen. Ihre Reizbarkeit bot in erster Linie das Mittel dazu, ihr überstarkes Selbstgefühl, ihre geringe Kenntnis des Gegners und ihre daraus resultirende Zuversichtlichkeit halfen weiter.

Betrachten wir das, soweit es sich nicht noch der Öffentlichkeit entzieht, etwas näher. Bald nach der Beilegung des Streites über Luxemburg hielt sich die französische Regierung für befugt, sich in die Verhandlungen zu mischen, die zwischen der preußischen und der dänischen über die Ausführung des 5. Artikels des Prager Friedens schwebten, und bei denen Preußen die dort stipulirte Rückgabe eines beiläufig nicht bestimmten Teils von Nordschleswig an Dänemark davon abhängig gemacht hatte, daß letzteres zur Sicherung der nationalen Eigentümlichkeiten der deutschen Bewohner dieses Gebiets Bürgschaften gebe. Das Kopenhagener Kabinet antwortete ausweichend. Beinahe zu derselben Zeit ließ Moustier dem Stellvertreter Bismarcks, Staatssekretär von Thile, durch den französischen Geschäftsträger eine Depesche vorlesen, in der auf Grund des Rechtes, welches Frankreich sich angeblich dadurch erworben, daß es jenen Artikel angeregt hatte, Vorstellungen gegen die verlangten Garantien erhoben wurden. Die Antwort Bismarcks auf diese Anmaßung war eine Zurückweisung, die damit motivirt wurde, daß Preußen in Prag nur mit Österreich Frieden geschlossen und somit auch nur diesem in der Sache Rede zu stehen habe. Die französische Regierung hielt es darauf für geraten, sich damit zu beruhigen, um aber durch Hinnahme der Abweisung die öffentliche Meinung in Frankreich nicht in Mißstimmung gegen sich geraten zu lassen, ließ sie (am 27. Juli) in ihrem Blatte erklären, es sei dem Berliner Ka-

binette weder in der schleswigschen noch in einer andern Frage eine „Note übergeben“ worden — eine Behauptung, die nur insofern einige Bedeutung hatte, als es sich um eine „Depesche“ handelte und diese nur „vorgelesen“ worden war. Das mit der Kunstsprache der Diplomaten unbekannte Publikum war mit diesem Kniffe beschwichtigt. Aber Napoleon hatte hierin nur neue Ursache erhalten, über die Rolle, die er, der einstige allgemein respektirte Vermittler und Schiedsrichter in den Händeln der Nachbarvölker, jetzt neben dem deutschen Kanzler spielte, unmutig zu sein. Allenthalben, wo es sich um deutsche Interessen handelte, kreuzte dieser, wenn auch mit gelassener Höflichkeit, die Pläne des Zudringlichen, der, zu spät erkennend, mit wem er es zu thun hatte, jetzt geäußert haben soll: „Herr von Bismarck hat mich hinters Licht geführt, der Kaiser der Franzosen darf sich aber nicht hinters Licht führen lassen!“ In dieser Stimmung bereitete er sich auf seine Revanche vor, indem er sich beeilte, eine starke Armee zu bilden. Marschall Niel wurde damit beauftragt, und schon im Dezember 1867, bei den Verhandlungen des legislativen Körpers über das neue Militärgesetz, konnte er auf den höhern Grad von Schlagfertigkeit hinweisen, den das Heer unter ihm als Kriegsminister erlangt hatte. In der Thronrede vom 18. Januar 1869 aber konnte Napoleon mit Befriedigung verkünden: „Das Militärgesetz und die durch Ihren Patriotismus bewilligten Mittel haben dazu beigetragen, das Vertrauen des Landes zu befestigen, und mit berechtigtem Stolze ist es sich bewußt, daß es jetzt in der Lage ist, allem, was kommen mag, entgegenzutreten. . . . Unsre vervollkommnete Bewaffnung [mit Chassepotgewehren und Mitrailleusen], unsre gefüllten Zeughäuser und Magazine, unsre ausgebildete Reserve, die in der Organisation begriffene mobile Nationalgarde, unsre umgebaute Flotte und unsre in

gutem Zustande befindlichen Festungen geben unsrer Macht eine unerläßlich notwendige Entwicklung. Das beständige Ziel meiner Bestrebungen ist erreicht, die militärischen Hilfsmittel sind von nun an auf der Höhe ihrer Bestimmung in der Welt." Daneben hatte Napoleon Bedacht auf Bündnisse mit fremden Mächten genommen. Ein solches mit Österreich anzubahnen diente seine Salzburger Zusammenkunft mit dem Kaiser Franz Josef (18. bis 23. August 1867). Dieselbe sollte allerdings nach dem Moustierschen Rundschreiben vom 25. „einzig und allein von dem Gedanken eingegeben sein, der kaiserlichen Familie Österreichs, die durch ein vor kurzem eingetretenes Unglück so grausam heimgesucht worden,*) ein Zeugnis innigen Beileids zu geben," und Bismarck freute sich in der Zirkulardepesche anscheinend über diese Erklärung, die ihm zugleich Gelegenheit gab, darauf hinzuweisen, daß die Aufnahme, welche die Nachricht, die deutsche Frage sei in Salzburg erörtert worden, in ganz Deutschland gefunden, „von neuem gezeigt habe, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken ertrage, die Entwicklung der Angelegenheiten der Nation unter die Vormundschaft fremder Einmischung oder nach andern Rücksichten geleitet zu sehen, als nach den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen." Aber Moustier gab selbst zu, daß die beiden Herrscher „sich gegenseitig ihre Auffassungen mitgeteilt und ihre Ideen über Fragen von allgemeinem Interesse ausgetauscht hatten," und daß diese Ideen beiderseits nichts mit Sympathie für Preußens Politik zu thun gehabt, lag auf der Hand.

Im nächsten Jahre begannen, wie der Prinz Napoleon im Aprilheft der Revue des Deux Mondes von 1878 erzählt

*) Die Hinrichtung des Erzherzogs Maximilian in Mexiko ist gemeint.

hat, Napoleon und Viktor Emanuel geheime Unterhandlungen über eine Allianz. Der Graf Beust wußte davon und wurde vom Fürsten Metternich, der dabei „nicht sowohl als österreichischer Botschafter wie als Vertrauensmann der Tuilerien mitwirkte," über alles ohne Verzug unterrichtet. Es kam zu einem Vertragsentwurf, nach welchem ein Bündnis zwischen Italien, Frankreich und Österreich geschlossen werden sollte, das seine Spitze gegen Preußen kehrte. Die beiden Bundesgenossen Frankreichs sollten zunächst diplomatisch interveniren und, wenn dies erfolglos bliebe, ins Feld rücken. Nach dem Vorschlage des Wiener Kabinets wollte man an Preußen die Forderung richten, sich zu genauer Aufrechthaltung des durch den Prager Frieden hergestellten Standes der Dinge zu verpflichten. Würde dies abgelehnt, so wollten Österreich und Italien ihre Allianz mit Frankreich erklären und zum Angriff auf Deutschland vorgehen. Der König Viktor Emanuel erbot sich, sofort 60 000 und nach einigen Wochen noch 40 000 Mann zu stellen. Österreichs Armeen sollten etwas später in die Aktion treten. Die Italiener sollten die österreichische Grenze überschreiten, in Baiern eindringen und München besetzen, die Österreicher in Böhmen Stellung nehmen und von da aus den Truppen des Königs von Italien die Hand reichen. Da Italien als Bedingung für seinen Beitritt den Abzug der Franzosen aus Rom aufstellte und Österreich dies unterstützte, Napoleon aber, von der bigotten Kaiserin und den jesuitischen Ratgebern derselben beeinflußt, auf dieses Verlangen nicht eingehen zu können glaubte, unterblieb die schließliche Verständigung. Indes waren in der Sache eigenhändige Schreiben zwischen Napoleon einerseits und Franz Josef, sowie Viktor Emanuel andrerseits ergangen, nach deren Inhalt der Kaiser der Franzosen glauben konnte, der Abschluß eines Vertrags, wie man ihn im Auge

gehabt, werde später, wenn Frankreich Preußen den Krieg erklärt und einen ersten Sieg erfochten, keinem Hindernisse mehr begegnen. Endlich meinte das französische Kabinet auch auf die süddeutschen Staaten rechnen zu können. Zwar waren die Regierungen derselben durch die Allianzverträge an den deutschen Norden gebunden, aber die Chancen für einen Bruch derselben schienen nicht ungünstig zu sein. In Baiern war ein erheblicher Theil der Bevölkerung vorzüglich aus konfessionellen Gründen von Abneigung gegen Preußen erfüllt, in Würtemberg gaben die vaterlandslosen Demokraten, die den preußischen „Militarismus" haßten und fürchteten, in den Jahren nach dem Kriege von 1866 den Ton an, in Hessen war die Majorität des Volkes für den Anschluß an Preußen und seine norddeutschen Bundesgenossen, aber der Großherzog und sein Minister Dalwigk verhehlten ihre Sympathie für Frankreich keinen Augenblick, in Baden endlich waren Regierung und Bevölkerung entschieden gut deutsch gesinnt, aber das war auch 1866 der Fall gewesen, und dennoch war das Land bei seiner Lage gezwungen gewesen, Partei gegen die Träger der deutschen Idee zu ergreifen. Die Hoffnung, daß das deutsche Zollparlament, das am 27. April 1868 zum erstenmale zusammentrat, die Einigung zwischen dem Süden und dem Nordern fördern werde, erfüllte sich nicht, im Gegenteile, die „süddeutsche Fraktion," die sich dort gebildet hatte, ließ die Gegensätze, welche die Deutschen rechts und links von der Mainlinie trennte, nur greller hervortreten.

Der deutsche Kanzler fuhr dem gegenüber fort, alles zu vermeiden, was Frankreich berechtigt hätte, sich verletzt oder benachteiligt zu fühlen. Er verfuhr namentlich in der Frage der Einigung Nord- und Süddeutschlands mit großer Behutsamkeit und Zurückhaltung. Nichts versäumend, was die Annäherung der Stammgenossen beschleunigen konnte, enthielt er

sich in jeder Beziehung, einerseits durch Druck auf die süddeutschen Regierungen die jenseits der Scheidelinie herrschende Stimmung zu verschlimmern, andrerseits über die Verträge hinauszugehen, durch welche diese Schranke gesetzt war. Deutlich und fest aber sprach er aus, daß nicht Scheu vor der Macht des Auslandes ihn zu diesem Verhalten bestimme. Am 18. Mai 1868 war im Zollparlament ein Antrag gestellt worden, gegen den sich der ultramontane würtemberger Abgeordnete Probst als gegen eine Überschreitung der Befugnis der Versammlung zu protestiren gemüßigt fand. Der patriotische Herr glaubte daran die Warnung knüpfen zu dürfen, man möge sich hüten, daß „die Lawine, die seit lange am Gipfel des Berges drohe, nicht durch Erschütterung von hier ins Rollen gebracht werde.“ Er empfing darauf von Bismarck die Antwort: „Der Herr Vorredner hat gesagt, seine engern Landsleute seien einig in dem Bestreben, sich jeder Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments zu widersetzen. ... Führen Sie Ihr Programm durch, so lange es Ihr freier Wille ist; Sie werden von uns weder mit einer Überredung, noch mit einer Bitte, noch auch nur mit einem Wunsche aufgefordert werden, es aufzugeben. ... Sie halten uns für viel empressirter, als wir es sind. ... So lange als Sie nicht in freier Entschließung erkennen, daß Ihrer Selbständigkeit am besten damit gedient ist, und so lange nicht aus dem Grunde Ihres allgemeinen Nationalgefühls diejenige Majorität der Süddeutschen, die überhaupt staatliche Einrichtungen will, erklärt, es sei ihr Wille, sich dem Norddeutschen Bunde anzuschließen — so lange deliberiren Sie in Ruhe über Gegenstände des Zollvereins. Aber wenn ich mich so gegen das Bestreben der Kompetenzerweiterung verwahre, so muß ich auch jedem Bestreben, die vertragsmäßige Kompetenz des Zollvereins zu vermindern, entgegentreten. Ob ein solches Be-

streben hier vorliegt, lasse ich noch unentschieden; dem Herrn Vorredner aber und allen, die mit ihm dasselbe Thema behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet."

Im Frühling des Jahres 1870 versetzte die Frage wegen der Gotthardbahn die Franzosen in Aufregung. Es handelte sich um eine Eisenbahnverbindung zwischen Deutschland und Italien, welche weder österreichisches noch französisches Gebiet berührte, und zu deren Herstellung der Norddeutsche Bund die Summe von zehn Millionen Franks beitragen sollte. In der Schweiz war man eine Zeit lang unschlüssig, ob man dem Gotthard oder dem Splügen den Vorzug geben sollte, als aber Bismarck sich für den erstern entschieden und nur für diesen eine Subvention zusagen zu können erklärt hatte, und als ferner Italien und Baden für diesen Weg eingetreten waren, schloß sich auch die Eidgenossenschaft dem an. Im Reichstage wurden dem Unternehmen anfangs Schwierigkeiten gemacht. Bismarck aber beseitigte dieselben durch seine Rede vom 26. Mai, in welcher er auf die politischen Vorteile der Sache anspielte, und die betreffende Vorlage fand beinahe einstimmige Annahme. Er sagte bei dieser Gelegenheit: „Es müssen gewiß die verbündeten Regierungen von der Überzeugung durchdrungen sein, daß die politischen Interessen es empfehlen, zwischen Deutschland und Italien eine Verbindung zu schaffen, welche lediglich von einem neutralen Zwischenlande, der Schweiz, abhängig ist und nicht im Besitz einer der großen europäischen Mächte sich befindet. Die Rücksichten müssen von besondrer Wichtigkeit gewesen sein, welche sie zu dem ungewöhnlichen, ich glaube beinahe noch nie vorgekommenen Vorgehen führen, Ihnen eine erhebliche Geldausgabe für eine außerhalb Deutschlands, nicht nur außerhalb des Norddeutschen Bundes liegende Eisenbahn zu-

zumuten. . . . Für uns ist das Hauptinteresse, eine fast direkte Verbindung mit dem befreundeten und, wie wir glauben, auf die Dauer befreundeten Lande Italien zu haben." Diese Worte gaben in Paris zu denken, und am 9. Juni wurde die dortige Regierung im gesetzgebenden Körper über die Angelegenheit interpellirt. Der neue Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont, verlangte Bedenkzeit für seine Antwort, er und der Kaiser scheinen einige Tage geschwankt zu haben, ob sie nicht aus dem Vertrage zwischen Norddeutschland, Italien und der Schweiz einen Vorwand zum Kriege nehmen könnten, aber zu der Überzeugung gekommen zu sein, daß sich das vor Europa nicht rechtfertigen lassen würde, und so erklärte Gramont am 20. Juni in jener Versammlung, Frankeich sei zur Einmischung weder berechtigt noch verpflichtet. Aber bald nachher fand er in Spanien, was er in der Schweiz vergebens gesucht hatte, und der Fund wurde von ihm mit ebensoviel Hast als Ungeschick benutzt.

Schon im Juli 1869 hatte man in Madrid die von Salazar ausgegangene Idee besprochen, den durch Verjagung der Königin Isabella erledigten Thron mit dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zu besetzen, und Benedetti hatte die Sache in Berlin erst (am 31. März) beim Staatssekretär von Thile, dann (am 11. Mai) bei Bismarck selbst zur Sprache gebracht. Jener hatte erwiedert, daß von einem derartigen Plane nicht die Rede sein könne, dieser hatte auf die bedenkliche Lage hingewiesen, in die sich der Prinz durch Eingehen auf das Projekt versetzen würde, die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß der König sowohl als der Vater des Erbprinzen ihm von dem Wagnis abraten würde, und hinzugefügt, eher könnte der Prinz Friedrich Karl Neigung empfinden, sich auf das Abenteuer einzulassen, wenn religiöse Rücksichten, der dabei notwendige Übertritt zur katholischen Kirche,

ihm nicht im Wege stünden. Im folgenden Herbst war spanischerseits bei dem Prinzen Leopold vertraulich angefragt worden, ob er geneigt sei, die Krone anzunehmen, und derselbe hatte abgelehnt. Im Juni 1870 wurde nun von neuem mit ihm verhandelt, und jetzt willigte er ein, und am 3. Juli setzte der Telegraph die europäischen Höfe hiervon in Kenntnis. An demselben Tage war König Wilhelm bei dem in Ems verweilenden Kaiser von Rußland zum Besuch und zwar in Begleitung Bismarcks, und da der Kaiser seinen Berliner Gesandten bei sich hatte, so lag der Schluß nahe, daß die beiden Diplomaten ihre Gebieter zum Behuf politischer Verabredungen begleitet hatten. In Paris wirkte die Nachricht von dem Entschlusse des Erbprinzen von Hohenzollern ungefähr wie rotes Tuch, das einem Stiere vorgehalten wird. Am 4. Juli fragte der französische Geschäftsträger im Auftrage Gramonts in Berlin bei Thile an, wie es mit jenem Entschlusse stehe, und empfing die Antwort, die preußische Regierung wisse nichts von der Sache, und dieselbe existire für sie nicht. „Er suchte,“ schrieb Le Sourd, der Geschäftsträger, an seinen Minister, „die Verantwortlichkeit seiner Regierung außer Frage zu stellen, aber Ew. Excellenz werden bemerken, daß er sich enthielt, kategorisch zu versichern, daß das Berliner Kabinet die Existenz und das Ergebnis der Verhandlung nicht kenne.“ Gleichfalls am 4. ersuchte Gramont den preußischen Botschafter in Paris, der im Begriffe stand, zu seinem in Ems die Badekur brauchenden Könige abzureisen, denselben zu benachrichtigen, Frankreich erwarte, er werde dem Prinzen Rücknahme seiner Einwilligung anbefehlen, da es aus einer Weigerung einen Kriegsfall mache. Am 5. interpellirte der Deputirte Cochery — ohne Zweifel auf Bestellung — im legislativen Körper den Minister über die hohenzollernsche Kandidatur und empfing am Tage darauf die Antwort, das be-

treffende Gerücht habe sich bestätigt, worauf Gramont fortfuhr: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vorteile das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas stören und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird. ... Sollte es anders kommen, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung und durch diejenige der Nation, unsre Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben." Ungestümer konnte, so schien es, man nicht vorgehen, gröber nicht drohen. Aber es sollte noch ärger kommen: der König Wilhelm sollte vor die Alternative gestellt werden, aus Furcht nachzugeben oder aus dynastischen Rücksichten, wie es dargestellt werden konnte, Deutschland in einen schweren Krieg zu verwickeln. Am 9. erschien Benedetti, der bis dahin in Wildbad verweilt, auf die Weisung seines Ministers in Ems, um an den König das Verlangen zu richten, er möge Europa die Ruhe wiedergeben, indem er dem Prinzen Leopold gebiete, von seiner Kandidatur zurückzutreten. Der König entgegnete, er habe denselben keineswegs ermutigt, sondern ihm nur nicht untersagt, die Krone anzunehmen, er könne ihn jetzt nicht zur Verzichtleistung nötigen, man möge sich nach Madrid wenden und die dortige Regierung bestimmen, dem Projekte zu entsagen. Am 11. wiederholte der französische Botschafter seine Forderung, und am 12. traf in Ems die telegraphische Nachricht ein, der Prinz sei von seiner frühern Zusage zurückgetreten. Damit schien der Streitfall erledigt. Jetzt aber rückte Gramont mit einer weitern und durchaus unerfüllbaren Forderung heraus: er verlangte von dem Könige durch den nach Paris zurückgekehrten preußischen Bot-

schafter, er solle sich gegen den Kaiser brieflich entschuldigen, — der preußische Botschafter, Baron Werther, empfahl persönlich, diesem Ansinnen nachzugeben — und am 13. hatte Benedetti die Stirn, an den König das fernere Verlangen zu stellen, er solle die Verzichtleistung ausdrücklich gutheißen und sich überdies verpflichten, zu einer Wiederaufnahme der Thronbewerbung des Prinzen niemals seine Zustimmung zu erteilen.

Der König hatte in diesem ganzen Handel viel nachgegeben, um Deutschland die Übel eines Krieges zu ersparen, in dieses unverschämte Verlangen aber konnte er nicht willigen, ohne seine und Deutschlands Ehre zu schädigen. Er erklärte, daß er eine solche Verbindlichkeit weder übernehmen könne noch wolle, und daß er für einen solchen Fall, wie für jeden andern, sich Erwägung der Umstände vorbehalten müsse. Auf Benedettis Bitte um eine weitere Audienz ließ er antworten, er könne sich nicht dazu verstehen, die Erörterung über Bürgschaften für die Zukunft mit ihm wieder aufzunehmen. Am 14. sah Benedetti ihn zum letzten mal. Es war auf dem Bahnhofe, einige Augenblicke vor der Abreise des Königs nach Koblenz, und der letztere beschränkte sich bei dieser Begegnung darauf, daß er ihm bemerkte, er habe ihm nichts mehr mitzuteilen, die etwa weiter erforderlichen Verhandlungen würden durch seine Regierung geführt werden. Noch am Abende des 13. ging von Berlin an die preußischen Gesandten an den fremden Höfen ein Telegramm über diese Vorfälle ab, das zu gleicher Zeit durch ein Extrablatt der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde. Tags nachher beschloß ein Ministerrat in St. Cloud den Krieg, das Telegramm sollte, wie am 15. in den französischen Kammern von den Ministern Gramont und Ollivier behauptet wurde, eine die Würde Frankreichs verletzende

„Note“ gewesen sein. Am 19. Juli übergab Le Sourd in Berlin die französische Kriegserklärung.

Bismarck hatte dem Verlauf dieser Dinge zuerst insoweit ferngestanden, als er sich in Varzin befand. Aus der Wendung aber, welche dieselben am 9. nahmen, hatte er erkannt, daß es französischerseits bestimmt auf einen Krieg abgesehen sei, und mit dieser Überzeugung reiste er am 12. zunächst nach Berlin ab, wo er die vom preußischen Botschafter in Paris mitgeteilte telegraphische Nachricht vorfand, daß der Prinz Leopold von seiner Thronkandidatur zurückgetreten sei. Er blieb darauf in Berlin, und statt seiner reiste der Minister des Innern, Graf Eulenburg, nach Ems. Die Nachricht aus Paris war nicht nach seinem Sinn, und noch weniger gefielen ihm die am 13. einlaufenden Telegramme, welche über die letzten Forderungen Gramonts und über Benedettis Auftreten in Ems berichteten. Er erwiederte dem Pariser Botschafter, derselbe müsse die mündlichen Eröffnungen Gramonts mißverstanden haben, und er, der verantwortliche Minister, könne diesen Bericht dem Könige keinenfalls zu amtlicher Behandlung vorlegen; habe die französische Regierung solche Mitteilungen zu machen, so möge sie ihm dieselben durch ihre Botschaft in Berlin zukommen lassen. Über die Vorgänge in Ems erhielt der Reichskanzler durch den in der Umgebung des Königs befindlichen Geheimrat Abeken eine ausführliche telegraphische Mitteilung mit der königlichen Ermächtigung, den Inhalt zu veröffentlichen. Bei Eingang des Telegramms befanden sich die Grafen von Moltke und von Roon zum Diner allein zu dreien bei Bismarck, und dieser las ihnen den telegraphischen Bericht Abekens vor. Beide Generäle hatten darnach den Eindruck, daß die Situation eine friedliche sei. Der Kanzler erwiderte, daß dies sehr auf Ton und Inhalt der gestatteten Veröffentlichung ankommen werde. Er machte

dann in Gegenwart seiner beiden Gäste einen Auszug aus dem Telegramm durch Streichungen ohne eigne Zusätze. Dieser Auszug wurde sofort an alle preußischen Gesandtschaften verschickt und der Berliner Presse mitgeteilt. Derselbe lautete:

„Telegramm aus Ems. 13. Juli 1870. Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Se. Majestät sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Der englische Botschafter in Berlin, Lord Loftus, hatte dem Kanzler am 13. zu der nahe scheinenden Lösung der Krisis Glück gewünscht. Bismarck aber erklärte, von Paris sei die Nachricht eingetroffen, daß diese Lösung der spanischen Schwierigkeit nicht hinreichen werde, die französische Regierung zufrieden zu stellen, und daß dieselbe neue Ansprüche geltend machen wolle. Sei dies der Fall, so liege klar zu Tage, daß die spanische Thronfolgefrage ein bloßer Vorwand gewesen, und daß die wirkliche Absicht Frankreichs auf Rache für Königgrätz gerichtet sei. Die deutsche Nation fühle, daß sie vollkommen imstande sein würde, es mit Frankreich aufzunehmen. „Aber," so fügte der Kanzler hinzu, „wir wünschen den Krieg nicht, wir haben unsre friedfertige Gesinnung bewiesen und werden damit fortfahren, nur können wir den Franzosen, was Rüstungen betrifft, keinen Vor-

sprung vor uns zugestehen. Ich habe bestimmte Information, daß man in Frankreich gerüstet hat und gegenwärtig noch rüstet. Wird das fortgesetzt, so werden wir uns gezwungen sehen, die französische Regierung um Aufklärung anzugehen." Graf Bismarck sagte ferner, daß die preußische Regierung, falls Frankreich den europäischen Mächten jetzt nicht die Versicherung gebe, daß es die Lösung der Frage als eine endgiltige betrachte und keine andern Ansprüche geltend zu machen gedenke, falls es die drohende Sprache des Herzogs von Gramont nicht zurücknehme oder genügende Erklärungen gebe, genötigt sein werde, solche zu fordern. Loftus schloß mit den Worten: „Es scheint mir gewiß, daß Graf Bismarck und das preußische Ministerium angesichts der öffentlichen Meinung in Deutschland entscheidende Maßregeln zur Wahrung der nationalen Ehre für notwendig halten."

Am Wendepunkte und auf der Höhe der Krisis, die sich seit 1866 entwickelt hatte, angelangt, blicken wir einen Moment zurück. Besorgt für die Erhaltung seiner Dynastie auf dem französischen Throne, hatte Napoleon zu diesem Zwecke den Gewinn des deutschen Landes links vom Rheine, dann, als dies sich unthunlich zeigte, die Abtretung Luxemburgs und zuletzt die Eroberung Belgiens erstrebt und sich wiederholt angelegentlich um Preußens Freundschaft und Beistand zu seinen Plänen bemüht. Bismarck hatte ihm dabei niemals bestimmte Hoffnungen gemacht, ihm aber ebenso wenig bestimmt sein Begehren abgeschlagen, sondern ihn hingehalten, um das neue Deutschland erstarken zu lassen und abzuwarten, ob nicht auf Grund von Veränderungen in Frankreich um einen Krieg herumzukommen sei. Mehr und mehr mußte dem Kaiser klar werden, daß er mit seinen immer wiederkehrenden Anträgen ein Seitenstück zum Schauspiele „Verlorne Liebesmüh" aufführe, mehr

und mehr mußte ihn die Erkenntnis drücken, wie klein er gegenüber dem deutschen Staatsmanne dastehe. Er dachte nun seine Wünsche an der Seite andrer Mächte zu erreichen, und es gelang ihm, in Beust einen guten Freund zu werben, der mit Wohlgefallen eine Gelegenheit auftauchen sah, die Niederlage von 1866 wett zu machen und das Werk dieses Jahres mit andern im Bunde wieder zu zerstören. Jetzt schien die Stunde dazu gekommen. Beust hatte in Paris geraten, eine dynastische Frage dazu zu benutzen, und die Besetzung des spanischen Thrones mit einem Hohenzollern ließ sich, obwohl derselbe nur entfernt mit dem preußischen Königshause verwandt war, ja durch seine Abkunft dem Kaiser Napoleon näher stand als jenem, als eine solche Frage, als Ausfluß preußischen Ehrgeizes darstellen. Die süddeutschen Fürsten und Bevölkerungen würden, so glaubte man in Paris und Wien, sich für solchen Ehrgeiz nicht erwärmen, sie würden zuerst neutral bleiben und dann, nach den ersten französischen Siegen, die man für unausbleiblich ansah wie 1866 den Triumph Österreichs und seiner Verbündeten, gern oder notgedrungen Bundesgenossen Napoleons werden. Unentschlossen, wie er immer gewesen, schwankte der Kaiser lange Zeit, bis ihn endlich seine Umgebung, die Arkadier und die Jesuiten, zu einem verhängnisvollen Entschlusse fortrissen. An seinem Andenken haftet die Schuld daher nur zum Teil. Ganz entschieden mitschuldig waren die herrschenden Klassen des französischen Volkes mit ihrer Unwissenheit, ihrer Verblendung, ihrem dünkelhaften Übermut, und nicht viel weniger Tadel trifft das Ministerium Gladstone, in dessen Hand es einen Augenblick gelegt war, den Kampf zwischen den beiden großen Völkern des Kontinents zu verhüten, das aber mit seinem schlecht verborgenen Haß und Neid gegen das emporstrebende Deutschland eine ernste Mahnung

zum Frieden nach Paris ergehen zu lassen verschmähte und dem preußischen Kabinette erniedrigendes Verhalten zumutete.

Werfen wir einen Blick auf die französische Presse von damals und auf die Äußerungen der Kammerredner, die in jener Zeit vernommen wurden.

Der Moniteur vom 8. Juli erging sich in folgenden Redensarten: „Wenn unsre Politik Spanien gegenüber eine maßvolle sein muß, so stehen wir Preußen ganz anders gegenüber. Diese durch ihre ersten Erfolge in Selbsttäuschung geratene Macht scheint sich das Übergewicht und die Herrschaft in Europa anmaßen zu wollen. Es ist Zeit, solchem Anspruch ein Ende zu machen. Die Frage muß erweitert werden, und heute genügt die Entsagung des Prinzen Leopold nicht mehr. . . . Das wenigste, was wir verlangen müssen und was uns nunmehr befriedigen kann, wäre die formelle Bestätigung und die unbedingte Ausführung des Prager Friedens nach seinem Wortlaute und Geiste, d. h. die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, welche zum Süden gehört, der Verzicht auf jeden militärischen Einfluß jenseits des Mains und die Regelung des fünften Artikels in Betreff Dänemarks." Das Pays prahlte: „Das kaudinische Joch ist bereit für die Preußen; sie werden sich darunter beugen und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausgang nicht zweifelhaft ist. Unser Kriegsgeschrei ist bisher unerwiedert geblieben. Die Echos des deutschen Rheines sind noch stumm. Hätte Preußen sich uns gegenüber der Sprache bedient, die Frankreich spricht, so wären wir schon längst unterwegs." Die Liberté Girardins forderte ungestüm, daß man mit der Sache aufräume, das linke Ufer des Rheins wegnehme und die Preußen mit Kolbenstößen auf das andre hinübertreibe, die Gelegenheit müsse benutzt werden,

um Preußen für sein Verfahren gegen Österreich und Dänemark zu strafen und es für die Zukunft unschädlich zu machen. Andre Blätter redeten verständiger, Siècle, Temps und Journal des Debats z. B., aber ihre Stimme verhallte im Toben der Mehrzahl.

Im gesetzgebenden Körper erwiederte, als Gramont erklärte, daß die Unterhandlungen mit Preußen fortgesetzt würden, der Arkadier Jerome David dies mit einer Interpellation, welche mit den Worten begann: „In Erwägung, daß die festen und patriotischen Erklärungen der Minister vom 6. in flagrantem Widerspruche mit der lächerlichen Langsamkeit der diplomatischen Verhandlungen stehen.“ Als der Minister darauf den Vorschlag machte, über die Interpellation zwei Tage später zu verhandeln, schrie Keratry, auch ein Eiferer für den Krieg mit Deutschland, aber kein bonapartistischer: „Das ist zu spät, Sie spielen das Spiel Preußens, als Franzose protestire ich gegen solche Politik“ — Redensarten, die wiederum den chauvinistischen Blättern Anlaß boten, den Wahnsinn weiter zu treiben und zu sagen: „Dieses Ministerium wird in Zukunft nur einen Namen haben: das Ministerium der Schande.“ Stürmischen Beifall von seiten der Mehrheit der zweiten Kammer erntete Ollivier, als er am 15. Juli in thörichtem Übermute das Wort sprach: „Allerdings ruht auf uns eine starke Verantwortlichkeit, aber wir nehmen sie leichten Herzens auf uns, ja wohl leichten Herzens!“ Zwar fehlte es nicht an Rednern, welche das Verfahren der Regierung mißbilligten. Der Abgeordnete Choiseul meinte: „Man kann unmöglich aus solchem Grunde [wegen der angeblichen Beleidigung Benedettis durch König Wilhelm und der Veröffentlichung des Vorganges durch die „Note“ vom 13., die nur ein Telegramm war] den Krieg erklären.“ Arago äußerte: „Wenn man dies hören wird, wird die zivilisirte Welt Ihnen Unrecht geben, und

wenn Sie daraufhin den Krieg erklären, so wird man wissen, daß Sie ihn um jeden Preis haben wollen." Gambetta drang darauf, daß die „Note" wenigstens vorgelegt werde, welche die Regierung wohlweislich verborgen gehalten hatte und weiter vorenthielt. Thiers und Favre führten aus, daß „die Ehre Frankreichs nicht im Spiele sei, und daß kein rechtmäßiger Grund zu einem Kriege vorliege. Aber der erstere sah in dem, was er tadelte, doch nur einen „Kabinetsfehler", herbeigeführt durch die Ungeduld, einen früheren, 1866 durch Geschehenlassen begangnen, wieder auszugleichen. Er sagte: „Der Herr Siegelbewahrer hat mit Recht erklärt, daß wir Preußens Unternehmen in Betreff Spaniens nicht dulden dürfen. . . . Sie wollen Preußen einen Stoß geben, und ich will es auch. . . . Aber die Gelegenheit, das Übel, die Ereignisse von 1866 wieder gut zu machen, ist kläglich gewählt. Man hat Ihnen eine Genugthuung zugestanden. Ich bin gewiß, daß Sie diese Überstürzung eines Tages bereuen werden." Und bei all dem lärmte und schimpfte die chauvinistische Majorität der Kammer, als ob Thiers ein Freund Preußens wäre, und die Debatte endigte damit, daß der von der Regierung verlangte Kredit mit 245 gegen 10 Stimmen bewilligt wurde.

Die englische Regierung machte allerdings einen Versuch, den Streit in friedliche Wege zu lenken, verfuhr dabei aber nicht unparteiisch. Sie ersuchte, dem Verlangen Gramonts folgend, am 14. Juli den preußischen Botschafter in London, dem Könige Wilhelm zu empfehlen, er möge Frankreich ausdrücklich die Versicherung erteilen, daß er den Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern billige und keine solche Kandidatur wieder zulassen werde. Graf Bernstorff lehnte dieses Ansinnen ab, indem er bemerkte, Preußen habe, von Frankreich öffentlich bedroht, eine Ruhe und Mäßigung an den Tag gelegt, welche

jedes fernere Zugeständnis als Demütigung erscheinen lassen würde, und die öffentliche Meinung in Deutschland beweise, daß selbst ein Krieg unter den schwierigsten Verhältnissen der Nachgiebigkeit des Königs gegen ungerechtfertigte Forderungen Frankreich vorzuziehen sei. Vermutlich auf ähnlicher Basis bemühte sich England am 17. in Berlin noch einmal zu vermitteln, und tags nachher bot es in Paris seine guten Dienste an. An beiden Stellen begegnete es mit seinen Anträgen auf weitere Verhandlungen unüberwindlichen Bedenken. Bismarck erwiederte auf das betreffende Schreiben des Lord Loftus, solche Verhandlungen könnten nur stattfinden, wenn das französische Kabinet vorher sich dazu bereit erklärt habe. Dasselbe habe die Initiative zum Kriege ergriffen und an ihr auch dann noch festgehalten, als die erste Komplikation materiell beseitigt gewesen sei. „Eine von unsrer Seite jetzt zu ergreifende Initiative würde," so fuhr er fort, „von dem nationalen Gefühle der Deutschen, nachdem dasselbe durch Frankreichs Drohungen tief verletzt und aufgeregt worden, mißverstanden werden. Unsre Stärke liegt in dem nationalen, dem Rechts- und Ehrgefühle der Nation, während die französische Regierung bewiesen hat, daß sie dieser Stütze im eignen Lande nicht in gleichem Maße bedarf." Gramont andrerseits erwiederte dem englischen Botschafter auf seinen Vermittelungsversuch, die letzten Schritte der preußischen Regierung hätten weitere Verhandlungen zur Unmöglichkeit gemacht. Indem man preußischerseits öffentlich erklärt habe, der König habe den Verkehr mit dem französischen Botschafter barsch und unhöflich abgebrochen, was in dem behaupteten Maße gar nicht begründet sei, habe man Frankreich eine schwere Beleidigung zugefügt. Lord Lyons bemerkte, „die englische Regierung habe nicht genau dieselbe Ansicht von dem unglückseligen Streite gewinnen können als die Regierung des

Kaisers, ... aber wie dem auch sein möge, die freundschaftliche Stimmung, welche das glückliche Ergebnis eines langjährigen herzlichen Einverständnisses zwischen den beiden Regierungen und Nationen sei, habe keine Schmälerung erlitten."

Die Dinge nahmen nun einen raschen Verlauf. In Deutschland trat am 16. Juli der Bundesrat zusammen, dem Bismarck über die Entwicklung des Streitfalles ausführlich Bericht erstattete, wobei er zu dem Schlusse gelangte: „Wäre es dem französischen Kabinette lediglich darum zu thun gewesen, zum Zwecke der Beseitigung dieser Kandidatur die guten Dienste Preußens in Anspruch zu nehmen, so hätte sich demselben hierfür in einem vertraulichen Benehmen mit der preußischen Regierung der einfachste und geeignetste Weg dargeboten. Der Inhalt der von Herrn Duc de Gramont im Corps Legislatif gehaltenen Rede schnitt dagegen jede Möglichkeit solcher vertraulichen Erörterungen ab. [„Wenn man sich verständigen will, darf man nicht drohen," sagte der Kanzler in jenen Tagen zum Verfasser dieser Darstellung.] Die Aufnahme, welche diese Rede in der genannten Versammlung fand, die von der französischen Regierung seitdem eingenommene Haltung, die von ihr gestellten unannehmbaren Zumutungen konnten dem Bundespräsidium keinen Zweifel mehr darüber lassen, daß die französische Regierung es von vornherein darauf abgesehen hatte, entweder seine Demütigung oder den Krieg herbeizuführen. Der ersteren Alternative sich zu fügen, war unmöglich. Die Leiden, welche mit dem Ausbruche eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich im Zentrum der europäischen Zivilisation unausbleiblich verbunden sind, machen den gegen Deutschland geübten Zwang zum Kriege zu einer schweren Versündigung an den Interessen der Menschheit. Die öffentliche Meinung in Deutschland hat dies empfunden. Die Erregung des deutschen National-

gefühls giebt davon Zeugnis. Es bleibt keine Wahl mehr als der Krieg oder die der französischen Regierung obliegende Bürgschaft gegen Wiederkehr ähnlicher Bedrohung des Friedens und der Wohlfahrt Europas." Der Bevollmächtigte Sachsens erklärte darauf das volle Einverständnis seiner Regierung mit allen bisherigen Schritten des Bundespräsidiums und mit der von Preußen kundgegebenen Auffassung der Sachlage, und die übrigen Mitglieder des Bundesrates traten dieser Erklärung bei.

In einer Zirkulardepesche vom 18., die an die Gesandten des Norddeutschen Bundes abging, gab der Kanzler eine weitere Darstellung der Streitigkeit, wobei er mit den Worten schloß: „Wenn hiernach alle von den französischen Ministern angeführten Gründe für die Unvermeidlichkeit des Krieges in nichts zerfallen, ... so bleibt uns leider nur die traurige Notwendigkeit, die wahren Motive in den schlechtesten und seit einem halben Jahrhunderte von den Völkern und Regierungen der zivilisirten Welt gebrandmarkten Traditionen Ludwigs des Vierzehnten und des ersten Kaiserreichs zu suchen, welche eine Partei in Frankreich noch immer auf ihre Fahnen schreibt, und denen Napoleon der Dritte, wie wir glaubten, glücklich widerstanden hatte. Als bewegende Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung können wir leider nur die schlechtesten Instinkte des Hasses und der Eifersucht auf die Selbständigkeit und Wohlfahrt Deutschlands erkennen, neben dem Bestreben, die Freiheit im eignen Lande durch Verwicklung desselben in auswärtige Kriege niederzuhalten."

Am 19. wurde der Reichstag des Bundes vom Könige mit einer Thronrede eröffnet, in der es hieß, wenn Kriegsdrohung den verbündeten Regierungen die Pflicht auferlegt hätte, die Abgeordneten zu einer außerordentlichen Sitzung zu

berufen, so werde in letzteren wie in jenen die Überzeugung lebendig sein, daß der Norddeutsche Bund die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zu einer starken Stütze des allgemeinen Friedens auszubilden bemüht gewesen sei, und daß, wenn diese Volkskraft jetzt aufgerufen werde, man nur dem Gebote der Ehre und der Pflicht gehorche. Dann fuhr der König fort: „Die spanische Thronkandidatur eines deutschen Prinzen ... hat dem Gouvernement des Kaisers der Franzosen den Vorwand geboten, in einer dem diplomatischen Verkehr seit langer Zeit unbekannten Weise den Kriegsfall zu stellen und denselben auch nach Beseitigung dieses Vorwandes mit jener Geringschätzung des Anrechts der Völker auf die Segnungen des Friedens festzuhalten, von welcher die Geschichte früherer Beherrscher Frankreichs analoge Beispiele bietet. Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heut, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet, heut, wo Deutschlands Rüstung keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat.... Je unzweideutiger es vor aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit umso größerer Zuversicht wenden wir uns, gestützt auf den einmütigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mit dem Aufrufe zur Verteidigung seiner Ehre und Unabhängigkeit. Wir werden nach dem Beispiel unsrer Väter für unsre Freiheit und für unser Recht kämpfen, und zu diesem Kampfe, in dem wir kein andres Ziel verfolgen,

als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unsern Vätern war.“ Am 20. beantwortete der Reichstag diese Ansprache mit einer begeisterungsvollen Adresse. „Ein Gedanke,“ hieß es darin, „ein Wille bewegt in diesem ernsten Augenblicke die deutschen Herzen . . . von den Ufern des Meeres bis zum Fuße der Alpen hat das Volk sich auf den Ruf seiner einmütig zusammenstehenden Fürsten erhoben. Kein Opfer ist ihm zu schwer. . . . Das deutsche Volk wird endlich auf der behaupteten Wahlstatt den von allen Völkern geachteten Boden friedlicher und freier Einigung finden. Ew. Majestät und die verbündeten Regierungen sehen uns wie unsre Brüder bereit.“

Wenn die Thronrede wie die Adresse auf gleiche Bereitschaft des Südens wie des Nordens hinwiesen, so waren sie dazu berechtigt. Zwar gab es jenseits des Mains „Patrioten“, welche sich der Beteiligung am Kriege widersetzten, aber Napoleon hatte sich getäuscht, wenn er der Meinung gewesen war, diese Parteien würden in der Entscheidungsstunde so schwer wiegen, daß die betreffenden Staaten wenigstens zu einer neutralen Stellung genötigt werden würden. Sämtliche süddeutsche Staaten begannen schon vom 16. Juli an gleich denen im Nordbunde mobil zu machen, am 19. stellte der König von Baiern seine Armee auf Grund des Augustvertrages von 1866 unter den Oberbefehl des Königs von Preußen, und um dieselbe Zeit folgten seinem Beispiele die übrigen Fürsten Süddeutschlands. Auch die Hoffnung des Kaisers auf österreichischen und italienischen Beistand zerrann. Als Gramont bei dem Grafen Beust deswegen anfragen ließ, gab derselbe, bei all seiner Hinneigung zu Frankreich, eine wenig tröstliche Antwort, da diese Hinneigung durch die Stimmung Ungarns und durch die Scheu vor einem Angriffe Rußlands reichlich aufgewogen

wurde. „Ich lege," schrieb der österreichische Reichskanzler am 11. Juli an den Botschafter in Paris, „besonders Wert darauf, daß der Kaiser Napoleon und seine Minister sich nicht der irrtümlichen Vorstellung überlassen, sie könnten uns nach ihrem Belieben über die Grenzen unsrer Zusagen und ohne Beachtung unsrer Lebensinteressen mit sich fortreißen. Zuversichtlich von einem Observationskorps sprechen, welches wir in Böhmen aufstellen sollten, . . . heißt doch gar zu kühn vorgehen. Nichts giebt dem Herzog das Recht, auf eine solche Maßregel unsrerseits zu zählen. Wir haben nur die einzige Verpflichtung auf uns genommen, uns nicht ohne Vorwissen Frankreichs mit einer andern Macht zu verbünden. Dieses Versprechen werden wir gewissenhaft halten. Außerdem erklären wir uns für Frankreich aufrichtig befreundet, und unsre diplomatische Unterstützung ist ihm sicher. Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, daß wir bei Erwägung der Möglichkeiten eines Krieges immer erklärt haben, wir würden uns bereitwillig anheischig machen, zur Aktion zu verschreiten, falls Rußland sich an Preußens Seite stellte, daß wir aber neutral zu bleiben gedächten, so lange Preußen allein gegen Frankreich kämpfte." Weiterhin in der Depesche tadelt der Verfasser derselben das hastige und leidenschaftliche Vorgehen der Franzosen gegen Preußen. „Man behauptet zwar," sagt er, „Preußen sei es, das den Krieg hervorrufe, wenn es die hohenzollernsche Kandidatur nicht zurücknehme. Ich will mich darüber ganz offenherzig aussprechen. Wird der Krieg notwendig, so wird vor allem die von Frankreich seit dem ersten Moment angenommene Haltung daran schuld sein. Gleich seine ersten Kundgebungen tragen nicht den Charakter diplomatischen Vorgehens, sie sind vielmehr eine thatsächliche Kriegserklärung gegen Preußen, und zwar in Ausdrücken, die in ganz Europa Aufregung hervorgerufen haben

und zu dem Glauben berechtigen, man habe mit Vorbedacht und um jeden Preis Krieg herbeiführen wollen. . . . Wenn man in Paris die ganze Angelegenheit mit bloßer Leidenschaft betreibt, so können wir nicht wünschen, uns unter solchen Auspizien mit einzuschiffen. . . . Ich will nicht sagen, daß nicht Lagen eintreten könnten, die uns zur Teilnahme an dem über eine Machtfrage zwischen Frankreich und Preußen ausbrechenden Kampfe bewegen würden, aber sicherlich wird man Österreich-Ungarn nicht gleich bei Beginn des Krieges zur Beteiligung bereit finden. Unsre Dienste sind Frankreich bis zu einem gewissen Maße sicher, aber über dieses Maß wird, wenn uns nicht die Ereignisse dazu drängen, nicht hinausgegangen werden. . . . Sprechen Sie [Napoleon gegenüber] so laut wie nur möglich von unsern Verpflichtungen und unsrer Treue in deren Erfüllung, damit der Kaiser sich nicht plötzlich auf unsre Kosten mit einer andern Macht verständige."

Nicht viel mehr Hoffnung wird in Paris die Haltung zur Folge gehabt haben, die dem Fürsten Metternich von seinem Wiener Chef durch eine vertrauliche Depesche vom 20. Juli vorgeschrieben wurde. Der letztere erteilt dem Botschafter hiermit Rücksicht auf Vorschläge zu einem Vertrage zwischen Frankreich, Italien und Österreich, welche Napoleon kurz vorher hatte machen lassen, folgende Weisung: „Sie wollen dem Kaiser und seinen Ministern wiederholen, daß wir, getreu den Verpflichtungen, die in den zu Ende vorigen Jahres zwischen den beiden Souveränen ausgetauschten Schreiben festgestellt sind, die Sache Frankreichs wie die unsre betrachten und in den Grenzen des Möglichen zum Erfolge seiner Waffen mitwirken werden." Diese Grenzen seien, so fährt der österreichische Reichskanzler fort, durch Rücksichten auf das Ausland, sowie durch innere Verhältnisse gezogen. „Wir glauben," sagt er, „zu wissen,

daß Rußland bei seiner Verbindung mit Preußen beharrt, sodaß unter gewissen Eventualitäten die Einmischung russischer Armeen nicht nur als wahrscheinlich, sondern als gewiß anzusehen ist.... Wir glauben zu wissen, daß unser Eintritt in die Aktion sofort denjenigen von Rußland nach sich ziehen würde, das uns nicht bloß in Galizien, sondern auch am Pruth und an der untern Donau bedroht. Rußland neutral zu erhalten, bis die vorgerückte Jahreszeit ihm nicht mehr erlaubt, an die Zusammenziehung von Truppen zu denken, alles zu vermeiden, was es verletzen oder ihm einen Vorwand zur Einmischung geben könnte, das muß für den Augenblick das ostensible Ziel unsrer Politik sein.... Wie ich in den Besprechungen des letzten Jahres stets bemerkt habe, dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß unsre zehn Millionen Deutschen in dem gegenwärtigen Kriege nicht ein Duell zwischen Frankreich und Preußen, sondern den Anfang eines nationalen Kampfes erblicken, und ebensowenig dürfen wir uns verhehlen, daß die Ungarn sich sehr zurückhaltend erweisen werden, wenn es gilt, ihr Blut und Geld für die Wiedergewinnung unsrer Stellung in Deutschland zu opfern. Unter diesen Umständen ist das Wort Neutralität, welches wir nicht ohne Bedauern aussprechen, eine gebieterische Notwendigkeit für uns. Aber diese Neutralität ist nur ein Mittel, ... uns dem wirklichen Ziele unsrer Politik zu nähern, das einzige Mittel, unsre Rüstungen zu vollenden, ohne uns einem vorzeitigen Angriffe Preußens oder Rußlands auszusetzen. Während wir aber unsre Neutralität verkünden, haben wir nicht einen Augenblick verloren, uns mit Italien wegen der uns vom Kaiser Napoleon überlassenen Vermittlung in Verbindung zu setzen.... Ich habe bereits telegraphisch von der Notwendigkeit der Räumung Roms gesprochen.... An demselben Tage, wo die Franzosen Rom verlassen, müßten die Italiener mit Zu-

stimmung Frankreichs und Österreichs einrücken. Niemals werden wir die Italiener aufrichtig für uns haben, wenn wir ihnen nicht den römischen Stachel ausziehen. . . . Mit einem Akt unzweifelhaft großmütiger Politik würde Frankreich seinem Feinde eine Waffe entreißen und einen Damm gegen das Überfluten des Teutonismus aufwerfen, welchen Preußen, eine vor allem protestantische Macht, in Deutschland aufzuehmen gewußt hat, und welchen wir wegen seiner ansteckenden Kraft doppelt zu fürchten haben."

Das war nun zwar recht schön gesagt, besonders wenn man bedachte, daß ein Teutone und ein Protestant sich so säuberlich gehäutet hatte. Aber mit Wollen und Nichtkönnen war Napoleon nicht geholfen, und bis zum Winter konnte viel Schlimmes geschehen.

Auch die neuen Unterhandlungen des Kaisers mit Italien führten schließlich zu keinem Erfolge. Der General Türr, der sie führte, schrieb am 27. Juli nach Paris, die italienischen Minister hätten ihm erklärt, daß man nur gegen Überlassung Roms Frankreich in seinem Kampfe mit Preußen Beistand leisten könne. Der Kaiser solle wenigstens im geheimen das Versprechen geben, daß Italien Rom haben solle, damit Viktor Emanuel seinem Volke vom Kriege die Lösung der nationalen Frage verheißen könne. Am 29. aber fand Türr, der mittlerweile nach Wien gereist war, auf der dortigen französischen Botschaft eine Depesche Gramonts vor, die seinen Brief kurz und bündig dahin beantwortete: „Wir können wegen Roms nicht das geringste thun. Will Italien nicht marschiren, so möge es zu Hause bleiben." Trotzdem war noch einige Aussicht für Frankreich; denn Viktor Emanuel war demselben günstig gesinnt. Am 2. August erschien Graf Vimercati als Abgesandter vom König in Metz bei Napoleon mit einer neuen

Redaktion des Allianzvertrags, in welcher Italien die Räumung Roms durch die Franzosen festhielt. Der Kaiser erklärte wiederum, darauf nicht eingehen zu können, und schlug neue Änderungen der Konvention vor. Er hoffte offenbar, zunächst den Deutschen allein die Spitze bieten zu können und nach den ersten Siegen die Italiener, die übrigens ihre Kriegsvorbereitungen erst im September vollendet haben konnten, und wohl auch die Österreicher an seiner Seite zu sehen. Aber seine Erwartung erfüllte sich nicht. Am 3. August reiste der italienische Unterhändler nach Florenz zurück, und drei Tage später wurden die Franzosen bei Wörth und bei Spicheren geschlagen. Jetzt wollte der Kaiser das Verlangen der italienischen Regierung erfüllen, dieselbe sollte für möglichst schleunigen bewaffneten Beistand mit Rom nach Belieben verfahren dürfen. Der Prinz Napoleon begab sich von Chalons, wohin sich der Kaiser nach seiner Niederlage bei Saarbrücken zurückgezogen hatte, mit diesem Zugeständnisse, das ohne Wissen Gramonts beschlossen worden war, zu Viktor Emanuel, seinem Schwiegervater, bei dem er am 20. August eintraf. Aber auch jetzt zögerte das Kabinet von Florenz noch, es wollte sich erst mit Österreich verständigen, und da dieses sich mehrere Tage besann, wurde es zu spät zu militärischer Hilfe. Die Schlacht bei Sedan setzte allen diesen Intriguen ein Ziel: der Kaiser war nach derselben ein Gefangener und bald nachher faktisch nicht mehr Kaiser. Die Hilfe, die Italien später der Republik durch Garibaldi und seine Rothemden leistete, hatte nicht viel zu bedeuten. Der Prinz Napoleon bemerkt zu seinem Bericht über diese Vorgänge: „Aus diesen Thatsachen ergiebt sich eine große Lehre: die klerikale Partei war stark genug, um Napoleon III. zu beherrschen. Gegen den Willen des Kaisers und seiner Hauptratgeber leitete diese Partei die Politik Frankreichs, und diese dem Kaiser aufgenötigte Politik ist die oberste

Ursache unsrer Niederlagen, die weltliche Macht der Päpste hat Frankreich das Elsaß und ein Stück Lothringens gekostet."

Der Kaiser Napoleon hatte ohne Zweifel erwartet, durch den Krieg in die Lage zu kommen, sich das Rheinland zu nehmen, dessen Besitz er früher erstrebt und durch Verhandlungen mit Bismarck sich auf friedlichem Wege zu erwerben versucht hatte. Jetzt wurde es umgekehrt für Bismarck Zeit, zu überlegen, was Deutschland als Siegespreis verlangen müsse. Nicht unwahrscheinlich ist, daß er den Gedanken an Wiedererlangung Straßburgs und des Elsaß schon als Möglichkeit mit in den Krieg genommen hatte. Bereits in Saarbrücken wurde in einer Depesche andeutend, dann in Herny von seinem Gefolge ganz ausdrücklich von der Sache gesprochen, an letzterm Orte auch in einem nach Rußland bestimmten Telegramm, und wir wissen aus dem vorhergehenden Kapitel, daß die Absicht einer Reunion jener Landschaft Bismarck schon 1866 vorgeschwebt hatte. Die Form aber mag in dem ersten Monate des jetzigen Krieges bei ihm noch nicht festgestanden haben. In Commercy, am 23. August, bezeichnete er während eines Tischgespräches als Ideal in der Frage, das aber wohl nicht zu erreichen sein würde, „eine Art Kolonie Deutschlands in Ostfrankreich, einen neutralen Staat, wo es keine Konskription giebt, und dessen Steuern nach Deutschland fließen — so weit sie nicht im Innern gebraucht werden. Frankreich verlöre so die Gegenden, wo seine besten Soldaten herkommen, und würde unschädlich. Im Reste von Frankreich keine Bourbons, keine Orleans, zweifelhaft, ob Lulu oder der dicke oder der alte Bonaparte. — Ich wollte bei der Luxemburger Geschichte keinen Krieg," fügte er hinzu, „da ich wußte, daß es sechs geben würde. Aber das muß jetzt ein Ende haben." Bald nachher, noch vor dem Tage von Sedan, wurde der Plan, der seitdem ausgeführt worden ist, auf Befehl des

Kanzlers in der Presse entwickelt, motivirt und empfohlen.*) Kurze Zeit nach der Entthronung Napoleons durch die Revolution vom 4. September wurde er in einer Staatsschrift ausgesprochen. Favre, der neue französische Minister des Auswärtigen, hatte in einer Zirkulardepesche an die Agenten Frankreichs vom 6. erklärt, die Republik wolle lediglich den Frieden, aber wenn Preußen den Krieg fortsetze, um zu erobern, so werde man französischerseits seine Pflicht bis zu Ende thun. „Wir überlassen," sagte das Aktenstück mit Emphase, „keinen Finger breit Erde, keinen Stein unsrer Festungen. Ein ehrloser Friede wäre ein Vernichtungskrieg nach kurzer Zeit. Wir werden nur wegen eines dauerhaften Friedens unterhandeln." Das war auch die Absicht Bismarcks, nur faßte er die Dauerhaftigkeit anders auf. In seinem aus Rheims und vom 13. September datirten Rundschreiben sagte er Favre und den Mächten, die dessen Politik zu unterstützen geneigt sein konnten: „Die der Einstimmigkeit nahe Mehrheit der Volksvertreter, des Senats und der Organe der öffentlichen Meinung in der Presse haben den Eroberungskrieg gegen uns so laut und nachdrücklich gefordert, daß der Mut zum Widerspruche den isolirten Freunden des Friedens fehlte, und daß der Kaiser Napoleon Sr. Majestät keine Unwahrheit gesagt haben dürfte, wenn er noch heute behauptet, daß der Stand der öffentlichen Meinung ihn zum Kriege gezwungen habe. Angesichts dieser Thatsache dürfen wir unsre Garantien nicht in französischen Stimmungen suchen. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir uns infolge dieses Krieges auf einen baldigen neuen Angriff von Frankreich und nicht auf einen dauerhaften Frieden gefaßt machen müssen.... Es ist die Niederlage an sich, es ist unsre siegreiche Abwehr

*) Von Clermont en Argonne aus, am 28. August. Vergl. Graf Bismarck und seine Leute, I. Bd., S. 80 ff.

ihres frevelhaften Angriffs, welche die französische Nation uns nie verzeihen wird. Wenn wir jetzt ohne alle Gebietsabtretung, ohne jede Kontribution, ohne irgendwelche Vorteile als den Ruhm unsrer Waffen aus Frankreich abzögen, so würde doch derselbe Haß, dieselbe Rachsucht wegen der verletzten Eitelkeit und Herrschsucht in der französischen Nation zurückbleiben.... Eine solche Anstrengung wie die heutige darf dem deutschen Volke nicht dauernd von neuem angesonnen werden.... Wir können deshalb unsre Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche und namentlich auf die bisher schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen." In einem zweiten Rundschreiben, datirt Meaux, den 16. September, ergänzte der Kanzler das im ersten Gesagte mit folgenden Worten: „Unsre Friedensbedingungen ... sind uns durch die Natur der Dinge und durch das Gesetz der Notwehr gegen ein gewaltthätiges und friedloses Nachbarvolk vorgeschrieben.... So lange Frankreich im Besitze von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsre Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist im Besitze Frankreichs eine stets offene Ausfallspforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitze gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter. Wir sind in mehr als zwanzig Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen, und wir haben jetzt von letzterm nichts zu begehren als unsre von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eignen Lande. Frankreich dagegen wird jeden jetzt zu schließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand

ansehen und uns, um Rache für seine jetzige Niederlage zu nehmen, ebenso händelsüchtig und ruchlos wie in diesem Jahre, wiederum angreifen, sobald es sich durch eigne Kraft oder fremde Bündnisse stark genug dazu fühlt. Indem wir Frankreich, von dessen Initiative allein jede bisherige Beunruhigung Europas ausgegangen ist, das Ergreifen der Offensive erschweren, handeln wir zugleich im europäischen Interesse, welches das des Friedens ist. Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten. Nachdem uns der Krieg, dem wir mit Sorgfalt und mit Überwindung unsres durch Frankreich ohne Unterlaß herausgeforderten nationalen Selbstgefühls vier Jahre lang aus dem Wege gegangen sind, trotz unsrer Friedensliebe aufgezwungen worden ist, wollen wir zukünftige Sicherheit als den Preis der gewaltigen Anstrengungen fordern, die wir zu unsrer Verteidigung haben machen müssen. Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir diese gerechte und billige Forderung festhalten."

Die Besprechungen, welche Bismarck mit Favre am 19. und 20. September in Haute Maison und Ferrières hatte, führten zu keiner Verständigung, da der französische Minister zwar jede mögliche Geldentschädigung zu bewilligen erklärte, Landabtretungen aber als mit der Ehre Frankreichs unverträglich mit Pathos von sich wies. „Es gelang mir nicht," sagt Bismarck in seinem Bericht über diese Unterredungen, „ihn zu überzeugen, daß Bedingungen, deren Erfüllung Frankreich von Italien erlangt, von Deutschland gefordert habe, ohne mit einem der beiden Länder im Kriege gewesen zu sein, Bedingungen, welche Frankreich ganz zweifellos uns auferlegt haben würde, wenn wir besiegt worden wären, und welche das Ergebnis fast jeden Krieges auch der neuesten Zeit gewesen wären, für ein nach tapferer Gegenwehr besiegtes Land an sich nichts Ent-

ehrendes haben könnten, und daß die Ehre Frankreichs nicht von andrer Beschaffenheit sei als diejenige aller andern Länder." Über die Friedensbedingungen, die der Kanzler dann andeutete, wurde indes nur beiläufig und, wie der diplomatische Ausdruck lautet, akademisch gesprochen. Der näherliegende Hauptgegenstand der Besprechung war der Abschluß eines Waffenstillstandes, welcher den Franzosen Gelegenheit zur Wahl einer Vertretung verschaffen sollte, die der provisorischen Regierung allein die Legitimation geben konnte, völkerrechtlich giltig Frieden zu schließen. Bismarck machte hier darauf aufmerksam, daß ein Waffenstillstand für eine siegreich vordringende Armee stets militärische Nachteile mit sich bringe, in diesem Falle aber für die Verteidigung Frankreichs und die Reorganisation seiner Streitkräfte einen sehr wichtigen Zeitgewinn darstelle, und daß Deutschland daher ein militärisches Äquivalent haben müsse. Als solches bezeichnete er die Übergabe der Festungen, welche dem Heere des Königs die Verbindung mit Deutschland erschwerten. In Betreff Straßburgs machte er geltend, daß die dortige Besatzung, da der Platz ohnehin der Einnahme nahe sei, sich in Kriegsgefangenschaft zu ergeben habe. Für den Fall ferner, daß die ins Auge gefaßte konstituirende Versammlung in Paris zusammenträte, stellte Bismarck folgende Alternative auf: „Entweder die Position vor Paris wird uns durch Übergabe eines dominirenden Teiles der Festungswerke eingeräumt; um diesen Preis sind wir bereit, den Verkehr mit Paris vollständig freizugeben und jede Verproviantirung der Stadt zuzulassen. Oder die Position vor Paris wird uns nicht eingeräumt; alsdann können wir auch in die Aufhebung der Absperrung nicht willigen, sondern müssen die Beibehaltung des militärischen Statusquo vor Paris dem Waffenstillstande zu Grunde legen, weil sonst letzterer für uns lediglich die Folge

hätte, daß Paris uns nach Ablauf desselben neu verproviantirt und gerüstet gegenüberstehen würde." Favre lehnte die Überlassung eines dominirenden Teiles der Pariser Befestigungen und die Kriegsgefangenschaft der Straßburger Garnison ab, versprach aber die zweite Alternative, Aufrechterhaltung des militärischen Statusquo vor Paris den übrigen Mitgliedern der provisorischen Regierung zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Unterredungen zwischen ihm und dem Kanzler hatten, als er heimreiste, in Bezug auf die Bedingungen eines künftigen Friedens nichts festgestellt, dagegen nahm er die Bewilligung eines zwei- bis dreiwöchentlichen Waffenstillstandes zum Behuf der Wahlen zu einer Nationalversammlung mit, der unter folgenden Bedingungen zugestanden werden sollte: „1. In und vor Paris Aufrechterhaltung des militärischen Statusquo. 2. In und vor Metz Fortdauer der Feindseligkeiten innerhalb eines näher zu bestimmenden, um Metz gelegenen Umkreises. 3. Übergabe von Straßburg mit Kriegsgefangenschaft der Besatzung, von Toul und Bitsch mit freiem Abzuge derselben." In Paris wurden diese Bedingungen verworfen, und Bismarck konnte daraufhin durch die Gesandtschaften den neutralen Regierungen, von denen die englische und die österreichische immer starke Sympathien für die Sache Frankreichs an den Tag legten, erklären lassen: „Wenn die französische Regierung die ihr gebotene Gelegenheit zur Wahl einer Nationalversammlung auch innerhalb der von uns okkupirten Teile Frankreichs nicht hat benutzen wollen, so bekundet sie damit ihren Entschluß, die Schwierigkeiten, in welchen sie sich einem völkerrechtlichen Abschlusse des Friedens gegenüber befindet, aufrecht zu erhalten und die öffentliche Meinung des französischen Volkes nicht hören zu wollen. Daß allgemeine und freie Wahlen im Sinne des Friedens ausgefallen sein würden, ist ein Eindruck, der sich uns

hier aufdrängt, und der auch den Machthabern in Paris nicht entgangen sein wird.“ Die in Tours tagende Abzweigung der Pariser Gesellschaft aber, welche sich auf das tumultuarisch zustande gekommene Mandat eines Teiles der dortigen Bevölkerung hin zu Lenkern der Geschicke Frankreichs aufgeworfen hatte, erklärte am 24. September in einer pomphaften Proklamation an das Land: „Preußen will den Krieg fortsetzen und Frankreich auf den Stand einer Macht zweiten Ranges herabdrücken.... Auf so unverschämte Ansprüche antwortet man nur durch den Kampf aufs äußerste.“

Bismarck erwiederte am 1. Oktober in einem Rundschreiben auf solche Übertreibung: „Die von uns erstrebte Abtretung von Straßburg und Metz bedingt in ihrem territorialen Zusammenhange eine Verminderung des französischen Gebietes um einen Flächeninhalt, welcher der Vermehrung desselben durch Savoyen und Nizza ziemlich gleichkommt, die Bevölkerung dieser von Italien erworbenen Landesteile aber um etwa drei Viertel Millionen übertrifft. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß Frankreich nach dem Zensus von 1866 ohne Algerien über 38 und mit Algerien ... 42 Millionen Einwohner zählt, so liegt auf der Hand, daß eine Verminderung von drei Viertel Millionen der letztern an der Bedeutung Frankreichs dem Auslande gegenüber nichts ändert, diesem großen Reiche vielmehr dieselben Elemente der Machtfülle läßt, durch deren Besitz es im orientalischen wie im italienischen Kriege einen so entscheidenden Einfluß auf die Geschicke Europas auszuüben imstande war.“

Die neutralen Mächte fuhren fort, warm für die französische Sache zu empfinden, und Lord Granville sowie Graf Beust verfehlten nicht, das gelegentlich zu äußern, aber keine hielt sich für verpflichtet, den Franzosen anders als durch diplo-

matische Vorschläge Beistand zu gewähren. Ein von Beust wiederholt angeregtes gemeinsames Handeln der Neutralen kam nicht zu stande. Die Thierssche Bereisung der großmächtlichen Höfe hatte ihren Zweck, die bewaffnete Intervention Europas zu veranlassen, gänzlich verfehlt. Von Petersburg wußte er zwar zu berichten, daß der Kaiser sowohl als Fürst Gortschakoff „sich mit Wärme gegen die Auferlegung übertriebener Friedensbedingungen ausgesprochen und erklärt hätten, Rußland werde niemals seine Zustimmung zu unbilligen Ansprüchen erteilen," aber was sie für übertrieben und unbillig hielten, konnte er von ihnen nicht erfahren, und ebenso wenig gewann er ihnen eine bestimmte Erklärung zu Gunsten der Erhaltung der Integrität des französischen Gebietes ab.

Die militärischen Aussichten Frankreichs verschlechterten sich im Oktober mehr und mehr. Toul und Straßburg waren gefallen, Paris war eng eingeschlossen, in Metz verhandelte Bazaine über den Abzug der dort festgehaltenen Armee, und die deutschen Truppen streiften bereits bis zur Loire. Bismarck war noch immer zum Eingehen auf einen Waffenstillstand unter billigen Bedingungen bereit. Die Vermittlung der amerikanischen Generale Sheridan und Burnside gewährte ihm Gelegenheit, den Pariser Machthabern noch einmal das Mittel darzubieten, das Land von der Anarchie zu befreien, welche Friedensverhandlungen unmöglich machte, und er ließ am 9. Oktober von den Amerikanern bei den Mitgliedern der provisorischen Regierung den Vorschlag befürworten, mit dem er das Anerbieten zu einem Waffenstillstande von der zur Vornahme der Wahlen erforderlichen Dauer verband, entweder alle Abgeordneten der Nation nach Paris hinein oder die Pariser Deputirten, falls ein andrer Versammlungsort beliebt werden sollte, ungehindert aus der Stadt herauszulassen. Diese Vorschläge begegneten aber in

Paris so ungünstiger Aufnahme, daß die Vermittler selbst erklärten, nunmehr die Hoffnungen, die sie gehegt hatten, aufgeben zu müssen.

Die Verhandlungen ruhten nun eine Weile, und erst als auch Metz kapitulirt hatte, erschien am 1. November Thiers auf Anregung der neutralen Mächte bei Bismarck in Versailles, um abermals wegen eines Waffenstillstandes zu verhandeln, der zum Zwecke von Wahlen zu einer Nationalversammlung und der Wiederherstellung des Friedens abgeschlossen werden sollte. Der deutsche Kanzler zeigte sich entgegenkommend, er berichtet darüber im Rundschreiben vom 8. November u. a.: „Ich schlug ihm vor, durch eine zu bestimmende Demarkationslinie die Stellung der beiderseitigen Truppen, so wie sie am Tage der Unterzeichnung [des Waffenstillstandes] sein würde, abzugrenzen, die Feindseligkeiten auf vier Wochen zu sistiren und in dieser Zeit die Wahlen und die Konstituirung der nationalen Vertretung vorzunehmen. . . . In Bezug auf die Wahlen im Elsaß konnte ich erklären, daß wir auf keiner Stipulation bestehen würden, welche die Zugehörigkeit der deutschen Departements zu Frankreich vor dem Friedensschlusse in Frage stellen könnte, und daß wir keinen Bewohner der letztern dafür zur Rede stellen würden, daß er als Abgeordneter seiner Landsleute in einer französischen Nationalversammlung erschienen sei. Ich war erstaunt, als der französische Unterhändler diese Vorschläge ... ablehnte und erklärte, einen Waffenstillstand nur dann annehmen zu können, wenn derselbe die Zulassung einer umfassenden Verproviantirung [von Paris] einschlösse. Ich erwiederte, daß diese Zulassung eine soweit über den Statusquo und über jede billige Erwartung hinausgehende militärische Konzession enthalten würde, daß ich ihn frage, ob er ein Äquivalent dafür zu bieten imstande sein werde und welches. Herr Thiers erklärte, ...

die Forderung der Verproviantirung von Paris stellen zu müssen, ohne uns dafür etwas andres bieten zu können als die Bereitwilligkeit der Pariser Regierung, der französischen Nation die Wahl einer Volksvertretung zu gestatten, aus welcher wahrscheinlich eine Behörde hervorgehen würde, mit welcher uns über den Frieden zu verhandeln möglich sein werde. . . . Die unglaubliche Forderung, daß wir die Frucht aller seit zwei Monaten gemachten Anstrengungen . . . aufgeben und die Verhältnisse auf den Punkt zurückgeführt werden sollten, auf welchem sie beim Beginne der Einschließung von Paris gewesen waren, konnte nur von neuem den Beweis liefern, daß man in Paris nach Vorwänden, der Nation die Wahlen zu versagen, suchte, aber nicht nach einer Gelegenheit, dieselben ohne Störung zu vollziehen."

Am Schlusse der letzten Unterredung beauftragte der Kanzler den französischen Unterhändler, seiner Regierung mitzuteilen, wenn sie die Wahlen ohne Waffenstillstand vornehmen wolle, so werde er dieselben in allen von der deutschen Armee besetzten Landesteilen vollkommen frei vor sich gehen lassen. Aber Thiers erhielt am 6. von seiner Regierung den Befehl, die Verhandlung abzubrechen und sofort das preußische Hauptquartier zu verlassen.

Ein sehr seltsamer Anspruch war das Verlangen der Franzosen in Betreff der zur Verständigung über das russische Rundschreiben vom 31. Oktober ins Auge gefaßten Konferenz. Da Frankreich den Vertrag von 1856, der nach diesem Aktenstück abgeändert werden sollte, ebenfalls unterzeichnet hatte, so wurde es zur Absendung eines Vertreters nach London, wo die Konferenz zusammentreten sollte, eingeladen, und die Pariser Regierung wählte dazu Favre, der aber in London, wie er in einer Zirkulardepesche vom 12. Januar ganz ungenirt ent-

wickelte,*) nicht so sehr den Gegenstand des russischen Rundschreibens erörtern helfen, als gegen die Beschießung von Paris protestiren und die Mächte zur Unterstützung Frankreichs auffordern sollte. Als derselbe aber Bismarck am 13. Januar um einen Geleitschein ersuchte, erhielt er die Antwort, daß ihm ein solcher nicht bewilligt werden könne, da er sich in seinem Schreiben als Repräsentanten Frankreichs auf der Konferenz bezeichnet habe, die Regierung in Paris aber von der französischen Nation noch nicht anerkannt sei, und da man ferner nicht dulden könne, daß er in London die in seiner Zirkulardepesche vom 12. genannten Absichten verfolge. Daran wurde eine artige Andeutung geknüpft, die, ins Grobe übersetzt, ungefähr die Moral aussprach, wer eine Suppe eingebrockt habe, der müsse sie auch ausessen helfen. Favre hatte Ehr- und Billigkeitsgefühl genug, um das einzusehen, er blieb, und statt seiner ging der Herzog von Broglie nach London.

Am 20. Januar 1871 nahm das Londoner Kabinet sich Frankreichs von neuem an, indem es den deutschen Kanzler durch Odo Russel fragen ließ, ob er zu Friedensverhandlungen geneigt sei, und um Mitteilung seiner Bedingungen bat. In Paris war indes jetzt eine Meinungsänderung eingetreten. Der letzte Ausfall war mißlungen, in der Stadt regten sich die Radikalen und die Kommunisten in gefährlichem Grade, und was

*) Er sagt da: „Wer fühlt übrigens nicht, daß Frankreich, zu den Repräsentanten Europas zugelassen, das unbestreitbare Recht erhält, vor ihnen seine Stimme zu erheben? Wer wird ihm Halt gebieten können, wenn es, sich auf die ewigen Regeln der Gerechtigkeit stützend, die Prinzipien verteidigen wird, welche seine Unabhängigkeit und seine Würde sicherstellen? Es wird keins derselben aufgeben. Unser Programm hat sich nicht geändert, und Europa, welches denjenigen einladet, der es aufgestellt hat, weiß sehr wohl, daß er den Willen und die Kraft hat, es aufrecht zu erhalten." Weiterhin wird Horribles vom Bombardement erzählt, und dazu bemerkt: „Vielleicht setzen unsre an Europa gerichteten Protestationen demselben bald ein Ziel."

schlimmer war, die Hungersnot stand vor den Thoren. Man mußte kapituliren, und Favre wurde mit der Aufgabe betraut. Am 23. Januar erschien er zu dem Ende bei Bismarck in Versailles, und am 28. wurde von beiden eine Waffenstillstandskonvention unterzeichnet, welche den Zweck hatte, der Regierung in Paris die Berufung einer freigewählten Nationalversammlung zu ermöglichen, die über die Frage entscheiden sollte, ob Frankreich weiter kämpfen oder Frieden schließen dürfe und unter welchen Bedingungen. Die Vorteile, welche Favre den Deutschen jetzt einräumen mußte, waren erheblich größer als die, welche Bismarck in Haute Maison und Ferrières sowie bei der ersten Verhandlung mit Thiers verlangt hatte. Alle Forts der äußern Verteidigungslinie von Paris mußten samt ihrem Kriegsmaterial übergeben werden, und die Enceinte verlor ihre Geschütze. Die Besatzung, soweit sie aus Linientruppen, Mobilgarden und Marinesoldaten bestand, lieferte bis auf 12000 Mann, die den innern Dienst versehen sollten, ihre Waffen ab und wurde kriegsgefangen. Die Nationalgarde behielt auf Favres Verlangen, das auf Kurzsichtigkeit beruhte, da diese Bürgersoldaten zum großen Teil zu radikalen Ideen und Bestrebungen hinneigten, ihre Waffen, um in der Stadt die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Neuverproviantirung von Paris wurde freigegeben, doch durften die dazu bestimmten Lebensmittel nicht aus den von der deutschen Armee besetzten Gegenden Frankreichs genommen werden. Die Stadt Paris hatte eine Kriegskontribution von 200 Millionen Franks zu entrichten. Während der Verhandlungen war auch von einem Einmarsche der Deutschen in Paris die Rede gewesen, aber Favre hatte sich lebhaft dagegen gesträubt, und da der Kanzler annahm, die Pariser würden sich einem solchen Vorgehen mit Gewalt widersetzen, und weiteres Blutvergießen um eine Sache der bloßen

Form vermeiden wollte, wurde die Auskunft gewählt, daß die siegreiche Armee die Stadt während des auf drei Wochen beschränkten Waffenstillstandes nicht betreten dürfe. Damit war ein Mittel gewonnen, die Wahlen und die Sanktion der deutschen Friedensbedingungen durch die aus denselben hervorgehende Versammlung von Landesvertretern zu beschleunigen.

Einen Augenblick drohte die Meinungsverschiedenheit, die zwischen den in Paris und den außerhalb desselben sich aufhaltenden Mitgliedern der provisorischen Regierung herrschte, die Hoffnungen, welche sich an diese Konvention knüpften, zu vereiteln. Gambetta, die Seele des „Widerstandes bis aufs äußerste", früher in Tours, jetzt in Bordeaux, erblickte in dem Waffenstillstande vom 28. Januar nur ein Mittel zur Vorbereitung auf weitern Kampf. In einer Proklamation, die er am 31. Januar vom Stapel ließ, erklärte er, man müsse, „koste es, was es wolle, so handeln, daß die perfiden Pläne der Feinde Frankreichs zu Schanden würden. Preußen rechnet," so fuhr er fort, „auf den Waffenstillstand, um unsre Armeen zu entnerven und zur Auflösung zu bringen. Preußen hofft, daß eine Versammlung, welche nach vielen auf einander gefolgten Unglücksfällen und unter dem furchtbaren Eindrucke des Falles von Paris zusammentritt, auch mutlos und zur Annahme eines schwächlichen Friedens geneigt sein müsse. Es hängt von uns ab, diese Berechnungen zu vereiteln. . . . Benutzen wir den Waffenstillstand dazu, um unsre jungen Truppen einzuüben und die Organisation der Verteidigung und des Krieges mit größerem Eifer als je zu betreiben; bieten wir alles auf, daß an die Stelle der von den Fremden erhofften reaktionären und feigen Kammer eine wahrhaft nationale und republikanische Versammlung zusammentritt, welche den Frieden will, wenn derselbe die Ehre und die Ungeschmälertheit unseres Landes

sicherstellt, die aber ebenso fähig und bereit ist, den Krieg zu wollen, um zu verhindern, daß ein Meuchelmord an Frankreich begangen werde." Damit eine solche Nationalversammlung gewählt werde, erließ der Diktator von Bordeaux zu gleicher Zeit mit der Proklamation drei Dekrete, durch welche alle Personen, welche vom 2. Dezember 1851 bis zum 4. September 1870 die Stellung von Ministern, Senatoren, Staatsräten oder Präfekten bekleidet hatten oder in dieser Periode als offizielle Kandidaten aufgetreten waren, und ebenso alle Mitglieder derjenigen Familien, die Frankreich seit 1789 regiert hatten, von der Wählbarkeit ausgeschlossen wurden. Es war eine Proskription aller konservativen Elemente und eine entschiedene Verletzung der Konvention vom 28. Januar, welche Freiheit der Wahlen stipulirt hatte. Es war ein höchst sonderbarer Widerspruch, daß Gambetta, der jahrelang bemüht gewesen, die Beeinflussung der Wahlen durch die kaiserliche Regierung zu brandmarken, jetzt, zur Macht gelangt, selbst die grausamste Beeinträchtigung der Wahlfreiheit verfügte und alle die, von denen er voraussetzte, sie würden nicht nach seiner Meinung stimmen, ihres Wahlrechts beraubte. Aber Bismarck war nicht gesonnen, ihn gewähren, und nicht in der Lage, sich solche Willkür gefallen lassen zu müssen. Er protestirte sofort in einem Telegramm an Gambetta dagegen, und zu gleicher Zeit wendete er sich an Favre mit der Frage, ob er die Dekrete seines Kollegen in Bordeaux für vereinbar mit der Waffenstillstands-Konvention ansehe. Die Antwort des letzteren war eine Bekanntmachung, welche die Verfügung vom 31. Januar aufrecht erhielt. Favre dagegen und seine Pariser Amtsgenossen erklärten sich gegen das „ungerechte und tollkühne" Verfahren des Diktators und nötigten ihn dadurch, am 6. seine Entlassung zu nehmen. In ihrer Proklamation vom 4. sagten sie den Franzosen: „Wir

haben Frankreich zur freien Wahl einer Versammlung aufgerufen, die in dieser äußersten Krisis seine Willensmeinung zu erkennen geben wird. Wir erkennen niemand das Recht zu, ihm eine solche aufzunötigen, sei es für den Frieden, sei es für den Krieg. Eine Nation, die von einem mächtigen Feinde angegriffen wird, kämpft bis zum äußersten, sie bleibt aber immer Richterin über die Stunde, wo der Widerstand möglich zu sein aufhört. Das wird also das Land sagen, wenn es über sein Schicksal zu Rate gezogen wird. Damit sein Wille sich allen als geachtetes Gesetz auflege, bedarf es des souveränen Ausdrucks der freien Abstimmung aller. . . . Wir haben das Kaisertum und seine Ränke bekämpft, wir wollen dieselben nicht wieder einführen, indem wir auf dem Wege von Ausschließungen offizielle Kandidaturen schaffen. . . . Wir wollen nicht, daß die erste Verfügung der republikanischen Versammlung von 1871 eine Handlung des Mißtrauens gegen die Wähler sei. Ihnen gehöre die Souveränetät an; mögen sie dieselbe ohne Schwachmut handhaben, und das Vaterland wird gerettet werden können. Die Regierung weist somit das widergesetzlich von der Delegation von Bordeaux erlassene Dekret zurück und erklärt es nötigenfalls für null und nichtig."

Nach Gambettas Rücktritt wickelten sich die Sachen ziemlich glatt ab. Am 12. Februar wurde die Nationalversammlung, in der die konservativen und friedfertigen Elemente die Mehrheit bildeten, in Bordeaux eröffnet. Am Tage nachher legte die provisorische Regierung ihre Gewalt nieder. Am 16. wurde Thiers als Chef der Exekutive eingesetzt. Am 19. erklärte dieser vor der Versammlung, die ihn gewählt: „Frieden machen, reorganisiren, den Kredit heben, die Arbeit beleben — dies ist die einzig mögliche, die in diesem Augenblick allein begreifliche Politik." Zwei Tage später kam er in Begleitung Favres nach

Versailles zum deutschen Kanzler, um durch Verhandlungen über Friedenspräliminarien mit dieser Politik den Anfang zu machen. Die erste Unterredung mit ihm bewies Bismarck, daß er den deutschen Forderungen keinen prinzipiellen Widerstand entgegenzusetzen, sondern nur auf Herabminderung derselben Bedacht zu nehmen gesonnen war, und so konnte der Reichskanzler bereitwillig auf Verlängerung des Waffenstillstandes um zwei Tage eingehen. In der Folge gestanden die Franzosen die Abtretung des Elsaß mit Straßburg, wenn auch mit Widerstreben zu, wogegen sie gegen die Überlassung von Metz mit einem Teile Lothringens sich mit größter Hartnäckigkeit sträubten. Bismarck scheint persönlich hiergegen nicht viel gehabt zu haben. Am 21. sagte er zu uns bei Tische: „Wenn Sie uns eine Milliarde mehr gäben, so könnte man ihnen Metz vielleicht lassen. Wir nähmen dann achthundert Millionen und bauten uns damit eine Festung ein paar Meilen weiter zurück, etwa bei Falkenberg oder nach Saarbrücken hin — es muß doch dort einen geeigneten Platz geben. Da profitirten wir noch baare zweihundert Millionen. Ich mag nicht so viele Franzosen in unserm Hause, die nicht darin sein wollen. . . . Die Militärs aber werden Metz nicht missen wollen, und vielleicht haben sie Recht.“ Später scheint ihm das zur Gewißheit geworden zu sein; denn er bestand mit Entschiedenheit auf der Erwerbung dieses Platzes und lehnte das von Thiers vorgeschlagene Auskunftsmittel einer Schleifung der Festung als ungenügend ab. Die Verhandlungen gerieten darüber ins Stocken. Der Kanzler war nach seinen damaligen Äußerungen gegen seine Umgebung sehr in Sorge, daß jede Verzögerung des Abschlusses und namentlich eine etwaige Verweigerung der Ratifikation durch die Nationalversammlung in Bordeaux den neutralen Mächten Anlaß zur Einmischung in die Friedensverhandlungen bieten

und Deutschland entweder um die Früchte seiner Siege bringen oder zu neuen Kriegen nötigen könne. Er sagte einmal nach der Unterzeichnung der Präliminarien: „Ich bin bei jeder Post in der Sorge gewesen, eine Eröffnung irgend einer der neutralen Mächte zu erhalten, ähnlich wie die in Horsitz 1866 von Napoleon; es braucht nur eine von ihnen der Katz' die Schelle anzuhängen, und wir haben sie alle auf dem Halse." Als dann Thiers erklärte, wenn er weder Metz noch Belfort erhalte und den Franzosen wiederbringe, so könne er die Verantwortung nicht tragen, sondern müsse nach Bordeaux zurück, um die Entschließung der Volksvertretung herbeizuführen, holte Bismarck von neuem die Ansicht der militärischen Autoritäten ein, und da diese auf Belfort im Vergleiche mit Metz nur geringen Wert legten, auf Metz aber bestanden, so verzichtete er auf Belfort und erlangte dadurch den Abschluß. Nach demselben fühlte er sich freier von der Befürchtung vor Einmischung der übrigen Großmächte — einer Befürchtung, unter deren Eindruck er schon über die lange Dauer der Belagerung von Paris wiederholt seine Unruhe und Besorgniß zu erkennen gegeben hatte. An Kriegsentschädigung forderte der Kanzler ursprünglich acht Milliarden, während Thiers sich nur zu zweien verstehen wollte. Die Einigung erfolgte bekanntlich auf fünf Milliarden, nachdem die von Frankreich angerufene englische Vermittelung erfolglos geblieben war. Der Kanzler war für Odo Russel, der von seinem Kabinette beauftragt war, Vorstellungen zu Gunsten Frankreichs zu machen, so lange unsichtbar, bis Thiers in das deutsche Verlangen gewilligt hatte.

Wie während der Zeit vom 4. September an eine Begünstigung der Wiederkehr Napoleons auf den Thron als Schreck- und Pressionsmittel gedient hatte, so half es auch die letzten Verhandlungen fördern. „Gestern," so erzählte uns der Kanzler

am 22. Februar, „sprach er [Thiers] von Europa, das sich hineinmischen würde, wenn wir unsre Forderungen nicht ermäßigten. Da erwiederte ich ihm aber: »Sprechen Sie mir von Europa, so spreche ich Ihnen von Napoleon.« Er wollte daran nicht glauben. . . . Ich aber bewies es ihm, er solle an das Plebiscit denken und an die Bauern denken und an die Offiziere und Soldaten. Die Garde könnte nur unter dem Kaiser die Stellung wieder haben, die sie gehabt hätte, und es könnte ihm bei einigem Geschicke nicht schwer fallen, von den Soldaten, welche Gefangene in Deutschland wären, hunderttausend zu gewinnen für sich, und wir brauchten sie dann bloß bewaffnet über die Grenze gehen zu lassen, so wäre Frankreich wieder sein. . . . Wenn sie uns gute Friedensbedingungen zugestünden, so ließen wir uns am Ende auch einen Orleans gefallen, obwohl wir wüßten, daß mit denen der Krieg in zwei oder drei Jahren wieder losginge. Wo nicht, so mengten wir uns hinein, was wir bisjetzt vermieden hätten, und sie kriegten Napoleon wieder. — Das muß doch auf ihn gewirkt haben; denn heute, wo er wieder von Europa anfangen wollte, hielt er plötzlich inne und sagte: »Entschuldigen Sie.« . . . Er ist in einer schlimmen Lage; aber es kann alles nichts helfen."

Ganz zuletzt verfiel Thiers noch in alte Vorstellungen und Velleitäten. Die am 18. Januar 1871 vollzogene Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norden war nicht nach seinem Geschmack. Immer hatte er die Getrenntheit der Deutschen als ein Interesse Frankreichs betrachtet, und der Prager Frieden hatte Baiern, Würtemberg, Baden und Südhessen eine internationale, unabhängige Existenz verbürgt. Er meinte daher, die Regierungen dieser Länder müßten neben dem Norddeutschen Bunde besondre Friedensverträge abschließen. Bismarck war dieser Ansicht nicht, fand aber ein Auskunftsmittel: die Präli-

minarien sollten zuvörderst von ihm, Thiers und Favre unterzeichnet werden und darauf die Worte folgen: „Da die Königreiche Baiern und Würtemberg und das Großherzogtum Baden [Hessen blieb unerwähnt] als Bundesgenossen Preußens an dem gegenwärtigen Kriege teilgenommen haben und jetzt zum deutschen Reiche gehören, so treten die Unterzeichneten [die Minister Graf Bray, Mittnacht, von Wächter und Jolly] der vorstehenden Übereinkunft namens ihrer betreffenden Souveräne bei."

So geschah es: am 26. Februar wurden die Präliminarien unterschrieben. An demselben Tage schloß man eine Konvention ab, welche den Waffenstillstand bis zum 12. März verlängerte, beiden Teilen die Kündigung desselben vom 3. ab mit einer Frist von drei Tagen für den Wiederbeginn der Feindseligkeiten zu kündigen gestattete und den vierten Artikel der Übereinkunft vom 28. Januar durch eine Bestimmung ersetzte, die den deutschen Truppen den Einzug in Paris erlaubte. Derselbe fand am 1. März statt, und die dadurch vollzogene Besetzung eines Teiles der französischen Hauptstadt sollte bis zur Ratifikation der Präliminarien durch die Nationalversammlung in Bordeaux währen. Dieselbe erfolgte ohne Verzug, und der Krieg war zu Ende. Am 5. März verließ der Reichskanzler Versailles, um nach Berlin zurückzukehren.

Der definitive Friede sollte nach dem in den Präliminarien gegebenen Grundplane in Brüssel abgeschlossen werden. Die Sache aber zog sich in die Länge, und eine Zeit lang konnte der deutsche Kanzler Mißtrauen in Betreff der Loyalität der Franzosen hegen. Sie zeigten sich lässig in der Erfüllung ihrer bereits fälligen Verpflichtungen und geneigt, Stipulationen, die schon in Wirksamkeit waren, willkürlich und abweichend vom Sinn ihrer Verabredung zu deuten. Die französische Regierung war noch gegen Ende April hin im Verzuge mit dem wesent-

lichen Teile der Verpflegungsgelder für die vertragsmäßig in Frankreich zurückgebliebnen deutschen Truppen, mit der Freigebung der deutschen Kriegsgefangnen und mit einer klaren und peremptorischen Aufforderung an die Gouverneure der Kolonien und die Befehlshaber der ostasiatischen Flottenstationen, die Feindseligkeiten einzustellen. Die Neigung, den Versailler Verabredungen Deutungen zu geben, zu denen man nicht berechtigt war, oder dieselben ohne neue Verabredung mit dem Kanzler zu erweitern, verriet sich in der nach Ausbruch des Aufstandes der Kommune bewerkstelligten Ansammlung von 140 000 Mann zwischen Seine und Loire, wo man nach den Präliminarien nur 40 000 beisammen haben durfte, in den Versuchen, die Kriegsschuld durch Zahlung unter Pari herabzudrücken, und durch Zumutungen in Betreff des Beginns der Räumung der von den deutschen Truppen besetzt gehaltenen französischen Gebietsteile. Es hatte den Anschein, als wollten Thiers und Favre die Ansicht geltend machen, die Deutschen hätten schon nach Zahlung der ersten halben Milliarde und vor Abschluß und Ratifikation des Friedens sich zu Räumungen verpflichtet, während doch bei den Verhandlungen in Versailles niemals eine andre Meinung obgewaltet hatte als die, daß zunächst der definitive Friede geschlossen sein müsse, bevor die deutschen Truppen ihre Stellungen an der Seine zu verlassen hätten. Man hatte damals vorausgesetzt, der definitive Friede werde früher zu stande kommen als irgendwelche Zahlung Frankreichs, und Thiers hatte die Absicht geäußert, seine Finanzoperationen zur Beschaffung der Kriegskontribution frühestens nach Verlauf von zwei Monaten zu beginnen, und sich zu der Annahme bekannt, daß der endgiltige Friede in vier bis sechs Wochen abgeschlossen sein werde. Es war damals kein Zweifel gewesen, daß die ganze Okkupation den Deutschen als Bürgschaft für denselben dienen sollte, und

der Wortlaut der Präliminarien ging klar und deutlich dahin, daß sämtliche von der deutschen Armee noch zu vollziehende Räumungen dem definitiven Friedensschlusse untergeordnet seien und die Abzahlungen nur auf die Abstufungen der einzelnen Räumungen Einfluß haben sollten. Bismarck wies den sächsischen General von Fabrice, der in dieser Zeit von Soissy aus den diplomatischen Verkehr mit der Versailler Regierung unterhielt, am 27. April an, sofort von letzterer eine zweifellose Erklärung in dieser Beziehung zu verlangen, und war entschlossen, dem Könige von jeder weitern Unterstützung der Franzosen gegen die Kommune, zu deren Bekämpfung man bis dahin eine erhebliche Anzahl französischer Kriegsgefangner freigegeben hatte,*) abzuraten und ihm die unverzügliche Aufforderung an die französische Regierung zur Reduktion ihrer Truppen auf das vertragsmäßige Verhältnis mit der Androhung zu empfehlen, widrigenfalls werde man die Feindseligkeiten wieder eröffnen.

Favre erklärte darauf, Frankreich komme schon jetzt seinen Obliegenheiten nach, werde das auch ferner thun und sei bereit, den Frieden ohne Verzug abzuschließen und die Präliminarien ohne weiteres als für denselben bestimmend anzuerkennen. Dagegen verlange er Erlaubnis zum Angriff auf Paris über Epinay und St. Denis sowie die deutscherseits an die Kommune zu richtende Aufforderung, die Enceinte der Stadt zu räumen.

*) Verpflichtet war man dazu nicht mehr; die in den Präliminarien liegende Verpflichtung war vielmehr für so lange erloschen, als die französische Regierung nicht in der Lage war, ihre Gegenverpflichtung, zwischen Seine und Loire eine neutrale Zone herzustellen und zu erhalten, nachzukommen. Was man deutscherseits hier gewährte, war durch Rücksicht auf das eigne Interesse gebotene Gefälligkeit, deren Fortsetzung lediglich von dem Vertrauen abhing, welches man in Berlin in die Vertragstreue und die Leistungsfähigkeit der Versailler setzen durfte.

Es wurde ihm darauf von Berlin her bemerkt, daß Deutschland durch keine Übereinkunft verpflichtet sei, der französischen Regierung Hilfe zu leisten, wohl aber berechtigt, von ihr die Entwaffnung der Enceinte zu fordern, eventuell dieselbe zu erzwingen, falls man das im deutschen Interesse finden sollte. Dies sei indes nicht der Fall, so lange jene Regierung in Brüssel den Präliminarfrieden zum Nachteile Deutschlands abzuändern versuche. Um das dadurch entstandne Mißtrauen durch direkte Besprechung über verstärkte Bürgschaften oder bestimmte Zahlungstermine der fünf Milliarden zu heben, schlug der Kanzler dem französischen Minister des Auswärtigen eine baldige Zusammenkunft in Frankfurt oder Mainz vor. Favre erklärte sich dazu bereit, und man bestimmte einen Tag in der ersten Woche des Mai für dieses Zusammentreffen.

Wie der Reichskanzler den Aufständischen in Paris gegenüberstand, ergiebt sich aus folgender „Aufklärung über das doppelte Gesicht der Kommune," die er am 29. April in die Presse bringen ließ: „Viele Briefe aus Paris und alle, die aus Beziehungen zu der Regierung in Versailles schöpfen, betonen nur die eine Strömung, nach welcher der Aufstand in Paris und die Gründung der Kommune ein Akt der kosmopolitischen Revolution, ein Versuch zur Verwirklichung sozialistischer und kommunistischer Phantasien ist. Daß dies der Fall, ist nicht in Abrede zu stellen. Es ist in der That die kosmopolitische Revolution, welche die Herren Dombrowski, Stupny, Okolowitsch, Landuski, Burnaki und andre polnische Barrikadenhelden, welche die Fenier, die Garibaldianer und Massen von belgischen und englischen Mitgliedern der Internationale unter die rote Fahne der Kommune führte, und der die Reichstagsabgeordneten Bebel und Schraps ihre Sympathien entgegentrugen. Es ist der gröbste Kommunismus, welcher mit diesen Vorkämpfern des

Umsturzes fünfzehn- bis zwanzigtausend entlassene Verbrecher und andern Abschaum und Auswurf der modernen Kulturwelt mischte. Neben diesen Vertretern und Handlangern phantastischer und verbrecherischer Gelüste geht aber in dieser Revolution, wie man sich immer gegenwärtig halten sollte, eine sehr wohlbegründete, von ordnungsliebenden und verständigen Elementen mitempfundene und unterstützte Bewegung her; das Begehren und Hinarbeiten nach einer vernünftigen Städteordnung, nach Befreiung der Gemeinden von lästiger und unnötiger Bevormundung und Beeinflussung von seiten des Staates, ein Bestreben, welches sich aus der Geschichte Frankreichs erklärt und namentlich in dem tyrannischen und für das Interesse der Pariser Stadtgemeinde unheilvollen Verfahren Haußmanns seinen Gegensatz fand. Gäbe man den Parisern eine Stadtverfassung, ungefähr wie sie Preußen in seinen Städteordnungen schon seit der Hardenbergschen Zeit besitzt, so würden viele Besonnene und praktisch Denkende, die jetzt in Paris den Versaillern grollen, zufriedengestellt werden und sich nicht mehr geneigt finden, die Revolution durch passives Verhalten in ihrem Widerstande zu unterstützen."

Die Zusammenkunft Bismarcks mit Favre fand in Frankfurt statt und hatte am 10. Mai die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zur Folge, der am 18. von der französischen Nationalversammlung angenommen und am 20. ratifizirt wurde. Am 12. berichtete der Kanzler dem Reichstage über die Angelegenheit. Er sagte da u. a.: „Wir wären, wenn wir uns jetzt nicht verständigten, wenn wir ernste Verletzungen unsrer Interessen mit der Verlängerung der Ungewißheit fürchteten, in der Lage gewesen, der Ungewißheit dadurch ein Ende zu machen, daß wir Paris entweder durch Akkord mit der Kommune oder durch Gewalt einnahmen und dann im Besitze dieses Pfandes von der Versailler Regierung forderten, daß sie, den

Stipulationen des Präliminarfriedens entsprechend, ihre Truppen hinter die Loire zurückzöge und in dieser gegenseitigen Verfassung die weitere Verhandlung über den Frieden fortgesetzt würde. . . . Wir wären in der Notwendigkeit gewesen, mit Entschlossenheit vorzugehen, um einen zweifellosen Zustand herzustellen, wenn es nicht gelungen wäre, zu einem definitiven Abschluß mit Frankreich zu gelangen. . . . Ich war ursprünglich nicht in der Hoffnung nach Frankfurt gegangen, daß es dort schon soweit würde kommen können, sondern nur in der Absicht, einige noch schwebende Fragen — einige der prinzipiell wichtigeren — zur Entscheidung zu bringen, für die Zahlung der Kriegskontribution eine Verkürzung der Fristen und eine Verstärkung der Garantien zu erreichen und dann den weitern Abschluß der Verhandlungen den Bevollmächtigten in Brüssel zu überlassen. Sobald sich indessen die Aussicht bot, in Frankfurt definitiv abzuschließen, hielt ich dies für einen großen Gewinn im Interesse beider beteiligten Länder, indem ich überzeugt bin, daß dadurch nicht nur für Deutschland die militärischen Lasten, welche wir uns noch auflegen müssen, wesentlich werden erleichtert werden, sondern daß dieser Abschluß auch zur Konsolidirung der Verhältnisse in Frankreich wesentlich beitragen wird. . . . Ich kann nicht annehmen, daß diese Abmachungen jeden einzelnen persönlichen Wunsch befriedigen werden, . . . aber ich glaube, daß hiermit dasjenige erreicht worden ist, was wir von Frankreich vernünftigerweise und nach den Traditionen, die andern Friedensschlüssen zu Grunde liegen, verlangen konnten. Wir haben unsre Grenzen durch die Landabtretung gesichert, wir haben unsre Kriegsentschädigung soweit gesichert, wie es nach menschlichen Verhältnissen überhaupt möglich ist; denn weiter ausgedehnte Sicherheiten zu nehmen, . . . wäre für uns mit erheblich größern Kosten und Anstrengungen ver-

knüpft. . . . Indessen habe ich das Vertrauen, daß es die Absicht der gegenwärtigen französischen Regierung ist, den Vertrag auch ohne solche Bürgschaften redlich auszuführen, und ich habe die Überzeugung, wie die Herren sie selbst hatten, daß die Kräfte dazu vorhanden sind, und daß die Behauptung, die Kriegsentschädigung wäre von einer unmöglich zu bezahlenden Höhe, eine unbegründete ist. . . . Ich erlaube mir mit dem Ausdruck der Hoffnung zu schließen, daß dieser Friede ein dauerhafter und segensreicher sein, und daß wir der Bürgschaften, deren wir uns versichert haben, um gegen einen etwa wiederholten Angriff geschützt zu sein, auf lange Zeit nicht bedürfen werden."

Das ist denn auch eingetroffen, und unser Reichskanzler hat dazu sehr wesentlich beigetragen, indem er eine Politik verfolgte, welche einerseits Frankreich gegenüber so versöhnlich als irgend möglich war, andrerseits aber verhütete, daß der grollende und in weiten Schichten der Bevölkerung auf Wettmachung seiner Niederlage bedachte Besiegte in die Lage gelangte, sich mit andern Mächten zu einem Bündnisse gegen Deutschland zusammenzufinden.

Der Frankfurter Friedensvertrag wurde, durch Abmachungen vom 12. Oktober 1871, vom 29. Juni 1872 und vom 15. März 1873 ergänzt, in allen seinen Punkten ausgeführt. Als die Revancheluft der Franzosen in Gewaltthätigkeit sich Luft machte und in Melun und Paris von Fanatikern deutsche Soldaten ermordet wurden, verlangte Bismarck die Auslieferung der Mörder (Connelet und Bertin), bestand aber im Vertrauen auf die französische Gerechtigkeitspflege nicht auf seiner Forderung. Als jedoch die Geschwornen in der Sache ein freisprechendes Urteil abgaben, bewirkte er, daß durch Erklärung des Belagerungszustandes im Bezirke der Okkupation die Militär-

gerichtsbarkeit für Verbrechen gegen die Truppen eingeführt wurde, und richtete unterm 7. Dezember 1871 an den Vertreter Deutschlands in Versailles ein Schreiben, das zur Mitteilung an den französischen Minister des Auswärtigen bestimmt war, und in dem in gemessener Sprache für zukünftige Vorfälle der Art, falls man die Auslieferung der Verbrecher verweigere, „Wegführung französischer Geiseln, äußerstenfalls auch weitergehende Maßregeln" angedroht wurden. Die Depesche bemerkte darauf weiterblickend: „Wir müssen uns sagen, daß, obschon wir im vorigen Jahre von Frankreich ohne jede Provokation angegriffen wurden, doch die Erbitterung darüber, daß wir uns siegreich verteidigt haben, bis in die Kreise hinauf, denen die Geschwornen, die Beamten der Staatsanwaltschaft, die Advokaten und die Richter entstammen, eine so leidenschaftliche ist, daß wir in den Verhandlungen, welche uns mit Frankreich noch bevorstehen, nicht bloß die Sicherstellung der Ausführung der Friedensbedingungen, sondern auch die defensive Stärke unsrer Stellung innerhalb der von uns noch besetzten Departements in Erwägung ziehen müssen." Thiers, jetzt Präsident der Republik, mahnte darauf in seiner Botschaft vom 7. Dezember von solchen „unvorsichtigen Handlungen" ab und fügte erst in zweiter Linie hinzu: „Für diejenigen, welche glauben möchten, daß man durch Tötung eines Fremden keinen Mord begehe, muß ich hinzufügen, daß dies ein verabscheuenswerter Irrtum ist," worauf er wieder die Richter beschwor, „namentlich nicht zu vergessen, daß Tausende von Franzosen in demselben Augenblicke [wo man nach demselben handelte] schrecklichen Vergeltungsmaßregeln ausgesetzt sein würden."

Auf einen Bericht des Grafen Arnim, nunmehrigen Botschafters, nach welchem die deutsche Kaiserin Guizot um Rat gebeten hatte, wie der Haß der Franzosen zu mildern sei, und

in welchem die Tiefe und die weite Verbreitung dieses Hasses beklagt wurde, erwiederte der Kanzler am 2. Februar 1873 u. a.: „Wenn es richtig ist, daß Ihre Majestät die Kaiserin den Rat des Herrn Guizot erbeten hat, wie der Haß der Franzosen gegen uns zu mildern sei, so würde solchem Schritte ein für weibliche Empfindungsweise natürliches Gefühl zu Grunde liegen. Die Besänftigung des ungerechten Zornes unsrer Nachbarn liegt aber nicht in den Aufgaben Ew. Excellenz, so lange jedes Streben nach dieser Richtung hin ebenso erfolglos als mit unsrer nationalen Würde unverträglich sein würde. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn nochmals zu führen, sobald neue Überhebungen Frankreichs uns dazu nötigen werden. Oderint dum metuant. . . . Den Deutschen, welche nach dem Kriege nach Frankreich gegangen sind, um dort ihren Lebensunterhalt zu suchen, waren die Gefühle der Bevölkerung bekannt, sie mußten auf Verfolgungen und Demütigungen gefaßt sein und sich persönlich eine erhebliche Befähigung zutrauen, solche Erlebnisse für Geld zu ertragen. Sie würden, wenn sie auf achtungsvolle Behandlung in erster Linie Wert legten, besser gethan haben, ihre Talente und ihre Arbeitskraft nicht dem Feinde, sondern dem eignen Lande zur Verfügung zu stellen, wo beides jederzeit die gebührende Anerkennung und eine befriedigende Verwertung gefunden hätte. Wenn ich es auch bei jeder Gelegenheit als eine Pflicht der Regierung Sr. Majestät des Kaisers betrachte, deren Erfüllung ich mich niemals entziehe, den nachbarlichen Volksinteressen unsrer Landsleute vollen Schutz zu gewähren, so kann ich doch mit dem »Pariser deutschen Ursprungs,« der nur insoweit deutsch bleibt, als er Schutz und Unterstützung beansprucht,*) nicht sympathisiren."

*) Die Herren dieser Kategorie, welche am lautesten darnach schrien, waren fast durchweg Literaten oder Kommis orientalischer Extraktion.

Die französischen Ultramontanen zeigten in ihrer Presse sowie in bischöflichen Hirtenbriefen eine leidenschaftliche Teilnahme für die Bestrebungen ihrer Parteigenossen in Deutschland. Alle diese Kundgebungen überbot an Heftigkeit der Sprache der Hirtenbrief des Bischofs von Nancy, der, im Univers veröffentlicht, die Behauptung aufstellte, Deutschland habe sich mit Italien und der Schweiz zur Verfolgung der katholischen Kirche verschworen, und daraufhin sich in groben Schmähungen auf den Kaiser und die deutsche Regierung erging. Die französischen Gesetze genügten gegen solche Ausschreitungen, aber der betreffende Minister unterließ, sie anzuwenden. Bismarck dagegen konnte das nicht dulden, „die Verschmelzung der seiner Politik feindlichen konfessionellen und nationalen Elemente, die Konsolidirung der gouvernementalen Kräfte Frankreichs nach der klerikalen Seite hin" mußte nach Möglichkeit verhindert werden, und so wurde Graf Arnim durch Erlasse vom 3. und 11. Januar 1874 beauftragt, bei dem französischen Minister des Auswärtigen, dem Herzog von Decazes, Vorstellungen gegen diese Ungesetzlichkeiten zu machen und Abhilfe und Ahndung zu verlangen, die dann auch erfolgte. Um dieselbe Zeit erging eine Instruktionsdepesche an die Vertreter Deutschlands bei den großen Höfen, in der es hieß, zwar sei die deutsche Reichsregierung von dem Wunsche erfüllt, mit Frankreich in Frieden zu leben; wenn jedoch außer Zweifel gestellt würde, daß ein Zusammenstoß unvermeidlich sei, so würde sie es vor ihrem Gewissen und vor der Nation nicht verantworten können, den Zeitpunkt abzuwarten, der für Frankreich der passendste wäre. Der Antagonist Deutschlands sei jetzt das geistliche Rom. Sobald sich Frankreich mit diesem identifizire, werde es der geschworne Feind Deutschlands. Ein der kirchenstaatlichen Theokratie unterthäniges Frankreich (damals eine Wahrscheinlichkeit) sei mit

dem Weltfrieden unvereinbar. Trennung der französischen Regierung von der Sache des Ultramontanismus sei die sicherste Gewähr für die Ruhe Europas und für die friedliche, menschenwürdige Fortentwicklung des politischen Lebens der Völker diesseits und jenseits der Vogesen.

Noch in den Jahren 1876 und 1877 äußerte sich der Haß der Franzosen gegen die Deutschen in bedenklichem Maße, und so widerriet der Reichskanzler dringend die vom Präsidenten der französischen Republik Marschall Mac Mahon gewünschte und erbetene Beschickung der für 1878 in Aussicht genommenen Pariser Weltausstellung durch deutsche Industrielle, und dieser Rat wurde befolgt, obwohl die Kaiserin, das Bedürfnis empfindend, für den Frieden zu arbeiten, den Wunsch Mac Mahons mit Eifer befürwortete. Als die Einladung des letztern abgelehnt worden, schickte derselbe den Marquis d'Abzac, einen besonders liebenswürdigen Kavalier, nach Berlin, um einen letzten Versuch zu machen. Der Marquis blies die Friedensschalmei mit Virtuosität und entlockte ihr äußerst schmelzende Töne. Mit der Einladung, so ließ er sich ungefähr vernehmen, reiche Frankreich den Deutschen die Hand zur Versöhnung. Die Ausstellung sei gleichsam ein Friedenskongreß. Weshalb man die dargebotene Hand des zum Freund und getreuen Nachbarn gewordenen Gegners von ehedem rauh zurückstoßen wolle? ... Und so mit Grazie noch einiges, was zu schmeicheln und zu rühren geeignet war. Darauf abermalige Verwendung an höchster Stelle für das arglose, wohlwollende und so schön bittende Frankreich, wärmer und dringender als vorher. Es half aber wieder nichts, Bismarck blieb fest, der Kaiser pflichtete ihm bei, und Monsieur le Marquis erlangte schließlich nichts als einen der höchsten Orden. Gesetzt den Fall, es wäre anders gekommen, man hätte an entscheidender Stelle über bessere Einsicht in die Natur der Verhältnisse

hinweggesehen; und der Bote des Präsidenten der französischen Republik wäre mit einer Annahme der Einladung zu dem angeblichen Friedensfeste nach Paris zurückgekehrt, was wäre dann die wahrscheinliche Folge gewesen? Deutschland wäre auf der Ausstellung erschienen, und seine Aussteller wären dadurch in eine mindestens sehr unbehagliche Position geraten, sie wären — man hatte ja aus den letzten Jahren Proben genug vor Augen, wessen der nach Revanche dürstende Chauvinismus auch auf harmlosem Gebiete fähig war — Gefahren aller Art ausgesetzt gewesen, kurz, es waren Vorfälle möglich und mehr als möglich, welche wenigstens Erbitterung, vielleicht einen Notenkrieg, denkbarerweise noch schlimmeres zur Folge gehabt hätten.

Die Meinung des Kanzlers über die französischen Parteien und die Regierungsform in Frankreich, welche den deutschen Interessen am förderlichsten sei, ist am deutlichsten aus seinen im Jahre 1872 an den Grafen Arnim ergangenen Erlassen zu ersehen. Es war die Zeit wo die monarchischen Parteien in Frankreich den Sturz des Präsidenten Thiers und die Rückkehr eines der drei Prätendenten auf den Thron des Landes vorbereiteten, und der Graf von Chambord nahe daran war, die 1830 seinem Hause verloren gegangene Krone wieder zu erlangen, und wo andrerseits, im Lager der Republikaner, Gambettas Einfluß sich wieder geltend zu machen begann.

Am 6. Mai 1872 erstattete Arnim dem Kanzler einen Bericht über die Lage in Frankreich, in welchem er behauptete, „daß nach einer weitverbreiteten Überzeugung das allgemeine Stimmrecht nur zwei Resultate haben könne, nämlich entweder Gambetta oder Napoleon. Was den ersten anbetrifft,“ fuhr er fort, „so ist unverkennbar, daß er in den Provinzen, namentlich im Süden, täglich neue Fortschritte macht. Der Sozialismus und die rote Demokratie gewinnen namentlich unter der Land-

bevölkerung immer mehr Boden, und es ist dahin gekommen, daß die Bauern radikaler sind als die Pariser. Allenthalben, wo eine Manifestation der öffentlichen Meinung stattfindet, ist sie Gambetta oder der roten Republik günstig. Selbst in der Armee verhält es sich nach dem Urteile des Marschalls Bazaine ähnlich. . . . Ein Gegengewicht gegen die überwuchernde Gewalt der Demokratie — welche übrigens in Gambetta nur vorläufig einen Ausdruck finden würde — ist augenblicklich noch in dem Einflusse des Napoleonischen Namens zu finden. . . . Meine schon anderweitig ausgesprochene Ansicht ist, daß wir die von den Bonapartisten mit uns gesuchten Verbindungen nicht von der Hand weisen. Umso weniger, als sie einerseits durchaus keine Intriguen gegen die jetzige Regierung im Sinne haben, andrerseits unter allen Parteien die einzigen sind, welche offen unsre Unterstützung nachsuchen und die Versöhnung mit Deutschland in ihr Programm aufnehmen, während alle andern Fraktionen und Schattirungen jeden Verkehr mit uns auf das sorgfältigste vermeiden und den Rachekrieg gegen Deutschland auf ihre Fahne schreiben. Ich erkenne in der Kandidatur des Duc d'Aumale eine ebenso große Gefahr wie in derjenigen Gambettas, und die sogenannte anständige Republik, welche durch Casimir Périer oder Grévy repräsentirt werden würde, kann nur ein Übergang zu Gambetta sein. Ist doch selbst das System Thiers im jetzigen Augenblick unmöglich durch seine immer intimer werdenden Beziehungen zu Gambetta. Darum scheint mir als die wünschenswerteste Entwicklung der politischen Lage eine solche, welche uns einerseits Zeit läßt, mit der jetzigen Regierung ein Abkommen über die baldige Zahlung und Sicherung der drei Milliarden zu treffen, andrerseits aber den unvermeidlichen Regierungswechsel so beschleunigt, daß die Anwesenheit unsrer Truppen im Lande uns noch Gelegenheit giebt, auf

die Krisis einen bestimmenden Einfluß zu üben." Bismarck erwiederte auf diese Auseinandersetzung am 12. Mai: „Die darin niedergelegten Wahrnehmungen bestätigen nur, was mir auch von andrer Seite durch Privatnachrichten zukommt, daß die orleanistischen Prinzen, namentlich durch ihr Verhalten in Geldangelegenheiten, ihren Boden in Frankreich mehr und mehr verlieren, und ich stimme auch mit Ew. Excellenz darin überein, daß Deutschland keine Veranlassung hat, ihr Gelangen zur Regierung zu wünschen, daß vielmehr unter den verschiedenen Parteien, welche um die Herrschaft streiten, das bonapartische Kaisertum wahrscheinlich diejenige ist, von welcher sich noch am ersten ein leidliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich hoffen läßt. Unsre Aufgabe bleibt aber natürlich immer, die jetzige Regierung zu stützen, so lange dieselbe für uns die Repräsentation des Willens ist, den Frieden loyal auszuführen. Was nach ihr kommt, wird sich in dieser selben Richtung von neuem uns gegenüber legitimiren müssen; wir haben keinen Anlaß, dabei der bonapartistischen Partei die Exklusive zu geben, und haben daher auch keinen Grund, irgend etwas zu thun, was sie schwächen, was ihr in den Augen der Nation schaden oder ihre Stellung erschweren könnte. Eine aus unsrer Zurückhaltung herausgehende Parteinahme und Begünstigung derselben würde aber sicher diese Folge haben."

Im November machte der General von Manteuffel dem Fürsten Bismarck von Nancy aus die vertrauliche Mitteilung, daß der Graf St. Vallier ihm erzählt, Arnim habe sich vor kurzem gegen ihn dahin ausgesprochen, er betrachtete die gegenwärtige französische Regierung als unhaltbar, auf Thiers werde Gambetta, auf diesen die Kommune und auf die wieder ein militärisches Regiment folgen, wofern Frankreich nicht rechtzeitig sich zur Wiedereinführung der Monarchie entschließe; in Ver-

bindung mit der letzteren habe der Botschafter auf den Grafen von Paris und den Sohn Napoleons hingewiesen. Der Kanzler ersuchte Arnim, sich zu äußern, wie sich die Sache nach seiner Erinnerung verhalte, und emfing von ihm die Antwort, die Mitteilung Manteuffels beruhe auf Mißverständnissen; doch ging aus dem betreffenden Schreiben wie aus andern seiner Äußerungen hervor, daß er die Republik in Frankreich für gefährlich ansah, von ihr Ansteckung befürchtete und der Meinung war, Thiers selbst betrachte sie als Mittel der Revanche, und daß er glaubte, die Zahlung der Gelder, die Frankreich Deutschland noch schulde, werde unter jeder Regierung erfolgen. Darauf wurde ihm unterm 23. November vom Vertreter des Reichskanzlers von Balan zunächst erwiedert: „Fürst Bismarck ist durchaus nicht der Ansicht, daß keine französische Regierung daran denken würde, die pekuniären Verpflichtungen gegen Deutschland nicht zu erfüllen. . . . Im Gegenteil erfordert nach der Meinung Sr. Durchlaucht unser Interesse, zuerst die Zahlung der Kriegsentschädigung und die Vollziehung des Friedensvertrages abzuwickeln, daß wir die Entwicklung der innern französischen Angelegenheiten nach wie vor sich selbst überlassen, wenigstens uns denselben nicht mit vorgefaßten Deduktionen und Plänen gegenüberstellen. Unter Umständen können wir allerdings die Elemente begünstigen, deren Thätigkeit unserm Interesse zusagt; dazu müssen wir aber abwarten, daß sie auf der Bühne erscheinen, nicht aber sie konspiratorisch benutzen wollen. Ein monarchisch konstituirtes Frankreich würde größere Gefahren für uns haben als die sind, welche Ew. Excellenz in dem ansteckenden Einflusse der republikanischen Institutionen sehen. Das Schauspiel, welches diese darbieten, erscheint eher geeignet, abschreckend zu wirken. . . . Mit den Legitimisten könnten wir überdies unter keinen Umständen gehen, da sie immer päpstlich

gesinnt sein werden. . . . Die Ansicht, daß jede andre Regierungsform Frankreichs als die republikanische für uns unannehmbar wäre, würde zu weit gehen. . . . Andrerseits aber würden wir, wenn wir für irgend eine andre Regierung daselbst Partei nähmen, auch die gegen dieselbe gerichteten Feindschaften erben; wir würden Frankreich dadurch erst bündnisfähig machen, was es jetzt nicht ist."

Am 20. Dezember widerlegte wieder ein Erlaß des Kanzlers selbst die Ansichten des Botschafters in Bezug auf die Frankreich gegenüber zu befolgende Politik, und da die in dieser Refutation ausgesprochenen Gedanken den Fürsten auch in der Folge und bis heute geleitet und sich durchweg als richtig bewährt haben, so scheinen ausführliche Auszüge aus ihr geboten. Es hieß da: „Die Lage der Dinge in Frankreich ist ohne Zweifel eine solche, daß es für jeden, auch den gewiegtesten Diplomaten eine schwierige, vielleicht eine unmögliche Aufgabe ist, sich ein sicheres Urteil über den Zustand des Landes, über das Gewicht der einzelnen politischen Parteien und namentlich über die Wahrscheinlichkeiten der nächsten Zukunft zu bilden. Diese Schwierigkeit wird erhöht durch die unberechenbare Leidenschaftlichkeit, welche dem französischen Charakter eigentümlich ist, und von welcher auch die gereifteren französischen Staatsmänner weniger frei sind als die Mehrzahl der deutschen und englischen. Ebenso groß wie die Schwierigkeit der Beurteilung ist aber zugleich die Wichtigkeit, welche es für die deutsche Reichsregierung hat, nicht zu einer unrichtigen Beurteilung der Sachlage in Frankreich und ihrer Konsequenzen zu gelangen, nicht falsche Prämissen als richtige und als sichere Basen der eignen Politik anzunehmen. In einer solchen Situation ist es meines Erachtens für den amtlichen Vertreter des deutschen Reiches die Aufgabe, die Eindrücke, welche er empfängt, bevor er sie meldet, einer sehr sorg-

fältigen Prüfung und Sichtung zu unterwerfen. Denn bei der verhängnisvollen Bedeutung, welche jede Entschließung Sr. Majestät in der auswärtigen Politik für die Zukunft des deutschen Reiches und Europas haben kann, wäre es eine große Gefahr für beide, wenn wesentliche Voraussetzungen der Allerhöchsten Entschließungen sich als irrtümlich ergäben, obschon sie von der kaiserlichen Botschaft als zweifellos angesehen und gemeldet waren. . . . Die Erkenntnis dieser Gefahr legt mir die Verpflichtung auf, Ew. Excellenz zu sagen, daß ich die von Ihnen mit Zuversicht ausgesprochene Überzeugung, als wären unsre rückständigen Forderungen unter jeder Regierung Frankreichs unbedingt gesichert, für eine irrtümliche und jede Versicherung, die Ew. Excellenz darüber geben, für eine sehr gewagte halte. . . . Ich halte für wahrscheinlich, daß die Zahlungen erfolgen, wenn Thiers am Ruder bleibt, oder doch die gouvernementalen Verhältnisse in einer regelmäßigen legalen Entwicklung bleiben; ich befürchte dagegen, daß wir zur Befriedigung unsrer Forderung von neuem das Schwert würden ziehen müssen, wenn durch gewaltsame Umwälzung eine Republik mit einer andern Gattung von Führern ans Ruder käme. Schon wegen dieser Möglichkeit liegt es in unserm Interesse, das jetzige Gouvernement mindestens unsrerseits nicht zu schwächen oder zu seinem Sturze beizutragen. Anders, aber auch nicht in einer für uns erwünschten Weise, würde sich, wie ich besorge, die Sache entwickeln, wenn vor der Zahlung und der Räumung einer der monarchischen Prätendenten sich der Gewalt bemächtigte. Wir würden dann in freundlicher Weise gebeten werden, das Gedeihen des jungen monarchischen Keimes dadurch zu fördern, daß wir der Monarchie in Bezug auf Zahlung und Räumung Konzessionen machten, die wir der Republik versagt hätten. Wir könnten das allerdings abschlagen, aber ich fürchte, daß dies nicht thun-

lich sein würde, ohne daß andre Kabinette und namentlich uns nahe befreundete [der Kanzler mochte hier an Petersburg und Gortschakoff denken] auch ihrerseits eine Berücksichtigung des monarchischen Elements in Frankreich uns mehr oder minder dringend empfehlen würden. Wenn man auch in London, Petersburg und Wien zu klug ist, um zu glauben, daß ein monarchisches Frankreich uns weniger gefährlich sei als die gelegentliche Herrschaft der republikanischen Fraktionen in Frankreich, so ist doch die Behauptung, eine solche Ansicht zu haben, ein zu brauchbarer Deckmantel zur Erstrebung andrer Zwecke, als daß man nicht die Verstimmung über unsre Stellung und wegen der allerdings für alle außer für uns unbequemen Übertragung der Milliarden aus Frankreich nach Deutschland unter dieser Maske zur Geltung bringen sollte. Es würde auf diese Weise sich eine für uns recht unbequeme europäische Gruppirung in kurzer Zeit herausbilden können, welche einen zunächst freundschaftlichen Druck auf uns üben würde, um uns zum Verzicht auf einen Teil der errungenen Vorteile zu bestimmen. Analoge Erscheinungen werden ohnehin vielleicht später nicht ausbleiben; aber unsre Aufgabe ist es gewiß nicht, Frankreich durch Konsolidirung seiner innern Verhältnisse und durch Herstellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnisfähig für unsre bisherigen Freunde zu machen.*) Frankreichs Feindschaft zwingt

*) Diese Wahrscheinlichkeit schwebte dem Minister schon während des Krieges mit Frankreich vor. Am 23. August 1870 schrieb ich in seinem Auftrage für die deutsche Presse folgenden Artikel: „Es ist jetzt vollkommen sicher, daß die Prinzen der Familie Orleans in der Erwartung, den Stern der Napoleoniden noch mehr erbleichen und noch tiefer sinken zu sehen, ihre Zeit für gekommen halten. Unter Betonung des Umstandes, daß sie Franzosen sind, haben sie Frankreich in der jetzigen Krisis ihren Degen zur Verfügung gestellt. Durch ihre Schlaffheit zum großen Teil, durch ihr gleichgiltiges Geschehenlassen in Sachen der Entwicklung ihrer Nachbarn hat die Familie Orleans ihren Thron verloren. Durch Energie scheint sie sich ihn wieder erobern zu wollen, und durch Eingehen auf die chau-

uns, zu wünschen, daß es schwach sei, und wir handeln sehr uneigennützig, wenn wir uns der Herstellung konsolidirter monarchischer Institutionen, so lange der Frankfurter Friede nicht vollständig ausgeführt ist, nicht mit Entschlossenheit und Gewalt widersetzen. ... Ew. Excellenz glauben und haben dies auch mündlich dem Kaiser ausgesprochen, daß die einstweilige Fortdauer republikanischer Institutionen in Frankreich den monarchischen Institutionen in Deutschland gefährlich sei. Ich vermute, daß Ew. Excellenz auf diese Befürchtung nicht gekommen sein würden, wenn nicht ausländische Verhältnisse in den letzten Jahren notwendig Ihre Aufmerksamkeit vorwiegend in Anspruch genommen hätten, und wenn ein längerer Aufenthalt in Deutschland und im Zentrum der deutschen Geschäfte Sie in die Lage gesetzt hätte, sich ein sachkundiges Urteil zu bilden. Ew. Excellenz führen in Ihrem jüngsten Berichte an, daß Verbindungen der französischen Demokratie mit Süddeutschland stattfänden. Diese Wahrnehmung kann für Ew. Excellenz so wenig eine neue sein wie für uns hier; seit vierzig Jahren enthalten die Archive aller innern und auswärtigen Behörden, namentlich, wie ich annehmen darf, das Ew. Excellenz zur Hand befindliche der Pariser Botschaft, voluminöse und bedauerliche Auf-

vinistischen Gelüste, auf das Gloirebedürfnis und auf die Weltbevormundungslust der Franzosen würde sie sich auf ihm zu erhalten suchen. Wir sind mit unserm Werke noch nicht zu Ende. Ein entscheidender Sieg ist wahrscheinlich, aber noch nicht sicher; der Fall Napoleons scheint nahe gerückt, ist aber noch nicht erfolgt. Dürften wir uns, wenn er wirklich erfolgte, Angesichts des soeben Bemerkten mit einem solchen Ergebnis unsrer ungeheuren Anstrengungen zufrieden geben, dürften wir glauben, damit erreicht zu haben, was unser höchstes Ziel sein muß, einen auf lange Jahre gesicherten Frieden? Ein Friede mit den auf Frankreichs Thron zurückgekehrten Orleans wäre ohne Zweifel noch mehr ein bloßer Scheinfriede als ein solcher mit Napoleon, der doch schon genug Gloire eingeheimst hatte. Über kurz oder lang wären wir wieder von Frankreich herausgefordert, und dann wäre dieses vermutlich besser gerüstet und mächtiger Allianzen sicher."

schlüsse darüber. Die Verbindungen der französischen Demokratie bestehen seit der Julirevolution und länger nicht nur mit Süddeutschland, sondern sehr viel lebhafter und entwickelter mit der Schweiz und Belgien, mit England und Italien, Spanien, Dänemark und Ungarn und namentlich Polen. Die Intensität derselben hat im ganzen ziemlich genau Schritt gehalten mit dem Ansehen Frankreichs in Europa; denn keine monarchische Regierung in Frankreich verschmäht es, auch wenn sie mit dem größten Nachdrucke die französische Demokratie verfolgt, diesen Hebel den übrigen Staaten und namentlich Deutschland gegenüber wirksam zu erhalten. Es wird sich hierin eben immer dasselbe Spiel wiederholen, wie bei der Unterdrückung der Protestanten in Frankreich und ihrer Unterstützung in Deutschland und wie in der türkenfreundlichen Politik des allerchristlichsten Königs Ludwig XIV. Ich bin überzeugt, daß kein Franzose jemals auf den Gedanken kommen würde, uns wieder zu den Wohlthaten einer Monarchie zu verhelfen, wenn Gott über uns das Elend einer republikanischen Anarchie verhängt hätte. Die Bethätigung derartiger wohlwollender Teilnahme für die Geschicke feindlicher Nachbarländer ist eine wesentlich deutsche Eigentümlichkeit. Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers hat aber umso weniger Anlaß, dieser unpraktischen Neigung Rechnung zu tragen, als es keinem aufmerksamen Beobachter hat entgehen können, wie stark und massenhaft in Deutschland die Bekehrung gewesen ist und noch ist von roten zu gemäßigt liberalen, von gemäßigt liberalen zu konservativen Gesinnungen, von doktrinärer Opposition zu dem Gefühle des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben, seit dem experimentum in corpore vili, welches mit der Kommune vor den Augen Europas gemacht wurde. Wenn Frankreich noch einen Akt des unterbrochenen Dramas der Kommune vor Europa aufführte, ...

so würde es nur umso stärker zur Klarmachung der Wohlthaten monarchischer Verfassung und zur Anhänglichkeit an monarchische Institutionen beitragen. Unser Bedürfnis ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen finde. So lange es solche nicht hat, ist es uns nicht gefährlich, und so lange die großen Monarchien Europas zusammenhalten, ist ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen wird eine französische Republik sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden. Diese meine Überzeugung macht es mir unmöglich, Sr. Majestät dem Könige zu einer Aufmunterung der monarchischen Rechten in Frankreich zu raten, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elements involviren würde."

Die ganze Politik des Reichskanzlers Frankreich gegenüber ist seitdem eine Politik vorsichtigen Wohlwollens gewesen. Die letzten charakteristischen Äußerungen seiner Ansichten und Absichten in Betreff unsrer Nachbarn im Westen waren sein Verhalten zur tunesischen Frage und die Erklärung, welche die Norddeutsche Allgemeine Zeitung abgab, als in der Presse und den Parlamenten vom Beitritt Italiens zum deutsch-österreichischen Bündnisse die Rede war.

Als der Sultan durch eine Konvention vom 4. Juni 1878 den Engländern die Besetzung und Verwaltung Cyperns überließ, erregte dies bei den Mittelmeermächten Frankreich und Italien Mißstimmung, welcher die Vertreter derselben auf dem Berliner Kongreß Ausdruck gaben. Darauf bemerkte Lord Salisbury dem französischen Bevollmächtigten Waddington: „Machen Sie mit Tunis, was Ihnen beliebt; England wird nicht dawider sein." Der deutsche Reichskanzler aber verhielt sich zu der Sache, wenn Oppert, der bekannte Timeskorrespon-

dent, die Wahrheit erzählt hat, ebenfalls günstig. Oppert berichtete damals: „Er selbst [Bismarck] sagte zu mir: »Als ich Lord Beaconsfield zuerst sah, äußerte ich gegen ihn, Sie sollten sich mit Rußland verständigen statt es anzufeinden, überlassen Sie ihm Konstantinopel, und nehmen Sie als Ersatz Ägypten. Frankreich wird nicht sonderlich böse sein; man kann ihm Tunis oder Syrien geben.« Ich hielt diese Worte für Scherz, indes hatte der Fürst früher in gleicher Weise zu Lord Salisbury und Waddington gesprochen. Salisbury gab keine Antwort, wie Bismarck damals das Geschäft mit Cypern noch nicht kannte, wogegen Waddington das entgegnete, was er später öffentlich wiederholte, daß nämlich Frankreich keine Absichten auf Tunis habe, aber auch keiner andern Macht gestatten könne, sich dort festzusetzen und dadurch die algerischen Besitzungen zu gefährden." Später, im April 1881, hatte man in Paris diese Enthaltsamkeit, falls sie überhaupt bestanden, aufgegeben, und es wurde ein Heer nach Tunis gesandt, das Land besetzt und dem Bey ein Vertrag aufgezwungen, der Frankreich das Protektorat über dasselbe übertrug. Gewiß scheint, daß der Reichskanzler über die Unternehmung von Paris her um seine Meinung befragt worden ist und ermunternd geantwortet hat. Aber die Beweggründe, welche ihm damals in der Presse zugeschrieben wurden, waren schwerlich wohlbegründete Hypothesen. Man meinte, er rechne darauf, daß Frankreich bei seiner aggressiven Stimmung mit einigem Geschick sich in Streit mit einer europäischen Macht oder mehreren verwickeln lassen werde, er rate der italienischen Regierung, die Sache des bedrängten Bey energisch zu vertreten, und hoffe, wenn dies recht kühn und ausdauernd betrieben werde, das Einvernehmen, das jetzt noch offiziell zwischen Deutschlands ältestem Feinde und seinem jüngsten Freunde herrsche, ein Ende nehmen zu sehen. Behandle Frank-

reich den Einspruch des römischen Kabinets mit Geringschätzung, und gebe es Italien dadurch Anlaß zum Bruche mit ihm, so werde Deutschland bei einem Kampfe zwischen beiden Mächten hinter Italien oder sofort an seiner Seite stehen.

Haben wir Grund, an diesen Zeitungsvermutungen zu zweifeln, so erscheint die aus andrer Quelle stammende Nachricht, nach welcher der Kanzler sich folgendermaßen geäußert hätte, großenteils glaubwürdiger. „Es ist lächerlich, wenn man in der Haltung Deutschlands gegenüber der tunesischen Frage geheime Beweggründe und Hintergedanken entdecken will. Ich wundre mich aber darüber nicht; gerade deswegen, weil die Politik Deutschlands in dieser Angelegenheit so offenkundig durch die Natur der Dinge geboten ist, suchen die, welche politische Enten ausbrüten und mit nationalen Idiosynkrasien Handel treiben, eifrig nach argen Hintergedanken. Die sogenannte tunesische Frage ist bis jetzt eine rein französische Angelegenheit, die eigentlich nur vom Standpunkte der innern Politik Frankreichs wichtig ist, als Probirmamsell für die Wirkungen der zivilen und militärischen Reorganisation Frankreichs. Nichts ist natürlicher, als daß dieses in Tunis alles das thut, was vom militärischen und politischen Standpunkte seine Interessen verlangen. Alle dortigen Erfolge der französischen Politik müssen aber auch für die Interessen des übrigen Europa vorteilhaft sein, welche bei der in solchen staatlichen Mißbildungen herrschenden Unordnung fortwährend verletzt werden. Auch für Deutschland sind Erfolge der Regierung der französischen Republik auf diesem und ähnlichen Gebieten in dem Maße ein Vorteil, als sie dazu beitragen, Frankreich zufrieden zu machen. Die Aufrechterhaltung des Friedens wird nie besser gewährleistet werden als durch Befriedigtsein derjenigen, welche unsre Gegner waren aus Gründen, die der Vergangenheit

angehören und mit der Gegenwart nichts zu schaffen haben. Jede frühere Gegnerschaft wird zuletzt doch einmal wieder eine politische Ziffer, die sich mit Genauigkeit berechnen und in einem friedlichen Kalkül hineinfügen läßt. Eine derartige Rechnung ist immer vorteilhafter als die Kalkulation mit einem unzuverlässigen Faktor, der weder Freund noch Feind zu sein versteht."

Wer mit diesem Faktor allein gemeint sein konnte, wenn diese Äußerungen echt waren, liegt auf der Hand. Einige andre Gedanken wurden vermutlich verschwiegen. England konnte ein Tunis, das in französischem Besitz war, so wenig angenehm sein wie die ganze neue Kolonialpolitik Frankreichs, deren erste Aktion die Erwerbung jenes Stückes der Mittelmeerküste war, und die später in Madagaskar, Tonkin und am Kongo die englische Eifersucht weiter aufregte. Abgesehen hiervon werden der Standpunkt des deutschen Kanzlers in dieser Frage und dessen Äußerungen im diplomatischen Verkehre mit dem Pariser Kabinet sich etwa in folgenden Sätzen spiegeln. Nur die französischen Staatsmänner sind in dieser Frage kompetent, und sie haben hier von Deutschland weder Mißgunst noch Einspruch zu befürchten. Kein deutsches Interesse gebietet irgendwelche Einmischung, wenn Frankreich in Nordafrika seinen Vorteil wahrnimmt. Wir werden uns im Gegenteil doppelt darüber freuen, in erster Linie, weil dort und etwa anderswo über See erreichte Befriedigung die Unzufriedenheit über näher gelegene Verluste mildern kann, dann, weil dadurch ein Land, das einst in hoher Blüte stand, darauf in die Hände von Barbaren fiel und verkam, durch ein Kulturvolk der Gesittung zurückgegeben und in den Stand gesetzt wird, wieder aufzublühen und zum allgemeinen Besten beizutragen.

Wie dem allen auch sei, das Verhalten der deutschen Po-

litik zu der tunesischen Angelegenheit war und blieb ein für Frankreich günstiges. Als das römische Kabinet den Wunsch kundgab, den Vertrag der Franzosen mit dem Bey Mohammed Es Sadok einem europäischen Kongresse zur Gutheißung vorgelegt zu sehen, erklärte Bismarck, daß er Frankreich in dieser Sache nicht die geringsten Schwierigkeiten machen werde, und da Österreich-Ungarn sich ebenso äußerte, unterblieben fernere Versuche, die Franzosen in ihrem neuen Besitze zu stören. Der französische Minister des Auswärtigen, Barthelemy St. Hilaire, erkannte die wohlwollende Gesinnung, welche Bismarck dabei an den Tag gelegt hatte, in einem Privatbriefe vom 12. Mai ausdrücklich mit den Worten an: „Wir können das Verhalten Deutschlands in dieser wichtigen Frage nur rühmen, und bereitwillig gebe ich der Dankbarkeit Ausdruck, die wir der deutschen Regierung schuldig sind."

Von ähnlichen Gesichtspunkten wie in der tunesischen Frage aus handelte Bismarck, als die ägyptische auftauchte und sich entwickelte, und wenn die französischen Politiker hier durch Teilnahme an der Niederwerfung Arabis ihre Interessen wahrzunehmen versäumten, so war ihnen dazu deutscherseits keinerlei Anlaß gegeben worden, ihr Argwohn also grundlos und ungerechtfertigt. Daß es darüber zu weiterer Abkühlung der Beziehungen zwischen Frankreich und England kam, war ein Gang der Dinge, an dem nicht Deutschland, sondern irrige Beurteilung der Absichten Deutschlands schuld war.

Wenn Stimmen der italienischen Presse während des Streites um Tunis empfindlich gethan hatten, weil Deutschland sich nicht unverweilt auf die Seite Italiens gestellt hatte, so war billig mit der Frage zu antworten gewesen: War denn Italiens Verhalten nach 1866 immer von der Art, daß Deutschland dadurch die Verpflichtung auferlegt worden wäre, für jeden

Punkt der italienischen Interessensphäre, soweit die italienische Phantasie diese Sphäre ausdehnt, bei Berührung desselben durch eine Nachbarmacht ohne Verzug mobil zu machen, wenn auch nur diplomatisch? War das Verhältnis Italiens zu unserm Verbündeten an der Donau ein gutes, trug man sich nicht vielmehr mit argen Absichten auf Gebietserweiterungen auf dessen Kosten, die ihm bei passender Gelegenheit aus der Seite geschnitten werden sollten?

Im Laufe der nächsten Jahre begriff man in Rom sein Interesse besser, und so wurde allmählich eine Verständigung möglich. Im April 1883 hielt der italienische Minister des Auswärtigen, Mancini, in der Deputirtenkammer eine Rede über die Stellung Italiens zu seinen Nachbarn, und dieser ließ das Reutersche Büreau unverzüglich ein Telegramm folgen, welches die sensationelle Nachricht enthielt, es bestehe zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien ein förmliches Schutz- und Trutzbündnis, das seine Spitze gegen Frankreich richte.

Mancini hatte in der Deputirtenkammer eigentlich nur mit andern Worten gewisse Äußerungen einer Rede wiederholt, die der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, in der Delegation zu Pest gehalten hatte. Derselbe hatte hier am 31. Oktober 1882 gesagt: „Des Königs [Humbert] Besuch [in Wien] wurde durch zwei Beweggründe veranlaßt. Es sollte erstens der freundschaftlichen Gesinnung des königlichen Paares gegen unser kaiserliches Haus Ausdruck gegeben werden, und es sollte die Welt zweitens wissen, daß Italien sich der friedlichen und konservativen Politik des österreichisch-ungarischen Kabinets anzuschließen wünsche.“ Etwas später, am 9. November, hatte Kalnoky dem hinzugefügt: „Die auswärtigen Beziehungen der Monarchie sind höchst befriedigend. Das

innige Verhältnis zwischen den beiden Kaisermächten bildet eine von den andern Mächten anerkannte Bürgschaft für den Frieden. Auch der Kaiser von Rußland giebt trotz mancher Vorfälle sein Verlangen nach Frieden kund. Italien hat im letztverflossenen Jahre den Wunsch ausgesprochen, sich unsrer Politik anzuschließen. Unsre freundschaftlichen Beziehungen zu England sind durch Ereignisse im Osten gestärkt worden. Soweit menschliche Voraussicht die Zukunft erraten kann, ist der Friede gesichert."

Etwas deutlicher hatte sich Mancini im italienischen Senat ausgesprochen. Er stand hier außer Freunden seiner Politik auch Gegnern derselben, Anhängern Frankreichs, wie dem Senator Alfieri, gegenüber. Seine Äußerungen wurden von dem Berichterstatter Carraciolo vorbereitet, der den Wunsch aussprach, daß die jetzt zwischen Italien und Frankreich obwaltenden Meinungsverschiedenheiten beseitigt werden möchten, wobei er in Bezug auf Tunis auf die Möglichkeit einer Verständigung über die Kapitulationen hinwies und unter Betonung des Umstandes, daß die Regierung von keinerlei feindseligen Gesinnungen gegen Frankreich beseelt sei, die Erwartung ausdrückte, die guten Beziehungen Italiens zu Deutschland und Österreich-Ungarn würden viel zum Erfolge einer konservativen und friedlichen Politik beitragen. Mancini dankte ihm für die Anerkennung seiner Bemühungen um Hebung des Ansehens Italiens beim Auslande und insbesondre für die Billigung seines Bestrebens, die Beziehungen des italienischen Staates zu den beiden verbündeten Mächten Mitteleuropas besser und intimer zu gestalten. Der Erfolg dieses Bestrebens habe sich bereits in dem Einverständnisse der drei Regierungen über wichtige Fragen sowie in dem Wachsen des Einflusses Italiens im europäischen Areopage kundgegeben. Weitere Erklärungen über dieses Thema, so fuhr er fort, müsse er ablehnen, da Vorsicht geboten sei. Das

Land sei nicht mehr isolirt, es arbeite in Übereinstimmung mit den andern Mächten auf die Ruhe Europas und das friedliche Fortschreiten der Zivilisation hin, wobei es seine eigne Unabhängigkeit und Würde wahre. Das Einvernehmen mit jenen Mächten werde den großen Vorteil haben, daß es jede aggressive Politik verhindere. Den Namen und die Form dieses Einvernehmens anzugeben, sei nutzlos. Carraciolo habe recht, wenn er sage, daß Italien bei seiner Annäherung an die mitteleuropäischen Mächte niemals einen feindseligen Gedanken gegen Frankreich gehegt habe. Das einmütige Bestreben der Mitglieder des Kabinets sei auf Beseitigung jedes Anlasses zu Mißverständnissen mit Frankreich und darauf gerichtet, die Beziehungen zu letzterm immer besser zu gestalten. Die aufrichtigen Gefühle des Wohlwollens gegen dasselbe seien aber nicht unvereinbar mit einem wachsamen Schutze der Interessen Italiens. Derselbe wolle verhindern, daß vollendete Thatsachen [die Annexion von Tunis] noch größere Mißverhältnisse hervorriefen, und man werde nicht gleichgiltig bleiben können, wenn eine Nation am Mittelmeer eine auf Eroberungen ausgehende Kolonialpolitik treiben sollte.

Das Reutersche Telegramm, das nach diesen Erklärungen nicht wohl von einer Tripelallianz mit aggressiven Zwecken sprechen konnte, erregte in der europäischen Presse eine geräuschvolle und hitzige Diskussion, bei der zunächst einige Stimmen interessirten, welche sich aus Österreich und England vernehmen ließen und für offiziös galten, und in deren Äußerungen zunächst die Meinung vertreten wurde, wenn an der Sache etwas wahres wäre, so würde man in Wien den Wünschen des deutschen Reichskanzlers ein Opfer gebracht haben. Andre bezweifelten die Existenz eines solchen Bündnisses und verbanden damit Klagen über die bisherige Haltung Italiens. So der Standard, dessen

Wiener Korrespondent sich notorisch einen Teil seiner politischen Gedanken aus dem literarischen Büreau des k. k. auswärtigen Amtes holte und infolge dessen ein „wohlunterrichteter" Korrespondent war. Das genannte Blatt war überzeugt, daß Europa nicht zu befürchten habe, Deutschland und Österreich-Ungarn würden den Versuch machen, Italien zu einer feindseligen Politik gegen die Franzosen zu veranlassen. Es meinte ferner, jene beiden Mächte hätten kein Bedürfnis nach Beistand von seiten einer dritten, und der deutsche Kanzler sei ein zu kluger Politiker, um auf Bildung von Koalitionen gegen Frankreich bedacht zu sein, so lange dieses sich friedlich verhalte. Auch die deutsche und die österreichische Politik sei bisher friedlicher Natur gewesen und habe sich deshalb des Wohlwollens aller Welt erfreut. Nicht dasselbe lasse sich von Italien behaupten, welches vielmehr geraume Zeit ein unruhiges Wesen an den Tag gelegt habe. Jetzt indes scheine es andern Sinnes geworden, es nähere sich Deutschland und Österreich und gebe dadurch Bürgschaft, daß es in eine friedfertige und konservative Politik einlenken werde. Zuletzt sprach der betreffende Artikel die Ansicht aus, daß die in Paris am Ruder stehenden Staatsmänner alles Urteil über auswärtige Angelegenheiten eingebüßt haben müßten, falls sie Österreich und Italien zu einer Haltung Anlaß geben wollten, welche die französische Republik bedrohe.

In diesem Raisonnement lag viel wahres, aber der Kernpunkt der Frage, ob die von Reuters Telegraphendraht angekündigte Tripelallianz bestehe, wurde darin nur gestreift und dabei mehr geleugnet als bejaht. Deutlicher sprach sich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung in einem augenscheinlich aus hochliegender Quelle geflossenen Artikel aus. Sie erklärte, daß weder Deutschland noch Österreich-Ungarn noch Italien Neigung haben könne, Bündnisse zu feindseligen Zwecken gegen irgend

eine Macht abzuschließen, da nach allen begründeten Vermutungen die Politik jener drei Staaten nur die Erhaltung des Friedens im Auge habe. Am wenigsten sei die Meinung berechtigt, daß einer von den dreien das Bedürfnis fühle, für sich allein oder im Verein mit andern eine Frankreich feindliche Richtung zu verfolgen. Diese Ansicht hätte lediglich den Wert einer Hypothese, abgeleitet aus den offen zu Tage liegenden Interessen jedes einzelnen dieser Staaten, die auf Wahrung des europäischen Friedens hinwiesen, und denen zufolge es möglich, ja vielleicht wahrscheinlich sei, daß sie sich gegen einen willkürlichen Friedensbruch, komme er von der oder jener Seite, gemeinsam zur Wehre setzen würden. Sehe man von diesem Bindemittel ab, so liege für keine der drei Mächte Anlaß vor, gegen Frankreich üble Absichten zu hegen, und ebensowenig sei für eine derselben Grund vorhanden, zu argwöhnen, daß ihr Friede durch Frankreich bedroht sei. „Wenn — so fuhr der Artikel fort, und darin lag zum größten Teil seine Bedeutung — Gerüchte auftauchen, die zu der Annahme neigen, die gemeinsame Absicht der drei Mächte, den Frieden zu wahren, sei mit irgend einem Hintergedanken an Frankreich verbunden, so kann da nur die Besorgnis obwalten, daß infolge eines etwaigen Wechsels der Regierung in Frankreich von dort eine Störung des Friedens erfolgen könnte. Wir finden eine derartige Befürchtung nur für den Fall gerechtfertigt, wo durch Umwälzungen, die außerhalb des gegenwärtigen französischen Staatsrechtes [nach welchem Frankreich eine demokratische Republik ist] sich vollzögen, eine Persönlichkeit [ein Orleans, ein Bourbon, ein Napoleonide, auch an Gambetta oder an einen andern für kriegslustig geltenden Präsidenten konnte dabei gedacht sein] oder ein Prinzip [das monarchische] zur Regierung gelangte, welches durch Aufruf der kriegerischen Neigungen der Nation eine im Innern augenblicklich gewonnene

unsichere Herrschaft zu befestigen versuchte. Träte ein solcher Fall ein, so würde man sich die Frage vorzulegen haben, ob jede der drei Mächte, von deren Bündnis die Rede ist, nach einem Siege Frankreichs über eine derselben noch des gleichen Maßes von Unabhängigkeit und Sicherheit gewiß wäre, welches die gegenwärtigen Zustände gewähren. Angenommen, daß Frankreich, infolge einer innern Umwälzung zum Kriege getrieben, zunächst das deutsche Reich angriffe, so würde sich Österreich und Italien die Frage aufdrängen, in welche Lage diese Staaten geraten würden, wenn Frankreich mit oder ohne Bundesgenossen Deutschland überwunden und das neubegründete Reich zum Zerfall oder zur Ohnmacht gebracht hätte. Dann müßte die Lage Österreichs und Italiens zunächst eine diplomatisch beengte und bald vielleicht eine militärisch bedrohte werden. Nehmen wir den zweiten Fall an, daß von einer kriegsbedürftigen französischen Regierung zunächst Italien angegriffen würde, so hätte sich der deutsche und ebenso der österreichische Politiker zu fragen, ob es für sein Vaterland annehmbar sei, wenn Frankreich seine Grenzen direkt oder in der Form einer cisalpinischen Republik in Italien weiter nach Osten rücken oder Italien durch einen unglücklichen Krieg in Abhängigkeit von Frankreich geraten würde. Beide Fälle würden für Österreich und Deutschland eine im Vergleiche mit ihrer jetzigen Lage sehr ungünstige Veränderung herbeiführen. Ein direkter Angriff Frankreichs auf Österreich ist nach den heutigen Grenzverhältnissen nur im Vereine mit Italien möglich; aber Österreich hat kein Interesse, einer solchen Eventualität, die in der Vergangenheit [1859] eingetreten ist, nochmals Spielraum zu verschaffen. Auch für Deutschland könnte es nicht gleichgiltig sein, die Sicherheit der österreichischen Westgrenze durch die Annäherung der französischen Nachbarschaft in Italien vermindert zu sehen. Die Stärke und

Sicherheit Österreichs ist für Deutschland ein Bedürfnis, ja kein einsichtsvoller deutscher Politiker könnte sich mit der Lage befreunden, welche entstünde, wenn Österreich gelähmt oder uns feindlich wäre, weil von Deutschland im Stiche gelassen. Wir sind überzeugt" — so schloß das Blatt des Reichskanzlers seinen Artikel, und in diesen Worten lag das Hauptgewicht und die Moral der ganzen Betrachtung —, „daß die Logik der Geschichte an sich stark genug ist, um jede dieser friedliebenden Mächte zu überzeugen, daß sie wohlthut, nicht abzuwarten, bis die Reihe an sie kommt, und darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht durch Preisgebung ihrer Mitinteressenten in der Friedensfrage isolirt wird."

Es war schwerlich ein Fehlschluß, wenn Leute, die mit der Sprache der Diplomatie vertraut waren, aus dem zuletzt angeführten Satze die Meinung ableiteten, daß eine Tripelallianz zur Wahrung des Friedens, also ein Defensiv-Bündnis, zwischen Italien, Österreich-Ungarn und dem deutschen Reiche für bestimmte Möglichkeiten der Zukunft abgeschlossen worden sei, und nach andern Anzeichen war anzunehmen, daß es zu der Zeit, wo öffentlich davon gesprochen wurde, bereits einige Monate alt war. Wäre diese Vermutung eine irrtümliche, so sollte es sobald als möglich zu stande kommen und nicht bloß für kurze Frist; denn die Lage, die es den Italienern vielleicht noch weit mehr empfiehlt als uns und unsern Alliirten an der Donau, wird in der Folgezeit kaum eine erhebliche Veränderung erfahren. Dürfen wir zwischen den Zeilen des Berliner offiziösen Blattes lesen, so sprach es mindestens die Überzeugung aus, daß jeder Versuch der Franzosen, den Frieden Europas an seiner östlichen und südöstlichen Grenze zu stören, drei Großmächte zum Schutze der Ruhe vereint sehen werde. Bereitwillig und unzweideutig wurde vom Kanzler anerkannt, daß von der jetzigen

französischen Regierung kein Angriff zu befürchten steht, ebenso deutlich aber tritt seine Besorgnis hervor, daß ein Sieg der Monarchie über die gegenwärtige Verfassung Frankreichs das anders gestalten könnte, und diese Stelle des Artikels verdroß die französische Presse außerordentlich. Der Temps, der für hochoffiziös gilt, rief am 8. April aus: „Barmherziger Himmel, was für plumpe Gesellen diese Deutschen doch sind, und wie wenig nationale Würde sie besitzen! Wahrscheinlich bildete sich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ein, es werde den Freunden unsrer Einrichtungen gefallen, wenn sie ihnen ihre Unterstützung anböte. [Mit welcher Brille hatte man das aus dem betreffenden Artikel herausgelesen?] Die Reichskanzlei, von der man glaubt, sie inspirire deren Artikel, mag gedacht haben, daß diese drohenden Winke der Republik gegen die monarchischen Prätendenten nützlich sein könnten, aber es würde schwer fallen, wenn man den Mangel an Takt weiter treiben wollte. Versteht sichs denn etwa von selbst, daß Frankreich Deutschland um Rat fragt, ehe es sich entscheidet, was es zu Hause thun soll, daß seine Parteien sich erkundigen, wie weit sie gehen dürfen, ohne sich Bemerkungen von seiten der deutschen Reichskanzlei auf den Hals zu ziehen? [Wo in aller Welt war dies beansprucht worden, wogegen Frankreich unter dem Kaiser Napoleon in Deutschland und in Italien den Protektor und Schiedsrichter zu spielen versucht und bis zu einem gewissen Grade wirklich gespielt hatte?] Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, der wir antworten, hat vollkommen recht, wenn sie sagt, daß Frankreich niemals auf jemand den Eindruck gemacht hat, es wolle den Frieden stören; sie befindet sich aber in einem bedauerlichen Irrtume, wenn sie meint, daß in Frankreich nicht alle Parteien in dem Entschlusse einig seien, Herren im eignen Lande zu sein und die Unabhängigkeit der Nation aufrecht zu erhalten."

An demselben Tage klagte Paul de Cassagnac, der klerikale Bonapartist, im Pays bitterlich: „Der Fremde ists jetzt, der in Frankreich die Republik bewacht und stützt. Welch eine Schmach für die Republik, ihr Fortbestehen einzig und allein dem Auslande zu verdanken! Wenn es weiterer Beweise bedürfte, um darzuthun, wie verhängnisvoll die Republik für uns ist, so würden wir sie in diesem deutschen Artikel finden, der so treu die Beweggründe zu dieser gegen unser unglückliches Vaterland gerichteten Tripelallianz ausdrückt.“

Ganz außer sich geberdete sich das Hauptblatt der Gambettisten, die République Française. Sie wurde vor Ärger sarkastisch und beklagenswert persönlich. Man las da u. a.: „Herr von Bismarck hat sich den schmerzhaften Kniffen seiner Neuralgie oder Gicht entwunden, um der Norddeutschen einen Artikel zu diktiren. Er geruht, uns eine Thatsache mitzuteilen, die uns nie unbekannt gewesen ist, nämlich daß Deutschland, Österreich und Italien keinen Offensivvertrag gegen uns abgeschlossen haben. Er hat die Güte, anzuerkennen, daß keine dieser Mächte ihren Frieden als von uns bedroht ansieht. Ist es wohl möglich, gnädiger zu sein? Es ist also gewiß, daß unsre Geschichtsbücher keine achte Koalition zu verzeichnen haben werden, und daß die Berliner und Wiener Fräulein und die Signorine in Rom nicht fürchten, General Galliffet werde nächstens an der Maas oder am Var zum Satteln blasen lassen. Der Frühling von 1883 wird seine Stirn nicht über Kriegsgerüchte zu runzeln haben. Ruhm dem Fürsten Bismarck und dem Redakteur der Norddeutschen Zeitung, seinem Propheten, daß sie dem ganzen Universum diese Botschaft verkündigt haben!“ Dann war geschmackvoll vom „Varziner Neuralgiker“ die Rede, und der Artikel fuhr fort: „Unsre Verfassungsgesetze werden als oberste Bürgschaft für den Frieden Europas hingestellt, und es

wird die Meinung ausgesprochen, nur eine Umwälzung könne unsre kriegerischen Neigungen wieder aufleben lassen, indem sie einen Mann oder ein Prinzip ans Ruder brächte, die ihre Stellung dadurch stärken müßten, daß sie die Aufmerksamkeit der Franzosen nach außen lenkten. Wir sind so glücklich, Herrn von Bismarck und seinen Sekretär benachrichtigen zu können, daß kein Mensch in der Welt imstande sein wird, unsre Nation zu einem Eroberungskriege fortreißen zu können. Die Epoche dynastischer Kriegszüge ist für immer vorüber. [Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, und Wiedereroberungsversuche, Rachekriege — wie stand es damit?] Wenn andrerseits Herr von Bismarck sich einbildet, daß unsre jetzigen Institutionen uns im mindesten bewegen würden, zu zögern, wenn es gälte, unser Recht und unsre Ehre zu verteidigen, so ist er ganz ungeheuer schlecht unterrichtet [Kampf mit Windmühlen! Wer hatte vermutet, was hier emphatisch widerlegt wird?] ... Die Republik wird niemand angreifen, sich aber bei allen geachtet zu machen wissen. Unsre Regierungsform dem Wohlwollen Europas empfehlen als das einzige Schutzmittel gegen die angeblichen kriegerischen Triebe der Nation, heißt sowohl die Nation als die Republik beleidigen. Es giebt keinen Franzosen, sei er Republikaner oder Monarchist, der die Beleidigung nicht fühlte. Wir sind nicht gewohnt, die Einrichtungen unsrer Nachbarn zu tadeln oder zu loben. Wir nehmen weder für Herrn von Bismarck noch für Herrn Richter Partei, und wir lassen die Deutschen, die Österreicher und die Italiener sich so regieren, wie es ihnen passend erscheint. Beobachtet uns, wenn es beliebt, schließt Defensivbündnisse gegen uns ab, wenn ihr euer Sicherheitsgefühl dadurch verstärkt. Uns ists gleichgiltig; denn wir werden keines Verbündeten bedürfen, wenn wir aufgerufen werden, uns zu verteidigen. [Wie wars

damit, als Thiers im Herbst 1870 die europäischen Höfe bereiste?] Aber um des Himmels willen, verschont uns mit euren Ratschlägen in Betreff der Verfassung, die sich für uns am besten eignet. Unter einer Republik wie unter einer Monarchie ist Frankreich für Fremde nur Frankreich, ohne Beiwort."

Wir lassen uns die Freude an der überaus friedfertigen Gesinnung der Erben Gambettas nicht durch die großthuerische Geschwollenheit derselben vor der gar nicht vorhandenen Gefahr eines Angriffes der Nachbarn auf Frankreich verbittern, auch nicht durch die Erinnerung, daß sie früher anders dachten und mit der Revanche liebäugelten, oder durch die Betrachtung, daß man nur gezwungen Frieden hält. Verspräche diese friedliche Republik Dauer, so wären Vorsichtsmaßregeln kaum von nöten. Wir hegen aber gegründete Zweifel an dieser Dauer, einmal wegen des Charakters der Franzosen an sich, der den Wechsel liebt, dann wegen des Wesens der demokratischen Republik, der Parlamentsherrschaft, die wenigstens unter romanischen Völkern bisher immer über kurz oder lang zu Übertreibungen des Prinzips und durch diese zur Reaktion, zum Säbelregiment und zur mehr oder minder despotischen Monarchie führte. Jetzt ist dafür gesorgt, daß für das Eintreten dieses Falles, der mit derselben Notwendigkeit zu Kriegen mit den Nachbarn antreiben würde, solchen Ausschreitungen eine tüchtige Schranke gesetzt ist. Frankreich würde sich dann im Süden und Osten einer gewaltigen Tripelallianz gegenüber befinden. Zweifelhaft kann erscheinen, ob ein schriftlicher Vertrag zu diesem Zwecke existirt, ganz unzweifelhaft aber ist es nach der offiziösen deutschen Presse und nach den Erklärungen Mancinis im italienischen Senate zu einem klaren Einverständnisse der drei Mächte gekommen, dem zufolge Frankreich keine einzelne derselben angreifen kann, ohne die beiden andern sich in Waffen gegenüber zu sehen. Das ist das Gegenteil von dem

Zustande Europas während der Herrschaft des dritten Napoleon. Er griff Rußland, beiläufig unklugerweise, im englischen, nicht im französischen Interesse, in der Krim an, während Preußen unthätig blieb und Österreich nur halben Beistand leisten konnte. Er führte Krieg mit Österreich, während Preußen und Rußland Gewehr beim Fuß dabei standen. Er war 1870 auf dem Wege, Deutschland anzufallen, das jetzt ebenfalls allein auf die eigne Kraft angewiesen war. Die Republik wird das alte Spiel, wenn sie klug ist, nicht wiederholen und ein aus ihr etwa hervorgehender König oder Kaiser der Franzosen wahrscheinlich auch nicht. Frankreich müßte es jetzt, wenn es durchaus mit einem der Nachbarn anbinden wollte, mit dreien aufnehmen, und dieser Aufgabe würde es niemals gewachsen sein. Es wird daher nicht so thöricht sein, mit dem Kopfe gegen die Mauer einer neuen Koalition zu rennen, die, ungleich den früheren, eine rein defensive ist und vermutlich bleiben wird.

Zweites Kapitel.

Der Reichskanzler und Rußland.

Sehr häufig, fast eine stehende Rubrik war kurz vor dem letzten russisch-türkischen Kriege und in den nächsten Jahren nach demselben in der Petersburger und Moskauer Presse die Behauptung, Preußen und ganz Deutschland seien den Russen Dank schuldig und nicht geneigt, denselben abzutragen. Ein Rückblick auf die Geschichte der letzten sieben Jahrzehnte, zunächst bis auf Bismarcks Eintritt in die Regierungsgeschäfte, möge zeigen, wie es mit unserm Soll und Haben gegenüber der russischen Politik in Wahrheit steht.

Auf dem Wiener Kongresse wollte Stein den allgemeinen Frieden, die Ruhe des Weltteils durch Einrichtungen gesichert wissen, welche die Kräfte Deutschlands zu steigern und für die Dauer zusammenzufassen geeignet waren. Ein solcher Nachbar aber, der eines Gönners jenseits der Grenze nicht bedurft und fremde Einmischung in seine Angelegenheiten nicht geduldet hätte, paßte nicht zu den Weltordnungsplänen des Kaisers Alexander, und so vereitelte er durch seinen Widerspruch die beabsichtigte

Schöpfung. Die Entschädigungsansprüche Preußens wurden von Rußland zwar anfangs unterstützt, als man aber Gewißheit erlangt hatte, daß niemand mehr daran dachte, den russischen Plänen mit Polen Hindernisse in den Weg zu legen, daß die Anstrengungen Österreichs und der westeuropäischen Mächte lediglich gegen Preußen gerichtet waren, und daß der Friede erhalten werden konnte, ohne daß Rußland weitere Opfer zu bringen brauchte, wurden der Zar und seine Räte lauer in ihrem Eifer, und zuletzt forderte man von dieser Seite her den König Friedrich Wilhelm und seinen Minister zwar nur mittelbar, aber deutlich genug auf, gewissen Ansprüchen zu entsagen, die dem preußischen Staate eine bessere Entschädigung verhießen als die, mit der er sich nunmehr begnügen mußte.

Anerkannt gute Dienste leistete Preußen der russischen Politik 1829 während des Krieges mit der Türkei, vorzüglich durch die Sendung des Generalleutnants von Müffling, welche wesentlich zur Vermittlung eines Friedens beitrug, der den Russen aus schwerer Verlegenheit half. Im Frühling von 1830 schloß das Petersburger Kabinet mit dem Pariser ein Bündnis zur Bekriegung Deutschlands ab, welches den Franzosen das linke Rheinufer verschaffen sollte; nur der Ausbruch der Julirevolution verhinderte diesen Plan unsrer beiden getreuen Nachbarn. Deutschland links vom Rhein in französischem Besitze hätte die deutschen Mächte schwach und unselbständig, also zu Rußlands Verfügung erhalten und bewirkt, daß auch Frankreich an letzteres gefesselt geblieben wäre, da anzunehmen war, daß England den Franzosen jene Erwerbung, welche die Einverleibung Belgiens*) vorbereitet hätte, gutwillig nicht zugestehen würde.

*) Dasselbe bestand noch nicht, war aber seit Jahren schon im Entstehen und der Geburtsstunde nahe.

Die bekannte Julideklaration von 1848 zählte zwar unter Rußlands Freundschaftsbezeugungen für Deutschland auch die Bereitschaft zum Beistande gegen die im Jahre 1840 hervorgetretenen Gelüste unsrer westlichen Nachbarn nach dem Rhein auf; allein in Petersburg hatte man damals nicht an Rüstungen gedacht, und wenn man den Thiersschen Demonstrationen von dort her mit Noten entgegengetreten war, so war dies sicher nur darum geschehen, weil nach jenen Kundgebungen eine nationale Erhebung der Deutschen erwartet worden war, die ein für den russischen Einfluß gefährliches Erstarken Deutschlands zur Folge haben konnte. Dagegen hatte eine Annäherung an Frankreich nach 1840 mancherlei für sich. Infolge des Ablebens der Herzogin von Nassau war ein nicht unwichtiger Punkt Westdeutschlands ohne Beziehungen zum Petersburger Hofe, die frühere Verbindung des letzteren mit dem würtembergischen Königshause hatte aufgehört, die mit Baden war gelockert. Ein Besuch des Kaisers Nikolaus in London hatte den gehofften Erfolg nicht gehabt. In Rußland selbst gährte es unter den Bauern, und in den vornehmen Kreisen herrschte vielfältig Verstimmung, in Polen entdeckte man immer neue Verschwörungen, im Kaukasus hatten die russischen Waffen nur mäßige Fortschritte machen können. In Persien hemmte die englische Politik die Verfolgung der von den Russen errungenen Vorteile; in der Türkei stellte sich die Quadrupel-Allianz von 1842 ihrem raschen Weiterkommen entgegen; in den Balkanländern hatte die panslavistische Bewegung zwischen ihrem Verhältnisse zum russischen Volke und ihrer Stellung zu den despotischen Regierungsgrundsätzen des Zaren zu unterscheiden begonnen. Unter so gestalteten Umständen mußte die Petersburger Politik zunächst wieder festen Fuß im Westen zu fassen bemüht sein, und das beste Mittel dazu war eine Allianz mit

Frankreich. Schon war man dabei, sie abzuschließen, als in Paris die Februarrevolution ausbrach, der die politischen Stürme in Deutschland und Österreich auf dem Fuße folgten.

Wir unterbrechen den Gang unsrer Abrechnung hier, um einige zum Verständnisse des Gesagten und des Weiteren notwendige Thatsachen einzuschalten. Der König Friedrich Wilhelm der Dritte war zwar im ganzen eine nüchterne, zum Mißtrauen hinneigende, vorwiegend kritisch angelegte Natur,*) aber nicht ohne eine gewisse Weichheit und Empfindsamkeit, die sich namentlich in seinem Verhältnisse zu Kaiser Alexander dem Ersten äußerte. Wie dieses beschaffen war, wissen wir aus Bischof Eylerts und Louis Schneiders Aufzeichnungen. Der König vergaß über dem Freundschaftsbunde, den er bei Lebzeiten der Königin Luise mit dem Zaren am Grabe Friedrichs des Großen geschlossen hatte, und über den Eindrücken, die ihm während der Befreiungskriege und nach denselben im Umgange mit seinem russischen Nachbar geworden waren, alles, was in Tilsit, in Erfurt und zur Zeit des Wiener Kongresses geschehen war. Er liebte und verehrte Alexander warm und aufrichtig, und diese Neigung beeinflußte seine auswärtige Politik auch nach dessen Ableben noch, er übertrug sie auf den Nachfolger des geschiednen Freundes, mit dem ihn überdies der Umstand verband, daß er ihm die Tochter zur Gemahlin gegeben hatte. Auch Alexander

*) Clausewitz sagt in den „Nachrichten über Preußen in seiner großen Katastrophe“: „Friedrich Wilhelm III., von Jugend auf ausgezeichnet durch Ernst und Strenge der Grundsätze, war zu mißtrauisch in seine eignen Kräfte und in die Kräfte andrer, zu voll von jenem nordischen kalten Zweiflersinn, der den Unternehmungsgeist untergräbt, den Enthusiasmus befeindet und alles Hervorbringen erschwert. Sein richtiger Verstand und scharfer Beobachtungsgeist wurden von jenem unüberwindlichen Hange zum Zweifel nur in die Richtung der menschlichen Schwächen und Unvollkommenheiten getrieben, die er schnell entdeckte, und die seinen Mangel an Vertrauen zur Geringschätzung steigerten.“

der Erste hatte sentimentale Züge in seinem Charakter, sie gingen aber nicht tief und bewogen ihn niemals, seinen Vorteil aus den Augen zu verlieren. Wie er überhaupt wandelbar, widerspruchsvoll und im Innersten seines Wesens unwahr empfand, so war auch seine Freundschaft gegenüber dem Könige nicht konsequent und viel weniger Sache des Gemüts als der Berechnung, zuweilen wohl Selbsttäuschung, oft aber auch auf Rührung und Verführung abzielende Komödie und immer stark mit Gönnerschaft gemischt. Kaiser Nikolaus war von andrer Art, aber wenn er bei Lebzeiten seines königlichen Schwiegervaters seinen Stolz vor der Rücksicht auf dessen Alter zurücktreten ließ, so wußte er die Dinge doch immer so zu lenken, daß die Vorteile des guten Verhältnisses zwischen ihm und dem preußischen Hofe weit mehr auf seiten Rußlands als auf seiten Preußens waren. Das Kalischer Lager war ein Schauspiel, welches vielmehr darauf berechnet war, Rußlands Macht im Osten als dessen Freundschaft mit Preußen ins Licht zu stellen. Die Beschränkung der preußischen Presse wurde vielfach von Rücksichtnahme auf Wünsche an der Newa bestimmt. Es kam wiederholt vor, daß Rußland seine Beziehungen zu den kleinern deutschen Höfen in einer Weise gestaltete, die gegen das preußische Interesse verstieß. Die russischen Tarife der dreißiger Jahre beeinträchtigten die wirtschaftlichen Verhältnisse der östlichen Provinzen Preußens aufs schwerste. Der König aber schien alles das nur natürlich und selbstverständlich zu finden und sich bereitwillig dem Anspruche des Zaren auf größere Geltung unterzuordnen. Daß er keine liberalen Anwandlungen hatte und nicht direkt daran dachte, die preußische Machtsphäre in Deutschland zu erweitern, trug ferner dazu bei, die Freundschaft mit Rußland warm zu erhalten. Dies wurde mit dem Thronwechsel von 1840 anders. Friedrich Wilhelm der Vierte hatte gelegentlich solche Anwandlungen, und ihm

schwebte eine Art deutschen Einigungswerkes mit preußischer Spitze vor, die dem kaiserlichen Schwager, welcher sich inzwischen auf Grund seiner Erfolge in der Türkei und Polen, ja selbst gegenüber der französischen Politik gewöhnt hatte, sich als Hegemon des europäischen Festlandes, als obersten Wächter und Wahrer der hier geltenden Ordnung zu betrachten, ebenso stark mißfielen als die immerhin gemäßigten konstitutionellen Anläufe des Königs. „Mein Schwager in Berlin wird in sein Verderben rennen," hatte Nikolaus schon 1841 prophezeit, und 1848 erklärte er: „Ich will keine konstitutionellen Versammlungen an meinen Seiten in Berlin und Wien." In demselben Jahre scheint er sogar allen Ernstes an die Herbeiführung einer Gegenrevolution in Preußen mit Unterstützung durch russische Soldaten gedacht zu haben, und wenn der Verfasser der Schrift „Berlin und Petersburg," in der wir die betreffende Denkschrift finden, wohl unterrichtet ist, so ist der Kaiser damals selbst soweit gegangen, preußischen Generalen diesen Plan zu enthüllen und zu empfehlen. Ebenso wie gegen das Erwachen verfassungsmäßigen Lebens in Preußen war Nikolaus gegen intime Beziehungen desselben zu den kleineren deutschen Staaten und Handeln nach der Gemeinsamkeit der Interessen dieser Staaten und der preußischen Monarchie, und in dieser Richtung gelang ihm vieles zu vereiteln, was das Interesse Preußens und Deutschlands dringend erheischte, und vieles zu erreichen, was dem vermeintlichen Interesse Rußlands, Preußen in Abhängigkeit von sich erhalten, es beeinflussen und benutzen zu können, zu entsprechen schien. Auf russische Drohungen hin wurden im ersten schleswig-holsteinischen Kriege die nach Jütland vorgedrungnen preußischen Truppen zurückgezogen und der Waffenstillstand von Malmö abgeschlossen. Von Petersburg aus wurde durch Ankündigung eines Protestes gegen weitere Unterstützung

der transalbingischen Erhebung durch Preußen ein ernstlich gemeinter zweiter Feldzug gegen die Dänen verhindert. Von dort aus wurde ebenso eifrig wie von englischer Seite auf Herstellung eines Zustandes hingearbeitet, der mit dem Londoner Protokolle seine Sanktion erhielt. Im Mai 1849 erklärte ein Handschreiben des Kaisers sich gegen preußische Bemühungen um eine Zustimmung der deutschen Fürsten zur Frankfurter Kaiserwahl, und im Herbst desselben Jahres gab er dem Berliner Kabinet zu wissen, daß er jede ohne Mitwirken Österreichs unternommene Umbildung der deutschen Verfassung als Verstoß gegen die Verträge von 1815 ansehen und behandeln werde. Am 26. Oktober 1850 endlich äußerte sich der jetzt offen als Schiedsrichter Europas auftretende Zar, den sein königlicher Verwandter inzwischen vergebens für die Unionspolitik zu gewinnen versucht hatte, gegen die preußischen Bevollmächtigten in einer Weise über die deutschen Dinge und die Bestrebungen Preußens, daß der bekannte saure Gang nach Olmütz in Berlin für unerläßlich gehalten wurde. Er sprach dort von „Banditen, die seines Schwagers Umgebung bildeten,“ und meinte, die unter Preußens Schutz genommenen verfassungstreuen Hessen „müßten, wie sichs für Rebellen gehört, zusammengehauen werden.“

Während des Krimkrieges schloß sich das fünf Jahre vorher von Rußland als Erhalter der deutschen Ohnmacht geförderte und militärisch unterstützte Österreich den Gegnern der Petersburger Politik so eng an, als die Umstände es zuließen, wogegen das von 1848 an bis 1850 von Nikolaus schlechtbehandelte, allenthalben gehinderte und schließlich zu demütigender Nachgiebigkeit gezwungene Preußen sich wohlwollend verhielt und neutral blieb. Das war immerhin ein Vorteil für Rußland, obwohl es nicht aus Neigung zu diesem entsprang;

denn die preußische Politik wurde, wie wir im fünften Kapitel gesehen haben, damals bereits von einem Staatsmanne beeinflußt, der von gefühlvollen Anwandlungen nicht bestimmt wurde, sondern lediglich das Interesse seines Staates zur Richtschnur nahm. Er, Bismarck, der damalige Bundestagsgesandte, hat das später als Kanzler öffentlich selbst ausgesprochen. Am 19. Februar 1878 erklärte er im Reichstage: „Ich war damals nicht Minister, aber durch das Vertrauen, mit dem der hochselige König Friedrich Wilhelm der Vierte mich beehrte, war ich in der Lage, bei den wichtigeren und entscheidenderen Fragen teilzunehmen, und ich weiß ganz genau, wie die Sachen damals verliefen. Ich weiß, welche Künste der Überredung, der Drohung bei Preußen angewendet wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Hatzhund in einen fremden Krieg, und es war ... nur der persönliche Widerstand, den der König dagegen leistete, (?) der verhindert hat, daß dieser Mißgriff damals begangen wurde, daß wir einen Krieg führten, der von dem Augenblicke an, wo wir den ersten Schuß thaten, der unsrige geworden wäre, und alle hinter und neben uns hätten eine gewisse Erleichterung empfunden und uns gesagt, wenn es genug war.... Nun, ist es nicht dankenswert, daß wir damals der Versuchung, Rußland den Krieg zu verbieten oder zu erschweren, widerstanden haben? Es war damals auch das »germanische Interesse,« in welchem der Krimkrieg geführt wurde, in dessen Namen unser Beistand gefordert wurde; es war nur das auffällig, daß der gesamte deutsche Bund die Ansicht nicht teilte, daß es ein germanisches Interesse wäre.... Alle Stimmen waren darüber einig, daß es kein deutsches Interesse sei, trotz des angeblichen Interesses der Donauschifffahrt von Regensburg hinunter, mit welcher viel Humbug getrieben wurde.“ Wenn damals trotz der Richtigkeit dieser Politik, die sich weder zur Parteinahme für noch zu

einer Allianz gegen Rußland gewinnen ließ, weil beides gleich gefährlich war, preußischerseits, wie Manteuffel in einem vertraulichen Briefe vom 12. August 1854 selbst sagt, „vielfach Fehler gemacht wurden,“ so „ging die Abstellung derselben gänzlich über sein Vermögen.“ Die Schuld traf weder den Minister noch den ihm zur Seite stehenden Gesandten, sondern war auf die an höherer Stelle herrschende unentschlossene Denkweise zurückzuführen. Hatte man zu Petersburg Ursache, sich zu der Haltung des Berliner Kabinets in dieser Angelegenheit Glück zu wünschen, so wurde das dort nicht eingestanden, vielleicht nicht empfunden, wenigstens behauptete später ein russisches Aktenstück, die 1864 verfaßte geheime Denkschrift „La Politique du Présent“: „Deutschland sei während des orientalischen Krieges nicht fähig gewesen, dem Drucke der Westmächte Widerstand zu leisten, und habe Rußland im Stiche gelassen.“ Man war eben mit Freundesdiensten, bei denen Deutschlands Interesse nicht vergessen wurde, nicht zufrieden, sondern verlangte Vasallendienste auf jedes Risiko hin.

Diese Stimmung lebte in der höhern russischen Gesellschaft fort, als Bismarck seinen Posten als Vertreter Preußens am Petersburger Hofe antrat. Die preußischen Gesandten hatten sich hier bis dahin keines besondern Ansehens erfreut, und nur das verwandtschaftliche Verhältnis ihrer Souveräne mit der Zarenfamilie, infolge dessen sie Zutritt zu dem engern Zirkel des Hofes gehabt hatten, hatte sie einigermaßen über die Stufe erhoben, auf welcher die diplomatischen Repräsentanten der deutschen Kleinstaaten standen. Sie galten unter der Regierung des Kaisers Nikolaus nicht sowohl als Vermittler zwischen dem russischen Kabinet und dem eines ebenbürtigen Staates wie als befreundete Diener des kaiserlichen Hauses, ein Verhältnis, das bei dem herrischen Wesen jenes Herrschers oft durchaus nichts

Wohlthuendes hatte. Die Persönlichkeit der beiden Vorgänger Bismarcks im preußischen Gesandtschaftshotel an der Newa war nicht geeignet, das zu bessern. Dagegen kam es unter Kaiser Alexander insofern zu einer Änderung in der Lage des preußischen Bevollmächtigten, als jetzt von hochfahrender und verletzender Behandlung desselben nicht mehr die Rede war. Gründlich anders aber gestaltete sich das Verhältnis erst, als Bismarck dem Zaren sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Er kam gut empfohlen. Er galt als Verehrer des verstorbenen Kaisers und als Gegner des Berliner Liberalismus mit seiner russenfeindlichen Richtung, er war in Frankfurt entschieden gegen die österreichische Politik aufgetreten. Infolge dessen im voraus gut angeschrieben, gewann er bei näherer Bekanntschaft alle Welt durch seine frische, ungezwungene, innerlich sichere Art, durch seine anspruchslose Vornehmheit, sein offenes Wesen und seinen sprühenden Witz schon in den ersten Wochen. „Da war endlich“ — so heißt es in der Schrift „Neue Bilder aus der Petersburger Gesellschaft“ im Kapitel „Fürst Bismarck in Petersburg“ — „einmal ein Deutscher, mit dem sich so leicht und so bequem verkehren ließ wie mit andern Leuten, der sich gehen ließ, weil er sicher war, sich nichts zu vergeben, der den Ton der großen Welt nicht nachahmte, sondern beherrschte, der genug inneres Selbstgefühl besaß, um weder sich selbst noch andern durch überflüssige Prätensionen zur Last zu fallen. Bereitwillig erkannte die anspruchsvolle, sonst auf alles Deutsche hochmütig herabsehende und von der Überlegenheit ihrer Art und Weise erfüllte Aristokratie an, daß sie es hier mit Ihresgleichen, mit einem Manne ihres Schlages (?) zu thun hatte. Herr von Bismarck wußte das vertrauliche Verhältnis zur kaiserlichen Familie, dessen seine Vorgänger sich zu erfreuen gehabt hatten, unverändert aufrecht zu erhalten, aber es verstand sich für ihn von selbst,

daß dasselbe ohne Inkonvenienzen blieb, und daß es sich dem der großstaatlichen Botschafter durchaus paritätisch gestaltete. Er war zugleich kaiserlicher Hausfreund und Vertreter eines mächtigen, unabhängigen Staates, dessen Würde unter keinen Umständen und niemand zu Liebe vergeben werden durfte ... Alle Welt wußte, daß der preußische Gesandte nicht in der Lage war, es seinen französischen, englischen und österreichischen Kollegen an Glanz und Aufwand gleich zu thun, aber alle Welt war darüber einig, daß diese Inkonvenienz sich nicht glücklicher und vornehmer behandeln ließ, als durch Herrn und Frau von Bismarck geschah. . . . Die kleinen Diners und die offenen Abende in deren Hause waren bald gesuchter als die langweiligen Fêten, durch welche andre Diplomaten sich ruinirten, und die anspruchsvollsten Kritiker mußten eingestehen, daß kein Gesandtschaftshotel so liebenswürdig zu behandeln wisse wie das Hauswesen im Stenbockschen Palais. War man sonst von deutschen Staatsmännern gewohnt gewesen, daß sie entweder ihre nationale Sitte und Sprache dem Franzosentum zu Gefallen verleugneten oder mit ihrem Deutschtum in Turnerweise dick thaten, so wußte Herr von Bismarck in natürlichster und feinster Weise den Preußen und den Deutschen, der auf sein Vaterland stolz ist, mit dem vornehmen Herrn zu verbinden, für den die in der gesamten Hof- und Diplomatensphäre üblichen Verkehrsformen selbstverständlich sind."

Der Minister, von welchem Bismarck „an der Newa kaltgestellt" worden war, hatte also damit unbewußt einen guten Griff gethan. Als jener nach drei Jahren Petersburg verließ, um bald nachher die oberste Leitung der Berliner Politik zu übernehmen, war man dort allgemein darüber einig, daß der bisherige Gesandte Preußens berufen sei, eine sehr wichtige Rolle in der Geschichte seines Vaterlandes zu spielen, und „viel-

leicht ohne es zu wissen, hatte er die Russen durch sein persönliches Verhalten an den Gedanken gewöhnt, daß auch ein mächtiges, von den frühern Petersburger Einflüssen emanzipirtes Preußen der Freund und Verbündete seines östlichen Nachbars sein könne.“ Nicht lange darnach traten Ereignisse ein, welche diesen Eindruck zu verstärken geeignet waren.

Am 8. Oktober 1862 übernahm Bismarck den Vorsitz im preußischen Staatsministerium. Sein Versuch, die Opposition im Abgeordnetenhause zu verständiger Auffassung der Dinge zu gewinnen, schlug fehl. Mit der Mehrzahl der deutschen Zeitungen nahm auch die unter Alexander des Zweiten liberalisirendem Regiment entstandene russische Presse in den ersten Monaten des Verfassungskonflikts gegen den „reaktionären Junker“ auf der Berliner Wilhelmstraße lebhaft Partei. Da brach im Januar 1863 in Polen der große Aufstand aus, der das Land viele Monate in Atem erhielt und die russische Regierung eine Zeit lang militärisch und diplomatisch in Verlegenheit brachte. Die Westmächte zeigten sich der Sache der Insurgenten geneigt, auch das Wiener Kabinet schien sie begünstigen zu wollen, die Fortschrittspartei im preußischen Landtage trat gleich den Liberalen im gesamten übrigen Europa mit Eifer an ihre Seite; denn es galt ja den Kampf gegen eine Regierung. Bismarck aber ließ sich dadurch nicht beirren, sofort machte er in Petersburg Vorschläge zu gemeinsamem Einschreiten gegen die Revolution, und selbst als die Gefahr, mit welcher dieselbe auch preußische Provinzen bedrohte, durch die öffentliche Erklärung des revolutionären Zentralkomitees in Warschau, man wolle nur den Moskauer Zaren, den „furchtbaren Erbfeind Polens,“ bekämpfen und erstrebe lediglich die Befreiung Russisch-Polens, beseitigt schien, setzte er die Unterhandlungen fort, die zu der bekannten Grenzkonvention vom Februar 1863

führten. Die Angriffe, welche die Opposition im preußischen Abgeordnetenhause beim Bekanntwerden dieses Übereinkommens gegen ihn richtete, und die nach dreitägiger Debatte in der Resolution vom 28. Februar ihren Höhepunkt erreichten, waren unbequem, änderten aber an der Sache nichts. Wichtiger war, daß man in Paris Miene machte, Preußen für seine den Russen gewährte Unterstützung vor dem Richterstuhle der europäischen Großmächte zur Verantwortung zu ziehen. „Indem das Berliner Kabinet," so schrieb Drouyn de l'Huys am 17. Februar dem französischen Gesandten in Berlin, „sich in mehr oder minder direkter Weise in den Konflikt mischt, übernimmt es nicht bloß die Verantwortlichkeit für die von Rußland ergriffenen Repressivmaßregeln, sondern erweckt es auch den Gedanken einer Solidarität zwischen den verschiedenen von dieser Nation getrennten Bevölkerungen, wobei ihre Vereinigung derjenigen der Regierungen sich gegenüberstellt, mit einem Worte, eine wahrhaft nationale Insurrektion versucht wird."*) Vier Tage später lud das Pariser Kabinet das Londoner und Wiener zu gemeinsamen Schritten beim Berliner ein, und obwohl dies keinen Erfolg hatte, blieb die Stellung Bismarcks doch unbehaglich, und es mußte auf die formelle Ausführung der Konvention verzichtet werden.

Dennoch war der Februarvertrag eine sehr bedeutende Hilfe für Rußland. Zunächst machte das Vorgehen Preußens einen starken Eindruck auf das russische Publikum, das dem Aufstande gegenüber anfangs schwankte, bei dem Bekanntwerden der Konvention aber rasch der Regierung Recht gab. Sodann zeigte von diesem Augenblick an auch die letztere eine entschlossene Haltung, und die polenfreundliche Partei in den obersten Kreisen

*) Vergl. hierzu und zu dem zunächst folgenden „Berlin und Petersburg," S. 74 ff.

der russischen Gesellschaft verlor zusehends Boden. Neben dieser moralischen Einwirkung ging dann auch mit raschen Schritten materieller Beistand her, und mit Recht behauptet die in der Anmerkung genannte Schrift: „Daß Rußland in die Lage kam, seine Abweisung der westmächtlich-österreichischen Anträge [vom 27. Juni] auf Anerkennung der Aufständischen als einer kriegführenden Partei mit dem Mangel aller thatsächlichen Unterlagen für diese Forderung zu motiviren, das hatte es wesentlich der Energie zu danken, mit welcher die preußische Regierung auf die erste Nachricht von den Warschauer Vorgängen die Sicherheit der Grenze wiederherstellte und dadurch die Hauptrechnung der Führer des Aufstandes kreuzte. Bereits am 31. Januar ... waren vier ostpreußische Regimenter unter dem Befehle des Generals von Werder vereinigt, durch die Einberufung von Reserven verstärkt und an die Grenze beordert worden. An der Wirksamkeit dieser Maßregel wurde dadurch nicht das Geringste geändert, daß man von der ursprünglichen Absicht, den Truppen beider Länder ohne weiteres Grenzüberschreitungen zu gestatten, in der Folge wieder zurücktrat, und daß bei diesen Überschreitungen in jedem einzelnen Falle vorher Erlaubnis dazu eingeholt werden mußte; die Hauptsache, daß die Insurgenten verhindert wurden, sich gewisser Plätze an der Grenze zu bemächtigen und diese zu Mittelpunkten einer von Posen aus verstärkten Bewegung zu machen, war bereits geschehen, bevor die vollständige Ausführung der Konvention überhaupt in Frage kam. Aus des Preußenfeindes N. W. Berg eigner Darstellung geht ferner hervor, daß der Gang der militärischen Ereignisse im Frühjahr und Sommer 1863 wesentlich durch das Scheitern der ersten Entwürfe der Aufständischen und durch die Verschiedenheit bedingt war, welche zwischen dem Verhalten der beiden Nachbarmächte Preußen und Österreich obwaltete."

Die Strenge, mit welcher preußischerseits über die Sicherheit der Westgrenze des russischen Polen gewacht wurde, nahm den Russen die halbe Arbeit ab und ermöglichte ihnen, ihr Hauptaugenmerk auf den Süden des Landes zu richten, der im Norden und Nordwesten aufgetauchten Banden aber so gut wie anstrengungslos Herr zu werden.

Der Abschluß der Grenzkonvention und das ganze Verhalten Preußens während des polnischen Aufstandes, der beiläufig im Frühlinge 1864 niedergeworfen war, befriedigten in Rußland eine Zeit lang fast allgemein, und so wurde gewonnen, was Bismarck dabei vorzüglich im Auge gehabt hatte, das Wohlwollen des großen östlichen Nachbars für zukünftige Unternehmungen des preußischen Ministers in Deutschland. Allerdings fehlte es auch jetzt in gewissen Schichten der russischen Gesellschaft nicht an Gerüchten, welche die Aktion desselben verdächtigen sollten. „Nach einer Version," sagt unsere Schrift, „sollte dieser Staatsmann eine Verhetzung zwischen Russen und Polen, nach einer andern die Abreißung Polens von Rußland beabsichtigt und lediglich zur Erreichung solcher Zwecke die Konvention in Vorschlag gebracht haben. Die vollständige Durchführung des Wielopolskischen Programms [so hieß es während dieser Zeit in panslavistischen, der Versöhnung mit Polen zugeneigten Kreisen der Aristokratie], an welche bei der ersten Nachricht von den Warschauer Januarereignissen noch gedacht wurde, paßte den preußischen Politikern nicht, weil sie einen auf Unkosten der übrigen Teilungsmächte durchgeführten Anschluß aller Polen an Rußland zur Folge gehabt hätte. Um dieser Eventualität zuvorzukommen, benutzte Herr von Bismarck die momentane Ratlosigkeit und Bestürzung unsrer Regierung, um dieselbe zu einem Abkommen zu bestimmen, durch welches beide Mächte sich zu gemeinsamer Niederschlagung aller

polnischen Nationalbestrebungen verpflichteten. Wir wurden dadurch der Möglichkeit freier Wahl über unsre künftig in Polen zu befolgende Politik beraubt, Preußen aber brachte es fertig, daß wir uns den Wielopolskischen Weg zur Wiederaussöhnung zwischen den beiden großen ostslavischen Stämmen selbst verlegten. Die andre, besonders von russischen Preßpolitikern erörterte Version hatte ihren Ursprung in Deutschland und war die Entstellung eines Gespräches des preußischen Ministerpräsidenten mit Behrens, dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, in welchem jener seinen Anschluß an Rußland damit begründet haben sollte, daß Preußen im Fall eines Verzichtes des letztern auf Polen dasselbe übernehmen und durch energische Germanisirung unschädlich machen müsse. Endlich hatte Preußen auch in den Sphären der russischen Regierung Gegner oder wenigstens sehr zweifelhafte Freunde, und unsre Schrift zitirt zum Erweise dessen die oben bereits kurz erwähnte geheime Denkschrift von 1864, die nach ihr im Auftrage des russischen Reichskanzlers verfaßt sein soll, und in der es u. a. heißt: „Unsre Beziehungen zu Preußen sind fast immer gute gewesen. Wir haben gar keine divergirenden Interessen, es ist uns eine Schranke gegen Frankreich, und wir müssen wünschen, daß es stärker wird. Aber dieser Wunsch würde wahrscheinlich nicht so weit gehen, daß man zu seiner Verteidigung die Waffen ergriffe, wenn es am Rhein angegriffen werden sollte. . . . Die preußische Monarchie hat sich durch Eroberung und durch das Streben nach Vergrößerung gebildet. Die Staaten erhalten sich durch die Mittel, mit denen sie gegründet worden sind. Preußen ist ehrgeizig und unruhig. Ohne es auf diesem Wege zu ermutigen, haben wir doch keinen Grund, seiner Vergrößerung entgegenzutreten, so lange sie nicht unsre unmittelbaren Interessen verletzt. . . . Die übergroße Schwäche des deutschen Bundes hat

uns niemals Nutzen gebracht. Zu keiner Zeit hat Deutschland etwas für uns gethan. . . . Wir haben also kein Interesse an der Verewigung dieser anomalen Lage der Dinge. . . . Wenn aber die deutsche Einheit jemals zur Wirklichkeit würde, so würde Deutschland seinen inoffensiven Charakter verlieren. 1848 beanspruchte es nicht bloß die dänischen Herzogtümer, sondern auch Lothringen, das Elsaß, die deutsche Schweiz, Livland, Esthland und Kurland. Heutzutage sieht man, mit welcher Begier es sich Schleswig-Holsteins zu bemächtigen sucht. In gleichem Falle, wenn die slavische Frage auf die Tagesordnung käme, so würde es ein beträchtliches Gewicht in die Wage werfen, und wahrscheinlich gegen uns. . . . Unsre Politik hat bald Preußen, bald Österreich begünstigt. Nach dem orientalischen Kriege gaben wir dem Berliner Kabinette den Vorzug, gegenwärtig [man bedenke, ein Jahr nach dem Abschluß der Grenzkonvention von 1863] scheint das Wiener Kabinet im Zuge, ihn sich wiederzugewinnen. Diese Schwankungen sind bei der heutigen politischen Lage unvermeidlich. Das beste, was wir thun könnten, wäre, das Gleichgewicht zwischen den beiden Mächten zu erhalten, abgesehen von Fällen, wo unser augenblickliches Interesse erfordert, die Wagschale sich nach der einen Seite hin neigen zu lassen."

Indes muß nach dem Verhalten Rußlands während der Jahre 1864 bis 1871 eine Partei am Petersburger Hofe existirt haben, welche jene und andre preußenfeindliche Gerüchte nicht glaubte und die in der Denkschrift entwickelten Ansichten entweder für irrig hielt oder Hoffnungen und Befürchtungen hegte, die ihr mehr wogen. Ohne Zweifel aber wirkte bei dem Kaiser Alexander der Eindruck noch fort, den Bismarck in Petersburg persönlich und dann durch die Konvention von 1863 auf ihn gemacht, und man darf annehmen, daß dieser

Umstand dem deutschen Staatsmanne bekannt gewesen und von ihm benutzt worden ist, um den ohnehin durch verwandtschaftliche Rücksichten und spezielle Anhänglichkeit und Verehrung seinem Berliner Oheim gegenüber bestimmten Herrscher über die Tragweite der von ihm geplanten Unternehmungen zu beruhigen, ihm Vorteile davon in Aussicht zu stellen und ihn auf diese Weise dauernd an das preußisch-deutsche Interesse zu fesseln.

Als im dänischen Kriege von Kopenhagen aus ein Hilfsgesuch an Frankreich, England und Rußland erging und der britische Botschafter am 16. Februar 1864 in Petersburg bei Gortschakoff anfragte, was man russischerseits zu thun gedenke, erhielt er eine ausweichende Antwort, die ungefähr dahin lautete, das kaiserliche Kabinet verzweifle noch nicht an friedlicher Lösung der Frage; materiellen Beistand werde man den Dänen nicht zu teil werden lassen, wohl aber moralische Unterstützung; die Vermutungen, die man über die geheimen Pläne Preußens und Österreichs hege, vermöge er nicht zu prüfen; bei dieser Unklarheit sei der einzig richtige Weg eine Konferenz. Inzwischen müsse man sich bemühen, das Band, welches die Kabinette von Wien und Berlin noch an die Verträge binde, und das in Wien ziemlich fest, in Berlin loser sei, nicht reißen zu lassen. Als Preußen sich dann, am 15. Mai, vom Londoner Protokolle lossagte, erfolgte von Rußland kein Einspruch dagegen, vielmehr ließ es jenen Vertrag ebenfalls fallen und erklärte mit Bezug auf die weitere Berücksichtigung der Erbberechtigten, seine Ansprüche auf Holstein an Oldenburg abtreten zu wollen. Als im April 1866 der Krieg zwischen den beiden deutschen Großmächten dem Ausbruche nahe war, schrieb Benedetti am 10. an Drouyn de l'Huys: „Da ich von Rußland spreche, erlauben Sie mir zu bemerken, daß ich seit langer

Zeit nicht ohne Verwunderung beobachtet habe, mit welcher Gleichgiltigkeit das Kabinet von St. Petersburg von Anfang an die Ansprüche Preußens und die Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen den beiden deutschen Mächten ansieht, und daß mir nicht minder die fortdauernde Zuversicht aufgefallen ist, welche ich bei Herrn von Bismarck in Bezug auf die Haltung und die Absichten des nordischen Kaiserreichs angetroffen habe." Als die Gefahr des Krieges in Deutschland näher rückte, ließ der Kaiser in Wien und Berlin Vorstellungen zu Gunsten des Friedens machen, ohne jedoch eine Einmischung in die streitigen Angelegenheiten zu versuchen oder in Aussicht zu stellen. Nachdem dieser Schritt vorzüglich infolge der schroffen Haltung des österreichischen Kabinets erfolglos gewesen war, setzten sich Rußland und England mit Frankreich in Verbindung, um womöglich durch allgemeine Friedensverhandlungen den Streit zum Austrage zu bringen, und am 28. Mai forderten die drei Mächte in dieser Absicht Preußen und Österreich zur Beschickung einer Konferenz in Paris auf. Dieser Plan scheiterte daran, daß man in Wien Bedingungen stellte, die unannehmbar waren, und der Krieg begann. Während desselben, in der ersten Woche des August, ging von Manteuffel, der Generaladjutant des Königs Wilhelm, in besondrer Sendung nach Petersburg, indem es vermutlich im Hinblick auf die verwandtschaftlichen Beziehungen der kaiserlichen Familie mit mehreren deutschen Fürstenhäusern, vielleicht auch auf dahin gehende Anfragen und Wünsche des Zaren, erforderlich erschien, dem letzteren in Betreff der notwendigen Gesichtspunkte und Entschlüsse der preußischen Regierung bezüglich jener Fürstenhäuser vertrauliche Mitteilungen zu machen. Dieselben müssen befriedigt haben; den Rußland trat der von Preußen beabsichtigten und dann durchgeführten Ordnung der deutschen Angelegenheiten

nicht entgegen. Deutschland schuldete ihm ohne Zweifel Dank dafür. Indes war es doch keineswegs bloß Wohlwollen, wenn man in Petersburg der Entwicklung der Dinge Gewehr beim Fuße zusah und die Gelegenheit zu einem Angriff auf Deutschland unbenutzt ließ. Preußen mußte erstens damals als „Exekutor des russischen Zornes“ erscheinen, den Österreich sich durch sein im Hinblick auf die vom Kaiser Nikolaus zur Erstickung der ungarischen Insurrektion geleistete Hilfe „undankbares“ Verhalten während des Krimkrieges und während des polnischen Aufstandes zugezogen hatte. Zweitens aber mußte man einen Sieg der Wiener Politik und die darauf sicher folgende österreichische Hegemonie in Deutschland aus Gründen, welche die Erfahrungen der letzten Jahre nahe legten, für den Interessen Rußlands erheblich weniger entsprechend ansehen als eine Einigung Deutschlands unter Preußen, das sich 1863 freundnachbarlich und 1854 wenigstens nicht feindselig verhalten hatte.

Dieselben Gründe bestimmten die russische Regierung zu der Haltung, welche sie während des französisch-deutschen Krieges beobachtete. Dazu kamen aber noch verschiedene andre Motive. 1870 konnte man in Petersburg unmöglich wünschen und zulassen, daß Österreich-Ungarn sich an der Bekämpfung Deutschlands beteiligte, und daß eine österreichisch-französische Armee sich den Grenzen Polens näherte, das von Paris her traditionell, von Wien aus wenigstens in den letzten Jahren auf Rußlands Kosten begünstigt worden war. Man hoffte ferner von dem Kriege eine Lähmung Frankreichs, welche Gortschakoff in den Stand setzen sollte, die Fesseln des Pariser Vertrages von 1856 abzustreifen. Man war endlich auf keine so gründliche Niederwerfung Frankreichs gefaßt, wie sie erfolgte. Wirkte bei jener wohlwollenden Haltung des Kaisers Alexander auch seine Ver-

ehrung vor seinem königlichen Oheim und seine Abneigung gegen Napoleon mit, und war man in Berlin Rußland trotz der angegebnen Gründe seiner damaligen Politik auch jetzt zu Danke verpflichtet, so ist derselbe dadurch abgetragen worden, daß Preußen den Russen 1871 die Freiheit des Schwarzen Meeres wieder verschaffte, die es ohne Bismarcks vermittelnde Bemühungen von England und Frankreich nicht erlangt hätte.

Der Verlauf der Dinge war hier folgender. Am 19. Oktober 1870 richtete Fürst Gortschakoff an die russischen Gesandten bei den großmächtlichen Höfen eine Depesche, in welcher dieselben angewiesen wurden, den betreffenden Regierungen zu erklären, daß der Kaiser Alexander an die Verpflichtungen des Pariser Friedensvertrags vom 30. März 1856, soweit dieselben seine Souveränetätsrechte im Schwarzen Meere einschränkten, sich infolge der inzwischen vielfach veränderten Umstände und namentlich mit Rücksicht auf die mittlerweile wiederholt vorgekommenen Verletzungen der Neutralität dieses Gewässers sich nicht länger gebunden erachten könne, und daß er sich für berechtigt und verpflichtet glaube, dem Sultan die Spezial- und Zusatzkonvention zu besagtem Vertrage, welche die Zahl und die Größe der Kriegsschiffe festsetze, welche die beiden Ufermächte im Schwarzen Meere zu besitzen sich vorbehalten, zu kündigen und den vollen Genuß seiner Rechte auf dem genannten Gebiete zurückzunehmen. Die englische Regierung erblickte in dieser Erklärung, wie es in der an die britischen Gesandten gerichteten Zirkulardepesche Granvilles vom 10. November heißt, „mit tiefem Bedauern“ ein „eigenmächtiges Losmachen von einer feierlichen Verpflichtung,“ der man englischerseits „unmöglich seine Genehmigung erteilen könne.“ Hätte Rußland, so fuhr der Minister fort, an die Mächte, die den Vertrag von 1856 geschlossen, einen Vorschlag zu gemeinsamer Erwägung gerichtet, ob sich etwas zuge-

tragen habe, was man für eine Vertragsverletzung halten könnte, oder ob sich unter den Bestimmungen etwas befinde, was unter den veränderten Verhältnissen mit übermäßiger Härte auf Rußland drücke, oder was im Laufe der Ereignisse für die Beschützung der Türkei unnötig geworden sei, so würde man sich nicht geweigert haben, die Frage im Einverständnisse mit den übrigen Unterzeichnern des Vertrages zu prüfen. Die Depesche schloß mit den Worten: „Was immer auch die Ergebnisse solcher Mitteilungen gewesen sein möchten, die Gefahr zukünftiger Komplikationen und ein sehr gefährlicher Präzedenzfall für die Giltigkeit internationaler Verbindlichkeiten wären vermieden worden." Auch Graf Beust war nach seinen Depeschen vom 16. November von dem Vorgehen Rußlands „peinlich berührt," es „war ihm unmöglich, sein äußerstes Erstaunen darüber zu verhehlen," und er meinte: „Der Schritt, der soeben gethan wurde, kann nicht verfehlen, die ernstesten Besorgnisse hervorzurufen. Im westlichen Europa brachte er bereits eine Erregung der Geister hervor, die der Sache des Friedens sehr abträglich ist. In der Levante wird dieser Versuch Rußlands, sich selbst Recht zu verschaffen, ohne Zweifel als Beweis betrachtet werden, daß diese Macht den Moment für gekommen erachtete, die Lösung der sogenannten orientalischen Frage in die Hand zu nehmen. Die so lebhafte Einbildungskraft der christlichen Völker in diesen Gegenden wird darin eins der stärksten Aneiferungsmittel erblicken." Gegen den Schluß dieses Schreibens jedoch erklärte er: „Ich habe nie ein Geheimnis aus meiner Überzeugung gemacht, daß das Übereinkommen von 1856 Rußland am Schwarzen Meere in eine Situation gebracht hat, die einer Großmacht wenig würdig ist, da sie die Rolle abschwächt, die es in den Gewässern zu spielen berechtigt ist, welche seine Ufer bespülen, und ich habe nichts unterlassen, um für

diese Überzeugung bei den andern Garantiemächten Teilnahme zu gewinnen."

Wie der deutsche Kanzler sich zu der Streitfrage verhielt, kann zunächst eine Privatäußerung andeuten, die er am 17. November in Versailles that. Als Granvilles Depesche vom Tage vorher eintraf, las der Minister sie vor und sagte dann lächelnd: „Zukünftige Komplikationen! Parlamentsredner! Getrauen sich nichts. Der Ton liegt auf zukünftig. Das ist die Art, wie man spricht, wenn man nichts zu thun gedenkt. Nein, von denen ist nichts zu fürchten, wie vor vier Monaten nichts von ihnen zu hoffen war." Nach einer Weile fuhr er fort: „Gortschakoff treibt hier übrigens nicht die rechte russische Politik, sondern warägische, ungestüm, gewaltsam. Man ist immer der Meinung gewesen, daß die russische Politik eine ausnehmend schlaue und gewandte wäre — voll Winkelzüge, Schliche und Kniffe; das ist aber nicht wahr. . . . Wenn sie unehrlich waren in Petersburg, so unterließen sie solche Erklärungen, bauten ruhig Kriegsschiffe am Schwarzen Meere und warteten, bis man darüber anfragte. Dann sagten sie, daß sie davon nichts wüßten, man wolle sich aber erkundigen, und so zogen sie's hinaus. Das konnte bei den russischen Verhältnissen lange dauern, und zuletzt hätte man sich daran gewöhnt."

Am 22. November hatte der Kanzler eine dreistündige Unterredung mit Odo Russell, dem Vertreter Englands im deutschen Hauptquartiere zu Versailles, und das Resultat derselben war, daß er letzteren ermächtigte, seiner Regierung zu versichern, daß das russische Rundschreiben ihn überrascht habe, daß, während er zu jeder Zeit der Meinung gewesen sei, der Vertrag von 1856 laste auf Rußland mit ungerechtfertigter Härte, er doch die Art des jetzigen Vorgehens Rußlands und die zur Erzwingung einer Revision des Vertrags gewählte Zeit nicht

billigen könne, daß er ferner bedauere, wegen des gegenwärtigen Krieges weder sich einmischen noch selbst das russische Zirkularschreiben amtlich beantworten zu können, daß er indes, um den Ausbruch eines anderweitigen Krieges zu verhüten, sich für die Abhaltung von Konferenzen in Konstantinopel aussprechen werde. In einer zweiten Unterredung mit Russell bezeichnete der Kanzler Petersburg als passenderen Ort für die Konferenzen, da dort infolge der Anwesenheit des Kaisers Alexander leichter zu einer Verständigung zu gelangen sein würde als in Konstantinopel. Als Granville sich gegen Petersburg erklärte, schlug Bismarck London vor, und Gortschakoff nahm dies an. Nach mehrfacher Verschiebung trat die Konferenz am 17. Januar 1871 zusammen. Der Vertreter des Norddeutschen Bundes ergriff hier die erste Gelegenheit, um zu bestätigen, daß seine Regierung eine Konferenz im Sinne der Versöhnlichkeit, der Billigkeit und des Friedens vorgeschlagen habe. In demselben Sinne sei er, so bemerkte er weiter, beauftragt, eine ernstliche Erwägung der russischen Wünsche nach einer Abänderung derjenigen Klauseln des Pariser Vertrages zu empfehlen, welche die nachbarlichen Beziehungen der beiden Ufermächte des Schwarzen Meeres zu berühren schienen. Nach einigen Erörterungen erklärte sich Granville bereit, namens seiner Regierung eine Konvention im Sinne der Wünsche Rußlands zu unterzeichnen, falls Äquivalente für die demselben anstößigen Neutralitätsklauseln erlangt würden. Der Vertreter Österreichs und derjenige der Pforte sprachen sich ähnlich aus, und schließlich kam man zu einer alle Teile befriedigenden Verständigung, die in den beiden ersten Artikeln des Vertrages vom 13. März ihren Ausdruck fand. Die letzteren lauteten: „Artikel 11, 13 und 14 des Pariser Vertrages vom 30. März 1856, desgleichen die zwischen der hohen Pforte und Rußland abge-

geschlossene und dem Artikel 14 beigefügte Konvention werden aufgehoben und durch den folgenden Artikel ersetzt: Das Prinzip der Schließung der Dardanellen und des Bosporus, wie dasselbe durch Separatvertrag vom 30. März hergestellt worden, wird aufrecht erhalten, sowie die Macht Seiner kaiserlichen Majestät des Sultans, die genannten Meerengen in Friedenszeiten den Flotten der befreundeten und verbündeten Mächte zu öffnen, falls die Ausführung der Stipulationen des Pariser Vertrages von 1856 dies erfordern sollte."

Die russische Presse war der Einigung Deutschlands unter Preußen in der großen Mehrzahl ihrer Organe nicht günstig, und sie war hierin der Spiegel der öffentlichen Meinung, die in der Sammlung der deutschen Volkskraft eine schwere Schädigung der russischen Interessen erblickte. Der Verfasser der Schrift „Berlin und Petersburg" hat das unter Anführung zahlreicher Äußerungen der Moskauer und Petersburger Zeitungen nachgewiesen, von denen hier einige mitgeteilt werden mögen. Am 23. Dezember setzte der weitverbreitete Golos auseinander, daß es irrig sei, anzunehmen, Rußland sei ein Verbündeter Preußens, das kaiserliche Kabinet verhalte sich gegenwärtig zu Frankreich genau so wie zum Norddeutschen Bunde und werde hoffentlich definitiv für jenes gewonnen werden. Die Moskauer Zeitung hatte um dieselbe Zeit die Entdeckung gemacht, Preußen wolle im Orient mit Österreich Hand in Hand gehen. Dasselbe behauptete bald darauf die Börsenzeitung und knüpfte daran die Bemerkung, daß der Fortbestand des guten Einvernehmens zwischen Rußland und Preußen dadurch unmöglich geworden sei. Fast alle russischen Blätter klagten, daß die Deutschen ihr begehrliches Auge auf die baltischen Provinzen Rußlands gerichtet hielten. Die Weßtj, das Organ eines Teils der russischen und polnischen

Aristokratie, freute sich am 18. Januar 1870, daß die deutsche Nationalentwicklung in ähnlicher Weise zu stocken beginne wie früher die italienische, und meinte, „in der unbedingten Verurteilung der sogenannten nationalen Politik Preußens seien alle Völker und Kabinette Europas einig.“ Der Golos vom 18. Februar war überzeugt, daß nur Rußland noch übrig sei, um Süddeutschland vor preußischer Vergewaltigung zu schützen. In seinem Buche „Rußlands Kriegsmacht“ nannte der General Fadejew den preußischen Staat „eine historische Zufälligkeit“ und meinte, „auf Rußland allein lasteten die nachteiligen Folgen der europäischen Umwälzung von 1866.“ Als der Krieg Deutschlands mit Frankreich ausbrach, zogen alle russischen Journale mit alleiniger Ausnahme der Petersburger Zeitung die Fahne des letzteren auf, der sie dann ohne Rücksicht auf die entgegengesetzte Haltung ihrer Regierung das ganze Kriegsjahr hindurch treu blieben. Die Moskauer Zeitung sprach offen ihr Bedauern über Frankreichs augenblickliche Isolirung aus und verlangte kategorisch, daß Rußland auch den Schein einer Begünstigung Preußens vermeide und unter keinerlei Umständen die Aktionsfreiheit Österreichs hemme. Im August belehrte der Golos in mehreren Nummern seine Leser, daß ein Sieg der deutschen Waffen ganz Europa verhängnisvoll werden würde, weil die Sache Preußens gleichbedeutend sei mit derjenigen des Junkertumes und des Militarismus. Eine einzige Nummer der Moskauer Zeitung brachte im Oktober vier gegen Deutschland gerichtete Leitartikel. Am 20. Oktober hatte das Blatt aus der Bismarckschen Note über die Friedensbedingungen herausgelesen, daß Preußen Anspruch auf die Oberherrschaft über ganz Europa erhebe, und am 12. Januar 1871 trat es energisch gegen das Nichtinterventionsprinzip auf, indem es behauptete, die französische Nation habe

sich nach dem Unglückstage von Sedan durch Ablehnung der deutschen Friedensbedingungen um die Zivilisation des gesamten Weltteils verdient gemacht. Ähnlich äußerte sich am folgenden Tage der Golos, wobei er prophezeite, das von Bismarck am Narrenseil herumgeführte Österreich werde seine Kurzsichtigkeit nächstens mit dem Verluste Böhmens büßen. Die Kunde des Falles von Paris begleitete er mit dem Stoßseufzer „Consummatum est!" Gegen die von den Franzosen bereits angenommenen Friedensbedingungen erhob Katkow in der Moskauer Zeitung am 28. Februar einen förmlichen Protest. Auch nach Wiederherstellung des Friedens und nach Unterzeichnung des Londoner Protokolls, welches den Russen auf dem Schwarzen Meere wieder freie Hand gab, verblieb der maßgebende Teil der russischen Presse noch geraume Zeit bei der bisherigen antideutschen Haltung, und alles, was österreichische Föderalisten, belgische Klerikale, französische Radikale und italienische Mazzinisten gegen Deutschland zusammenlogen, wurde von den Blättern an der Moskwa und Newa nachgedruckt. Der Golos denunzirte fast Tag für Tag Deutschlands „verräterisches" Einverständnis mit Österreich. Die Moskauer Zeitung, welche für den in London erreichten Erfolg den Deutschen keinen Dank gewußt, vielmehr den Vorwurf erhoben hatte, „Fürst Bismarck sei schuld daran, daß die Aufkündigung des Pontusvertrages einem Kongreß unterbreitet und nicht vom russischen Gutdünken allein erledigt worden sei," klagte am 29. November 1871 mit tiefbewegtem Herzen, daß in Frankreich die Fortdauer antirussischer Strömungen die dringend gebotene Anknüpfung zwischen Paris und Petersburg unmöglich erscheinen ließe. Als Moltke im Dezember desselben Jahres mit andern preußischen Generalen zur Feier des Georgsfestes am russischen Hofe eintraf, getraute sich kein selbständiges Blatt, die Gäste willkommen zu heißen. Von dem

11*

sympathischen Trinkspruche, den der Kaiser Alexander denselben und seinem kaiserlichen Oheim und Verbündeten bei dieser Gelegenheit ausbrachte, und von dem anläßlich desselben veröffentlichten Allianzartikel des offiziellen Regierungsblattes nahm nur die inzwischen offiziös gewordene Börsenzeitung in deutschfreundlichem Sinne Notiz. „Während des folgenden Jahres trat, wie allenthalben, so auch in Rußland eine gewisse Abkühlung der heftigen Leidenschaften ein, welche der Krieg entzündet hatte. Bei wiederholten Gelegenheiten erkannten die Moskauer Zeitung und andre größere Blätter an, daß die deutsch-russische Allianz eine Thatsache sei, mit der man bis auf weiteres zu rechnen haben werde, und daß das deutsche Volk während des kriegerischen Läuterungsfeuers, durch welches es gegangen sei, eine Festigkeit bewiesen habe, die, wenn auch nicht Sympathie, doch eine gewisse Achtung einflößen müsse.... Die Grundstimmung der Organe der russischen Presse blieb aber nach wie vor eine antideutsche, und die geringfügigsten Veranlassungen waren ausreichend, um die verblassenden Leidenschaften der früheren Jahre neu zu beleben. Die Überzeugung, daß Rußlands wahre Zukunft nur in einem Bündnisse mit Frankreich bestehen könne, war zu allgemein verbreitet und zu tief gewurzelt, um verleugnet werden zu können."

Die Petersburger Politik hatte lange vergeblich nach einem Verbündeten gesucht, der ihr gegen das Zugeständnis, im Westen nach Belieben schalten zu können, die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Pläne im Osten sichern sollte. In dem neuen Deutschland glaubte sie ihn endlich gefunden zu haben, und so bemühte man sich, jenes an seine Seite zu fesseln und es von Österreich fernzuhalten, das seinerseits immer noch über die Niederlage von 1866 grollte. Als letztes Ziel dachte man sich wohl eine Teilung des Donaureiches zwischen den beiden Al-

liirten, bei welcher Rußland die vorwiegend slavischen Provinzen desselben und, zunächst indirekt, Gebiete der türkischen Balkanländer erwerben sollte. Fürst Bismarck aber war nicht gemeint, dazu die Hand zu bieten, er hatte klar erkannt, daß Deutschland nicht mit weitern Vergrößerungen, sondern mit Erhaltung des Friedens gedient sei, und daß zu diesem Zwecke zuvörderst die Versöhnung Deutschlands, dann die Rußlands mit Österreich erstrebt werden müsse. Daß ein einmal hergestelltes freundschaftliches Verhältnis Deutschlands zu letzterm Dauer verhieß, ergab sich aus der wesentlichen Übereinstimmung der Interessen beider Staaten, und wenn die Interessen Österreichs und Rußlands auseinandergingen, so mußte dieses doch für die nächste Zeit Sicherung der Ruhe willkommen heißen. So begannen von Berlin aus die Verhandlungen, die zu dem Dreikaiserbunde von 1872 führten. Gortschakoff ging auf den Gedanken Bismarcks aber unzweifelhaft mit dem Hintergedanken ein, Deutschland werde sich, wenn die orientalischen Pläne des Petersburger Kabinets zur Ausführung gereift seien, zur Förderung derselben bestimmen lassen. Das Reifwerden jener Pläne aber hätte geraume Zeit währen können, wenn die rasche Ausbreitung und Erhitzung der panslavistischen Agitation und die Notwendigkeit, dem Krankheitsstoffe, der sich im russischen Volkskörper während der letzten Jahrzehnte angesammelt hatte, Abfluß nach außen zu schaffen, verbunden mit dem Bedürfnisse Gortschakoffs, populär zu bleiben und der Welt als großer Stern am politischen Firmamente zu erscheinen, den Gang der Dinge nicht beschleunigt hätte.

So zeigten sich schon im Jahre 1875 im Nordwesten der europäischen Türkei die Vorboten eines neuen russischen Angriffs auf die Pforte, die in der nächsten Zeit einen ernsteren Charakter annahmen und nun die Thätigkeit der Diplomatie zur

Verhütung eines Weltkrieges erforderten. Die drei Ostmächte verständigten sich im Dezember 1875 über ein Reformprogramm in Betreff der Sachlage im ottomanischen Reiche, welches sich auf den Grundgedanken basirte, ein Zustand, welcher die gemeinschaftliche Existenz der dortigen Bevölkerung, die sich mit so viel Erbitterung bekämpft habe, möglich mache, werde nur gesichert erscheinen, wenn die christliche Religion rechtlich und thatsächlich mit dem Islam vollständig gleichgestellt werde, und welches von Graf Andrassy den übrigen Großmächten in einer Note vom 30. Dezember mitgeteilt wurde. Im Mai 1876 kam der Kaiser von Rußland nach Berlin, und zu gleicher Zeit berieten sich Bismarck, Andrassy und Gortschakoff über die Frage, wobei es sich hauptsächlich um Verständigung zwischen den beiden etztern Staatsmännern handelte, der Vertreter der deutschen Politik dagegen, da die beabsichtigte Friedensstiftung Deutschland nur mittelbar anging, sich nur zu moralischer Unterstützung derselben bereit erklärte. Das Ergebnis der Verhandlungen war das Berliner Memorandum vom 13. Mai, das ein gemeinsames Einwirken Europas auf die Pforte und andrerseits auf die Insurgenten in Bosnien und der Herzegowina zum Behuf einer Verständigung zwischen den beiden Parteien, sowie einen zweimonatlichen Waffenstillstand vorschlug. Den drei andern Großmächten zum Anschlusse mitgeteilt, wurde das Memorandum von Frankreich und Italien angenommen, von England dagegen abgelehnt, weil am Schlusse desselben gesagt war: „Sollte die Frist des Waffenstillstandes verlaufen, ohne daß ein solches Ergebnis [eine Beruhigung der aufständischen Provinzen durch Reformen von seiten der türkischen Regierung] erzielt worden wäre, so würden die drei kaiserlichen Höfe nach gemeinsamer Verständigung ihrem diplomatischen Vorgehen wirksamere Maßregeln hinzuzufügen haben, wie sie im Interesse des All-

gemeinen und zur Vermeidung des Weitergreifens der Empörung geboten erscheinen."

Die Bedeutung der Berliner Besprechungen fand Andrassy nach der Erklärung, die er am 18. Mai im Budgetausschusse der österreichisch-ungarischen Reichsratsdelegation abgab, in der „vollständigen Einigung der drei Mächte über die Ziele in der Sache und über die nach Maßgabe der gegenwärtigen Verhältnisse anzuwendenden Mittel," sowie in dem „Vorhaben, sich auch fernerhin von Fall zu Fall zu verständigen."

In den Tagen vom 14. bis 18. Juni waren die Kaiser von Deutschland und Rußland ins Ems beisammen. Am 8. Juli trafen sich die Kaiser Franz Josef und Alexander in Reichstadt, und das Resultat der Begegnung war der Beschluß, unter den gegenwärtigen Umständen an der Nichtintervention festzuhalten, und nur wenn andre Verhältnisse es erfordern sollten und ein konkreter Fall vorläge, ein weiteres vertrauliches Einvernehmen zwischen allen christlichen Mächten einzuleiten. Schien jetzt jede Gefahr, daß der Krieg die bisherigen Grenzen überschreiten werde, beseitigt zu sein, so machten die greuelvolle Unterdrückung des bulgarischen Aufstandes durch türkische Irreguläre und die Kriegserklärungen Serbiens und der Pforte dieser Hoffnung sehr bald ein Ende. Im Herbst bewölkte sich der politische Horizont im Südosten Europas immer mehr. Die Serben wurden von den Türken wiederholt gründlich geschlagen. Eine Konferenz in Konstantinopel sollte nach einem zwischen Rußland und England vereinbarten und von den übrigen Mächten gutgeheißenen Plane weitere Kämpfe auf dem Kriegsschauplatze auf der Balkanhalbinsel verhüten, indes zeigte die Pforte sich in Betreff mehrerer Punkte der von ihr verlangten Zugeständnisse abgeneigt, und der Zusammentritt der Konferenz verzögerte sich. Rußland begann jetzt zu rüsten, und am 31. Oktober überreichte der Vertreter des-

selben in Konstantinopel dem türkischen Minister des Auswärtigen ein Ultimatum, in welchem unter Hinweis auf die vielfachen Bande und die hundertjährigen Traditionen, welche die russische Nation an die christliche Bevölkerung der Balkanhalbinsel knüpften, auf die daraus erklärlichen Sympathien und auf die Übereinstimmung des Kaisers mit letztern, sowie auf das „unnütze Blutvergießen“ in Serbien erklärt wurde, daß der Kaiser die Fortsetzung der türkischen Operationen hier nicht länger dulden könne, sondern Eintritt eines effektiven und bedingungslosen Waffenstillstandes verlangen müsse, widrigenfalls die russische Botschaft Konstantinopel verlassen werde. Bald darauf, am 2. November, äußerte Alexander in Livadia gegen den britischen Botschafter, Lord Loftus, die Pforte habe durch eine Reihe von Manövern alle Versuche Europas zur Beendigung des Krieges und zur Sicherung des allgemeinen Friedens vereitelt, und wenn die übrigen Mächte sich das gefallen lassen wollten, so könne er es nicht länger mit der Ehre, der Würde und den Interessen Rußlands vereinigen. Zu gleicher Zeit verpfändete er sein Ehrenwort, daß er eine Erwerbung Konstantinopels nicht beabsichtige, und daß, wenn er sich genötigt sehen sollte, Bulgarien zu besetzen, dies nur so lange dauern werde, bis der Friede hergestellt und die Sicherheit der christlichen Bevölkerung gefestigt sei. Ein Beweis dafür sei der inzwischen der englischen Regierung gemachte russische Vorschlag, Österreich solle Bosnien, Rußland Bulgarien besetzen, und es solle vor Konstantinopel eine Flottendemonstration stattfinden, wobei England die herrschende Macht sein würde. Schließlich faßte der Kaiser seine Forderungen in folgende Punkte zusammen: Waffenstillstand, sofortiger Zusammentritt einer Konferenz zur Einführung von Reformen in den betreffenden drei Provinzen der Türkei, welche die Interessen der dortigen christlichen Bevölkerung schützen und ihnen die zu diesem Zwecke

erforderliche Autonomie gewähren würden, endlich wirksame Garantien seitens der Pforte für Durchführung jener Reformen.

Wie der deutsche Kanzler seine Stellung zur Entwicklung der Dinge angesehen wissen wollte, geht zunächst aus den Äußerungen hervor, die er am 1. Dezember bei einem von ihm dem Vorstande des Reichstags gegebenen Diner gegen seine Tischgenossen that. Er sagte da ungefähr: Die Aufgabe Deutschlands sei hier vor allem Erhaltung des Friedens, und an dieser sei noch nicht zu verzweifeln. Sollte es aber zum Kriege kommen, was allerdings wahrscheinlich sei, so würden Rußland und die Türkei wohl nach einiger Zeit desselben müde werden und Deutschland dann mit mehr Aussicht auf Erfolg als jetzt vermitteln können. Gegenwärtig einen Rat an Rußland zu erteilen, sei mißlich. Die Folge davon werde eine Verstimmung der russischen Nation sein, und das sei schlimmer als eine vorübergehende Differenz mit einer Regierung. England werde schwerlich einen offnen, sondern höchstens einen offiziösen Krieg mit Rußland führen, wie letzteres in Serbien mit den Türken. Über Österreich sprach sich der Fürst sympathisch aus, indem er bemerkte, wenn Österreich genötigt sein sollte, sich am Kriege zu beteiligen, und Gefahren für dessen Bestand sich zeigen sollten, so sei es Deutschlands Beruf, für letztern, sowie überhaupt im großen und ganzen für den der jetzigen Landkarte einzutreten. Deutschland werde seine volle Uneigennützigkeit zeigen; es sei die Bleigarnirung, welche die Figur immer wieder zum Stehen bringe. Österreich habe übrigens eine große Lebenskraft, eine größere als manche Leute meinten. Das habe er auch dem Lord Salisbury bemerkt [mit dem er am 22. und 23. November in Berlin Besprechungen gehabt hatte], und das werde sichtbar werden, wenn der Kaiser Franz Josef sich unter Umständen selbst an seine Völker wenden sollte.

In der Reichstagssitzung vom 5. Dezember ergriff Fürst Bismarck die Gelegenheit, die ihm eine Interpellation Eugen Richters bot, um sich ausführlicher über seine damalige Auffassung der Sachlage und Deutschlands Interesse und Pflicht derselben gegenüber auszusprechen. Der fortschrittliche Abgeordnete hatte gefragt, was der Reichskanzler in Betreff des soeben erlassenen Ukas zu thun gedenke, nach welchem von Neujahr an die russischen Eingangszölle in Gold entrichtet werden sollten, und dabei die Meinung geäußert, Rußland verlange jetzt von Deutschland Gefälligkeiten, die dieses sich durch Zugeständnisse auf dem Gebiete des Zollwesens bezahlen lassen könne. Der Kanzler erwiederte zunächst: „Ich muß bedauern, daß eine in dem Maße mit uns befreundete Regierung eine derartige Wirtschaftspolitik betreibt, ich wünschte, ich könnte sie überzeugen. So lange sie sich aber nicht durch die Russen selbst überzeugen läßt, so lange wird ein fremder Minister, der immer als Interessent verdächtig ist, darüber eine geringere Autorität haben als der unbeteiligte Russe und andre, die dieses Ziel schon seit langer Zeit ohne Erfolg erstreben.“ Er bemerkte dann, der Vorredner habe „sich wegen eines gewissen Dilettantismus den Zusammenhang der Abstufungen zwischen Freundschaft, Kälte, Verstimmung, Zwistigkeit in Gegenwart und Zukunft doch nicht recht klar gemacht,“ worauf er fortfuhr: „Wenn man zur unrechten Zeit einer Macht, die sich in gespannter Situation befindet, einen Stock zwischen die Räder schiebt, so ist es möglich, daß der Stock für den Augenblick wirkt, aber der Kutscher des Wagens merkt sich dann den, welcher den Stock dazwischen geschoben hat, und es ist immerhin möglich, daß das, was dem Herrn Vorredner jetzt ganz unverfänglich erscheint, der erste Anfang und der Keim wird zu einer Verstimmung, die allmählich immer weiter greift. . . . Der Herr Vorredner befindet sich

wie so mancher andre in dem Irrtume, daß er glaubt, Rußland verlange von uns im Augenblicke große Gefälligkeiten und Dienste. Das ist durchaus nicht der Fall. Er hat angedeutet, als wenn Rußland mit Eroberungen umginge und sein Ländergebiet erweitern wollte. . . . Bis jetzt liegt nichts weiter vor als die feierliche Versicherung des Kaisers Alexander, . . . daß er seinerseits auf Eroberung und Erwerb verzichten wolle. . . . Rußland verlangt von uns gar nichts, wofür wir unsrerseits einen Preis fordern könnten, gar nichts als auf einer friedlichen Konferenz unsre Mitwirkung zu einem Zwecke, der auch der unsrige ist, nämlich zu einer besseren Stellung der Christen in der europäischen Türkei und der Herbeiführung von Zuständen, bei denen solche Vorgänge wie die Metzeleien der Tscherkessen in Bulgarien nicht mehr zu den Wahrscheinlichkeiten gehören, kurz eine Sicherstellung der christlichen Unterthanen der Pforte gegen eine Behandlung, die sich mit den heutigen Rechtszuständen in Europa nicht verträgt, und über deren Abstellung ganz Europa einig gewesen ist; es hat nur nicht die rechte Form finden können, diese Einigkeit wirksam zu machen. . . . Nach den Erklärungen der russischen Regierung ist die Wahrscheinlichkeit sehr nahe gelegt, daß Rußland [bei resultatlosem Verlaufe der Konferenz] auf eigne Hand vorgehen würde, um mit den Waffen der Pforte abzukämpfen, was sie friedlich nicht bewilligen will. Auch für diesen Fall verlangt Rußland keinen Dienst von uns, sondern nur unsre Neutralität, was vollständig in unserm Interesse liegt. . . . Wir können doch unmöglich in dem Augenblicke, wo Rußland für unsre gemeinschaftlichen Zwecke seine Kräfte in Bewegung setzt, unsre Truppen an die Grenze schicken und ihm dies verbieten. . . . Einige Parteien bei uns sind Rußland abgeneigt, aus Gewohnheit, aus Erbschaft, aus Erinnerung [die Fortschrittspartei], andre, weil die russische Re-

gierung ihren Interessen auf konfessionellem Gebiete nicht nachgiebt [die Klerikalen]. Aber bemühen sich die Herren, wie sie wollen, ich gebe Ihnen die Versicherung, so lange wir auf diesem Flecke stehen, wird es Ihnen nicht gelingen, unsre guten, innigen und soliden Beziehungen zu Rußland zu stören.... Die Herren, die eine Trübung unsrer Beziehungen zu Rußland zum Bedürfnis haben, sind vom Ziele weit entfernt; denn das Bündnis, welches die drei Kaiser auf längere Zeit vereinigt, besteht in voller Wirkung, und ich kann versichern, daß das Verhältnis zwischen Rußland und Österreich von jeder Trübung weit entfernt ist.... Man würde aber fehlgehen, wenn man daraus schließen wollte, daß das Dreikaiserbündnis in sich eine Spitze gegen die dritte der hauptsächlich in der orientalischen Frage beteiligten Mächte, gegen England, zu bilden bestimmt sei. Wir haben mit England nicht minder wie mit Rußland die Tradition hundertjähriger guter Beziehungen.... Ich werde zu irgendwelcher aktiven Beteiligung Deutschlands nicht raten, so lange in dem ganzen Streite für uns kein Interesse in Frage steht, welches die gesunden Knochen auch nur eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre. ... Wir sind hier allerdings die Mindestbeteiligten; vielleicht ist Frankreich ebensowenig beteiligt; von den übrigen Mächten ... kann man das absolut nicht sagen, insoweit für sie die Dinge doch eine solche Gestalt annehmen können, welche die türkischen Interessen zu einheimischen, zu englischen und russischen Interessen macht. ... Wenn die jetzige orientalische Frage, so weit sie sich übersehen läßt und nicht überhaupt auf Konjekturen und Phantasien beruht, für uns meinem Urteile nach keine Kriegsfrage enthält, so enthält sie doch sehr wohl die Aufforderung zu einer außerordentlich vorsichtigen Politik, die sich den andern Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfiehlt. ... Mein Bestreben und meine

mir von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist: in dem diplomatischen Verkehre dahin zu wirken, daß, wo möglich, die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbeteiligten Mächten stehen, ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen. . . . Diese Aufgabe könnte uns nur dadurch verdorben und gestört werden, wenn irgend einer unsrer Freunde von uns verlangte, unsre stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu bethätigen, daß wir den andern Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im Gegenteil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln. Ich bin aber nicht des Glaubens, daß man uns solche Zumutungen machen will. . . . Man weiß die Nützlichkeit unsrer Stellung zu schätzen; denn wir haben die Möglichkeit, unbeteiligt zu vermitteln." Der Kanzler schloß mit der Erklärung: „Jedenfalls wird unser Bestreben dahin gerichtet sein, in erster Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundschaft mit unsern bisherigen Freunden bewahren; in zweiter Linie werden wir, soweit es durch freundschaftliche, von allen Seiten bereitwillig aufgenommene Vermittelung möglich ist, unter absolutem Ausschluß aber jeder drohenden Haltung von unsrer Seite, uns bestreben, den Frieden unter den europäischen Mächten nach Möglichkeit zu erhalten, also den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen sollte, nach Möglichkeit zu lokalisiren. Gelingt das nicht, so entsteht eine neue Lage, über die ich mich in Konjekturen nicht einlassen kann, und über die Sie von mir heute keine Auskunft verlangen werden."

Diese neue Lage sollte bald eintreten. Inzwischen aber wurden von verschiedenen Seiten Versuche gemacht, den Kanzler von seiner vorsichtigen Politik abzubringen. Im Januar 1877 beschwor die Times den deutschen Reichskanzler, zu befehlen, daß Ruhe gehalten werde. Etwas später richtete sie eine gleiche bewegliche Ansprache an den Kaiser Wilhelm. Als der Fürst

Bismarck im April um Enthebung von seinem Posten gebeten hatte, brachte der Czas, das Organ der aristokratisch-ultramontanen Partei unter den Polen, der durch seine Patrone, die Radziwills, die Czartoryskis u. a., mitunter recht gute Nachrichten über die Stimmung, die Absichten und die Vorgänge in Hofkreisen und sonst in den obern Sphären der Gesellschaft empfängt, eine Mitteilung, nach welcher die Königin Victoria vor einiger Zeit direkt an Bismarck geschrieben haben sollte, um ihm Einspruch gegen einen Angriff Rußlands auf die Pforte zu empfehlen. Die Antwort habe ausweichend gelautet. Darauf sei ein zweiter Brief Ihrer britischen Majestät an den Reichskanzler ergangen, in welchem sie ihm jenes Einschreiten dringender ans Herz gelegt habe. Die Antwort drückte sich diesmal etwas bestimmter aus, berichtete das polnische Blatt, sie war aber noch nicht nach dem Geschmacke der Königin, und so wendete sie sich jetzt mit einem Schreiben an den Kaiser, um ihn und Deutschland für den ausbrechenden Krieg verantwortlich zu machen. Wir haben Ursache, diesen Bericht für glaubwürdig zu halten, und dürfen hinzufügen, daß jenes Ansinnen, nach welchem wir den russischen Nachbar, ohne durch unsre Verhältnisse und Bedürfnisse veranlaßt zu sein, lediglich aus Gefälligkeit gegen England, damit dieses sich nicht zu sehr für seine kommerziellen und politischen Interessen am Bosporus zu erhitzen brauchte, zu nötigen verpflichtet gewesen wären, sich ruhig zu verhalten — daß also jenes mindestens sehr eigentümliche Verlangen, auch noch auf einem andern für Kenner der Persönlichkeiten des Berliner Hofes unschwer zu erratenden Wege an den König gelangt ist, der, durchaus friedfertig gesinnt und von dem aufrichtigen Wunsche beseelt, sich selbst und dem deutschen Volke neue Kriege erspart zu sehen, in dieser Stimmung geneigt sein konnte, Wünschen und Ratschlägen Gehör zu geben, die nach der Mei-

nung derjenigen, die sie ihm vortrugen, dem Frieden dienten. Derartige Ratschläge können aber, wenn sie nicht von einer hohen Intelligenz und einem weiten Blicke, der alle in Betracht zu ziehenden Umstände und Möglichkeiten klar überschaut, eingegeben sind, gerade zum Gegenteile dessen, was damit bezweckt wird, also gerade zum Kriege führen. Gesetzt, der Kaiser und sein Kanzler hätten sich von London aus bestimmen lassen, Deutschland hätte sich in Positur gesetzt und nach Osten hin Ruhe geboten, Rußland aber hätte sich an das Machtwort nicht gekehrt und marschiren lassen, was würde geschehen sein? Entweder hätte man zur Erzwingung des Friedens einen gefährlichen Krieg auf sich nehmen müssen, bei dem man im günstigsten Falle Blut und Geld für England geopfert haben würde, oder das deutsche Machtwort hätte, ohne Nachdruck mit Thaten bleibend, nur die Ohnmacht Deutschlands den Russen gegenüber dargethan, wir wären einer schweren Demütigung verfallen, und zwar obendrein im Dienste der Interessen einer Macht, die den Deutschen kaum jemals im Ernste wohlgewollt hat, und die ihnen ihre gegenwärtige Bedeutung in Europa sicher nur insofern gönnt, als sie sich vielleicht einmal zur Förderung von Zwecken ihrer Kaufmannspolitik gewinnen und verwenden lassen könnte.

Auf Vorkonferenzen, an denen die Türkei nicht teilnahm, folgten in Konstantinopel Konferenzen, bei denen die letztere vertreten war, und die vom 23. Dezember 1876 bis zum 20. Januar 1877 dauerten. Dieselben blieben ergebnislos, weil die Pforte die gemeinsamen Forderungen der übrigen Konferenzmächte nicht annehmen zu dürfen meinte. Darauf erließ das Petersburger Kabinet ein Rundschreiben, in welchem es erklärte: „Die Weigerung der türkischen Regierung berührt Europa in seiner Würde und seiner Ruhe. Es kommt uns darauf an, zu wissen, was die Kabinette, mit welchen wir uns

bisher im Einvernehmen befanden, zu thun gedenken, um auf diese Weigerung Antwort zu geben und die Ausführung ihres Willens zu sichern." Die Reise des Generals Ignatiew, bisherigen russischen Botschafters bei der Pforte, nach Berlin, Paris und zuletzt auch nach London gab Gelegenheit zu weiteren, jetzt vertraulichen Verhandlungen, bei denen sich die deutsche Regierung wie bisher die Erhaltung eines guten Einvernehmens unter den Mächten, namentlich zwischen Rußland und England, in jeder Weise angelegen sein ließ, und die damit endigten, daß das in Konstantinopel zwischen den christlichen Mächten erzielte grundsätzliche Einverständnis über die an den Sultan zu richtenden Anforderungen in London nunmehr noch in einem ausdrücklich vereinbarten Schlußprotokoll niedergelegt und der Pforte in Gestalt eines Gesamtverlangens aller europäischen Großmächte kundgegeben wurde. Das Protokoll wurde von der türkischen Regierung in schroffer Weise abgelehnt, und jetzt erklärte der Kaiser von Rußland dem Sultan den Krieg. Am 24. April überschritten seine Truppen die türkische Grenze, und es begann ein Feldzug, der anfänglich den Russen fast nur Niederlagen und schwere Verluste brachte, später aber zu einer beinahe vollständigen Vernichtung der türkischen Heeresmacht wurde und die russischen Truppen anfangs Februar 1878 bis hart unter die Mauern Konstantinopels führte. Es kam zu einem Waffenstillstande, nachdem Rußland der Pforte die sehr ungünstigen Präliminarien von San Stefano aufgezwungen hatte. Andrerseits ließ England seine Flotte nicht fern von da erscheinen, und es schien, als ob es zu einem Zusammenstoße der beiden Mächte kommen würde. Österreich lud die Mächte zu einer Konferenz in Wien ein, welche den Zweck haben sollte, „die Übereinstimmung Europas über die Veränderungen herbeizuführen, welche durch die Friedensbedingungen zwischen Rußland und der Türkei

in Bezug auf die Verträge von 1856 und 1871 notwendig werden könnten."

In dieser Zeit, am 19. Februar, gab der Reichskanzler auf eine von Bennigsen motivirte Interpellation der vereinigten konservativen und liberalen Parteien des Reichstages, welche befürchtete, Rußland werde auf Grund des Präliminarfriedens einen für Österreich gefährlichen Einfluß auf die Balkanländer ausüben, der auch für Deutschland bedenkliche Folgen haben würde, seine Ansicht von der Sachlage in längerer Auseinandersetzung kund, die sich in folgenden Hauptsätzen ausdrückte: Die Bestimmungen der Präliminarien, welche die Konstituirung Bulgariens, dessen Teilung in zwei Provinzen und dessen Begrenzung, ferner die Unabhängigkeit von Montenegro, endlich die von Serbien und Rumänien betreffen, „berühren das deutsche Interesse nicht in dem Maße, daß wir darüber die Beziehungen zu unsern Grenznachbarn, zu unsern Freunden aufs Spiel setzen könnten. . . . Die Frage, ob im Frieden durch die Dardanellen Kriegsschiffe fahren können, halte ich zwar nicht für unwichtig, aber doch nicht für so, daß man deshalb Europa sollte in Brand stecken können. . . . Ob der Besitz der Dardanellen in eine andre Hand übergehen soll, ist ein ganz andres Ding, aber eine Eventualität und Konjunktur, die meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation nicht vorliegt. . . . Das hervorragendste deutsche Interesse im Orient besteht darin, daß uns die Wasserstraßen, sowohl die der Meerengen wie die der Donau vom Schwarzen Meer aufwärts, in derselben Weise wie bisher freibleiben, und das ist wohl sicher, ja garnicht in Frage gestellt. . . . Eine bessere Regierung der christlichen Nationen in der Türkei wird durch die zuerst genannten Punkte gewahrt werden, und das ist das zweite, minder direkte, aber doch menschlich indizirte Interesse, welches Deutschland an der Sache hat."

In Betreff der Möglichkeit eines europäischen Krieges bemerkte der Kanzler: „Die russische Politik sagt mit Recht: wir haben keine Neigung, uns alle zehn oder zwanzig Jahre der Notwendigkeit einer türkischen Kampagne auszusetzen, . . . aber sie kann auch nicht wünschen, dieser Gefahr die einer sich vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren wiederholenden Verwicklung mit Österreich und England zu substituiren. Es liegt auch im Interesse Rußlands, zu einer Abmachung zu kommen und die Sache nicht auf spätere, vielleicht unbequemere Zeiten zu verschieben. Daß Rußland geneigt sein könnte, die Anerkennung der Änderungen, die es für notwendig hält, von den übrigen europäischen Mächten durch Krieg zu erzwingen, halte ich für ganz unwahrscheinlich. . . . Es tritt dann die andre Frage ein, ob diejenigen, die unzufrieden sind mit den russischen Abmachungen, bereit sind, Krieg zu führen, um Rußland zu nötigen, seine Bedingungen abzuschwächen und einen Teil davon aufzugeben, auf die Gefahr hin, in Rußland bei der Heimkehr der Truppen das Gefühl zu hinterlassen, . . . daß die Sache eigentlich nicht zu Ende wäre und noch einmal versucht werden müßte. . . . Wenn es durch Krieg gelänge, Rußland zu zwingen, mehr aufzugeben als erträglich, so fiele den Siegern die Aufgabe und die Verantwortung zu, darüber zu bestimmen, was aus diesen Ländern der europäischen Türkei nunmehr werden sollte." Die Wiedereinsetzung der türkischen Herrschaft hält der Kanzler nicht für wahrscheinlich, es müsse also, meint er, etwas andres an deren Stelle treten, und da glaubt er z. B. nicht, „daß die nächste benachbarte Macht, Österreich-Ungarn, im Hinblick auf ihre eignen slavischen Unterthanen sehr lebhaft wünschen könne, die ganze Erbschaft der heutigen russischen Eroberungen und für die Zunkunft dieser slavischen Länder die Verantwortung zu übernehmen, sagen wir durch Einverleibung in den unga-

rischen Staat oder durch Vasalleneinrichtung. . . . Um diesen Eventualitäten zu begegnen, ist der Gedanke der Konferenz zuerst von der österreichisch-ungarischen Regierung vorgeschlagen worden, und wir sind, glaube ich, von Hause aus beinahe die ersten gewesen, die bereitwillig darauf eingegangen sind. . . . Die Wahl des Ortes ist für uns ziemlich gleichgiltig; ich habe in Bezug auf deutsche Orte weiter keine Meinung geäußert als die, daß auf deutschem Boden auch deutsches Präsidium stattzufinden haben werde."

Hinsichtlich der Stellung, welche Deutschland auf der Konferenz einzunehmen haben werde, gab der Reichskanzler folgende für die ganze Art und Weise, wie er Politik treibt, höchst bezeichnende Andeutungen. „Wenn von vielen Seiten an uns die Zumutung gekommen ist, . . . wir sollen von Hause aus unsre Politik festlegen und sie andern aufdrängen in irgend einer Form, so muß ich sagen, daß ich das mehr für Preßpolitik als Staatenpolitik halte. . . . Nehmen Sie an, daß wir jetzt auch nur ein festes Programm aussprechen, an das uns zu halten wir, wenn wir es von amtlicher Seite öffentlich . . . verkündigten, gebunden sein würden, so würden wir bei allen denen, die es für sich günstig fänden, eine gewisse Prämie auf ihre Unverträglichkeit setzen. Wir würden ferner uns die Rolle der Vermittlung in der Konferenz, auf die ich den allergrößten Wert lege, fast unmöglich machen, weil jeder, mit dem Menü der deutschen Politik in der Hand, uns sagen könnte: so weit kann die deutsche Politik gehen, das kann sie thun, das kann sie nicht thun. . . . Die Vermittlung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir bei divergirenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des deutschen Reiches, sondern ich denke sie mir bescheidener, . . . mehr als die eines ehrlichen Maklers, der das

Geschäft wirklich zu stande bringen will. Wir sind in der Lage, einer Macht, die geheime Wünsche hat, die Verlegenheit zu ersparen, bei ihrem, ich will einmal Kongreßgegner sagen, sich entweder einen Korb oder eine unangenehme Antwort zu holen. Wenn wir mit beiden gleich befreundet sind, können wir zuvor sondiren und dem andern sagen: thue das nicht, versuche es so und so anzubringen. . . . Ich habe eine langjährige Erfahrung in diesen Dingen, und ich habe mich oft überzeugt, wenn man zu zweien ist, fällt der Faden öfter, und aus falscher Scham nimmt man ihn nicht wieder auf. Der Moment, wo man ihn wieder aufnehmen könnte, vergeht, und man trennt sich in Schweigen und ist verstimmt. Ist aber ein dritter da, so kann dieser ohne weiteres den Faden wieder aufnehmen, ja, wenn sie getrennt sind, bringt er sie wieder zusammen. Das ist die Rolle, die ich mir denke, und die den freundschaftlichen Verhältnissen entspricht, in denen wir in erster Linie mit unsern befreundeten Grenznachbarn überhaupt leben, und dann vermöge der seit einem Lustrum bestehenden Einigkeit der drei Kaiserhöfe, die aber auch dem vertrauten Verhältnis entspricht, in dem wir mit einem andern Hauptinteressenten, mit England, uns befinden. Wir sind mit England in der glücklichen Lage, keinen Streit der Interessen zwischen uns zu haben, es seien denn Handelsrivalitäten und vorübergehende Verstimmungen, die ja vorkommen, aber doch nichts, was ernsthaft zwei arbeitsame, friedliebende Nationen in Krieg bringen könnte, und ich schmeichle mir deshalb, daß wir auch zwischen England und Rußland unter Umständen ebenso gut Vertrauensperson sein können, als ich sicher bin, daß wir es zwischen Österreich und Rußland sind, wenn sie sich nicht von selbst einigen können. . . . Wir haben stets vermieden, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen Österreich und Rußland waren, eine Majorität von zwei gegen eins

zu bilden, indem wir bestimmt für einen Partei nahmen, auch wenn unsre Wünsche etwa in der Beziehung nach der einen Seite uns mehr als nach der andern hingezogen hätten. Wir haben uns dessen enthalten, weil wir besorgten, daß das Band doch nicht stark genug sein möchte, und gewiß kann es nicht so stark sein, daß es eine dieser Großmächte veranlassen könnte, aus Gefälligkeit für eine andre die eigenen unbestreitbaren staatlichen und nationalen Interessen darüber hintanzustellen. Das ist ein Opfer, welches keine Großmacht pour les beaux yeux der andern bringt. Sie bringt es, wenn statt der Argumente die Hindeutung auf die Machtverhältnisse eintritt. Da kann sie unter Umständen sagen: diese Konzession zu machen, ist mir sehr unangenehm, aber es ist mir noch unangenehmer, mit einer so großen Macht wie Deutschland etwa darüber in Zwist zu geraten; indessen werde ich mir dieses merken und in Rechnung stellen."

Der Kanzler wendete sich nun gegen die übertriebenen Ansprüche, die man in der Presse an Deutschlands Vermittlung gestellt hatte, und erklärte, so lange er die Ehre habe, Ratgeber des Kaisers zu sein, könne davon nicht die Rede sein. Dann fuhr er fort: „Ich bin nicht der Meinung, daß wir den napoleonischen Weg zu gehen haben, um, wenn nicht der Schiedsrichter, so doch der Schulmeister in Europa sein zu wollen. . . . Wir sollen Stellung zwischen England und Österreich nehmen, um Rußland um das Verdienst zu bringen, die Konzessionen, welche es etwa dem europäischen Frieden machen kann, freiwillig zu machen. Ich zweifle nicht, daß Rußland das, was nach seinem Nationalgefühl, nach seinem eignen Interesse, nach dem Interesse von achtzig Millionen Russen möglich ist, dem europäischen Frieden zum Opfer bringen würde, aber . . . nehmen Sie an, wir folgten diesen Ratschlägen und erklärten Rußland in höflicher und freundschaftlicher Weise, wir sind zwar seit

hundert Jahren Freunde gewesen, Rußland hat uns Farbe und Freundschaft gehalten, während wir in schwierigen Verhältnissen waren; aber jetzt liegt die Sache doch so: im europäischen Interesse als Policemen von Europa, als eine Art von Friedensrichter dürfen wir diesen europäischen Anforderungen nicht länger widerstehen. Es giebt in Rußland erhebliche Parteien, die Deutschland nicht lieben, und die glücklicherweise nicht am Ruder sind, die aber auch nicht unglücklich sein würden, wenn sie ans Ruder kämen. [Die Panslavisten.] Wie würden die nun zu ihren Landsleuten sprechen, vielleicht auch andre Leute, vielleicht auch noch andre Staatsmänner [Gortschakoff], die jetzt noch nicht unsre ausgesprochenen Feinde sind. Sie würden sagen: mit welchem Opfer an Blut, Menschen, Schätzen haben wir die Stellung erreicht, die seit Jahrhunderten das Ideal des russischen Ehrgeizes war! Wir hätten sie gegen diejenigen Gegner, die ein wirkliches Interesse hätten, sie uns zu bestreiten, behaupten können. Es ist nicht Österreich, mit dem wir lange Zeit in mäßig intimen Verhältnissen gelebt haben, es ist nicht England, welches ganz offen anerkannte Gegeninteressen hat, nein, unser intimer Freund, von dem wir glaubten, wegen früher Gegendienste erwarten zu dürfen, Deutschland, welches keine Interessen im Orient hat, hat hinter unserm Rücken nicht den Degen, sondern den Dolch gezückt. . . . Wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit Menschenaltern erprobte Freundschaft einer großen mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern. . . . Diese Freundschaft deshalb aufs Spiel zu setzen mit dem einen Freunde, um einem andern in Fragen, an welchen wir Deutschen ein direktes Interesse nicht haben, gefällig zu sein, mit unserm eignen Frieden den Frieden andrer zu erkaufen, . . . das kann ich wohl, wo ich nichts als meine

Person in die Schanze zu schlagen habe, ich kann es aber nicht, wenn ich die Politik eines großen, mitten in Europa gelegenen Reiches von vierzig Millionen Sr. Majestät dem Kaiser gegenüber zu beraten habe, und deshalb erlaube ich mir, hier auf der Tribüne allen diesen Stimmen und Zumutungen in offner Absage zu erklären, daß ich mich darauf unter keinen Umständen einlassen würde. . . . Nur für den Schutz unsrer Unabhängigkeit nach außen, unsrer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht bloß das einstimmige notwendige Votum des Bundesrates, sondern auch die volle Überzeugung, die volle Begeisterung der Nation uns trägt — nur einen solchen Krieg bin ich bereit, dem Kaiser anzuraten."

Im Laufe der Debatte hatte der Abgeordnete Windthorst eine Rede mit allerlei verdeckten Angriffen und Anschuldigungen gegen die Politik des Reichskanzlers gehalten, in der er zum Schlusse den Wunsch auszusprechen für nötig erachtet hatte: „Möge es seiner [Bismarcks] Gewandtheit gelingen, den allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten, aber auch dafür zu sorgen, daß das germanische Interesse in dieser ganzen Verhandlung nicht zu kurz komme. Dieses germanische Interesse aber drückt sich aus in dem Interesse Österreichs". Er empfing darauf die Antwort: „Ich kann dem Herrn versichern, daß er nicht nötig hat, uns gegenüber die Interessen Österreichs zu vertreten. Unsre Beziehungen zu Österreich sind die der Gegenseitigkeit, der vollen Offenheit und des beiderseitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit ist, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andre Parteien in Österreich noch mächtiger waren als sie dies heute sind. Nicht bloß von Monarch zu Monarch, nicht bloß von Regierung zu Regierung — nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy zu meiner Freude

und meiner Ehre in demjenigen freundschaftlichen Verhältnisse, welches ihm die Möglichkeit giebt, mir jede Frage, die er für notwendig hält im Interesse Österreichs offen zu stellen, und er hat die Überzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Überzeugung, daß er nur die Wahrheit über Österreichs Absichten sagt. . . . In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner gefallen mögen, war es anders; da habe ich österreichische Kollegen am Bunde mir gegenüber gehabt, denen habe ich gesagt: es ist mir gleichgiltig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen. Der Graf Andrassy glaubt mir, und ich glaube ihm, und wir brauchen zu diesem Verhältnisse die Vermittlung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können."

Am 7. März 1878 änderte Österreich seinen Konferenzvorschlag in eine Aufforderung an die Großmächte zu einem Kongresse der leitenden Minister derselben um, der in Berlin stattfinden sollte. England erklärte, dagegen kein Bedenken zu haben, nur sei wünschenswert, daß alle in dem Friedensvertrage zwischen Rußland und der Türkei behandelten Fragen von den Mächten erörtert würden, und daß keine Abänderung früherer Verträge als giltig anerkannt würde, bevor sie die Zustimmung jener gefunden hätte. Gortschakoff erwiederte darauf, er werde eine Diskussion in Betreff derjenigen Artikel annehmen, welche europäische Interessen berührten, und lehnte es etwas später England gegenüber ab, allein unter den Mächten eine bindende Verpflichtung bezüglich der auf dem Kongresse zu verhandelnden Punkte einzugehen. Der deutsche Kanzler riet zu einer Vorkonferenz zu gemeinschaftlicher Feststellung des Programms für den Kongreß, fand aber bei den Engländern keine Neigung dazu, und ebensowenig ging man in London auf den weitern

Vorschlag des Berliner Kabinets ein, der Einladung zum Kongresse eine Fassung zu geben, nach welcher derselbe zu einer Revision der Verträge von 1856 und 1871 unter Berücksichtigung der neuen Lage der Dinge in der Türkei zusammentreten solle; man verblieb dort vielmehr bei dem Verlangen nach Prüfung des ganzen Vertrags von San Stefano durch die beabsichtigte Diplomatenversammlung. Gortschakoff modifizirte jetzt seine frühere Erklärung dahin, daß es den andern Mächten freistehen sollte, auf dem Kongresse Fragen anzuregen, deren Erörterung ihnen angemessen erscheine, daß Rußland sich aber die Freiheit wahre, die Diskussion solcher Fragen anzunehmen oder nicht. Anfangs April forderte die englische Regierung vom Parlament einen Kredit zur Einberufung der Reserven, und die Möglichkeit eines Krieges zwischen Großbritannien und Rußland schien näherzurücken. Bismarck bemühte sich mit Eifer beim russischen Kabinet um Vermeidung desselben, wobei ihm der russische Gesandte in London, Graf Schuwaloff, der gleichfalls friedfertig gesinnt war, und der ihn auf seiner Reise nach Petersburg besuchte, zur Seite stand. Das Resultat dieser Vorstellungen war günstig: am 30. Mai wurde zwischen Schuwaloff und dem neuen englischen Minister Lord Salisbury eine Übereinkunft abgeschlossen, in welcher die Punkte des Vertrags von San Stefano, über welche Rußland und England sich verständigt hatten, sowie die, über welche der gesamte Kongreß entscheiden sollte, angegeben waren, und nun endlich konnte der deutsche Kanzler die Einladung zum Kongreß erlassen. Derselbe wurde am 13. Juni eröffnet und tagte unter dem Vorsitze des Fürsten Bismarck bis zum 13. Juli. Die Beratungen nahmen anfangs einen langsamen Verlauf, und es gab allerlei Schwierigkeiten zu überwinden, die ohne die geschickte Vermittlung des Vorsitzenden vermutlich ein Auseinandergehen der Ver-

sammlung ohne Erfolg herbeigeführt haben würden. Hauptgegenstand der Verhandlungen war zunächst die bulgarische Frage, dann die Abtretung Batums an Rußland, gegen die englischerseits zwar nichts eingewendet, in Betreff deren aber Schleifung der Festungswerke der Stadt und Erklärung derselben zu einem Freihafen verlangt wurde. Als die Beratungen darüber ins Stocken zu geraten drohten, ließ der Kanzler den Korrespondenten der Times zu sich kommen und hatte mit ihm eine Unterredung, die dieser in seinem Blatte veröffentlichte. Fürst Bismarck sagte bei dieser Gelegenheit ungefähr, er wünsche den Frieden und habe nach Möglichkeit zu dessen Erhaltung beigetragen. England habe in der Einschränkung der Grenzen Bulgariens einen großen Erfolg errungen, nun aber möge man von Rußland nicht neue Zugeständnisse fordern, da dessen Friedensliebe ihre Grenze habe. Käme es noch zum Kriege, so würde Deutschland demselben fern bleiben können. Von besondrer Wichtigkeit war endlich die Frage wegen der Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Österreich und wegen Übernahme der Verwaltung dieser Provinzen von seiten jener Macht. Die türkischen Bevollmächtigten verweigerten anfangs ihre Zustimmung hierzu, als der Vorsitzende aber seine Verwunderung darüber äußerte und die Türken aufforderte, sich bei ihrer Regierung neue Instruktionen zu erbitten, kamen von Konstantinopel Weisungen, nach welchen die Pforte sich in das Unvermeidliche fügte.

Es war nicht die Aufgabe des Kongresses gewesen, die Mittel zu vollständiger Lösung der orientalischen Frage zu finden, er hatte vielmehr nur die Bestimmung gehabt, den vorläufig zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossenen Frieden von San Stefano mit den Bedürfnissen und Ansprüchen der europäischen Mächte und mit den Verträgen von 1856 und 1871

in Einklang zu bringen, und dies wurde erreicht. Der Vertrag von San Stefano hätte in Bulgarien einen großen slavischen Staat geschaffen, welcher unter russischem Einflusse gestanden, in Thracien und Macedonien eine griechische Bevölkerung verschlungen und am Schwarzen wie am Ägeischen Meere Häfen besessen haben würde. Der Berliner Vertrag änderte das sehr wesentlich. Nahezu zwei Drittel des in San Stefano für Bulgarien beanspruchten Gebietes wurden in Berlin unter die direkte politische und militärische Herrschaft des Sultans zurückgeführt. Bulgarien war auf das Donauthal beschränkt und hatte nicht nur keinen Hafen am Archipelagus mehr, sondern reichte jetzt nur noch bis zu einem Punkte, der fünfundzwanzig Meilen von diesem Gewässer entfernt war. Am Schwarzen Meere war der wichtige Hafen Burgas dem ottomanischen Reiche zurückgegeben worden, und Bulgarien behielt hier nur die Rhede von Varna; man hatte nicht mehr zu fürchten, daß es den Russen in den Gewässern, welche der Bosporus und die Dardanellen verbinden, starken Einfluß auf die politischen und kommerziellen Verhältnisse verschaffen werde. Dadurch daß Burgas und die Küste südlich von da unter türkische Herrschaft gestellt und Batum zum Freihafen erklärt worden, war die Bedrohung der Freiheit des Schwarzen Meeres, die der ursprüngliche Vertrag in sich schloß, in hohem Grade abgeschwächt. Kam dies vorzüglich den Engländern zu Gute, so hatte Österreich-Ungarn durch das ihm vom Kongreß erteilte Mandat zur Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina eine bedeutsame Stellung gewonnen, von der aus es den Westen der Balkanhalbinsel militärisch beherrschte, und in welcher es die Verbindung der Slaven an der Adria mit denen an der Donau und Drina unterbrach. Hatte Rußland mit alledem wesentliche Stücke seiner Beute aufgeben müssen, so behielt es davon immer noch genug, um mit

dem Resultate des Krieges zufrieden sein zu können, und dem deutschen Vermittler dieses Ausganges des Streites dankbar zu sein. Rußland hatte den Kongreß erstrebt und durch Vermittlung des deutschen Kanzlers herbeigeführt. Der letztere hatte die russischen Anträge während der Verhandlungen niemals bekämpft, sie vielmehr in allen Fällen nach Möglichkeit unterstützt. Einigemal befand sich die Vertretung Deutschlands auf dem Kongresse mit derjenigen Rußlands in der Minderheit, bei den meisten Fragen aber, wo Meinungsverschiedenheit in Betreff russischer Wünsche eintrat, gelang es dem deutschen Einflusse, diesen Wünschen Befriedigung zu verschaffen. Mitunter und zwar gerade bei den wichtigsten Differenzen über Abtretungen von Gebiet an Rußland hatte der Kanzler hierbei erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, und dieselben wurden dann nur durch die unumwundene Erklärung beseitigt, daß Deutschland auf seine Beteiligung am Kongresse verzichten werde, wenn man die russischen Forderungen ablehne. Diese Unterstützung Rußlands durch Deutschland würde, wie wir bestimmt wissen, noch weiter gegangen sein, wenn ersteres noch andre Ansprüche geltend zu machen versucht hätte. Wenn das letztere nicht geschah, so unterblieb es nicht wegen Mangel an Bereitwilligkeit auf deutscher Seite, sondern deshalb, weil man russischerseits keinen Krieg mit England wollte, was wiederum darin seinen Grund hatte, daß Rußland versäumt hatte, sich im rechten Augenblicke in den Besitz Konstantinopels und der Meerengen zu setzen. Es war ein politischer Fehler, dies zu unterlassen und dann einen Frieden wie den von San Stefano zu schließen. Im Besitze der Dardanellen und des Bosporus hätte Rußland einem Seekriege mit Ruhe entgegensehen können.

Den berechtigten Interessen Rußlands war also Rechnung getragen. Der Fürst Bismarck war den von ihm im deutschen

Reichstage abgegebenen Erklärungen in allen Stücken gerecht geworden, er hatte Rußland jeden Dienst geleistet, der sich mit der Sicherheit Österreich-Ungarns vertrug, er hatte dem durch den Krieg mit den Türken erschöpften alten Verbündeten im Osten einen Weg zwischen Demütigung und einem schwereren Kampfe mit Österreich-Ungarn und England geöffnet. Daß er nicht mehr thun, nicht alle Ansprüche der russischen Politik vertreten und unterstützen konnte, weil er sich und Deutschland dann mit dem übrigen Europa verfeindet hätte, lag auf der Hand. Aber in Moskau und Petersburg sah man das nicht ein. Der deutsche Kanzler hatte die Verkleinerung und Teilung Bulgariens billig gefunden und die von England vorgeschlagene Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich gutgeheißen, und das erschien der russischen Begehrlichkeit wie Verrat an der bisherigen Freundschaft und schwere Undankbarkeit gegenüber dem 1866 und 1870 von Rußland beobachteten Verhalten.

Schon wenige Monate nach dem Berliner Kongresse gab sich dieser Groll in der russischen Presse kund, und schon im August 1878 erklärte der Weßtnik Jewropa, die gebildetste und maßvollste aller Monatsschriften Rußlands,*) in einer Besprechung des Berliner Traktats: „Das Dreikaiserbündnis besteht nicht mehr, und das entspricht vollständig unsrer Meinung, daß Rußland im Bunde mit Deutschland und Österreich eine ihm wünschenswerte Lösung der orientalischen Frage überhaupt nicht erreichen kann. Rußland hat durch den Berliner Vertrag weniger erlangt, als ohne denselben zu erlangen gewesen wäre. Der eine von den Teilnehmern des Dreikaiserbündnisses hat nicht alles, was er für Rußland zu thun vermocht hätte, gethan, der andre hat gegen Rußland gearbeitet, soviel er imstande

*) Vergl. „Berlin und Petersburg," S. 176.

war. Die daraus für unsre zukünftige Politik zu ziehende Schlußfolgerung erscheint außerordentlich einfach: wir müssen entweder auf die Lösung der orientalischen Frage überhaupt verzichten oder wir müssen für diese Lösung andre Verbindungen ins Auge fassen."

Der ganze Verdruß und Haß der Russen brach aber erst im Januar 1879 gegen Deutschland und Österreich los, also erst nach Verlauf eines halben Jahres, und er richtete sich in erster Linie gegen den Fürsten Bismarck, dessen innere wie äußere Politik der Gegenstand heftigster Angriffe von seiten der Petersburger und Moskauer Blätter war. Einige dieser Zeitungsstimmen waren offenbar nur der Ausdruck von Privatmeinungen: sie vertraten den in gewissen Ständen der russischen Gesellschaft Mode gewordenen Radikalismus oder sprachen im Sinne des dort, wie oben gezeigt worden ist, gleichfalls weitverbreiteten chauvinistischen Panslavismus. Bei andern aber hatte man Ursache, Beweggründe zu vermuten, die ihren Ursprung in höheren Kreisen haben mußten, wobei man nicht an den Kaiser Alexander zu denken brauchte. Eine besonders unfreundliche Gesinnung gegen die deutsche Politik legten in dieser Zeit die russische St. Petersburger Zeitung, die Russische Welt und vor allem der weitverbreitete Golos an den Tag, welcher letztere keine Gelegenheit vorübergehen ließ, das Verfahren des leitenden Staatsmannes in Berlin tadelnder Kritik zu unterziehen, seine Stellung als unsicher zu bezeichnen, die gegenwärtigen Zustände in Deutschland in unvorteilhaftem Lichte darzustellen und dabei, wo es anging, mit andern Ländern, vorzüglich aber mit Frankreich zu liebäugeln.

Augenscheinlich in erster Linie, um dem deutschen Reichskanzler in der öffentlichen Meinung zu schaden, ihn heruntersetzen zu können, erklärte das Blatt sich im Januar 1879 bei einer Besprechung der Frage: ob Schutzzoll oder Freihandel,

mit Ungestüm für letzteren, wobei es nicht daran dachte, daß Rußland Zölle erhob, welche die höchsten in ganz Europa waren und seit ihrer Erhebung in Gold kaum noch gesteigert werden konnten. Es heißt da: „Hauptrepräsentant jener Zollreaktion ist Fürst Bismarck, der sich immer dadurch auszeichnete, daß er die in der moralischen Sphäre schwebenden Ideen aufgriff und bis zum Extrem durchführte. So war es früher mit dem Freihandel, der Einheit Deutschlands, dem Kampfe gegen den Ultramontanismus; so ist es jetzt mit der Protektionsbewegung. Es steht zu erwarten, daß alle Regierungen, wie schon mehrere jetzt, seinem Beispiele folgen werden. Die Staatsmänner andrer Staaten werden gleichfalls Zollreformen zur Beschwerung ausländischer Waaren einführen. Ein Zollkrieg wird entbrennen, die Regierungen werden sich gegen einander mit Zollschranken verbarrikadiren, und das Resultat wird natürlich sein, daß allerorten der Absatz und somit auch die Produktion zum Schaden des Handels und der Industrie Europas ins Sinken gerät." Dann erfuhr man, daß diese traurigen Folgen dadurch nützlich sein könnten, daß sie die Nationen endgiltig von der „Sinnlosigkeit" des vom deutschen Kanzler eingeschlagenen Weges zu überzeugen geeignet seien, und zum Schlusse meinte der Verfasser des Artikels: „So fallen in dem energisch von Fürst Bismarck gepredigten Zollkriege die Interessen Rußlands und Englands zusammen: beide werden durch diesen Krieg leiden, mehr leiden als die übrigen europäischen Staaten, und beide werden in gleicher Weise wehrlos gegen die Gefahren dieses Kampfes sein." Ein andrer Aufsatz des Golos überraschte die Deutschen mit der Nachricht, daß der „große" Kanzler „aufgehört habe, als allmächtiger Lenker nicht bloß von Europas, sondern auch von Deutschlands Geschicken dazustehen." „Der Berliner Vertrag und die drakonischen Gesetze gegen die So-

zialisten waren," so versuchte das Blatt seine Behauptung zu beweisen, „die letzten hervorragenden Erzeugnisse seiner äußern und innern Politik, und zwar waren sie Erzeugnisse solcher Art, die unbedingt eine Reaktion gegen Bestrebungen nach sich ziehen müssen, welchen der Stempel echter Staatsweisheit augenscheinlich mangelt. Der Berliner Kongreß hat auch den Blinden gezeigt, wie selbstsüchtig die auswärtige Politik des deutschen Kanzlers ist. . . . Und was die innere betrifft, so muß die Aufregung über deren despotische Übergriffe [weiterhin wurden die Maßregeln gegen die Roten als „schrankenlose polizeiliche Willkür" bezeichnet] einen ganz ausnehmend hohen Grad erreicht haben, wenn das sonst so bescheidene und gegenüber dem Willen des Kanzlers so fügsame deutsche Parlament sämtliche innere Zwistigkeiten vorläufig beiseite wirft und fast einstimmig beschließt, dem Staatsanwalt seine Zustimmung zu gerichtlicher Verfolgung der sozialistischen Abgeordneten Fritzsche und Hasselmann zu versagen. . . . Es läßt sich nicht leugnen, daß ein solches Verhalten des Parlaments in Bezug auf die Wahrung der Rechte seiner Mitglieder von hoher Bedeutung ist. . . . Der Beschluß vom 19. Februar giebt der Regierung zu verstehen, daß das Parlament in sämtlichen Fragen, welche die Privilegien der Volksvertreter berühren sollten, sich wie ein Mann zur Abwehr erheben würde, und daß es mithin völlig nutzlos wäre, an eine Freiheitsbeschränkung der Parlamentstribüne [die Strafgewalt des Reichstages bei Ausschreitungen der Redner war gemeint] im gegenwärtigen Augenblicke zu denken. So gewaltig aber auch der Schlag ist, den der Reichstag den Absichten der kaiserlichen Regierung in Bezug auf die Einschränkung des Unantastbarkeitsrechtes der Abgeordneten beigebracht hat, beharrt der Kanzler fest darauf, seinen Willen durchzusetzen, und will sich in Betreff der Zollreform auf

keinerlei Kompromiß einlassen; im Gegenteil, er beabsichtigt sogar, koste es, was es wolle, die Getreide- und Viehsteuer durchzuführen. . . . Ein derartiges Verhältnis zweier Staatsgewalten, der gesetzgebenden und vollziehenden, droht zu einem Zusammenstoße auszuarten, deren Folge entweder die Auflösung des eben erst einberufenen Parlaments oder der Rücktritt des Fürsten Bismarck sein muß." Endlich brachte der Golos in der letzten Woche des Februar eine Äußerung, die einen schon oft enthüllten Herzenswunsch der hinter den Koulissen des Blattes stehenden Persönlichkeiten kund gab. Man las da folgendes: „Der Einfluß, den Frankreich allmählich in Konstantinopel gewonnen hat, kann uns wirkliche Vorteile bieten, wenn die russische Diplomatie ihn nur auszunutzen versteht. Das jetzige Frankreich ist in eine solche Lage gebracht, daß an dasselbe von neuem die Notwendigkeit herantritt, sich auf dem europäischen Festlande, wo nicht Bundesgenossen, doch Freunde zu suchen. Österreich-Ungarn oder Rußland sind die einzigen Mächte, von denen es Unterstützung gegen das [nur in der Phantasie des Golos] durch den Sieg der französischen Republikaner stark beunruhigte Deutschland erwarten kann. Die neulich erfolgte Einwilligung der Wiener Regierung in die Beseitigung der Klausel in Artikel V. des Prager Friedens muß Frankreich veranlassen, sich eher Rußland als Österreich zuzuwenden. Die französischen Staatsmänner wissen aber sehr wohl, durch welche Mittel sie in diesem Falle ihr Ziel erreichen können. . . . Alles, was den Einfluß der Engländer in der Türkei vermindern kann, wird von uns mit Vergnügen begrüßt werden und unsre Unterstützung finden, wenn nur durch Thatsachen bewiesen wird, daß die Nebenbuhlerschaft Frankreichs und Englands im Orient eine ernste ist und nicht irgend ein heimliches Einverständnis maskirt. Überhaupt aber

halten wir im jetzigen Augenblicke die politische Annäherung Frankreichs und Rußlands auf dem Boden der orientalischen Frage für außerordentlich wünschenswert. Sie ist schon deshalb zu wünschen, weil die Interessen beider Mächte auf dem erwähnten Boden viel weniger zusammenstoßen als die Interessen Rußlands und Englands oder irgend einer andern Macht. Die uns ungelegenen Folgen des Berliner Vertrags können nur auf diesem Wege beseitigt werden. Die Zeit ist für ein Einvernehmen die allergünstigste."

Wer stand nun hinter diesem Tadel, diesen Angriffen, diesen Hoffnungen und Prophezeiungen? Wer empfahl ein Bündnis mit Frankreich, das sich nicht bloß gegen England, sondern offenbar auch gegen Deutschland richten sollte? Der Golos war früher ein notorisch mit dem Vertrauen des Fürsten Gortschakoff beehrtes Preßorgan, das offiziöse Sprachrohr seiner Anschauungen und Wünsche gewesen. Man wollte wissen, das sei jetzt nicht mehr der Fall. Sachkenner aber zweifelten trotz aller Zeichen der Ungnade, die der russische Reichskanzler in der letzten Zeit dem Blatte gegenüber kundgegeben hatte, an dem wirklichen Bestehen eines solchen Gefühles und waren überzeugt, daß jene antideutschen Publikationen des Golos vom Auswärtigen Amt in Petersburg angeregt worden waren, und daß der Souffleur derselben der Baron Jomini war, welcher als die rechte Hand Gortschakoffs betrachtet wurde. Der letztere hatte Deutschland nicht so von der russischen Politik abhängig machen können als er gehofft, er hatte auf dem Kongresse bei dem Fürsten Bismarck nicht durchaus die Unterstützung gefunden, die er beanspruchen zu dürfen meinte, er mißtraute dem Kanzler für die Zukunft, er hatte stets Neigung zu Frankreich verraten, er empfand endlich gegenüber der Größe des Staatsmannes, der die deutsche Politik in erfolgreichster Weise geleitet

hatte, und seinen eignen nur mäßigen Leistungen Mißgunst und Verdruß und ließ sich dadurch zu unfreundlicher Haltung bestimmen.

Noch heftiger als zu Anfang des Jahres 1879 feindete die russische Presse mit Einschluß der offiziösen Blätter Deutschland an, als es im Laufe der nächsten Monate der Ausführung der einzelnen Bestimmungen des Berliner Traktates galt, zu denen in erster Reihe der Abzug der russischen Armee vom türkischen Gebiete gehörte, und bei welchen Rußland ebenfalls die unbedingte Unterstützung von deutscher Seite vermißte, zu der es berechtigt zu sein glaubte, und zu dieser Preßkampagne gesellten sich auf diplomatischem Wege Äußerungen erst in nur dringendem, dann in gebieterischem, zuletzt in drohendem Tone. Dazu trat eine sehr erhebliche Verstärkung der russischen Armee, und in den westlichen Gouvernements wurden Ansammlungen von Truppen, besonders von Reitermassen bemerkt, während man in Berlin bestimmte Berichte hatte, nach denen ein russischer General die maßgebenden Kreise in Paris wegen eines Bündnisses mit Rußland sondirt hatte. Deutschland und Österreich waren von dem sich sammelnden und in diesen Symptomen sich ankündigenden Sturme in gleichem Maße bedroht, und es schien für beide Mächte hohe Zeit, sich gegen denselben zu decken oder ihn überhaupt am Losbruche zu verhindern. Das geschah am besten durch Zusammentreten beider, und so entstand durch Initiative des deutschen Reichskanzlers an Stelle des bisherigen russisch-deutschen Einverständnisses das durch frühere Bemühungen jenes Staatsmannes vorbereitete und allmählich gereifte österreichisch-deutsche Bündnis vom Spätsommer 1879. Diese Allianz blieb in den nächsten Jahren in ungeschwächter Kraft und Innigkeit erhalten und erwies sich zunächst dem Übelwollen Rußlands gegenüber, dann bei Gelegenheit verschiedener anderer Folgen

des Berliner Vertrages als das, was mit ihr in erster Reihe beabsichtigt war, als Bürgschaft für den Frieden beider Kaiserstaaten und ganz Europas. Es bestimmte neben der friedfertigen und mit Gortschakoffs Franzosentum nicht übereinstimmenden Gesinnung des Kaisers Alexander des Zweiten auch die fernere Haltung Rußlands zu den mitteleuropäischen Mächten. Man machte in Petersburg Halt und begann darauf einzulenken, soweit es sich der Stimmung im Lande gegenüber thun ließ. Inzwischen fraß der Nihilismus, ein natürlicher Auswuchs der auf allerlei Abwege geratenen Zivilisation des moskowitischen Wesens, im stillen um sich und lenkte neben dem unklaren Drängen eines Teils der russischen Gesellschaft nach Erweiterung des Reformwerkes des Kaisers durch konstitutionelle Einrichtungen die Blicke der Regierung mehr auf die innern Verhältnisse des Reiches. Alexander der Zweite fiel unter den Dynamitbomben nihilistischer Mörder. Sein Sohn und Nachfolger galt der Welt als panslavistischen Bestrebungen geneigt und von Vorliebe für die Franzosen erfüllt, ob mit Recht, bleibe dahingestellt. Sicher ist, daß er die unbedingte Notwendigkeit des Friedens für Rußland eingesehen und bis jetzt darnach gehandelt hat. Die Danziger Zusammenkunft mit dem Kaiser Wilhelm, der dabei von Bismarck begleitet wurde, war nur das erste öffentliche Zeugnis für seinen Wunsch, die 1879 gestörten guten Beziehungen zwischen seiner Regierung und dem Kabinet von Berlin wiederherzustellen, und ebenso verhielt er sich in verschiedenen Fällen gegen Österreich wohlgesinnt und entgegenkommend. Zwar arbeitete die starke und rührige Partei in den höheren russischen Gesellschaftskreisen, welche in den chauvinistischen Reden des Generals Skobeleff ihre Wünsche und Ziele laut werden ließ, mit allen Kräften und Mitteln daran, das freundschaftliche Verhältnis zwischen Rußland und seinen westlichen

Nachbarn, das der Kaiser erneuert hatte, wiederum zu stören und einen Kampf zur Verwirklichung ihrer panslavistischen Phantasien hervorzurufen. Aber noch war der kaiserliche Wille stärker als diese Bewegung. Ignatieff, der als eins der Häupter jener Partei galt, blieb nur kurze Zeit Minister des Innern, und Gortschakoffs Nachfolger Giers, der jetzige Chef des Auswärtigen Amtes in Petersburg, bekundete durch einen Besuch in Varzin, daß seinem Gebieter und ihm daran gelegen war, das durch die Danziger Zusammenkunft wieder angeknüpfte Band zu erhalten und das gute Einvernehmen, das seitdem zwischen den drei Kaiserhöfen geherrscht hatte, weiter auszubilden. Im Spätherbst 1883 wiederholte sich dieser dem Reichskanzler, wie wir wissen, stets willkommene Besuch in Friedrichsruh. Seit dieser Zeit hat sich nichts ereignet, was an der friedfertigen Gesinnung des Petersburger Hofes und Kabinets uns gegenüber zweifeln ließe, obwohl die russischen Chauvinisten fortfahren, ihrer Abneigung gegen die deutschen Nachbarn und ihrer Sehnsucht nach Vereinigung der slavischen Völkerfamilie unter der Fahne Rußlands bei jedem passend scheinenden Anlasse Ausdruck zu geben.

Drittes Kapitel.

Bismarcks Stellung zu den Ansprüchen der Polen.

Am Sommer des Jahres 1882 brachte der im vorigen Kapitel charakterisirte Czas einen Bericht, welcher angeblich die Ansichten des deutschen Reichskanzlers über die Möglichkeit einer Wiederherstellung Polens unter gewissen Umständen enthielt. Der Kanzler sollte einen vornehmen polnischen Patrioten zu sich nach Varzin eingeladen haben, um sich dessen Auffassung der Sache vortragen zu lassen, und darauf sollte eine Unterredung gefolgt sein, nach welcher zu schließen wäre, daß Fürst Bismarck nicht abgeneigt sein würde, nach einem glücklich verlaufenen Kampfe des deutschen Reiches mit Rußland in die Umwandlung Russisch-Polens in einen selbständigen Staat zu willigen, da dieser infolge der Dankbarkeit, die seine Angehörigen Deutschland gegenüber erfüllen müßte, und wegen des untilgbaren Hasses derselben gegen die bisherigen russischen Unterdrücker ein Bollwerk an der deutschen Ostgrenze bilden würde.

Diese ganze Geschichte wurde von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung mit starken Ausdrücken in Abrede gestellt. Sie war nach der Erklärung derselben ein kümmerlicher Lückenbüßer der Sommerzeit, die Erfindung eines urteilslosen Feuilletonschreibers. „Der angebliche Besuch eines Polen in Varzin und die angebliche Unterredung," so lautete das Dementi weiter, „haben niemals stattgefunden, und der angebliche Brief des Reichskanzlers, mit dem der Schwindel eröffnet wird, wäre, wenn er vorgezeigt würde, ein Falsum, welches den Strafrichter interessiren könnte."

So das offiziöse Blatt. Man kann eine Nachricht nicht wohl kräftiger und entschiedener in Abrede stellen als hier geschah, und damit hätte die Angelegenheit abgethan und begraben sein können. Indes haben viele deutsche Blätter die Mitteilung des Czas ausführlich und ohne Zweifel zu äußern wiedergegeben, und semper aliquid haeret, mag die Verleumdung Verständigen auch sehr abgeschmackt erscheinen. Ferner ist, wie oben bereits bemerkt wurde, das genannte polnische Journal ein Organ der „weißen," aristokratischen oder Czartoryskischen Partei, die über die Vorgänge in den höheren politischen Kreisen bisweilen nicht übel unterrichtet ist. Sodann hatte eine ähnliche Mythe schon einmal in einer Darstellung Platz gefunden, die sonst aus guten Quellen geschöpft war.

In einer nach amtlichem Material verfaßten Geschichte des polnischen Aufstandes von 1863, die in der Ruskaja Starina von 1879 erschien, erzählt deren Verfasser, N. W. Berg, ein Publizist, der Jahre lang in den Warschauer Preßbüreaus beschäftigt gewesen war, folgendes*): „Zu Anfang des Jahres 1863, als wir mit der Bewältigung des im Erlöschen be-

*) Wir zitiren nach der Schrift „Berlin und Petersburg," S. 85 ff.

griffenen Aufstandes und mit der Wiederaufrichtung der Ordnung noch alle Hände voll zu thun hatten, sandte Fürst Bismarck den Generaladjutanten von Tresckow nach Dresden, wo derselbe dem dortigen bevollmächtigten Nationalagenten Klobukowski mitteilen sollte, daß er, der Fürst Bismarck, demnächst nach Petersburg reisen und natürlich Gelegenheit haben werde, in den höchsten Gesellschaftskreisen über die Geschicke Polens zu verhandeln. Es frage sich, ob die Polen nicht für angemessen halten würden, eine Schwenkung auf die Seite Preußens zu machen und feierlich zu erklären, daß sie nicht unter russischer Botmäßigkeit bleiben wollten, sondern eine deutsche Herrschaft vorzögen. Auf eine solche Thatsache gestützt, werde Fürst Bismarck in Petersburg eine politische Kombination vorschlagen, infolge deren Rußland aller Wahrscheinlichkeit nach den an der Weichsel gelegenen Teil des Königreichs Polen (die einst vom General von Knesebeck vorgeschlagene Grenze*) an Preußen abtreten werde; wenigstens werde Bismarck Vorschläge in dieser Rücksicht machen. Klobukowski begab sich hierauf zu dem bekannten polnischen Schriftsteller Kraszewski und suchte diesen zur Inszenirung einer Kundgebung zu Gunsten

*) Bismarck schrieb darüber am 8. Dezember 1854 an Manteuffel: „Die liberalen Blätter beschäftigen sich viel mit dem bekannten Memoire des alten Knesebeck über die polnisch-russische Grenze von 1814. Sie übersehen aber dabei den Umstand, daß ein Haupt- und Eckstein fehlt, ohne den das ganze Gebäude des braven alten Herrn nicht stehen kann, nach seiner eignen Ansicht. Er sagt: ›Dazu gehört aber, daß Österreich offener, freier und entgegenkommender in Preußens Konsolidation eingehe, daß es diese Angelegenheit als eine Anforderung des Weltinteresses betreibe, auf der künftig die Rettung Europas beruht und nicht als einen Akt, den es ungern thut, an dem es Mißtrauen zeigt.‹ Von diesem so unzweifelhaft richtigen Satze geschieht seit vier Jahren unausgesetzt das Gegenteil. Außerdem setzte Knesebeck voraus, daß Österreich selbst das Bedürfnis fühlen werde, sich mit uns gegen Rußland zusammenzuschließen, während das Wiener Kabinet, so wie jetzt der Westmächte, in dem vorhergehenden Lustrum sich Rußlands bediente, um unsere Stellung zu drücken.“

Preußens zu bestimmen, was bei der damals allgemeinen Erbitterung der Polen gegen die Russen in der That nicht schwer gehalten hätte. Kraszewski aber gab zur Antwort, daß er zu einem derartigen Unternehmen keinerlei Vollmachten von seiten seiner Landsleute besitze, auch nicht Parteiführer sei und sich darum auf nichts einlassen könne. Er schlug Klobukowski vor, nach Paris zu Czartoryski zu gehen und diesen und dessen Freunde zu einer Beratung über diese wichtige Frage aufzufordern, indem er ihm zugleich einen Einführungsbrief an Czartoryski anbot. Klobukowski nahm den Kraszewskischen Brief an sich und begab sich in das Hotel Lambert. Czartoryski überflog die ersten Zeilen dieses Schreibens und sagte, nachdem er gesehen, um was es sich handle, ohne sich auch nur einen Augenblick zu besinnen: »Zu den Deutschen! Um keinen Preis der Welt!« Damit war diese berühmte Geschichte zu Ende. Ob Bismarck irgendwelche auf die »Knesebecksche Grenze« bezügliche Winke in St. Petersburg gegeben hat, ist unbekannt geblieben."

Diese Erzählung wurde sowohl von polnischer Seite als von der preußischen offiziösen Presse entschieden in Abrede gestellt. Klobukowski nannte den Erzähler öffentlich einen Lügner und bedrohte ihn mit einem Injurienprozesse. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung aber schrieb über die Sache: „Es ist nicht wahr, daß der Generaladjutant von Trescкow 1865 oder zu andrer Zeit nach Dresden oder überhaupt irgendwohin an einen Agenten der polnischen Nationalregierung gesandt worden wäre. Die preußische Regierung hat niemals Unterhandlungen mit irgendeinem Agenten der polnischen Nationalregierung geführt oder gesucht, und niemand hat im Auswärtigen Ministerium um die Existenz eines Herrn Klobukowski gewußt. Im preußischen Ministerium ist das Maß von Unbekanntschaft mit den

Thatsachen niemals vorhanden gewesen, welches erforderlich wäre, um zu glauben, daß man die Mitwirkung der polnischen Revolutionspartei zu dem Zwecke erlangen könnte, um die Abtretung irgendeines Teiles von Russisch-Polen an Preußen herbeizuführen. Die Möglichkeit einer solchen Abtretung ist allerdings seit dem Tode Kaiser Alexanders des Ersten wiederholt angeregt worden, aber nur durch russische Initiative in antipolnischem Sinne zur Erleichterung der Beherrschung der Polen."

Ähnliche Lügen, vielleicht mit mehr Geschick und Sachkenntnis fabrizirt, können über kurz oder lang wieder aufgetischt werden, und nicht bloß Feuilletonisten sind oft urteilslos, sondern auch das Publikum, das ihre Erzeugnisse liest. Es wird somit nicht überflüssig sein, wenn im folgenden wieder einmal gezeigt wird, daß Pläne, wie sie Berg und der Czas dem Reichskanzler zugeschrieben haben, von demselben nicht entfernt gehegt werden können.

Daß ein großer Teil des russischen Volkes den Deutschen nicht wohlwill, und daß der russische Staat uns einmal unbequem und gefährlich werden kann, sind, wie im vorigen Kapitel gezeigt wurde, Thatsachen, die sich nicht ableugnen lassen. Schwer zu beweisen aber wird sein, daß die Wiederherstellung Polens mit den Grenzen des jetzigen polnischen Besitzes Rußlands die jenseits unsrer östlichen Marken liegende Gefahr beseitigen oder auch nur vermindern würde. Man sagt: Europa könnte das wiederaufgerichtete Polen für neutral erklären und ihm diese Eigenschaft feierlich verbürgen. Wir antworten: Die Feierlichkeit würde wohlfeil zu haben, das mit der Neutralität geschaffene „Bollwerk" aber würde nicht viel besser als ein papiernes sein. Ein neues Polen aus den in Rußlands Besitze befindlichen Teilen des alten herstellen, hieße für Preußen

und Deutschland an Stelle eines bedenklichen Nachbars im Osten deren zwei schaffen. Die Polen hassen Rußland, aber sie hassen Deutschland nicht weniger, ja wegen seiner größeren Assimilationskraft, mit der es in Posen und Westpreußen auf friedlichen Wegen germanisirt, noch weit mehr. Sie würden uns, richtiger, ihr Adel würde uns Dank schulden, wenn wir ihnen einen Teil ihres ehemaligen Reiches zurückgeben wollten, uns aber sicherlich nicht dankbar sein, vielmehr die Gabe nur als Abschlagszahlung ansehen, etwa wie die Irredentisten die Entstehung des italienischen Einheitsstaates und dessen Erweiterung durch das Jahr 1866, wie die Griechen die Errichtung des Königreichs Hellas und dessen Ergänzung durch Thessalien, und wie die Omladina die Schöpfung und Vergrößerung Serbiens. Mit andern Worten: Mit der Bildung eines polnischen Staates, der nur etwas mehr als ein Drittel des ehemaligen Polenreiches umfaßte, würden aller Wahrscheinlichkeit nach ohne Verzug die großpolnischen Ansprüche und Bestrebungen, die allen Parteien der Polen, mögen sie sonst die verschiedensten Ziele verfolgen, wie ein Glaubensbekenntnis vor Augen stehen, mit rasch wachsender Stärke in die Öffentlichkeit treten und einen realen Kern, einen Anhalt und Ausgangspunkt gewinnen. Ein Polen der Art würde sicher sehr bald zu Frankreich hinneigen und sein Heer und seine Diplomatie zur Wiedereroberung der Grenzen von 1772 verwenden, und wie die Menschen und Völker einmal sind, würde man ihm das nicht wohl verdenken können, schon weil es für seine Aus- und Einfuhr der Küste bedürfte.

Schrieben wir 1854, und der Zar berichtete, ein hochgestellter Pole habe Buol seine Ideen über eine Wiederherstellung des polnischen Staates vorgetragen und die Zustimmung dieses Staatsmannes vernommen, so ließe sich die Sache vielleicht selbst dann glauben, wenn der österreichische Minister die Abtretung

Galiziens und Lodomiriens in Aussicht gestellt haben sollte. Österreich ging damals mit den Westmächten, die im Verlaufe ihres Krieges mit Rußland an eine Wiederaufrichtung Polens als ein Kampfmittel denken konnten, und man durfte annehmen, daß es nicht abgeneigt sein würde, gegen gute Entschädigung dazu beizutragen. „Ich glaube sogar," erklärte Bismarck damals in einem von Poschinger*) mitgeteilten Briefe vom 25. Juli, „daß Österreich die Donauländer wählen würde, wenn es zwischen diesen und Galizien optiren müßte." (Die Gründe dafür sind im ersten Bande, S. 316, mitgeteilt.)

Seitdem haben sich die Verhältnisse wesentlich anders gestaltet. Ungarn ist befriedigt. Die Donauländer Serbien und Rumänien sind vergeben und Königreiche geworden. Vor allem aber hat die alte Nebenbuhlerschaft zwischen Österreich und Preußen aufgehört und einem engen, auf Würdigung der gegenseitigen Interessen gegründeten Bündnisse Platz gemacht. Österreich-Ungarn kann jetzt nicht mehr an eine Wiederaufrichtung Polens denken. Es überläßt dies den Verschwörern in Krakau und Lemberg, welche zum Danke für die Begünstigung, die der polnischen Nationalität unter dem jetzigen Regime gewährt wurde, sich mit Vorbereitungen zu neuen revolutionären Putschen beschäftigen.

In Preußen wäre der Gedanke an eine Umgestaltung Russisch-Polens zu einem selbständigen Staate wenigstens in den Kreisen, die politisch zu rechnen wissen, zu allen Zeiten eine Unmöglichkeit gewesen. Wenn Josias Bunsen, Excellenz, denselben einmal gehabt und in einem diplomatischen Aktenstück ausgesprochen hat,**) und wenn ihn die Altliberalen um dieselbe

*) Preußen im Bundestage, II. Teil, S. 47 ff.

**) In einer vom 1. März 1854 datirten Denkschrift. Es hieß darin, nachdem „unabweisbar" dargethan worden, daß Österreich nicht bloß die Donau-

Zeit in ihr Credo aufgenommen haben, so waren diese Herren eben ohne den rechten staatsmännischen Geist, und von den Demokraten vom Schlage der Volkszeitung, die früher der „Gerechtigkeit gegen Polen" das Wort redeten, läßt sich dies noch weniger behaupten. Die Zeit, wo der Deutsche über seiner ehrfurchtsvollen Achtung vor fremden Volksrechten sein eignes gutes Recht übersah, ist vorüber. Wir zerschmelzen nicht mehr in sentimentaler Rührung über das Finis Poloniae des mythischen Kosciusko — der historische hat es bekanntlich nicht ausgesprochen —, wir begeistern uns nicht mehr für die gereimte

fürstentümer, sondern auch Bessarabien, die Krim, Cherson und Taurien bekommen müsse: „Aber im Hintergrunde steht als politische Möglichkeit die Sünde des achtzehnten, die Pestbeule des neunzehnten Jahrhunderts — Polen. Ist es möglich, Polen wiederherzustellen, so muß es in einem so erhabnen Augenblicke der Weltgeschichte geschehen, nicht den Polen zu Liebe, sondern trotz ihrer Fehler. Aber wahrlich auch nicht zu Gunsten einer Sekundogenitur oder Tertiogenitur des Hauses Romanoff, sondern als Grenzhüter gegen Moskau. Österreich kann Galizien hergeben, und im Notfalle muß Preußen auch die polnische östliche Hälfte des Großherzogtums Posen zum Opfer bringen. Aber Preußen muß nie die polnische Königskrone für sich erstreben oder auch nur für einen Prinzen seines Hauses annehmen. Preußen muß verstärkt werden, das fühlen alle englischen Staatsmänner. Es ist 1815 schlecht behandelt worden, zu seinem, Deutschlands und Europas Schaden. Aber es muß und wird sich nie entschädigen lassen auf Deutschlands Kosten. Es verstärkt sich, weil Deutschland [gestärkt wird], wenn es [Preußen] dazu mitwirkt, daß das sächsische Königshaus wieder nach Polen gesetzt und der durch Unrecht und Gewalt verdrängten Linie [zu der auch die Koburger gehören] der Platz wiedergegeben werde. Aber allerdings, wenn es für die Freiheit Europas mutig und rechtzeitig in die Schranken tritt, darf und wird Preußen nicht gegen Österreich zurückgesetzt werden. Europa kann nicht wünschen, daß das Haus Lothringen noch mächtiger werde als das Haus Habsburg. Europa kann es ebensowenig rätlich finden, daß Preußen hinfüro ohne alle Grenzen sei gegen Rußland oder Polen ebenso wie gegen Österreich. Starke, der Verteidigung fähige Grenzen kann es nur erhalten durch Abtretung Oberschlesiens [der Verfasser der Denkschrift meint Österreichisch-Schlesien] und Mährens." Es ist der Gelehrte, der unpraktische Professor, der hier meditirt und dozirt, den Politiker sucht man in dem ganzen Räsonnement vergeblich.

Phrase, nach welcher Polen noch nicht verloren ist, und erwiedern auf die Redensarten Macaulays, denen zufolge die Teilung Polens die schändlichste That der europäischen Politik gewesen wäre: Mit nichten, die Republik Polen ist viel weniger durch die Fremden als die unerhörte Nichtswürdigkeit derjenigen zu Grunde gerichtet worden, welche zur Zeit ihrer Zerstückelung die polnische Nation darstellten.

Preußen, Deutschland bedurfte seinen Teil von Polen dringend. Bei der Adreßdebatte am 24. September 1867 erklärte der Bundeskanzler: „Ich halte eine Herrschaft Deutscher über widerstrebende Nationen, ich will nicht sagen, eine Herrschaft, aber ein Zusammenleben Deutscher in dem Gemeinwesen mit solchen Nationen, welche darnach streben, sich von diesem Gemeinwesen zu lösen, nicht für nützlich, mitunter aber ist es notwendig. In Polen ist es notwendig, wie ein Blick auf die Karte zeigt."

In demselben Jahre, am 18. März, begründete er diese Notwendigkeit mit einem geschichtlichen Rückblicke, der hier in seinen Hauptzügen eingeschaltet wird. „Wie entstand denn die Provinz Westpreußen und die Ordensherrschaft in Preußen?" fragte er und antwortete im wesentlichen wie folgt: „Der Herzog Konrad von Masovien rief, um sich der Einfälle der heidnischen Preußen zu erwehren, die deutschen Ordensherren herbei und gab ihnen einen kleinen, damals polnischen Landstrich, das Dobriner Land, zugleich versprach er, daß sie alles besitzen sollten, was sie der Wildnis, der natürlichen und der menschlichen, dem wilden Stamme der Preußen abgewinnen würden. Auf diese Weise wurde das gesamte Land östlich von der Weichsel, welches heutzutage einen erheblichen Teil von West- und Ostpreußen umfaßt, ein reindeutsches Land, kolonisirt durch Deutsche, und dazu erwarb der Orden den Teil Westpreußens links von der

Weichsel durch die rechtmäßigsten Verträge, indem nach dem Aussterben, nicht etwa einer polnischen Dynastie, sondern der hinterpommerschen Herzöge im dreizehnten Jahrhundert dieses Land mit der Hauptstadt Danzig an den Lehnsherrn, den Markgrafen von Brandenburg, fiel, und der Markgraf Waldemar davon Besitz nahm. Als dessen Nachfolger nicht imstande waren, es zu behaupten, zedirten sie diese Landesteile, das heutige Pomerellen, damals Hinterpommern, an den deutschen Orden. Diesem hat es die Krone Polen später durch Krieg und Eroberung abgenommen, als der Ordensstaat dadurch geschwächt wurde, daß die Städte und Landstände sich mit dem Landesfeinde Polen in Verbindung setzten, die Kraft des Ordens lähmten, die Deutschen bei Tannenberg geschlagen wurden und schließlich nach verschiedenen Hin- und Herverträgen zwischen Danzig und andern Städten und den westpreußischen Ständen ein Abkommen zwischen ihnen und der Krone Polen zustande kam, vermöge dessen sie mit dieser in Personalunion leben sollten. . . . So kam Polen auf Grund des später durch Verträge sanktionirten Rechtes der Eroberung in den Besitz von Westpreußen und benutzte diesen sehr bald, um das Land zu kolonisiren, nicht, wie man uns Schuld gegeben hat, zu germanisiren, durch Kultur, sondern durch Feuer, Schwert und Zwang. Es setzte gegen die Verträge polnische Beamte nach Westpreußen hinein, die sich dort bereicherten, indem sie den Adel aus seinen Gütern verdrängten. . . . Die Städte wurden vertragswidrig in ihren Freiheiten beeinträchtigt, es wurde später die Religionsfreiheit gewährleistet, und man hielt sie auch theoretisch aufrecht, aber man schloß die protestantischen Kirchen, man nahm sie weg und gab sie katholischen Gemeinden, die erst geschaffen werden mußten aus dem Güter erwerbenden Adel und den Beamten, die man dorthin geschickt hatte. Manche der Städter

haben ihre Proteste dagegen auf dem Schaffotte zu büßen gehabt. Von neunzehntausend Dörfern waren in Westpreußen infolge der Verheerungen der Polen nach der Schlacht bei Tannenberg nur etwa dreitausend übrig. Auch diese waren ihnen noch zu viel. Die Kriege zwischen Polen und Schweden räumten damit auf, und es ist mehrmals geschehen, daß entlassene polnische Armeen in den verwüsteten deutschen Dörfern kolonisirt wurden.... Meine Herren, wie Sie angesichts dieser Thatsachen ... sich auf die Geschichte berufen, verstehe ich nicht. Ihr Anspruch auf Westpreußen hat so lange gegolten, als der Säbel, der ihn eroberte, stark genug war, ihn zu behaupten; als Ihr Arm erlahmte, hörte Ihr Anspruch mit der Rechtsquelle auf, aus der allein er hergeleitet wurde. Ähnlich verhält es sich mit dem Großherzogtume Posen. Wir haben dieses Land, in welchem sich jetzt 800 000 polnisch und 700 000 deutsch sprechende Preußen befinden, in großen und schweren Kriegen gewonnen. Nachdem im siebenjährigen Kriege Polen für uns nicht eine Schutzwehr, sondern der stete Ausgangspunkt und Zufluchtsort der russischen Heere gewesen war, haben wir es 1813 zum zweitenmale im schweren Kampfe gegen einen übermächtigen Feind erworben, und diese Eroberung ist durch völkerrechtliche Verträge besiegelt worden. So entstehen alle Staaten. Wir besitzen Posen mit demselben Rechte wie Schlesien. Wenn Sie gegen das Recht der Eroberung ankämpfen, so haben Sie Ihre eigne Geschichte nicht gelesen.... Die Anfänge von Polen waren klein. Das Land am Goplosee und an der Warthe, das man jetzt Großpolen nennt,... vereinigte sich durch Agglomeration mit Kleinpolen in der Gegend von Krakau. Das alles überschreitet noch nicht die Grenzen des heutigen Westgalizien und erfüllt noch nicht einmal die des Königreichs Polen. Als sie sich mächtig fühlten durch die Heirat mit dem litauischen

Großfürsten, . . . wandte sich ihr Eroberungstrieb gegen den deutschen Orden. Vorher aber hatten sie ihm nach einer andern Richtung hin genügt, auf Kosten Rußlands. . . . Polen gewann die Gebiete, die heutzutage Ostgalizien ausmachen, und die von denselben Ruthenen bewohnt sind, welche die Provinzen Volhynien und Podolien, welche den Südosten des Königreichs Polen bewohnen. Polen trug sein Schwert weit über den Dnjeper hinaus, es gewann die alte russische Residenz Kiew und weiterhin Tschernigow, Smolensk und Landstrecken von größerer Ausdehnung als dasjenige, was Rußland bei der ersten Teilung Polens gewann. . . . Der Herr Vorredner hat die Teilung Polens ein Verbrechen genannt. Es war kein größeres als die Teilung Rußlands, die Sie im vierzehnten Jahrhundert vornahmen, als Sie die Gewalt dazu hatten. Greifen Sie in Ihren eignen Busen, und sagen Sie sich, daß Sie das Verbrechen der Eroberung, als Sie mächtig genug dazu waren, hundertfältig begangen haben."

Diesem Eroberungstriebe der Polen und dem später an dessen Stelle getretenen der Russen gegenüber war die Teilnahme der Deutschen an der Zertrümmerung Polens eine Notwendigkeit, Gehorsam gegen das Gesetz der Selbsterhaltung. Vor der ersten Angliederung polnischer Gebietsteile an Preußen war Berlin kaum mehr als drei Tagemärsche von der Westgrenze der Slavenländer entfernt. Der große Kurfürst hatte das deutsche Ordensland Preußen von der polnischen Lehnshoheit befreit, Friedrich der Große brachte es durch Wiedererwerbung des gleichfalls noch von vielen deutschen Kolonisten bewohnten Westpreußen mit Pommern und Brandenburg in feste Verbindung und sicherte es auf diese Weise notdürftig gegen das Heranfluten eines feindlichen Völkerschwalles von Osten. Wer diese Erwerbung rückgängig gemacht zu sehen wünscht, der will die

Mündung der Weichsel, Elbing, Thorn und Danzig, ja ganz Ostpreußen, das dann nicht mehr zu halten ist, den Erben Peters des Großen oder einer Adelsrepublik der elendesten Art, die in den Jesuiten ihre Bundesgenossen hat und immer sehen würde, überliefert haben. An der Art und Weise, wie sich die späteren Teilungen Polens vollzogen, mag das eine und das andre auszusetzen sein, sie waren aber gleichfalls unumgänglich. Preußen war nicht imstande, das Fortleben der bei lebendigem Leibe verwesenden Republik zu sichern. Dieselbe wäre unzweifelhaft zwischen Rußland und Österreich geteilt worden, und es war nur Erfüllung einer dringenden Pflicht gegen sich selbst, wenn man preußischerseits die Vergrößerung dieser Nachbarstaaten durch Beteiligung an ihrem Zugreifen nach Möglichkeit beschränkte; zugleich aber bedurfte man zu erfolgreicher Verteidigung Berlins und des ganzen Kernes der Monarchie sowie zur Behauptung der deutschen Ostseeküste einer Begrenzung, welche die Verteidigungslinie im Osten so weit als erreichbar hinaus verlegte. Die zweite Teilung that hierin zu viel, da der Überfluß an Intelligenz, Menschenkraft und Kapital, den das damalige Preußen auf Sicherung und Nutzbarmachung des ihm dadurch einverleibten Stückes Slavenland zu verwenden vermochte, nicht genügte, um diese Zwecke bald und vollständig zu erreichen. Die dritte that zu wenig. Es war kein großes Unglück, daß durch das Übereinkommen von 1815 nur die kleinere Hälfte von Südpreußen als Provinz Posen wieder mit dem preußischen Staatskörper vereinigt wurde, aber es war immerhin einigermaßen bedenklich; denn dieses Gebiet verbindet die langgedehnten, von Natur offenen Grenzen Schlesiens und Ostpreußens durchaus nicht hinreichend und würde ohne seine jetzt nahezu vollendeten gewaltigen Festungen den Mittelpunkt der Monarchie Preußen und die Hauptstadt des deutschen Reiches

nur notdürftig zu decken imstande sein. Dafür hat indessen die Germanisirung des Landes im großen und ganzen ziemlich erfreuliche Fortschritte gemacht. Damit ist nicht sowohl die Ausbreitung der deutschen Sprache gemeint, als die der deutschen Sitte und Kultur, die wohlgeordnete Rechtspflege und Verwaltung, die auch den polnisch redenden Preußen zuteil geworden ist, die Hebung des Bauernstandes und das Aufblühen der Städte. Der Bauer ist aus einem verachteten, gemißhandelten und rücksichtslos ausgebeuteten Leibeignen der adeligen Tyrannen des Landes ein freier Besitzer des Bodens geworden, den er pflügt und von dem er erntet, und nur der wuchernde Jude beutet jetzt den unvorsichtigen noch aus. Deutsche Ökonomen, Maschinen und Fabriken haben den Ackerbau und die Landwirtschaft überhaupt gefördert. Eisenbahnen und gute Landstraßen durchschneiden dieses Stück Polakei wie die westlicher gelegnen preußischen Gebiete und heben dort wie hier den Wohlstand. Nach deutscher Art eingerichtete Schulen lehren den polnischen Kindern die Elementarkenntnisse, Gymnasien verbreiten höheres Wissen nicht mehr nach der hohlen mechanischen Methode der Jesuitenväter, sondern nach solider deutscher Art, die zum Selbstdenken erzieht. Was die Volksschule nicht leistet, wird durch den Dienst im Heere ergänzt. Der junge polnische Bauer lernt hier die deutsche Sprache verstehen und sich in ihr ausdrücken, durch den Unterricht in der Kompagnie oder Schwadron und durch den Verkehr mit den deutschen Bewohnern seiner Garnisonsstadt erwirbt er sich Vorstellungen, die seinen ärmlichen und gebundenen Geisteszustand reicher und freier machen. Er wird über die Begriffe von mein und dein klarer, er nimmt saubere und ordnungsliebende Gewohnheiten an und bewahrt sie in den meisten Fällen. Wo sie und der andre geistige Erwerb wieder verloren gehen, ist in der Mehrzahl der Fälle der

14*

Umstand schuld, daß die Geistlichkeit den alten wüsten Schlendrian erhalten zu sehen wünscht oder doch nichts gegen ihn thut, da er zum echten Polentum gehört und Unwissenheit und Unbeholfenheit den Zwecken der Kirche, wie man sie in diesen Kreisen gewöhnlich auffaßt, gute Dienste leisten.

Diese Germanisirung hat sich allerdings unter Mitwirkung der Regierung vollzogen. Eine andre hat sie niemals betrieben, obwohl sich ihr wiederholt Gelegenheit dazu bot. Als bald nach der Besitzergreifung die Provinz durch Mißernten in Verarmung geraten war, wäre es der Verwaltung leicht gewesen, mit verhältnismäßig geringen Summen dem Posenschen Polenadel die Hälfte seines Grundbesitzes zu entwinden. Sie zog aber vor, ihn in seinem Eigentume zu befestigen, indem sie ihm durch Errichtung einer Kreditanstalt der Posener Landschaft kräftige Unterstützung gewährte. Dem so ins Leben gerufenen Pfandbriefsinstitute wurden Vergünstigungen zuteil, deren sich keins der in den übrigen Provinzen bestehenden erfreute. Die Beleihung der Güter wurde an keinerlei politische Bedingungen geknüpft, und am wenigsten trat dabei eine Bevorzugung der deutschen Nationalität hervor. Unter den Gutsbesitzern, welche das landschaftliche Reglement berieten, feststellten und vollzogen, befanden sich 67 Polen und nur 7 Deutsche. Die Verwaltung der Landschaft wurde dem von den Interessenten selbst gewählten Vorstande überlassen, und dieser war ausschließlich aus Polen zusammengesetzt. Selbst durch die Vorgänge von 1830 fand sich der Staat nicht bewogen, an diesem Verhältnisse etwas zu ändern. Erst infolge der Verschwörung von 1846, an der sich viele landschaftliche Beamte beteiligt hatten, stellte man einen königlichen Beamten an die Spitze des Institutes; diese Ernennung wurde schon 1848 zurückgezogen, und die Direktion erhielt die frühere Freiheit wieder. Bei den oben erwähnten

Vorgängen bot sich eine zweite Gelegenheit zur Germanisirung, bei denen von 1846 bis 1848 eine dritte. Im Jahre 1830 zog die Mehrzahl des Posenschen Adels sich schwere Strafe zu. 1402 Personen wurden zu Güterkonfiskationen und Freiheitsberaubung verurteilt, und davon erlangten über 1200 Begnadigung. Nur 22 Besitzern wurden ihre Güter entzogen, sie konnten sie aber einlösen, indem sie den fünften Teil des Wertes an die Staatskasse bezahlten. Die damaligen Unruhen hatten den polnischen Landadel in seinen Besitzverhältnissen stark erschüttert. Hätte die Regierung das einfach ignorirt, so würden die entwerteten Güter ganz von selbst in deutsche Hände übergegangen sein. Statt dessen beschloß die Behörde, als Käuferin aufzutreten, teils um die auf den Gütern eingetragenen fiskalischen Gelder zu retten, teils um die Gutspreise zu steigern, teils um solchergestalt der Provinz Männer zuzuführen, welche der Landeskultur förderlich wären. Die angekauften Güter wurden zur Verbesserung der Lage der vorhandenen meist polnischen Bauern durch Regelung ihrer Verhältnisse, Vergrößerung zu kleiner Stellen und Ermäßigung ihrer Leistungen verwendet, zum Teil auch in Parzellen oder im ganzen an geeignete Bewerber wieder verkauft. Wäre der Staat hierbei germanisirungslustig gewesen, so würde er die Polen von diesen Geschäften ausgeschlossen und den deutschen Käufern in Betreff des Wiederverkaufs Beschränkungen auferlegt haben. Aber weder das eine noch das andre ist geschehen. Wenn trotzdem in den letzten Jahrzehnten viele Güter in der Provinz ihre polnischen Besitzer mit deutschen vertauscht haben, so trifft die Schuld nicht die Regierung, sondern den Leichtsinn, die Verschwendung und die liederliche Wirtschaft der polnischen Edelleute.

Aber die Sprachenfrage? wirft man ein und geberdet sich, als wäre der polnisch redende Preuße in dieser Beziehung min=

destens so bedroht wie ehedem der deutsche Schleswiger unter dänischem Regimente oder wie jetzt der siebenbürger Sachse durch die in Pest herrschenden Magyarisirungsbestrebungen. Nichts ist unbegründeter. Auf dem Markte, in der Gesellschaft, in der Schule, in der Kirche ist das Polnische völlig frei und stellenweise sogar allein herrschend. In der Kirche und Schule war bis vor wenigen Jahren in manchen Gegenden das Deutsche selbst im Nachteil, indem die katholische Geistlichkeit mit allen Mitteln gegen dasselbe wirkte und, wie im zweiten Kapitel des ersten Bandes gezeigt, nicht geringe Erfolge erreichte. Die Unterrichtssprache aller katholischen Schulen in den gemischten Kreisen ist polnisch. An den höheren Lehranstalten jener Konfession ist sie es in den vier untern Klassen. Als Unterrichtsgegenstand wird das Polnische in allen Schulen der Provinz getrieben. Die Gottesdienste der Polen sind lateinisch und polnisch, und versprengte Deutsche müssen in diese Sprache einstimmen. Die Kommunalvertretungen der kleinen Städte verhandeln polnisch, und bei den Wahlen stehen beide Sprachen gleichberechtigt neben einander. Was die Geschäfte vor Gericht und vor den Verwaltungsbehörden anlangt, so gilt folgendes. Die Gesetze werden ins Polnische übertragen, nur versteht sich von selbst, daß dabei der deutsche Text das eigentliche Gesetz bleibt und bei etwaiger Dunkelheit der Erklärung zu Grunde gelegt werden muß. Die Korrespondenz der Gerichte unter einander und mit andern Behörden wird deutsch geführt. Bei Prozessen entscheidet die Sprache des Klägers: ist dieser beider Idiome mächtig oder in keinem von beiden völlig bewandert, so wird deutsch verhandelt. Bei einseitigen Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird die Sprache der Erklärenden zur Richtschnur genommen; soll aber aus denselben ein Gebrauch im Hypothekenbuche folgen, so müssen sie entweder in beiden Sprachen oder nur in der deutschen aufge-

nommen werden. Beim öffentlichen Verfahren werden Dolmetscher zugezogen. Die Verwaltungsbehörden korrespondiren nach dem Regulativ vom 14. April 1832 unter einander deutsch. Den Bürgermeistern der kleinen Städte und den Geistlichen ist, wenn sie nicht deutsch verstehen, polnisch zu schreiben erlaubt. Privatpersonen, von denen nicht feststeht, daß sie mit dem Deutschen bekannt sind, erhalten deutsche Verfügungen mit polnischer Übersetzung.

Man kann nicht sagen, daß polnischerseits billigerweise mehr beansprucht werden könne, und statt immer von neuem zu klagen, sollten die Abgeordneten und Zeitungen der Polen in Westpreußen und Posen sich lieber umsehen und dankbar anerkennen, was unter preußischem Regimente für das Land und seine Bevölkerung geschehen ist. Man würde da eine lange Reihe von Wohlthaten sehen, die zum Teil unter Widerstreben des polnischen Adels, der Geistlichkeit und der Gemeinden ins Leben getreten sind, die aber wohl nur wenige jetzt entbehren möchten. Zunächst hat die Regierung die Zahl der Schulen in den vorwiegend polnischen und katholischen Kreisen der Provinz seit 1815 ungefähr auf das Fünfzehnfache, die der Lehrer auf das Siebzehnfache vermehrt. Die Zahl der Gymnasien hat sich von 2 auf 8 erhöht, man hat 3 katholische Lehrerseminare und 5 Realschulen gegründet, desgleichen 4 Progymnasien, eine Ackerbauschule, eine Taubstummenanstalt, ein Irrenhaus und eine Schule für Gärtner. Mit seinem Reichtum an Elementarschulen — es giebt deren in der Provinz 2162 mit 2965 Lehrern und zirka 220000 Schülern — nimmt Posen eine sehr ehrenvolle Stelle unter den östlichen Landesteilen der preußischen Monarchie ein. Höchst bedeutendes ist ferner von der Regierung für die Anlage von Eisenbahnen gethan worden. Die Provinz hat bereits seit etwa zwanzig Jahren ein großes

Schienenkreuz von Norden nach Süden und von Osten nach Westen. In den dreißiger Jahren besaß sie nur 4 Meilen an Chausseen, und 1862 hatte sie zirka 322 Meilen, von denen 210 auf den Regierungsbezirk Posen, 112 auf Bromberg fielen. Nur Arnsberg ist in dieser Hinsicht weiter entwickelt als Posen, welches relativ mit Potsdam und Liegnitz auf einer Stufe steht. Vorzügliche Sorgfalt ist sodann der Bodenkultur, der Trockenlegung und Kanalisirung von Moräſten hier wie in Westpreußen zugewendet worden. Endlich ist an die großen Reformen zu erinnern, welche der aus polnischer Mißwirtschaft, Willkür und Verkommenheit in preußische Kultur übergegangnen Bevölkerung von seiten des Gouvernements in Gestalt der Justizeinrichtung, der Gemeinheitsteilung und der Aufhebung der Hörigkeit des polnischen Bauernstandes zuteil wurden.

„Ich kann es mit Stolz sagen," bemerkte der Reichskanzler in der oben schon einmal zitirten großen Rede, mit welcher er 1867 den Abgeordneten Kantak zurecht wies, „daß derjenige Teil der ehemaligen Republik Polen, der unter preußischer Herrschaft steht, sich eines Grades von Wohlstand, von Rechtssicherheit, von Anhänglichkeit der Einwohner an die Regierung erfreut, wie er in dem ganzen Umfange der Republik Polen, solange es eine polnische Geschichte giebt, nicht vorhanden und nicht erhört gewesen ist. . . . Es ist trotz aller Verführungsmittel, die bei den ungefähr alle fünfzehn Jahre sich wiederholenden Insurrektionen zur Auffrischung der Gefühle angewendet wurden, nicht gelungen, die preußischen Unterthanen polnischer Zunge in irgend erheblicher Zahl so zu verführen, daß sie sich an diesen Bestrebungen einer Minorität beteiligt hätten. Es ist dies vorzugsweise vom Adel, gutsherrlichen Beamten und Arbeitern geschehen. Der Bauer hat stets mit großer Energie gegen jeden Versuch, die Zustände, von denen er durch seine Väter gehört

hatte [die Herrschaft des adeligen Kurbatsch über das geknechtete Landvolk der Jahre vor 1796*) ist gemeint], wiederherzustellen, zu den Waffen gegriffen in Reih und Glied, mit einer Energie, welche die Regierung im Jahre 1848 nötigte, im Interesse der Menschlichkeit andre als polnische Truppen gegen die Aufständischen zu verwenden. Diese selben Gefühle der Anhänglichkeit haben die polnischen Soldaten auf allen Schlachtfeldern bethätigt, sie haben ihre Treue gegen den König auf den dänischen und den böhmischen Schlachtfeldern [wir können jetzt hinzufügen, auch auf den französischen] mit ihrem Blut und mit der ihrer Nationalität eigentümlichen Tapferkeit besiegelt."

Die Wahlen im Posenschen scheinen gegen diese dankbare Anhänglichkeit zu sprechen; denn sie lieferten sowohl in den preußischen Landtag als in den deutschen Reichstag eine Gruppe sehr hartnäckiger Opponenten und Protestler. Sie waren aber nur das Resultat einer fast beispiellosen Agitation, bei welcher die polnische Geistlichkeit die Hauptrolle spielte, und die Abgeordneten, die aus ihnen hervorgingen, nahmen nicht sowohl ein nationales als ein kirchliches Mandat mit, sie sollten ihre Wähler als Katholiken, deren Glaube angeblich bedroht war, nicht als Polen vertreten. Sie aber hielten sich für befugt und verpflichtet, das umzukehren, und sahen ihre Mission in Protesten gegen die Einheit des preußischen Staates, gegen die Zugehörigkeit Posens und Westpreußens zum deutschen Reiche und in der Forderung einer selbständigen Stellung dieser Provinzen, die, wie sie behaupteten, vertragsmäßig und durch Zusicherungen der Regierung verbürgt war. Bismarck aber bewies

*) Vergl. „Polens Auflösung" von E. v. d. Brüggen, zweites Kapitel, S. 45 ff.

ihnen in gründlicher und energischer Rede im Landtage und wiederholt im Reichstage, daß sie nach allen Richtungen ihrer Opposition auf hohlem Boden standen und von Voraussetzungen ausgingen, die nicht zutrafen. In der Rede vom 18. März 1867 zeigte er mit Anführung von amtlich konstatirten Beispielen, daß sie gewählt waren, um ihre Wähler gegen die nach den Vorspiegelungen hetzender Geistlichen von den Deutschen drohende Gefahr für ihr katholisches Gewissen zu schützen, keineswegs aber um polnische Restaurationsgelüste zu vertreten. Ein Pfarrer, den der Reichskanzler mit Namen anführte, hatte einer bäuerlichen Wählerversammlung damals gesagt: „Die Wahlen sind vor der Thür; man muß sich zusammennehmen, sonst wird man uns verbieten, polnisch zu sprechen, polnisch zu schlafen, polnisch zu beten, zu singen und zu weinen, polnisch eine Kanzelrede zu halten. Unsre Kinder werden alle deutsch [involvirt bei vielen Polen niedern Standes den Begriff protestantisch] werden, und dann geht es in Deutschland gerade so wie in Rußland, dann werden wir gehängt, wenn wir uns Polen nennen." Ein andrer Geistlicher empfahl den Bauern seine eigne Wahl, indem er den Polen vorredete, die Regierung wolle ihnen ihre Sprache und ihren Glauben nehmen, sie beabsichtige, sie zu Evangelischen zu machen. Die polnischen Bauern eines Dorfes sagten ihrem Gutsherrn, er wolle gewiß ihr bestes, aber sie müßten für den regierungsfeindlichen Propst stimmen; denn es handle sich um ihr Seelenheil, der Propst habe ihnen gesagt, wenn sie seine Zettel nicht abgäben, so könnten sie bei der Osterbeichte nicht auf Absolution rechnen. Eine ganze Anzahl von Pfarrern hielten Wahlreden von der Kanzel, in welchen sie unter vielen Thränen ihrer Gemeinde verkündeten, wenn man nicht einen Polen wähle, so werde man unausbleiblich gezwungen werden, die katholische Religion und

die polnische Sprache aufzugeben. Unmittelbar darauf verteilte dann gewöhnlich der Kirchendiener vor der Thür die Wahlzettel an die erschreckten Stimmberechtigten.

So wars 1867, und so oder ganz ähnlich verfuhr die polnische Geistlichkeit in Posen und Westpreußen bei allen späteren Wahlen bis auf die letzten. Bismarck bemerkte in seiner Rede gegen Kantak ironisch, bei der Heiligkeit des geistlichen Standes könne er nicht daran zweifeln, daß jene Herren das, was sie ihren Beichtkindern gesagt, wirklich geglaubt hätten. „Dann aber," so fuhr er fort, „herrscht unter ihnen ein Grad der Unwissenheit in Bezug auf weltliche Dinge, der die Regierung dringend wünschen lassen muß, daß ihm von seiten der höheren Geistlichkeit ein Ende gemacht werde, namentlich wenn die Geistlichkeit dort die Aufsicht über den Jugendunterricht behalten soll." Dieser Wunsch der Regierung, nach 1870 durch verstärkte Wühlerei der polnischen Pfarrer und Pröpste noch dringender gemacht, ist nicht erfüllt worden. Darauf ergingen die Gesetze, über welche die Posener Abgeordneten wiederholt mit den Klerikalen in den Parlamenten in Klagen ausbrachen, das über die Schulaufsicht und andre, alle mit besondrer Rücksicht auf Posen und Westpreußen, und da die Agitation fortdauerte, so zwangen Not und Pflicht, von einer wesentlichen Milderung oder gar einer Beseitigung dieser Gesetze in jenen Provinzen Abstand zu nehmen.

Sind denn aber die polnischen Abgeordneten dieser Landstriche überhaupt befugt, im Namen der Polen das Wort zu führen und Privilegien für dieselben zu verlangen? Die wiederholt zitirte Rede des Reichskanzlers, die heute so gehalten werden könnte wie vor sechzehn Jahren, verneint es entschieden. Es giebt in den genannten beiden Provinzen der preußischen Monarchie unter rund 2800000 Einwohnern

ungefähr 1150000 Polen, aber 1450000 Katholiken polnischen und deutschen Stammes. Es befinden sich also dort etwa dreimalhunderttausend Katholiken deutscher Zunge, welche durch die geschilderten klerikalen Umtriebe zum großen Teile verführt worden sind, mit ihren polnischen Glaubensgenossen für die von der Geistlichkeit empfohlenen Kandidaten der Oppositionspartei zu stimmen. Anderwärts hat die Fortschrittspartei es für ihren Begriffen von Vaterlandsliebe und politischer Ehre angemessen betrachtet, Stimmzettel mit dem Namen des betreffenden polnischen Bewerbers um das Abgeordnetenmandat in die Urne zu werfen. „Sie sind also," sagte mit vollem Rechte Bismarck 1867 der polnischen Reichstagsfraktion, „nicht legitimirt, wenn Sie namens der beinahe drei Millionen dieser beiden Provinzen, höchstens legitimirt, wenn Sie namens der Katholiken, nicht aber wenn Sie namens der Polen sprechen, namentlich nicht legitimirt, wenn Sie im Namen der Nationalität für diejenigen sprechen, die in der Furcht, das Heiligste, was sie in ihrem Herzen tragen, ihren Glauben, beeinträchtigt zu sehen, für Sie gestimmt haben, infolge einer Furcht, die durch künstliche und unwahre Vorspiegelung in ihnen erregt war." Am 1. April 1871 aber, als die Fraktion den Antrag gestellt hatte, die Provinz Posen nicht in das deutsche Reich aufzunehmen, wobei die Herren sich, wie gewöhnlich, die Miene gaben, als redeten sie im Namen des polnischen Volkes, rief ihnen der Reichskanzler zu: „Die etwa zwanzig Herren Abgeordneten, die sich hier als Volk geberden, und zwar als polnisches Volk, sind kein Volk, auch vertreten sie kein Volk, sie haben kein Volk hinter sich, sie haben nichts hinter sich als ihre Irrtümer und ihre Täuschungen, und zu denen gehört u. a., daß sie vom polnischen Volke hierher in den Reichstag gewählt seien, um

die polnische Nationalität zu vertreten. Ich weiß auch etwas davon, wozu sie gewählt worden sind. . . . Sie sind gewählt, um die Interessen der katholischen Kirche zu vertreten, und wenn Sie das thun, sobald diese Interessen in Frage kommen, so werden Sie Ihre Schuldigkeit gegen Ihre Wähler erfüllen. Denn dazu sind Sie ehrlich gewählt, dazu haben Sie das volle Recht, aber hier das polnische Volk oder die polnische Nationalität zu vertreten, dazu haben Sie das Mandat nicht. Ein solches Mandat hat Ihnen kein Mensch gegeben, und das Volk im Großherzogtume Posen am allerwenigsten. Es teilt nicht die Fiktion, die Sie verteidigen, daß die polnische Herrschaft gut gewesen wäre — oder nicht schlecht, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte. Bei aller Unparteilichkeit und bei aller Neigung, gerecht zu sein, kann ich Ihnen versichern, sie war ganz herzlich schlecht, und darum wird sie niemals wiederkommen."

Sie wird in keiner Gestalt wiederkommen, am wenigsten in der, welche sie vor der ersten Teilung trug, einer Gestalt, welche den Polen, die in den deutschen Parlamenten die politische Selbständigkeit Posens verlangten, stets ganz ebenso als letztes Ziel vorschwebte, wie denjenigen von ihren Landsleuten, die sich 1830, 1846 und 1863 empörten und sich noch heute mit Vorbereitungen zu neuen Aufständen beschäftigen. „Den Gedanken der Wiederherstellung der Republik Polen in den Grenzen von 1772," sagte der Reichskanzler 1867 in seiner Auseinandersetzung der betreffenden Verhältnisse, „braucht man nur auszudenken, um sich von seiner Unausführbarkeit zu überzeugen. Es ist eine Unmöglichkeit aus dem einfachen Grunde, weil es dazu nicht Polen genug giebt. Es giebt sehr viel weniger Polen in der Welt, als man gewöhnlich glaubt. Man spricht von sechzehn Millionen Polen. Das Gebiet der ehemaligen Republik Polen von 1772 — ich abstrahire ganz von

dem durch die Friedensschlüsse von 1660 an Schweden verlorenen, früher eroberten Livland und von dem durch den Frieden von Andrussow [1686] an Rußland jenseits des Dnjeper abgetretenen Gebiete mit der Stadt Kiew ohne das heutige Gouvernement gleiches Namens —, demnach ist das Gebiet, welches übrig bleibt, heute von etwa vierundzwanzig Millionen Menschen bewohnt. Unter diesen befinden sich sieben und eine halbe Millionen Polen, mehr giebt es in der ganzen Welt nicht, und davon sind anderthalb Millionen zerstreut in weiten Gebieten, welche die westlichen Gouvernements des russischen Reiches ausmachen, unter Völkerschaften, die nicht nur keine Polen sind, sondern es auch gar nicht sein wollen, die um alles in der Welt nicht unter die polnische Herrschaft zurückwollen. Sehen Sie nur in Galizien die Feindschaft der Ruthenen gegen die Polen, denen sie früher unterworfen waren gleich den Westpreußen. Ich führe gerade dieses Beispiel an, weil es allen bekannt ist, und Sie werden daran den Maßstab haben, was die Gefühle der über zehn Millionen Nichtpolen sind, die mit 1200000 Polen den Westen des russischen Reiches bewohnen. In den westrussischen Provinzen stehen gegenüber den zehn Prozent Polen, die in ihnen zerstreut wohnen, als frühere Herren, die mit der Eroberung gekommen sind und Land an sich gebracht haben, oder als Renegaten ihres Volkes polnische Sitte und Sprache angenommen haben, neunzig Prozent andre Völker, zum größten Teile russischen Stammes, Ruthenen und Weißrussen; diese sprechen nur russisch, beten russisch, weinen russisch, wenn sie unter polnischer Herrschaft sind, sie sind Russen und wollen Russen bleiben und stehen der russischen Regierung bei im Kampfe gegen den polnischen Adel. Die übrigen sind Litauer, Letten, Deutsche und eine ganz erhebliche Anzahl Juden. Da haben Sie also von vierundzwanzig Millionen zwölf Millionen,

wo es doch die größte Ungerechtigkeit wäre, wenn man den zehn Prozent unter ihnen eine gefürchtete und verhaßte Herrschaft über die übrigen neunzig Prozent beilegen wollte. In Galizien haben Sie, wie ich schon erwähnte, zwei Millionen Ruthenen gegen zwei Millionen Polen in Westgalizien, im Königreich Polen 3400000 Polen, außerdem eine Viertelmillion Russen im Südosten vom Gouvernement Lublin und eine Viertelmillion Litauer vom Niemen bis ungefähr nach Suwalki im nordöstlichen Zipfel des Königreichs; ferner haben Sie hier dreimalhunderttausend Deutsche und sechsmalhunderttausend Juden. . . . Ich habe schon erwähnt, daß wir in der Provinz Posen achtmalhunderttausend Polen haben, in der Provinz Westpreußen 350000. Zählen Sie diese alle zusammen — nur diejenigen aber, die kompakt genug wohnen, um ein Gemeinwesen zu bilden, und die bei sich zu Hause doch wenigstens in der Majorität sind —, dann bekommen Sie, wenn ich nicht irre, sechs und eine halbe Millionen Polen heraus, und im Namen dieser sechs und einer halben Millionen Polen fordern Sie die Herrschaft über vierundzwanzig Millionen zurück mit einem Tone, einem Gefühle, als ob es die tiefste, unwürdigste Knechtung und Erniedrigung wäre, daß Sie die Leute nicht noch ferner unter Ihrer Herrschaft haben und knechten können, wie es leider Jahrhunderte lang, ja ein halbes Jahrtausend lang geschehen ist. Man braucht nur die Verhältnisse genauer anzusehen, und dieser Anspruch hat vor Europa keinen Bestand, das Ganze verschwindet in Utopie, namentlich wenn man zur Verwirklichung der Utopie darauf ausgehen muß, zunächst drei große Reiche zu zerstören, Österreich, Preußen, Rußland, drei unter den fünf europäischen Großmächten in die Luft zu sprengen, um unter den Trümmern derselben eine neue phantastische Herrschaft von sechs Millionen Polen über achtzehn Millionen Nicht-

polen zu begründen. Ja, es ist nicht einmal glaublich, daß diese sechs Millionen Polen polnisch beherrscht sein wollen, sie haben zu trübe Erfahrungen gemacht. Wodurch ist die polnische Bewegung in Westgalizien zum Stillstande gekommen? Weil der polnische Adel sich überzeugte, daß der Bauer durchschaute, wohin er zielte, nämlich zur Wiederherstellung Polens. Da hat der polnische Bauer einen Schreck bekommen und hat sich weggewendet von der Bewegung und von den Vorspiegelungen, die ihm von seiten des Adels gemacht worden waren. Auch der Adel hat einen Schreck bekommen, wenn er an die furchtbaren und verbrecherischen Bluthaten der Bauern im Jahre 1846 dachte,*) er hat den Säbel eingesteckt und lebt einstweilen in Frieden mit der österreichischen Regierung. Ich glaube, ich brauche das nur anzuführen — die Herren polnischer Zunge kennen die Verhältnisse besser als ich —, um die Behauptung zu unterstützen, daß selbst die sechs und eine halbe Millionen Polen nicht die Absicht haben, von ein paarmal hunderttausend polnischen Edelleuten von neuem beherrscht zu werden. Auch der Verlauf der Insurrektion in Rußland zeigt dies. Ich will die russische Herrschaft nicht als eine besonders milde rühmen, aber der polnische Bauer hat zu ihr doch mehr Zutrauen als zu der Herrschaft seines adligen Landsmannes. Wo die Russen hinkamen und die Hängegendarmen verschwanden, fanden jene damals, vor drei Jahren, die bereitwilligste Unterstützung, soweit die Furchtsamkeit der eingeschüchterten Bevölkerung es gestattete. Ich möchte Sie also bitten, meine Herren, Sie, die Sie behaupten, das polnische Volk zu vertreten, verzichten Sie darauf, Europa, Preußen, Ihre eigne Provinz in Unruhe zu erhalten,

*) Das polnische Landvolk trat damals für die Regierung auf, und zweitausend polnische Edelleute und Priester fielen unter seinen Sensen und Dreschflegeln.

indem Sie einem ganz unerreichbaren Ziele nachjagen. Man kann in Ihnen vielleicht die Hoffnung erwecken, dies Ziel sei erreichbar, aber dann täuscht man Sie, oder Sie täuschen sich selbst darüber, wie man es leicht thut über das, was man wünscht. Daß der polnische Adel ein gewisses Heimweh nach den frühern Zuständen hat, ist mir vollständig erklärlich, das findet sich auch in den deutschen ehemals geistlichen Territorien in ganz analoger Weise. Verzichten Sie darauf, diesem Phantome nachzujagen, vereinigen Sie sich mit uns, vereinigen Sie sich mit der Mehrzahl Ihrer polnisch sprechenden Brüder in in Preußen, mit den polnischen Bauern in der Teilnahme an den Wohlthaten der Zivilisation, die Ihnen der preußische Staat bietet, an den Wohlthaten, die Ihnen die durch den Norddeutschen Bund vermehrte friedliche Sicherheit gewährt, beteiligen Sie sich ehrlich am gemeinsamen Werke, und Sie werden unsre Hand offen finden, und wir werden Sie mit Freuden als unsre Brüder und Landsleute in unsrer Mitte begrüßen. Der hohen Versammlung aber in ihrer deutschen Mehrzahl möchte ich dieses Beispiel der Polen noch besonders vor Augen stellen, um den Beweis zu liefern, wohin ein großer und mächtiger Staat, geleitet von einem tapfern, kriegerischen und gewiß auch einsichtigen Adel, gelangen kann, wenn er die Freiheit des Einzelnen höher stellt als die Sicherheit nach außen, . . . wenn die Freiheit des Individuums die allgemeinen Interessen erstickt. . . . Die energischsten Anstrengungen des polnischen Adels, um die verlorne Herrschaft wiederzugewinnen, die größte Hingebung für gemeinsame Zwecke, die glänzendste Tapferkeit, die einzelne Individuen für diese Zwecke an den Tag legen, alles das reicht nicht hin, um die verlornen Güter zurückzubringen."

Wir werfen schließlich noch einen Blick auf die Traktate

und Proklamationen, auf welche die polnische Fraktion im preußischen Abgeordnetenhause sich stützen zu können meint, wenn sie für Posen eine Sonderstellung in der Monarchie beansprucht. Bismarck hat diesen Anspruch im Landtage an der Hand jener Abmachungen zurückgewiesen, und wir dürfen annehmen, daß die folgende ausführlichere Auseinandersetzung mit dem, was er damals bemerkte, übereinstimmt. Die Sache verdient aber eine möglichst gründliche Klarstellung, da die wiederholt als grundlos nachgewiesenen Behauptungen der Polen immer wieder vorgebracht werden, und zwar mit einer Miene, als ob sie die unzweifelhafteste Wahrheit enthielten. Noch im Frühjahr 1882 hatte die Polengruppe im preußischen Abgeordnetenhause die Absicht, einen „Generalantrag" wegen Gewährung der den Polen im Posenschen angeblich durch die Wiener Verträge verbürgten Rechte einzubringen, man vertagte indes die Ausführung des Planes, obwohl die Ultramontanen von der Richtung Windthorsts sich der Sache günstig gezeigt haben sollten. Wenn dieselbe wieder aufs Tapet gebracht wird, so werden wir vermutlich das alte Lied in neuer Variation zu hören bekommen, vielleicht auch nur ein Stück der oft widerlegten Nörgelei, und da deutsche Volksvertreter geneigt sein sollen, sich der Lamentirenden anzunehmen, so wird es nützlich sein, auch in dieser Darstellung daran zu erinnern, daß sie daran sehr unrecht thun würden.

Das Klagelied der polnisch redenden Landboten im preußischen Parlamente lautet in der Kürze wie folgt: In der Wiener Schlußakte vom Juni 1815 und dem Besitznahmepatent, sowie in der dasselbe begleitenden Proklamation ist eine Personalunion zwischen dem Großherzogtume Posen und Preußen geschaffen, und außerdem sind den Polen in jenem Gebiete damals bestimmte Verheißungen in Betreff der Wahrung ihrer Nationalität

und Sprache und des Schutzes ihrer Religion und Kirche erteilt worden; alles das ist aber ohne Beachtung geblieben und wartet noch heute auf Erfüllung.

Prüfen wir diese Behauptung an den Thatsachen.

Man möge über das Verfahren Friedrich Wilhelms des Zweiten bei der zweiten Teilung Polens so hart urteilen, wie man billigerweise kann, 1815 hatte sein Nachfolger die Provinz Posen in gutem, ehrlichem Streite erworben: sowohl das Recht der Niederwerfung einer Empörung als dasjenige der Eroberung stand auf seiner Seite. Was die Polen unter Kosciuskos Führung an öffentlicher Achtung und Teilnahme gewonnen hatten, das hatten sie durch die bedientenhafte Weise, in der sie sich an die Fersen Napoleons hefteten und unter seinem Gebot wider edlere, freiheitsliebende Völker kämpften, vollständig verscherzt. Nie waren sie in Europa geringer geachtet als 1814, wo Talleyrand schrieb, die polnische Frage sei nur eine einfache Angelegenheit der Teilung und der Grenzbestimmung, welche die dabei interessirten Staaten unter sich abzumachen hätten. Für Frankreich, für Europa habe sie nur geringes Gewicht. Lord Castlereagh, dessen Noten die Polen seitdem wie Gesetze behandelten, durch welche Preußen gebunden wäre, äußerte brieflich um dieselbe Zeit, daß er nicht begreife, weshalb Preußen nicht auf Kosten eines Feindes entschädigt werden solle, der nach den Grundsätzen des Völkerrechts die Gesamtheit seiner politischen Rechte eingebüßt habe. Nur der Kaiser Alexander von Rußland zeigte Sympathie für die Polen, aber nicht nur der Freiherr von Stein war andrer Meinung, sondern auch der eigne Minister des Zaren, Pozzo di Borgo. „Sind die Polen," sagte dieser, „so gut für eine freie Verfassung vorbereitet, warum haben sie dann bei Bonaparte keine Schritte gethan, um sich als Nation hinzustellen, warum blieben sie nur

ein französisches Militärdepartement? Weshalb haben sie gar keinen Widerwillen kundgegeben, zu marschiren, um die Spanier zu morden, warum stellten sie Feste und Gelage an, wenn ein Regiment nach den Pyrenäen zog? Die Polen fordern nicht ihre Befreiung, sondern ihre Selbstherrschaft, nachdem sie Madrid verwüstet und Moskau verbrannt haben. Sie deklamiren Dramen über ihr Unglück, und doch ist ihr Loos kein andres als das, welches alle Völker, die sich so betragen, getroffen hat."*) In dieser Stimmung gegen die Nation der Herren Niegolewski und Kantak ging man an die Arbeiten des Wiener Kongresses. Es handelte sich hier nur darum, die Modalitäten zu finden und zu bestimmen, welche dem Frieden und der Ruhe der Staaten eine möglichst lange Dauer verleihen würden.

Die Wiener Hauptakte vom 9. Juni 1815 sagt in Bezug auf unsre Frage**) im ersten Artikel: „Die polnischen Unterthanen Rußlands, Österreichs und Preußens werden eine Vertretung und nationale Einrichtungen bekommen, geregelt nach der Weise politischer Existenz, welche jede einzelne der Regierungen, unter die sie gehören, ihnen zu gewähren für nützlich und zweckmäßig erachten wird." Dieses Versprechen ist in Preußen bereits durch die Einrichtung der Provinziallandtage von 1823 erfüllt worden. Der 23. Artikel der genannten Akte lautet: „Nachdem Se. Majestät der König von Preußen infolge des letzten Krieges wieder in den Besitz mehrerer Provinzen und Gebiete gelangt ist, welche durch den Frieden von Tilsit

*) Pertz, Stein, IV. S. 184.

**) Vergl. zu dem folgenden: „Die staatsrechtliche Stellung der Polen in Preußen" von Geh. Reg.-Rat Noah, 1861, und „Das Großherzogtum Posen und die Polen," eine in demselben Jahre erschienene Arbeit, deren unbekannter Verfasser im ersten Abschnitte derselben aus einer 1849 verfaßten, nur als Manuskript gedruckten Denkschrift des Majors von Voigts-Rhetz schöpft.

abgetreten worden waren, wird durch den gegenwärtigen Artikel anerkannt und erklärt, daß Se. Majestät, dessen Erben und Nachfolger folgende Länder, nämlich den im 2. Artikel bezeichneten Teil seiner alten polnischen Provinzen, die Stadt Danzig und deren Gebiet, wie es im Tilsiter Vertrage festgestellt worden, den Kottbuser Kreis u. s. w. von neuem wie früher in voller Souveränetät und unbeschränktem Eigentume besitzen werden." Nach dem Schlusse desselben Artikels besitzt der König die bezeichneten Gebietsteile „mit allen den Rechten und Ansprüchen irgendwelcher Art, welche Se. Preußische Majestät vor dem Tilsiter Frieden besessen, und auf welche er niemals durch andre Verträge, Akte oder Übereinkünfte verzichtet hat." Nirgends ist hier von einer Personalunion die Rede, und wenn sich Friedrich Wilhelm der Dritte in dem Besitznahmepatente vom 15. Mai 1815 den Titel eines Großherzogs von Posen beilegte, so kann er dabei nicht entfernt den Gedanken an ein solches Verhältnis Posens zum Ganzen der übrigen preußischen Lande im Sinne gehabt haben. „Früher," d. h. vor dem Jahre 1807, vor dem Tilsiter Frieden, hatte niemand die Stellung der einst polnischen Provinzen Preußens zu den deutschen sich als Personalunion vorgestellt. Ernannte der König jetzt im Besitznahmepatent zum Behufe der Organisation einen besondern Statthalter für Posen, so war das umso unverfänglicher, als auch alte Provinzen, z. B. Pommern, einen solchen hatten. Wichtig ist, daß er die neue Erwerbung in jenem Aktenstücke als „Provinz" bezeichnet, und daß er Titel und Wappen derselben seinem Titel und Wappen nicht beifügt, sondern sie in dieselben „aufnimmt." Entscheidend und jeder Vorstellung von einer Personalunion widerstrebend ist endlich das Arrangement, vermittelst dessen er in dem Patente Teile der neuen Provinz mit West-

preußen verbindet und ihr wiederum westpreußische Gebiete einfügt.

In der Proklamation, welche das Besitznahmepatent begleitete, heißt es: „Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne eure Nationalität verleugnen zu müssen. Ihr werdet an der Konstitution teilnehmen, welche ich meinen Unterthanen zu gewähren beabsichtige, und ihr werdet wie die übrigen Provinzen meines Reiches eine provinzielle Verfassung erhalten. Eure Religion soll aufrecht erhalten und zu einer standesgemäßen Dotation ihrer Diener gewirkt werden. Eure persönlichen Rechte und euer Eigentum kehren wieder unter den Schutz der Gesetze zurück, zu deren Beratung ihr künftig zugezogen werden sollt. Eure Sprache soll neben der deutschen bei allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und jedem von euch soll nach Maßgabe seiner Fähigkeiten der Zutritt zu den Ämtern des Großherzogtums, sowie zu allen Ämtern, Ehren und Würden meines Reiches offenstehen.“ Von diesen Verheißungen hat der König nur die unerfüllt gelassen, welche eine Konstitution versprach; dies betraf aber die übrigen Preußen ebenfalls und nicht minder und wurde 1848 gutgemacht. Alle andern Zusicherungen wurden, soweit irgend möglich, verwirklicht und, wie oben gezeigt, daneben sehr wesentliche Wohlthaten andrer Art gewährt.

Am 3. August 1815 fand die Erbhuldigung statt. Vor derselben hielt der Statthalter, Fürst Anton Radziwill, eine Ansprache, in welcher er seine Landsleute glücklich pries, nun „einem Staatskörper einverleibt zu werden, dessen Ruhm und Macht auf einer weise beschränkten Freiheit, auf einer unparteiischen Gerechtigkeit und auf einer alles umfassenden Fürsorge der Regierung beruhen.“ Dann leisteten sie — genau nach der Formel von 1796 — den Treueid, Beamte, Geistliche, Ritterguts-

besitzer, ohne Protest, ohne irgendwelche Einschränkung. Der Oberpräsident von Zerboni sah denselben nach seinen Erfahrungen nicht für bindend genug an und ließ daher die polnischen Beamten noch einen Revers unterschreiben, der folgenden Passus enthielt: „Ich erkenne Se. Majestät den König von Preußen als den einzigen rechtmäßigen Souverän dieses Landes und den Anteil von Polen, welcher durch den Kongreß zu Wien dem königlich preußischen Hause wieder zugefallen ist, als mein Vaterland, das ich gegen jede Macht und gegen jedermann, wer es auch sei, unter allen Umständen und Verhältnissen mit meinem Blute zu verteidigen verpflichtet und bereit bin." Die Polen haben aus dieser Taktlosigkeit und Eigenmächtigkeit eines Beamten Kapital geschlagen und die betreffende Präsidialverfügung unter die „staats- und völkerrechtlichen Urkunden, welche das Verhältnis des Großherzogtums Posen zur preußischen Krone feststellen," zu rechnen beliebt. Sehr mit Unrecht und sehr leichtfertig; denn Radziwill erklärte diese Verordnung durch Reskript für ungiltig, nachdem der Oberappellationsgerichtspräsident von Schönermarck, darüber befragt, sein Gutachten dahin abgegeben hatte: „Die zweite Periode [des Reverses] läßt den Unterschreibenden den Anteil von Polen, welcher dem königlich preußischen Hause zurückgefallen ist, als sein Vaterland anerkennen. Der Begriff des Vaterlandes bezieht sich aber nicht auf einzelne Provinzen, sondern auf den ganzen Staat, dem man angehört. Das Vaterland des Einwohners des Großherzogtums ist also jetzt das ganze preußische Land."

Im Jahre 1816 wurde die altpreußische Gesetzgebung im Posenschen nach ihrem vollen Umfange wieder eingeführt. Im Jahre 1823 bekam die Provinz eine Provinzialordnung, die vollständig mit denen übereinstimmte, welche den übrigen Provinzen zuteil wurden. Wir könnten dieses Verfahren an sämt-

lichen weiteren organischen Gesetzen aufzeigen, wobei wir erst bei der Gemeindeordnung von 1850 auf einen Unterschied stoßen würden, indem hier die niemals praktisch gewordene Demarkationslinie Pfuels vorausgesetzt ist. Es genügt indes, sich die Kabinetsordres und Landtagsabschiede Friedrich Wilhelms des Vierten anzusehen, um zu erkennen, daß derselbe den Standpunkt seines Vorgängers in der Regierung hinsichtlich Posens entschieden behauptet hat. Im Landtagsabschiede von 1841 heißt es, um nur ein Beispiel anzuführen: „In Übereinstimmung mit dem Inhalte der Wiener Traktate hat das Besitznahmepatent und der Zuruf unsers in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät vom 15. Mai 1815 die Einwohner der Provinz Posen der Monarchie einverleibt und damit den Charakter einer vollständigen, untrennbaren und alle Verhältnisse durchdringenden Vereinigung ausgesprochen. Das Großherzogtum Posen ist eine Provinz in demselben Sinne, in derselben unbedingten Gemeinschaft wie alle übrigen Provinzen, die unserm Szepter unterworfen sind. Mit dieser Stellung der Provinz Posen ist die Stellung der verschiedenen Nationalitäten, die sie in sich schließt, ist der Gang ihrer fernern Entwicklung unverrückbar vorgezeichnet. Der polnischen Nationalität ist durch die Wiener Traktate und durch den Zuruf vom 15. Mai 1815 Berücksichtigung und Schutz verheißen. Die rühmliche Liebe jedes edlen Volkes zu seiner Sprache, seiner Sitte, seinen geschichtlichen Erinnerungen auch in Polen zu achten und zu schützen, war der Vorsatz der Vollzieher des Wiener Traktats, und auch unter unsrer Regierung soll ihr Würdigung und Schutz zuteil werden. . . . Aber wie jede Gabe an die Bedingung geknüpft ist, daß sie nicht mißbraucht werde, so können auch wir unsre Verheißungen und Absichten von dieser Bedingung nicht lösen. In der untrennbaren Verbindung mit unsrer Monarchie hat

das Nationalgefühl der polnischen Unterthanen unsrer Provinz Posen die Richtung seiner fernern Entwicklung, die feste Schranke seiner Manifestation zu erkennen. Die Verschiedenheit der Abstammung, der Gegensatz der Namen Polen und Deutsche findet seinen Vereinigungspunkt in dem Namen des Staates, dem sie gemeinsam für immer angehören, in dem Namen Preußen."

Und wie sich das absolute Königtum in Preußen den Polen gegenüber nichts vergeben hat, so auch die Verfassung. Der erste Paragraph derselben sagte: „Alle Landesteile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet." Die polnischen Abgeordneten wollten anfangs ihre Mandate niederlegen, um nicht schwören zu müssen. Indessen erschien ihnen das aus verschiedenen Gründen unbequem, und so kamen sie 1850 wieder, um den Eid mit Vorbehalt zu leisten und „auf dem durch die Verfassung gebotenen Wege die Rechte des Landes wahrzunehmen." Der Präsident des Landtages aber ließ dies selbstverständlich nicht zu, indem er erklärte: „Wenn die Herren den Eid leisten, so leisten sie ihn strikte und unbedingt." So schwuren sie denn in dieser Weise, und dies geschah später auch von allen andern preußischen Landboten polnischer Zunge. Als der Norddeutsche Bund gegründet wurde, protestirte der Abgeordnete Kantak gegen das Zustandekommen desselben mit Einschluß Posens, in Wahrheit aber, wie der Bundeskanzler ihm nachwies, gegen die verfassungsmäßige Einheit der preußischen Monarchie. „Diese Einheit anzuerkennen," bemerkte der Kanzler, „und doch dagegen zu protestiren, daß der Staat, zu dem man gehört, berechtigt sei, seine staatlichen Zwecke auch im Verein mit den Nachbarstaaten zu erstreben, mit denen er glaubt, sie besser erreichen zu können, das kann in der That niemand, der nur einige Logik sich bewahrt hat, einfallen." Irgendwelche Folge hatte dieser Einspruch des pol-

nischen Herrn so wenig wie 1871 der Antrag polnischer Abgeordneter, die Provinz Posen nicht in das deutsche Reich mit aufzunehmen. „Ich bestreite Ihnen," sagte Fürst Bismarck bei dieser Gelegenheit, „das Recht, sich auf einen Vertrag für Sonderstellung einzelner Provinzen im preußischen Staate zu berufen. Sie haben es stets sorgfältig vermieden, diese Verträge ihrem vollen Wortlaute nach anzuführen. . . . Es wäre die Existenz des Großherzogtums Posen und Westpreußens im preußischen Staate, wie sie seit einem halben Jahrhundert ist, nicht möglich gewesen, wenn etwas derartiges, wie Sie stets wiederholt anführen, in den Verträgen festgesetzt wäre." Die Provinzen Posen und Westpreußen sind also nach den Verträgen und Proklamationen von 1815, den alten Landesgesetzen und der von ihren polnischen Abgeordneten immer wieder beschworenen Verfassung ein integrirender Teil der preußischen Monarchie und des deutschen Reiches, und wer an diesem Verhältnisse rüttelt, es zu lösen versucht, macht sich des Landesverrates schuldig.

Fassen wir das Gesagte zusammen, so meinen wir die Gedanken des Reichskanzlers wiederzugeben, wenn wir folgendes behaupten. Preußen besitzt den Teil des ehemaligen Polenreiches, der ihm einverleibt ist, vollkommen rechtmäßig. Die betreffenden Provinzen sind, ganz so wie die übrigen Glieder, nicht bloße Anhängsel des preußischen Staatsorganismus. Die Einsprüche dagegen, die aus den Verträgen abgeleitet werden, sind null und nichtig, grundlos und unlogisch, und die Abgeordneten, welche sie erheben, haben dazu von ihren Wählern kein Mandat. Der Besitz dieser Provinzen ist für Preußen eine Notwendigkeit. Das Eroberungsrecht hier nicht anerkennen, heißt im Munde von Polen, die polnische Geschichte in der Zeit der Macht der Republik vergessen, eine Geschichte, die eine Kette von Erobe-

rungen ist. Diese Eroberungen waren mit grausamer Knechtung und Aussaugung der Unterworfenen verbunden. Polen konnte infolge seiner Verfassung, welche die Freiheit des Einzelnen höher stellte als das Wohl des Staates, in der neuen Zeit nicht fortbestehen. Eine Wiederherstellung desselben ist schlechterdings unmöglich; denn sie würde die Herrschaft einer Minorität von sechs bis sieben Millionen Polen über ungefähr dreimal soviel Nichtpolen und die Zerreißung von drei Großstaaten Europas bedeuten. Die wiederholt aufgetauchte Lüge, der leitende preußische Staatsmann neige zu einer solchen Restauration hin und habe Schritte zu ihrer Herbeiführung gethan, war schon aus diesem Grunde im höchsten Grade unwahrscheinlich. Für die große Masse der polnischen Bevölkerung Preußens ist die Aufnahme in dessen Staatsverband und in die deutsche Kultursphäre ein Segen gewesen, und viele empfinden das dankbar und würden das noch stärker empfinden, wenn ihre Geistlichen nicht durch Vorspiegelung einer Gefahr für ihren katholischen Glauben gegen die Regierung und das deutsche Wesen wirkten. Trotzdem würde dem Volke in den polnisch redenden Kreisen Preußens eine Wiederkehr der alten Zustände als ein schweres Unglück erscheinen. Nur die Adelichen und der Klerus wissen, was sie wollen, wenn sie eine Wiederherstellung der polnischen Republik vor den Teilungen wünschen und erstreben. Die Vergangenheit ist ihnen, was den ausgewanderten Juden Ägypten mit seinen Fleischtöpfen war. Sie wollen wieder in den Stand gesetzt sein, mit den Bauern nach Belieben zu schalten, die deutsche Zucht soll wieder der polnischen Freiheit weichen, die deutsche Bildung der römischen Dressur. Solchen Wünschen ist aber ein genügend starker Pflock vorgesteckt, und das ist eine Wohlthat. Es ist ein Glück für den polnischen „Patriotismus" oder — nennen wir das Kind beim rechten Namen — für den

Egoismus mit der patriotischen Kokarde, daß er nicht die Macht hat, seine Velleitäten in erfolgreiche Thaten umzusetzen, er würde sich und das ganze Volk und Land abermals zu Grunde richten. Wir aber werden ihm in keiner Weise zur Verwirklichung seiner Phantome verhelfen. Es wäre Sünde gegen uns selbst und Sünde gegen unsern Nächsten, der zwar weiß, was er will, aber nicht weiß, was er thut.

Viertes Kapitel.

Bismarck und die Presse.

Darüber, ob die Presse, wie sie sich bei uns herausgebildet hat, oder drücken wir uns genauer aus, ob die periodische Literatur, die Gesamtheit unsrer Tagesblätter und Wochenschriften, in der politischen Welt mehr Nutzen als Nachteil schafft, wird sich streiten lassen, desgleichen über die Frage, ob sie die öffentliche Meinung macht oder ausdrückt. Dagegen sind wohl alle Sachkenner darüber einverstanden, daß sie bei allen ihren Mängeln eine Macht ist, wenn auch, wenigstens in Deutschland, noch lange nicht die siebente Großmacht, als welche Phrasenliebhaber sie zu bezeichnen lieben.

Bei der Eile, mit welcher die Zeitungen hergestellt werden müssen, ist bei den Redaktionen wie bei der Mehrzahl der Mitarbeiter Gründlichkeit ausgeschlossen und Schnelldenkerei geboten. Man muß urteilen, auch wo noch keine genügenden Grundlagen dazu zur Hand sind. Bei dem Wechsel der Nachrichten, welche der Telegraph und die Korrespondenten liefern, und von welchen

die eine die andere nicht bloß ergänzt, sondern oft umstößt, ist eine stetige Haltung nicht möglich. In der Regel vertritt das Blatt eine Partei, von deren Standpunkt es die Dinge entweder unwillkürlich falsch oder schief ansieht oder bewußt in zu günstiges oder zu ungünstiges Licht stellt, sie auch wohl ganz in Glanz kleidet oder mit Dunkel übermalt. Endlich sind diese „Organe der öffentlichen Meinung“ nicht selten Gründungen und Apparate von Bankfirmen oder Konsortien, in deren Interesse es liegt, politische Thatsachen zu betonen oder zu verschweigen, zu färben oder zu erfinden, um das Barometer der Börse steigen oder fallen zu machen. So ist die Belehrung, welche das Publikum aus den Erzeugnissen der journalistischen Thätigkeit schöpft, häufig von zweifelhaftem, zuweilen von gar keinem Werte. Absichtlicher Irreführung ganz zu geschweigen, ist der Gewinn, welchen der Leser dem Unterricht der Zeitungen zu danken hat, immer nur ein mäßiger. Man erfährt vieles, aber nicht viel. Man behält von seiner Lektüre wenig klares und festes in den Händen. Man wird unsicher und gewöhnt sich an Flüchtigkeit und Oberflächlichkeit. Man gewöhnt sich ferner daran, statt sich durch eignes Nachdenken, durch Umschau in der thatsächlichen Welt und mündlichen Austausch von Ansichten selbst eine Meinung zu bilden, sich diese Meinung jeden Morgen oder Abend von andern serviren zu lassen, mit andern Worten: man produzirt nicht mehr, sondern nimmt nur noch auf, wobei durch rasches Vergessen der Quelle der Leser in den Irrtum verfällt, das Produkt fremder Hände für selbstgewonnene Überzeugung zu halten und sich dafür zu erhitzen. Andrerseits aber bestimmt und nötigt die so von den Hauptblättern gemachte öffentliche Meinung vielfach ihre Urheber, trotz besserer Erkenntnis auf den einmal betretenen Irrwegen zu beharren, weil sie sich sonst bei ihren Abonnenten diskreditiren würden. „Die

ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los." Die Ehrfurcht vor der Weisheit des großen Blattes darf nicht Schaden leiden; denn man arbeitet mit ihr für die Zwecke seiner Partei, und man lebt von ihr.

Auf einer seiner parlamentarischen Soireen, im Dezember 1875, äußerte Bismarck sich gegen eine Gruppe von Abgeordneten in Betreff der deutschen Presse ungefähr dahin: „Es wird in unsern Zeitungen zu viel auf Sensationelles gesehen, als ob alle Tage so etwas passiren müßte. Jede Nummer muß, wo möglich, etwas Neues bringen, etwas Bedeutendes, Außerordentliches. So verwöhnen sie das Publikum, das nun solche Dinge erwartet und verlangt von seinen Blättern, und die verlangen's dann von ihrem Korrespondenten. Der kommt dadurch in eine schlimme Lage. Er soll in allen seinen Berichten etwas Neues schreiben, wichtige Nachrichten, und geschieht das nicht, so hält ihn seine Redaktion entweder für nachlässig und zu bequem, um sich ordentlich umzusehen in seinem Revier, oder sie denkt, er hat keine guten Verbindungen. Da setzt er sich dann hin und berät sich mit seiner Phantasie oder er macht sich an auswärtige Gesandtschaften, die ihn natürlich gern mit Nachrichten versehen, welche ihren Zwecken entsprechen. — Gegenwärtig z. B. ist alles still bis auf das bischen Herzegowina, das uns direkt garnichts angeht. Dann ist noch eins: unsre Blätter beschäftigen sich zu viel mit dem Auslande, mit den französischen Zuständen, mit den Fragen, die im englischen Parlamente verhandelt werden, mit den dortigen Volksversammlungen, Wahlen, Ernennungen und dergleichen. Das ist doch nur zuweilen für uns von wirklichem Interesse. Wer kümmert sich denn in den Pariser Zeitungen darum, ob der oder jener in Trakehnen oder Kaukehmen in den Landtag gewählt worden ist, oder was Herr N. N. in einer Kreisstadt seinen politischen

Freunden vorgetragen hat, oder wie der neue Regierungspräsident in Königsberg heißt? Viel besser und nützlicher wäre es, wenn man es wie die Presse in England machte; die beschäftigt sich fast nur mit innern Angelegenheiten, sachkundig und gründlich, und so wird das Publikum wirklich belehrt und bekommt ein Urteil über solche Fragen."

Andre und zwar direkt fühlbare Nachteile, welche die Thätigkeit der Presse der öffentlichen Wohlfahrt zufügen kann und wiederholt zugefügt hat, hob der Reichskanzler in der Rede hervor, die er am 9. Februar 1876 bei der dritten Beratung der Strafgesetznovelle im Reichstage hielt. Indem er auf die Schäden zu sprechen kam, welche durch Verbreitung erdichteter und entstellter Thatsachen für das Gemeinwesen zu entstehen pflegen, sagte er: „Ich erwähne in erster Linie dabei die auswärtigen Verhältnisse, die Entstellung der Sachlage in Bezug auf Krieg und Frieden. Lassen Sie mich mit kurzen Worten die Kriegslügen nennen, die seit zwölf Jahren, ja seit länger die ängstlichen Gemüter verwirrt und nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß die Geschäfte darniederliegen." Der Kanzler wies dann zunächst auf ein belgisches Blatt aus dem Jahre 1863 hin, in welchem es hieß: „In Berlin raunt man sich ins Ohr, daß es im Winter eine neue Quadrupelallianz zwischen Preußen, Frankreich, Italien und Schweden geben soll. Den Anschluß Dänemarks würde man durch endgiltige Überlassung von Schleswig-Holstein erreichen. Schweden soll Finnland bekommen, Polen seine alten Grenzen von 1772 wieder erhalten, Italien Venedig, Frankreich Mainz, Köln und vielleicht Brüssel, Preußen würde ganz Deutschland und möglicherweise auch Holland erhalten." „Da finden Sie also," fuhr der Redner fort, „den ersten Ursprung all dieser Hetzereien in Bezug auf das uns sehr befreundete und durch beiderseitig friedliche Ge-

sinnungen geschützte Holland. In vielen Blättern hat sich diese Lüge durch viele Jahrgänge hindurchgezogen. Dabei ist es nicht geblieben. Sie wissen, daß bald darauf, nach dem Frieden mit Österreich, der französische Kriegslärm folgte, ein Krieg, der schließlich doch nicht durch uns begonnen wurde, und seitdem sind wir ununterbrochen verdächtigt worden. So viel ich mich erinnere, hieß es im Jahre 1871, wir würden nun die Ostseeprovinzen von Rußland erobern wollen; es waren vorzugsweise polnische Blätter, die ja jederzeit gern in der Aussicht schwelgen, daß ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland ausbrechen werde. Darauf kamen die Verleumdungen, als dächten wir an einen Krieg gegen Österreich, und dann kam bis zum Kulminationspunkt im vorigen Frühjahr der jetzige Kriegslärm auf Grund einiger Zeitungsartikel,*) welche ein das Wunderliche noch überschreitendes Maß von Leichtgläubigkeit gefunden haben. . . . Daß Entstellungen der Thatsachen in Bezug auf die Lage von Krieg und Frieden nachteilig auf Handel und Verkehr wirken, ist ja ganz klar, und ich schreibe einen großen Teil der Stockung in den Geschäften den Entstellungen der Zeitungen zu. Aber die eigentliche Schuld liegt doch an der wunderbaren Leichtgläubigkeit und an der Sensationsbedürftigkeit der Leser. Namentlich die deutschen Leser mögen ernste, sachlich geschriebene, belehrende Artikel über innere Angelegenheiten, die uns doch zunächst interessiren sollten, nicht lesen. Keiner liest sie gern, und schreiben mögen die Redaktionen sie noch weniger gern, das erfordert Anstrengung und Arbeit. Deutsche Zeitungen sollen politische Unterhaltungslektüre sein, die man eben beim Schoppen gelegentlich verrichtet, und von der man eine

*) Der Aufsatz: „Ist der Krieg in Sicht?" ist vor allem gemeint, der am 8. April 1875 in der Post erschienen war.

anregende Unterhaltung, vor allen Dingen etwas neues weit aus dem Auslande erwartet. Die Zeitungen beschäftigen sich für meinen Geschmack viel zu sehr mit ausländischen Angelegenheiten. Der Schaden, von dem ich rede, trifft die leichtgläubigen Leute an den Börsen, und das ist schlimm genug. Der Krieg aber wird durch Zeitungsartikel niemals herbeigeführt. In neueren Zeiten ist durch Wortstreitigkeiten schwerlich je ein Krieg entstanden, und selbst der französische Krieg von 1870, an dem scheinbar die Presse einen großen Anteil hatte, aber nur die Regierungspresse, ist ganz gewiß nicht von der Presse gemacht worden, sondern nur von der kaiserlichen Kamarilla. Er spukte schon 1867 vor, und die ganze Zeitungspresse an sich hätte es nie zum Kriege getrieben. ... Wer für die Beängstigung der Börse im vorigen Frühjahr die Artikel einiger durchaus nicht offiziösen Blätter [verantwortlich macht, der ist im Irrtum.] Ich meine die Post, um sie beim Namen zu nennen; für die habe ich meines Wissens niemals einen Artikel schreiben lassen, am allerwenigsten den, der »Krieg in Sicht« überschrieben war. Aber ich habe den Artikel nicht getadelt; denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgend einem Lande eine Minorität zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Majorität darauf aufmerksam wird; denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege, der Krieg wird durch Minoritäten oder, in absoluten Staaten, durch Beherrscher oder Kabinette entzündet. Aber der ist gewiß nicht des Krieges, der Brandlegung verdächtig, der zuerst Feuer schreit. Wenn es wirklich einen Minister gäbe, der aus irgend einem gänzlich unbegründeten Zwecke zum Kriege drängen wollte, der würde es doch wahrlich ganz anders anfangen, als daß er zuerst in der Presse Lärm schlüge; damit würde er nur die Löschmannschaft rufen. ... Es trat damals zu der öffentlichen Leicht-

gläubigkeit, die ich tadle, und der entgegenzuwirken ich für unsre Aufgabe halte — es traten im vorigen Frühjahre noch Verhältnisse hinzu, die ich hier nicht näher auseinanderlegen will, der Umstand, daß einzelne Diplomaten [welche Zeitungskorrespondenten mit Nachrichten und Gedanken zu versehen gewohnt waren] aus trüben Quellen schöpften und wegen Mangel an Erfahrung überzeugt waren, daß diese trüben Quellen reines Wasser lieferten, daß Saloneinwirkungen — Personen, die gesellschaftlich hoch genug gestellt waren, um mit politischen Kreisen in Berührung zu kommen, Überzeugungen aussprachen, die irrtümlich waren, weil eben diese Personen noch nicht eingeweiht genug waren, um ein politisches Urteil zu haben, vielleicht auch nicht unparteiisch genug, um das deutsche Reich wohlwollend zu beurteilen. . . . Es giebt ja hochgestellte Personen, die als politische Orakel gelten, ohne amtlich dazu berufen zu sein, Personen, die auch mit einem Anschein von Offiziosität und Glaubwürdigkeit korrespondiren, aber mit Unrecht. . . . Die Geschäfte leiden aber auch unter einer andern Art von Presse — ich möchte sie diejenige nennen, die im Dunkeln wirkt, nur beim Licht einer Blendlaterne. Die Zeitung, das Wochenblatt, welches einem Manne von wenig Mitteln und wenig Bildung behändigt wird, der keine Art von Kontrole hat, die Irrtümer, ja die dreisten Lügen, die ihm darin aufgebürdet werden, irgendwie zu bemessen, die Zeitung, die sich in solchen, in den ärmeren und unzufriedenen Kreisen der Bevölkerung einnistet, die hat ein leichtes und sicheres Spiel, indem sie den gemeinen Mann, der da glaubt und mit Recht glaubt, daß er in einer unangenehmen Lage ist, dahin bethört, daß er mit Unrecht wähnt, er könne durch weniger Arbeit und Anweisung auf das Vermögen seiner Mitbürger der eignen Not dauernd abhelfen, daß es dauernd möglich wäre, mehr zu genießen und weniger zu

arbeiten, als nach dem allgemeinen Angebot und Bedarf eben darin steckt. Auch diese Art von Presse hat uns wesentlich geschadet und zurückgebracht; die sozialistisch-demokratischen Umtriebe haben wesentlich mit dazu beigetragen, den geschäftlichen Druck, unter dem wir uns befinden, zu schaffen; sie haben ganz gewiß die deutsche Arbeit verteuert und vermindert, und ihr Produkt ist, daß der deutsche Arbeitstag nicht mehr das leistet, was der französische und der englische Arbeitstag leistet. Der französische Arbeiter arbeitet an einem Tage mehr als der deutsche und geschickter; wir sind zurückgekommen in der Arbeit, und dadurch haben wir aufgehört, konkurrenzfähig zu sein."

Daß die Presse trotz dieser und andrer Mängel und Nachteile ihre Verdienste hat, daß sie mancherlei Gutes anregt, mancherlei Mißstände rügt und bessern hilft, daß sie über vielerlei Gegenstände und Verhältnisse rasch aufklärt, und daß sie ein treffliches Mittel ist, bei Konflikten mit dem Auslande, bei drohenden Kriegen der nationalen Stimmung Ausdruck zu geben, sie zu heben und ihr begeisterten Schwung zu verleihen, kann und soll nicht geleugnet werden, und daß sie im Guten wie im Bösen auf politischem Gebiete eine Macht ist, würde, wenn es noch des Beweises bedürfte, sich mit Evidenz daraus ergeben, daß alle Regierungen sich ihrer zur Aufklärung und Widerlegung bedienen, und daß der größte Staatsmann der Gegenwart davon keine Ausnahme macht. Ist doch auch die Leitung der römischen Kirche sich klar darüber, welchen Einfluß die Zeitungen üben, und finden sich doch auch unter der höhern katholischen Geistlichkeit Tagespolitiker mit stark ausgeprägtem journalistischen Trieb und Talent. Wir erinnern nur an den verstorbenen Bischof von Ketteler, der ein sehr rühriger Zeitungsschreiber war und einst im Eifer des Ge-

spräches die Äußerung that: „Und wenn heute der heilige Petrus noch auf Erden wandelte, er würde sicher ein Blatt redigiren."

Bismarck hat nicht nur durch andre auf die Presse einwirken lassen, sondern auch selbst für sie geschrieben, und zwar schon zu der Zeit, wo er noch kein Amt bekleidete. Er unterstützte die von ihm mitbegründete Neue Preußische Zeitung mehrere Jahre durch eigne Artikel. „Wie oft," so berichtet Hesekiel, „saß er an dem großen runden Tische, an welchem so viele ausgezeichnete Männer [z. B. Herr Hesekiel selbst] gesessen haben, und schrieb in jenen ganz eigentümlich festen, hohen und eng aneinander gedrängten Zügen. Zuweilen auch kam er hastig ins Zimmer, grüßte eilig, stellte sich, Hut und Handschuhe in der Linken behaltend, an ein Pult und warf rasch einige Zeilen hin. »Hängen Sie den landesüblichen Vers daran,« rief er dann wohl dem Redakteur en chef zu und eilte grüßend wieder hinaus."

Sehr lebhaft beteiligte sich Bismarck während seiner Frankfurter Periode an der Einwirkung auf die Presse, und nach Hesekiel wäre dies in den ersten Monaten seines dortigen Aufenthaltes, wo er noch nicht Gesandter war, seine eigentliche Thätigkeit gewesen. Nach Poschinger war er in dieser Zeit von Manteuffel beauftragt, die Frankfurter Blätter, zunächst in Bezug auf die schwebenden Handelsfragen, zu benutzen. Auch später widmete er einen Teil seiner Mußestunden der Beschäftigung mit und für Zeitungen. Als die Bundesversammlung auf österreichischen Antrag einen Ausschuß bestellte, welcher die zur Publikation geeigneten Verhandlungen derselben auswählen und ihrem wesentlichen Inhalte nach veröffentlichen sollte, und gleich die erste Publikation zeigte, daß man ein im österreichischen Sinne und gegen Preußen wirkendes Parteiorgan geschaffen

hatte, trat er diesem Beginnen öffentlich in der Presse entgegen. Unterm 7. November 1851 schrieb er an Manteuffel: „Hier werde ich nicht nachlassen, das Treiben des Herrn Hock [der gegen den Zollverein agitirt hatte], soweit nur möglich, zu beaufsichtigen und durch die Presse den wahren Thatbestand unter verschiednen Formen und an verschiednen Orten ohne alle Schonung aufdecken lassen." In einem Berichte vom 22. Dezember desselben Jahres beantragte er bei seinem Minister, „der inländischen Presse bei Beleuchtung der bundestäglichen Politik mehr als bisher Materialien zu gewähren und die Zügel schießen zu lassen." Am 15. Juli 1852 remonstrirte er gegen einen Artikel der Spenerschen Zeitung, der, von vielen süddeutschen Blättern abgedruckt, nicht wenig dazu beigetragen hatte, die Hoffnung auf ein Nachgeben in der Zollvereinskrisis zu verbreiten." Um dieselbe Zeit veranlaßte er die Abfassung einer Flugschrift mit dem Titel: „Der deutsche Zollverein soll zerstört werden? Eine Stimme aus dem Süden," die er in 1000 Exemplaren drucken und durch geeignete Mittelspersonen an die einflußreichsten Industriellen, Landwirte und Kaufleute in Süddeutschland verbreiten ließ. Als in der sächsischen Presse die Ansicht verfochten worden war, da der Zollvereinsvertrag lediglich von Preußen gekündigt worden, so werde für die übrigen Mitglieder die Verbindlichkeit in Kraft bleiben, den Verein nach Ablauf des Vertrages noch zwölf Jahre miteinander fortzusetzen, und dies in der Spenerschen Zeitung Widerlegung gefunden hatte, ließ Bismarck jenem Irrtum auch in süddeutschen Blättern entgegentreten, und am 6. September 1852 konnte er Manteuffel melden: „In dieser Beziehung ist nach Maßgabe des qu. Leitartikels der Spenerschen Zeitung eine besondre Korrespondenz dem Frankfurter Journal sowie dem Schwäbischen Merkur zugesandt. Ferner ist eine metallo-

graphirte Korrespondenz sieben andern in Hessen-Darmstadt, Nassau, Baden, Baiern und Würtemberg erscheinenden Blättern auf zuverlässigem Wege übermittelt worden. Sobald in der süddeutschen Presse Entgegnungen erscheinen sollten, werde ich für deren Beantwortung nach den aufgestellten Gesichtspunkten Sorge tragen." Immer noch in Sachen der Erhaltung des Zollvereins schrieb er in einem Berichte vom 12. Oktober, nachdem er darauf hingewiesen, daß die Mehrzahl der süddeutschen Blätter teils Regierungsorgan, teils ultramontan sei, teils unter österreichischem Einflusse stehe, und daß es ein großes Organ, wie Österreich es in der Allgemeinen Zeitung besitze, für Preußen im Süden nicht gebe: „Indessen ist es mir doch gelungen, auf eine Anzahl süddeutscher Zeitungen eine mehr oder minder entschiedene Einwirkung zu erlangen." Nachdem er dies mit Beispielen belegt, fährt er fort: „Wenn hiernach auch . . . die in Bezug auf die süddeutsche Presse erreichten Resultate nicht ganz ungünstig sein dürften, so reichen dieselben doch gerade für die gegenwärtige Situation nicht vollständig aus. Unter den obwaltenden Umständen wird daher für jetzt nichts andres übrig bleiben, als durch die Verbreitung von Flugschriften ergänzend auf die süddeutsche Bevölkerung im diesseitigen Sinne einzuwirken. Daß dies geschieht, habe ich bereits unter Erhoffen der Genehmigung Ew. Excellenz veranlaßt." Einige Tage später, am 19. Oktober, berichtete er seinem Chef in Berlin: „Um die Verhandlungen der zweiten darmstädtischen Kammer in möglichst weiten Kreisen zur Kenntnis zu bringen und dadurch indirekt die auf die Erhaltung des Zollvereins gerichteten Bestrebungen zu verstärken, habe ich veranlaßt, daß von denselben ein besondrer Abdruck in 500 Exemplaren veranstaltet worden ist. Derselbe ist, soweit irgend möglich, in einem den diesseitigen Interessen entsprechenden

Sinne redigirt.“ Zu demselben Zwecke schlug er wieder einige Tage später dem Minister vor, die Verhandlungen des Landrates der Pfalz, welche die Speyersche Zeitung gebracht hatte, in einem besondern Abdrucke zusammenstellen und verteilen zu lassen, und bald nachher, am 4. November, bat er in Berlin um Zusendung des ersten Teiles des amtlichen Berichtes über die Londoner Industrieausstellung aller Völker, indem er bemerkte: „Derselben soll ein Vorwort vorangeschickt sein, worin ganz besonders auf den bisher verbreiteten Segen des Zollvereins hingewiesen worden. Von diesem Gesichtspunkt aus könnte das Werk benutzt werden, um durch die süddeutsche Presse einzelne besonders schlagende Thatsachen in möglichst weitem Kreise zu verbreiten und auf diesem rein faktischen Wege die Erkenntnis von dem Werte der Erhaltung des Zollvereins umso entschiedener hervorzurufen.“ Am 2. Dezember meldete er, daß er den Abdruck und die Verteilung einer Rede verfügt, welche der Abgeordnete Deninger in der ersten darmstädtischen Kammer zu Gunsten des Vereins gehalten hatte, und, wie wir aus einem Berichte vom 6. Dezember ersehen, hatte er in dieser Zeit die Einreichung von sieben Petitionen für das Verbleiben Nassaus in der bisherigen Zollunion veranlaßt und fünf derselben in einer Broschüre, die den Titel: „Petitionssturm der Nassauer und andrer um Erhaltung des Zollvereins“ trug, zusammenstellen und in Süddeutschland verbreiten lassen.

Im Januar 1854 gelangten durch Zufall eigenhändige Korrespondenzen Prokeschs mit Preßagenten betreffend die Organisation einer preußenfeindlichen Einwirkung auf die deutsche Presse und Konzepte stark antimonarchischer Zeitungsartikel, gleichfalls von der Hand des Freiherrn, in den Besitz der preußischen Regierung, und der Minister von Manteuffel ersuchte Bismarck

um eine Äußerung, wie der Fund zu verwerten sein möchte. In der Beantwortung dieser Anfrage heißt u. a.: „Mein Operationsplan würde der sein, durch ein möglichst unverdächtiges Blatt und in der Weise, als ob sich die Materialien im Privatbesitze befänden, die ersten Andeutungen in die Presse zu werfen, indem man den ungefähren Inhalt der „thatsächlichen Zusammenstellung," welche Ew. Excellenz Erlaß anliegt, in einem oder mehreren Artikeln abdrucken läßt. Am besten würde sich hierzu vielleicht das Preußische Wochenblatt eignen, falls Ew. Excellenz es angemessen finden, eine unter den der Redaktion befreundeten Personen ins Vertrauen zu ziehen. Das Bekanntwerden der Transaktionen, die zwischen Herrn von Prokesch und seinen Agenten stattgefunden haben, muß notwendig einen starken Rückschlag auf die Bedeutung der für Österreich geschriebenen Artikel in der öffentlichen Meinung üben, wie dies schon aus der Gereiztheit hervorgeht, mit welcher einige Andeutungen über die jetzt von Frankfurt ausgehende österreichische Inspiration der deutschen Presse vor wenig Monaten aufgenommen wurden. . . Meine unmaßgebliche Ansicht würde demnächst dahin gehen, daß wir den Schein annehmen, als sei erst durch die gedachte Veröffentlichung die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Quelle derselben gelenkt und auf diesem Wege amtliche Kenntnis von den Materialien erlangt worden. Letztere könnten dann in der oben gedachten Weise zu weiteren Zwecken benutzt werden." Diese weitere Benutzung soll nach dem betreffenden Schreiben Bismarcks darin bestehen, „daß man ihm [Prokesch] selbst ein Gefühl der Unsicherheit in seiner Stellung beibringt, und daß man den beiderseitigen Bundesgenossen in vertraulichen Wegen und insoweit Kenntnis von der Sache giebt, daß unsre Duldsamkeit und Verträglichkeit in einem vorteilhaften Lichte erscheint. Ebenso dürfte es", heißt es weiter, „meines Er-

achtens sich empfehlen, wenn das Wiener Kabinet indirekt und außeramtlich erführe, daß wir schlagende Beweise für die stets abgeleugneten Umtriebe in der Presse gegen uns und in Betreff der Gesinnung, welche dieselben gegen die allerhöchste Person Sr. Majestät des Königs dokumentiren, in Händen haben."

Mit welcher Aufmerksamkeit Bismarck in Frankfurt die Äußerungen auch der preußischen Presse verfolgte, geht aus dem Berichte vom 25. Juli 1854 hervor, in welchem er am Schlusse sagt: „Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin, daß, wie mir scheint, in letzter Zeit österreichische Auffassungen [bezüglich des Verhaltens Deutschlands zur orientalischen Frage] mehr als früher sich in preußischen Blättern Geltung verschafft haben, und daß es österreichischen Korrespondenten gelungen ist, in denselben mit Tendenzen von entschiedener Feindseligkeit gegen Preußen Eingang zu finden. Ungeachtet der jetzigen engeren Beziehungen der beiden Regierungen wird seitens Österreichs kein Mittel unversucht gelassen, in einem derartigen Sinne auf die diesseitige Presse einzuwirken, wie viele Artikel der Kölnischen, der Speyerschen, der Nationalzeitung und zuweilen auch der Zeit beweisen. Diese Erscheinung ist umso mehr zu beklagen, als in der österreichischen Presse sich kein Blatt finden dürfte, welches die preußischen Interessen vertritt. In Betreff der Zeit erlaube ich mir noch namentlich anzuführen, daß der gegenwärtig sich hier aufhaltende Korrespondent derselben nach glaubwürdigen Nachrichten im Dienste des Herrn von Prokesch steht und nach Anleitung der publizistischen Agenten desselben seine Artikel schreiben soll."

Unterm 30. September desselben Jahres erstattet Bismarck über die preußenfeindliche Haltung der Frankfurter Postzeitung

Bericht, legt einige Nummern des Blattes als Beweise bei und weist namentlich auf den Schluß des einen hin, „in welchem die gröbsten Schmähungen gegen die deutschen Souveräne enthalten sind.“ Er bemerkt dazu: „Es kann hiernach nicht fehlen, daß der offiziöse Charakter, welchen jene Angriffe an sich tragen [Prokesch und der Legationsrat Braun waren Mitarbeiter und oberste Leiter der Redaktion], dazu dient, den nachteiligen Einfluß, den sie auf die öffentliche Meinung hervorbringen, wesentlich zu verstärken, und das umso mehr, als es diesseits am hiesigen Orte an einem Organe des Widerstandes mangelt. Die Postzeitung ist durch die Protektion Österreichs und des Fürsten Taxis jeder Rücksichtnahme enthoben. Das einzige verbreitete Blatt, durch welches man ihr entgegentreten könnte, ist das Frankfurter Journal, welches indessen, lediglich auf Handelspolitik basirt und durch mannichfache Erfahrungen gewitzigt, sich zum Grundsatze gemacht hat, Österreich und die Postzeitung niemals direkt anzugreifen. Unter diesen Umständen scheint es mir dringend wünschenswert, gegen die Postzeitung äußerlich erkennbar einzuschreiten.“ Im weiteren Verlauf seiner Auseinandersetzung giebt der Verfasser des Berichts die ihm geeignet scheinenden Wege dazu an. Am 7. Oktober schickt Bismarck seinem Minister einen Artikel des Frankfurter Journals ein, „welcher bei einer Rechtfertigung der Politik des Grafen Buol in der orientalischen Frage heftige Angriffe auf die übrigen deutschen Regierungen und deren Staatsmänner enthält.“ Er schreibt dazu: „Wie mir aus völlig zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, ist dieser Artikel der Redaktion von der Kanzlei der österreichischen Gesandschaft unter deren Siegel zugesandt, von ersterer aber erst aufgenommen worden, nachdem mehrere noch stärkere Ausfälle gegen die Politik Baierns in demselben gestrichen worden waren.“

Am 8. Dezember 1854 klagte Bismarck in einem Privatbriefe an Manteuffel abermals über die unpatriotische Haltung preußischer Blätter, indem er bemerkte: „Der gänzliche Mangel ehrliebenden Patriotismus, von welchem in dieser Krisis ein Teil unsrer einheimischen Presse Zeugnis ablegt, ist übrigens beschämend für jeden Preußen. Ich würde den Zeitungen in Betreff innerer Fragen mehr Freiheit lassen, wenn ich etwas darüber zu sagen hätte; aber ich würde mit unnachsichtlicher Strenge darauf halten, daß die auswärtige Politik der Regierung von jedem preußischen Blatte nicht nur nicht angegriffen, sondern unterstützt werden muß, und jede Zeitung, die mit einem Komma dagegen handelte, ohne Federlesen unterdrücken. Ich glaube, daß diese Zwangspflicht zum Patriotismus auch in der öffentlichen Meinung wenig Mißbilligung finden würde.“ Ähnlich schrieb er am Schlusse eines Briefes an seinen Chef, der vom 3. Februar datirt war: „Schließlich kann ich den peinlichen Eindruck nicht unerwähnt lassen, den es im Auslande macht, wenn in einer Krisis wie die jetzige und nach der Haltung, die Österreich gegen uns angenommen hat, preußische Blätter wie die Spenersche und die Kölnische Zeitung sich, sei es für Geld, sei es zu Parteizwecken, dazu hergeben, die Sache Österreichs gegen unsre eigne Regierung zu führen. Es würde, wie ich nicht zweifle, auch im Inlande bei allen Wohlgesinnten den günstigsten Eindruck machen, wenn einem so ehrlosen Mangel an Patriotismus das Handwerk gelegt würde.“

Auch die Frankfurter Blätter, vor allen die Postzeitung und Deutschland, fuhren in ihren Angriffen auf die Politik der preußischen Regierung und der deutschen Mittel- und Kleinstaaten in der orientalischen Angelegenheit fort, und noch am 30. Januar 1856 hatte Bismarck darüber zu klagen. Nachdem er in dem betreffenden Berichte gemeldet hat, daß er Rechberg deshalb

Vorstellungen gemacht, dieser aber nicht genug Einfluß zu haben scheine, die von andrer Seite her stattfindenden Einwirkungen aufzuheben, fährt er fort: „Unter diesen Umständen dürfte zur Erreichung des Zieles nichts andres übrig bleiben, als den Senat der freien Stadt Frankfurt zu einer strengeren Beaufsichtigung und eventualiter Einschreiten gegen die genannten Blätter zu veranlassen. . . Ich bemerke dabei noch, daß die Tendenzen, gegen welche sich unser Einschreiten richten würde, einer kleinen Koterie österreichischer Literaten und Beamten angehören und im großen Publikum hier wenig Anklang finden. Das Unpassende der gegen Deutschland täglich vorgebrachten Beleidigungen, das Fremdartige und Künstliche dieser bezahlten Bestrebungen wird im Publikum allgemein durchgefühlt und findet selbst bei der liberalen Opposition keinen Anklang. Es ist daher auch mehr ein, namentlich in den diplomatischen Kreisen hier empfundenes Bedürfnis der Schicklichkeit, diesem Treiben ein Ziel zu setzen, als daß eine besondre Gefahr vorläge, durch diesen Mißbrauch der Presse eine unerwünschte Aufregung erzeugt zu sehen."

Am 29. Oktober 1857 sah sich der preußische Bundestagsgesandte veranlaßt, nochmals auf die Agitation aufmerksam zu machen, die in der Frankfurter Zeitung Deutschland gegen Preußen und die evangelische Kirche konsequent und systematisch betrieben wurde. In dem betreffenden Berichte, der eine sehr genaue Kenntnis der Verhältnisse bekundet, heißt es u. a.: „Die ganze Haltung der qu. Zeitung zeigt, daß die Redaktion es sich zur Aufgabe gestellt hat, bei jeder Gelegenheit und in jeder Weise die evangelische Kirche und ihre Diener herabzusetzen, die Einrichtungen des preußischen Staates, sowie die Anordnungen der königlichen Behörden durch Entstellung von Thatsachen zu schmähen und den öffentlichen Frieden durch

Aufreizung der Katholiken gegen die evangelischen Glaubensgenossen zu gefährden. Aus diesem Grunde kann ich ein Verbot der Zeitung auf Grund des Artikels 52 des Preßgesetzes nur umsomehr für erforderlich erachten, als dieselbe sich nicht scheut, das monarchische Prinzip und dessen Träger selbst zum Gegenstand ihrer Angriffe zu machen.... Dazu kommt ferner, daß die Redaktion den Mittelpunkt der ultramontanen, preußenfeindlichen Agitation für die Rheinprovinz und Süddeutschland bildet.... Es ist eine Thatsache, daß sie in allen Fragen der Politik unbedingt für Österreich und gegen Preußen Partei nimmt und die Maßnahmen und Beschlüsse des königlichen Gouvernements in einer gehässigen und herabsetzenden Weise bespricht. Dies ist in der orientalischen Angelegenheit wie in der Neuenburger ebenso geschehen, wie es noch heute in der Angelegenheit der Donaufürstentümer, der holsteinischen und der Bundesreformfrage geschieht." Weiterhin wird darauf hingewiesen, daß Mitarbeiter des Blattes, von denen der zum Katholizismus übergetretene ehemalige Pfarrer Jürgens und der frühere Jesuitenzögling Köberle genannt werden, auch durch Broschüren gegen Preußen wirken. Dann fährt der Bericht fort: „Je weniger nach allen bisher gemachten Erfahrungen darauf zu rechnen ist, daß die ultramontane Partei und deren Organe ihre Gesinnungen gegen Preußen ändern und ihre mit den Waffen der Lüge und der Entstellung geführte Agitation aufgeben werden, desto mehr scheinen es mir das Ansehen der königlichen Regierung sowie das diesseitige Interesse zu gebieten, einer solchen Agitation, welche die Grundlagen der staatlichen Ordnung und das Vertrauen der Katholiken in Preußen zu der Obrigkeit systematisch unterwühlt, mit dem gesetzlichen Mittel des Verbotes der Zeitung Deutschland entgegenzutreten.... Ich kann mir keinen Grund denken, aus welchem die königliche

Regierung, nachdem sie die gesetzlichen Mittel zum Verbot des Blattes in Händen hat, die Verbreitung eines Organs in Preußen weiter dulden sollte, das stiftungsmäßig gar keinen andern Zweck hat, als die Verleumdung der königlichen Regierung bei ihren katholischen Unterthanen, und weshalb wir einem solchen Blatte die bevorzugte Stelle lassen sollen, deren es durch sein Erscheinen an einem Orte genießt, wo es den gewöhnlichen Regierungsmaßregeln zur Zügelung oppositioneller Agitationen, durch welche der inländischen Presse Schranken gezogen werden, unzugänglich bleibt. . . . Nach den Stimmen gemäßigter Katholiken zu urteilen, würde das Verbot von Deutschland einen günstigen Eindruck bei allen denjenigen Katholiken nicht verfehlen, welche sich zu einer prinzipiell feindseligen Gesinnung gegen Preußen noch nicht haben gewinnen lassen, und welche die Erhaltung des konfessionellen Friedens als ein erwünschtes Ziel ansehen."

Noch kurz vor seiner Abberufung aus Frankfurt, am 24. Dezember 1858, berichtete Bismarck dem Prinzregenten selbst auf Grund bester Bekanntschaft mit dem Wesen der Blätter, die von den österreichischen Preßbüreaus inspirirt wurden, über die Postzeitung: „Die räsonnirenden Artikel des Blattes werden ganz unabhängig von dem angeblichen Einsendungsorte, den sie an der Spitze tragen, zum Teil in Wien von dem Freiherrn Max von Gagern, die besser redigirten von Herrn von Biegeleben bearbeitet, zum Teil werden sie hier unter Leitung des österreichischen Geschäftsträgers bei der freien Stadt, Legationssekretär Braun, von dem lediglich zum Behufe publizistischer Arbeiten hier anwesenden liechtensteinschen Bundestagsgesandten D. von Linde oder von dem ehemaligen Pfarrer Jürgens, einem Agenten der Wiener Preßstelle, geschrieben. Diese beiden nebst andern Literaten vereinigen sich fast täglich zu Konferenzen.

in welchen das Material für die Postzeitung, das Journal de Francfort und andre von Österreich abhängige Blätter im Südwesten Deutschlands bearbeitet wird. Die Postzeitung ist, so oft sie auch das Gegenteil behauptet, ein unmittelbares und ausschließliches Organ des Wiener Kabinets, und Korrespondenzen anderweiten Ursprungs finden nur Aufnahme, wenn sie der Tendenz entsprechen oder farblos sind. Wenn daher in jüngster Zeit, namentlich in Betreff der Regierung Ew. Königlichen Hoheit, eine Polemik zwischen der Postzeitung und Wiener Blättern stattgefunden hat, so ist dies lediglich eine Vertretung der doppelten Zwecke der Wiener Politik in dialogischer Form, bei welcher die Artikel für und wider, die Angriffe der Postzeitung auf Ew. Königlichen Hoheit Ministerium wie die Verteidigung desselben durch die Wiener Blätter aus derselben Quelle stammen."

In ähnlicher, nur ausgedehnterer Weise wie als Bundestagsgesandter hat Bismarck auch als Minister und Reichskanzler der Presse seine Aufmerksamkeit zugewendet und auf sie eingewirkt. Im einzelnen und mit Anführung von Beispielen darzustellen, wie dies geschah, ist hier nicht die Absicht. Es genüge in dieser Beziehung die Bemerkung, daß klopffechterisches Vorgehen, wie es nicht selten von Offiziösen beliebt wurde, ebenso wenig nach dem Geschmacke des Kanzlers war, als die übergroße Rührigkeit, welche einige Jahre hindurch die mit der Wahrnehmung des Regierungsinteresses in der Presse betraute Stelle charakterisirte. Wie er selbst sein Verhältnis zur Welt der Zeitungen betrachtet zu sehen wünschte, ersehen wir aus einem längern Passus der oben zitirten Rede vom 9. Februar 1876. Nachdem er hier „über den Schwindel, der mit dem Worte offiziös getrieben wird," seine „offene Verurteilung ausgesprochen," fuhr er fort:

„Es ist ja nicht zu leugnen, daß jeder Regierung, besonders in einem großen Reiche, die Unterstützung der Presse, die Vertretung ihrer Interessen und Wünsche in der Presse auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wünschenswert sein muß. Es ist deshalb wohl natürlich, wenn die Regierungen sich für solche Dinge, die sie nicht gerade in ihrem amtlichen Moniteur sagen wollen, in irgend einem befreundeten Blatte soviel weißes Papier offen halten lassen, wie sie brauchen, um gelegentlich ihre Meinung zu äußern. Als solches Blatt war früher die Norddeutsche Allgemeine Zeitung der Regierung von ihren Eigentümern aus reiner Überzeugung [der Redner konnte hier nicht an den Gründer und langjährigen Besitzer des Blattes, August Braß, denken], ohne Geldunterstützung . . . in freundlicher Weise zur Verfügung gestellt. Die Regierung hat das Anerbieten benutzt, die Zeitung hat vielfach auch Vorteil gehabt von dieser Anlehnung. Aber wie macht sich nun eine solche Benutzung? Die meisten Leute nehmen an, daß alle Artikel, die in einem derartigen Blatte stehen, gewissermaßen von dem Minister selbst geschrieben, wenigstens von ihm durchgelesen werden, sodaß er für jeden Wortlaut verantwortlich gemacht werden kann, und darin liegt eben die Gefahr, die mich zuletzt nötigte, auf die Annehmlichkeit, seine Meinung in der Presse außeramtlich zu vertreten, absolut zu verzichten. [Nicht für immer.] Der Minister hat nun einen vortragenden Rat, dem er den Auftrag giebt. Nun entspinnt sich eine Verbindung zwischen den Organen des Ministeriums und dem Blatte, es werden auf Grund derselben auch andre Nachrichten mitgeteilt, nicht gerade auf Antrag des Ministers, die aber mitgeteilt werden dürfen und können. Es kann dann in einem solche Mitteilungen enthaltenden Blatte stehen, was da will, was die Redaktion als Lückenbüßer hineinsetzt, so heißt es von allem,

was darin steht, auch von allem, was in andern Blättern steht, die nur ein einziges mal eine Mitteilung erhalten haben: »ein Blatt, welches den Regierungskreisen näher steht« — »ein Blatt, welches bekanntlich amtliche Mitteilungen erhält,« und in französischen Zeitungen einfach: »la feuille de Monsieur de Bismarck,« da ist es so gut, als wenn es im Staatsanzeiger gestanden hätte. Nun sind die Nachteile, wenn aus Irrtum oder noch öfter aus bösem Willen, ohne irgend einen andern Zweck, als die amtliche Politik zu schädigen, Nachrichten als offiziös bezeichnet werden, die es gar nicht sind, sehr erheblich. Sehr oft ist es auch nur die Absicht des Zeitungsschreibers, seiner Meinung eine größere Wichtigkeit dadurch zu geben, daß er Nachrichten, die er bekämpft, als offiziös bezeichnet. Sonst würde das lesende Publikum gar nicht begreifen, warum der Mann das schreibt, oder er würde wenigstens keinen Beruf haben, gegen eine erfundene Behauptung zu schreiben. Sowie er aber die zu widerlegende Behauptung als offiziös hinstellt, tritt er dem Reichskanzler persönlich gegenüber und macht seine Darlegung damit wichtig. Es hat keine Dummheit gegeben, die man mir auf diese Weise nicht imputirt hat durch das einfache Wort offiziös, und deshalb ergreife ich diese Gelegenheit, um auf das bestimmteste zu erklären, daß es kein offiziöses Blatt des Auswärtigen Amtes giebt, auch keine offiziösen Mitteilungen an irgend ein Blatt ergehen. Es ist für mich, ich gebe es zu, sehr unbequem, daß ich nur im Staatsanzeiger, unter Umständen in einem anerkannt offiziösen und offiziös bleibenden Blatte, der Provinzial-Korrespondenz, eine Meinung zur öffentlichen Kenntnis bringen kann; indes bin ich da wenigstens sicher, daß keine Kukukseier mir daneben gelegt werden, und ich da nur für das verantwortlich gemacht werde, was entweder ich oder einer meiner Kollegen zu vertreten haben."

Der Kanzler bemerkte weiter: „Es ist allerdings sehr leicht, einem Artikel einen offiziösen Anstrich zu geben, wenn er gewisse Mitteilungen enthält, von denen man sicher sagen kann, daß eine Zeitungsredaktion oder ein Zeitungskorrespondent sie in dieser Eigenschaft nicht hat erfahren können, da sie nur von amtlicher Stelle herrühren können. Wenn solche Mitteilungen gleichzeitig in zwei, drei Zeitungen erscheinen, dann ist es für jeden Unbefangenen, der das Geschäftsverhältnis nicht kennt, Beweis genug, daß man es hier mit einer offiziösen Mitteilung zu thun hat. Das ist auch in gewissem Grade richtig, es ist nur nicht offiziös in Bezug auf das deutsche Reich; das sind offiziöse Mitteilungen von Korrespondenten andrer Regierungen, von fremden Diplomaten. Es ist ja für jede Gesandtschaft in jedem Lande eine Annehmlichkeit, wenn sich zu ihr ein Zeitungskorrespondent heranfindet oder auch mehrere, und sagen: »Wenn Sie etwas in der Presse zu vertreten haben, sagen Sie es mir; ich verlange kein Geld, aber wenn Sie mir ab und zu Nachrichten geben.« — Also ein solcher Korrespondent braucht nur mit einer Gesandtschaft in engerer Verbindung zu stehen, der ab und zu den Gefallen zu thun, eine Sache, die der Gesandtschaft am Herzen liegt, zu verfechten oder zu vertreten, so wird der Gesandte, insoweit er nicht mit Geldern ausgerüstet ist oder solche nicht genommen werden, um seiner Regierung Dienste zu leisten, sehr gern dafür Nachrichten in den Kauf geben, die er verbreiten will, und so wird ein anscheinend offiziöser Artikel entstehen, wo man sich sagt: das muß von der Regierung kommen; wer anders soll das wissen? sonst würde es auch nicht in drei, vier Zeitungen zugleich stehen — während letzteres bloß daher rührt, daß ein geschickter Korrespondent, der diplomatische Verbindungen hat, sehr leicht von drei, vier und mehr Zeitungen zugleich verwendet wird. Das ist ihm ja auch zu

gönnen, wenn nur die Nachrichten, die auf diese Weise verbreitet werden, immer richtig wären. Denn der Gesandte sagt zu einem solchen Herrn niemals alles, was er weiß, sondern nur dasjenige, von dem er wünscht, daß es geglaubt und öffentlich bekannt werde, und so entsteht zum Nachteile der Regierung dieser offiziöse Schein."

Die Regierungen hatten damals dem Reichstage gewisse Abänderungen des Strafgesetzes vorgeschlagen, die sich namentlich auf Mißbräuche im Bereiche der Presse bezogen und u. a. die Verbreitung falscher Thatsachen und die Ausschreitungen der sozialdemokratischen Blätter betrafen. Die Versammlung erklärte sich in den ersten beiden Beratungen der Novelle gegen diese Punkte. Darauf bemerkte der Kanzler in jener Rede, zunächst im Hinblick auf die sozialistische Presse: „Wenn Sie dem in der Weise, wie wir es vorschlugen, nicht abhelfen wollen, so erwarten wir, daß vielleicht in der nächsten Session andre, neue Vorschläge Ihre Zustimmung finden werden — es sei denn, Sie wollten abwarten, wie es wird, wenn der Schaden erst weiter frißt, und dann erst zur Abhilfe übergehen. Einstweilen glaube ich, daß es schon helfen würde, wenn wir den Übeln mit den Mitteln, die vom Strafrichter ganz unabhängig sind, entgegenträten. Mit Tadel und Belehrung von der Schule ab und von der Verbesserung der Schuleinrichtungen verspreche ich mir eine Reaktion gegen diese Irrtümer; aber ich möchte Sie doch schon jetzt auffordern, den sozialistischen Agitationen anders als bisher entgegenzutreten. Ich glaube, daß wir uns durch offene Erörterung dieser Fragen im Hause und in der Presse gegenseitig Waffen in die Hand geben und den Gegengründen gegen den Unsinn, daß irgend jemand die gebratenen Tauben in den Mund fliegen, eine solche Verbreitung verschaffen, wie sie nur durch das Sprachrohr von hier aus erreicht

wird, und daß wir unsern Wählern mit dem Rezepte an die Hand gehen gegen die Trugschlüsse und unrichtigen Lehren, die im Sozialismus, wie er sich bei uns verkörpert hat, enthalten sind, in dem Maße, daß die Mörder und Mordbrenner der Pariser Kommune hier eine öffentliche Lobeserhebung vor dem Reichstage erhalten haben. Den Wegweiser zu den Zielen der Kommune finden wir auf allen Wegen der Sozialisten, und ich glaube, es wäre sehr viel nützlicher, die sozialistischen Blätter mehr zu verbreiten. Es sind das eben Gebilde, die von dem Verführten nur im Dunkel unter der Blendlaterne der Verführer gesehen werden; wenn sie hinreichend an die Luft und die Sonne kommen, so müssen sie in ihrer Unausführbarkeit und verbrecherischen Thorheit erkannt werden." Der Redner ging hierauf von dem Thema der Entstellung von Thatsachen zur Besprechung der Verleumdungen durch die Presse über, meinte, auch dagegen ließe sich mit einem entschlossenen sittlichen Gefühle viel thun, und fuhr dann fort: „Wenn ein Blatt wie die Kreuzzeitung, die für das Organ einer weitverbreiteten Partei gilt, sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen, in einer solchen Form, daß sie nach dem Urteile der höchsten juristischen Autoritäten gerichtlich nicht zu fassen ist, aber doch derjenige, der sie gelesen hat, den Eindruck behält, hier wird den Ministern vorgeworfen, daß sie unredlich gehandelt haben, wenn ein solches Blatt so verfährt und in monatelangem Stillschweigen verharrt, trotzdem das alles Lügen sind, und nicht ein peccavi oder erravi spricht, so ist das eine ehrlose Verleumdung, gegen die wir alle Front machen sollten, und niemand sollte mit einem Abonnement sich indirekt daran beteiligen. Von einem solchen Blatte muß man sich lossagen, wenn das Unrecht nicht gesühnt wird, jeder, der es hält und

bezahlt, beteiligt sich mittelbar an der Lüge und Verleumdung, die darin gebracht wird. . . . Also, meine Herren, ich glaube, wir können außerhalb des Strafgesetzes sehr viel thun. Wenn wir alle, . . . die Sinn für Ehre und Anstand haben, alle, welche die christliche Gesinnung nicht bloß als Aushängeschild für politische Zwecke brauchen — wenn wir alle zusammenhalten gegen die Schlechtigkeiten, die ich eben bezeichnet habe, und sie verfolgen, jeder vor seiner Thür, und sie einmütig in Bann halten, so werden wir mehr erreichen als mit dem Strafrichter."

Einige Jahre vorher hatte der Kanzler sich vor dem Reichstage über die Pflicht der Regierung in Bezug auf die Preßfreiheit ausgesprochen. Es war am 16. Juni 1873, als ein Antrag wegen Erlaß eines Reichspreßgesetzes beraten wurde, dessen 20. Paragraph im Entwurfe Angriffe auf die Familie, das Eigentum, die allgemeine Wehrpflicht und andre Grundlagen der staatlichen Ordnung, welche die Sittlichkeit, den Rechtssinn oder die Vaterlandsliebe zu untergraben geeignet seien, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bedrohte. Die liberale Presse stürmte dagegen nach Möglichkeit, und als die Regierung schließlich den Paragraphen fallen ließ, triumphirte jene, als ob einer der größten Kämpfe um das Recht der freien Meinungsäußerung siegreich für das letztere verlaufen, während man doch nur den Sozialisten und Ultramontanen in die Hände gearbeitet hatte. Bismarck erklärte bei der Debatte hierüber seinen Standpunkt wie folgt: „Der Herr Vorredner hebt mit Recht die Verdienste der Presse, wenigstens eines großen Teiles der Presse, hervor, die sie sich erworben habe. Jede Sache hat aber ihre zwei Seiten, und so auch diese. Es giebt in der Bevölkerung, in dem Gesamtvolke eine Menge verschiedner Schattirungen von Ansichten, von Interessen und Überzeugungen. Es

giebt vielleicht hunderttausend Leute, die ein direktes Interesse, die eine Freude daran haben, wenn die Presse so unabhängig, so frei und so bequem wie möglich gestellt wird. Es giebt aber aber vielleicht sehr viel mehr als hunderttausend Leute noch, die dieses Interesse nicht haben, die der weiteren freieren Entwicklung der Presse mit einer gewissen Sorge entgegensehen. Die einen wie die andern haben das Recht, berücksichtigt zu werden, und das fernere Recht, ihre Überzeugung in Gesetzvorschlägen auszudrücken. Die Regierung hat nebenher die Pflicht, die andre Seite der Sache auch zu beachten und die Regierten in die Lage zu bringen, daß sie sich entscheiden können für das eine oder das andre System, und daß sie bei den Wahlen sich dahin aussprechen können, welche Auffassung dem einzelnen Wähler gerade die entsprechendste ist. Aber ich möchte doch bitten, nicht von Hause aus es als Glaubenssatz aufzustellen, für unbeschränkte Presse ist Tugend und dagegen ist Laster, und mit einer Art von zornigem Verdammungsurteil jede Sorge der Regierungen, auch diejenigen Leute, die andrer Meinung sind, zu berücksichtigen und zu schützen, mit zornigem Verdammungsurteil, sage ich, zu brandmarken, als wenn das ein Attentat gegen ein Volksrecht wäre. Ich sehe in den Fragen, bis zu welchem Maße einerseits die Freiheit der Presse entwickelt, bis zu welchem Maße sie geschützt werden soll, bis zu welchem Maße andrerseits die durch die Presse Angegriffenen geschützt werden sollen, keine schlimmeren Fragen als in denen, ob Schutzzölle oder Freihandel oder etwas mehr oder weniger. Das findet auch auf die Presse Anwendung. Da wollen wir uns doch nicht gleich gegenseitig den Vorwurf machen, als ob es schimpflich oder verächtlich wäre, in diesen Fragen etwas mehr links oder rechts zu gehen."

Wir bemerken dazu, daß bei dieser Gelegenheit der Abgeordnete Lasker gemeint, es handle sich hier um Anträge, „in denen einmal auch von Rechten des Volkes die Rede sei," und daß Bismarck ihm dabei geantwortet hatte: „Volksvertreter sind alle Herren, die hier sitzen. Ich habe auch Volksrechte, wir alle sind das Volk, nicht bloß die Herren, die gewisse alte traditionell liberal genannte und nicht immer liberal seiende Ansprüche vertreten.... Ich sehe nicht ein, warum die einen Gesetze gerade das Verdienst haben sollen, Volksrechte zu betreffen, und die andern nicht. Ich bleibe dabei, wir sind alle Volk und die Regierungen mit, und ich brauche mir nicht gefallen zu lassen, daß zu meinem Nachteile aus dem Volke in seiner Masse die Regierungen ausgeschieden werden... Diese Andeutung, für sich allein und für seine speziellen Bestrebungen etwas Volkstümliches im öffentlichen Eindrucke herzustellen und für die Regierungsbestrebungen etwas Volksfeindliches oder dem Volke Gleichgiltiges — meine Herren, es ist eine subversive Tendenz, die darin liegt, und die ich allerdings von dem Herrn Abgeordneten, von der Fraktion, der er angehört, von seiner bisherigen Teilnahme an der Gründung und Befestigung des Reiches in keiner Weise erwartet habe."

Gehen wir in der Zeit noch weiter zurück, um uns über die Stellung Bismarcks zur Preßfreiheit zu informiren, so stoßen wir auf die Preßverordnung vom 1. Juli 1863. Man hat sie seinerzeit schwer getadelt, sie war aber nur ein Akt der Notwehr gegen eine Publizistik, deren maßlose Leidenschaftlichkeit das Staatswohl bedrohte. Weil die Regierung den unberechtigten Forderungen der liberalen Partei nicht entsprach, wurde sie von den Blättern der letzteren tagtäglich in der heftigsten und gehässigsten Sprache angefeindet. Unablässig schürte die demokratische Presse die herrschende Aufregung und förderte sie

die Verwirrung der Gemüter in Betreff der Befugnisse und Absichten des Ministeriums. Die Bestimmungen des Preßgesetzes vom Mai 1851 waren diesem Treiben gegenüber unwirksam. Die Justizbehörden konnten den hetzenden Zeitungsdemagogen auf Grund der bisherigen Gesetzgebung nicht beikommen. Der Kampf wurde seitens der oppositionellen Parteien auf eine Weise geführt, bei welcher die Ahndung von Ausschreitungen durch den Strafrichter kaum möglich war. Die Artikel, mit denen man Haß und Verachtung gegen die Regierung, selbst gegen die Krone predigte, waren so gefaßt, daß sie zwar für jedermann verständlich waren, aber nur selten den Thatbestand einer strafbaren Handlung in der Gestalt enthielten, mit der er sich den Gerichten klar und unbestreitbar nachweisen ließ. Häufig auch boten ganze Aufsätze für sich allein keinen Anlaß zu gerichtlicher Verfolgung, während doch der Zusammenhang derselben mit der sonstigen Haltung des Blattes an der staatsgefährlichen Absicht des letzteren nicht zweifeln ließ. Es gab eine Anzahl gerade in den untersten Klassen des Volkes viel gelesener Zeitungen, die auf diesem Wege täglich die bedenklichsten Auffassungen und Darstellungen verbreiteten, die öffentliche Stimmung verbitterten und die politische Sittlichkeit korrumpirten. Wenn daher die Regierung diesem Treiben mit Erfolg entgegenwirken sollte, so hatte sie, zumal da die ihr ergebenen Blätter sich nicht der großen Leserzahl erfreuten wie die demokratische Presse, nur unzureichende Mittel dazu in der Hand. Dem Unfuge der Oppositionsblätter konnte nur gesteuert, die dringend wünschenswerte Beruhigung der Gemüter konnte nur herbeigeführt werden, wenn die Regierung in den Stand gesetzt wurde, neben der gerichtlichen Verfolgung einzelner straffälliger Handlungen ein Blatt auch wegen seiner gesamten Haltung zur Rechenschaft zu ziehen und derselben ein Ziel zu setzen.

„Als Kriterien einer solchen Haltung," so sagte der Bericht, den das Gesamtministerium dem Könige über die Maßregel erstattete, „sind ausdrücklich dieselben Ausschreitungen angenommen, welche nach dem Strafgesetzbuch ein gerichtliches Einschreiten begründen, nur eben mit dem Unterschiede, daß letzteres auf die einzelnen Äußerungen gerichtet ist, in welchen ein bestimmter strafbarer Thatbestand vorliegt, während bei dem administrativen Verfahren das Vorhandensein der Ausschreitung nach den im Strafgesetzbuch erwähnten Richtungen aus der Gesamthaltung des Blattes, und zwar aus seiner dauernden Gesamthaltung während einer längeren Zeit, entnommen werden soll. Das Staatsministerium ... ist überzeugt, daß die Regierung zur Ergreifung derartiger Maßregeln behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht bloß durch Artikel 27 und 63 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 unzweifelhaft berechtigt ist, sondern daß durch die Einführung der beabsichtigten Verordnung auch der freien Meinungsäußerung, welche die Verfassung gewährleisten will, in Wahrheit kein Eintrag geschieht. Indem den verwerflichen Ausschreitungen einer zügellosen Presse Einhalt gethan wird, wird die Preßfreiheit selbst auf den Boden der Sittlichkeit und Selbstachtung zurückgeführt werden, auf welchem allein sie gedeihen und sich dauernd befestigen kann."

Billigdenkende und Unparteiische sahen das auch ein, und selbst die liberalen Preußischen Jahrbücher bekämpften zwar die Verordnung, gaben aber zu, daß es der Regierung dabei „der heiligste Ernst um das Wohl des Landes sei," und daß die Minister dabei Preußens Ehre, Glück und Größe im Auge hätten. Es könne kein Zweifel darüber obwalten, daß auch die über die Presse verhängten Maßregeln aus Wohlmeinen für Thron und Land hervorgegangen seien, und daß der höchste

Gesichtspunkt dabei der einer pflichtmäßigen Fürsorge, einer Zurückführung der aufgeregten und verwirrten Gemüter zur Ordnung, Gesetzlichkeit und Mäßigung sei.

Die Preßverordnung war ohne Mitwirkung der Volksvertretung erlassen worden, da diese zu der Zeit nicht versammelt war, die Minister waren aber zu diesem Verfahren gesetzlich vollkommen berechtigt; denn die Verfassung bestimmte ausdrücklich, daß im Fall eines ungewöhnlichen Notstandes die Regierung bei Abwesenheit des Landtags für sich allein Verordnungen, die nicht gegen die Verfassung liefen, mit Gesetzeskraft erlassen könne, nur sollten dieselben, wenn jener wieder zusammengetreten, ihm zu nachträglicher Genehmigung vorgelegt werden. Der letzteren Forderung entsprach die Regierung gewissenhaft. Viele waren der Meinung, daß sie ihre Verordnung als Vorschlag wie bei andern Gesetzen so auch hier zunächst nur der einen Kammer — etwa dem Herrenhause — vorzulegen brauche und erst, nachdem hier darüber beschlossen worden, auch das Urteil der andern einzuholen habe. Sie brachte aber die Sache ohne Verzug und gleichzeitig in beiden Häusern des Landtags ein, obwohl sie nach dem Ausfall der Wahlen wußte, daß die Abgeordneten sich beeilen würden, die Aufhebung der Verordnung zu Gunsten der demokratischen Presse, der besten Stütze der Kammermehrheit, herbeizuführen. So geschah es denn auch. Diese Mehrheit beschloß alsbald, die Angelegenheit ohne längere Vorberatung in einer einzigen Sitzung zu erledigen. Dadurch sah sich auch das Herrenhaus zu rascherem Verfahren genötigt. Die Majorität des Abgeordnetenhauses entschied sich, der Verordnung ihre Genehmigung zu versagen und zugleich zu erklären, die Regierung habe verfassungswidrig gehandelt; denn es sei kein Notstand vorhanden gewesen, auf Grund dessen sie ohne den Landtag vorgehen gedurft hätte. Das Herrenhaus

aber war andrer Überzeugung: es faßte mit 77 gegen 8 Stimmen den Beschluß, zu erklären, daß es seinesteils die Verordnung für durchaus gerechtfertigt und sehr heilsam für die Beruhigung des Landes ansehe, und daß es der Regierung für Erlaß derselben seinen Dank sage. Die Verordnung wurde darauf sofort aufgehoben, nachdem sie in der Zwischenzeit wenigstens einigermaßen den Zweck erfüllt hatte, zu dem sie ergangen war.

Zum Schlusse dieses Kapitels noch einige kurze Bemerkungen. Es versteht sich ganz von selbst, daß der Minister eines großen Staates der Vertretung und Unterstützung in der Presse bedarf, und es ist ebenso klar und unumgänglich, daß in einem mehr oder minder büreaukratisch geordneten Staatswesen die journalistische Arbeit im Interesse der Regierung wenigstens teilweise von Beamten und auf öffentliche Rechnung besorgt werden muß. Der leitende Minister muß neben seinem offiziellen Preßorgane wenigstens ein großes Blatt zu seiner Verfügung haben. Wie die Dinge liegen, erscheint es aber auch nützlich und erlaubt, wenn zugleich durch die unabhängige Presse Mitteilungen und Anschauungen aus Regierungskreisen ins Publikum gelangen. Die Regierung ist in ihrem guten Rechte, sie erfüllt ihre Pflicht, wenn sie nach möglichst viel Einfluß auf die öffentliche Meinung strebt, und keine Redaktion wird gezwungen, hierzu die Hand zu bieten, es ist vielmehr durchweg freier Wille, wenn die eine oder die andre offiziösen Artikeln Aufnahme in ihren Spalten gewährt. Dabei aber ist eins entschieden zu wünschen und zu empfehlen: die Inspiration und Information muß nicht, wie mehrmals zu bemerken war, von mehreren von einander unabhängigen und zuweilen in ganz verschiedner Richtung wirkenden Stellen, sondern von einem einzigen Zentralpunkte ausgehen, der sich in unmittelbarer Nähe des leitenden Staatsmannes

befindet. Einheitlich wie die Aktion der Diplomatie muß auch die der gouvernementalen Presse sein. Das Gegenteil ruft nur Begriffsverwirrung hervor, in welcher dem Publikum nur das eine feststeht, daß unter den Chefs der verschiednen Zweige der Regierung Zwiespalt herrscht.

Fünftes Kapitel

Der Kanzler als Staatssozialist.

Die Gedanken, Pläne und Maßregeln, welche man mit dem Ausdruck „der Staatssozialismus des Reichskanzlers" zu bezeichnen pflegt, sind Ergebnisse der Erfahrung, sie sind durch die Ausartung der deutschen Arbeiterbewegung zu staatsfeindlicher Sozialdemokratie angeregt und ausgebildet worden, und sie haben zwei Mittel zur Gegenwirkung gegen die in jener Ausartung liegende Gefahr einer in ihren Anfängen keineswegs unerklärlichen und unnatürlichen Bewegung im Auge, die Repression und andrerseits die Reform: die systematisch betriebene Wühlerei gegen den Staat und die Gesellschaft soll beseitigt und die Lage der arbeitenden Klassen nach Möglichkeit verbessert werden, sodaß der Arbeiter im Staate einen Freund erkennt, und mit dieser Erkenntnis dem Fortbestehen des Übels und seinem Weiterwuchern der Boden entzogen wird.

Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie bewegt sich in zwei Strömungen, die, anfangs wesentlich von einander verschieden, schließlich ineinander flossen. Die eine wird durch die

Namen Lassalle und von Schweitzer, die andre durch die Namen Marx, Liebknecht und Bebel bezeichnet, jene erkannte den Staat an und wollte von ihm nur Hilfe, diese will seine Zerstörung und die Aufrichtung einer völlig neuen, mehr oder minder kommunistischen Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die letztere gewann als die weitergehende, wie das auch bei politischen Entwicklungen andrer Art geschieht, allmählich die Oberhand und umfaßte endlich fast alle Kreise der deutschen Arbeiter, soweit sie sich für das staatliche Leben überhaupt interessiren.

Lassalles Auftreten für die Sache der Arbeiter hing damit zusammen, daß er bei der preußischen Fortschrittspartei, auf die ihn seine ursprünglichen Ansichten hingewiesen, für seine Gedanken kein Verständnis und für seinen Ehrgeiz keine Befriedigung fand. Der gründlich gebildete Gelehrte, der tiefe Denker, der ungewöhnliche Mensch stand hier einem Kreise mittelmäßiger Köpfe gegenüber, die ebenso unwissend als anspruchsvoll waren. Man fürchtete sein ungestümes Streben nach Geltung, und man begriff ihn nicht, wenn er Verfassungsfragen als Machtfragen charakterisirte und darnach zu handeln riet. So richtete er seinen Blick auf die Arbeitermassen, die er zur Partei zu organisiren und als solche in dem Verfassungskampfe zu führen gedachte. Die große Zahl der Arbeiter war ihm eine Macht, die schließlich den Ausschlag geben mußte, und der gesunde natürliche Verstand, den er in diesen Volksschichten voraussetzte, sollte, verbündet mit Männern von höchster Intelligenz und Bildung und von ihnen geleitet, dem Volksleben neue Bahnen öffnen und zu neuer Blüte verhelfen. Sein Programm, zuerst in dem „Offenen Antwortschreiben" entwickelt, das er am 1. März 1863 an das Komitee des Leipziger Arbeitervereins richtete, stellte zunächst das „eherne Lohngesetz" auf, kraft dessen unter der Ein-

wirkung von Angebot und Nachfrage nach Arbeit der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den Lebensunterhalt reduzirt bleiben muß, der bei einem Volke hergebrachterweise zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung notwendig ist. Dann wurde in jenem Schriftstück der Versuch gemacht, mittelst der Statistik nachzuweisen, daß dieses Gesetz auf ungefähr 90 Prozent der Bevölkerung des preußischen Staates laste. Weiterhin erklärte Lassalle die von Schulze-Delitzsch empfohlene individuelle Selbsthilfe für ungenügend zur Verbesserung der Lage des Arbeiters und forderte Staatskredit zur Einrichtung von Produktiv-Assoziationen, die allmählich die gesamte Arbeiterklasse umfassen sollten. Endlich bezeichnete er als das einzige Mittel zur Erreichung dieses Zieles auf gesetzlichem Wege das allgemeine, für alle Klassen der Gesellschaft gleiche Wahlrecht, das durch die Gründung eines großen deutschen Arbeitervereins mit reichlichen Agitationsgeldern errungen werden sollte. Lassalle beteiligte sich an diesem Unternehmen mit der ihm eigenen Energie, aber der Erfolg entsprach seiner hochfliegenden Erwartung nicht. Er war an die Spitze des allgemeinen Arbeitervereins mit der Hoffnung getreten, sein Programm werde wie Luthers Thesen von 1517 wirken und der Verein binnen kurzem eine unwiderstehliche Macht werden, er gab sich der Illusion hin, es werde sich daraus eine Bewegung von der Stärke entwickeln, wie die, welche in England die Getreidezölle beseitigte. Nichts von dem allen erfüllte sich. Zwar fand er unter den Arbeitern einige hundert, später einige tausend begeisterte Anhänger, die ihn wie einen Messias verehrten und feierten, aber die große Mehrzahl der Volksschicht, die er unter sich vereinigen wollte, blieb kalt oder wies ihn ausdrücklich ab. Die liberalen Blätter, fast ohne Ausnahme im Dienste des Manchestertums, griffen ihn und seine Lehre mit den schärfsten Waffen an, von Beteiligung der

besitzenden Klasse, der wissenschaftlichen Welt an seinem Unternehmen war nicht die Rede, obwohl Männer wie Rodbertus seinem Programme nicht fern standen. Selbst in dem Kreise, den er mit schwerer Mühe um sich gebildet hatte, erlebte er Enttäuschungen; denn weder das Verständnis noch die Selbstlosigkeit, die er hier vorausgesetzt hatte, waren vorhanden.

Viel trug ohne Zweifel zu diesen Mißerfolgen die Stellung bei, die der Agitator besonders in den letzten Jahren seiner Thätigkeit zu der Doktrin und dem Treiben der Fortschrittspartei einnahm, welche in der Konfliktszeit die Gemüter weithin beherrschte. Er war ein warmer Anhänger des Staatsgedankens, ein eifriger Gegner des Individualismus, ein entschiedener preußischer Patriot, und er hatte frühzeitig schon die Bedeutung Bismarcks erkannt. Im Mai 1863 hofft er in einer Rede vor dem Berliner Kammergericht alles von dem Staat, „dem uralten Vestafeuer der Zivilisation.“ Im März 1864 soll ein „Königtum, das, gestützt auf den Knauf des Schwertes, noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet dasteht,“ seine Pläne verwirklichen. Bei derselben Gelegenheit sagt er: „Es ist die stärkste Diplomatie, welche ihre Berechtigung mit keiner Heimlichkeit zu umgeben braucht, weil sie auf erzene Notwendigkeit gegründet sind. Und so verkündige ich Ihnen an diesem feierlichen Orte, es wird vielleicht kein Jahr mehr vergehen, und Herr von Bismarck hat die Rolle Peels gespielt und das allgemeine und direkte Wahlrecht ist oktroyirt.“ Der Frankfurter Fürstentag ist ihm „eine föderalistische Intrigue;“ des herannahenden Nationalkrieges zur Einigung Deutschlands unter Preußen gedenkt er bei seiner Agitation zu verschiedenen malen. Als er im September 1863 Heerschau über seine Getreuen am Rhein hält, bemerkt er mit Bezug auf die Stellung, welche der Frankfurter Abgeordnetentag zu dem österreichischen Bundesreform-

projekte eingenommen: „Die Fortschrittler liebäugeln mit den Fürsten, um Herrn von Bismarck bange zu machen . . . das sind die Mittel dieser Ärmsten! Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn von Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: er ist ein Mann, jene aber sind alte Weiber. Und noch niemals haben alte Weiber einen Mann eingeschüchtert, auch nicht, wenn sie nach andern Seiten hin liebäugelten." Zornig schreibt er um dieselbe Zeit an einen seiner Bevollmächtigten, der Freischaaren für den Herzog Friedrich in Kiel bilden möchte: „Wir können uns unmöglich für das legitime Erbrecht des Hauses Augustenburg schlagen. Ist es national, zu den dreiunddreißig deutschen Fürsten noch einen vierunddreißigsten zu schaffen? Ist das der Drang nach deutscher Einheit?" Es folgt dann die Andeutung, daß die einzig vernünftige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage die Einverleibung in Preußen sei.

Nach allen diesen Äußerungen erschien Lassalle seinen fortschrittlichen Gegnern als Agent der Regierung und als Werkzeug der Reaktion, und während man doch schon aus der unaufhörlichen Verfolgung des Agitators von seiten der preußischen Staatsanwälte hätte schließen müssen, daß diese Auffassung grundlos war, wurde sie zuletzt auch von Anhängern Lassalles geteilt. Heutzutage findet das Märchen nur da noch Gläubige und Vertreter, wo jeder Schein als Wahrheit angesehen und benutzt wird, wenn er sich für Parteizwecke eignet. Lassalle war ein Freund Lothar Buchers, der sich damals ebenfalls von der Fortschrittspartei abgewandt hatte und ins Auswärtige Amt eingetreten war. Er stand ferner in Briefwechsel mit konservativen Schriftstellern wie Huber. Wagener fand für gut, im Abgeordnetenhause gelegentlich von der neuen Bewegung als einem Zeichen der Zeit zu sprechen und dem Leiter derselben

die Spalten der Kreuzzeitung zu Berichtigungen zu öffnen. Dies und die obigen Kundgebungen nationaler Gesinnung und richtiger Würdigung der Aufgaben des Staates waren alles, was jenen Schein hervorrufen konnte.

Nicht doch, warf man ein, nicht alles, Lassalle hat mit Bismarck persönlich verkehrt, ist von dessen Plänen unterrichtet gewesen, hat ihnen gedient und ist von dem Ministerpräsidenten dafür bei den seinigen nach Möglichkeit unterstützt worden. Wieviel hiervon Wahrheit ist, wieviel Mißdeutung und Erfindung, mag uns der Reichskanzler selbst sagen und dabei zugleich eine andre unwahre Behauptung widerlegen. Am 16. September 1878 hatte der Abgeordnete Bebel dem Reichstage erzählt, im September 1862 sei in der Mitte des Komitees des Leipziger Arbeitervereins ein Herr Eichler im Auftrage der preußischen Regierung, speziell des Herrn von Bismarck, erschienen, um jenem Komitee eine erhebliche Summe zur Förderung seiner Zwecke anzubieten, man habe ihn aber abgewiesen. Der Reichskanzler entgegnete darauf u. a.: „Die Älteren unter uns wissen, daß ich in meine amtliche Funktion eingetreten bin am 23. September 1862. Also in der letzten Woche dieses Monats, in welchem ich den Eichler mit dem Auftrage versehen haben soll — ich kam damals aus dem Auslande nach einer Abwesenheit von, ich weiß nicht, wieviel Jahren, während welcher ich keine Gelegenheit gehabt hatte, mich mit inländischer Politik, namentlich mit einem so wenig bekannten Manne wie Eichler, zu beschäftigen. Ich habe damals von der Existenz Eichlers garnichts gewußt und soll in dem Momente, wo ich aus der behaglichen Temperatur der Diplomatie in das sehr heiße Gefecht gegenüber dem damaligen Landtage geriet, wo ich jeden Abend Kommissionssitzung hatte, wo ich, so zu sagen, froh war, wenn ich das ministerielle Leben weiterführen konnte, wo ich

Kollegen zu werben, nach Paris zurückzugehen und mich zu verabschieden hatte — in der Zeit soll ich mit Herrn Eichler gesprochen haben, sodaß dieser damals schon und im speziellen Auftrage des Herrn von Bismarck auftreten konnte. . . . Mag Eichler selbst ein so verlogener Mensch sein, wie er will, wenn er behauptet hat, er habe von mir einen Auftrag erhalten, so ist das garnicht möglich nach der Zeit in der einzigen Woche des September, in der ich überhaupt Minister gewesen bin. Mir ist er nur erinnerlich, weil er späterhin Forderungen an mich gestellt hat für Dienste, die er mir nicht geleistet hatte. . . . Bei der Gelegenheit erst ist mir in Erinnerung gekommen, daß Herr Eichler im Dienste der Polizei gewesen ist, und daß er Berichte geliefert hat, von denen einige zu meiner Kenntnis gekommen sind; aber es ist das nicht mein spezielles Departement, und ich habe mit diesen Leuten niemals direkte Verbindungen gehabt. Von diesen Berichten betraf keiner die sozialdemokratische Partei, sie bezogen sich vielmehr auf die intimen Verhandlungen der Fortschrittspartei und, wenn ich nicht irre, des Nationalvereins. Das ist das einzige von diesem Agenten, wobei ich mich erinnere, den Namen gehört zu haben. Im übrigen kann ich versichern, daß ich nie in meinem Leben mit irgend einem Sozialdemokraten geschäftlich verhandelt habe und kein Sozialdemokrat mit mir; denn Lassalle rechne ich nicht dazu, das war eine viel vornehmere Natur als seine Epigonen, das war ein bedeutender Mann, mit dem konnte man wohl sprechen. Aber der Inhalt ist von Anfang bis zu Ende unwahr angegeben. . . . Was die Fabel betrifft, daß ich damals überhaupt mit den Sozialisten gegen die Fortschrittspartei mich hätte einlassen wollen — jeder, der noch das Gedächtnis an jene Zeit hat, wird sich erinnern, daß unsre Politik im Winter von 1862 auf 1863 so lag, daß ich offenbar auf Versöhnung

und nicht auf einen Konflikt mit den Landtage rechnete. Ich brauche nur an das Vinckesche Amendement zu erinnern, dessen Genehmigung von seiten Seiner Majestät des Königs ich damals erreicht hatte. . . . Auch diese Eichlersche Summe von 60- bis 80000 Thalern — wo hätte ich sie hernehmen sollen, weil wir keine geheimen Fonds hatten? Der ganze Eichler existirte nicht, und ich bitte den Abgeordneten Bebel, demjenigen, der ihm das aufgebunden hat, zu sagen, er wäre einfach ein Lügner.

»Dann trat Lassalle auf« — gewiß trat er auf —, »und von neuem machte die Regierung die äußersten Anstrengungen, mit Lassalle, der es nicht suchte, in Verbindung zu treten, und die Verhandlungen wurden durch einen Prinzen des königlichen Hauses und die Gräfin Hatzfeldt angefangen.« Das macht mir beim Lesen einen komischen Eindruck; selbst in jenen Kreisen kann man also ohne eine gewisse Staffage aus den höchsten Gesellschaftskreisen nicht auskommen. Ein königlicher Prinz, eine Gräfin und ein Gesandter werden hineingezogen. Das gehört zur Dekoration, um das Ganze glaublich zu machen, und um dem Zuhörer, der nach seinem Bildungsgrade unfähig ist, zu prüfen, eine Idee von der Wichtigkeit beizubringen. Ich bedauere, daß man dem Abgeordneten Bebel den königlichen Prinzen — es giebt deren sehr viele — garnicht näher bezeichnet hat. Wenn er vielleicht seinen Gewährsmann darum bitten wollte, es wäre von historischem Interesse, den Prinzen unter den sechs oder acht, die damals lebten, näher zu bezeichnen. Bis dahin muß ich mir aber erlauben, dies positiv zu bestreiten. Ich wenigstens habe keiner prinzlichen Verbindung bedurft, um zu Lassalle zu gelangen oder ihn zu mir zu bringen, und die Frau Gräfin Hatzfeldt habe ich nicht die Ehre zu kennen, ich habe sie zum letztenmal in meinem Leben 1835 im Hause ihres Schwagers gesehen. Also diese Vermittlung ist eben eine

Erfindung in usum einfältiger Leute, die aber vor Leuten, wie sie hier sind, nicht hätte vorgebracht werden sollen. Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfnis, mit mir in Beziehung zu treten, und wenn ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu suchen, glaube ich die Briefe noch zu finden, welche den Wunsch aussprechen und die Gründe enthalten, die mich bewegen sollten, seinen Wunsch zu erfüllen, und ich habe es ihm auch garnicht schwierig gemacht. Ich habe ihn gesehen, und von dem Augenblick an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht in jeder Woche drei- oder viermal gesehen, sondern im ganzen dreimal, meinethalben viermal, ich weiß es nicht. Unsre Beziehung konnte garnicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrunde steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß: was kannst du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stile war, durchaus nicht Republikaner, er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. . . . Ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Aber diesen kümmerlichen Epigonen, die sich jetzt mit ihm brüsten, hätte er ein quos ego zugeschleudert, sie mit

Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen, und würde sie außer Stand gesetzt haben, seinen Namen zu mißbrauchen. Lassalle war ein energischer und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsre Unterredungen haben stundenlang gedauert, und ich habe es immer bedauert, wenn sie beendet waren. Dabei ist auch unrichtig, daß ich mit Lassalle auseinandergekommen sein soll in dieser Art von persönlichen Beziehungen, von Beziehungen persönlichen Wohlwollens, wie es sich zwischen uns gebildet hatte, indem er offenbar den Eindruck hatte, daß ich in ihm einen Mann von Geist sehe, mit dem zu verkehren angenehm war, und indem er empfand, daß ich ein intelligenter und bereitwilliger Hörer war. Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unsern Unterredungen wenig zu Worte kam; er trug die Kosten der Unterhaltung allein, aber er trug sie in angenehmer und liebenswürdiger Weise, und jeder, der ihn kannte, wird mir in der Schilderung Recht geben. Er war nicht der Mann, mit dem bestimmte Abmachungen über das do ut des abgeschlossen werden konnten, aber ich bedaure, daß seine politische Stellung und die meinige mir nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren, und ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbarn zu haben. Wenn er durch seinen Geist und seine Bedeutung mich anzog, so ist es ja abgesehen davon meine Pflicht als Minister, mich über die Elemente, mit denen ich es zu thun habe, zu belehren. . . . Es ist das Besprechen außerordentlich schwierig, so lange wir darüber [über die Vorstellung der Sozialdemokraten von ihrem Zukunftsstaate] in demselben Dunkel tappen wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den sozialdemokratischen Versammlungen; sie erfahren auch nichts davon, es wird versprochen, es werde besser werden, es gebe bei weniger Arbeit mehr Geld.

Woher es kommt, sagt kein Mensch, namentlich, woher es auf die Dauer kommt, wenn die Teilung, die Beraubung der Besitzenden einmal geschehen sein wird; denn dann wird vielleicht der Arbeitsame und Sparsame wieder reich werden, und der Faule und Ungeschickte wird wieder arm werden, und wenn das nicht ist, wenn jedem das Seinige von oben her gleichmäßig zugewiesen werden soll, gerät man in eine zuchthausmäßige Existenz, wo keiner seinen selbständigen Beruf und seine Unabhängigkeit hat, sondern wo ein jeder unter dem Zwange der Aufseher steht. Jetzt im Zuchthause, da ist wenigstens ein Aufseher zur Kontrole, der ein achtbarer Beamter ist, über den man sich beschweren kann, aber wer werden denn die Aufseher sein in dem allgemeinen sozialistischen Zuchthause? Das werden die Redner sein, die durch ihre Beredtsamkeit die große Masse, die Majorität der Stimme für sich gewinnen; gegen die wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosesten Tyrannen und die andern werden die Knechte der Tyrannen sein.... Ich glaube, niemand wird in solchen Verhältnissen leben wollen, wenn er sich dieses Ideal ausmalt nach dem, was wir so durch die Ritzen zu erfahren kriegen. Denn offen hat noch keiner der Herren ein positives Programm geben wollen; so wie sie sagen, wie sie wirklich sich die Zukunft zu gestalten denken, lacht sie jeder einsichtige Arbeiter aus, und dem wollen sie sich nicht aussetzen; deshalb hören wir nie von einem positiven Programm, nur von der Negation des Bestehenden. Alles das hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, die damals noch den Hauptkern in der Sozialdemokratie bildeten, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, stets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch was mir Lassalle darüber mitteilte, war ja anregend und lehrreich; denn er wußte viel und hatte viel gelernt....

Unsre Unterhaltungen drehten sich gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht, unter keinen Umständen aber jemals um eine Oktroyirung desselben. Auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Oktroyirung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe das allgemeine Wahlrecht acceptirt mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition. In den deutschen Rivalitäten mit den Gegnern des Reiches war die Karte einmal ausgespielt, und wir haben sie als auf dem Tische liegende Hinterlassenschaft mit gefunden. Einen so festen Glauben an die bessere Wirkung eines andern Wahlrechtes hatte ich nicht, daß wir im Kampfe mit unsern Nebenbuhlern [der Majorität in der deutschen Bundesversammlung] dieses populäre und von der früheren Frankfurter Versammlung [dem Parlament in der Paulskirche] hinterlassene Mittel hätten ablehnen sollen; eine feste Überzeugung von der Wirkung der einzelnen Wahlsysteme habe ich damals [bei den Unterhaltungen mit Lassalle?] schwerlich gehabt. Es ist das wohl auch für niemand leicht, obwohl wir nun schon eine langjährige Probe der Wirkung verschiedner Wahlsysteme in denselben Ländern neben einander haben. Wir haben ja einen Reichstag infolge des allgemeinen Stimmrechts, wir haben ein andres Wahlsystem für den preußischen Landtag. Nun, meine Herren, es sind ja viele, die Mitglieder beider Versammlungen sind, Sie können sich doch einigermaßen ein Urteil über die Wirkung beider Systeme in demselben Lande bilden, und jeder wird sich sagen können, die eine oder die andre Versammlung macht einen richtigeren, würdigeren, besseren parlamentarischen Eindruck oder nicht.... Ich will da kein Konklusum ziehen, ich will weder dem Landtag etwas Unangenehmes noch dem Reichstag eine Schmeichelei sagen, aber ich verkehre lieber hier inmitten der Ergebnisse des allgemeinen Stimm-

rechtes, trotz der Auswüchse, die wir ihm zu verdanken haben. Die Nachweise, warum, überlasse ich jedem selbst zu finden, der beide Versammlungen kennt, aber ich kann mich nicht dazu verstehen, zuzugeben, daß das allgemeine Stimmrecht bisher ad absurdum geführt wäre durch seine Ergebnisse, und daß ein andres, namentlich ein besseres, sein Examen bereits bestanden hätte. Es wird ja auch bei uns der Wähler mit der Zeit urteilsfähiger werden, er wird nicht mehr den beliebigen Versicherungen seines Abgeordneten, seines Kandidaten unbedingt Glauben schenken über alles, was Nachteiliges gegen die Regierung sich vorbringen läßt, er wird vielleicht nicht mehr bloß eine Zeitung lesen, er wird vielleicht auch mehr Vertrauen zu den Leitern gewinnen, die er jetzt verschmäht. Ich habe darin bis jetzt noch nichts zurückzunehmen, obschon ich alle die Anträge bereitwillig würdige, die in dem allgemeinen Stimmrechte einen Teil unsrer Schäden suchen. Ich sage nur: überzeugt bin ich nicht, ich lasse mich gern überzeugen und sehe kein Verbrechen darin, das allgemeine Stimmrecht mit einem gescheuten Menschen seinerzeit besprochen zu haben.

Dann ebenso die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften. Das ist auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Der Versuch, ich weiß nicht, ob unter dem Eindrucke von Lassalles Räsonnement oder unter dem Eindrucke meiner eignen Überzeugung, die ich zum Teil in England während eines Aufenthaltes im Jahre 1862 gewonnen hatte — mir schien es, daß in der Herstellung von Produktivassoziationen, wie sie in England in blühendem Verhältnisse existiren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Teil des Unternehmergewinns zuzuwenden. Ich habe darüber auch mit Seiner Majestät, der für das Schicksal der arbeitenden Klassen

ein natürliches, angebornes Wohlwollen und Fürsorge hat, gesprochen, und der König hat damals aus eignen Privatmitteln eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eignen Überzeugung, ob so etwas anginge, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber außer Brot gekommen war und sich hier meldete, etwas der Art zu versuchen.*) . . . Wenn man etwas großes der Art unternehmen wollte, so ist es ja wohl möglich, daß man hundert Millionen dazu gebrauchte — es sind Thaler gemeint —, aber so ganz thöricht und einfältig scheint mir eine solche Sache immer noch nicht. Wir stellen im landwirtschaftlichen Ministerium Versuche an über landwirtschaftliche Systeme, wir versuchen auch wohl in unsrer Fabrikation. Wäre es nicht nützlich, auch in der Beschäftigung der Menschen und in dem Bestreben, die sogenannte sozialdemokratische, ich will lieber sagen, die soziale Frage zu lösen, dergleichen Versuche zu erneuern? Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, . . . so ist es doch höchstens der, daß ich das nicht fortgesetzt habe bis zu einem befriedigenden Ergebnis. Aber es war nicht mein Departement, ich hatte die Zeit nicht dazu, es kamen kriegerische Verhältnisse, die auswärtige Politik wurde thätiger, während des Konflikts war viel mehr Zeit für dergleichen übrig als später. An der Spitze des Versuchs stand ein achtbarer Name, der Landrat Olearius, aber man kann, ob der Gedanke überhaupt fehlerhaft war, an einem solchen Experiment im kleinen Stile nicht beurteilen. In ganz großem Stile würde es sich aber vielleicht auch nicht durchführen lassen;

*) Die erwähnte Deputation kam aus Schlesien, stand unter der Führung eines gewissen Preuße, der später in Berlin für die Sache Lassalles thätig war, und beschwerte sich über ihre fortschrittlichen Fabrikherren Leonor Reichenheim u. Comp.

solche Etablissements wie zum Beispiel das von Krupp unter einer andern als einer monarchischen Verfassung gedacht, unter einer republikanischen, wären nicht möglich. Aber in der gewöhnlichen landläufigen Fabrikation halte ich diesen Weg, dem Arbeiter zu einer bessern Existenz zu verhelfen, durchaus nicht für ausgeschlossen, und sehe auch für einen Staatsmann kein Verbrechen darin, wenn er zu dem Behufe den Arbeitern, die eine Assoziation bilden wollen, Staatshilfe gewährt, namentlich um Versuche in der Richtung zu machen. Ich habe, soweit meine Erinnerung reicht, den Eindruck erhalten, daß der ganze fabrizirende Teil der Einrichtung und der Beschäftigung gar keine Schwierigkeiten bot; es war der kaufmännische, in dem die Sache stockte, die Verwertung der gewonnenen Produktion durch Reisende, in Lagern, in Magazinen, durch Proben. Das alles ließ sich nicht machen innerhalb einer Sphäre, welche die Arbeiter übersehen konnten. Es kann auch wohl daran liegen — und dann wäre es vielleicht eine dauernde Unmöglichkeit —, daß den deutschen Arbeitern das Maß von Vertrauen zu einander und zu Höhergestellten und von Wohlwollen untereinander nicht eigen ist, wie wir es in England, in den englischen Assoziationen kennen. Aber wie man mir daraus einen Vorwurf machen kann, daß ich mit Geldern, die nicht Staatsmittel waren, sondern die Seine Majestät aus Privatmitteln dazu geschenkt hatte, einen solchen Versuch machte, kann ich nicht verstehen."

Bismarck hat also in den ersten Jahren seiner Wirksamkeit als Minister mit Lassalle wiederholt persönlich verkehrt, und zwar auf dessen Wunsch. Er hat von demselben den Eindruck eines angenehmen, hochbegabten und sehr unterrichteten Mannes behalten, der eine sehr energische Natur und im hohen Stil ehrgeizig war. Eine politische Unterhandlung des Minister-

präsidenten mit dem Agitator hat nicht stattgefunden, weil Lassalle für Beistand von seiten der Regierung bei der Schwäche seiner Partei kein Äquivalent bieten konnte. Dagegen ist es zu längern Besprechungen gekommen, und zwar schon deshalb, weil der Minister verpflichtet war, über die Bewegung, die unter seinen Augen vor sich ging, sich aus bester Quelle zu belehren. Die betreffenden Unterredungen drehten sich auch um das allgemeine Wahlrecht, aber niemals um eine Oktroyirung desselben. Bismarck hatte sich damals noch keine Meinung über den Wert oder Unwert der verschiedenen Wahlsysteme gebildet, er benutzte jenes 1866 als populäres, aus der Hinterlassenschaft der Paulskirche stammendes Mittel im Kampfe mit Österreich und der Majorität des Bundestages, und er war noch 1878 zwar nicht zu der festen Überzeugung gelangt, daß es das beste Wahlrecht sei, wohl aber trotz seiner unverkennbaren Auswüchse geneigt, ihm vor andern Wahlsystemen den Vorzug zu geben. Endlich hat der Minister sich von Lassalle auch dessen Ansichten über die Gewährung von Staatsmitteln zur Gründung von Produktivassoziationen für Arbeiter vortragen lassen und hat mit einer mäßigen Summe, die der König ihm zur Erprobung der Sache zur Verfügung gestellt hatte, einen Versuch in dieser Richtung gemacht, der gerade so gerechtfertigt war wie Versuche, welche das landwirtschaftliche Ministerium in den Grenzen seines Gebietes anstellt. Wenn jene nicht fortgesetzt wurden, so lag es zunächst an dem Umstande, daß der Minister von näher liegenden Aufgaben in Anspruch genommen wurde. Sodann aber hatte die sozialistische Bewegung inzwischen einen andern Charakter angenommen als unter Lassalles Leitung.

„Ich komme," so fuhr der Kanzler in der soeben zitirten Reichstagsrede fort, „zu der Frage zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um soziale Verhältnisse aufgegeben habe,

und wann überhaupt meine Stellung zur sozialen Frage eine andre geworden ist — sozialdemokratische mochte sie sich damals nennen. Es stammt dies von dem Augenblicke her, wo in versammeltem Reichstage . . . ich weiß nicht, war es der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht, aber einer von diesen beiden, in pathetischem Appell die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblicke an habe ich die Wucht der Überzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden. Ich war inzwischen abwesend gewesen durch Krieg; ich habe mich dabei nicht um diese Dinge bekümmert, aber jener Anruf der Kommune war ein Lichtstrahl, der auf die Sache fiel, und von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat und die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr befinden."

Hiermit sind wir auf eine Betrachtung der zweiten Strömung hingewiesen, aus deren Zusammenfluß mit der bisher von uns verfolgten die gegenwärtige sozialdemokratische Partei entstand. Nach Lassalles frühem Tode (31. August 1864) wurde der von ihm gegründete Verein eine Zeit lang von wenig befähigten und überdies untereinander uneinigen Persönlichkeiten geleitet, und er würde vermutlich in aller Stille zu existiren aufgehört haben, wenn ihn nicht sein geschickt redigirtes Preßorgan, der „Sozialdemokrat", einigermaßen zusammengehalten hätte. Das allgemeine Wahlrecht, das dem Siege der nationalen Sache folgte, brachte neues Leben in die Arbeiterbewegung, und als der Verein im Mai 1867 in Herrn von Schweitzer einen ebenso intelligenten als energischen Präsidenten erhielt, der ein bedeutendes Organisationstalent bekundete, machte derselbe bemerkbare Fortschritte. Der eigentliche Verein zwar, mit

andern Worten die Zahl der steuernden Mitglieder desselben, nahm zunächst nicht zu, sie war im Gegenteil seit dem Tode Lassalles, wo sie etwa 4600 betragen hatte, auf etwas mehr als 3000 zusammengeschwunden. Um diesen Kern aber gruppirte sich eine Partei, die bei den Herbstwahlen im September des letztgenannten Jahres bereits gegen 40000 Stimmen für sozialistische Kandidaten abgab. Bald breitete dieselbe sich weiter aus, und es gelang, allmählich auch einen guten Teil der Arbeiter Berlins, die sich bisher mit geringen Ausnahmen zur Fortschrittspartei gehalten hatten, für das Programm Lassalles zu gewinnen.

Inzwischen hatte sich ein Teil der Partei, von Führern geleitet, die unter dem Einflusse der Gräfin Hatzfeldt handelten, von dem Hauptstamme getrennt. Doch war dies von geringer Bedeutung, da die Sezession nicht auf Grund eines neuen politischen Glaubens, sondern aus Motiven erfolgt war, welche in der Herrschsucht und Mißgunst der Frau Gräfin lagen, und da diese „weibliche Linie" der Lassalleaner durch die Eitelkeit und Unfähigkeit ihrer Leiter in kurzer Zeit der Lächerlichkeit verfiel.

Weit wichtiger war ein andrer Kreis von Sozialdemokraten, der sich seit dem Jahre 1865 aus Kommunisten, die eine Zeit lang wohl oder übel der Fahne Lassalles gefolgt waren, und von diesen bekehrten Angehörigen der preußenfeindlichen Volkspartei gebildet hatte. Der Ausgangspunkt dieser Strömung war der vorzugsweise aus Deutschen bestehende Kommunistenverein in London, der schon im Februar 1848 ein Manifest an die Arbeiter aller Länder gerichtet hatte, und der in der 1862 gegründeten Internationalen Arbeitergenossenschaft rasch die leitende Hand geworden war. Spiritus rector dieses Vereins war Karl Marx, ein Mann von umfassendem Wissen auf volkswirtschaftlichem Gebiet, scharfsinnig, streng konsequent in seinen An-

schauungen, ein kalter, bitterer, tückischer Fanatiker. Als sein Apostel wirkte in Deutschland Wilhelm Liebknecht. Das Glaubensbekenntnis der Sekte ist in dem Manifeste von 1848 enthalten, das, von Marx entworfen und 1866 von der Genfer Generalversammlung der Internationale unter deren kanonische Schriften aufgenommen, in seinen Hauptsätzen wie folgt lautet: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet. Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt, sie hat alle feudalen, patriarchalischen Verhältnisse zerstört und kein andres Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose baare Zahlung. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Die Kosten, die der Arbeiter verursacht, beschränken sich fast nur auf die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Rasse bedarf. [Das eherne Lohngesetz Lassalles, das dieser, wie man sieht, von Marx entlehnt hat.] Die Kommunisten unterscheiden sich von andern Arbeiterparteien einerseits dadurch, daß sie die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen der ganzen Klasse in den verschiedenen nationalen Kämpfen verteidigen, andrerseits dadurch, daß sie die Interessen der gemeinschaftlichen Bewegung in den verschiedenen Stadien der Entwicklung vertreten, welche der Kampf zwischen den Lohnarbeitern und den Kapitalisten durchzumachen hat. Das nächste Ziel der Kommunisten ist dasselbe wie das der andern proletarischen Parteien: der Sturz der Herrschaft der Kapitalisten durch die Erwerbung politischer Macht." Die für die am meisten fortgeschrittenen Länder anwendbaren Maßregeln, zu denen das politisch mächtig gewordene Proletariat zu schreiten

habe, waren nach diesem Marxschen Elaborat die Aufhebung des privaten Grundbesitzes, die Konzentrirung des Kredits und der Verkehrsmittel in den Händen des Staates, die Errichtung von Nationalwerkstätten, die Bebauung aller geeigneten Ländereien nach gemeinsamem Plane und die unentgeltliche Erziehung aller Kinder nach gleichem System. Das Manifest schließt mit den Sätzen: „Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben in ihr nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Weiter charakterisirt wird der Kommunistenbund, der später den Kern der Internationale bildete, durch die Ansprache, welche die „Zentralbehörde" im März 1850 aus London in die Welt gehen ließ, und in der es u. a. hieß: „Den demokratischen Kleinbürgern gegenüber, welche die Revolution möglichst rasch zum Abschlusse bringen und den Arbeitern nur bessern Lohn und eine gesicherte Existenz verschaffen wollen und dies durch teilweise Beteiligung des Staates zu erreichen hoffen, ist es unser Interesse und unsre Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange bis alle mehr oder minder besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der Welt soweit fortgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat, daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentrirt sind. Es kann sich für uns nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, sondern nur um seine Vernichtung, nicht um Vertuschung der Klassengegensätze, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der gegenwärtigen Gesellschaft, sondern um Gründung einer neuen."

Zur Verbreitung dieser Ansichten und zum Wirken für diese Zwecke war Liebknecht nach Deutschland gekommen, und zwar zunächst nach Berlin, wo er mit den Lassalleanern verkehrte, aber ohne Einfluß blieb. Im Juli 1865 von dort ausgewiesen, siedelte er sich in Leipzig an, um hier in der „Mitteldeutschen Volkszeitung" seinem heftigen Hasse gegen Preußen Luft zu machen und dem Partikularismus das Wort zu reden. In diesem Bestreben fand er sich mit dem Drechslermeister Bebel zusammen, der bis dahin ein Gegner der sozialistischen Bewegung gewesen war und sich zu Schulze-Delitzsch gehalten hatte, im Übrigen aber der besonders in Süddeutschland verbreiteten demokratischen Volkspartei angehörte. Bebel war Vorsitzender des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, der mit einer Anzahl ähnlicher Genossenschaften einen Verband bildete, dessen Ausschuß in Leipzig seinen ständigen Sitz hatte. Allmählich gelang es Liebknecht, seine neue Bekanntschaft für seine Zwecke zu gewinnen. Bald wurden die Folgen fühlbar, obwohl keiner der beiden sich schon mit direkter Empfehlung der Marxschen Lehre herauswagte. Im September des letztgenannten Jahres erklärte sich der Verband der Arbeitervereine, in dessen Ausschusse Bebel saß, auf seiner Generalversammlung zu Stuttgart für das allgemeine Stimmrecht. Im Mai 1866 sagte sich die Mehrheit jener Vereine von Schulze-Delitzsch und der Fortschrittspartei los. Im August wurde unter Bebels Mitwirkung auf einer Landesversammlung der sächsischen Arbeiter zu Chemnitz ein partikularistisch-volksparteiliches Programm vereinbart, auf welches hin Bebel in den konstituirenden Reichstag gewählt wurde. Im nächsten Jahre gelangte auf dasselbe Programm hin mit ihm auch Liebknecht in den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes. Auch jetzt noch schwiegen beide über ihre kommunistischen Pläne. Dagegen spielte der kosmo-

politische Revolutionär Liebknecht mit Eifer den tiefbekümmerten Vaterlandsfreund. „Seit Ihrer glorreichen Neugestaltung", rief er aus, „reißt das Ausland Stück um Stück vom deutschen Leibe los. Jeder deutsche Patriot wird von tiefem Schmerz ergriffen, wenn er der Ereignisse des vorigen Jahres gedenkt. Aber es wird der Tag kommen, wo Ihre Gewalt sich mit der größern Gewalt Frankreichs zu messen haben wird. . . . Die Weltgeschichte steht nicht still, sie wird hinwegschreiten über Ihr Gewaltwerk, über diesen Nordbund, welcher nichts andres bedeutet als die Teilung, Knechtung und Schwächung Deutschlands, sie wird hinwegschreiten über diesen Norddeutschen Reichstag, der nichts ist als das Feigenblatt des Absolutismus." Schweitzer, ebenfalls Mitglied der Versammlung, erwiederte darauf: „Wir wollen nicht in Gemeinsamkeit mit Herrn Liebknecht und seinen Freunden, den depossedirten Fürsten, und dem neidischen Auslande dahin trachten, Preußen und den Norddeutschen Bund zu ruiniren. Wir stehen, obwohl unzufrieden mit den innern Zuständen und dahinstrebend, dieselben gründlich zu ändern, innerhalb des neu sich bildenden Vaterlandes; jene stehen außerhalb desselben, wollen außerhalb desselben stehen. Das ist es, was uns von ihnen trennt, und das mußte hier bestimmt konstatirt werden."

Die sozialdemokratischen Fraktionen hatten jetzt fünf Vertreter im Reichstage. Die Leistungen und der Einfluß derselben waren aber gering. Dagegen wirkte ihr Auftreten erheblich für die Ausbreitung ihrer Partei unter den Arbeitern, die ja in der Mehrzahl die Phrase umso bereitwilliger für Wahrheit zu halten pflegen, je lauter und greller sie tönt. Dazu kamen andre fördernde Umstände. Das allgemeine Stimmrecht hatte das Interesse an politischen Dingen auch in den untern Schichten der Bevölkerung verstärkt, die Freizügigkeit brachte die Arbeiter-

massen in raschere Bewegung, die Wegräumung der Schranken, welche das wirtschaftliche Leben bisher umgeben hatten, führte, zu hastig betrieben und in manchen Punkten zu weitgehend, zu Mißständen, es fanden Strikes statt, welche indirekt für die sozialistische Bewegung wirkten. Unter diesen Umständen verdoppelte sich die Zahl der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, über den Schweitzer den Vorsitz führte. Aber andrerseits gewann auch die kommunistische Agitation innerhalb des Verbandes der Arbeitervereine, in dessen Ausschuß Bebel präsidirte, fortwährend mehr Boden, und selbst in die Reihen der Fraktion der Lassalleaner, welche sich von der Hatzfeldt leiten ließen, drang sie ein. Im Herbst 1868 konnten Liebknecht und Bebel auf dem Vereinstage zu Nürnberg, auf dem 111 Arbeitergenossenschaften mit ungefähr 14000 Mitgliedern vertreten waren, schon wagen, ihr wahres Gesicht zu zeigen, und die Majorität der Versammlung erklärte sich mit den Grundsätzen der Marxschen Internationale einverstanden. Am 7. August 1869 kam auf dem Eisenacher Kongresse, den alle Fraktionen der Arbeiterpartei beschickt hatten und auf dem 262 Delegirte angeblich anderthalb hunderttausend Mitglieder vertraten, die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" zusammen, deren Programm ein Gemisch der volksparteilichen und der kommunistischen Prinzipien war, und die in der Folge ganz unter den Einfluß Liebknechts und Bebels geriet. Diese Partei erstrebt nach ihrem dort festgestellten Glaubensbekenntnisse „die Errichtung des freien Volksstaates" und verpflichtet jedes Mitglied, für „die Bekämpfung der heutigen politischen und sozialen Zustände," für „die Erringung gleicher Rechte und Pflichten und für die Abschaffung der jetzigen Produktionsweise und den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter, endlich für politische Freiheit im demokratischen Staate" einzutreten. Als „nächste Forderungen" stellte das

Programm auf: „Erteilung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, Einführung der direkten Gesetzgebung, Aufhebung aller Vorrechte des Standes, der Geburt und Konfession, Errichtung einer Volkswehr anstatt der stehenden Heere, Trennung der Kirche vom Staat und der Schule, obligatorischer und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten, Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung von Geschwornen- und Fachgewerbegerichten, mündliches und öffentliches Gerichtsverfahren und unentgeltliche Rechtspflege, Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionsgesetze, Einführung des Normalarbeitstages, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommen- und Erbschaftssteuer, staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktionsvereine unter demokratischen Garantien." Auch dieses Programm sollte nur ein provisorisches sein, aber in ihm steckten, wie Liebknecht an einen Vertrauten schrieb und wie man in der That auf den ersten Blick erkennen mußte, „die letzten Konsequenzen des Kommunismus." Von den Lassalleanern schlossen sich der Partei zunächst nur wenige an, andrerseits aber vermochten deren Versuche auch nicht, die Organisation der Kommunisten zu sprengen.

Das Jahr 1870 war der Sache der deutschen Sozialdemokratie nicht günstig. Deren Propaganda war gelähmt, und in die Reihen der Partei riß die nationale Begeisterung tiefe Lücken. Als im März 1871 die Wahlen zum ersten deutschen Reichstage stattfanden, wurde, während die letztvorhergegangenen sieben sozialistische Mandate ergeben hatten, nur Bebel gewählt, und als dessen Fraktion im August ihren Kongreß abhielt, war ihre Mitgliederzahl von 14 000 auf ungefähr 6000 zusammen-

geschmolzen. Schweitzer zog sich von der Leitung der Lassalleaner zurück, und von jetzt an war deren Geschichte nur noch ein allmähliches Aufgehen in die kommunistische Bewegung. Die letztere begann in der Folge wieder zu steigen. Sie rührte sich in der Gründung von allerlei Blättern für die Arbeiterwelt, und sie wurde von den inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Verhältnissen unterstützt. „Die Schwindelperiode von 1872 mit ihren hohen Arbeitslöhnen und erfolgreichen Strikes, der Krach mit seinem Gefolge von Elend und Hunger, beide haben gleich erfolgreich Rekruten für die Sozialdemokratie geworben. Der Rausch wie der Katzenjammer sind gleich taugliche Geburtshelfer für eine Weltanschauung, die von Extrem zu Extrem taumelt."*) Schon im Frühjahr 1874 geschahen Schritte zur Verschmelzung der Lassalleaner mit den Kommunisten, dieselben wurden fortgesetzt, und auf dem Kongresse, der im Mai 1875 zu Gotha abgehalten wurde, vereinigten sich beide Fraktionen auf der Basis eines Programms, das sich zum reinen Kommunismus bekannte. Was außerhalb der neuen Partei blieb, war von geringer Bedeutung und hatte wenig Aussicht, beachtenswerter zu werden. Von der organisirenden Thätigkeit der Internationale war in Deutschland nicht viel zu bemerken, sie hat hier schwerlich jemals tausend wirkliche Mitglieder gezählt, dagegen hat ihr geistiger Einfluß, die ideelle Propaganda, die von ihr ausging, auf die Umgestaltung der deutschen Sozialdemokratie so wesentlich eingewirkt, daß wir mit Mehring sagen können, die Geschichte der letzteren vom Tode Lassalles bis zum Gothaer Vereinigungskongresse sei im großen und ganzen „der langwierige Kampf und der endliche Sieg der Tendenzen des internationalen Kommunisten Marx über die Traditionen des

*) Mehring, Zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 104.

nationalen Sozialisten Lassalle." Wir fügen hinzu: der revolutionären Strömung in der Bewegung über die reformatorische.

Die Führer der zuletzt siegreich gebliebenen Marxschen Fraktion wußten immer, daß ihre Ziele sich nicht auf dem Wege der Gesetzgebung erreichen ließen, und sie benutzten die Rednertribüne des Reichstages nur, um von da Propaganda für ihre Pläne unter den draußen stehenden Massen zu machen. „Die sozialdemokratische Partei ist," wie Liebknechts Volksstaat 1874 erklärte, „eine revolutionäre Partei.... Wir beteiligen uns an den Reichstagswahlen ausschließlich zu agitatorischen Zwecken.... Nur um zum Volke zu reden, dürfen wir die Tribüne des Reichstages besteigen. Entfernen wir uns von dem revolutionären Ursprung und Wesen unsrer Partei, verlieren wir nur einen Augenblick die Fühlung mit dem revolutionären Volke, so stehen wir in der Luft und werden gleich jenem Riesen des Altertums ohne Gnade erdrückt." „Nur eine völlige Umwälzung der heutigen Gesellschaft," so las man 1872 im Neuen Sozialdemokrat, „kann und wird ein für allemal das Massenelend besiegen." Die Presse der Partei sollte nach einem Artikel desselben Blattes „die Brandfackel sein, welche in die Pulvertonne des sozialen Elends geschleudert wird, um den Zündstoff in der Arbeiterklasse zu entflammen." Als erstes Morgenrot der hereinbrechenden furchtbaren Revolution begrüßte der Volksstaat „die unsterbliche That der Kommune von Paris." Auch bei uns werde, so prophezeite damals der Neue Sozialdemokrat, „einst der nackte Riese den gepanzerten Zwerg mit seiner Faust zerdrücken." Am 24. April 1871 verkündete Bebel von der Rednerbühne des Reichstages: „Die Pariser Kommune ist stellenweise noch mit einer Mäßigung verfahren, die wir in einem ähnlichen Falle in Deutschland schwerlich anwenden würden," und am 25. Mai sagte er von derselben Stelle aus: „Wenn auch im Augenblicke

Paris unterdrückt ist, so erinnere ich Sie daran, daß der Kampf dort nur ein kleines Vorpostengefecht war, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang! der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird." Marx veröffentlichte um dieselbe Zeit in Gestalt einer Broschüre eine fanatische Lob- und Verteidigungsrede auf die Kommune. In den Liedern, welche die Sozialdemokraten seiner Farbe bei ihren Festen sangen, wird „die neue Rebellion, die ganze Rebellion" verkündet. (Refrain der Arbeitermarseillaise.) Anderswo heißt es: „Heil uns! der Zunder ist gehäuft, der Weltbrand loht zum Himmel! Das Schlachtschwert saust, die Kugel pfeift, rings wildes Kampfgetümmel. . . . Hei, seht, die Throne fallen ein, die heiligen Stühle zittern." (Aus „Der Menschheit Kriegsgesang.") Wieder in einem andern Produkt dieser Pseudopoesie sagt der Verfasser: „Da will ich liegen und warten und ruhn, bis andre Zeiten gekommen, bis die Deutschen ihr Schicksal mit kräftigem Thun selbsteigen zur Hand genommen. Bis sie mit heiliger Zornesglut in Fetzen die Throne geschlagen und sie die ganze Tyrannenbrut zur Guillotine getragen. Bis der verpestete deutsche Sumpf von Henkern, Heuchlern und Strolchen ist ausgerottet zum letzten Stumpf mit Knüppeln, Messern und Dolchen."

Nicht die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes, gleichviel mit welchem Mittel, stand den Sozialdemokraten von der Partei Liebknechts bei ihrer Agitation zunächst vor Augen, sondern ein Umsturz des Bestehenden, der, aus Neid und Haß hervorgegangen, die herrschenden und besitzenden Klassen in Brand und Blut ersticken sollte. Das las man zwischen den Zeilen ihrer Literatur, das hörte man aus ihren Reden heraus, auch wo sie sich weniger maßlos und roh ausdrückten. Sie

waren in erster Linie eine negirende Partei, und so war ihnen gegenüber zunächst nur an Schutz des Staates und der Gesellschaft durch Repressivmaßregeln zu denken. Dies geschah bereits im Frühjahr 1871, indem der deutsche Reichskanzler bei den europäischen Kabinetten mit Einschluß des französischen gemeinsame Schritte gegen die Bewegung anregte, deren Mittelpunkt man in der Internationale erblickte. Gegen die von dieser angestrebte Koalition der destruktiven Elemente aller Nationen sollte eine Koalition aller Regierungen gebildet werden, wobei vorzüglich auf Österreich und Rußland gerechnet wurde, die sich denn auch bereitwillig zeigten, während man sich in London ablehnend verhielt, und die übrigen Stellen wenigstens keinen besondern Eifer an den Tag legten. Zwischen den drei östlichen Mächten kam es dagegen zu einem Wechsel von Denkschriften, in denen anerkannt wurde, daß die bloße Repression nicht genügen werde und dem Übel tiefer auf den Grund gegangen werde müsse, mit andern Worten, daß der Versuch zu machen sei, dasselbe durch Befriedigung wirklicher Bedürfnisse und Eingehen auf gerechtfertigte Beschwerden der arbeitenden Klassen zu heilen. Von verschiednen Seiten wurde dabei hervorgehoben, daß die Zustände, deren Druck den wesentlichen Grund und Gegenstand der Agitation unter den Fabrikarbeitern bilde, hauptsächlich Folge einer freien wirtschaftlichen Entwicklung seien, deren Faktoren, die Ausbildung der Verkehrsmittel, die Fortschritte des Maschinenwesens und das auf beide begründete Übergewicht des Großbetriebes, durch staatliche Einwirkung in ihrem Einfluß auf die Verhältnisse nicht gehemmt werden könnten. Ebenso wurde behauptet, daß ein ernstlicher Versuch des Staates, durch Einmischung in die Lohn- und Preisregulirungen und durch Einsetzung seiner Autorität oder seines Kredits bei der Begründung oder Leitung von Produktiv-

genossenschaften außer Betracht bleiben müsse. Weiterhin wurde die Ansicht ausgesprochen, daß die neuerdings ergangenen gesetzlichen Bestimmungen in Betreff des Sparkassenwesens, die staatliche Förderung der Bemühungen, den Arbeitern gute Wohnungen zu verschaffen, und der Schutz, den die Gewerbeordnung Kindern und jugendlichen Arbeitern gegen industrielle Ausbeutung und Verkümmerung ihrer geistigen Ausbildung gewähre, sowie der, welchen sie den Arbeitern überhaupt gegen das sogenannte Trucksystem biete, nichts zu wünschen übrig ließen, und daß für die Ausbildung des Arbeiterstandes durch Abend- und Sonntagsschulen hinreichend gesorgt sei. Endlich wurde erklärt, daß der Staat in Bezug auf die Frage der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes, dieses Angelpunktes der ganzen Agitation, direkt nichts thun könne. Indes ließe sich hier durch das System der Schiedsgerichte, welche der § 108 in den gewerblichen Organismus eingeführt habe, wohl eine Besserung der Verhältnisse erzielen. Allerdings sei dort nur ein Ausgangspunkt gegeben, auch reichten die dürftigen und manchem Zweifel Raum lassenden Bestimmungen des Gesetzes für das der unmittelbaren Autorität jener Institute unterworfene Gebiet gewerblicher Streitigkeiten nicht aus, sodaß eine Vervollständigung wünschenswert sei. Wie sehr aber der Gedanke selbst das Richtige getroffen habe, beweise der vielseitige Beifall, den die Erlasse des Handelsministers von Itzenplitz vom 4. Oktober 1870 und vom 31. Juli 1871 gefunden hätten. Möchten auch praktische Erfolge zur Zeit erst in geringem Umfange zu bemerken sein, so könne doch die von verschiednen Seiten schon jetzt für diese Idee ausgehende Propaganda nicht anders als heilsam auf die Stimmung der Arbeiter einwirken, und man werde hoffen dürfen, daß sich in dieser übrigens von jedem staatlichen Zwange frei zu erhaltenden Einrichtung eins der wirk-

samsten Mittel herausbilden werde, berechtigten Wünschen, welche die Wandlungen der Produktions-, Verkehrs- und Preisverhältnisse auf seiten der arbeitenden Klassen hervorrufen könnten, nach allen Seiten hin billige Befriedigung zu verschaffen und damit den sozialen Frieden wiederherzustellen.

Die Meinung und Absicht des Reichskanzlers war in wesentlichen Punkten eine andre als die eben skizzirte, die, wie man sieht, in manchesterlichem Fahrwasser sich bewegend, die Mitwirkung des Staates zur Reform der Arbeiterverhältnisse auf ein möglichst geringes Maß beschränkt sehen wollte. Die Bismarcksche Auffassung der Sachlage ließ sich etwa in folgenden Sätzen ausdrücken. Die neuere sozialistische Doktrin [die Liebknecht-Bebelsche ist gemeint, und es handelt sich um den Spätherbst des Jahres 1871] rechnet, soweit sie mit der Internationale zusammenhängt, überhaupt nicht mit den jetzigen Staaten und weist darum jede Unterstützung der bestehenden Regierungen grundsätzlich aufs entschiedenste zurück. Sie stellt an die Spitze ihres Programms die Forderung der Umgestaltung der heutigen Staaten in den sozialistischen Volksstaat. Eine Einmischung der Regierungen in die betreffende Bewegung ist darum so wenig gleichbedeutend mit einer Förderung der sozialistischen Bestrebungen, daß vielmehr die Aktion der gegenwärtig herrschenden Staatsgewalten als das einzige Mittel erscheint, jener Bewegung in ihrer jetzigen Verwirrung Halt zu gebieten und dieselbe insbesondre dadurch auf heilsame Bahnen zu leiten, daß man dasjenige, was in den sozialistischen Forderungen berechtigt ist und in den Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung paßt, zu verwirklichen sucht, was allerdings im rechten Sinn und Geist geschehen muß. Nach den bekannten Thatsachen zu urteilen wird die sozialistische Bewegung von der Internationale durchans noch nicht in der von dieser angestrebten

Tiefe und Ausdehnung beherrscht, vielmehr ist jene namentlich in Preußen der Marxschen Lehre und Organisation eher feindlich als zugewandt, wie dies in dem Gegensatze der Lassalleschen Partei gegen die mit der Internationale in Verbindung stehende Liebknecht-Bebelsche deutlich zu erkennen ist. Mit jener ist nicht nur eine sachliche Verständigung noch möglich, sondern es kann bei richtigem und rechtzeitigem Eingreifen der Regierungen auch noch gelingen, die Mehrzahl der Arbeiter mit der bestehenden Staatsordnung auszusöhnen und die Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber wieder in Einklang zu bringen. Im übrigen sind die sozialistischen Theorien und Postulate schon so weit in den Massen verbreitet, daß es vergeblich sein würde, wenn man die Gefahren derselben durch Stillschweigen beschwören wollte. Im Gegenteile scheint es dringend geboten, dieselben oft und öffentlich zu erörtern, damit die irregeleiteten Massen nicht immer bloß die Stimme der Agitatoren vernehmen, sondern aus dem Für und Wider lernen, was an ihren Forderungen berechtigt und unbegründet, ausführbar und unmöglich ist. Von selbst versteht sich, daß hiervon die Hauptfragen über Arbeitszeit und Arbeitslohn nicht ausgeschlossen werden dürfen, weil man sonst den Agitatoren ihre wirksamsten Agitationsmittel lassen würde.

Der Kaiser von Österreich wendete damals der Frage sein persönliches Interesse zu, und es wurden gemeinschaftliche kommissarische Erörterungen in Aussicht genommen, die als Annäherung der sich bis dahin noch entfremdeten beiden Mächte auch für ein Bedürfnis der auswärtigen deutschen Politik günstig wirken konnten. Indes wurde die Angelegenheit bald nicht weiter verfolgt. Der Reichskanzler wurde von näherliegenden und dringender Erledigung erheischenden Fragen in Anspruch genommen, auch löste sich nicht lange nachher die Internationale auf, nachdem man schon vorher erkannt hatte, daß sie thatsäch-

lich bei weitem nicht die Bedeutung besessen, die sie selbst sich beigelegt und welche ihr eine Zeit lang auch die öffentliche Meinung beimessen zu müssen geglaubt hatte.

Der Reformgedanke des Kanzlers ruhte jetzt und erfuhr zunächst keine weitere Ausbildung. In den nächsten Jahren war nur von Einschränkung der sozialistischen Agitation die Rede. Der preußische Entwurf zu einem Preßgesetze für das deutsche Reich, der 1873 im Reichstage erörtert wurde, sollte in seinem zwanzigsten Paragraphen diesem Zwecke dienen, die liberale Majorität lehnte aber den letzteren ab. Die Sozialdemokraten benutzten die ihnen verbliebene Freiheit zu weiterer staatsfeindlicher Polemik. Die Regierung beantragte darauf 1875 einen Zusatzartikel zum Preßgesetze, der dem steuern sollte, und wieder wiesen die Liberalen die helfende Hand zurück, und die Agitation der kommunistischen Revolutionspartei wurde unbehindert fortgesetzt, bis sie 1878 in der Arbeiterwelt eine Stimmung hervorgerufen hatte, der die Attentate vom Mai und Juni jenes Jahres entsprangen.

Von dieser Zeit an datirt das Wiederaufleben des Reformgedankens im Geiste Bismarcks. Zunächst aber mußten endlich kräftige Repressionsmittel gegen das zu solcher Höhe herangewachsene Übel gewonnen werden. Zu diesem Zwecke schlug die Regierung im Mai ein Gesetz vor. Dasselbe scheiterte gleichfalls an dem Widerstande der liberalen Mehrheit des Reichstags. Die Auflösung desselben erfolgte, und da die Opposition nicht im Einklang mit der Meinung und dem Willen der Mehrheit des Volkes gestimmt hatte, so ergaben die Neuwahlen eine verständigere Versammlung, welche dem mit einigen Abänderungen wieder eingebrachten Entwurfe zu einem Gesetze wider sozialistische Ausschreitungen ihre Zustimmung erteilte. Bei der betreffenden Debatte sagte der Reichskanzler zur Bezeichnung seines jetzigen Standpunktes u. a. folgendes:

„Ich habe schon bei der ersten Lesung mir erlaubt, zu bemerken, daß ich eine jede Bestrebung fördern werde, welche positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, also auch einen Verein, der sich den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, ihnen einen höheren Anteil an den Erträgnissen der Industrie zu verschaffen und die Arbeitszeit nach Möglichkeit abzukürzen, soweit die Grenzen, die durch die Konkurrenz und die absatzfähige Fabrikation angegeben sind, beide Bestrebungen noch gestatten. Solche Vereine mit positivem Zwecke sind auch in Deutschland gar keine Neuerung. Sie finden sie vor mehr als einem halben Jahrtausend in derselben Thätigkeit wie heute. Sie haben im Anfange des vierzehnten Jahrhunderts in den großen deutschen Städten von Breslau bis Kolmar Strikes der Gesellen und Arbeiter den Meistern gegenüber. . . . Man hat sie mit wechselndem Glücke geführt. . . . Aber immer waren es positive Bestrebungen und Zwecke, die man damit zu fördern suchte, ganz bestimmte Forderungen, und der Gedanke, sich an den Rechten Dritter zu vergreifen, die außerhalb der gewerblichen und gegenseitigen Beziehungen standen, der Gedanke, das Eigentum anzutasten, den Glauben an Gott und die Monarchie zu untergraben, kam keinem Menschen bei, und die Sache ging ihren Weg der rein materiellen Interessen. Selbst in den großen Exzessen des Bauernkrieges, wo die volle Herrschaft der gewaltthätigen und ungebildeten Begehrlichkeit zum Durchbruche gekommen war — wenn sie dort die Verträge lesen, welche die Bauernschaften mit den einzelnen gar nicht gut berüchtigten Rittern abgeschlossen haben, finden Sie nie, daß über das notwendige Bedürfnis hinaus das Eigentum dieser feindlichen Edelleute angegriffen worden ist. . . . Den damaligen Kommunisten ist es nicht eingefallen, das Eigentum selbst ihrer Feinde irgendwie antasten zu wollen, und wenn ich damit eine Scheidewand er-

richte für dasjenige, was die verbündeten Regierungen, wenigstens unter meiner Mitwirkung, nicht bekämpfen, und dasjenige, was sie bekämpfen, so kann ich das wesentlich mit den Worten: positive Bestrebungen und negative Bestrebungen. Sobald uns von sozialdemokratischer Seite irgend ein positiver Vorschlag entgegenträte oder vorläge, wie sie in vernünftiger Weise die Zukunft gestalten wollen, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, würde ich wenigstens einer wohlwollenden, entgegenkommenden Prüfung der Sache mich nicht entziehen und selbst vor dem Gedanken der Staatshilfe nicht zurückschrecken, um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen. . . . Wie steht aber heute die Sache? Hier befinden wir uns der reinen Negation gegenüber, dem Einreißen, ohne daß jemand auch nur eine Andeutung giebt, was anstatt des Daches, das uns jetzt deckt, gebaut werden soll, wenn es niedergerissen ist. Wir befinden uns lediglich im Stadium der Untergrabung und des Umsturzes. Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu tagen — ist Ihnen von den langen Reden derselben . . . auch nur eine einzige in Erinnerung, wo nur der leiseste Schatten eines positiven Gedankens, eines Vorschlags über das, was künftig werden soll, über die Gestaltung, über das Programm, das diesen Herren vorschwebt, nachdem sie das Bestehende in Bresche gelegt haben, sich fände? . . . Ich kenne nichts der Art, und ich glaube auch den Grund zu wissen, warum sie darüber, wie sie die Welt künftig gestalten wollen, wenn sie die Herren wären, sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht, sie haben auch den Stein der Weisen nicht. Sie können die Versprechungen niemals halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen. . . . Ich weiß nicht, wer von Ihnen soviel Zeit gehabt hat, den verschleierten Propheten von Moore zu lesen, der sein Gesicht sorgfältig verdeckte, weil, sobald der Schleier

gelüftet wurde, es in seiner ganzen abschreckenden Häßlichkeit vor Augen stand. An diesen verschleierten Propheten von Chorassan erinnert mich die wilde Führung, der ein großer Teil unsrer sonst so wohlgesinnten arbeitenden Klassen verfallen ist. Sie haben das Angesicht von Mokana nie gesehen. Wenn sie es sehen würden, so würden sie erschrecken davor, sie würden ein Leichengesicht erblicken.

Daß die Herren mit den dunkeln Versprechungen ... Anklang gefunden haben, ist ja bei dem, der überhaupt nicht mit seiner Lage zufrieden ist, namentlich wenn er seine Unzufriedenheit mit der germanischen Energie empfindet und geltend macht, nicht so außerordentlich schwer. Wenn sie den Leuten, die zwar lesen können, aber nicht das Gelesene beurteilen — und die Fähigkeit des Lesens ist bei uns viel verbreiteter als in Frankreich und England, die Fähigkeit des praktischen Urteils über das Gelesene vielleicht minder verbreitet als in den beiden Ländern — wenn Sie diesen Leuten glänzende Versprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort alles, was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge darstellen, als eine hohle Redensart, als einen Schwindel, ihnen den Glauben an Gott, an unser Königtum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, an die Familie, an den Besitz, an die Vererbung dessen, was sie erwerben für ihre Kinder, wenn Sie ihnen alles das nehmen, so ist es doch nicht schwer, einen Menschen von geringem Bildungsgrade dahin zu führen, daß er schließlich mit Faust spricht: »Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben und Fluch vor allem der Geduld!« Ein so geistig verarmter und nackt ausgezogener Mensch — was bleibt denn dem übrig als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein ihn noch mit diesem Leben versöhnen können?

Wenn wir fragen, wie ist es eigentlich gekommen, daß diese

negativen Tendenzen, dieses Evangelium der Negation gerade bei uns in Deutschland soviel Anklang gefunden haben, so müssen wir der Zeit, in der das geschah, etwas näher ins Auge sehen. . . . Bis 1870 war, wo auch die Leiter der internationalen Liga wohnen mochten, in London, Genf, das eigentliche Versuchs- und Operationsfeld Frankreich, und nur in Frankreich hatten sie eine Armee bereit, welche die Schlacht der Kommune schlagen konnte und sich auch wirklich der Hauptstadt für einige Zeit bemächtigte. Haben sie nun wirklich damals, wo sie im Besitze der Gewalt waren, irgend ein positives Programm aufgestellt, wie sie diese Gewalt für den Vorteil der notleidenden Klassen nutzbar machen könnten? Mir ist keines bekannt, das irgend praktisch ins Leben getreten wäre. Es mögen in den Zeitungen utopische Fragen gestanden haben, aber der Versuch der damaligen Machthaber in Paris, der doch nahe gelegen hätte, wenn sie etwas konnten und wußten, um mit einem Beispiele zu zeigen, was sie eigentlich wollten, wurde nicht gemacht. . . . Sie haben nichts wie gemordet, gebrannt, gemißhandelt, nationale Denkmäler zerstört, und auch wenn sie ganz Paris in einen Aschenhaufen verwandelt hätten, würden sie angesichts dessen immer noch nicht gewußt haben, was sie wollten. Wir sind unzufrieden, es muß anders werden, aber wie, das wissen wir nicht. Dabei wären sie geblieben. Nun, nachdem sie von der französischen Regierung niedergeworfen waren, mit Energie, . . . sahen die Leiter wohl ein, daß dieses Versuchsfeld verlassen werden mußte, da ein zorniger, entschlossener, harter Wächter darüber stand . . . Sie sahen sich um in Europa, wo sie nun den Hebel anlegen, wo sie die Zelte, die sie in Frankreich abbrachen, aufschlagen könnten. Daß ihnen da Deutschland in erster Linie einfiel, dorthin die Agitation zu verlegen, das wundert mich garnicht. Ein Land mit so milden Gesetzen, mit so gut-

mütigen Richtern . . . mit so hervorragender Freude an der Kritik, namentlich wenn sie die Regierung betrifft, ein Land, in dem der Angriff auf einen Minister, das Tadeln eines Ministers als eine That gilt, als ob wir nach Anno dreißig lebten, ein Land, wo die Anerkennung für irgend etwas, das die Regierung thut, gleich in den Verdacht des Servilismus bringt, ein Land, in dem die Operationsbasen des Sozialismus, die großen Städte, durch die fortschrittliche Bearbeitung sehr sorgfältig vorbereitet waren, wo die Diskreditirung der Behörden und der Institutionen durch die fortschrittliche Agitation bereits einen sehr hohen Grad erreicht hatte, das hatte sein Anziehendes. . . . Wenn Fortschritt und Sozialismus sich äußerlich, wenigstens in Reden entgegenkommen — in Thaten haben wir es noch nicht erlebt —, so ist doch Thatsache, daß sie [die nach Deutschland übergesiedelten internationalen Sozialisten] die Achtung vor den Institutionen zerstört fanden. Die Neigung, sie in Bild und Wort mit Hohn zu überhäufen, die Freude an diesem Hohne bei jedem Philister, der nachher froh ist, wenn er aus den Folgen dieses Hohnes gerettet wird, fanden sie ganz außerordentlich entwickelt — kurz und gut, sie erkannten hier das Land, von dem sie sagten: Lasset uns Hütten bauen.

Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit, . . . sein Ehrgeiz ist schrankenlos. Der Bäcker, der sich etablirt, will nicht etwa der wohlhabendste Bäcker in seinem Orte werden, nein, er will Hausbesitzer, Rentier, er will nach seinem größeren Berliner Ideal schließlich Bankier, Millionär werden. Sein Ehrgeiz hat keine Grenze. Es ist das eine Eigenschaft, die ihre sehr guten Seiten hat. Es ist die deutsche Strebsamkeit, sie steckt sich ihr Ziel nie zu kurz, aber sie hat auch für die Zufriedenheit im Staat ihr sehr Bedenkliches, namentlich in den untern Beamtenklassen. . . . Und die Folgen

dieser Unzufriedenheit sind, daß ein großer Teil unsrer Subalternbeamten von der sozialistischen Krankheit angesteckt ist. Nun, wie bestätigte sich die deutsche Erwartung der Sozialisten? Die internationale Agitation siedelte in das gelobte Land über, in welchem sie sich jetzt befindet. Wir hatten gleichzeitig vorher und nachher nach vielen Richtungen ganz neue Einrichtungen, wir hatten das Freizügigkeitsgesetz, kombinirt mit dem Unterstützungswohnsitz, die Abschaffung der Paßpflichtigkeit, Einrichtungen, die plötzlich eine große Menge von Arbeitern den kleinen Städten und dem platten Lande entzogen und in den größern Städten eine fluktuirende Bevölkerung erzeugten, deren Erwerbsfähigkeit sehr abhängig war von den schwankenden Verkehrs- und Industrieverhältnissen in den großen Städten, die ab und zu reichlich Arbeit hatten. . . . und keiner hatte Neigung, in seine ländlichen Verhältnisse zurückzukehren. . . . Die Vergnügungen der großen Stadt haben sehr viel Anziehendes. Die Leichtigkeit des Verkehrs auf den Bahnen, die Freizügigkeit, alles das zieht die in den größern Städten durch Vergnügungen festgehaltene Bevölkerung an sie, und dies hat der Agitation großen Vorschub geleistet. Noch viel stärker wurde dies, als wir das neue Preßgesetz schufen . . . Dasselbe schaffte plötzlich vor allen Dingen die Kaution ab, es schaffte den Stempel ab. Bis dahin war ein gewisses Kapital und mit dem Kapital vielleicht ein gewisses Maß von Bildung erforderlich und vorhanden, um eine Zeitung ins Leben zu rufen; heutzutage kann man mit hundert bis hundertundfünfzig Mark dem Unternehmen näher treten und nach Bildung ist gar kein Bedürfnis, man braucht bloß abzuschreiben, was einem geliefert wird, und das bekommt man von der Agitation geliefert, . . . und solche Blätter, die einmal in der Woche erscheinen, und die der Beteiligte, der sie empfängt, der Arbeiter auf dem Lande und in

der kleinen Stadt, umso länger liest und umsomehr zirkuliren läßt und sich um so deutlicher einprägt — dieser Appell an den gemeinen Mann und seine gefährlichsten Instinkte, diese Agitation war früher nicht so leicht; das ist durch unser Preßgesetz außerordentlich gestiegen, es ist gleichzeitig gestiegen durch die Milde unseres Strafgesetzes, und wenn wir sie bis zu so schweren Verbrechen sich aufschwingen sehen [die Attentate auf den Kaiser sind gemeint] so trägt dazu nicht unwesentlich bei, daß der Glaube an die Vollstreckung einer erkannten Todesstrafe geschwunden ist. . . . Wenn wir sehen, daß auf den ungeheuern Schwindel in den Geschäften in den ersten Jahren nach dem Kriege ein vollständiger Verfall der Geschäfte gefolgt ist und viele Leute, die eine Zeit lang einen großen Verdienst gefunden hatten, denselben nicht mehr haben, so kann es eigentlich nicht verwundern, daß die Sache unter so exzeptionellen Verhältnissen, unter so neuen Verhältnissen, wie unsre ganze deutsche Gesetzgebung, wo so manches durch die Plötzlichkeit unsrer Verschmelzung in Verstimmung geblieben ist, und wo alle mit der Regierung unzufriednen Elemente sich in einem großen Körper vereinigen, den ich den negativen nennen will, der für jede legislative Operation der Regierung unzugänglich ist — da kann man sich eigentlich nicht wundern, daß die Gefahr zu dieser Höhe angeschwollen ist, und daß wir hier in Berlin zwischen sechzig- und hunderttausend wohlorganisirte und in Vereinen gegliederte Männer haben, die sich offen zum Kampfe gegen die bestehende Ordnung und zu dem Programm, wie wir es kennen, bekennen. Daß unter diesen Umständen die Gewerbsthätigkeit, der Kredit, der Aufschwung der Industrie in Berlin leiden muß, ist ganz natürlich; denn für den, der hier ein Kapital anlegen soll, oder der einem andern ein Kapital leihen soll, — in der beunruhigten Phantasie eines auf Verlust vor-

bereiteten Eigentümers hat doch diese Masse, diese Organisation von sechzig- bis hunderttausend Menschen den Charakter einer feindlichen Armee, die in unsrer Mitte lebt, und die nur noch nicht den Moment gefunden hat, wo sie über den Eigentümer, den leichtfertigen Kapitalisten, der hier etwas anlegen will, Gericht halten kann, um ihm das wohlerworbene Eigentum zu entziehen oder zu beschränken oder ihm die Verfügung darüber überhaupt zu nehmen. . . . Die Furcht, die ich nicht teile, daß im Kerne des Volkes die Ideen aus Schillers Räubern schon vollständig von den Arbeitern aufgenommen seien, drückt auf das öffentliche Vertrauen. Um dasselbe zu heben, glaube ich, daß es notwendig ist für den Staat, die Macht der Agitatoren zu brechen. Es ist ja heutzutage die Stellung eines sozialistischen Agitators ein ausgebildeter Gewerbszweig wie jeder andre; man wird Agitator, Volksredner, wie man früher Schmied oder Zimmermann wurde, man ergreift dieses Gewerbe und steht sich dabei unter Umständen sehr viel besser, als wenn man bei dem ursprünglichen geblieben wäre. . . . Aber das hindert nicht, daß wir gegen die Herren, die diese Gewerbthätigkeit ergriffen haben, uns im Stande der Notwehr befinden, und je zeitiger wir diese Notwehr eintreten lassen, mit desto weniger Schaden für die Freiheit der übrigen und für die Sicherheit und den innern Frieden werden wir, glaube ich, damit zu Ende kommen."

Der Reichstag erfüllte die hierin angedeuteten Erwartungen des Kanzlers: eine Mehrheit von 72 Stimmen, welche sich aus sämtlichen Konservativen und Nationalliberalen, der Gruppe Löwe, einigen Mitgliedern der Fortschrittspartei und einer Anzahl zu keiner Fraktion gehöriger Abgeordneten zusammensetzte, erteilte der Regierung außerordentliche Vollmachten zu wirksamer Bekämpfung der Ausschreitungen der Sozialdemokratie. Wurden ihr die Mittel, die sie dazu verlangte, nicht vollständig und in

zweifellos genügendem Umfange gewährt, so zeigte sich die Majorität der Volksvertretung doch auf jedem der von dem betreffenden Gesetzentwurfe bezeichneten Gebiete der sozialistischen Agitation an und für sich willfährig, und andrerseits kam die Regierung bei der Feststellung der Bürgschaften, welche eine mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes auf Gebiete ausschließen sollten, die den Zielen desselben fremd waren, den Wünschen des Reichstages bereitwillig entgegen. Auf allen Seiten aber wurde zugleich klar erkannt und offen ausgesprochen, daß das neue Gesetz vor allem den Boden wieder frei machen solle für eine segenbringende positive Thätigkeit, für ernste Fürsorge des Staates in Betreff der berechtigten sozialen Bestrebungen.

In Ausführung des Sozialistengesetzes wurde in sämtlichen Einzelstaaten des Reiches zunächst gegen die Vereine und Zeitungen, die unter die Bestimmungen des Gesetzes fielen, mit Entschiedenheit vorgegangen. Auf die Unterdrückung der Preßorgane und Genossenschaften, die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung hingewirkt hatten, folgte die Ausweisung der berufsmäßigen Agitatoren. Über Berlin und später über Leipzig wurde der kleine Belagerungszustand verhängt, der mit Anordnungen zur Beschränkung des Versammlungsrechtes, dem Verbot der Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, der Befugnis zur Entfernung von Personen, welche nach der Überzeugung der Behörden die Sicherheit der Gesellschaft gefährdeten, endlich mit einer Beschränkung des Besitzes, des Tragens und des Verkaufs von Waffen verbunden war.

Der Liberalismus hatte bis dahin sich in den Parlamenten gegen die Interessen der arbeitenden Klassen gleichgiltig verhalten, da seine Vertreter in der Fortschrittspartei und einem großen Teile der Nationalliberalen sich zu den Lehren der Manchesterpartei bekannten, die alles Heil vom Gehenlassen in

wirtschaftlichen Dingen erwartete. Die Bestimmungen der preußischen Gewerbeordnung, welche eine strenge Sonntagsfeier zum Zwecke der Erholung von der Arbeit gebieten und die Beschränkung der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter aussprechen, waren gegen den eifrigen Widerspruch fortschrittlicher Landtagsredner und Zeitungsstimmen Gesetz geworden. Auch jetzt geschah von dieser Seite nichts in der Sache, und es würde dabei geblieben sein, wenn der Reichskanzler nicht die Initiative zu einer Reform ergriffen hätte, welche, von dem, wie wir gesehen haben, von ihm schon 1871 ausgesprochenen Gedanken ausging, daß der Staat verpflichtet sei, für die Wohlfahrt der Arbeiterklasse zu sorgen.

Der erste Schritt, der in dieser Richtung erfolgte, war der Entwurf eines Gesetzes, welches die Versicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Unfällen bezweckte, und der, im Januar 1881 dem Bundesrat vorgelegt, von diesem am 1. April dem Reichstage zur Beratung und Beschlußfassung übergeben wurde. Nach demselben sollte an Stelle der durch Gesetz vom 7. Juni 1871 eingeführten Haftpflicht der Unternehmer, die sich nicht bewährt hatte, eine obligatorische Versicherung und eine Reichsversicherungsanstalt treten, bei welcher alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Hüttenwerken, Werften, Bauhöfen und Fabriken beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, deren jährliches Einkommen zweitausend Mark nicht übersteigt, versichert werden sollten. Die Organisation und Verwaltung der Anstalt sollte durch ein vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassendes Reglement festgestellt werden. Die Versicherung sollte alle auf den genannten Gebieten beim Betriebe vorkommenden Unfälle umfassen, gleichviel, ob sie in einem Verschulden des Unternehmers oder seiner Beauftragten, in dem eignen Verhalten des Verunglückten oder in zufälligen

Umständen ihren Grund hätten. Jedoch sollte bei einem nachweisbaren groben Verschulden des Unternehmers oder seines Vertreters dieser der Reichsversicherungsanstalt für alle Ausgaben haften, während, wenn der Verletzte den Unfall in grober Weise verschuldet hätte, die ihm zu zahlende Entschädigung auf die Hälfte des gewöhnlichen Betrages herabgemindert werden sollte. Der Entwurf enthielt ferner folgende Bestimmungen: Gegenstand der Versicherung ist der Ersatz des Schadens, welcher durch eine körperliche Verletzung, die den von ihr Betroffenen für länger als vier Wochen erwerbsunfähig macht, oder durch Tötung desselben entsteht. Der Ersatz soll bei Verletzungen in Zahlung der Kosten für die Heilung und in einer Rente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit bestehen, die bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit $66^2/_3$, bei nur teilweise eingetretener 25 bis 50 Prozent des Arbeitsverdienstes betragen soll. Bei Tötungen werden 10 Prozent des Jahresverdienstes für die Beerdigungskosten und eine Rente von 20 Prozent desselben für die Witwe, sowie eine solche von 10 Prozent für jedes Kind unter fünfzehn Jahren gezahlt. Für jeden Betrieb hat eine Kollektivversicherung gegen feste Prämien stattzufinden, deren Sätze so zu bemessen sind, daß aus denselben die Entschädigungen und die Verwaltungskosten gedeckt werden können, und die so aufgebracht werden sollen, daß bei Versicherten bis zu 750 Mark Jahresverdienst zwei Drittel vom Unternehmer und ein Drittel vom Landarmenverbande, bei den übrigen die eine Hälfte vom Unternehmer, die andre vom Versicherten entrichtet werden. Die Landwirtschaft sowie alle Betriebe, bei denen Maschinen nicht fortgesetzt in Verwendung kommen, blieben von dem Entwurfe unberührt.

Der Plan des Reichskanzlers betrat ein völlig neues Gebiet der Gesetzgebung. Es war der erste praktische Versuch, die

soziale Frage aus der Welt zu schaffen, indem unser wirschaftliches Leben, wie es sich durch die Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten, insbesondre durch die Benutzung des Dampfes für die Industrie und den Verkehr, gebildet hatte, einer organischen Umgestaltung unterzogen wurde. Rechtfertigte die Erfahrung den ersten Schritt auf dieser Bahn, so konnten ihm weitere, eine vom Reiche organisirte und verwaltete Alters- und eine Lebensversicherung der Arbeiter folgen. Je weiter sich die Kluft zwischen dem Großkapital und dem Proletariat aufgethan, desto gebieterischer war die Pflicht für die staatliche Gesetzgebung geworden, nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen und Kapital und Arbeit zu versöhnen. Der Staat mußte aus mehr als einem Grunde die Schwächeren unter seinen Angehörigen in dem schrankenlosen Erwerbskampfe schützen und unterstützen. Es war gegen alle Billigkeit, den Invaliden des Heeres zu pensioniren und den Invaliden der Arbeit ins alte Eisen zu werfen und ihn nach einem Leben voll Mühe in Not versinken zu lassen, ihn zum Almosenempfänger zu erniedrigen oder ihn auf den Bettelstab zu verweisen. Es kam darauf an, die jetzige Armenpflege durch eine rationelle, sein Selbstgefühl nicht verletzende Organisation zu ersetzen. Dies war nicht bloß die Erfüllung einer Pflicht gegen die unbemittelten arbeitenden Klassen, sondern dem Staate zugleich durch die Pflicht der Selbsterhaltung geboten, er mußte diese zahlreichste Klasse seiner Bürger mit sich versöhnen.

„Wer Aussicht auf Pension für das Alter oder die Invalidität hat,“ so äußerte sich der Kanzler in dieser Zeit gegen den Verfasser dieser Betrachtungen, „sei sie auch noch so klein, der fühlt sich wohler und zufriedener mit seinem Schicksal, der ist viel williger und leichter zu behandeln als der, welcher in eine ungewisse Zukunft blickt. Betrachten Sie z. B. den

Unterschied zwischen einem Privatdiener und einem Kanzleidiener oder Hofbedienten, die letzteren werden sich weit mehr bieten lassen, viel mehr Anhänglichkeit an ihren Dienst haben als jener; denn sie haben Pension zu erwarten. In Frankreich sorgt auch der kleine Mann, wenn er rechtschaffen denkt und irgend etwas zurückzulegen imstande ist, für seine Zukunft, indem er Rente kauft. Etwas ähnliches soll für unsre Arbeiter eingerichtet werden. Da reden sie von Staatssozialismus, und damit soll die Sache abgethan sein. Als ob das mit einem Worte, einer Phrase zu beseitigen wäre! Mag es wirklich Sozialismus sein, dieser Gedanke, dieser Weg, er war einem dringenden Bedürfnisse entsprungen, notwendig. Und was sind denn die jetzigen Einrichtungen mit dem Unterstützungswohnsitz? Gemeindesozialismus. Man wirft ein, das Gesetz werde zu seiner Ausführung große Summen erfordern, wenigstens hundert Millionen Mark, wahrscheinlich aber doppelt so viel. Aber auch drei hundert Millionen würden mich nicht abschrecken. Es müssen Mittel beschafft werden, staatlich freigebig zu sein gegen die Armut, die unverschuldete, nicht in der Form des Almosens. Die Zufriedenheit der besitzlosen Klassen, der Enterbten, ist auch mit einer sehr großen Summe nicht zu teuer erkauft. Sie müssen einsehen lernen, daß der Staat auch nützlich ist, daß er nicht bloß verlangt, sondern auch giebt. Und wenn dieser die Sache in die Hand nimmt, der Staat, der nichts verdienen will, der keine Zinsen und Dividenden erstrebt, so wird es schon gehen. Man könnte ja schlimmsten Falles das Tabaksmonopol dazu verwenden. Das würde dann gestatten, für die Armen eine Fideikommißrente zu schaffen. Sie brauchen aber das Monopol nicht in den Vordergrund zu stellen, es ist nur der äußerste, der höchste Trumpf. Den Armen kann schon durch höhere Besteuerung von Genußmitteln wie Tabak, Bier und Branntwein

ein kleines Erbe verschafft und die Zukunft lichter gestaltet werden. Die Engländer, die Amerikaner, die Russen haben das Monopol nicht, und doch gewinnen sie aus höherer Besteuerung jener Genußmittel ganz erhebliche Summen. Wir können als das gegenwärtig am niedrigsten besteuerte Volk in dieser Beziehung viel vertragen, und wenn wir das Ergebnis zur Sicherung der Zukunft unsrer Arbeiter verwenden, deren Ungewißheit den Hauptgrund zu ihrem Hasse gegen den Staat bildet, so ist das Geld gut angelegt: wir beugen damit einer sozialen Revolution vor, die in fünfzig Jahren ausbrechen kann, aber auch schon in zehn Jahren, und die auch dann, wenn ihr Erfolg nur kurze Zeit dauert — gewiß nur kurze Zeit —, ganz andre Summen verschlingen würde, als das jetzt auf das Tapet gebrachte Vorbeugungsmittel. Die Liberalen sehen auch zum Teil die Vernünftigkeit dieser Vorschläge ein, im Stillen, müssen aber kritisiren, zeigen, daß sie es besser verstehen. Auch gönnen sie es dem Manne nicht, der sie macht, wollen es selber besorgen, um populär zu werden oder zu bleiben. Sie werden die Sache vielleicht in der Kommission begraben, wie sie es in den letzten Jahren mit mehreren nützlichen Entwürfen gemacht haben. Es muß aber bald etwas geschehen, sonst hilft uns das Sozialistengesetz nicht viel."

Sich öffentlich über den Reformplan zu äußern, dessen ersten Teil und dessen einleitende Probe das Unfallversicherungsgesetz bildete, fand der Kanzler Gelegenheit, als die Beratung des Entwurfs in der 27. Sitzung des Reichstages begonnen hatte und in der 28. fortgesetzt wurde. Er sagte hier, nachdem vor ihm die Abgeordneten Bamberger und Eugen Richter die Vorlage bekämpft hatten, u. a. folgendes:

„Das Feld der Gesetzgebung, welches mit diesem Gesetze betreten wird, und von dem der Herr Vorredner [Richter] ganz

mit Recht urteilt, daß es noch eine sehr weite Perspektive hat, die vielleicht auch gemäßigte Sozialdemokraten milde in ihrem Urteil über die Regierung stimmen kann — dieses Feld berührt eine Frage, die wahrscheinlich von der Tagesordnung nicht sobald abkommen wird. Seit fünfzig Jahren sprechen wir von einer sozialen Frage. Seit dem Sozialistengesetz ist immer an mich die Mahnung herangetreten, von amtlicher, hochstehender Seite und aus dem Volke: es sei damals versprochen, daß auch positiv etwas geschehen müsse, um die Ursachen des Sozialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen. Die Mahnung ist bis zu diesem Augenblicke an mich toto die herangetreten, und ich glaube nicht, daß mit dieser Frage unsre Söhne und Enkel vollständig ins Reine kommen werden. Keine politische Frage kommt überhaupt zu einem vollständigen mathematischen Abschlusse, daß man Bilanzen nach den Büchern ziehen kann; sie stehen auf, haben ihre Zeiten und verschwinden schließlich unter andern Fragen der Geschichte. Das ist der Weg einer organischen Entwicklung. Ich halte es für meinen Beruf, diese Fragen ohne Parteileidenschaft, ohne Aufregung ... in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer sie mit Erfolg in Angriff nehmen soll, wenn es die Reichsregierung nicht thut.... Der Herr Abgeordnete Richter hat auf die Verantwortlichkeit des Staates für das, was er thut, auf dem Gebiete, welches er heute betritt, aufmerksam gemacht. Nun, meine Herren, ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das »laissez faire, laissez aller,« »das reine Manchestertum in der Politik,« »jeder sehe, wie ers treibe, jeder sehe, wo er bleibe,« »wer nicht stark genug ist zu stehen, wird niedergerannt und zu Boden getreten,« »wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen« — daß das im Staate, namentlich

im monarchischen, landesväterlich regierten Staate Anwendung finden könne. Im Gegenteil, ich glaube, daß diejenigen, welche auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutze des Schwächeren perhorreszіren, ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhanges, zur Unterdrückung der andern, zur Anbahnung einer Parteiherrschaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgendeinen Einfluß der Regierung gestört wird.

Dem Herrn Abgeordneten reicht die Konsequenz dieser Gesetzgebung nicht weit genug. Ja, wenn er nur Geduld haben will, so werden wir seinen Erwartungen und seinen Wünschen in dieser Beziehung vielleicht später entsprechen können; nur nicht zu schnell und alles auf einmal. Solche Gesetze entstehen ja nicht auf der Basis einer theoretischen Willkür, die darüber grübelt, was wäre wohl jetzt für ein Gesetz zu machen, sondern sie haben ihre Genesis, ihre Vorgeschichte, aus der sie entstehen. Daß wir heute nur mit einem Unfallversicherungsgesetze kommen, hat seinen Grund darin, daß gerade diese Seite der Fürsorge für den Armen und Schwachen schon früher besonders lebhaft betrieben worden ist, in Zeiten, wo ich diesen Dingen überhaupt noch nicht näher getreten bin. Ich habe Anforderungen, Andeutungen, Anfänge zu diesem Gesetze schon vorgefunden, es war das Gesetz, welches nach Lage der Akten am meisten urgirt und am meisten dringend erschien, und wie ich ihm zuerst näher getreten bin, habe auch ich anfangs das Gefühl gehabt, daß es seiner Theorie nach nicht umfassend genug sei; mir ist die Versuchung nahe getreten, in dem ersten Paragraphen, in welchem, glaube ich, der Satz vorkommt: »alle Arbeiter, die — müssen so und so entschädigt werden,« anstatt dessen zu sagen: »jeder

Deutsche.« Wenn man diesem Gedanken, der etwas Ideales hat, näher tritt, wenn man namentlich auch die selbständigen Arbeiter, die in niemandes Auftrage verunglücken, umfassen will, dann hat die Sache auf dem Wege der Versicherung ihre noch größeren Schwierigkeiten, und das erste, was uns da beschäftigt hat und sehr viel ernster beschäftigt, als irgend eine zweistündige Rede eines Abgeordneten thun kann, das war die Frage: wie weit läßt sich das Gesetz ausdehnen, ohne daß wir in den Beginn dieser Gesetzgebung gleich zu Anfang eine nachteilige Lage, einen zu weit gehenden Griff, einen Mißgriff bringen? Mir lag als Landwirt wohl die Frage sehr nahe: läßt es sich beispielsweise auf die Landwirtschaft, der bei weitem die größte Anzahl der Arbeiter, wenigstens in den östlichen Provinzen, angehört, ausdehnen? Ich will die Hoffnung, daß dies möglich sei, nicht aufgeben, aber doch über die Schwierigkeiten, die uns für den ersten Augenblick abgehalten haben, einige Worte sagen. Daß die landwirtschaftlichen Gewerbe, soweit sie sich der Maschinen- und der elementaren Kräfte bedienen, nicht ausgeschlossen sind, versteht sich von selbst. Nun ist aber auch die übrige größere Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung vielfach in Berührung mit Maschinen, die nicht von elementaren Kräften, sondern von Pferden, mitunter auch von Menschenhänden geleitet werden, und diese Berührung ist vielfach eine lebens- und gesundheitsgefährliche; es ist aber außerordentlich schwer, den Prozentsatz dieser Bevölkerung und das Beitragsverhältnis, das daraus hervorgeht, zu fixiren. Der Herr Abgeordnete hatte ja seinerseits schon fertige Erfahrung, wie viel in jedem Zweige der menschlichen Beschäftigung der Prozentsatz beträgt, und er hat sie mit großer Sicherheit angeführt. Ich würde ihm dankbar sein, wenn er diesen Schatz und die Quelle, aus der er ihn gezogen hat, uns mitteilen

wollte. Wir haben versucht, uns zu helfen, die Vorarbeiten waren sorgfältig nach Daten, notabene nach sicheren, nicht nach beliebigen statistischen, auf Konjekturen begründeten, sondern sicher begründeten Ziffern ausgesucht, und wenn wir die gefunden hätten, die der Herr Abgeordnete mit seinem schärferen Blicke sofort entdeckt zu haben scheint, wenn die uns zugänglich gewesen wären, und wenn wir sie für richtig gehalten hätten, so würden wir in dieser Vorlage weiter gegangen sein. Wenn ich sage, ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Landwirtschaft schließlich auch hineingezogen wird, so schwebt mir dabei eine Organisation vor, die so rasch in einer Session nicht hergestellt werden kann, mit der das Kind, wenn es überhaupt zur Welt kommt, überhaupt nicht geboren werden kann, sondern in die muß es erst hineinwachsen, nämlich in eine Organisation, nach welcher die Zweige, die ihre Arbeiter versichert haben, in sich korporative Genossenschaften bilden, welche ihren wirklichen Bedarf an Entschädigungen durch Prämien in sich aufbringen, und welche zugleich die genügende Kontrole über ihre Mitglieder dahin ausüben, daß die Einrichtungen überall so sind, daß der Genossenschaft mit denselben wenig Lasten erwachsen, mit andern Worten, daß man das Interesse der mitzahlenden Genossen zum Wähler der Zweckmäßigkeit der Einrichtungen für Verhinderung der Unfälle macht. Gelingt es, im Wege der Erfahrung dahin zu kommen, dann wird man auch für die nicht mit elementaren Kräften wirtschaftende Landwirtschaft wahrscheinlich den richtigen Prozentsatz finden. . . .

Ich würde meinerseits nicht den Mut haben, den Entwurf weiter zu verfolgen, wenn die Ausgaben, die er als Gesetz mit sich bringt, ausschließlich zu Lasten der Industrie geschrieben werden sollten. Wenn die Staatshilfe, sei es in Form der Landarmenverbände, sei es in Form der Provinz, sei es in

Form des Staates, vollständig fortbleibt, dann werde ich nicht den Mut haben, für die Folgen dieses Gesetzes der Industrie gegenüber einzustehen. Es ist möglich, und wir werden das vielleicht in wenig Jahren der Erfahrung nach beurteilen, und wir können ja den Staatszuschuß unter Umständen zunächst auf drei Jahre limitiren, oder wie man das sonst will; aber jedes schon gemachte Experiment, ohne jede praktische Ermittlung dessen, was uns da bevorsteht, habe ich nicht den Mut, die Industrie mit den vollen Kosten dieser staatlichen Einrichtungen zu belasten, sie in höherem Maße zu belasten wie bisher, um ihr das aufzuerlegen, was die lokalen Armenverbände bisher an Fürsorge für den verunglückten Arbeiter zu tragen gehabt haben, und was künftig in einem höheren, vollkommeneren und würdigerem Maße durch die Versicherer getragen werden soll in Gemeinschaft mit dem Staate. Es handelt sich hier nicht um eine Schöpfung ganz ausschließlich neuer Lasten, sondern um eine Übertragung von Lasten aus den Armenverbänden auf staatliche Leistungen. Daß die Last des Gebers oder der Vorteil, den der Arbeiter überhaupt zu empfangen hat, erhöht wird, das bestreite ich nicht; nur nicht um dieses volle Dritteil, welches dem Staate zugemutet wird, sondern nur um den Unterschied zwischen dem, was die bisherige Lokalarmenpflege für die verunglückten Arbeiter zu leisten hat, und demjenigen, was ihm in Zukunft zukommen soll, was also rein eine Verbesserung der Lage und des Loses der Arbeiter sein wird. Nur diese Differenz können Sie dem Staat anrechnen, und es fragt sich da: ist diese Differenz des damit angestrebten Zieles wert, daß der Arbeiter eine würdigere und reichlichere Verpflegung hat, wenn er verunglückt ist, und nicht vor Gericht erst [auf Grund der Haftpflicht] sein Recht zu erkämpfen, sondern von Haus aus den mäßigen Zuschuß hat, der dabei vom Staate gefordert

wird? ... Ich glaube dies in allerhöchstem Maße bejahen zu können. Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsre heutige Gesetzgebung geschützt. ... Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen, und es liegt in diesem Gesetz auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern ein Pekulium an sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann, und das ihm auch nicht entfremdet werden kann, ... und das ihm manche Thür leichter öffnet, die ihm sonst verschlossen wird, und ihm in dem Hause, in dem er Aufnahme gefunden hat, eine bessere Behandlung sichert, weil er den Zuschuß, den er mit hineinbringt, aus dem Hause auch wieder entfernen kann. Wer den Armenverhältnissen in großen Städten selbstprüfend näher getreten ist, wer auf dem Lande namentlich den Gemeindearmen nachgespürt hat und selbst in den bestverpflegten Gemeinden hat beobachten können, wie ein Armer, namentlich wenn er körperlich schwach und verkrüppelt ist, unter Umständen behandelt wird, ... der muß eingestehen, daß jeder gesunde Arbeiter, der dies mit ansieht, [Recht hat, wenn er] sich sagt: es ist doch fürchterlich, daß ein Mensch auf diese Weise durch die Behandlung in dem Hause, das er früher bewohnte, herunterkommt, wo der Hund seines Nachfolgers es nicht schlimmer hat. ... Also sage ich: wir haben das Bedürfnis, in diesem Gesetz auf eine menschenwürdige Behandlung zunächst dieser Sorte von Armen zu wirken, und ich werde Herrn Richter in den weiteren Konsequenzen im nächsten Jahre vollständig befriedigen in Bezug auf die Masse und Ausdehnung der staatlichen Fürsorge für eine bessere und würdigere Behandlung der Erwerblosen. Aber zunächst ist dieses Gesetz gewissermaßen

eine Probe, die wir machen, und auch eine Sonde, wie tief das Wasser finanziell ist, in das wir Staat und Land vorschlagen, hineinzutreten. Man kann gegen diese Dinge sich nicht in der Weise decken, daß man eine geläufige glatte Rede hält, in der man die Ausbildung des Haftpflichtgesetzes empfiehlt, ohne auch nur mit einer Silbe anzudeuten, wie man sich diese Ausbildung denkt. . . . Die Aufgabe der Regierung ist es, den Gefahren, die uns vor einigen Tagen von dieser Stelle hier aus beredtem Munde [der Minister von Puttkamer ist gemeint] mit überzeugenden Belegen geschildert wurden, ruhig und furchtlos ins Auge zu sehen, aber auch die Vorwände, die zur Aufregung der Massen benutzt werden, die sie für verbrecherische Lehren erst gelehrig machen, so viel an uns ist, zu beseitigen. Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es ist mir das ziemlich gleichgiltig. . . . Diese Bestrebungen der Regierung, den verunglückten Arbeiter in Zukunft besser und namentlich würdiger zu behandeln wie bisher, seinen noch gesunden Genossen nicht das Beispiel eines, so zu sagen, auf dem Kehricht langsam verhungernden Greises zu gewähren, das kann man doch nicht in dem Sinn als sozialistisch bezeichnen, wie diese Mörderbande uns neulich dargestellt worden ist, das ist ein ziemlich wohlfeiles Spiel mit dem Schatten an der Wand, wenn man »sozialistisch« darüber ruft.

Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger für unsre Bestrebungen einen Namen finden wollte, den ich bereitwillig annehmen würde [Lasker hatte sie „aristokratische Politik" genannt und Bambergers Blatt, die „Tribüne", hatte dies als „Kolumbusentdeckung" gepriesen], so ist es der: praktisches Christentum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Redensarten bezahlen, sondern ihnen wirklich etwas gewähren wollen. Aber umsonst ist der Tod. Wenn Sie nicht in die

Tasche greifen wollen und in die Staatskasse, so werden Sie nichts fertig bekommen. Die ganze Sache der Industrie aufzubürden — da weiß ich nicht, ob sie das tragen kann. Schwerlich geht es bei allen Industrien. Bei einigen ginge es allerdings. Es sind das diejenigen Industriezweige, bei welchen der Arbeitslohn nur ein minimaler Betrag der Gesamtproduktionskosten ist, . . . chemische Fabriken oder Mühlen, die in der Lage sind, mit einigen zwanzig Arbeitern bei einem Umsatz von einer oder mehrern Millionen ihr Geschäft zu machen; aber die große Masse der Arbeiter steckt eben nicht in solchen, ich möchte sagen, aristokratischen Betrieben, . . . sondern in denen, wo der Arbeitslohn bis zu achtzig und neunzig Prozent der Kosten beträgt, und ob die dabei bestehen können, weiß ich nicht. Ob man den Beitrag auf die Arbeiter oder die Unternehmer legt, halte ich für gleichgiltig. Die Industrie hat ihn in beiden Fällen zu tragen; denn was der Arbeiter beiträgt, ist doch notwendig schließlich zu Lasten des ganzen Geschäftes. Es wird allgemein geklagt, daß der Lohn der Arbeiter im ganzen keinen Überschuß und keine Ersparnis gestatte. [Das eherne Lohngesetz.] Will man also dem Arbeiter zu dem eben ausreichenden Lohne noch eine Last auferlegen, ja dann muß der Unternehmer diese Mittel zulegen, oder der Arbeiter geht zu einem andern Geschäft über. Der Herr Vorredner sagte, gerade das sei ein Mangel des Gesetzes, daß der Grundsatz der Freiheit des Arbeiters von Beiträgen nicht vollständig durchgeführt sei, und er gilt allerdings nicht für die Arbeiter, die über 750 Mark Lohn in 300 Arbeitstagen beziehen. Das beruht aber auf der Genesis des Gesetzes. . . . Es stand ursprünglich im Entwurfe, daß ein Drittel der Beiträge von den Ortsarmenverbänden geleistet werden sollte, denen im Falle der Invalidität des Arbeiters seine Ernährung aus dem Gesichtspunkte der vom Staate auferlegten

Armenpflege zur Last fallen würde, und es ist kein Grund, diesen Gemeinden, respektive der ganzen Armenpflege, denen jetzt die achtzig Prozent der vom Haftpflichtgesetze nicht betroffenen Verunglückten zur Last fallen, einfach ein Geschenk damit zu machen, und deshalb wurde als der Gerechtigkeit entsprechend der Satz angenommen, daß der Armenverband, dem im andern Falle die Verunglückten zur Last fallen würden, ein Dritteil tragen solle. Dieses Räsonnement findet aber auf diejenigen, die in ihrem Lohne so hoch stehen, daß sie, wenn sie verunglückten, dem Armenverbande schwerlich zur Last fallen würden, nach ihrer ganzen Wohlhabenheit nicht mit derselben Sicherheit Anwendung. Ich bin sehr gern bereit, diese Beschränkung fallen zu lassen.... Es war ursprünglich ein Billigkeitsgefühl gegenüber den Armenverbänden, denen man keine höheren Lasten auferlegen wollte, als man ihnen durch dieses Gesetz Ersparnisse ungefähr in genereller Berechnung zuführte. Es stellte sich nachher heraus, daß nach vielen praktischen Beispielen der Begriff des Ortsarmenverbandes ein ganz unanwendbarer war wegen der ungerechten Verteilung, welche in unsrer Armenpflege, die eigentlich dem Staate zur Last steht, die er aber auf die Gemeinden abgebürdet hat, überhaupt stattfindet. Nach der geographischen Lage sind kleine impotente Gemeinden sehr häufig mit Armenpflege überlastet und große reiche Gemeinden haben darin sehr wenig, und so hätte es eine zu ungleiche Verteilung der Prämienbeiträge gegeben, wenn man bei dem Ortsarmenverbande stehen geblieben wäre. In dieser Überzeugung schlug ich vor, statt Ortsarmenverband zu sagen Landarmenverband. So hat der Entwurf ein paar Wochen lang sein Leben gefristet, bis endlich auf Einfluß der verbündeten Staaten und auch des Wirtschaftsrates diese Bezeichnung fallen gelassen und statt dessen dem Einzelstaat überlassen bleiben sollte,

wie er entweder selbst eintreten wollte als Landarmenverband, oder wie er seine Landarmenverbände heranziehen wollte.... Es wundert mich nicht, wenn über einen neuen, so tief in unser Leben eingreifenden und so wenig von der Erfahrung urbar gemachten Gegenstand die Meinungen sehr weit auseinandergehen, und ich bin vollständig darauf gefaßt, daß wir wegen dieser Divergenz der Meinungen in dieser Session einen annehmbaren Gesetzentwurf nicht zustande bringen werden. Mein Interesse an der ganzen Bearbeitung der Sache würde sehr abgeschwächt werden, sobald ich erkennen sollte, daß die Stimmung der Landesgesetzgebung sich gegen den Staatszuschuß ausspräche. Dann würde die Sache rein in das Gebiet des freien Verkehrs, sozusagen, gewiesen werden, man würde dann die Versicherer vielleicht besser der Privatindustrie überlassen, als daß man eine staatliche Einrichtung ohne Zwang übt. Denn ich würde nicht den Mut haben, den Zwang auszusprechen, wenn der Staat nicht gleichzeitig einen Zuschuß anböte. Wird der Zwang ausgesprochen, so ist es notwendig, daß das Gesetz zugleich ein Versicherungsinstitut beschafft, welches wohlfeiler und sicherer ist wie jedes andre. Man kann nicht den Sparpfennig des Armen dem Konkurse aussetzen, man kann auch nicht zugeben, daß ein Abzug von den Beiträgen als Dividende oder zur Verzinsung von Aktien gezahlt würde. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ja gestern seinen Angriff auf das Gesetz wesentlich mit der Klage über den Ruin der Versicherungsgesellschaften ausgeführt; er hat sich stark ausgedrückt: daß die zerdrückt, zermalmt werden würden, und hat gesagt, daß diese Versicherungsanstalten sich um die Dankbarkeit ihrer Mitbürger bewürben. Ich habe immer geglaubt, sie bewürben sich um das Geld ihrer Mitbürger. Daß sie aber als edle Seelen sich für die Arbeiterinteressen bei der Einrichtung ihrer Versicherungs-

gesellschaften auf Aktien zu opfern bereit waren, habe ich nie geglaubt, ich würde mich auch schwer davon überzeugen. Und für solche Privatversicherungsgesellschaften, die in Konkurs geraten können, auch bei guter Verwaltung, durch Konjunkturen, durch große Unglücksfälle, die genötigt sind, ihre Beiträge so einzurichten, daß noch für den, der sein Kapital hergiebt, Dividende übrig bleibt, wenigstens eine gute Verzinsung und die Hoffnung auf Dividende — zu solchen Versicherungen können wir nach meinem Rechtsgefühl niemand zwingen, und so möchte ich meinen Beistand dazu versagen. Das Korrelat für den Zwang bildet meines Erachtens die Übernahme der Versicherung durch den Staat in der Form des Reiches oder in der Form des Einzelstaates — ohne das kein Zwang. . . . Ist dies Kommunismus, wie der Herr Vorredner sagte, nicht Sozialismus, so ist das mir wiederum gleichgiltig; ich nenne es immer wieder praktisches Christentum in gesetzlicher Bethätigung. Aber ist es Kommunismus, so wird der Kommunismus ja längst in der Gemeinde in höchstem Maße getrieben, ja sogar durch staatlichen Zwang. Der Herr Vorredner sagte, daß auf unsre Weise die unteren Klassen durch indirekte Steuern belastet würden, um für die Armenpflege den Beitrag aufzubringen. Ja, meine Herren, was geschieht denn aber in den großen Städten, in dem nach seiner Meinung vom fortschrittlichen Ringe so glänzend verwalteten Berlin? Da wird der Arme dadurch verpflegt, daß der Verarmende morgen sein gleich armer Bruder sein wird, wenn er mit der Mietssteuer den Betrag zur Verpflegung des schon armen aufbringen muß. Das ist viel härter, als wenn das aus der Tabakssteuer oder aus der Branntweinsteuer käme. . . .

Die Fehler des Haftpflichtgesetzes waren eins der Motive, die mich neben den Versprechungen, die beim Erlaß des So-

zialistengesetzes gegeben worden sind, zur gegenwärtigen Vorlage veranlaßten, indem ich mich aus der Praxis überzeugte, daß die aus der Haftpflicht entstehenden Prozesse einen ganz ungewissen und oft unverhältnismäßigen Ausgang haben, wenn sie gelingen, und einen ebenso unverhältnismäßigen Ausgang in vielen Fällen, wo sie verloren gehen, daß mir von vielen und glaubwürdigen Seiten versichert worden ist, daß, statt daß das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Haftpflicht verbessert wurde, an vielen Orten, wo die Prozesse häufig sind, besonders wo Winkeladvokaten, denen an Erregung von Unzufriedenheit in Hinsicht auf die Wahlen liegt, schüren, daß dort die Erbitterung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Gegensatz gegen die wohlmeinende Absicht des Gesetzes nur gesteigert worden ist, und daß der Arbeiter durch die Wirkung des Gesetzes sich geschädigt und verkürzt fühlt, weil er auch bei einem gerichtlichen Erkenntnis schwerlich je überzeugt wird, daß er Unrecht hat, namentlich wenn er einen Advokaten hat, der ihm das Gegenteil sagt. . . . Deshalb war ich der Ansicht, ein leichter fungirendes System einzuführen, wo von Prozessen nicht die Rede ist und die Frage, ob irgend ein Verschulden vorliegt, nicht untersucht wird. Für den Betroffenen ist es ja gleichgiltig, er bleibt unglücklich, er bleibt verstümmelt, er bleibt erwerbsunfähig, wenn er das geworden ist, und seine Hinterbliebenen bleiben ohne Ernährer, es mag dolose oder culpa lata oder auf die unschuldigste Weise gekommen sein. Wir haben es daher nicht mit der strafenden und distributiven Gerechtigkeit zu thun, sondern mit dem Schutz eines ohne das Gesetz ziemlich wehrlosen Teiles der Bevölkerung gegen die Unbilden des Lebens und gegen die Folgen ihrer Unglücksfälle und gegen die Härte der Situation eines ohne jedes eigne peculium der Gemeindeverpflegung verfallenen Ortsarmen. . . .

Das Almosen ist das erste Stadium christlicher Mildthätigkeit. . . . Die gesetzliche Hilfe des Armenverbandes ist die zweite. Aber ich möchte gern, daß ein Staat, der in seiner großen Mehrheit aus Christen besteht, von den Grundsätzen der Religion, zu der wir uns bekennen, namentlich in Bezug auf die Hilfe, die man dem Nächsten leistet, in Bezug auf das Mitgefühl mit dem Schicksale, dem alte leidende Leute entgegengehen, sich einigermaßen durchdringen ließe. . . .

Der Herr Abgeordnete Richter hat gesagt, die ganze Vorlage wäre eine Subvention für die Großindustrie. Nun, das ist wieder die Frage des Klassenhasses, die neue Nahrung bekommen würde, wenn man dies allgemein glauben könnte. Ich weiß nicht, warum Sie gerade bei der Regierung eine blinde, parteiische Vorliebe für die Großindustrie voraussetzen. Es sind die Großindustriellen ein allerdings meistens vom Glück begünstigter Teil unsrer Bevölkerung, das erregt kein Wohlwollen bei den andern; ihre Existenz aber zu schwächen oder zu schmälern, wäre doch ein sehr leichtsinniges Experimentiren. Wenn wir die Großindustrie, wie wir sie haben, fallen ließen, wenn wir es dahin kommen ließen, daß sie mit dem Auslande nicht mehr konkurrenzfähig bliebe, wenn wir ihr Lasten auferlegen wollten, von denen nicht bewiesen ist, daß sie dieselben tragen kann, so würden wir damit vielleicht Beifall bei allen finden, die mit Ärger jeden sehen, der reicher ist wie andre, namentlich wie sie selbst. Aber bringen Sie die Großindustriellen zu Fall, was machen Sie dann mit den Arbeitern? Dann stünden wir wirklich vor der Frage, die der Herr Abgeordnete Richter sorgend anregte, daß wir an die Organisation der Arbeit gehen müssen; denn wir könnten, wenn ein Etablissement zu Grunde geht, das zwanzigtausend und mehr Arbeiter beschäftigt, wenn es zu Grunde geht, weil die Großindustriellen stets der öffentlichen

Meinung und der Gesetzgebung denunzirt werden als gemeinschädlich und als lange nicht genug besteuert, wenn sie dann erlägen — wir könnten doch nicht zwanzigtausend und mehrere hunderttausend Arbeiter verkommen und verhungern lassen. Wir müßten dann zu wirklichem Staatssozialismus greifen und für diese Leute Arbeit finden, wie wir das ja bei jedem Notstande thun. Wenn die Einwendung des Herrn Abgeordneten Richter richtig wäre, daß man sich vor der Möglichkeit des Staatssozialismus wie vor einer ansteckenden Krankheit hüten müsse, wie kommen wir denn darauf, bei Notständen in der einen oder der andern Provinz Arbeiten zu organisiren, Arbeiten einzurichten, die wir sonst nicht machen würden, wenn die Arbeiter Beschäftigung und Verdienst hätten? Wir veranlassen in solchen Fällen den Bau von Eisenbahnen, deren Rentabilität zweifelhaft ist, wir veranlassen Meliorationen, die wir sonst jedem auf eigne Rechnung überlassen. Ist das Kommunismus, so bin ich in keiner Weise dagegen, aber mit solchen prinzipiellen Stichworten kommt man wirklich nicht vom Flecke. . . .

Dieses Gesetz erfordert im ganzen wenig neue Ausgaben. Die Regierung verlangt nur die Erlaubnis, den Staat an die Stelle der armenpflegenden Gemeinden treten zu lassen und dann eine kleine, mäßige Zulage für den Erwerbsunfähigen, die aber von dessen Willen absolut abhängig bleibt und ihm anklebt, ohne daß sie von ihm getrennt werden kann, ihm also eine gewisse Unabhängigkeit auch in seiner Stellung als Invalide im Leben läßt, nur ein mäßiger Zuschuß zu dem bisherigen — ich weiß nicht, ist er auf die Hälfte des Dritteils, auf ein Sechstel zu veranschlagen, oder geringer —, aber das sollte meines Erachtens ein Staat, der sich im Kampfe mit diesen infernalen Elementen befindet, . . . ein Staat, der seiner großen Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bekennern des christlichen Glaubens be-

steht — der sollte dem Armen, Schwachen und Alten auch in höherem Maße noch, als es hier gefordert ist, in dem Maße, wie ich hoffe, wenn ich es erlebe, im nächsten Jahre von Ihnen fordern zu können, zu helfen bemüht sein. Das sollte ein Staat, der praktisches Christentum treiben will, sich nicht versagen und dem armen Manne nicht."

Der hier vom Reichskanzler empfohlene und verteidigte Gesetzentwurf wurde vom Reichstage in der Sitzung vom 15. Juni 1881 mit 145 gegen 108 Stimmen in so wesentlich veränderter Gestalt angenommen, daß der Bundesrat seine Zustimmung zu demselben versagte. Die Gegner der Bismarckschen Reform waren in erster Reihe die freihändlerischen Doktrinäre in den verschiednen liberalen Koterien, dann die Partikularisten, ferner die Ultramontanen, endlich einige Großindustrielle. Nach der Lehre der Freihändler sind die wirtschaftlichen Zwecke die höchsten Zwecke der Menschheit, denen alle andern unterzuordnen sind. Die menschheitliche Wirtschaft ist ferner nach dieser Theorie nur durch die Initiative der Einzelnen zu gestalten, die durch das Gemeinwesen, den Staat, in keiner Weise beeinflußt, geleitet oder beschränkt werden darf. So bedeutete den Anhängern dieser Doktrin der Sozialismus in allen Gestalten mit Einschluß der staatssozialistischen das Ende der Kultur, und Herr Bamberger, der Hauptvertreter dieser Richtung, stand nicht an, den ersten Beratungstag der Vorlage für den dies nefastus des deutschen Reiches zu erklären, der an die Stelle des Staates der freien Entwicklung den gebundnen Staat setzen werde. Die Einwände der Freihändler sind zwiefacher Art: der Bismarcksche Gesetzentwurf erscheint ihnen einmal als gefährlich, dann als erfolglos*); als gefährlich, weil der Grundgedanke desselben zu immer

*) Wir folgen mit den nächsten Sätzen im wesentlichen dem Aufsatze „Die Unfallversicherung im Reichstage" in Nr. 16 der Grenzboten von 1881

weiter sich verzweigenden Experimenten bedenklicher Art zu führen geeignet sei, erfolglos, weil die einzelnen Bestimmungen der Vorlage sich bald als undurchführbar erweisen würden. Der Irrtum liegt hier darin, daß man den Sozialismus in Bausch und Bogen verurteilt und keinen Unterschied zwischen wahrem und falschem Sozialismus macht. Die verbreitetste Vorstellung von Sozialismus ist wohl die, daß er das individuelle Eigentum aufhebe. Wo aber, wie hier, dieses Eigentum nicht nur anerkannt, sondern geschützt und entwickelt werden soll, kann, wenn jene Vorstellung die richtige Definition enthält, von Sozialismus nicht die Rede sein, und wenn andrerseits jede Beschränkung des individuellen Eigentums durch öffentliche Pflichten, durch Regeln, an welche die Verfügung über dasselbe gebunden wird, schon Sozialismus sein soll, so sind Anfänge desselben in allen Rechtsbildungen zu finden, so ist der Staat selbst eine durch und durch sozialistische Einrichtung.

Burke sagt: „Es ist eins der schwierigsten Probleme, zu bestimmen, was der Staat zur Leitung an die Hand zu nehmen und was er mit so wenig Einmischung als möglich der Anstrengung des Einzelnen zu überlassen hat.“ In solchem bescheidenen und wenig zuversichtlichen Tone sprachen kluger Sinn und Erfahrung über diesen heiklen Gegenstand. Wie hochmütig und schnellfertig läßt sich dagegen die freihändlerische Weisheit darüber vernehmen! Weil es nicht schwerfällt, in der Geschichte Beispiele von unkluger Einmischung der Regierungen namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete zu entdecken, hat man flugs das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und mit Herabsetzung dessen, was man „patriarchalisches Regiment“ getauft hat, alle und jede Regelung wirtschaftlicher Dinge von oben herab für unzulässig erklärt. Es gilt im Katechismus des Manchestertums für ausgemacht und unwiderlegbar, daß

die Regierung in dieser Richtung so wenig wie irgend möglich zu sagen und zu thun habe. Sie hat für die Spekulation Polizeidienste zu leisten, den Frieden zu erhalten, Geld zu prägen und alles übrige dem „Volke" zu überlassen, unter dem man die Spekulanten versteht. „Kein Zuvielregieren!" riefen die deutschen Freihändler in mannichfacher Variation den englischen Propheten des neuen Glaubens nach. Diese Phrase sollte die Richtschnur der Staatsmänner an der Spitze des Reiches und der Einzelstaaten in Deutschland sein. Sie sollten auf die Dinge unterm Monde wie die Götter Epikurs herniederblicken und dem natürlichen Verlaufe der Ereignisse vertrauen, der stets wohlthätig sei, immer unfehlbar das Rechte treffe Das Regieren wurde bei solchen Grundsätzen bequem; denn es bedurfte bei demselben keiner schweren Gedankenarbeit, und alle Verantwortlichkeit hatte ein Ende. Die Modedoktrin lautete: Die Interessen der Individuen fallen notwendig und allgemein mit den Interessen des Publikums zusammen, das ja nur eine Vereinigung von Individuen ist. Die Individuen verstehen immer besser als die Regierung, was ihnen frommt, man lasse sie daher gehen, man lasse sie schaffen und erwerben, wie es ihnen beliebt. Die unwissende und vorurteilsvolle Menge, die Schwachen, die Nichtdenkenden, die Unerfahrenen dürfen von seiten der herrschenden Starken keinerlei Antrieb, Unterstützung und Schutz empfangen. Gesetze, die darauf abzielen, sind vom Übel. Man darf die Menschen nicht als Kinder, man muß sie als Erwachsene behandeln, sie müssen durch Erfahrung klug werden.

Betrachtet man die vorhandenen Thatsachen ohne Vorurteil und Erhitzung, so erkennt man die Hohlheit dieser Theorie ohne viel Anstrengung, und so findet man sofort, daß die staatliche Einmischung in die Eigentumsverhältnisse der Einzelnen für das Fortbestehen und die Entwicklung der Gesittung in

hundert und aberhundert Beziehungen eine unumgängliche Notwendigkeit ist, und daß es keine allgemeine Regel geben kann, welche bestimmt, wo diese Einmischung stattzufinden habe, und wo sie unterbleiben müsse, daß eine solche vielmehr in jedem einzelnen Falle nach Lage der Umstände entweder eintreten oder unterlassen werden muß.

Wo hätten die Regierungen auf diesem Gebiete nicht eingegriffen, und wo wäre das nicht eine Notwendigkeit und eine Wohlthat gewesen? Der Staat schließt Handels- und Schiffahrtsverträge mit fremden Mächten ab, er regelt die Übertragung des Eigentums, er nimmt die Eheschließung und die dadurch erworbenen Rechte in die Hand, er sorgt für den Unterricht der Jugend, er baut Straßen und Eisenbahnen und überwacht den Privatbetrieb der letzteren, er legt Telegraphenlinien an, befördert mit seinen Mitteln den brieflichen Verkehr, läßt Brücken und Kanäle herstellen und in gutem Stande erhalten, errichtet Leuchttürme, legt Häfen an und verwaltet dieselben, er prägt Geld und verhindert Verletzung dieses Monopols, er betreibt und regelt den Bergbau. Der Staat sorgt ferner für ein gleichförmiges System der Maße und Gewichte und verbietet den Gebrauch andrer, er erteilt Patente und schützt das Autorenrecht, wodurch er die Arbeit der Erfindungsgabe mit einem Monopol für beschränkte Zeit belohnt. Indem er eine Behörde einsetzt, vor der jede patentirte Entdeckung oder Verbesserung zu spezifiziren und zu erklären ist, verhütet er, daß das Geheimnis dem Publikum für alle Zeit verborgen werde oder mit dem Entdecker aussterbe. Er expropriirt zu gemeinnützigen Zwecken, regulirt das Aktienwesen und trägt durch verschiedene Maßregeln und Einrichtungen Sorge für die öffentliche Gesundheit. Er überwacht die Apotheken, verhindert durch Quarantänegesetze die Einschleppung von Seuchen, bewirkt

Reinhaltung der Städte und fördert die Impfung. Er regulirt die Preise der Droschken, sorgt für die Armen, für Unterbringung von Geisteskranken, für redliche Bedienung der Auswanderer durch die betreffenden Agenten, er nimmt sich des höheren Schulwesens, der Künste und Wissenschaften an und gestattet, obwohl er im Prinzip alle Religionen und Bekenntnisse duldet, die Ausübung keines Glaubens, der zu der guten Sitte im Widerspruche steht.

In allen diesen Fällen beschränkt der Staat die Freiheit der Individuen zu Gunsten des Publikums im allgemeinen. Aber es giebt auch andere, wo er der Hilflosigkeit oder Unerfahrenheit von einzelnen oder ganzen Bevölkerungsklassen Beistand und Schutz gewährt. Wir erinnern zunächst an die Bestimmungen des preußischen Landrechts über die Dauer des Arbeitstags der Gutsunterthanen, an die Aufhebung der Leibeigenschaft, später der Hörigkeit und an die Fürsorge für die dienende Klasse in der heute noch giltigen Gesindeordnung von 1810. Der Staat schützt ferner infolge des Prinzips, daß in solchen Fällen, wo die Parteien bei einem Geschäfte oder Vertrage nicht auf gleichem Fuße stehen, sondern die eine die Macht hat, die andre zu unterdrücken oder über ihren Vorteil zu täuschen, das Gesetz der schwächeren Partei zu Hilfe kommen muß, Kinder und Unmündige, geistesschwache Personen und selbst Verschwender durch Vormundschaften, er verbietet das Trucksystem, bei dem Fabrikanten ihre Arbeiter zu deren Nachteil in Waaren bezahlen, er regelt die Beschäftigung der Frauen und Kinder in industriellen Etablissements, er überwacht die Pfandleiher und Rückkaufshändler und bestraft den Wucher, er verwehrt den Verkauf gefälschter und ungesunder Nahrungsmittel. Um giltig zu sein, müssen wichtige Verträge schriftlich abgeschlossen werden, und in vielen Fällen muß ein

Notar sie beglaubigen. Um gegen Irrtum oder Betrug zu schützen, schreibt das Gesetz die Form vor, in welcher Testamente abzufassen und auszuführen sind. Ein Käufer von Gold- und Silberwaren kann nicht immer wissen, ob dieselben wirklich von Gold oder Silber sind oder wieviel daran von diesen Edelmetallen ist und wieviel Kupfer oder Zinn; er ist daher in Gefahr, betrogen zu werden, oder vielmehr, er würde in solcher Gefahr sein, wenn das Gesetz nicht verlangte, daß die Ware das Probezeichen eines öffentlichen Beamten trage. Ein Sachwalter schickt seinem Klienten die Rechnung für einen Prozeß. Der Klient kann nicht sagen, ob sie der Leistung des Advokaten entspricht oder zu hoch ist. Das Gesetz, der Staat aber sorgt, nachdem sich gezeigt hat, daß die Konkurrenz keine angemessene Sicherheit gewährt, für einen öffentlichen Beamten, welchem der Schuldner die Rechnung zur Abschätzung vorlegen kann, und der befugt ist, zu hohe Forderungen nicht bloß zu ermäßigen, sondern auch zu bestrafen. Ein Emigrant, der an Bord eines Schiffes geht, um eine lange Seereise anzutreten, kann nur selten wissen, für wieviel Raum, Wasser und Nahrung der Kapitän oder Rheder zu sorgen hat, wenn das Leben oder die Gesundheit der von ihm zu Befördernden nicht gefährdet werden soll. Die Erfahrung hat längst gezeigt, daß der Staat hier den Auswanderern zu Hilfe kommen muß, und die meisten Regierungen handeln darnach. Ein Schiff, das nicht mehr seetüchtig ist, darf nicht mehr fahren, worüber eine staatliche Behörde bestimmt; denn der Matrose, dessen Leben sonst in Gefahr kommen würde, hat in der Regel kein Urteil, und das Interesse des Reders weist ihn auf weitere Benutzung des verfallenen Fahrzeuges hin. Die alten Gesetze verlangten vom praktizirenden Arzte den Nachweis, daß er seine Wissenschaft genügend studirt habe. Die Erfahrung hatte erkennen lassen, daß das

gewöhnliche Maß von Klugheit beim Publikum keine Bürgschaft gegen Pfuscherei bot. Die Quacksalberei war durch jenes Erfordernis so wenig ausgeschlossen wie der Handel mit überteuren Geheimmitteln, aber wesentlich beschränkt, da sie mit Strafe bedroht war. Die neuere Gesetzgebung, unter dem Einflusse des Manchestertums mit seiner unbegrenzten Konkurrenz zustande gekommen, hat diese weise Beschränkung zu großem Schaden der Leichtgläubigen beseitigt.

Im vorstehenden haben wir nur einige Beispiele der Fürsorge fast aller Regierungen der zivilisirten Staaten gegeben, welche dieselben der Gesamtheit oder einzelnen Klassen der Staatsangehörigen gegenüber für unerläßlich erkannt und bethätigt haben. Abschaffung dieser Funktionen der Staatsbehörde würde beinahe bei allen ein Schritt nach rückwärts, aus der Gesittung in die Barbarei sein. Aber unsre freihändlerischen Doktrinäre müßten es, wenn sie konsequent zu sein wagten, am liebsten sehen, wenn sie allesamt beseitigt würden, und in Bezug mehrerer wünschen sie dies in der That, wollen sie der Willkür, der Spekulation, deren Wortführer und Anwälte sie sind, Thür und Thor geöffnet wissen. Die Schwachen, Armen, Dummen würden dabei allmählich von den Starken, Reichen und Geriebenen wirtschaftlich aufgezehrt werden. Was schadet's? entgegnet man uns, wer heißt die Leute schwach, arm und dumm sein? Der Staat hat sich nach unsrer unfehlbaren, in ihren Wirkungen immer sich selbst korrigirenden, zuletzt immer seligmachenden Theorie einzurichten und zu beschränken. Volle wirtschaftliche Freiheit ist unsre Parole und unser Endziel, und davon lassen wir uns mit sentimentalen Redensarten nichts abhandeln.

Was ist dem gegenüber die Einmischung der Regierung in das wirtschaftliche Leben, der „Staatssozialismus"? Einfach

die konzentrirte Wirksamkeit der Klugheit und Macht der ganzen Gesellschaft auf einen gegebenen Punkt, ein wechselseitiges Einverständnis aller, daß gewisse Dinge zum allgemeinen Besten gethan oder unterlassen werden sollen, und Erzwingung des Handelns nach diesem Einverständnisse. Wie hat man je annehmen können, daß diese latente, aber höchst energische Kraft unwirksam oder gar schädlich sein könne? Weil die Menschen durch Erfahrung belehrt werden müssen — d. h. erst sichtlich, unverkennbar bedroht und gefährdet und dann belehrt. Zugegeben, daß die Einmischung der Staatsbehörden in die wirtschaftlichen Dinge bisweilen falsche Wege eingeschlagen hat oder mißbraucht worden ist. Aber vom Mißbrauch auf den Gebrauch zu schließen, ist ein alter und sehr durchsichtiger Sophismus. Nur die Kraft der Regierung vermag die Gesellschaft zusammenzuhalten und den auflösenden Unfug zu verhindern, den ein rein natürlicher Stand der Dinge erzeugen muß. Und wie groß auch die Wohlthaten sind, die uns von dieser Kraft, der konzentrirten Wirksamkeit der Gesamtheit, bisher schon zu teil wurden, noch größere stehen uns bevor in Gestalt der Gesetze zur Befriedigung der Arbeiterklasse, die wir der Initiative unsers Reichskanzlers verdanken. Was die Dampfmaschine in der praktischen Mechanik wurde, das wird die Grundidee dieser Gesetze einst auf nationalökonomischem Gebiete sein.*)

Der Verfasser des vorhin benutzten Grenzboten-Artikels macht mit Recht darauf aufmerksam, daß es auch einen falschen, zuweit gehenden Sozialismus giebt, wobei er nicht an Marx und seine Apostel denkt, sondern sich vor allem Staatslenker vorstellt, die unter Umständen auf diesen Abweg geraten könnten.

*) Ausführlicheres über dieses Thema in der unter Careys Einflusse geschriebenen Schrift „Sophisms of Free-Trade.“

Dann fährt er fort: „In dem Gesetzentwurfe über die Unfallversicherung der Arbeiter vermögen wir aber keinen falschen Sozialismus zu entdecken. Nicht in der Reichsversicherungsanstalt; denn daß alle öffentlichen Institute teurer und schlechter arbeiten als Privatunternehmungen, ist ein von der Manchesterschule künstlich erzeugtes Dogma, das gegen die offenkundigsten Erfahrungen [man denke an die Staatseisenbahnen und die Post] sich versündigt. Nicht in dem Dritteil der Versicherungsprämie, welche für die Arbeiter der niedrigsten Lohnstufen vom Reiche gezahlt werden soll; denn das Reich tritt hier nur für die Einzelstaaten und der Einzelstaat nur für seine Armenverbände ein. Dieser Staatszuschuß ist der erste, gleich sehr durch die nationale Pflicht wie durch die Christenpflicht gebotene Schritt von einer ehrenrührigen und inhumanen Form der Armenpflege zu einer Form dieser Funktion, welche die ehrenvolle, die unverschuldete und die verschuldete Unterstützungsbedürftigkeit unterscheiden muß.... Nicht die Ära des gebundenen Staates, vielmehr das vollere, für des deutschen Reiches Zukunft unentbehrliche Bewußtsein der staatlichen Pflicht und des staatlichen Könnens ist am 1. April 1881 eingeläutet worden.... Man thut, als könne man sich vor Erstaunen nicht lassen, daß die Prämientarife der Anordnung des Bundesrates unterliegen sollen. Als ob unvermeidlich wechselnde Maßbestimmungen Sache des Gesetzgebers sein könnten und nicht vielmehr die Aufgabe der Exekutive, als ob der Bundesrat, dessen technische Kompetenz man anzuzweifeln sich einredet, nicht die besten Techniker zuziehen könnte. Endlich spricht man viel davon, daß sorglose Unternehmer und sorglose Arbeiter zum Nachteile der sorgsamen Genossen, ja geradezu auf deren Kosten gesichert würden. Der Gesetzentwurf hat jedoch vorgesehen, daß nicht eine einzige große Genossenschaft, sondern kleinere gebildet werden können, deren Tarife verschieden zu

bemessen sind, je nach den Bürgschaften, welche jede einzelne von seiten ihrer Unternehmer und Arbeiter stellt."

Die Opposition der Partikularisten gegen den Gesetzentwurf ist leicht zu begreifen. Die Reform sollte das Reich stärken, indem sie einerseits eine zahlreiche Klasse der Bevölkerung im Reiche einen Wohlthäter erblicken lehrte, andrerseits in der Reichsversicherungsanstalt einen neuen Ausdruck der Einheit schuf und gleichsam eine neue Klammer in den Zusammenhalt der einzelnen Teile schlug. Die Partikularisten aber wünschten in der Bevölkerung keine Liebe zum Reiche und kein Vertrauen auf die Hilfe desselben, und sie wollten dasselbe möglichst lose gefügt und mit möglichst wenigen Attributen und Befugnissen ausgestattet haben. Die Ultramontanen gingen bei ihrer Bekämpfung der Vorlage von derselben Berechnung aus, und sie waren zwar Gegner der individualistischen Wirtschaftstheorie, wollten aber das Reformwerk der Kirche in die Hand gelegt sehen. Der Teil der Großindustriellen endlich, der sich gegen den Plan des Kanzlers ablehnend verhielt, sah in der Unfallversicherung den ersten Schritt zu staatlicher Bevormundung, der weitere Schritte mit weitern Folgen nach sich ziehen müsse.

Nachdem der erste Entwurf gefallen war, legte der Reichskanzler dem Reichstage mittelst Schreibens vom 8. Mai 1882 einen andern Plan zur Versicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Unfällen vor, nachdem er kurz vorher einen Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Arbeiter eingebracht hatte. Der letztere fand im Reichstage mit einigen Abänderungen und Zuthaten Annahme und ist bereits in Wirksamkeit. Das umgestaltete Unfallversicherungsgesetz dagegen blieb in der letzten Session unerledigt, doch ist Hoffnung vorhanden, daß es in der nächsten in seinen wesentlichsten Zügen durchgehen wird. Der Entwurf dazu geht in Betreff der Organisation der Versicherung

von andern Grundsätzen aus als der frühere: an die Stelle büreaukratischer Zentralisation war in ihm eine Einrichtung getreten, bei der die betreffenden Genossenschaften von Versicherern ihre Angelegenheiten selbst verwalten sollten, eine entschiedene Verbesserung, da solche dezentralisirte Organe die Verhältnisse jedes einzelnen Falles als aus Näherstehenden zusammengesetzt genauer kennen müssen als eine zentrale Behörde. Der gesamte Betrieb aber sollte ein einheitlicher sein, und so erscheint eine Krönung des Gebäudes mit einer leitenden und beaufsichtigenden Zentralbehörde über den Genossenschaften wünschenswert, auch werden die letztern büreaukratischer Mitarbeit nicht wohl entbehren können, da in ihnen zwei Parteien mit verschiedenen Interessen, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, sich gegenüberstehen. Endlich aber ist zu wünschen, daß diejenigen Abgeordneten des Reichstages, welche die Sozialpolitik des Kanzlers zu unterstützen gesonnen sind, von einer Aufrechthaltung der Privatversicherungsgesellschaften als Grundlage des Gesetzes Abstand nehmen. Was der Urheber des letztern in der oben zitirten Rede über diese Institute sagte, ist nicht zu widerlegen. Andrerseits aber ist nicht zu beweisen, daß hierbei Interessen auf dem Spiele stehen, die um jeden Preis zu schonen sind. „Hätten diese Gesellschaften Kapitalien in großen Betriebsanlagen festgelegt, welche durch Einstellung ihres Betriebes entwertet würden, so könnte man wohl die Frage erheben, ob es sich rechtfertige, solche Stücke des Volksvermögens brachzulegen. Mit solchen Betriebsanlagen arbeiten aber die Versicherungsgesellschaften nicht. Es handelt sich bei ihnen einfach um die Frage, ob sie einen gewinnbringenden Geschäftsbetrieb, für welchen es besondrer Anlagen nicht bedarf, fortsetzen sollen. Von einem positiven Schaden, den sie erleiden würden, kann, abgesehen von etwaigen ganz unbedeutenden Aufwendungen für

die Zukunft, nicht die Rede sein. Auf den Fortbezug eines Gewinnes aber, zu welchem die zur Zeit bestehende Gesetzgebung Gelegenheit giebt, hat niemand ein Recht." *)

Die Krankenversicherung der Arbeiter ist das erste Stockwerk des Gebäudes, welches der Reichskanzler auf dem Gebiete der Sozialpolitik aufzuführen im Begriffe steht, die Unfallversicherung das zweite. Ob das dritte, die Altersversicherung, bald hinzukommen wird, ist zweifelhaft. Das Hauptbedenken, welches sich der Sache hier entgegenstellt, liegt in der Schwierigkeit, die Grenze für den Plan festzustellen. „Während die durch Unfall herbeigeführte Arbeitsunfähigkeit sich durch den Eintritt des Unfalls selbst scharf abgrenzt, fehlt es für die durch Alter erzeugte meist an einer scharfen Grenze. Wer soll darüber entscheiden, ob ein Arbeiter von vorgerückten Jahren noch arbeiten könne oder aus der Versorgungskasse zu erhalten sei? Dieses Bedenken besteht, so lange man an dem Gedanken festhält, daß die Altersversorgung nur den durch Alter wirklich arbeitsunfähig Gewordenen zu teil werden solle. Neuerdings hat man jedoch vorgeschlagen, die Altersversicherung in der Art eintreten zu lassen, daß jedem Arbeiter vom Eintritt eines gewissen höheren Lebensalters an eine Altersunterstützung zu teil werde, ohne Rücksicht darauf, ob er noch arbeiten könne oder nicht. Für die noch Arbeitsfähigen würde dann diese Unterstützung einen Zuschuß zu ihrem Arbeitsverdienste bilden, welcher für sie ein gemächlicheres Leben ermöglichte. Für die Arbeitsunfähigen aber würde sie einen notdürftigen Unterhalt gewähren. Durch diese Einrichtung würde allerdings die vorgedachte Schwierigkeit beseitigt sein. Es würde aber auch dadurch die Unterstützung der durch Alter arbeitsunfähig Gewordenen erheblich geschmälert

*) Grenzboten von 1883, Nr. 30, S. 170.

werden, und es würde sich fragen lassen, ob darnach die Institution ihrem wirklichen Zwecke, das soziale Elend zu mildern, noch genügend entspreche. Immerhin aber dürfte der Gedanke zu erwägen sein. Bei Gesetzen, welche in so hohem Maße mit innern Schwierigkeiten zu kämpfen haben, darf man nie vergessen, daß das Unvollkommene, welches praktisch durchführbar ist, den Vorzug verdient vor dem der Idee nach Vollkommenen, wenn dieses der praktischen Durchführbarkeit entbehrt." *)

Wie dem allem auch sei, der Reichskanzler ist voll guter Zuversicht. „Der Staat muß die Sache in die Hand nehmen," sagte er am 26. Juni 1881 zum Verfasser dieser Aufsätze. „Nicht als Almosen, sondern als Recht auf Versorgung, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Kriege erwerbsunfähig geworden ist, oder als Beamter, durch Alter, Pension haben, und nicht auch der Soldat der Arbeit? Diese Sache wird sich durchdrücken. Sie hat ihre Zukunft. Es ist möglich, daß unsre Politik einmal zu Grunde geht, wenn ich tot bin. Aber der Staatssozialismus paukt sich durch. Jeder, der diesen Gedanken wieder aufnimmt, wird ans Ruder kommen."

*) A. a. O., S. 172 ff.



Sechstes Kapitel.

Bismarck als Redner und der Humorist in ihm.

Die Beredsamkeit, die Gabe oder Kunst, seine Gedanken richtig, fließend und wirkungsvoll auszudrücken, im engern Sinne, die Fähigkeit, durch mündliche Ansprache auf Gemüt, Überzeugung und Willen andrer gewinnend und bestimmend einzuwirken, ist sehr verschieden beurteilt worden. D'Alembert bemerkt einmal: „Die Wunder, welche die Beredsamkeit oft durch die Zunge eines einzelnen Mannes zustande bringt, und die Wirkungen, die sie auf diese Weise bei einem ganzen Volke hervorruft, sind vielleicht das glänzendste Zeugnis für die Überlegenheit des einen Menschen über die andern.“ Ähnlich lautet die Meinung des amerikanischen Philosophen Emerson, welcher irgendwo sagt: „Eloquence is the appropriate organ of the highest personal energy,“ womit er augenscheinlich meint, daß keine Anstrengung des menschlichen Geistes eine seltenere Verbindung von Fähigkeiten erfordere als das Thun des Redners in seinen höchsten Leistungen. Wird sich schon hiergegen das eine und das andre einwenden lassen,

wird man z. B. einen großen Feldherrn oder Staatsmann im Punkte der Energie des Denkens nicht unter einen großen Redner stellen dürfen, da die Forderungen, welche die Umstände an jene richten, ohne Frage weit mehr bedeuten als die, an welchen sich die Kraft des letzteren zu erproben hat, so ist der Wert der Redekunst als wirkender Macht offenbar noch erheblicheren Bedenken unterworfen als ihr Gewicht, wenn sie als Begabung betrachtet wird. Niemals vielleicht ist ein Volk mächtiger für Staatsangelegenheiten entflammt worden als durch die Reden, mit denen Perikles die Athener in Aufregung versetzte, und begann mit dem Auftreten dieses Redewaltigen nicht der Niedergang der Stadt? Vermochte Demosthenes mit der gleichen Gabe, hinreißend zu überzeugen, diesen Niedergang zu hemmen? Denken wir an Mirabeau, dessen unübertroffene Beredsamkeit nicht imstande war, die bösen Geister der Revolution von 1789 zu bannen. Erinnern wir uns an die Frankfurter Paulskirche: es waren weit mehr und weit bedeutendere oratorische Talente in ihr beisammen, als seit Pitts und Burkes Tagen das englische Parlament in seiner Mitte gesehen hat, und was ist dabei herausgekommen, als ephemere Erfolge und zuletzt ein trübseliges Fiasko? Georg von Vincke war ein Redner von nicht geringer Begabung, namentlich ein allezeit schlagfertiger Debatter, und was nützte er dem Staate? Was auch nur seiner Partei? Er hat die letztere nur immer kleiner geredet, bis sie, die anfangs die stärkste Fraktion im Abgeordnetenhause war, schließlich nur noch ungefähr ein Dutzend Stimmen zählte.

Macaulay bemerkt in einer Abhandlung aus dem Jahre 1839*) über die parlamentarische Beredsamkeit, nachdem er die Behauptung aufgestellt, daß das aktive politische Leben der

*) Gladstone on Church and State.

geistigen Vertiefung vielfach im Wege stehe: „Der Politiker muß häufig sprechen und handeln, ehe er nachgedacht und nachgelesen hat. Er kann über einen Gegenstand sehr schlecht unterrichtet sein, sein Wissen von demselben ist vielleicht unklar und oberflächlich, dennoch muß er darüber eine Rede halten, und wenn er ein Mann von Talent, Geschick und Entschlossenheit ist, so wird er bald gewahr, daß man selbst unter solchen Umständen mit Erfolg reden kann. Er wird gewahr, daß die Wirkung des geschriebenen, im stillen Studirzimmer gefeilten Wortes sich erheblich von der Wirkung des gesprochenen Wortes unterscheidet, welches, von Geberdenspiel und Betonung unterstützt, für einen Augenblick an das Ohr schlägt. Er wird gewahr, daß er sich ohne Gefahr der Entdeckung versehen, und daß er ungestraft sophistische Schlüsse ziehen kann. Er wird gewahr, daß er sogar bei verwickelten Handels- oder Rechtsfragen, ohne zehn Seiten darüber gelesen oder zehn Minuten ruhig nachgedacht zu haben, lebhaften Beifall ernten und den Eindruck hervorrufen kann, eine vortreffliche Rede gehalten zu haben."

Deutsche Denker ersten Ranges sind weiter gegangen. Immanuel Kant hat die Beredsamkeit geradezu eine Betrügerin gescholten, weil sie in Dingen, welche die Vernunft zu entscheiden habe, dem ästhetischen Gefühle das letzte Wort zuspiele. Goethe nennt sich in einem Briefe aus Venedig, 1786, einen „Todfeind von Wortschällen." Auch der deutsche Reichskanzler ist kein starker Bewunderer rhetorischer Künste, und andrerseits scheint die Muse, welche denselben vorsteht und sie zu verleihen hat, nach mancher Urteil auch ihm nicht besonders gewogen zu sein. Er weiß das selbst. Belege dazu lassen sich reichlich beibringen.

Am 4. Februar 1866 erwiederte er im Abgeordnetenhause dem Dr. Gneist: „Ich habe schon vorhin darauf hingedeutet, ich bin kein Redner. Ich vermag nicht, mit Worten spielend,

auf Ihr Gefühl zu wirken, um damit Thatsachen zu verdunkeln. Meine Rede ist einfach und klar" u. s. w.

In Berlin äußerte er im Februar 1870, nach der Reichstagsdebatte über den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund, gegen mich: „Es ist wirklich mit diesen beredten Herren [er hatte dabei namentlich den Abgeordneten Lasker im Auge] wie mit manchen Damen, die einen kleinen Fuß haben und immer zu enge Schuhe anziehen und die Füße vorstrecken und sehen lassen. So, wenn einer das Unglück hat, beredt zu sein, da hält er zu lange Reden und zu oft."

„Die Gabe der Beredsamkeit," sagte er ein Jahr später in Versailles zu uns, „hat im parlamentarischen Leben manches verdorben. Man braucht zu viel Zeit, weil alle, die was zu können glauben, das Wort haben müssen, auch wenn sie nichts neues vorzubringen wissen. Es wird zu viel in die Luft gesprochen und zu wenig zur Sache. Alles ist schon abgemacht in den Fraktionen, und so redet man im Plenum bloß für das Publikum, dem man zeigen will, was man kann, und noch mehr für die Zeitungen, die loben sollen. Es wird noch dahin kommen, daß man die Beredsamkeit für eine gemeinschädliche Sache ansieht und bestraft, wenn sie sich eine lange Rede zu schulden kommen läßt. — Da haben wir einen," fuhr er fort, „der gar keine Beredsamkeit treibt, und der trotzdem mehr für die deutsche Sache geleistet hat als irgend jemand sonst — das ist der Bundesrat. Ich erinnere mich zwar, zuerst wurden einige Versuche in der Richtung gemacht. Ich aber schnitt das ab, indem ich ihnen ungefähr sagte: »Meine Herren, mit Beredsamkeit, mit Reden, welche überzeugen sollen, da ist hier nichts zu machen, weil jeder im voraus seine Überzeugung in der Tasche mitbringt — seine Instruktion nämlich. Es giebt bloß Zeitverlust. Ich denke, wir beschränken uns hier auf die Dar-

stellung von Thatsachen.« Und so wurde es. Niemand hielt eine große Rede mehr. Dafür ging es mit den Materien umso rascher, und der Bundesrat hat wirklich viel geleistet."

Ähnlich hatte sich der Kanzler schon früher öffentlich ausgesprochen, dabei aber zugleich auf einen andern Punkt der Schattenseite der Beredsamkeit, den im Kantschen Diktum hervorgehobenen, hingewiesen. Es war in der Sitzung des Norddeutschen Reichstages vom 12. Mai 1869, als er sich gegen das Bestreben erklärte, deliberirenden Versammlungen zu viel Macht, Einfluß und Bedeutung beizulegen. Er sagte bei dieser Gelegenheit: „Sie beschließen hier unter dem Eindruck einer so ausgezeichneten Rede, wie wir sie eben gehört haben, vielleicht in der Bewegung des Augenblickes, während, wenn Sie dieselbe Rede zu Hause nachlesen, oder wenn Sie Gegner derselben mit gleicher Geschicklichkeit sprechen hören würden, wie sie der Herr Vorredner entwickelt hat, Sie doch vielleicht stutzig werden und meinen würden, für das Andere läßt sich doch auch Vieles sagen. Die Rednergabe ist etwas sehr Gefährliches, das Talent hat seine hinreißende Macht, ähnlich wie bei der Musik und der Improvisation. Es muß in jedem Redner, der auf Zuhörer wirken will, ein Stück von einem Dichter stecken, und soweit das der Fall ist, soweit er als Improvisator Sprache und Gedanken beherrscht, soweit hat er die Gabe, auf seine Zuhörer zu wirken. Ist aber der Dichter, der Improvisator gerade derjenige, dem das Steuerruder des Staates, welches volle, kühle Überlegung erfordert, anzuvertrauen wäre? Und doch ist er derjenige, von dessen Beredsamkeit augenblickliche Entschließungen der Parlamente abhängig werden; es kommt dies bei einer irgend empfänglichen Versammlung und bei begabten Rednern in allen parlamentarischen Verhältnissen vor. Ich darf an ein Beispiel erinnern von einem bekannten, jetzt verstorbenen Staatsmann

— Herr von Radowitz war es —, selten habe ich einen so überwältigenden Eindruck eines Redners auf eine Versammlung gesehen, und die, welche Zeugen davon gewesen sind, werden es mir bestätigen, wie von einzelnen Reden des Herrn von Radowitz die Zuhörer aufs mächtigste ergriffen wurden und unverzüglich demgemäß beschlossen. Ich habe es erlebt, daß ein neben mir sitzender Kollege die Ergriffenheit der ganzen Versammlung in dem Maße teilte, daß er Thränen darüber vergoß, und daß er meine etwas kühle Frage: worüber weinen Sie denn? mit Entrüstung dahin beantwortete, daß er mich der Herzlosigkeit beschuldigte. Ich habe demselben Herrn am andern Tage, wo die sofort in dreißigtausend Exemplaren gedruckte Rede vorlag, nachdem sie jede Diskussion totgemacht hatte; denn es wurde von weiter nichts gesprochen, als von dem gewaltigen Eindrucke jener Rede — ich habe denselben Herrn am andern Tage gefragt, was es denn gewesen sei, worüber ich hätte weinen müssen, wenn ich ein Herz besäße, und darauf antwortete er mir: wenn ich die Rede gedruckt lese — ich weiß nicht, so macht sie nicht den Eindruck. Er konnte nicht einmal wiedergeben, was ungefähr darin stand; aber der Ausdruck des Gesichts, die Stimme, die überwältigende Persönlichkeit, die vor ihm gestanden, hatten ihn hingerissen."*)

*) Vermutlich ist damit die große Rede vom 25. August 1849 gemeint, in welcher Radowitz Rechenschaft über das Verhalten der Regierung in der deutschen Sache ablegte, und von welcher die Kreuzzeitung (vielleicht ihr damaliger Mitarbeiter Bismarck) in jenen Tagen berichtete: „Jedes Wort kam klar und präzis, ohne Stocken und ohne Verwechseln zu Tage, und keines war zu viel oder zu wenig für den beabsichtigten Eindruck. Die anscheinende Impassibilität des Redners kontrastirte seltsam mit der Aufgeregtheit der Zuhörer. Man glaubte einen Redner vor sich zu sehen, der klar und scharf auf dem Felde des kalten Verstandes mit Gründen siegender Logik entgegenstehende Ansichten entkräftet; die Versammlung merkte wohl kaum, daß nicht ihr Urteil berichtigt, sondern ihr Gefühl zur Begeisterung gesteigert, daß sie nicht überzeugt, sondern hin-

Anscheinend denselben Vorgang erzählte uns der Kanzler an einem der letzten Tage unsers Aufenthaltes in Versailles in Verbindung mit einem Charakterzuge, den er bei unsern gallischen Nachbarn beobachtet hatte. „Alles ist bei den Franzosen," sagte er, „großartige Stellung, pompöse Redensart, imponirende Miene wie auf dem Theater. Wenn's nur recht klingt und nach etwas aussieht — der Inhalt ist einerlei. 's ist wie mit dem Potsdamer Bürger und Hausbesitzer, der mir einmal sagte, daß eine Rede von Radowitz ihn tief gerührt und ergriffen hätte. Ich fragte ihn, ob er mir eine Stelle nennen könnte, die ihm besonders zu Herzen gegangen wäre — oder besonders schön vorgekommen. Er wußte keine anzugeben. Ich nahm darauf die Rede her und erkundigte mich, welches die rührende Stelle wäre, indem ich das Ganze vorlas, und da ergab sichs,

---

gerissen wurde.... Der beste Beweis hiervon war, daß auch der offenbar schwache Punkt der Rede, nämlich die Art, wie sie Einwürfe gegen den Inhalt der Verfassung abfertigte, mit dem größten Beifall aufgenommen wurde.... Der oratorische Sieg war vollständig. Die Redner von Profession sahen mit unverhehltem Brotneide nach der Tribüne, die Herren aus Frankfurt blickten triumphirend um sich, als wollten sie sagen: seht, so sprachen wir dort alle.... Die Rührung war eine allgemeine, ohne daß wir in der gedruckten Rede gerade die Stelle bezeichnen könnten, über die jeder einzelne weinte. Ernst ergriffen war jeder von dem Eindruck, und namentlich unter den weichgeschaffnen Seelen des Zentrums waren wenig Augen trocken. Einem hohen Beamten der Finanz rollte ein Budget von Thränen über die gerötete Wange, bei einem der zentralsten Pfeiler der preußischen Regierung brachte das Bestreben, die sichtbaren Zeichen der Rührung zu unterdrücken, so ungewöhnliche Konstellationen der Gesichtszüge hervor, daß ein Spaßvogel, dem selbst dieser Moment nicht heilig war, meinte, jener müsse eben das Unglück gehabt haben, Oberschlesier statt Oberungar zu trinken, und einer der trockensten Staatsmänner der Revolution schien die Fertigkeit d'Esters nicht zu bedürfen, um eine Thräne zur Welt zu bringen. Am Schlusse der Rede stieg der Beifall zu pyramidaler Höhe, es war eine Begeisterung, wie sie nur die Ungarn empfunden haben können, als Maria Theresia unter sie trat.... Hätte der Redner unter dem Klatschen von mehr als zweitausend Händen sich noch Gehör verschaffen können, er hätte von der Kammer alles, auch Millionen, fordern können, es wäre sofort bewilligt worden."

daß gar nichts derart drin stand, weder was Rührendes, noch was Erhabenes. Es war eigentlich immer nur die Miene, die Stellung des Redners, die aussah, als spräche er das Tiefste, Bedeutendste und Ergreifendste — der Denkerblick, das andächtige Auge und die Stimme voll Klang und Gewicht. — Mit Waldeck war's ähnlich, obwohl der kein so gescheider Mensch und keine so vornehme Erscheinung war. Bei dem war's mehr der weiße Bart und die Gesinnungstüchtigkeit."

In einer Rede, die der Kanzler am 29. April 1881 im Reichstage hielt, charakterisirte er die Beredsamkeit folgendermaßen: „Ich appellire an Ihre Erfahrung: auch Sie werden das Gefühl gehabt haben, daß Sie manches besser wissen wie der beste Redner unter Ihnen. Sie haben vielleicht auch den festen Entschluß gefaßt, es ihm heute zu sagen, vor der Ausführung fährt er aber gerade mit einem andern gewaltig ab, und Sie denken, lieber heute noch nicht. So geht es auch anderswo. Der stärkste Ringer, auch im Felde der Rede, schüchtert die andern ein. Es ist aber der Redner nicht immer der beste Beurteiler der Politik. Um ein guter Redner zu sein, dazu gehört eine glänzende Improvisationsgabe, wie wir das wohl früher selbst erlebt haben bei öffentlichen Vorstellungen, wo Musik mit rednerischen Improvisationen abwechselte, daß ein Thema gegeben wurde, irgendein Gegenstand, der dem Improvisator unbekannt war, über den er aber Reden hielt, mitunter wirklich brillant, und die mich für den Augenblick, wenn mich die Umgebung nicht enttäuscht hätte, fast überzeugt haben würden. Ich will damit nur sagen, daß man den Meistern in der bloßen Beredsamkeit so wenig wie solchen Improvisatoren den leitenden Einfluß auf große Gemeinwesen einräumen darf, wenigstens nicht mit offenen Augen, noch viel weniger soll man den Rednern die leitende

Stelle als Fraktionschef oder als Minister geben. Ich führe das nur an, um zu beweisen, daß die Beredsamkeit eine Gabe ist, die heutzutage über ihren Wert Einfluß übt und überschätzt wird. Ein guter Redner muß etwas vom Dichter haben, darf es also mit der Wahrheit nicht ganz mathematisch genau nehmen. Er muß anstachelnd, erregend, leicht entzündlich sein, um zündend zu wirken, aber ich denke mir, daß ein guter Redner selten ein sicherer Staatsmann sein wird. Das gemütliche Element muß bei ihm vorherrschen, nicht der Verstand, und ich glaube, daß schon vermöge der physischen Konstitution des Menschen es nicht vereint gefunden wird, daß einer zugleich ein guter Redner und ein kühler Richter wäre. Ich erinnere an die Aufzählung all der Eigenschaften von Mephisto, des Löwen Mut, des Hirsches Schnelligkeit; es findet sich das nie alles in einem Körper vereinigt, und so findet sich Beredsamkeit sehr häufig in einem den Verstand überwiegend und gefährlich beherrschenden Maße vor, hinreichend für die urteilslose Menge, aber ein Mann von kühler Besonnenheit und sicherer, genauer, berechnender Erwägung, dem man die Leitung großer, wichtiger Geschäfte gern anvertraut, der kann kaum je ein vollkommener Redner sein. Ob man bei unsrer heutigen Kulturentwicklung gegen dieses Übel der Beredsamkeit Remedur finden kann, weiß ich nicht, aber es ist schon eine halbe Remedur, wenn man das Übel erkennt, und wenn man sich stets vergegenwärtigt das bekannte Beispiel von dem König Friedrich Wilhelm dem Ersten, der zwei Advokaten hinter einander hörte und hinter jedes Ausführungen sagte: »Der Kerl« — wie er sich unehrerbietig ausdrückte — »hat Recht«, und dann so in Zorn geriet gegen die Wirkung der Beredsamkeit, daß nach der damaligen monarchischen Verfassung beide Redner vermöge der Übertreibung ihrer Gabe zu überzeugen in sehr üble Lage gekommen sind. Ich sehe kein ge-

setzliches Mittel dagegen, aber das Übel erkennen, heißt schon, ihm teilweise abhelfen, und ich möchte Sie deshalb darauf aufmerksam machen, daß Sie sich das Beispiel des alten Königs immer gegenwärtig halten, wenn einer mit einer Eloquenz spricht, die so ausgebildet ist, daß er eigentlich für andre Geschäfte wenig Zeit haben kann, und obschon er das, was er vorträgt, vollständig beherrscht und beherrschen muß, wie es nur einer beherrschen kann, der mehrere Wochen stets über dasselbe Thema öffentlich gesprochen und in Zeitungen geschrieben hat. Dann bildet sich eine Sicherheit in ihm aus, daß er keinen Souffleur braucht, er beherrscht seinen Stoff, ihm fällt in der einen Woche noch eine bessere Redewendung ein wie in der vorigen, kurz, es tritt das Beispiel ein, das mich in meiner parlamentarischen Jugend in Erfurt so frappirte, daß ich die Rede eines Heidelberger Professors bewunderte, und ein Landsmann und Fraktionsfreund von ihm sagte mir: »Ach, die Rede hätten Sie im vorigen Jahre von ihm hören sollen, da hielt er sie ganz anders, da war er noch frisch dabei.« So möchte ich die Ermahnung an Sie richten, in unserm parlamentarischen Leben, wo wir der Zeit nach uns sehr enge gedrängt finden, doch auch mit dieser Schaustellung der Beredsamkeit weniger Zeit zu verlieren als bisher."

„Ich wiederhole," sagte der Kanzler am 5. Mai 1881 im Reichstage, „daß die Reden zwar zur Orientirung dienen, aber keine Herrschaft üben dürfen. Der Wähler hat ein Recht auf einen unabhängigen, auch von der überlegenen Beredsamkeit weder beeinflußten noch eingeschüchterten Vertreter."

Diese Urteile über die gewöhnliche Beredsamkeit werden von jedem Verständigen als wohlbegründet betrachtet und gern unterschrieben werden. Der Redner ist hier plaidirender Sachwalter, der Schein sein Gott und Zweck, die Wahrheit ihm

Nebensache oder ganz gleichgiltig. Er, der fließend und wohlgeordnet Sprechende, reiht bereits fertige Halbwahrheiten an einander, die er gegen den Schluß sentimental oder pathetisch aufbläst. Er will packen, rühren, vor allem auf das Gefühl wirken; er will triumphiren, Parade machen und bewundert werden, mehr oder minder wie die Komödianten. Bismarck dagegen hat viel wahre Beredsamkeit — für den, welcher die innere Form von der äußern zu unterscheiden versteht. Er ist allerdings kein Redner im herkömmlichen Sinne des Wortes, kein Redevirtuos, und zwar vorzüglich deshalb nicht, weil er eigne Gedanken hat. Seine Ansprachen und Antworten in den Parlamenten haben Hand und Fuß, sie gehen immer auf deu Kern des betreffenden Themas, sie wirken durch das Gewicht ihrer Thatsächlichkeit, sie riechen gleichsam nach dem Leben, dem sie entnommen sind, und strahlen es in jedem Satze aus, wir bewundern in ihnen die Tiefe und den Weitblick des Sprechenden. Er ist dagegen zu gewissenhaft und zu stolz, um mit bestechenden, berückenden, näher besehen aber seichten oder ganz inhaltslosen Phrasen um den Beifall der Versammlung und der Presse zu werben, zu wahrheitsliebend, um die falschen Karten der Sophistik auszuspielen, und zu gedankenreich, um den Zuhörern mit glatt dahinfließendem Wortstrome imponiren und Vergnügen bereiten zu können. Häufig stockt er mit der Fülle der sich ihm aufdrängenden neuen Ideen und Perspektiven, und es kommt zu Einschaltungen und Anakoluthen, zu Ellipsen, nachhinkenden Ergänzungen und einschränkenden Vorbehalten, zu Vordersätzen, denen der Nachsatz fehlt, oder zum Wegfall von Mittelgliedern. Dazu tritt eine starke Dosis Nervosität, verbunden mit einem heißen, leicht erregbaren Temperament, und das Organ läßt ebenfalls zu wünschen übrig.

Noch ein anderes ist hervorzuheben. Treffend bemerkt

Rößler*): „Bismarcks Reden bekunden den außerordentlichen Geist ihres Urhebers auch da, wo er seine eigentliche Absicht unter einem dialektischen Spiele verbirgt. Aber er ist kein Redner.... Es ist keine Paradoxie zu sagen: Redner ist nur, wer nach dem Munde redet. Die Menschen wollen hören, was ihnen auf der Zunge liegt, den klaren, starken Ausdruck ihrer Gefühlsbedürfnisse. Aber das ist ganz und gar nicht Bismarcks Leistung und kann es nicht sein. Die politische Wahrheit, die ihm vor Augen steht, liegt weit ab von der Illusion der Mehrzahl seiner Zeitgenossen, ja sie ist für diese Illusion geradezu tötlich.... Bismarck tritt den beratenden Körpern oft gegenüber mit einer Weise der Argumentation, welche die diplomatische heißen kann. Das Diplomatische liegt aber nicht etwa in der Zurückhaltung oder gar in der irreführenden Absicht bei den Angaben. Die Verhandlungsweise von Staat zu Staat nimmt immer zum Ausgangspunkte teils die völkerrechtlichen Verbindlichkeiten, teils die gegebene Lage jedes Staates. Man begründet also seine Forderungen vom Gesichtspunkte des Rechtes und der Billigkeit und nimmt für die letzteren immer die selbständigen Interessen der Gemeinwesen zum Ausgangspunkte. So wollen aber unsre liberalen Vertretungen nicht mit sich verhandeln lassen. Sie gehen von einem Ideal aus und beurteilen alles, was demselben widerstrebt, als nicht seinsollend.... Eine andre parlamentarische Kampfmethode Bismarcks ist es, wenn er an den Forderungen seiner Gegner sachliche Schwierigkeiten und Widersprüche aufdeckt, ohne jedoch den letzten Gesichtspunkt aufzustellen.... Infolge dieser Eigenschaft hatte sich eine Zeit lang die wunderliche Meinung gebildet, er verstehe seine Pläne nicht zu verbergen. Diese Kunst ist aber, so weit sie von

*) Graf Bismarck und die deutsche Nation, Berlin 1871, S. 58 ff.

Nöten war, niemals vollkommener geübt worden als von ihm.... Die Rede über die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund am 24. Februar 1870 war ein vollendetes Beispiel dafür. Während die treffende Wahrheit der Gegengründe allseitig empfunden werden mußte, ließ der Redner doch fortwährend durchblicken, daß er sein letztes Wort nicht ausspreche, daß er nur ein ebenso glänzendes als anmutiges Scheingefecht führe."

„In meiner Rede lag ein großer Fortschritt, den die guten Leute aber nicht gemerkt haben," sagte der Minister am 27. zu mir. „Es war die Andeutung, daß wir uns unter Umständen an die österreichische Auffassung, nach welcher nicht der Süden, und an die französische, nach welcher kein einzelner Staat des Südens in den Nordbund aufgenommen werden darf, nicht kehren würden. Das war ein Fühler; an weiteres kann erst gedacht werden, wenn ich weiß, wie jene Andeutung in Wien und Paris aufgenommen worden ist."

Lesen wir die gesammelten Reden des Reichskanzlers, die älteren wie die neueren, so läßt sich nicht verkennen, daß der Stil derselben etwas Sprödes, Schwerflüssiges, mühsam sich Herausarbeitendes hat. Von ihm heißt es nicht wie von mancher andern Parlamentsgröße, namentlich von dem verschlagnen Vertreter Muffrikas, der scheinbar die Sache des Papstes führt, in Wahrheit aber nur der Advokat des Welfentums ist:

„Reineke stand und wußte darauf gar künstlich zu dienen,
Denn, ergriff er das Wort, da floß die zierliche Rede
Seiner Entschuldigung her, als wär' es lautere Wahrheit;
Alles wußt' er bei Seite zu legen und alles zu stellen.
Hörte man ihn, man wunderte sich und glaubt' ihn entschuldigt,
Ja, er hatte noch übriges Recht und vieles zu klagen."

Neben ungefügen und bisweilen fast formlosen Sätzen begegnen wir aber in den Reden Bismarcks nicht selten auch

solchen von musterhafter Bildung, die den Gedanken, welchen er im Sinne hat, ebenso einfach als deutlich ausprägen, kurzen genialen Sprüchen, glücklichen Bildern und seltenen Ausdrücken, die, wie Hilfsvölker aus der Ferne gerufen, die jedesmalige Frage sofort entscheiden. Häufig gebraucht er Worte und Formeln aus fremden Sprachen, nicht sowohl, weil er oft französisch, zuweilen englisch zu reden genötigt ist, sondern mehr, weil diese Sprachen schärfer ausgeprägt sind und den Niederschlag, die Ablagerung eines langen politischen Lebens enthalten, was bei der deutschen nicht der Fall ist. So bemerkte er in seiner großen Rede vom 20. Dezember 1866: „Ich möchte Sie bitten, dies der appreciation der Regierung zu überlassen," und bei derselben Gelegenheit: „Die vage Fassung läßt uns eine gewisse latitude der Ausführung." In einem andern Falle bediente er sich des Ausdrucks: „Außerhalb der enceinte des Bundesrates." Wieder ein andermal äußerte er: „Solche Klagen haben von dieser Rednerbühne ein weites retentissement." Am 22. Dezember 1866 behauptete er: „Nur ein ganz fertiger Staat kann sich den Luxus einer liberalen Regierung gestatten" — was ganz französisch gedacht ist: „Il n'y a qu'un état tout-fait, qui puisse se permettre le luxe d'un regime liberal." Am 4. Dezember 1874 rief er den Ultramontanen im Reichstage zu: „Mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder (Kullmann), er hängt sich an Ihre Rockschöße" — wiederum eine Wendung aus dem Französischen, wo es viel natürlicher lautet: „Réniez cet assassin, tant que vous voudrez, il s'attache à vos pans." Ferner gehört hierher die von ihm am 19. Juni 1879 gethane Äußerung: „Ich kann es nicht für nützlich halten, die Regierung en demeure [ihr die Pistole auf die Brust] zu setzen." Sodann erinnere ich an die Wortgruppe: „In seinem for interieur" (Gewissen), von ihm am 8. Mai 1880 gebraucht. In einer Rede vom 4. Februar

1881 bediente er sich statt des deutschen „nach Maßgabe“ oder „je nachdem“ des französischen „au fur et à mesure,“ und in einer andern, die er am 16. Februar desselben Jahres im Herrenhause hielt, spielte er auf Berangers Roi d'Yvetot an, dessen Devise „bien dormir et pas trop faire“ lautete. Am 12. Juni 1882 äußerte er in einer Parlamentsrede: „J'en ai fait mon devil,“ darüber habe ich ausgetrauert, das habe ich verschmerzt, und bei derselben Gelegenheit bediente er sich der Wendung: „Und besäße er alle Schätze Indiens“ (tous les trésors de l'Inde). Auch der von Bismarck wiederholt gebrauchte Ausdruck „etwas tragisch nehmen“ entstammt dem französischen Idiotikon, und wenn der Kanzler wirklich einst gegen einen Interviewer geäußert hat: „Diese Doktrinäre suchen den Mittag um zwei Uhr,“ so ist das nur eine Übersetzung der Redensart: „Ils cherchent midi à quatorze heures.“

Einige treffende Gleichnisse in der Reihe der parlamentarischen Kundgebungen des Kanzlers sind bereits in dem Kapitel „Die Junkerlegende“ angeführt worden. So das vom preußischen Bucephalus, der den gewohnten Herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber, den ihm die Frankfurter Paulskirche aufnötigen möchte, samt seiner schwarzrotgoldenen Zäumung auf den Sand setzt, und das vom preußischen Adler, dem man mit der gleichmachenden Heckenscheere aus Frankfurt die Flügel stutzen will. Andre Beispiele für Bismarcks hervorragende Begabung, seine öffentlichen Reden mit originellen und drastischen Metaphern zu würzen, sind folgende, die ich zum großen Teil der Güte eines verehrten Freundes verdanke. In einer Sitzung der zweiten Kammer des preußischen Landtages, die am 24. September 1849 stattfand, sagte er, von den vom Westen her importirten liberalen Doktrinen sprechend: „Was Frankreich, das Vaterland aller dieser

Theorien, betrifft, sollte man glauben, daß sein Beispiel eben kein besonders verführerisches sei, und daß die Franzosen sich jetzt kaum zu den glücklichsten Völkern der Erde rechnen möchten. . . . Ich sehe gerade in den jetzigen Zuständen Frankreichs keine Aufforderung, uns das Nessusgewand der französischen Staatslehren auf unsern gesunden Körper zu ziehen." — In derselben Versammlung brauchte er bald nachher, am 15. Oktober, folgendes hübsche Gleichnis: „Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß gerade die Phrase den schönsten Schmuck einer konstitutionellen Verfassung abgiebt, dem Schleier vor dem Bilde von Sais vergleichbar. Zerreißen Sie ihn ganz, so werden Sie den Augen gar mancher, die in die tieferen Geheimnisse des Konstitutionalismus noch nicht eingeweiht sind, zeigen, daß das Idol, welches wir in diesen Räumen verehren, nicht ganz das war, welches sie hinter dem Schleier zu finden hofften." — Vor derselben Körperschaft hielt er um die gleiche Zeit eine Rede, in welcher er bemerkte: „Ein Krieg, für die Union von Preußen geführt, könnte mich nur lebhaft an jenen Engländer erinnern, der ein siegreiches Gefecht mit einer Schildwache bestand, um sich in dem Schilderhause hängen zu können, ein Recht, welches er sich selbst und jedem freien Briten vindizirte. Sollten wir trotzdem dahin getrieben werden, für die Idee der Union Krieg zu führen, meine Herren, es würde nicht lange dauern, daß den Unionsmännern von kräftigen Fäusten die letzten Fetzen des Unionsmantels heruntergerissen würden, und es würde nichts bleiben als das rote Unterfutter dieses sehr leichten Kleidungsstückes." In einer Landtagsrede, die der Ministerpräsident von Bismarck während der Konfliktszeit, am 27. Januar 1863, hielt, rief er der Opposition die in einem der vorigen Kapitel ebenfalls bereits zitirte Erklärung zu: „Das preußische Königtum ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck

Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden oder als toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden." — Am 21. Dezember erwiederte er im Herrenhause auf gewisse dilettantische Behauptungen des Abgeordneten Tellkampf: „Die Auffassungen des Vorredners über die europäische Politik erinnern mich an diejenigen eines Bewohners der Ebne, welcher zum erstenmale eine Bergreise macht. Wenn er einen Gipfel vor sich sieht, so scheint ihm nichts leichter, als ihn zu ersteigen. Er glaubt nicht einmal eines Führers zu bedürfen; denn der Berg liegt unmittelbar vor ihm, und der Weg dorthin ist anscheinend ohne Hindernisse. Macht er sich nun auf den Weg, so stößt er bald auf Schluchten und Abhänge, über welche die beste Rede nicht hinweghilft." — In der Kommission, welche die Anleihe zu militärischen Maßregeln gegen Dänemark beraten sollte, sagte er, die deutschen Großmächte seien das Glashaus, das den deutschen Bund vor europäischem Zugwind beschütze. — „Sie kommen mir vor wie Archimedes mit seinem Zirkel, der es nicht merkte, daß die Stadt erobert war," rief er etwa zu derselben Zeit nach einer gesinnungstüchtigen Rede Schulzes der Opposition zu, nachdem er ihr bemerkt hatte, wie sehr sie sich, eingesponnen in ihre Parteivorstellungen, über den eigentlichen Stand der Dinge täusche. — „Wenn," sagte er im selben Jahre, „die Einrichtung der Bundesarmee durch ein jährliches Votum in Frage gestellt werden sollte, so würde mir das — verzeihen Sie mir, wenn ich ein Gleichnis brauche aus einem Berufe, in dem ich mich früher befand — den Eindruck eines Deichverbandes machen, in dem jedes Jahr nach der Kopfzahl, auch der Besitzlosen, darüber abgestimmt wird, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollen oder nicht. Aus solchem Deichverbande würde ich ausscheiden, da wäre mir das Wohnen zu unsicher." —

„Ich halte eine kollegialische Ministerverfassung für einen Mißgriff und Fehler," äußerte er ungefähr zwei Jahre später; „zwei harte Steine mahlen schlecht, aber acht harte Steine noch viel schwerer." — In vieler Gedächtnis ist wohl noch die ungemein treffende Äußerung, die Bismarck am 1. Juni 1865 im preußischen Landtage über das damalige Wesen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten that: „Die Existenz auf der Basis der Phäaken ist bequemer als die auf der Basis der Spartaner. Man läßt sich gern schützen, aber zahlt nicht gern, und am allerwenigsten giebt man das geringfügigste Hoheitsrecht auf." Am 13. Juni ergänzte er diesen Vergleich mit den Worten: [In den deutschen Kleinstaaten herrschen Verhältnisse,] „die ich mir neulich als Staatsprinzip auf der Basis der Phäaken stehend zu bezeichnen erlaubte, die essen und trinken und geschützt sein wollen." — Nach den böhmischen Siegen erklärte er: „Das Spiel ist noch nicht gewonnen, der Einsatz ist nur verdoppelt." (Wie im Faro, wenn ein Mitspielender doppelt biegt.) — Die Parlamentsrhetoren nannte er irgendwo „kühne Schiffer auf den Gewässern der Rede." — „Das Fundament des deutschen Reiches ist abgesteckt, aber noch nicht gelegt," sagte er bei einer andern Gelegenheit. — Im Jahre 1867 bemerkte er im Norddeutschen Reichstage: „Wenn im Norden Deutschlands ein Parlament tagte, im Süden ein ähnliches, so würden diese beiden Parlamente nicht länger auseinanderzuhalten sein, als etwa die Gewässer des Roten Meeres, nachdem der Durchmarsch der Israeliten erfolgt war." — In irgend einer seiner Reden finden wir die Bemerkung: „Der Arme sagt, der Staatswagen wird mit unserm Fette geschmiert," und in einer andern stoßen wir auf die Wendung: „um eine Blume der Popularität zu pflücken."

Wieder andre Äußerungen dieser Art sind die nachstehenden. „Der Minister müßte [wenn es nach dem Kopfe der fortschritt-

lichen Politikaster ginge] den Kreisrichter als konstitutionellen Hausarzt heranziehen, den er jederzeit zu befragen hätte, wie dieser oder jener Fall zu beurteilen wäre." (21. April 1868.) — „Über juristische Zwirnsfäden wird die Regierung nicht stolpern in Ausübung ihrer Pflicht, für den Frieden des Staates zu sorgen; sie wird diese ihre Aufgabe auch nicht auf das Niveau von Gemüsekörben herunterziehen lassen." (30. Janaur 1869.) — „Der schlaftrunkene Kämmerling des Königs Duncan sah den Dolch des Macbeth auch nicht. Die Aufgabe der Regierung eines großen Landes ist aber, die Augen offen zu haben und wach zu sein." (An demselben Tage.) — „Die Koriolane sind in Deutschland nicht selten, es fehlt ihnen nur an Volskern; wenn sie Volsker hätten, würden sie sich bald demaskiren. Nur den letzten versöhnenden Abschluß würden alle Frauen Kassels und Deutschlands dann nicht imstande sein, herbeizuführen." (In der gleichen Rede.) — „Wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben." (Ebenfalls am 30. Januar 1869.) — „Es wird vielleicht noch dazu kommen, daß man sagt: Er lügt wie telegraphirt" (statt: wie gedruckt. In einer Rede vom 13. Februar 1869.) — Am 16. April 1869 bemerkte er ungeduldigen Reichsboten: „Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachstum hindern und sie verderben.... Ich sollte denken, die Maschine des Bundes hätte zwei Jahre recht gut und förderlich gearbeitet, so gut, daß es Sie fast schon langweilt. Sie fühlten das Bedürfnis, die Uhr einmal aufzumachen und zu sehen, ob es dann nicht vielleicht noch besser gehe." — Am 22. April desselben Jahres erklärte er im Reichstage dem Abgeordneten Wiggers

gegenüber, der die mecklenburgische Verfassungsangelegenheit zur Sprache gebracht hatte und die alte Konstitution mit dem ritterschaftlichen Rezeß abgeschafft und durch die im Jahre 1848 geschaffene ersetzt wissen wollte, als der Vertreter organischer, nicht mechanischer Politik: „Eine seit einem Jahrhundert und länger in die Zustände des Landes eingewachsene Verfassung streift man nicht ab wie ein abgetragenes Kleidungsstück; sie ist, sozusagen, eine Haut geworden, welche mit ärztlicher Vorsicht gelöst werden muß, wenn Krankheiten verhindert werden sollen." — Bei der gleichen Gelegenheit begann er einen Satz mit dem Bilde: „Die Barrikaden, die eine altertümliche Verfassung und langjährige Ansammlung des Schuttes der Aufräumung und dem Durchbruche neuer Straßen entgegensetzten." — Am 24. Februar 1870 erklärte er im Reichstage: „Ich glaube, daß wir nicht gut thun, das Element, welches der nationalen Entwicklung im Süden am günstigsten ist [das Großherzogtum Baden, aus derselben] auszuscheiden, gewissermaßen den Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen." — In derselben Rede sagte er: „Ich hatte zuerst, als ich den Antrag [Laskers] las, das Gefühl, daß den Antragstellern etwa so zu Mute war, wie Shakespeare den Heißsporn Percy schildert, der, nachdem er ein halb Dutzend Schotten umgebracht hat, über das langweilige Leben klagt; es passirt eben nichts, es muß etwas Leben hineingebracht werden. Gründung staatlicher Gemeinschaften, großartige Reformen, durchgreifende Gesetzgebungen, das alles erschöpft den Thatendrang nicht; es muß etwas geschehen." — „Ein Gesandter soll," so bemerkte er in einer Erläuterung vom 30. Januar 1872, „seinem Souverän von den Eindrücken, die er erhält, ohne falsche Strahlenbrechung in Kenntnis setzen." — Im Februar des soeben genannten Jahres beklagte er sich über den unverständigen Argwohn der

liberalen Opposition, welche meine, „daß man die Regierung wie ein schädliches Tier behandeln müsse, das nicht eng genug angebunden werden könne, das nie Freiheit haben dürfe, sich zu bewegen, weil es dieselbe sofort mißbrauche." — Um dieselbe Zeit urteilte er über den Hauptführer des Zentrums: „Der Herr Abgeordnete Windthorst beteiligt sich viel an den Debatten, aber das Öl seiner Worte ist nicht von der Sorte, welche Wunden heilt, sondern von der, die Flammen nährt." — Am 14. Mai 1872 äußerte der Kanzler in Betreff des Kardinals Hohenlohe, den der Papst Pius nicht als Gesandten annehmen wollte: „Ein Gesandter ist doch nur das Gefäß, welches erst durch die Instruktionen des Souveräns gefüllt seinen vollen Wert bekommt; daß aber das Gefäß ein angenehmes, willkommenes sei, ein solches, welches nach seiner Beschaffenheit, wie man von alten Krystallen sagte, Gift oder Galle nicht in sich aufnehmen kann, ohne es sofort anzuzeigen — das ist allerdings wünschenswert." — Am 10. März 1876 nannte er den Tabak „einen der besten und wesentlichsten Steuerartikel, von dessen Schwimmkraft er erwarte, er werde vielleicht auch andre mittragen." — Im Mai 1880 erklärte er im Landtage, als von dem Rücktritte Falks und der Ernennung Puttkamers zum Kultusminister gesprochen wurde: „Wir haben es mit einer andern Nummer versucht, aber verlassen Sie sich darauf, der Faden wird fortgesponnen." — Kurz vor oder bald nach dieser Versicherung charakterisirte er das Zentrum im Reichstage als „dieses Passivum, mit dem unser parlamentarisches Vermögen belastet ist." — In einer Rede vom 4. Februar 1881 begegnen wir der Klage, er müsse bei jeder Reform „durch den tiefen Sand des Parlaments hindurch." — Am 16. Februar desselben Jahres sagte er im Herrenhause, als es sich um dauernden Steuererlaß handelte,

den die Regierung durch Steuerreform wieder einzubringen hoffte: „Jener Feldmarschall warf seinen Marschallstab über die Mauer der feindlichen Stadt, um seine Zuversicht auszudrücken, daß er die Stadt nehmen und seinen Stab wieder holen werde.“ — In der Rede, die der Fürst am 5. März 1878 bei der ersten Beratung der Stellvertretungsvorlage im Reichstage hielt, sagte er: „Als die Reichsverfassung ins Leben trat, so fand sich, daß der Reichskanzler der Theorie nach unter den vielen andern Janusköpfen, die er hatte, auch genau genommen den eines Kriegsministers besaß, auch den eines Marineministers, und da habe ich proprio motu den von Ihnen mitunter als herrschsüchtig beurteilten Reichskanzler in seiner Macht vermindert.“ — Am 9. Oktober desselben Jahres bemerkte er bei der Generaldebatte über die zweite Vorlage des Gesetzentwurfs über die Sozialdemokraten: „Der Fortschritt ist, um landwirtschaftlich zu sprechen, eine sehr gute Vorfrucht für den Sozialismus als Bodenbereiter; er gedeiht darnach vorzüglich.“

Mehrere der hier zusammengestellten Aussprüche des Kanzlers haben einen witzigen oder humoristischen Nebenton. Bei andern tritt derselbe noch hörbarer und wirkungsvoller hervor: die Metaphern sind hier treffend, anschaulich, aber vor allem ergötzlich. Manches hat einen ironischen Klang, anderes wird als Sarkasmus bezeichnet werden können, wieder anderes trägt gleich vielem in den privaten Äußerungen Bismarcks das Gepräge echten Humors, der immer naiv ist, und alles wirkt auf den Leser als Kundgebung eines hochsinnigen und genialen Geistes. Er ist immer originell in seinen Einfällen, zuweilen derb und rauh, aber niemals ordinär, wie häufig die Späße, mit denen seine Gegner ihr Publikum regaliren. So drastisch auch manche seiner Ausdrücke und Vergleiche sind, er bleibt in allen Fällen der vornehme Mann, der sich nichts vergiebt und

sich niemals schlechtem Geschmacke anbequemt, um bei der Menge Beifall zu finden. Im Vereinigten Landtage hatte Bismarck durch eine Rede den Liberalen Anlaß zu der abgeschmackten Beschuldigung gegeben, er selbst habe behauptet, daß er dem finstern Mittelalter zugethan sei, und daß er schon mit der Muttermilch reaktionäre Anschauungen und Wünsche eingesogen habe. Mehrmals wurde ihm von den Gegnern mit diesem Vorwurfe ins Gesicht gesprungen. Als es einmal wieder geschah, besaß er Humor genug, um über das armselige Gerede zu scherzen: „Der Abgeordnete Krause ist gegen mich in die Schranken geritten auf einem Pferde vorn finstres Mittelalter, hinten Muttermilch." Man stelle sich den würdigen Herrn Krause, Wohlgeboren, Bürgermeister von Elbing und Volksbote, auf dieser fabelhaften Rosinante zum Turnier mit den „Junkern" ausziehend, vor — fürwahr eine barocke Figur! — Auf eine oratorische Leistung des Goliath der Fortschrittsphilister, die fast zwanzig Spalten der stenographischen Berichte füllte, entgegnete der Reichskanzler: „Es wird mir recht oft das Vergnügen zu teil, eine Probe seiner Eloquenz mit anzuhören, und da habe ich noch gerade dasselbe Gefühl wie bei einer Vorstellung der Jungfrau von Orleans, wo einen der endlose Triumphzug im Anfang überrascht, bis man beim dritten Vorbeimarsche bemerkt: Mein Gott, das sind ja dieselben Leute, die nochmals über die Bühne ziehen in demselben Kostüm! So sind es auch die Gründe, die in den Reden des Herrn Abgeordneten, mit derselben Eleganz vorgetragen, stets wiederkehren." — Ferner ist hier an die Redewendung zu erinnern, mit welcher der Fürst einmal im Reichstage erklärte, er werde einer Partei, die an sich eine geborne Majorität hätte, und die von ihm „nicht verlangte, daß der Tropfen demokratischen Öles, den ein bekanntes Wort für die Salbung des deutschen Kaisers fordre, gerade ein

Eimer werde," mehr Einfluß auf die Regierung einräumen können als den Nationalliberalen. — Endlich gehört in diesen Zusammenhang die gegen die Vorfechter des Fortschritts und in erster Linie gegen den pathetisch loyal aufgetretenen Abgeordneten Hänel gerichtete Stelle der großen Reichstagsrede des Kanzlers vom 24. Februar 1882, wo er sagte: „Es ist ganz erklärlich, wenn man sich denkt, daß in Ihrer Verehrung der König so hoch steht und noch höher, bis in die Wolken hinein, wo ihn kein Mensch mehr merkt und kein Mensch mehr spürt vor lauter Verehrung. Nicht aus Herrschsucht stellen sie ihn so hoch [bewahre Gott!], nein, aus lauter Verehrung gegen das Königtum, [selbstverständlich bei den Fortschrittsdemokraten] sodaß er zuletzt, wie früher der geistliche Kaiser in Japan, alle Jahre einmal an einem hohen Festtage gezeigt wird, von unten, auf einem Gitter gehend, sodaß man nur seine Sohlen sehen kann."

Auch bei Privatgesprächen gehen dem Kanzler die Gedanken nicht immer rasch und in wohlgeordneten, glatten Sentenzen über Zunge und Lippen, namentlich wenn es sich um ernste Fragen handelt. Dagegen weiß er vortrefflich zu erzählen. Die reiche humoristische Ader in seinem Wesen, sein scharfes Auge für die komische Seite der Menschen und Dinge, ein gewisser frivoler Zug, der zuweilen naiv auftritt und dann schalkhaft wird, seine Begabung zu leise ironischer, halb sarkastischer, halb gutmütiger Auffassung von Zuständen, Ereignissen und Persönlichkeiten machen ihn zum angenehmsten Kauseur, der je eine Gesellschaft inter pocula oder am Kaminfeuer unterhielt, und manche seiner brieflichen Äußerungen zu kleinen Juwelen launiger Erzählung und Schilderung.

In folgendem binde ich eine Blumenlese von Beispielen aus dem Bereiche dieser Eigenschaften des Fürsten zu einem Strauße zusammen, der zeigen wird, daß Bismarck als Humorist

sich neben den besten Zeitgenossen von gleicher Anlage und Stimmung recht wohl sehen lassen kann. Der Witz mit Wortspielen allerdings, mit dem unsre jüdischen Spaßmacher vorzüglich hantiren und bei der Menge Erfolge erzielen, geht ihm so gut wie vollständig ab, ist aber auch nur ein sehr weitläufiger Verwandter des eigentlichen Humors. Eher könnte man bei der hier besprochenen Begabung des Kanzlers hin und wieder sich an den Volkshumor erinnert finden, dem unsre plattdeutschen Apologe entstammen. Übrigens scheint er jener Gattung des Witzes nicht eben gram zu sein; denn er nimmt Notiz von den Berliner Blättern, die solche Waare vorzugsweise produziren, und bezieht sich in Privatgesprächen mitunter auf besonders gelungene Leistungen derselben.

Von kurzen mündlichen Äußerungen komischen Charakters, die Bismarck in Privatgesprächen fallen ließ, führe ich zunächst die folgenden an. „Sie können es mir," so bemerkte er einmal als Referendar, indem er sein Gutachten über gewisse unbillige Expropriationen abgab, „gar nicht in Gelde bezahlen, wenn Sie den Park meines Vaters in einen Karpfenteich oder das Grab meiner seligen Tante in einen Aalsumpf verwandeln." — Als einst von der Lage der pommerschen Kreise die Rede war, sagte er: „Das Fürstentum Cammin hängt über dem Belgardschen wie ein paar Hosen." An einem seiner parlamentarischen Abende erzählte er: „Als ich den Kaiser Napoleon in dem Stübchen des Weberhauses bei Donchery beinahe eine Stunde gegenübersaß, war es mir gerade so zu Mute wie als jungem Menschen auf dem Balle, wenn ich ein Mädchen zum Kotillon engagirt hatte, mit der ich kein Wort zu sprechen wußte, und die niemand abholen wollte." Seine Überzeugung, daß die preußische Diplomatie zu strammer Disziplin und Subordination unter ihrem Chef verpflichtet sei, drückte er wie oben angeführt mit dem

Diktum aus: „Unsre Gesandten und Botschafter müssen auf Kommando einschwenken wie die Unteroffiziere.“ Als ich mich im März 1873 das erste mal von ihm auf längere Zeit verabschiedete, äußerte er im Verlaufe des Gesprächs: „Freilich geht es mit meiner Gesundheit nicht gut. Ich bin voriges Jahr fast sechs Monate weg gewesen, und es hat nichts geholfen. Es ist nicht mehr wie früher — nur noch die Ziska-Trommel — wissen Sie, nur noch die Haut und der Schall.“ Während wir im Herbst 1877 eines Nachmittags nach einem Waldteiche bei Varzin zum Fischfange fuhren, sagte der Fürst zu Geheimrat Tidemann mit Bezug auf mich, der ich, ihnen den Rücken zukehrend, vor ihm saß: „Stecken Sie dem doch den Henkel [am Paletotkragen] hinein; es sieht aus, als sollte er draußen daran aufgehenkt werden, und das hat er doch nicht verdient.“ Im April 1878, wo der Kanzler von seinem Amte zum Teil deshalb zurücktreten wollte, weil er bei seinen Kollegen und bei den Parlamenten keinem Verständnisse und keinem guten Willen in Betreff seiner wirtschaftlichen und sozialpolitischen Reformabsichten begegnete, zeichnete er sein Verhältnis zu diesen großen Plänen und seine Stimmung jenen Mitarbeitern gegenüber ungefähr in folgender Weise: „Es ist wie mit einem müden Jäger, der, von tagelanger Pirsch ohne Ergebnis abgemattet und verschmachtend, eben zu Boden sinken und die Jagd ganz aufgeben will. Da signalisiren ihm die Jägerburschen ein paar herrliche Sauen, und stracks erwacht in ihm von neuem die alte Jagdleidenschaft, mit frischer Kraft bricht er auf und begiebt sich auf's neue ans fröhliche Waidwerk. So ists jetzt mit mir: müde von Geschäften, die nicht vorwärts wollen, verdrießlich über unproduktive Kollegen, möchte ich die Sache ganz sein lassen und gehen. Aber wenn man mir von Seiten der Fachminister mit guten Vorschlägen käme, würde ich mit neuer Kraft und Energie

an die Arbeit treten. „Am 9. März 1880, als er zu mir von dem Versuche der Russen sprach, durch General Obrutscheff mit den Pariser Regierungskreisen gegen uns anzuknüpfen, schloß er seine Mitteilung mit den Worten: „Aber die Franzosen wollten nicht, und sie benachrichtigten uns davon, den Botschafter und sonst — wie eine tugendhafte Frau es ihrem Manne sagt, wenn jemand ihr unanständige Anträge macht." Am 20. März desselben Jahres äußerte er gegen mich von einem Klüngel strebsamer und ehrgeizig auf die Zukunft spekulirender Parlamentarier und Exminister: „Die haben sich neulich zu einem Diner zusammengesetzt und die Herzogtümer [die Ministerportefeuilles in spe] unter sich verteilt wie bei Wallensteins Gastmahl." Er zitirte: „Sie teilen dort an der Tafel Fürstenhüte aus. Des Eggenberg, Slawata, Lichtenstein, des Sternberg Güter werden ausgeboten. Wenn er hurtig macht, fällt auch für ihn was ab. . . . Der * soll den Vorsitz im neuen Ministerium haben, daß es nach etwas aussieht; der ist zu ihrem Kanzler ausersehen." — „Hm," sagte ich, „wer hätte das nicht schon sein wollen — sogar der **, der Wolkenschieber." — „Ja," erwiederte er, „und andre mehr, weil das so leicht ist. Das erinnert mich daran, wie der Kurfürst von Hessen seinen Leibmedikus nach Bernburg schickte, um sich nach dem Geisteszustande des letzten dortigen Herzogs zu erkundigen. Er fand ihn schlimmer, als er sich ihn gedacht. »Er ist blödsinnig,« referirte er. — »Mein Gott, blödsinnig!« sagte der Kurfürst, »da kann er ja nicht regieren.« — »Regieren — ach ja, regieren kann er deswegen doch,« entgegnete der Doktor." Er gedachte dann seiner Leitung der Geschäfte und sprach von den vielen Mühen, Sorgen und Gefahren, die damit verbunden gewesen, sowie von den Gegnern aller Art, die ihm fast zu allen Zeiten in den achtzehn Jahren seiner ministeriellen Wirksamkeit ent-

gegengearbeitet und seine Pläne sowie seine Stellung bedroht. „Oft waren es mehrere auf einmal," fuhr er fort, „bisweilen alle vier Seiten, von wo Gefahr und böser Wille zu fürchten waren." Er lächelte und setzte hinzu: „Da fällt mir Gerstäcker ein, von dem ein Witzblatt ein Bild brachte, wo zu gleicher Zeit eine Riesenschlange, ein Löwe, ein Krokodil und ein Bär auf ihn loswollten, und wo er sagte: »Ei, das giebt einen schönen Artikel für die Augsburger Allgemeine!« — Aber im Ernst, diese Gesellschaft, die weiß alles besser, denen genüge ich nicht, die denken, ein Nachfolger würde es viel klüger machen. Aber contenti estote, begnügt euch mit eurem Kommißbrote." — „Immer in der ganzen Reichsgeschichte," äußerte er am 26. Juli 1881 gegen mich, „ist die Fortschrittspartei der advocatus diaboli gewesen — Sie wissen, bei der Heiligsprechung in Rom. Glücklicherweise waren es aber nur Sprühteufel," setzte er lächelnd hinzu. — „Püstriche," sagte ich, „wie die vom geraden und krummen Horne am Grabe Fausts." — Ich könnte aus andern Unterredungen, die ich mit dem Kanzler in jenen Jahren hatte, noch manches der Art mitteilen und darunter Vortreffliches, muß es aber mit anderem bis auf später bei mir verwahren, wenn es nicht mehr schaden kann. Nur das möge hier noch Platz finden, daß der Fürst einmal die Geschäftsführung eines verblichenen Sterns der preußischen Finanzen und namentlich dessen Ratlosigkeit und Impotenz treffend mit dem bekannten Verse charakterisirte, in welchem sich auf „Lola Montez" „nie gekonnt es" reimt. — Zu Gortschakoff sagte er, als dieser, wie oben erzählt, 1875 die Franzosen vor einem Angriffe von Deutschlands Seite bewahrt haben wollte — eine Erfindung seiner maßlosen Eitelkeit und seiner Sehnsucht nach dem Lobe der Pariser Presse — und dies in einer Zirkulardepesche aussprach, die mit den Worten begann: „Maintenant

la paix est assuree“: „Wenn Sie so große Lust haben, von den Franzosen vergöttert zu werden, so haben wir noch Kredit genug in Paris, um imstande zu sein, Sie in einem Theater in mythologischem Kostüme mit Flügeln an den Schulterblättern und umstrahlt von bengalischem Feuer erscheinen zu lassen. Es war wirklich nicht der Mühe wert, uns als Bösewichte hinzumalen, bloß um ein Rundschreiben erlassen zu können.“

Wie in seinen Gesprächen, so sprudelt die Quelle von Witz und Humor auch in vielen Briefen Bismarcks überraschend reichlich. In einem bei Poschinger (II, 125) zu findenden Briefe an den Minister von Manteuffel aus dem Dezember 1854 schreibt er: „Den General von Reitzenstein in Fühlung zu erhalten, ist nicht ganz leicht, er sitzt ziemlich steif auf seinem Generalleutnantspferd und hat Besorgnis in Betreff der Selbstständigkeit seiner Stellung.“ Am 2. Februar 1855 schreibt er dem General von Gerlach: „Ergreifen wir jetzt nicht das Steuer der deutschen Politik, so treibt das Schiff mit dem Wind österreichischer Einschüchterung und westmächtlicher Strömung in den französischen Hafen und wir in der Rolle eines widerhaarigen Schiffsjungen auf ihm.“ In einem vom 26. April 1856 datirten Schreiben an seinen Minister, in welchem er diesem seine Ansicht von der politischen Lage im allgemeinen und von derjenigen Preußens im besondern auseinandersetzt, erfreut uns folgende launige Charakteristik der kleinen deutschen Potentaten in ihrem Verhältnis zum deutschen Bunde: „Der Rheinbund hatte seine Lasten, aber die für einen Fürsten besonders verdrießliche konstitutionelle Unbequemlichkeit war wenigstens nicht darunter, und jeder beglückte seine Unterthanen in seiner Weise, wenn er nur die nötigen Truppen an Frankreich lieferte. Diese Dienstbarkeit hatte ihre schätzbaren Fleischtöpfe und war für die Fürsten nicht so beschwerlich, daß sie,

um sich ihr zu entziehen, Land und Leute hätten aufs Spiel setzen und wie jener Kaiser in Bürgers Gedicht in Hitz und in Kälte, im Kriegsgezelte, bei Schwarzbrot und Wurst, bei Hunger und Durst um ihre und Deutschlands Freiheit hätten werben sollen. Daß die Nachfolger der Rheinbundsfürsten eine wesentlich andre Gesinnung nicht belebt, davon habe ich mich, in aller Devotion vor den Mitgliedern des durchlauchtigsten Bundes, für meine Person in den letzteren Jahren hinreichend überzeugen können, und nicht bloß die Furcht vor dem Verluste der gewohnten fürstlichen Existenz, nicht bloß die Leidenscheu, auch die saeva habendi cupido mancher ziemlich kleinen Herren wird am Tage der Prüfung den Bund zu Falle bringen." —

In demselben Berichte an seinen Chef heißt es, nachdem der Referent sein Mißtrauen gegen die Erfolge österreichischer Bundesgenossenschaft ausgesprochen und darauf hingewiesen hat, daß die welschen Praktiken in Wien in den letzten Jahren nicht aus der Übung gekommen sind: „Vielleicht würde man uns Garantien durch einen Personalwechsel geben wollen.... Aber die traditionelle Politik Österreichs und seine Eifersucht gegen uns würde damit nicht beseitigt sein, und ich könnte dem alten Fuchse im neuen Pelze ebensowenig trauen wie bisher im räudigen Sommerhaar." — Im gleichen Zusammenhange finden wir die Stelle: „Es [das Wiener Kabinet] wird den Don Juan bei allen Kabinetten spielen, wenn es einen so stämmigen Leporello wie Preußen mißbrauchen kann, und getreu dieser Rolle wird es stets bereit sein, sich auf unsre Kosten aus der Klemme zu ziehen und uns darin zu lassen."

Anfang Juli 1859 schrieb er aus Petersburg an einen preußischen Diplomaten über den damals nicht unwahrscheinlich gewordenen Krieg Preußens mit den Franzosen u. a.: „Wenn es uns schlecht geht, so werden die Bundesstaaten von uns

abfallen wie welke Pflaumen im Winde, und jeder, dessen Residenz französische Einquartierung bekommt, wird sich landesväterlich auf das Floß eines neuen Rheinbundes retten. Vielleicht gelingt es, eine gemeinschaftliche Haltung der drei neutralen Großmächte zu kombiniren; wir sind nur schon zu kostspielig gerüstet, um ebenso geduldig wie England und Rußland des Erfolges warten zu können, und unsre Vermittelung wird schwerlich die Zirkelquadratur einer für Frankreich und Österreich annehmbaren Friedensbasis zu Tage fördern." — Vor etlichen Jahren sahen sich die Bauern von Schönhausen genötigt, auf Anlegung eines neuen Friedhofes Bedacht zu nehmen, und wählten dazu einen Platz, der dort die hohe Wurth heißt. Man schrieb an den Fürsten, ob er dort ein Erbbegräbnis haben wolle. Er antwortete freundlich mit schönem Dank für die Berücksichtigung, die Stelle hätte ohne Zweifel ihre Vorzüge, sie wäre ihm aber zu windig.

Überaus reich an drolligen Erzählungen und Schilderungen, komischen Vergleichen und witzigen Redewendungen ist die Korrespondenz, die Bismarck früher mit den Damen seiner Familie geführt, und die Hesekiel in seinem „Buche vom Grafen Bismarck" zum Teil abgedruckt hat. Ein Beispiel ist die Geschichte von der Scheinjagd in den Büschen bei Schönhausen, von welcher unser Humorist seiner Schwester nachstehendes allerliebste Bild entwirft:

„Wir gehen bei starkem Regen oder jetzt sechs Grad Frost, mit Ihle, Bellin und Karl hinaus, umstellen mit aller jägermäßigen Vorsicht, lautlos, unter sorgfältiger Beobachtung des Windes einen Kiefernbusch, von dem wir alle und vielleicht auch der Vater unumstößlich überzeugt sind, daß außer einigen Holz suchenden Weibern kein lebendes Geschöpf darin ist. Darauf gehen Ihle, Karl und zwei Hunde unter Ausstoßung der selt-

samsten und schrecklichsten Töne, besonders von seiten Ihles, durch den Busch. Der Vater steht regungslos und schweigsam, mit schußfertigem Gewehr, genau, als ob er wirklich ein Tier erwartete, bis Ihle dicht vor ihm schreit: „Hu, la, la, he, ha, faß, häh, häh!“ in den sonderbarsten Kehllauten. Dann fragt mich der Vater ganz unbefangen, ob ich nichts gesehen habe, und ich sage mit einem möglichst natürlich gegebenen Anfluge von Verwunderung im Tone: »Nein, nicht das Mindeste.« Dann gehen wir, auf das Wetter schimpfend, zu einem andern Busche, dessen Ergiebigkeit an Wild Ihle mit einer recht natürlich gespielten Zuversicht zu rühmen pflegt, und spielen dal segno. So geht es drei bis vier Stunden lang fort, ohne daß in Vater, Ihle und Fingal die Passion einen Augenblick zu erkalten scheint.“

Ein wahres Kabinetstück ist ferner die ironische Schilderung seines Bade- und Wirtshauslebens auf der Insel Norderney, der wir gleichfalls in einer Epistel an seine Schwester begegnen. Es heißt da u. a.:

„Seit vierzehn Tagen hatte ich mir vorgenommen, Dir zu schreiben, ohne bisher in dem Drange der Geschäfte und Vergnügungen dazu gelangen zu können. Wenn Du neugierig bist, welches diese Geschäfte sein möchten, so bin ich wirklich bei der Beschränktheit meiner Zeit und dieses Papiers außer stande, Dir ein vollständiges Bild zu entwerfen, da ihre Reihenfolge und Beschaffenheit, je nach dem Wechsel von Ebbe und Flut, täglich die mannichfaltigsten Abänderungen erleidet. Man badet nämlich nur zur Zeit des höchsten Wassers, weil dann der stärkste Wellenschlag ist, einer Zeit, die zwischen sechs Uhr morgens und sechs Uhr abends täglich um eine Stunde später eintritt und in angenehmer Abwechslung die Vorzüge eines windkalten, regnichten Sommermorgens bald in Gottes herrlicher Natur unter

den erhabenen Eindrücken von Sand und Seewasser genießen läßt, bald in meines Wirtes Mousse Omne Fimmen fünf Fuß langem Bett unter den behaglichen Empfindungen, welche das Liegen auf einer Seegrasmatratze in mir zu erwecken pflegt. Ebenso wechselt die Table d'hôte ihrer Zeit nach zwischen ein und fünf Uhr, ihren Bestandteilen nach zwischen Schellfischen, Bohnen und Hammel an den ungeraden und Seezungen, Erbsen und Kalb an den geraden Tagen des Monats, woran sich im ersten Falle süßer Gries mit Fruchtsauce, im zweiten Pudding mit Rosinen anschließt. Damit das Auge den Gaumen nicht beneidet, sitzt neben mir eine Dame aus Dänemark, deren Anblick mich mit Wehmut und Heimweh erfüllt; denn sie erinnert mich an Pfeffer in Kniephof, wenn er sehr mager war. Sie muß ein herrliches Gemüt haben, aber das Schicksal war ungerecht gegen sie; auch ist ihre Stimme sanft, und sie bietet mir zweimal von jeder Schüssel an, die vor ihr steht. Mir gegenüber sitzt der alte Minister **, eine jener Gestalten, die uns im Traum erscheinen, wenn wir schlafend übel werden, ein dicker Frosch ohne Beine, der vor jedem Bissen den Mund wie einen Nachtsack bis an die Schultern aufreißt, sodaß ich mich schwindelnd am Rande des Tisches festhalte. Mein andrer Nachbar ist ein russischer Offizier, gebaut wie ein Stiefelknecht, langer, schlanker Leib und kurze, krumme Beine."

In einem dritten Briefe seiner jüngeren Jahre, der an dieselbe Adresse gerichtet ist wie die beiden vorigen, schreibt unser Humorist nach allerhand landwirtschaftlichen Klagen: „Dazu pfeift Johann draußen ebenso konsequent als falsch einen ganz infamen Schottischen, und ich habe nicht die Grausamkeit, es ihm zu untersagen, da er ohne Zweifel seinen heftigen Liebeskummer durch Musik zu beschwichtigen sucht. Das Ideal seiner Träume hat vor kurzem auf Zureden der Eltern einen Stell-

macher geheiratet. Ganz mein Fall, bis auf den Stellmacher, der noch im Schoße der Zukunft raspelt."

Dergleichen wäre aus der erwähnten Korrespondenz noch verschiedenes anzuführen. Ich muß mich indes darauf beschränken, noch auf einige kurze Stellen mit mehr oder minder humoristischer Färbung und besonders ergötzlichen Einfällen hinzuweisen, auf die wir in jenen Briefen sowie in einigen späteren stoßen. Einmal berichtet er seiner Schwester: „Ich habe gestern in Plathe tanzen sehen und viel Montebello getrunken; ersteres giebt mir Magensäure, das andre Ziehen in der Wade." Ein andermal klagt er ihr seine Not in Betreff einer Reise, die er mit Familie in ein Seebad machen soll, in den folgenden Zeilen: „Johanna [seine Gemahlin], welche augenblicklich in den Armen des Leutnants Morpheus ruht, wird Dir geschrieben haben, was mir bevorsteht. Der Junge in Dur brüllend, das Mädchen in Moll, zwei singende Kindermädchen, zwischen nassen Windeln und Milchflaschen, ich als liebender Familienvater. Ich habe mich lange gesträubt, aber da alle Mütter und Tanten darüber einig waren, daß nur Seewasser und Luft dem armen Mariechen helfen könnten, so würde ich, wenn ich mich weigerte, bei jedem Schnupfen, welcher das Kind bis in sein siebzigstes Jahr befällt, meinen Geiz und meine väterliche Barbarei anklagen hören mit einem ›siehst Du wohl, wenn das arme Kind die See hätte gebrauchen können!‹" Über diese Reise äußert er einige Tage später, sie werde ihm eine Anwartschaft auf das neue Irrenhaus oder wenigstens auf einen Platz in der zweiten Kammer für zeitlebens geben," und fügt hinzu: „Wenn man dafür noch Diäten bekäme; aber die Trümmer eines ehemals glänzenden Vermögens mit Säuglingen verreisen — ich bin sehr unglücklich."

Von einer Stromtour zwischen Gran und Pest berichtet er im

Sommer 1852 seiner Frau: „Denke Dir Odenwald und Taunus nahe an einander gerückt und den Zwischenraum mit Donauwasser ausgefüllt. Die Schattenseite der Fahrt war die Sonnenseite, es brannte nämlich, als ob Tokayer auf dem Schiffe wachsen sollte, und die Menge der Reisenden war groß; aber denke Dir, nicht ein Engländer; die müssen Ungarn noch nicht entdeckt haben." — Aus der Königsburg in Ofen ruft er derselben Dame des Abends brieflich zu: „Mögen Engel bei Dir wachen; bei mir thuts ein bärenmütziger Grenadier, von dessen Bajonnet ich sechs Zoll auf zwei Armeslängen von mir über den Fensterrand ragen und einen Fuß wiederspiegeln sehe. Er steht über der Terrasse an der Donau und denkt vielleicht an seine Nanny." — In einer Frankfurter Epistel aus dem Herbst 1856, die an seine Schwester gerichtet ist, meldet er derselben: „Ich habe eine Aufforderung, im Herrenhause zu erscheinen, bekommen, nach deren Inhalt ich zweifelhaft bin, ob Se. Majestät mich in Person oder nur seine unterthänigsten Herren und Diener en bloc dort zu sehen wünschen. Im letzteren Falle würde ich mich nicht für berufen erachten, meine wichtigen Geschäfte und den Kamin im roten Kabinet verwaisen zu lassen, um bei Halle im Schnee sitzen zu bleiben und demnächst unter der Rubrik »Volk, Edelleute, Häscher und Priester« den Effekt des großen Ensemble im Weißen Saale mit einer Kostümnüance zu beleben." — In Amsterdam sehen ihm die Schornsteine aus, „als ob ein Mann auf dem Kopfe stünde und die Beine weit auseinanderspreizte," und in demselben Briefe, welcher diesen barocken Vergleich enthält, ist ihm Holland „eine immer gleich grüne und gleich flache Wiese, auf der viele Büsche stehen, viel Vieh weidet und einige aus alten Bilderbüchern ausgeschnittene Städte liegen." — Aus Pskow schreibt er im März 1859 an seine Gemahlin: „Rußland hat sich unter unsern Rädern gedehnt, die Werste bekamen

Junge.“ (Der im letzten Satze gebrauchte komische Ausdruck wird vom Kanzler auch sonst angewandt, z. B. von Zeitungsartikeln, die ihm gefallen, und die er auszugsweise vervielfältigt und andern Blättern beigebracht zu sehen wünscht.) — „Grün,“ so bemerkt er in einem Briefe etwas jüngeren Datums, der in Moskau geschrieben ist, „ist mit vollem Rechte die russische Leibfarbe. Von den hundert Meilen hierher habe ich etwa vierzig verschlafen, aber die andern sechzig waren in jeder Handbreite grün in allen Schattirungen. . . . Buschartige Wälder mit Birken decken Sumpf und Hügel, schöner Graswuchs unter ihnen, lange Wiesen dazwischen, so geht es zehn, zwanzig, vierzig Meilen fort.... Moskau sieht von oben wie ein Saatfeld aus, das Blech der Dächer grün, die Kuppeln grün, die Soldaten grün, und ich zweifle nicht, daß die vor mir stehenden Eier von grünen Hühnern gelegt sind.“ — Im Mai 1864 wollten Graf Arnim-Boitzenburg und Genossen eine Adresse an den König richten, in welcher die Hoffnung ausgesprochen wurde, Preußen werde für den Tod so vieler braven Soldaten [bei Düppel] einen entsprechenden Lohn erhalten. Die Zweckmäßigkeit dieser Adresse wurde in Zweifel gezogen, und dagegen machte Bismarck in einem Briefe geltend, daß dieselbe mit nützlichem Druck in die diplomatische Situation eingreifen werde. „Die augenblickliche Lage,“ schrieb er, „ist so geartet, daß es mir zweckdienlich erscheint, gegen das Dänentum auf der [Londoner] Konferenz alle Hunde loszulassen, welche bellen wollen; das gesamte Geläut der Meute wirkt dahin zusammen, daß die Unterwerfung der Herzogtümer unter Dänemark den Ausländern unmöglich erscheint, und daß letztere genötigt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen kann.“ — In einem Schreiben aus Wien, das vom 22. Juli 1864 datirt ist, scherzt er:

„Heute zwei Stunden im Volksgarten eingeregnet und Musik gehört, von den Leuten betrachtet wie ein neues Nilpferd für den zoologischen Garten, wofür ich Trost in sehr gutem Biere suchte."

Oft wahrhaft erquickend, wenn auch für die betreffenden Persönlichkeiten meist nichts weniger als schmeichelhaft, sind die humoristisch-satirischen Zeichnungen die Bismarckscher Widerwille gegen allen Schein und Schwindel, alle Eitelkeit, alles falsche Pathos und alle wichtigthuende Impotenz im Vereine mit Bismarckscher guter Laune in Privatbriefen, bisweilen auch in amtlichen Berichten und häufiger in Tischgesprächen vom Charakter und Treiben einzelner seiner Kollegen in der Diplomatie und ganzer Gruppen solcher Scheingrößen, von Hofleuten, Generalen, Abgeordneten, Gelehrten und dergleichen geliefert hat. Besonders übel fahren bei derartigen Federzeichnungen und mündlich entworfenen Skizzen die Herren, die ehedem am deutschen Bundestage als Gesandte fungirten und in ihrer Art, d. h. in nichtiger Wichtigkeit, etwa wie faules Holz mit seinem Lichte glänzten. Ich erinnere an die im vierten Kapitel des ersten Bandes mitgeteilte Briefstelle vom Mai 1851, die mit den Worten beginnt: „Frankfurt ist gräßlich langweilig," und mit dem Satze schließt: „Kein Mensch, selbst der böswilligste Zweifler von Demokrat, glaubt es, was für Charlatanerie und Wichtigthuerei in dieser Diplomatie steckt."

In einem Schreiben an den Minister von Manteuffel, das vom 12. März datirt und in der Poschingerschen Sammlung abgedruckt ist, treffen wir die Stelle an: „Bis auf einige untergeordnete, mit dem Festungsbau, der Presse und dem Bundeskassenwesen zusammenhängende Intriguen leben wir hier seit dem 21. p. c. eine ziemlich unpolitische Idylle, die ich als einen Zustand der Ruhe bezeichnen würde, wenn der maßlose Ge-

selligkeitstrieb des Völkchens der Bundesphäaken ein dementsprechendes Gefühl aufkommen ließe.“

Im Herbst 1858 wurde in Berlin der Fürst von Hohenzollern an die Spitze der Geschäfte gestellt, und es verlautete, das neue liberale Ministerium werde Bismarck von Frankfurt abberufen und auf einen andern Posten versetzen. In dieser Zeit schrieb er an seine Schwester: „Will man über mich lediglich aus Gefälligkeit für Stellenjäger disponiren, so werde ich mich unter die Kanonen von Schönhausen zurückziehen und zusehen, wie man in Preußen, auf linke Majoritäten gestützt, regiert, mich auch im Herrenhause bestreben, meine Schuldigkeit zu thun. Abwechslung ist die Seele des Lebens, und hoffentlich werde ich mich um zehn Jahre verjüngt fühlen, wenn ich mich wieder in derselben Gefechtsdisposition befinde wie 1848 und 1849. Wenn ich die Rollen des Gentleman und des Diplomaten nicht mehr miteinander verträglich finde, so wird mich das Vergnügen oder die Last, ein hohes Gehalt mit Anstand zu depensiren, keine Minute in der Wahl beirren. Zu leben habe ich nach meinen Bedürfnissen, und wenn mir Gott Frau und Kinder gesund erhält wie bisher, so sage ich: vogue la galère, in welchem Fahrwasser es auch sein mag. Nach dreißig Jahren wird es mir wohl gleichgiltig sein, ob ich jetzt Diplomat oder Landjunker spiele, und bisher hat die Aussicht auf frischen, ehrlichen Kampf, ohne durch irgend eine amtliche Fessel genirt zu sein, gewissermaßen in politischen Schwimmhosen, fast ebenso viel Reiz für mich gehabt, als die Aussicht auf ein fortgesetztes Regime von Trüffeln, Depeschen und Großkreuzen. Nach neune ist alles vorbei, sagt der Schauspieler.... Eine besondre Freude habe ich einstweilen am Bunde. Alle diese Herren, die noch vor sechs Monaten meine Abberufung als Erfordernis der deutschen Einheit verlangten, zittern jetzt bei dem Gedanken,

mich hier zu verlieren. Schleinitz wirkt als Schreckbild 1848er Reminiscenz, und sie sind wie ein Taubenschlag, der den Marder merkt, so verängstigt vor Demokratie, Barrikaden und Schleinitz. . . . Rechberg sinkt mir gerührt in die Arme und sagt mit krampfhaftem Händedruck: »Wir werden wieder auf ein Feld gedrängt werden.« Der Franzose natürlich, aber auch der Engländer, sieht uns für Brandstifter an, und der Russe fürchtet, daß der Kaiser an unserm Beispiel in seinen Reformplänen irre werden würde. Ich sage allen natürlich: »Nur ruhig Blut, die Sache wird sich schon machen,« und habe die Genugthuung, daß sie antworten: »Wenn Sie hier bleiben, da hätten wir eine Garantie, aber Usedom!« Wenn dem nicht die Ohren in diesen Tagen frankfurtisch klingen, so hat er kein Trommelfell. Er ist hier in acht Tagen aus einem achtbaren Liberal-Konservativen in der Einbildung seiner eventuellen Kollegen zu einem brandrot getigerten Helfershelfer von Kinkel und d'Ester degradirt. Der Bamberger Diplomat spricht von einer kontinentalen Assekuranz gegen preußische Brandstiftung, Dreikaiserbündnis gegen uns und ein neues Olmütz mit „thatsächlichen Operationen.“ Kurz, es fängt an, weniger langweilig in der politischen Welt zu werden. Meine Kinder rufen: »Pietsch kommt!« in der Freude, daß ich einen Schönhausener Diener dieses Namens habe, und es scheint, daß die Ankunft dieses Pietsch und des Kometen in der That nicht ohne Vorbedeutung war. Lebe herzlich wohl, mein sehr Geliebtes, und grüße Oskar [von Arnim, ihr Gemahl, ist gemeint], er soll nur die Ohren nicht hängen lassen, es ist doch alles Kaff.“

In Ferrières unterhielten wir uns eines Abends im September 1870 über die Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage im Bundestage der fünfziger Jahre. Graf Bismarck-Bohlen, der sich im Verlaufe des Gespräches zu uns gesellte,

machte die Bemerkung, das müsse doch zum Einschlafen gewesen sein. „Ja," versetzte der Kanzler, „in Frankfurt schliefen sie mit offenen Augen. Überhaupt eine schläfrige, fade Gesellschaft, die erst genießbar wurde, wie ich als der Pfeffer hinzukam." ... Ich fragte nach der „berühmten" Cigarrengeschichte. — „Welche meinen Sie?" — „Die, wo Excellenz, als Rechberg Ihnen was vorrauchte, sich auch eine ansteckten." — „Thun wollten Sie sagen. Ja, das war einfach. Ich kam zu ihm, als er arbeitete und dazu rauchte. Er bat mich, einen Augenblick zu verziehen. Ich wartete eine Weile; als es mir aber zu lange wurde, und er mir keine Cigarre anbot, nahm ich mir eine und ersuchte ihn um Feuer, das er mir mit etwas verwundertem Gesichte auch gab. Aber es ist noch eine andre Geschichte der Art zu erzählen. Bei den Sitzungen der Militärkommission hatte, als Rochow Preußen beim Bundestage vertrat, Österreich allein geraucht. Rochow hätte es als leidenschaftlicher Raucher gewiß auch gern gethan, getraute sich's aber nicht. Als ich nun hinzukam und nicht einsah, warum nicht, ließ ich mir von der Präsidialmacht Feuer geben, was von ihr und den andern Herren mit Erstaunen und Mißvergnügen bemerkt zu werden schien. Es war offenbar für sie ein Ereignis. Für diesmal rauchten nun bloß Österreich und Preußen. Aber die andern Herren hielten das augenscheinlich für so wichtig, daß sie darüber nach Hause berichteten. Auch nach Berlin muß man's geschrieben haben; denn es erfolgte eine Anfrage vom Hochseligen, der selber nicht rauchte und die Sache vermutlich nicht nach seinem Geschmacke fand. Die Sache erforderte an den kleineren Höfen reifliche Überlegung, und es dauerte wohl ein halbes Jahr, daß nur die beiden Großmächte rauchten. Darauf begann auch Schrenkh, der bairische Gesandte, die Würde seiner Stellung durch Rauchen zu wahren. Der Sachse Nostitz hatte ohne Zweifel auch große

Lust dazu, aber wohl noch keine Erlaubnis von seinem Minister. Als er aber das nächste mal sah, daß der Hannoveraner Bothmer sich eine genehmigte, muß er, der eifrig österreichisch war — er hatte dort Söhne in der Armee —, sich mit Rechberg verständigt haben; denn er zog jetzt ebenfalls vom Leder und dampfte. Nun waren noch der Würtemberger [von Reinhard] und der Darmstädter [von Münch-Bellinghausen] übrig, und die rauchten überhaupt nicht. Aber die Ehre und die Bedeutung ihrer Staaten erforderten es gebieterisch, und so langte richtig das folgende mal der Würtemberger eine Cigarre heraus — ich sehe ihn noch damit, es war ein langes, dünnes, hellgelbes Ding, Kouleur Roggenstroh — und rauchte sie mit mürrischer Entschlossenheit als Brandopfer für das schwäbische Vaterland wenigstens halb. Nur Hessen-Darmstadt enthielt sich.

In Versailles berichtete Graf Hatzfeldt eines Abends beim Thee über eine nicht sehr unterhaltend gewesene Soiree beim Könige, der er beigewohnt hatte: „Der russische Staatsrat Grimm erzählte allerhand wenig interessante Sachen von Louis Quatorze und Louis Quinze, und der Großherzog richtete an einen Fragen, auf die man nicht recht zu antworten wußte.“ — „Bei Beantwortung solcher Fragen war Radowitz stark,“ sagte der Kanzler. „Der gab dreist über alles mögliche Auskunft, und damit erzielte er den größten Teil seiner Erfolge bei Hofe. Der sagte dem hochseligen Herrn aus dem Stegreif und mit voller Bestimmtheit, wieviel Truppen und Pferde die Österreicher in Nordböhmen gegen uns stehen hatten, bis auf den Kopf, und der wußte genau anzugeben, was die Maintenon oder die Pompadour vor hundert oder anderthalbhundert Jahren an dem oder jenem Tage getragen hatte. Sie hatte das und das um den Hals, sie trug einen Kopfputz von Kolibris oder Weintrauben, sie hatte ein perlgraues oder pa-

pagaigrünes Kleid an mit den oder jenen Falbeln und Spitzen — ganz genau, als ob er dabei gewesen wäre. Die Damen waren ganz Ohr und ganz charmirt über diese Toilettevorlesung, die ihm so fließend abging." *)

Die Unterhaltung kam hiervon auf Alexander von Humboldt, der nach dem, was über ihn geäußert wurde, auch Hofmann und zwar sehr, aber nicht von der amüsanten Sorte gewesen wäre. „Bei unserm Hochseligen," so erzählte der Kanzler, „war ich das einzige Schlachtopfer, wenn Humboldt des Abends die Gesellschaft in seiner Weise unterhielt. Er las da gewöhnlich vor, oft stundenlang — eine Lebensbeschreibung von einem französischen Gelehrten oder Baumeister, die keinen Menschen als ihn interessirte. Dabei stand er und hielt das Blatt dicht vor die Lampe. Mitunter ließ er's fallen, um sich mit einer gelehrten Bemerkung darüber zu verbreiten. Niemand hörte ihm zu, aber er hatte doch das Wort. Die Königin nähte an einer Tapisserie und hörte schwerlich was von seinem Vortrage. Der König besah sich Bilder — Kupferstiche und Holzschnitte — und blätterte geräuschvoll darin. Die jungen Leute seitwärts und im Hintergrunde unterhielten sich ganz ungenirt, kicherten und übertäubten damit förmlich seine Vorlesung. Die aber murmelte, ohne abzureißen, fort wie ein Bach. Gerlach saß auf seinem kleinen runden Stuhle, über dessen Rand er auf allen Seiten herabhing, und schlief, daß er schnarchte, sodaß ihn der König einmal weckte und zu ihm sagte: »Gerlach, so schnarchen Sie doch nicht.« Ich war sein einziger geduldiger

*) Später, im Mai 1883, nannte der Kanzler ihn in einer Unterredung mit mir, nachdem er auf die Art und Weise hingewiesen, mit der Radowitz den mittelalterlichen Liebhabereien und Wiedererweckungswünschen Friedrich Wilhelms des Vierten entgegenzukommen pflegte, den „Garderobier seiner [des Königs] Phantasie."

Zuhörer, das heißt, ich schwieg, that als ob ich seinem Vortrage lauschte, und hatte dabei meine eignen Gedanken, bis es endlich kalte Küche und weißen Wein gab. — Es war dem alten Herrn sehr verdrießlich, wenn er nicht das Wort führen durfte. Ich erinnere mich, einmal war einer da, der die Rede an sich riß, und zwar auf ganz natürliche Weise, indem er Dinge, die alle interessirten, hübsch zu erzählen wußte. Humboldt war außer sich. Mürrisch füllte er sich den Teller mit einem Haufen — so hoch — [der Kanzler zeigte es mit der Hand] von Gänseleberpastete, fettem Aal, Hummerschwanz und andern Unverdaulichkeiten — ein wahrer Berg! — es war erstaunlich, was der alte Mann essen konnte. Als er nicht mehr konnte, ließ es ihm keine Ruhe mehr, und er machte einen Versuch, sich das Wort zu erobern. »Auf dem Gipfel des Popokatepetel,« fing er an. Aber es war nichts, der Erzähler ließ sich von seinem Thema nicht abwendig machen und fuhr gelassen mit dem zweiten Kapitel der Geschichte, die er zum besten gab, fort. — Humboldt sah sich mißmutig nach ihm um, hustete kurz und trocken und setzte noch einmal an: »Auf dem Gipfel des Popokatepetel, siebentausend Toisen über« — wieder drang er nicht durch, der Erzähler sprach ruhig weiter. »Auf dem Gipfel des Popokatepetel, siebentausend Toisen über — dem Niveau des Stillen Ozeans« — er stieß es mit lauter, erregter Stimme hervor, halb wehmütig, halb zornig, die ersten Worte feierlich, die letzten hastig, jedoch gelang es ihm auch damit nicht, der Erzähler redete weiter wie vorher, und die Gesellschaft hörte nur auf ihn. — Das war unerhört. Wütend setzte Humboldt sich nieder und versank in Betrachtungen über die Undankbarkeit der Menschen bei Hofe. — Die Liberalen haben viel aus ihm gemacht, ihn zu ihren Leuten gezählt. Aber er war ein Mensch, dem Fürstengunst unentbehrlich war, und

der sich nur wohl fühlte, wenn ihn die Sonne des Hofes beschien. Das hinderte nicht, daß er hernach mit Varnhagen über den Hof räsonnirte und allerlei schlechte Geschichten von ihm erzählte. ... Er wußte übrigens auch manches hübsche zu berichten, wenn man mit ihm allein war — aus der Zeit Friedrich Wilhelms des Dritten und besonders aus seinem ersten Aufenthalt in Paris, und da er mir gut war, weil ich ihm immer aufmerksam zuhörte, so erfuhr ich viele schöne Anekdoten von ihm. — Mit dem alten Metternich war's ebenso. Ich verlebte einmal ein paar Tage auf dem Johannisberge mit ihm. Da sagte mir später Thun: »Ich weiß nicht, was haben Sie nur dem alten Fürsten angethan, der hat ja in Sie wie in einen goldnen Kelch hineingesehen und meinte, wenn Sie mit dem nicht zurecht kommen, so weiß ich wirklich nicht.« — »Ja,« sagte ich, »das will ich Ihnen erklären: ich habe seine Geschichten ruhig angehört und nur manchmal an die Glocke gestoßen, daß sie weiter klang.« Das gefällt solchen redseligen Leuten."

Ebenfalls in Versailles und ebenfalls in hochkomischer Weise erzählte uns der Kanzler von seiner Begegnung mit Heinrich von Gagern, einem andern großen Lichte der Liberalen in vergangenen Tagen. „Ich entsinne mich," begann er, „1850 oder 1851, da hatte Manteuffel Befehl bekommen, eine Verständigung zwischen den Gagernschen und den Konservativen von der preußischen Partei zu versuchen — wenigstens so weit, als der König in der deutschen Sache gehen wollte. Er nahm mich und Gagern dazu, und so wurden wir eines Tages zu einem souper à trois zu ihm eingeladen. Zuerst wurde wenig oder nicht von Politik gesprochen. Dann aber ergriff Manteuffel einen Vorwand, uns allein zu lassen. Als er hinaus war, sprach ich sogleich von Politik und setzte Gagern meinen Standpunkt auseinander, und zwar in ganz nüchterner, sachlicher Weise.

Da hätten Sie aber den Gagern hören sollen. Er machte sein Jupitersgesicht, hob die Augenbrauen, sträubte die Haare, rollte die Augen und schlug sie gen Himmel, daß es knackte, und sprach zu mir in seinen großen Phrasen, wie wenn ich eine Volksversammlung wäre. Natürlich half ihm das bei mir nichts. Ich erwiederte kühl, und wir blieben uns einander fremd wie bisher. Als Manteuffel dann wieder hereingekommen war, und der Jupiter sich entfernt hatte, fragte mich jener: »Nun, was haben Sie zu stande gebracht miteinander?« — »Ach«, sagte ich, »nichts ist zu Stande gekommen. Das ist ja ein dummer Kerl. Hält mich für eine Volksversammlung — die reine Phrasengießkanne. Mit dem ist nicht zu reden.«"

Von seiner Unterredung mit Favre in Haute Maison erzählte der Kanzler: „Als ich eine Anspielung auf die Abtretung von Straßburg und Metz fallen ließ, machte er ein Gesicht, als ob das nur ein Scherz hätte sein sollen. Ich hätte ihm darauf mit einer kleinen Geschichte antworten können, die mir in Berlin passirt war, vor Jahren, bei dem großen Kürschner und Pelzhändler — wie heißt er gleich? — Nun, ich mußte einmal einen neuen Pelz haben, aber der Preis für den, der mir gefiel, kam mir zu hoch vor, und ich sagte: »Sie scherzen wohl, lieber Herr?« — »Nein,« antwortete er, »in de Geschäfte niemals nich.«"

Einige Zeit später sagte der Minister, als Favre ihm in einem Zwiegespräche wiederholentlich angedeutet hatte, daß Frankreich das Land der Freiheit sei, und daß die Franzosen sich allezeit der liberalsten Einrichtungen erfreut hätten, während in Deutschland der Despotismus herrschte: „Es ist wirklich sehr komisch, einem Franzosen so sprechen zu hören, und besonders Favre, der immer zur Opposition gehört hat. Aber so sind sie alle. Man kann einem Franzosen fünfundzwanzig aufzählen;

wenn man ihm dabei eine schöne Rede von der Freiheit und Menschenwürde hält, die sich darin ausdrücke, und die entsprechende Attitüde dazu macht, so bildet er sich ein, er wird nicht geprügelt."

Im Februar 1871, als Paris wieder offen war, erzählte uns der Kanzler eines Abends, daß er am Nachmittag auf dem Wege von Versailles nach St. Cloud vielen Leuten mit Hausrat und Betten begegnet sei; wahrscheinlich seien es Bewohner der Dörfer in unsrer Nachbarschaft gewesen, die aber nicht aus der Stadt gekommen sein könnten. „Die Frauen sahen ganz freundlich aus," fügte er hinzu, „die Männer aber nahmen sofort, nachdem sie der preußischen Uniformen ansichtig geworden, eine finstere Miene und eine heroische Haltung an. Das erinnert mich, bei der früheren neapolitanischen Armee, da gab es ein Kommandowort — wenn bei uns kommandirt wird: »Gewehr zur Attacke rechts!« so heißt es da: »Faccia feroce!« das heißt: Macht ein grimmiges Gesicht." — Wie wenig solche Possen und Mienen zu bedeuten hatten, erfuhr Bismarck bald nachher bei einem Vorfalle, dem es auch nicht an Komik fehlte. Es war, als unsre Truppen in Paris eingezogen und einen Teil der Stadt auf einige Tage besetzten. „Ich konnte", so berichtete uns der Kanzler, „der Versuchung nicht widerstehen, wenigstens ein Stück mit hineinzureiten. Die Leute am Thore mußten mich erkannt haben und blickten mich finster und drohend an, besonders die Männer. Ich kannte aber meine Leute. So ritt ich auf einen zu, der besonders trotzig und verwegen aussah, zog eine Cigarre heraus und bat ihn höflich um Feuer. Sogleich gab er mir seine kurze Tonpfeife und zwar mit verbindlichster Geberde."

Waldeck, der verstorbene Führer und Abgott der Fortschrittsdemokraten, wurde von Bismarck während des deutsch-französi-

schen Krieges einmal wie folgt charakterisirt: „Ähnliche Anlage wie Favre, immer konsequent, prinzipientreu, fertig mit seiner Ansicht und seinem Entschlusse von vornherein; dazu stattliche Gestalt, weißer, ehrwürdiger Bart, Phrase im Brustton der Überzeugung auch in Kleinigkeiten — das imponirte. Er hielt mit einer Stimme, die von tiefster Überzeugungstreue und Zuversichtlichkeit bebte, eine Rede darüber, daß der Löffel hier im Glase stecke [wir waren eben beim Thee], und proklamirte, daß jeder ein Schuft sei, der das nicht glauben wolle, und alle glaubten's ihm und priesen in allen Tonarten seine energische Gesinnung."

Nachlese haltend auf diesem Beete unsers Gartens finde ich noch die folgenden kleinen humoristischen Blumen. Nachdem Bismarck in Versailles einmal den frühern Minister Arnim-Boitzenburg, der in Aachen sein Vorgesetzter gewesen war, als „liebenswürdig und gescheit, aber zu keinem stetigen Handeln und energischen Auftreten geneigt" charakterisirt hatte, fuhr er fort: „Wie ein Gummiball, der aufhüpft und wieder aufhüpft und so fort, aber immer schwächer, und zuletzt ist's garnichts mehr. Erst hatte er eine Meinung, dann schwächte er sie durch Selbstwiderlegung ab, dann kam ihm wieder ein Einwurf gegen die Widerlegung, bis schließlich garnichts übrig blieb und nichts in der Sache geschah." — Delbrück lobte den Schwiegersohn, den vielberufenen Grafen Harry Arnim, als unterrichtet und geistreich, meinte aber, er sei teilnahmlos und ohne Streben. — „Ja," bestätigte der Kanzler, „ohne Streben, er hat keinen Raketensatz im After." In der historischen Nacht des Sommers 1866, in welcher General Manteuffel die Elbe zu überschreiten und ins Welfenreich einzurücken im Begriffe stand, telegraphirte ihm Bismarck, wohl auf seine Anfrage in Betreff des Verfahrens mit den Hannoveranern: „Behandeln Sie sie als Lands-

leute, eventuell tötlich." Als Vogel von Falkenstein während des deutsch-französischen Krieges den Abgeordneten Jacoby als franzosenfreundlich demonstrirenden Sozialdemokraten hatte verhaften lassen, und Bismarck sich bei ihm vergeblich für dessen Freigebung verwendet hatte, sagte letzterer: „Wenn er ihn als Rhinozeroskotelett gegessen hätte, meinethalben; aber ihn einsperren — da hatte er nichts als einen alten dürren Juden."

Zahlreich sind die Beispiele praktischen Humors, denen wir im Leben des jungen Bismarck begegnen, und auch von dem alten weiß ich einige recht anmutige Züge der Anlage dazu zu berichten. Als der Reichskanzler noch Auskultator beim Berliner Stadtgerichte war, begab sich nachstehende drollige Geschichte, die Hesekiel verbürgt nennt. Der Herr Auskultator vernimmt eines schönen Morgens ein echtes Berliner Kind zu Protokoll, das durch zungenfertige Dreistigkeit und Ungeberdigkeit die Fassung des Protokollführers dermaßen erschüttert, daß dieser aus dem Häuschen gerät, vom Stuhl aufspringt und dem unverschämten Burschen zuruft: „Herr, menagiren Sie sich, oder ich werfe Sie hinaus!" Der anwesende Stadtgerichtsrat klopft dem erhitzten jüngeren Kollegen freundlich auf die Schulter und sagt beruhigend: „Bitte, Herr Auskultator, das Hinauswerfen ist *meine* Sache." — Die Vernehmung wird nun fortgesetzt, es dauert jedoch nicht lange, so fährt Bismarck, abermals gereizt durch freche Bemerkungen oder Antworten des Berliners, von neuem auf und donnert: „Herr, menagiren Sie sich, oder ich lasse Sie durch den Herrn Stadtgerichtsrat hinauswerfen!"

Um dieselbe Zeit belehrte er einen säumigen Fußbekleidungskünstler auf der Kronenstraße praktisch über die Pflicht pünktlicher Ablieferung der bei ihm bestellten Arbeit. Mehrmals hatte ihn Meister Knieriem im Stiche gelassen, da erscheint, als dies wieder geschehen ist, eines Morgens in der Frühe ein Bote

an dessen Thür, klingelt und fragt: „Sind die Stiefeln für Herrn von Bismarck fertig?“ Der Schuster verneint es, und der Bote geht. Zehn Minuten darauf aber kommt ein zweiter mit derselben Frage, und so wird den ganzen Vormittag, desgleichen den Nachmittag fortgeklingelt und fortgefragt, bis der Abend die Stiefeln fertig und schön blank gewichst auf dem Wege zur Wohnung des Mahners sieht. Ob ein ähnliches Heilverfahren nach den Vorschriften des Doktors Schabernack in einem verwandten Falle, wo der Schuster ein hochgeborner Graf und Minister, und das verzögerte Stiefelpaar eine durchaus nicht zu stande kommen wollende Vorlage für den Landtag war, und wo die Mahnung alle Wochen einmal erfolgte, Thatsache ist, weiß ich nicht. Sie wurde mir aber von jemand erzählt, der das wissen konnte.

Besonders viel praktischer Humor wurde in den letzten dreißiger und in den ersten vierziger Jahren getrieben, als Bismarck, des Staatsdienstes überdrüssig, den Akten Valet gesagt hatte und in Kniephof Landwirt geworden war. Hesekiel erzählt uns aus diesen Tagen von ziemlich derben Pritschenschlägen des Geistes, der den Junker damals regierte. Die Gäste des Hauses z. B. erlebten mitunter recht seltsame und rauhe Überraschungen. So war er einmal mit seinen Kousinen in eine Unterhaltung vertieft, als sich plötzlich die Zimmerthür öffnete und vier junge Füchse ins Zimmer stürmten, die in ängstlicher oder mutwilliger Hast auf Sofas und Stühle sprangen, bis die Fetzen herunterhingen und die Gesellschaft, nachdem der erste Schreck überwunden war, in ein helles Gelächter ausbrach. Die männlichen Besucher mußten starke Nerven mitbringen; denn nicht selten geschah es, daß sie, nachdem ihr Wirt ihnen eine tüchtige Nachtmütze, mit Champagner und Porter gefüttert, aufgesetzt hatte, unter der sie sanft bis in den hellen Morgen hinein schlummerten,

durch Pistolenschüsse aus nächster Nähe geweckt wurden, deren Kugeln über ihnen in die Decke schlugen, sodaß ihnen der Kalkputz bröckelnd ins Gesicht fiel.

Eine andre ebenso charakteristische als erfrischende Probe seines Humors in dieser Periode teilte der Kanzler mir 1877 in Varzin selbst mit. Einst hatte der Junker vom „Kneiphof“ einen blutjungen Husarenleutnant bei sich zu Gaste, der im Begriffe stand, einen würdigen alten Oheim in der Nachbarschaft zu besuchen, welcher viel auf Etikette und wohlabgezirkelte Manieren hielt, und bei dem sich Verwandte und Freunde ähnlicher Art und Meinung zu einer großen Festlichkeit — sagen wir, zu einer Geburtstagsfeier oder einem Ernteschmause — versammelten. In der Nacht vor dem solennen Tage beredete Bismarck den jungen Kriegsmann zu scharfem Zechen, und es gelang ihm, demselben auf diesem Wege soviel guten Getränkes beizubringen, daß er erheblich mehr als genug hatte. Dann ließ er am Morgen einen Wagen ohne Federn anspannen, auf dem er mit seinem Gaste nach dem Schlosse jenes Onkels fuhr. Die Wege waren schon von Natur nicht gut, und überdies hatte sie der Regen der vorhergehenden Tage gründlich aufgeweicht und stellenweise in Kotlachen verwandelt, sodaß die beiden Herren übel bespritzt ankamen, der Leutnant aber noch außerdem in hochgradiger seekranker Leibes- und Gemütsverfassung oder deutlicher gesprochen, beladen mit einem bedenklichen Katzenjammer physischer und moralischer Art, der, schon beim Aufbruche recht schlimm, durch das Schaukeln und Stoßen des Wagens sich gesteigert hatte und mit gefährlichen Kundgebungen drohte. Die Gesellschaft, die sie am Ziel ihrer Fahrt antrafen, an die vierzig Personen, die Damen in großer Toilette, die Herren in Frack und weißer Binde, die wir uns sehr hoch und steif vorstellen dürfen, sah sie mit Blicken, die halb Staunen,

halb Grausen waren, in den Salon treten, und der Husar wurde bald nachher unsichtbar. Junker Otto aber setzte sich trotz des Abscheus, den die guten, geschniegelten, reputirlichen Leute sichtlich vor ihm empfanden, gelassen und wohlgemut mit ihnen zu Tische und that, als ob er kein Wässerchen getrübt hätte und nichts an ihm auszustellen wäre. Man meinte dann, es wäre doch merkwürdig, äußerst merkwürdig, daß er keine Ahnung, nicht den Schatten von einer Ahnung gehabt habe, wie unangenehm er aufgefallen sei.

Historien ähnlichen Charakters sollen in Pommern von Jung-Bismarck noch manche umlaufen, und daneben gehen Mythen durchs Land, die zwar keinen thatsächlichen Grund haben oder wenigstens starke Übertreibungen, etwa wie Karikaturen, sind, aber immerhin zeigen, was das Volk ihm damals zutraute. Eine von diesen lustigen Geschichtchen setzte sich 1877 auf einer der Stationen zwischen Köslin und Schlawe in Gestalt eines derben, naiven Landmanns zu mir ins Koupee, der mir unter andern hübschen Anekdoten dortigen Gewächses auch die mitteilte, daß Bismarck einmal ein altes, gebrechliches, windschiefes Gebäude, das ihm zuwider geworden, mit einer Kanone zusammengeschossen habe. Er war seiner Sache ganz sicher und wußte nicht bloß, daß sich dieselbe in Kniephof zugetragen habe, sondern auch das Jahr, in welchem sie passirt sein sollte. Dennoch schüttelt der kritisch angelegte Leser den Kopf und fragt sich: „Woher er nur diese Artillerie bekommen haben mag?“ Ich antworte: ob mein braver Bauer oder Pächter nicht am Ende läuten, aber nicht anschlagen gehört hat? Könnte nicht die aus ihm redende Volkssage im dunkeln Drange ihres Schaffens den Minister Bismarck mit dem Junker Bismarck verwechselt haben? Wir alle wohnten mit jenem einst in einem alten, gebrechlichen, windschiefen Hause — zum deutschen Bunde ge-

nannt und vielen rechtschaffnen Leuten baß zuwider geworden, und das hat er allerdings, da es sich nicht gutwillig abtragen und mit einem bequemeren und festeren Baue ersetzen lassen wollte, notgedrungen, also keineswegs aus übermütiger Laune, mit Kanonen zusammengeschossen, mit den Kanonen von Königgrätz.

Ungefähr in dieselbe Zeit würde die folgende, vor einigen Jahren in einem englischen Blatte mitgeteilte Geschichte fallen, wenn sie wahr wäre, was ich zu bezweifeln Ursache habe. Ich erzähle sie deshalb hier nur nach, um zu zeigen, wie die Leute in der Umgebung von Kniephof sich die Denkart und Handlungsweise des dortigen Junkers vorstellten. Eines Tages, so berichtet die Mythe, ging derselbe mit einem Freunde auf die Schnepfenjagd. Sie hatten dabei einen grünüberwachsenen Morast zu betreten, in welchen der Begleiter Bismarcks, ein untersetzter, schwerer Herr, plötzlich bis an die Achselhöhlen einsank. Nachdem er eine Weile vergeblich sich abgemüht, sich loszumachen und festen Boden zu gewinnen, rief er laut um Hilfe, und als er sah, wie sein Freund sich ihm nur langsam und vorsichtig näherte und sich anscheinend gelegentlich umblickte, ob nicht wieder eine Schnepfe aufgehen wollte, bat er ihn flehentlich, doch die verwünschten Schnepfen ungeschoren zu lassen und ihm lieber aus dem schändlichen Sumpfloche herauszuhelfen, dessen Schlamm ihm fast bis an Mund und Nase reiche. „Mein teuerster Freund," erwiederte Bismarck mit der äußersten Seelenruhe, „aus diesem Loche wirst Du ganz gewiß nicht wieder herauskommen. Keine Möglichkeit, Dich zu retten. Es würde mir indes sehr leid thun, sehen zu müssen, wie Du Dich unnötig abquälst, indem Du in diesem ekelhaften Quark langsam erstickst. Ich will Dir was sagen, lieber Junge. Ich werde Dir diesen langsamen Todeskampf bei mangelnder Luft ersparen,

indem ich Dir eine Ladung Schrot in den Kopf jage. So wirst Du rasch und anständig sterben." — „Bist Du bei Troste!" rief der andre, und mühte sich verzweifelt ab, sich loszuringen. „Ich will weder ersticken noch erschossen werden, drum hilf mir heraus ins Dreiteufels Namen!" — Bismarck entgegnete, indem er langsam sein Gewehr erhob und an die Backe legte, in bekümmertem Tone: „Halt still einen Augenblick. Es wird bald vorüber sein. Lebe wohl, teurer Freund. Ich will Deiner armen Frau getreulich Alles erzählen." Durch die unmittelbar vor ihm drohende Gefahr zu übermenschlicher Anstrengung angestachelt, brachte es der unglückliche Jägersmann jetzt dahin, sich dem Morast zu entwinden und auf allen Vieren nach festem Boden hinzukriechen. Als er sich wieder sicher wußte, brach er in eine Flut der heftigsten Vorwürfe aus. Bismarck aber hörte ihm ein Weilchen lächelnd zu, dann bemerkte er bloß: „Siehst Du jetzt wohl, wie recht ich hatte, jeder helfe sich selbst." Damit drehte er seinem wutschnaubenden Gefährten den Rücken zu und begab sich gelassen auf die Suche nach anderm Federwild.

Nachdem Bismarck den pommerschen Landjunker wieder an den Nagel gehangen hatte und nochmals Staatsdiener geworden war, in welcher Eigenschaft er als Referendar bei der Regierung in Potsdam arbeitete, begab sichs eines Tages, daß sein Chef sich beikommen ließ, zu thun, als ob seine Untergebenen nicht im Zimmer wären, ans Fenster zu treten und sich auf einer Scheibe gemütlich als Tambour zu vergnügen. Sofort verfügte sich Bismarck gleichfalls ans Fenster und trommelte dem Herrn Regierungspräsidenten den Marsch des alten Dessauers vor.

Derselbe angenehme Vorgesetzte scheint es nach Hesekiel auch gewesen zu sein, der seinen Referendarius einmal eine

Stunde lang im Vorzimmer warten ließ und dann auf seine barsche Frage: „Was wünschen Sie?“ die Antwort erhielt: „Ich war hierher gekommen, um mir einige Tage Urlaub zu erbitten, jetzt aber bitte ich um meinen Abschied.“

Daß Bismarck der Sinn für praktischen Humor auch nach Frankfurt auf die Eschenheimer Gasse begleitete, haben wir oben an der Geschichte von der Cigarre beim Grafen Thun und an der, in welcher er die Militärkommission des hohen Bundestags zu nebenbuhlerischem Tabaksgenusse verführte, mit Behagen gesehen. Daß dieser Sinn selbst beim Abschlusse des Vertrages von Gastein mitwirkte, werden wir an einem Abschnitte des nächsten Kapitels innewerden. In den folgenden Anekdoten, mit denen ich meine Anthologie beschließen will, werden die Leser, wie ich hoffen darf, mit nicht geringerem Wohlgefallen gewahren, daß dieser schalkhafte Zug ihm geblieben ist, als er schon Jahre lang die Mühen und Sorgen des Ministers und Kanzlers getragen hatte, und daß er sich bei ihm noch heute nicht ganz verloren hat.

Von einem gewissen Standpunkte aus betrachtet, nimmt sich die Art und Weise, wie der Kanzler von 1866 an Benedetti und dessen kaiserlichen Auftraggeber über seine Willfährigkeit, auf französische Vergrößerungspläne einzugehen, irreführte, den Botschafter sich bloßzustellen bewog und zuletzt, als drüben die Geduld riß, die Komödie der Irrungen damit schloß, daß er das mit seinen Manövern erlangte Schriftstück mit den geheimen Absichten Napoleons vor aller Welt emporhielt, ganz entschieden wie praktischer Humor aus. Er hatte die bonapartische Schlauheit zuerst über sich getäuscht, sodaß sie wähnte, er sei kein homme serieux, er hatte sie dann Jahre hindurch, wie er selbst es ausdrückte, mit ihren Einbildungen „amüsirt“, dann [ich lasse einen Akt weg und deute ihn auch nicht an]

düpirt und schließlich blamirt. Es war gleichsam das einleitende Lustspiel vor der großen Tragödie des Krieges.

Andre Beispiele dieses Genres bewegen sich in weniger hohen Sphären. In Ferrières hatte der König alles Jagen und Schießen im Parke hinter dem Rothschildschen Schlosse, der mehrere tausend Fasanen enthielt, untersagen lassen. Unbekannt damit, fragte ich eines Abends den Minister, ob er nicht einmal hinausgehen und etliche von den appetitlichen Vögeln für unsre Tafel schießen werde. — „Je nun," erwiederte er lächelnd, „wer weiß? Es ist zwar verboten, aber was will man machen, wenn ich ausrücke und ein paar davon hole? Arretiren is nich, denn da haben sie niemand, der ihnen den Frieden besorgt." Am 28. September schrieb ich in mein Tagebuch: „Heute fuhr der König zu einer großen Truppenbesichtigung in die Kantonnements bei Paris. Um zwölf Uhr wollte ich mich zu einer Anfrage beim Minister melden lassen. Im Vorzimmer aber sagte man mir, er sei nicht zu Hause. — „Wohl ausgeritten?" — „Nein, die Herren sind ein bischen Fasanen schießen. Engel [der Jäger und Kammerdiener des Kanzlers] sollte nachkommen." — „Haben Sie denn Gewehre mitgenommen?" — „Nein, die hat Podbielski vorausgeschickt." — Der Chef war schon um zwei Uhr wieder da. Er, Moltke und Podbielski hatten zwar nicht gegen den Befehl der Majestät gesündigt, da sie den Fasanen nicht im Parke selbst, sondern neben demselben, in den angrenzenden Gehölzen nachgestellt hatten. Dennoch hat die Sache einen gewissen Anstrich naiven Humors, und hielte nicht Ehrfurcht vor dem Könige davon ab, wären der Kanzler und Moltke nicht viel zu groß für den betreffenden Vergleich, so könnte man sich hier wohl an ein bekanntes komisches Sprichwort erinnert finden."

Ein weiteres Beispiel praktischen Humors ist die Art und

Weise, wie der Minister den Kastellan von Ferrières eines Tages über die Tugend der Gastlichkeit aufklärte. Baron Rothschild, der vielhundertfache Millionär, der überdies bis zum Ausbruche des Krieges Generalkonsul Preußens in Paris gewesen war, ließ uns durch seinen Haushofmeister patzig den Wein verweigern, dessen wir bedurften, wozu ich bemerke, daß derselbe wie jede andre Lieferung bezahlt werden sollte. Vor den Kanzler zitirt, setzte der dreiste Mensch seine Renitenz fort, leugnete erst ganz und gar, überhaupt Wein im Hause zu haben, und gab dann zwar zu, daß er „ein paar hundert Flaschen Petit Bordeaux im Keller habe" — in Wahrheit lagen zirka siebzehntausend darin —, erklärte aber, uns davon nichts abtreten zu wollen. Der Minister machte ihm jedoch den Standpunkt in sehr kräftiger Rede klar, führte ihm zu Gemüte, was das für eine unartige und filzige Manier sei, mit welcher sein Herr die Ehre erwiedere, die ihm der König dadurch erwiesen, daß er bei ihm abgestiegen sei, und fragte, als der vierschrötige Patron Miene machte, sich wieder aufzubäumen, kurz und bündig, ob er wisse, was ein Strohbund sei. Jener schien das zu ahnen; denn er sagte zwar nichts, wurde aber weiß wie eine Kalkwand. Es wurde ihm darauf bemerkt, daß ein Strohbund ein Ding sei, auf welches halsstarrige und freche Haushofmeister so gelegt würden, daß ihre Rückseite nach oben gekehrt sei, und das Weitere könne er sich vielleicht vorstellen. Andern Tags hatten wir, was wir verlangt, und auch später kam meines Wissens keine Klage mehr vor, im Gegenteil, der gezähmte Widerspenstige bethätigte von Tage zu Tage mehr, daß die Erleuchtung und Besserung seines innern Menschen, die mit dem Strohbund unsers Chefs begonnen hatte, guten Fortgang nahm. Er hatte jetzt sogar Champagner für unsern Tisch. Man sieht, der Humor, der seine Bekehrung bewirkt hatte, war in doppeltem Sinne praktisch.

Wie der Minister später im Kriege auch einem vornehmeren Gallier, Thiers, auf schalkhafte Weise bessere Manieren lehrte, ist in einem vorhergehenden Kapitel berichtet worden.

„Ach, Keudell," sagte der Kanzler eines Tages in Versailles plötzlich, „da fällt mir ein, ich muß eine Vollmacht haben vom Könige — natürlich deutsch. Der deutsche Kaiser darf nur deutsch schreiben. Der Minister kann sich nach den Umständen richten. — Der amtliche Verkehr mit den Diplomaten muß in der Landessprache geführt werden, nicht in einer fremden. Bernstorff hat das zuerst durchsetzen wollen bei uns. Er war aber damit zu weit gegangen. Er hatte an alle diplomatischen Vertreter des Auslandes in Berlin deutsch geschrieben, und alle antworteten ihm — nach einem Komplott natürlich — in ihrer Muttersprache, russisch, spanisch, schwedisch und was weiß ich alles, sodaß er einen ganzen Schwarm von Übersetzern im Ministerium sitzen hatte. So fand ich die Sache, als ich ins Amt trat. Budberg schickte mir eine russische Note. Das ging doch nicht an. Wollten sie sich revanchiren, so mußte Gortschakoff an unsern Gesandten in Petersburg russisch schreiben. Das war das Richtige. Aber mir in Berlin auf ein deutsches Schreiben russisch antworten, das war unbillig. Ich bestimmte also: was nicht deutsch oder französisch, englisch oder italienisch eingeht, bleibt liegen und geht zu den Akten. — Budberg schrieb nun Excitatorien über Excitatorien, immer russisch. Keine Antwort, die Sachen waren in den Aktenschrank gewandert. Endlich kam er selbst und fragte, warum wir denn nicht antworteten. »Antworten?« sagte ich zu ihm mit verwunderter Miene. »Auf was denn? Ich habe nichts gesehen von Ihnen.« — Nun, er hätte uns vor vier Wochen das und das geschrieben und dann mehrere male daran erinnert. — »Richtig, da besinne ich mich,« sagte ich ihm, »unten liegt ein Stoß Aktenstücke in russischer

Schrift, da mag's wohl dabei sein. Unten aber versteht kein Mensch russisch, und was in einer unverständlichen Sprache ankommt, geht zu den Akten.«" Sie waren darauf, wenn ich nicht irre, übereingekommen, daß Budberg in Zukunft französisch schreiben solle, und das Auswärtige Amt gelegentlich auch.

Zum Dessert noch eine kleine hübsche Geschichte, die sich um eine dunkle Stelle im neuen Anbau des Varziner Herrenhauses dreht und einen köstlichen naiven Humor mit praktischem Zweck atmet. Der Kanzler hatte mir hier sein Arbeitszimmer gezeigt und erklärt. Dann kamen wir an seine daranstoßende Schlafstube. Auf dem dämmerigen Korridore vor derselben, ihr schräg gegenüber, gehen rechter Hand einige Stufen in ein kleines Badegemach hinab. An derselben Seite, neben der Thür zur Badevorrichtung, gewahrt man ein geheimnisvolles Pförtchen, hinter dem sich Stufen einer Wendeltreppe ins Dunkle und Bodenlose verlieren.

„Das Burgverließ?" fragte ich, indem der Geist weiland Georg Ludwig Hesekiels über mich kam.

„Meine Ausfallspforte," erwiederte der Fürst. „Hier ziehe ich mich leise und unbemerkt zurück und salvire mich unterirdisch in den Park draußen, wenn unbequemer, aber unabweisbarer Besuch in Sicht kommt. Dort habe ich eine Stelle, wo sie mich benachrichtigen, wenn die Luft wieder rein ist. Wir nennen die Einrichtung nach Senfft-Pilsach, der mit seiner Redseligkeit besonders lästig ist."

Voraussicht solcher Notlagen ließ den Humoristen im Kanzler schon beim Baue des Hauses auf derartige Zuflucht Bedacht nehmen. Wie weit der mysteriöse Gang unter der Erde fortläuft, wo er wieder zu Tage kommt, und wohin der Bedrohte sich von dieser Stelle weiter zu bergen sucht, erfuhr ich nicht, und wüßte ichs, so würde ichs nicht verraten dürfen,

da der Zweck des Ausschlupfs sonst vereitelt werden könnte. Was über die Sache mitgeteilt wurde, möge als Warnungstafel für solche dienen, die sich mit den Worten des Kanzlers jetzt noch gemeint fühlen können. Den Herrn von Senfft-Pilsach aber gehen sie nichts mehr an, und so war hier kein Bedenken mehr, ihn zu nennen. Er ist seitdem gestorben und jetzt vermutlich ein besonders seliges Mitglied der altkonservativen Fraktion im himmlischen Parlamente, dem „Indiskrete Bücher" nicht mehr wehzuthun und die Laune zu verderben imstande sind.

Siebentes Kapitel

Der Fürst als Privatmann.

Ein schöner Zug im Charakter der modernen Menschen und insbesondre der Deutschen ist es, daß sie ihre großen Zeitgenossen auch nach der Seite hin kennen zu lernen wünschen, welche der Öffentlichkeit abgekehrt ist, nach ihrem Gemütsleben, als Gatten und Familienväter, in ihrer Stellung zur Literatur, Wissenschaft und Kunst, nach ihren privaten Talenten und Neigungen, nach ihren Besitzverhältnissen und ähnlichem. Das Verlangen darnach sieht ein wenig nach Neugier aus, aber es ist eine liebenswürdige Neugier, da sie in der Regel mit dem Bedürfnisse verbunden ist, den im Großen erfolgreichen Geist auch im Kleinen glücklich, ihn auch innerhalb seiner vier Wände befriedigt zu wissen. Andrerseits ist die Befriedigung dahin gehender Wünsche des Publikums nicht leicht und die mit derselben gestellte Aufgabe nicht vollständig zu lösen, so lange der Gegenstand, den wir schildern und charakterisiren sollen, noch unter uns lebt. Wohl niemand sieht sich gern nach dieser Richtung hin analysirt und abgezeichnet. Auch Takt und Diskretion sichern nicht völlig vor

Mißbilligung und Vorwurf, wenn wir es unternehmen, einem Genie, einem Helden in sein Alltagsleben zu folgen und ihn gewissermaßen in Unterkleidern oder im Schlafrocke vor die Öffentlichkeit zu stellen. Wie behutsam wir da auch verfahren, wie sehr wir uns angelegen sein lassen, Dinge, die für sekret gelten, nur flüchtig zu streifen, immer hat die Sache einen Anstrich von Lugen durchs Schlüsselloch, und selbst Lob wird nicht immer dankbar empfunden. Indes gehören die im folgenden zusammengestellten Charakterzüge und Verhältnisse unzweifelhaft zu dem Bilde, das in diesen Studien zu geben versucht wird, ein großer Teil der Leserwelt, namentlich die Frauen, würden Wesentliches vermissen, wenn über dieselben gänzlich geschwiegen würde, und schließlich haben Bismarck selbst und nahe Angehörige desselben in den von Hesekiel veröffentlichten Briefen einen guten Teil der bunten Steinchen geliefert, aus denen meine Darstellung musivisch zusammengesetzt ist. Das Gewissen brauchte mir also nicht sehr zu schlagen, als ich mich entschloß, an dieses letzte Kapitel zu gehen.

Luther, umgeben von „Käthen" und der Kinderschar, Musik machend oder vor dem Tannenbaum Weihnachten feiernd, ist uns ein beinahe ebenso wertes Bild wie das, wo er die päpstliche Bannbulle den Flammen übergiebt, oder das, wo er vor Kaiser und Reich seine Sache führt. Gern lassen wir uns die Menschen vergegenwärtigen, die Schiller als Gatte und Vater liebte. Mit tiefem Interesse verfolgen wir Goethes Verhältnis zu den Frauen, die ihm Rosen ins Leben flochten. Wieviel Teilnahme findet auch außerhalb Englands das Bild des blinden Milton mit seinen Töchtern! Immer haben Berichte, die von unserm greisen Kaiser als Großvater und Urgroßvater erzählen, auf dankbare Augen und aufmerksam lauschende Hörer zu rechnen. Dagegen fehlt uns etwas an Friedrich dem Großen,

wenn wir uns erinnern, daß er ohne Familie und in der größeren Hälfte seiner Jahre freundlos durchs Leben ging. Es hat etwas Unnatürliches und Unbehagliches, fast Unheimliches, es fröstelt uns, wenn einem gebietenden Genius diese Beziehungen versagt sind. Er erscheint uns groß, aber herb, einseitig und unvollendet, fern und kalt. Es ist, als ob er der Ergänzung bedürfte, als ob er ohne diese weichere Seite nicht glücklich gewesen sein könnte, als ob ihm das Herz gemangelt hätte und nur der kühle, scharfe, strenge Verstand und der mächtige Wille des Königs und Kriegsmannes in ihm gewaltet und aus ihm gesprochen haben müßten.

So empfinden wir warme Freude, wenn wir erfahren, daß der gewaltige Geist, der unsre Nation politisch umbildete, sich zu rechter Zeit durch die Wahl einer Gattin eine Häuslichkeit gegründet hat, die ihm wohlthut, und in der sein Gemütsleben sich reich entfaltet und manche anmutige Blüte getrieben hat. Seine Gemahlin, 1824 geboren, also neun Jahre jünger als er, und 1847 ihm angetraut, war die Tochter des hinterpommerschen Gutsbesitzers Heinrich von Puttkamer, der 1872 hochbetagt aus dem Leben schied. Die Verlobung der beiden kam nicht ohne Bedenken der Eltern und namentlich der Mutter der Braut zustande, da der krause Ruf des Bräutigams für die Zukunft der Tochter eines frommen Hauses nichts Gutes zu verheißen schien. Die Folge lehrte indessen, daß dies ein Irrtum war. „All right" hatte der Freier an seine Schwester Malwine von Arnim geschrieben, als er die Einwilligung der Puttkamerschen Eheleute endlich erlangt, und „all right" in anderm Sinne konnten er und seine Gattin sich sagen, als sie am 28. Juli 1872 in Varzin ihre silberne Hochzeit feierten und auf die Zeit ihrer Ehe zurückblickten. Die Fürstin ist gottesfürchtig erzogen, aber eine aufgeweckte, lebhafte Natur,

mit einer guten Dosis natürlichen Witzes begabt, feinfühlend und geschmackvoll. Sehr musikalisch und Meisterin auf dem Pianoforte, ist sie zugleich eine sorgsame und umsichtige Hausfrau, und nach Art der Edeldamen früherer Zeiten soll sie auch Kenntnisse auf dem Gebiete der Arzneikunde besitzen. Mit echter Frauenhand schuf sie ihrem Gemahl ein Heim voll Behagen und wohlthuender Wärme, und verständnisreich teilte sie die Jahre daher seine Sorgen und Hoffnungen, zuweilen auch, wie aus einigen Stellen der von Hesekiel abgedruckten Briefe des Ministers Bismarck an sie hervorgeht, bis zu einem gewissen Maße auch die politischen, obwohl sie sonst nicht zu den Damen zählt, die sich mit staatlichen Fragen befassen. Ihr Verkehr mit ihm war, wenn Amtsgeschäfte oder Erholungsreisen ihn räumlich von ihr trennten, nach jenen Episteln zu schließen, ein sehr reger und inniger. Er nennt sie in dieser Korrespondenz „mein Herz," „mein geliebtes Herz," er übersendet ihr aus Peterhof Jasmin, aus Bordeaux Haidekrautblüten, er will ihr aus Gastein Edelweiß schicken, er erinnert sich hier bei der Wiederkehr seines Hochzeitstages nach sechzehn Jahren, wie dieser „Sonnenschein in sein Junggesellenleben gebracht hat." — Auf einer politischen Mission in der Ofener Burg einquartiert, sagt er ihr brieflich: „Gute Nacht aus weiter Ferne" und fügt hinzu: „Wo habe ich denn das Lied her, was mir heut den ganzen Tag im Sinne liegt: Over the blue mountain, over the white sea-foam, come thou beloved one, come to thy lonely home?" Häufig begegnen wir in seinen Briefen an sie und seine Schwester lebhaften Äußerungen der Sehnsucht nach ihr, andern Familiengliedern und stiller Häuslichkeit. — Im Juni 1854 schreibt er seiner Schwester: „Ich habe rechtes Heimweh nach Land, Wald und Faulheit mit der obligaten Zugabe liebender Gattinnen und artiger, reinlicher Kinder. Wenn ich von der Straße her eins

dieser hoffnungsvollen Geschöpfe schreien höre, so füllt sich mein Herz mit väterlichen Gefühlen und Erziehungsmaximen. Wie vertragen sich denn unsre Nachkommen mit einander, und sind meine auch artig?" — In einem Briefe an dieselbe Dame, der aus dem Jahre 1860 datirt und von Zarskoe Selo abgesandt ist, bemerkt er: „Nach dem langen Umhertreiben seit Anfang 59 ist mir das Gefühl, mit den Meinigen zusammen irgendwo wieder wirklich zusammenzuwohnen, so wohlthuend, daß ich mich schwer von der Häuslichkeit losreiße." — Während einer Reise, auf der er 1862 das südwestliche Frankreich und die Pyrenäen besuchte, korrespondirte er mit seiner Gemahlin, die sich in Hinterpommern bei ihren Eltern befand, so fleißig, daß die blauen Kouverts, die er zu dem Zwecke mitgenommen, nicht ausreichten. — Aus Biarritz schreibt er ihr während derselben Tour: „Ich habe ein schlechtes Gewissen, daß ich so vieles Schöne ohne Dich sehe. Wenn man Dich durch die Luft herführen könnte, so wollte ich gleich mit Dir noch einmal nach San Sebastian," und in einem Briefe aus dem Sommer 1863, der aus Nürnberg datirt ist, äußert er: „Ich wäre gern über Wien nach Salzburg gefahren, wo der König heute ist; ich hätte unsre Hochzeitsreise nochmals durchgelebt." Anfangs November desselben Jahres „freut er sich" in einem Billet aus Babelsberg „herzlich, sie nun bald wieder in den leeren Berliner Räumen schalten zu sehen," und fährt dann fort: „Während der Zeit wirst Du hoffentlich mit dem Hämmern und Schleppen fertig, welches Deinen geliebten Einzug notwendig begleitet, und bei der Rückkehr [von der Jagd in Letzlingen] finde ich dann alles auf dem rechten Fleck." Aus dem Pavillon Stanislaus Augusts in Lazienki bei Warschau schreibt er ihr: „Der Wind fährt wie ausgelassen über die Weichsel und wühlt in den Kastanien und Linden, die mich umgeben, daß die gelben Blätter

gegen die Fenster wirbeln; hier drin aber, mit Doppelfenstern, Thee und den Gedanken an Dich und die Kinder, raucht sich die Cigarre ganz behaglich." Wieder in einem andern Briefe, den er während einer Jagdexkursion in der Wildnis von Småland an sie abgehen läßt, wünscht er sich an einem der stillen, mit Wald und Haidekraut bekränzten Seen dieser schwedischen Landschaft ein Schlößchen, bevölkert mit seinen Lieben.

Noch manche Stellen der Korrespondenz bekunden, wie teuer ihm die Gattin ist, und wie oft er ihrer und der Seinigen überhaupt gedenkt. Andrerseits aber ist aus mehreren Wendungen dieser Schriftstücke zu schließen, daß die fromme Dame, die er sich zur Lebensgefährtin genommen, sich im Laufe der Zeit tief in seine energische Art zu fühlen und zu denken eingelebt hat, und was mir von ihren eignen brieflichen Äußerungen bekannt geworden ist, bekräftigt diese Vermutung mitunter in recht drastischer Weise. Zwei Tage nach der Schlacht bei Sedan las uns der Kanzler einen Passus aus einem Erguß ihrer Feder vor, in welchem sie in biblischen Ausdrücken inbrünstig den Untergang der Franzosen hoffte. „Darf ich fragen, wie es der Frau Gräfin geht?" sagte der Prinz Albrecht, als er am 29. Oktober 1870 in Versailles beim Minister zu Tische war. „O," erwiederte dieser, „der geht es ganz gut, jetzt, wo es mit dem Sohne wieder besser steht. Nur leidet sie immer noch an ihrem grimmigen Hasse gegen die Gallier, die sie samt und sonders totgeschossen und gestochen sehen möchte, bis auf die ganz kleinen Kinder, die doch nichts dafür könnten, daß sie so scheußliche Eltern hätten." Einige Tage später teilte er uns eine nicht viel gelindre schriftliche Bemerkung von ihr mit, in der es ungefähr hieß: Ich fürchte, daß Ihr in Frankreich keine Bibel findet, und so werde ich Dir nächstens das Psalmbuch schicken, damit Du darin die Prophezeiung gegen die Franzosen

lesen kannst: Ich sage Dir, die Gottlosen sollen ausgerottet werden.

Kinder besitzt der Fürst drei, eine Tochter, die Komtesse Marie, die 1848 geboren und seit etwa fünf Jahren mit einem Grafen Rantzau verheiratet ist, und zwei noch ledige Söhne, die Grafen Herbert und Wilhelm, die jünger als die Schwester sind. Der erste ist Diplomat und war in dieser Stellung verschiednen Botschaften und Gesandtschaften, zuletzt der Botschaft am Hofe von St. Petersburg, beigegeben; der andre, welcher körperlich viel Ähnlichkeit mit dem Vater zeigt, hat sich der juristischen Laufbahn zugewendet, auch sich als Volksvertreter versucht. Beide machten, zuerst als gemeine Gardedragoner, den letzten Krieg mit, wo der Kanzler viel Sorge um sie an den Tag legte und, so oft es die Umstände gestatteten, nach ihnen ausritt, und wo Graf Herbert bei dem Reitersturm in der Schlacht von Mars la Tour ziemlich schwer verwundet wurde; beide arbeiten von Zeit zu Zeit in der unmittelbaren Umgebung des Fürsten, in dessen Kanzlei der Schwiegersohn gleichfalls Verwendung gefunden hat. Um den Unterricht seiner Kinder hat Bismarck sich, während er als Gesandter in Petersburg fungirte, eingehend bemüht. „An jedem Sonnabend erschienen sie," so berichtet uns Hesekiel, „mit ihren Heften vor dem Vater und mußten Rechenschaft ablegen über ihre Thätigkeit in der verflossenen Woche. Dann folgte ein Examen, wobei sich sein bis ins kleinste sicheres Gymnasialwissen zeigte, und selbst der anwesende Hofmeister lernte dabei — Methode des Unterrichts." In den Jahren nach 1871 bemühte sich der Fürst vorzüglich, für Vervollständigung des Wissens seines zweiten Sohnes zu wirken; namentlich bewog er ihn, wie ich aus guter Quelle erfuhr, Unterricht in der polnischen Sprache zu nehmen, die er einmal (in Versailles) auch dem Kronprinzen angelegentlich

empfahl. Ob Graf Wilhelm die Sache ernstlich angefaßt und beharrlich fortbetrieben hat, und mit welchem Erfolge, weiß ich nicht zu sagen.

Noch möchte Erwähnung verdienen, daß Bismarck sich auch des Besitzes von drei Enkeln (Otto, Christian und Heinrich) erfreut, strammer kleiner Burschen, die ihm gelegentlich in seinem Palais auf der Wilhelmstraße ihren Besuch machen. Der älteste trägt dabei die Mütze der gelben Kürassiere, des Regiments seines Großvaters. Vielleicht schmückt ihn einmal nicht bloß die historische Kopfbedeckung desselben, sondern auch das, was unter ihr sitzt, der geniale Verstand und der starke Wille, die das neue Deutschland schufen, das Gehirn, das in der Wagschale der Geschichte einmal doppelt soviel wiegen wird als die Gehirne unsrer Reichsboten alle miteinander. Auch der Fürst ist in gewisser Beziehung ein Beispiel des Atavismus, der sich in manchen Geschlechtern kundgiebt. Er glich früher, wenn auch nur in seiner äußern Erscheinung und in seiner Freude am Waidwerk, seinem Urgroßvater, dem Dragonerobersten August Friedrich von Bismarck, der in einer der Schlachten der schlesischen Kriege Friedrichs des Großen fiel. Seine intellektuelle Begabung scheint der Kanzler von seiner Mutter, einer vorwiegend verständigen, kalten Natur, zu haben, seine Gemütseigenschaften, sein warmes Herz hat er offenbar vom Vater. Bei Goethe war das bekanntermaßen ungefähr umgekehrt, wie er selbst in dem Verschen behauptet:

„Vom Vater hab' ich die Statur,
Des Lebens ernstes Führen,
Vom Mütterchen die Frohnatur
Und Lust zu fabuliren."

Wie das Verhältnis des Kanzlers zu seiner engern Familie, so ist auch das zu seinen beiden Geschwistern ein sehr herzliches. Insbesondre erscheint er in seinem Briefwechsel mit seiner Schwester Malwine, die er hier scherzhaft bald mit

„mein Engel," bald mit „meine Angebetete," bald mit „mein sehr Geliebtes," auch mit „liebe Kleine," „liebe Arnimen" und „theuerste Kreusa" anredet, als ein ungewöhnlich zärtlicher und liebenswürdiger Bruder. „Er war mit ihr wie mit einer Braut," sagen alte Leute in Schönhausen noch heute.

Ebenso war Bismarck, vorzüglich in seinen jüngeren Jahren, für Freundschaft empfänglich. Zu seinen Schulfreunden gehörten Oskar von Arnim auf Kröchlendorf, der 1844 sein Schwager wurde, Hans von Dewitz, im Mecklenburgischen angesessen, und Moritz von Blankenburg, der frühere Führer der Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause, dem er außerordentlich zugethan war: mit dem er jedoch leider — er soll darüber Thränen vergossen haben — vor einigen Jahren infolge des elenden Diest-Daberschen Handels auseinander kam. Während des Universitätslebens Bismarcks traten dazu der kurländische Graf Kaiserlingk, später Kurator der Dorpater Hochschule, und der Amerikaner John Lothrop (nicht, wie Hesekiel ihn getauft hat, Wentworth) Motley, der sich als Verfasser mehrerer Werke über die Geschichte der Republik der Niederlande einen Namen erworben hat, auch als Diplomat (in Wien) thätig gewesen ist. Zu den Freunden des Fürsten aus den letzten beiden Jahrzehnten werden wir den Amtsrat Dietze zu Barby, einen unsrer größten und intelligentesten Landwirte, rechnen dürfen, von dem er einst, während des französischen Feldzuges, rühmte: „Der ist doch der liebenswürdigste Mensch, den ich kenne, sein Haus das gastfreieste und behaglichste, in dem ich je gewesen bin. Gute Jagd, vortreffliche Verpflegung und eine allerliebste, charmante Frau. Er zeigt so recht die natürliche, angeborne Herzlichkeit — politesse du cœur — nichts Anerzogenes. . . . Ich möchte es die Höflichkeit des Wohlwollens, der Gutmütigkeit im besten Sinne nennen, die Höflichkeit der hilfreichen Gesinnung" —

Äußerungen beiläufig, welche die Denkart des Lobenden ebenso beleuchten wie die des Gelobten. Nur wer die Höflichkeit des Herzens selbst sein eigen nennt, vermag sie bei andern zu empfinden und anzuerkennen. Zweifelhaft erscheint mir aus verschiedenen Gründen, ob Herr von Keudell als ein Freund des Kanzlers zu bezeichnen ist; ich würde lieber sagen, er sei eine Reihe von Jahren bis zu einem gewissen Grade dessen Vertrauter gewesen. Dagegen könnte Lothar Bucher dem Kanzler geraume Zeit nicht bloß als ein kenntnisreicher, getreuer, selbstloser und unermüdlich fleißiger Amanuensis wert gewesen sein. Der Fürst nannte ihn 1873 gegen mich „eine wahre Perle," und das in einem Tone und mit einem Blicke, die an mehr als geschäftliche Brauchbarkeit denken ließen.

Auch sonst offenbart sich in den brieflichen und manchen mündlichen Äußerungen des Kanzlers ein ungemein reiches Gemütsleben. Sehr stark ist bei ihm der Sinn für die Natur, für das Leben in Wald und Feld, für ländliche Freuden und landschaftliche Schönheit entwickelt. Er selbst sagt von sich, er sei ein Naturschwärmer, und er liebe das Meer wie eine Geliebte. Aber es ist mehr als das: er weiß, was er sieht und empfindet, auch in charakteristischen Bildern von fesselndem Reize wiederzugeben, die warm gefühlt, zuweilen wie kleine lyrische Gedichte wirken. Einer von den Gründen, weshalb er den Sommer und Herbst in Varzin oder Friedrichsruh und nicht auf seinem Stammgute Schönhausen zu verleben pflegt, wohin er sich doch sonst auf seinen Kreuz- und Querfahrten im Norden und Süden wie Odysseus nach der heimatlichen Burg zurücksehnte, liegt ohne Zweifel darin, daß er dort den Wald dicht am Hause hat, während er hier fast eine Stunde gehen muß, bevor er vom Gutshofe nach dem Holze gelangt. Als man schon während seines Aufenthalts in Frankfurt daran dachte, ihn

zum Minister zu ernennen, äußerte er gegen einen Bekannten, daß er erst zehn Jahre Gesandter, dann ebenso lange Minister sein, darauf aber sein Leben als Landedelmann beschließen möchte. Im August 1863 schreibt er seiner Frau: „Ich wollte, eine Intrigue setzte ein andres Ministerium durch, daß ich mit Ehren diesem ununterbrochnen Tintenstrom den Rücken drehen und still auf dem Lande leben könnte. Die Ruhelosigkeit der Existenz ist unerträglich, es ist kein Leben für einen rechtschaffnen Landedelmann.“ Wiederholt sprach er während des Feldzuges in Frankreich und später bis in das Jahr 1883 hinein seine Sehnsucht nach solcher Zurückgezogenheit in unzweideutigster Weise aus, indem er betonte, daß ihn nur der Umstand abhalte, sie zu befriedigen, daß er den greisen Kaiser nicht im Stich lassen dürfe. Wenn er sich auf seiner Herrschaft in Hinterpommern oder auf seiner Besitzung im Herzen des Sachsenwaldes befindet, vergeht, soweit es seine Gesundheit oder das Wetter gestattet, wohl kein Tag, an welchem er nicht einen längeren oder kürzeren Ausflug in die benachbarten Buchen- und Kiefernforsten und nach den Hügeln und Flüssen in ihnen unternähme. Mehrmals sagte er zu Bucher, der ihn dabei gelegentlich begleitete, wenn Essenszeit nach Hause rief: „Lassen Sie uns erst noch die Höhe dort drüben besteigen, es giebt dort eine anmutige Aussicht.“ In Friedrichsruh hörte ich ihn sagen: „Am wohlsten ist mir in Schmierstiefeln, weit weg von der Zivilisation,“ und bald nachher: „Am besten ist mir da zu Mute, wo man nur den Specht hört.“ Im Varziner Parke weiß er jeden schönen Baum zu nennen. Er durchwandert diesen seinen Lieblingsort bisweilen auch in schlaflosen Nächten beim Schein des Mondes, und unbewußt trägt er ihn mit sich herum; selbst in den Krieg hatte er ihn mitgenommen; denn sein Bild erschien ihm mit seinen vom gelben Lichte der Abendsonne bestrahlten Stämmen

im Traume. Höchst anschaulich, farbig und stimmungsvoll sind endlich die meist mit wenigen Strichen auf das Papier geworfenen Landschaftsgemälde, auf die wir in den mehrerwähnten Briefen stoßen, welche er auf Reisen an seine Gemahlin und seine Schwester schreibt.

Dahin gehört u. a. der Blick von der Ofener Burg auf die „mattsilberne Donau und die dunkeln Berge auf blaßrotem Grunde, Berge blau und blauer, dann braunrot im Abendhimmel, der dahinter glüht.“ Ich nenne ferner seine lebendige Schilderung des ungarischen Steppenlebens zwischen Donau und Theiß, die Hesekiel S. 200 mitteilt, und daneben seine Beschreibung der Wildnis bei Tomsjonäs.

In jener Schilderung sagt er seiner Gemahlin u. a.: „Denke Dir festen Rasengrund, eben wie ein Tisch, auf dem man bis an den Horizont meilenweit nichts sieht als die hohen, kahlen Püttschwengel der für die halbwilden Pferde und Ochsen gegrabenen Ziehbrunnen, tausende von weißbraunen Rindern mit armlangen Hörnern, flüchtig wie Wild, von zottigen, unansehnlichen Pferden, gehütet von berittenen, halbnackten Hirten mit lanzenartigen Stöcken, unendliche Schweineherden, unter denen jederzeit ein Esel, der den Pelz des Hirten trägt und gelegentlich ihn selbst. Dann große Scharen von Trappen, Hasen, hamsterartige Zwiesel, mitunter an einem Weiher mit salzhaltigem Wasser wilde Gänse, Enten, Kiebitze waren die Gegenstände, die an uns und an denen wir vorüberflogen während der drei Stunden, die wir auf sieben Meilen bis Ketskemet fuhren.... Um fünf Uhr kam ich hier [in Szolnok] an, wo ein buntes Gewühl von Ungarn, Slowaken, Walachen die Straßen belebt und mir die wildesten, verrücktesten Zigeunermelodien ins Zimmer schallen. Dazwischen singen sie durch die Nase mit weit aufgerissenem Munde, in kranker, klagender

Molldissonanz, Geschichten von schwarzen Augen und von dem tapferen Tode eines Räubers, in Tönen, die an den Wind erinnern, wenn er im Schornstein lettische Lieder heult. Die Weiber sind im ganzen gut gewachsen, einige ausgezeichnet schön, alle haben pechschwarzes Haar, nach hinten in Zöpfe geflochten, mit roten Bändern darin. Die Frauen haben entweder lebhaft grünrote Tücher oder rotsammtene Häubchen mit Gold auf dem Kopfe, ein sehr schön gelbes Tuch von Seide um Schulter und Brust, schwarze, auch urblaue kurze Röcke und Saffianstiefel, die bis unter das Kleid gehen, meist ein gelbliches Braun im Gesicht und große, brennend schwarze Augen. Im ganzen gewährt so ein Trupp Weiber ein Farbenspiel, das Dir gefallen würde, jede Farbe am Anzuge so energisch, wie sie sein kann."

Als Gegenstück hierzu lasse ich die Beschreibung der obengenannten schwedischen Landschaft folgen: „Keine Stadt, kein Dorf weit und breit, nur einzelne Ansiedler und bretterne Hütten mit wenig Gerste und Kartoffeln, die unregelmäßig zwischen abgestorbenen Bäumen, Felsstücken und Buschwerk einige Ruten angebautes Land finden. Denke Dir von der wüstesten Gegend bei Viartlum*) etwa hundert Quadratmeilen aneinander, hohes Haidekraut mit kurzem Gras und Moor wechselnd und mit Birken, Wachholder, Tannen, Eichen, Ellern bald undurchdringlich dick, bald öde und dünn besetzt, das Ganze mit zahllosen Steinen bis zur Größe von haushohen Felsblöcken besät, nach wildem Rosmarin und Harz riechend, dazwischen wunderlich gestaltete, stille Seen, von Haidehügeln und Wald umgeben."

Aus Peterhof schreibt er: „Es ist hier reizend und in Petersburg so steinern. Denke Dir die Höhen von Oliva und Zoppot alle in Parkanlagen verbunden und mit einem Dutzend

*) Ein Puttkamersches Gut in Pommern.

Schlössern mit Terrassen, Springbrunnen und Teichen dazwischen, mit schattigen Gängen und Rasen bis ins Seewasser hinein, blauem Himmel und warmer Sonne mit weißen Wolken, über die grünen Wipfelmeere hinaus das wirkliche Meer mit Segeln und Möven; so gut ist es mir lange nicht geworden." — In einem Briefe aus Zarskoe Selo heißt es: „Ich sehe über den Tisch aus dem Fenster, bergab über Birken und Ahorn, in deren Laub Rot und Gelb schon das Grün beherrschen. Dahinter die grasgrünen Dächer des Städtchens, links von einer Kirche mit fünf goldnen Türmen in Zwiebelform überragt, und das Ganze am Horizont eingefaßt von der endlosen Busch-, Wiesen- und Waldebene, hinter deren braun-blau-grauen Schattirungen irgendwo mit einem Fernrohre die Isaakskirche von Petersburg zu sehen sein mag." — „Jenseits des Wassers," so malt er die nächtliche Aussicht aus dem Pavillon, den er in Archangelski bewohnt, „weite, mondhelle Ebene, diesseits Rasenplatz, Hecken, Orangerie; im Kamin heult der Wind und flackert die Flamme, von den Wänden sehen mich alte Bilder an, von draußen weisen marmorne durchs Fenster."

Nicht minder lebendig, farbenreich und stimmungsvoll als diese Landschaften des Nordens und Ostens sind die kleinen Wortgemälde, die Bismarck auf Reisen im Südwesten, in Frankreich und Spanien, skizzirt und nach Hause sendet. So Schloß Chambord, die Gegend zwischen Bordeaux und Bayonne und die Bucht von San Sebastian. Von jenem Schlosse des Königs der französischen Legitimisten berichtet er seiner Gemahlin aus Bordeaux: „Sehr schöne Schlösser habe ich hier gesehen, darunter Chambord, das in seiner Verödung dem Geschicke seines Besitzers entspricht. In den weiten Hallen und prächtigen Sälen, wo Könige mit Maitressen und Jagden ihren Hof hielten, bilden die Kinderspielsachen des Herzogs von Bordeaux das einzige

Mobiliar. . . . Die Schloßhöfe liegen so still in der Sonne wie verlassene Kirchhöfe; von den Türmen hat man eine weite Rundsicht, aber nach allen Seiten schweigender Wald und Haidekraut bis an den äußersten Horizont, keine Stadt, kein Dorf, kein Bauernhof, weder am Schlosse, noch im Umkreise. Purpurnes Haidekraut ist die einzige Blume in den königlichen Gärten, und Schwalben sind fast die einzigen lebenden Wesen im Hause. Für Sperlinge ist es zu einsam." — „Ununterbrochen Kiefernwald," so schildert er die Landschaften zwischen Bordeaux und Bayonne, „Haidekraut und Moor, bald Pommern wie etwa im Strandwald hinter den Dünen, bald Rußland. Wenn ich aber mit der Lorgnette hinsah, schwand die Illusion. Statt der Kiefer ist es die langhaarige Seepinie, und die anscheinende Mischung von Wachholder, Heidelbeeren u. s. w., welche den Boden deckt, löst sich in allerhand fremdartige Pflanzen mit myrten- und cypressenartigen Blättern auf. Die Pracht, in der das Haidekraut hier seine violett purpurnen Blüten entwickelt, ist überraschend; dazwischen eine sehr gelbe Ginsterart mit breiten Blättern, das Ganze ein bunter Teppich. Der Fluß Adour, an welchem Bayonne liegt, begrenzt dieses B-moll der Haide, welches mir in seiner weicheren Idealisirung einer nördlichen Landschaft das Heimweh schärfte." — Aus San Sebastian berichtet er wie ein Beobachter mit Maleraugen seiner Frau: „Der Weg von Bayonne hierher ist herrlich, links die Pyrenäen mit wechselndem Alpenpanorama, rechts das Meer, Ufer wie bei Genua. Der Übergang nach Spanien ist überraschend; in Behobie, dem letzten französischen Orte, konnte man noch glauben, ebensogut an der Loire zu sein, in Fuentarabia eine steile Gasse, zwölf Fuß breit, jedes Fenster mit Balkon und Vorhang, jeder Balkon mit schwarzen Augen und Mantillen, Schönheit und Schmutz, auf dem Markte Trommeln und Pfeifen und einige

hundert Weiber, alt und jung, die unter sich tanzten, während die Männer rauchend und drapirt zusahen. Die Gegend ist bis hierher außerordentlich schön, grüne Thäler und waldige Hänge, darüber phantastische Linien von Festungswerken, Reihe hinter Reihe, Buchten der See mit ganz schmalen Einfahrten, die wie Salzburger Seen in Bergkesseln tief ins Land schneiden. Aus meinem Fenster sehe ich auf eine solche, die durch eine Felseninsel von der See abgeschlossen und von Bergen mit Wald und Häusern steil eingerahmt ist. . . . Nach dem Frühstück gingen oder schlichen wir durch die Hitze auf den Berg der Citadelle und saßen lange auf einer Bank, einige hundert Fuß unter uns das Meer, neben uns eine schwere Festungsbatterie mit einer singenden Schildwache." — Aus Luchon schreibt er auf derselben Tour: „Vorgestern sind wir von hier auf den Col de Venasque gestiegen, zuerst zwei Stunden durch prächtige Buchenwälder voll Epheu, Felsen und Wasserfälle, dann ein Hospiz, dann zwei Stunden steiles Steigen zu Pferde im Schnee, mit Fernsichten, stillen, tiefen Seen zwischen Schnee und Klippen, und 7500 Fuß hoch öffnet sich eine schmale Pforte im scharfen Kamme der Pyrenäen, durch die man Spanien betritt. Das Land der Kastanien und Palmen zeigt sich hier als Felsenkessel, ringsum eingefaßt von der Maladetta, die vor uns lag, vom Pic de Sauvegarde und Pic de Picade; rechts fließen die Gewässer zum Ebro, links zur Garonne, und bis zum Horizonte starrt ein Gletscher und Schneegipfel hinter dem andern, weit nach Katalonien und Aragon hinein."

Ungemein hübsch ist auch die Schilderung des Thales von Gastein, die er in einem Briefe bei Hesekiel entwirft, und mit der ich diesen Kranz von Zitaten beschließen will. „Ich habe es," sagt er hier, „auf einem reizenden Morgenspaziergange zum erstenmale in seiner ganzen Schönheit gesehen. Moritz [von

Blankenburg] würde sagen, daß es eine riesige Schüssel mit Grünkohl ist, schmal und tief, die Ränder mit weißen Falleiern randum besetzt. Steile Wände einige tausend Fuß hoch mit Tannen und Wiesengrün mit eingestreuten Sennhütten bis an die Schneegrenze bedeckt, und das Ganze von einem Kranze weißer Spitzen und Bänder umzogen, die der Schnee während der fünf Regentage reichlich bepudert hat, und deren untere Grenze die Sonne nun allmählich höher rückt. Dutzende von silbernen Fäden durchziehen das Grün von oben, Wasserbäche, die sich herabstürzen in eiliger Hast, als kämen sie zu spät zu dem großen Falle, den sie mit der Ache zusammen dicht vor meinem Hause bilden."

Wir ersehen aus diesen Briefausschnitten, daß Bismarck sich auf seinen Reisen auch für die Menschen interessirt und nicht wenig Talent zum Genremaler verrät. Aber die Natur ohne Staffage, der stille grüne Wald, die einsame Haide, desgleichen die See scheinen ihm sympathischer zu sein. Von der letzteren sagt er in einem Briefe aus dem August 1853, der aus Brüssel datirt ist: „Ich habe Ostende mit Bedauern verlassen und bin heute voller Sehnsucht dahin; ich habe dort eine alte Geliebte wiedergefunden, und zwar so unverändert und so reizend wie bei unsrer ersten Bekanntschaft. Die Trennung empfinde ich gerade in dieser Stunde schwer und sehe mit Ungeduld dem Augenblick entgegen, wo ich mich bei dem Wiedersehen in Norderney wieder an ihre wogende Brust werfen kann. Ich begreife eigentlich kaum, wie man nicht immer an der See wohnen kann, und warum ich mich habe überreden lassen, zwei Tage in diesem geradlinigen Steinhaufen hier zuzubringen."

Mit dem in diesen Bildern und seinem Wohlgefallen am Naturleben sich darstellenden Charakterzuge des Kanzlers verschmelzen sich andre. Neben seiner Hinneigung zur Natur,

seiner Freude an ihrer Schönheit, seinem Blick und Verständnis für ihr Wirken und Walten gehen seine Liebe zur stummen Kreatur, zu Pflanzen und Tieren, seine Passion für das Waidwerk und das Reiten, sein Behagen am Leben eines Landedelmannes, fern vom städtischen Treiben, und seine Anlage zu land- und forstwirtschaftlicher Thätigkeit her. Wie dem Kaiser Wilhelm die Kornblume besonders wert ist, so nennt Bismarck in einem seiner Briefe das Haidekraut „diese von mir geliebte Pflanze.“ Als er in Versailles einmal auf den Kuhhirten Brand, „eines jener alten Möbel,“ zu sprechen kam, „mit denen seine Jugenderinnerungen,“ wie er sagte, „untrennbar verknüpft sind,“ schloß er seine Rede mit den Worten: „Wenn der mir ins Gedächtnis kommt, ist mir immer wie Haidekraut und Wiesenblumen.“ Als er in Kniephof lebte, galt seine große dänische Dogge in der ganzen Gegend als bevorzugte „Persönlichkeit.“ Ebendaselbst spielten in seinem Haushalte junge Rangen aus der Sippe Reinekes eine Rolle. In Petersburg traten an deren Stelle zwei Bärenjünglinge, welche er, bis sie, zu reiferen Jahren gelangt, Zierden der zoologischen Gärten in Frankfurt und Köln wurden, wie Hunde in den Zimmern des Gesandtschaftspalais hielt. „Mischka,“ so erzählt Hesekiel, „erschien da wohl zu größter Belustigung der Gäste plötzlich bei Tafel, spazierte gar artig zwischen den Tellern und Gläsern auf dem Tische herum, kniff dann und wann den aufwartenden Diener in die Wade und rutschte auf der im Speisesaale befindlichen Rutschbahn.“ „Wenn R. und die Fuchsstute nicht wären, so würde ich mir etwas vereinsamt vorkommen, obwohl ich nie allein bin,“ schreibt Bismarck 1862, bald nachdem er preußischer Premier geworden, aus der „Auerswaldhöhle“ im Staatsministerium an seine Gemahlin. In Varzin war 1877 Sultel, eine Ulmer Dogge, die Graf Holnstein in München dem

Fürsten geschenkt, der Zimmergenoß des letzteren, und mit „seiner Gattin" Flörchen sein Begleiter auf allen Gängen und Ritten, bis irgend ein landfahrender Strolch oder sonstwer das treue und harmlose Tier, das sein Herr nach dem Diner eigenhändig zu füttern pflegte, brutal erschlug, und noch 1883 bewahrte der Kanzler ein Bild (Silhouette oder gefärbte Photographie) seines vierfüßigen Freundes unter den Sachen, die auf seinem Schreibtische standen. Der gegenwärtige „Reichshund" ist nicht von so liebenswürdigem Charakter wie sein Amtsvorgänger, ja gegen Fremde ein bedenklicher Gesell, er scheint aber kaum weniger in Gnaden zu stehen als jener. Auch den Dohlen im Varziner Parke hatte der fürstliche Tierfreund seine Aufmerksamkeit zugewendet und ihnen ein Eckchen in seinem Herzen eingeräumt, und es war gar artig zu hören, wenn er berichtete, wie sie „ihren Kindern das Fliegen lehren," wie sie dieselben später „an die nahe Seeküste zur Würmerdiät führen," und wie sie „als vornehme Leute zum Winter in die Stadt, in die Türme von Stolp und Schlawe, ziehen."

Von früher Jugend an bis etwa in sein sechzigstes Jahr war der Kanzler ein ungewöhnlich guter Schütz, ein passionirter Reiter und ein ebenso eifriger als glücklicher Jäger. Seitdem schwächer geworden, hat er die betreffenden Neigungen und Künste allmählich eine nach der andern verabschiedet. Als junger Mann traf er mit einem gezognen Pistol sein Ziel so gut, daß er Enten, die auf dem Kniephofer Gutsteiche schwammen, die Köpfe abschoß. Nicht weniger gefährlich für das Waldgetier und die zum Waidwerk gehörige Vogelwelt waren in seiner Hand Büchse und Flinte. Er hat damit beinahe in allen Landen Europas Ehre eingelegt und Trophäen von Geweihen und Fellen für die Wände und Fußböden seines Hauses gesammelt: in den heimischen Forsten, im Taunus und in den Ardennen, auf den

Gemsenweiden der Alpen, in Rothschilds Park zu Ferrières, in schwedischen Waldregionen und auf russischen Bären-, Wolfs- und Elenjagden. Sein Glück und Geschick bei letzteren war in den Kreisen der höhern Gesellschaft Petersburgs fast sprichwörtlich geworden, und ich wüßte von diesen Leistungen und Erfolgen wohl ein halb Dutzend recht wunderbare zu erzählen, die, obwohl Jäger — „die Wahrheit mit Modifikation" zu reden pflegen, nothing but truth sind. Von wohlunterrichteter Seite wurde Hesekiel eine Geschichte mitgeteilt: „Wie Bismarck selbsieben auf die Bärenjagd fuhr." Die Expedition wurde von Petersburg aus unternommen. Nach der Rückkehr fragte man einen der sieben Nimrode: „Nun, wie ist's abgelaufen?" Er erwiederte: „Ist uns schlimm ergangen, Väterchen. Kommt da der erste Bär angetrabt, der Preuße schießt, und Petz bricht im Feuer zusammen. Darauf rückt ein zweiter Bär an, ich schieße und fehle ihn, und der Bismarck schießt ihn mir mit einem Kapitaltreffer beinahe vor den Füßen tot. Halt, da bricht der dritte Bär aus dem Gebüsche, Oberst M. feuert zweimal und fehlt zweimal. Da hat ihm der Preuße auch diesen Bären vor der Nase weggeschossen. So hat er denn alle drei Bären erlegt, und darnach ist uns keiner mehr begegnet. So schlimm ist's uns ergangen, Väterchen." Bei einer andern Gelegenheit schoß Bismarck außer verschiednen Rehböcken und Damhirschen fünf Elentiere, darunter eins, das bis zum Widerrist 6 Fuß 8 Zoll hoch war und darüber noch den kolossalen Kopf trug. Ich glaube das Fell dieses riesigen Schelchs noch 1870 gesehen zu haben, und zwar im Billardsaale der Berliner Amtswohnung des Ministers, wo es als eine Art Teppich ausgebreitet war.

Auch als kecker und ausdauernder Reiter hat Bismarck seinerzeit Ungewöhnliches geleistet, vorzüglich in jungen Jahren, wo ihm Parforceritte von acht bis zehn Meilen nicht als

Unmöglichkeiten erschienen und ausgeführt wurden. Aber auch in spätern Zeiten noch, wo er schon längst Minister war, hielt er, wenn es notwendig war, lange im Sattel aus, während der Schlacht bei Königgrätz z. B. zwölf Stunden und am Tage nach der Entscheidung bei Sedan von 6 Uhr früh bis 12 Uhr abends. Übrigens begleitete ihn bei seinen Ritten nicht immer das Glück, im Gegenteil, er ist nach eignem Geständnis an die fünfzig mal im Leben mit dem Pferde oder von demselben gestürzt, und etliche mal — z. B. in Varzin, wo er drei Rippen brach — in gefährlicher Weise.

Daß Bismarck als Göttinger und Greifswalder Student den Schläger gewandt und kräftig zu führen verstand und dies auf etwa dreißig Mensuren bewies, braucht als bekannt hier nicht des Breitern erzählt zu werden. Daß er noch später im Leben ein tüchtiger Schwimmer war, ersehen wir zunächst daraus, daß seine Briefe von langdauernden Schwimmfahrten berichten, die er im Rhein, in der Donau und in der Theiß ausführte. So erzählt er im Juli 1851 seiner Frau: „Am Sonnabend bin ich mit Rochow und Lynar Nachmittags [von Frankfurt] nach Rüdesheim gefahren; da nahm ich mir einen Kahn, fuhr auf den Rhein hinaus und schwamm im Mondscheine, nur Nase und Augen über dem lauen Wasser, bis nach dem Mäuseturme bei Bingen, wo der böse Bischof umkam. Es ist etwas seltsam Träumerisches, so in stiller, warmer Nacht im Wasser zu liegen, vom Strome langsam getrieben, und den Himmel mit Mond und Sternen und seitwärts die waldigen Berggipfel und Burgzinnen zu sehen und nichts als das leise Plätschern der eignen Bewegung zu hören; ich möchte alle Tage so schwimmen." Noch überzeugender aber als diese Leistung und ähnliches spricht für Bismarcks Kraft und Geschicklichkeit auf diesem Gebiete der nachstehende Vorfall. Im Jahre 1842 war er als Leut-

nant der Landwehr mit der Stargarder Ulanenschwadron zur Übung bei Lippehne in der Neumark. Er stand eben mit andern Offizieren auf der Brücke, die über den dortigen See führt, als sein Reitknecht Hildebrand, der ein Pferd in die Schwemme geritten hatte, von diesem nicht fern von dem Standorte der Herren in tiefem Wasser abgeworfen wurde und in den Fluten verschwand. Sofort warf Bismarck den Säbel weg und stürzte sich dem Versunknen nach. Es gelang ihm auch bald, denselben zu finden und zu fassen, allein nun klammerte dieser sich in der Todesangst so krampfhaft an ihn, daß er mit ihm auf den Grund gehen mußte, wenn er sich von ihm losmachen wollte. Schon gab man Herrn und Diener verloren, als jener wieder emportauchte und, den bewußtlos gewordnen Reitknecht hinter sich herziehend, dem Ufer zuschwamm, wo letzterer allmählich wieder zu sich kam. Die kleine Stadt geriet über diese tapfere Rettungsthat, welche zugleich die ungewöhnliche Körperstärke, die Gewandtheit und die Geistesgegenwart des Retters bewundern ließ, in große Bewegung, welcher der dortige Geistliche dadurch feierlichen Ausdruck gab, daß er dem Leutnant von Bismarck im Ornat entgegenging, um ihm zu der ihm widerfahrenen Gnade Gottes Glück zu wünschen. Der König aber verlieh dem entschlossenen jungen Herrn in der bekannten Rettungsmedaille seine erste Dekoration.

Das Talent zur Erlernung fremder Sprachen scheint in Europa von Westen nach Osten hin zuzunehmen. Die Franzosen besitzen im allgemeinen am wenigsten, die Polen und Russen am meisten davon, die Deutschen stehen in der Mitte. Wir bringen es ziemlich leicht dahin, eine Zeitung oder ein Buch aus dem Bereiche der uns benachbarten Sprachen zu verstehen, schwerer dagegen fällt den meisten unter uns das richtige und geläufige Reden in fremden Zungen, und übel bestellt ist es bei

uns namentlich mit der Fertigkeit in der Aussprache der Laute nichtdeutscher Idiome. Natürlich giebt es dabei Ausnahmen von der Regel, und der Reichskanzler ist eine eklatante Ausnahme. Wie er das Deutsche ohne Dialekt spricht, so hat er sich auch das Französische in einem Maße angeeignet, bei dem ein Genfer oder ein Petersburger aus den höheren Gesellschaftskreisen kaum etwas auszusetzen haben würde. Er beherrscht ferner das Englische in einem Grade, der ziemlich hohen Ansprüchen genügen kann, und versteht das Italienische hinreichend, um sich in der Presse dieses Gebietes ohne Schwierigkeit orientiren zu können. Auch das Polnische ist ihm nicht unbekannt, und mit dem Russischen hat er sich während seines vierthalbjährigen Aufenthalts an der Newa so vertraut gemacht, daß er sich darin unterhalten kann. Es soll dem verstorbenen Kaiser Alexander höchlich imponirt haben, als Bismarck ihm zum ersten male in moskowitischer Rede antwortete. Das ist aber für einen Deutschen keine Kleinigkeit. Der Mathematiker Gauß empfand einmal das Bedürfnis, seiner abstrakten Beschäftigung in sich eine Art Gegengewicht zu verschaffen. Es präsentirten sich ihm zur Auswahl die russische Sprache und die massenhaften und vielgliedrigen Pflanzenbezeichnungen des Linnéschen Systems. Er entschloß sich, die letzteren auswendig zu lernen, und eignete sie sich wirklich mit der Zeit allesamt an. Das Russische mit seinem ungeheuren Formenreichtum, seinen vielen Ausnahmen war ihm zu schwierig erschienen. Weniger stark als in den modernen Sprachen ist der Kanzler in den beiden klassischen. „Als ich Primaner war,“ sagte er zu mir in Ferrières, „da konnte ich recht gut lateinisch schreiben und sprechen, jetzt sollte es mir schwer fallen, und das Griechische habe ich ganz vergessen.“

Unter den Wissenschaften haben den Fürsten von jeher die

historischen und geographischen besonders angezogen, die, welche das Werden auf politischem und sozialem Gebiet erkennen lassen, und die, welche dessen natürliche Bedingungen, das Gegebene und Gewordene, die Verhältnisse und Zustände zeigen, nach denen sich die zukünftigen Gestaltungen, so weit menschlicher Verstand reicht, berechnen lassen. Er ist mit der hierüber vorhandenen Literatur in ihren Hauptwerken wohl vertraut und verfolgt deren neue Erscheinungen — ich nenne nur die treffliche Darstellung des Entstehens und des Ganges der ersten französischen Revolution, die wir Taine verdanken — mit lebhaftem Interesse. In Betreff der schönen Wissenschaften giebt er Goethe und Shakespeare den Vorzug. Wollte er einmal einen beträchtlichen Teil der gesammelten Werke des ersteren andern überlassen, so meinte er andrerseits mit dem Reste etliche Jahre auf einer wüsten Insel auskommen zu können. Schiller ist ihm, offenbar infolge der starken Abneigung, die ihm pompöser und deklamatorischer Stil einflößt, weniger sympathisch, und den Apfelschuß im Tell hält er für unnatürlich, den überlegten Mord Geßlers aus dem Hinterhalte für nicht heldenmäßig. Was die letzten Ernten an belletristischem Gewächs auf den deutschen Markt geliefert haben, gilt ihm selbstverständlich noch weit weniger, doch hat er von den bekannteren Romanen und Novellen dieser Epigonenthätigkeit wenigstens Notiz genommen. Mehr Beachtung scheinen ihm die englischen und noch mehr die französischen Romanschriftsteller der Gegenwart abgewonnen zu haben. „Schicke mir einen französischen Roman,“ bittet er während des böhmischen Feldzuges brieflich seine Gemahlin, „aber nur einen auf einmal.“ Zu bezweifeln ist es indes, wenn Seinguerlet „einen englischen Autor“ berichten läßt, er habe auf dem Schreibtische des Fürsten „ganze Haufen“ belletristischer Franzosen gesehen. Ebenso würde es cum grano

salis zu nehmen sein, wenn derselbe Ungenannte behauptet hätte, „Feydau, Edmont de Goncourt und Flaubert sind seine Lieblingsschriftsteller, und ganz neuerdings hat er auch die realistischen Schöpfungen Emile Zolas mit Teilnahme verfolgt.“ Das Interesse war hier trotz mancher Vorzüge, welche die genannten Dichter vor den Herren Kollegen in Deutschland unstreitig auszeichnen, sicher mehr ein kulturhistorisches als ein ästhetisches.

Welche Stellung der Fürst zu den bildenden Künsten einnimmt, weiß ich mit Bestimmtheit nicht anzugeben. In Frankfurt verkehrte er ziemlich viel mit Malern und Bildhauern, namentlich mit Professor Becker, der ihn auch gemalt hat. In seinen Briefen aber findet sich, soweit mir erinnerlich, nichts, was darüber Auskunft geben könnte, und selten hörte ich ihn über Gegenstände und Persönlichkeiten dieses Bereichs sprechen, z. B. während des Krieges in Frankreich, wo vom Brandenburger Thor die Rede war, das er „in seiner Art schön“ nannte, und von dem er meinte, es würde sich noch besser ausnehmen, wenn man es durch Entfernung der Seitenkolonnaden, der Wache und des Gebäudes auf der andern Seite freistellte. Ferner zeigen seine Salons in Berlin und Varzin sowie seine Stuben in Schönhausen nur in mäßigem Grade künstlerischen Schmuck, wenn man nicht auch Photographien, Lithographien und Stahlstiche dafür gelten lassen will. Sein Arbeitszimmer in ersterer Stadt schmücken einige Ölgemälde, das in letzterem Orte dagegen hatte 1877 gar kein Bild aufzuweisen, und seine Neubauten in Pommern und im Sachsenwalde sind im einfachsten Stil ausgeführt. Doch möchte ich aus alledem nur schließen, daß sein Gefallen an diesen Dingen kein besonders lebhaftes ist, nicht, daß ihm der Sinn für Malerei, Skulptur und Baukunst überhaupt abgeht. Wäre dem aber auch so, so würde es am

Ende nicht viel auf sich haben. Lessing war ein schlechter Bibliothekar und doch ein bahnbrechender Gelehrter und ein höchst achtbarer Kritiker. Kant sagte einmal: „Man kann ein großer Philosoph sein und doch nicht gut die Flöte blasen." Mit Steins wissenschaftlicher und allgemein literarischer Bildung stand es recht übel. Schön schreibt über ihn an den Oberburggrafen von Brünneck: „Seine poetische Bildung war im Monat August 1808 noch auf dem Standpunkte, daß er nichts von Goethe gelesen hatte. Durch Necken und Scherzen über seine prosaische Natur wurde er damals dahin gebracht, Faust lesen zu wollen. Er erhielt dieses Buch etwa um zehn Uhr vormittags und schickte es bald nach vier Uhr mittags mit der Aufforderung zurück, ihm den (bekanntlich damals noch gar nicht vorhandenen, wenigstens noch nicht gedruckten) zweiten Teil zu übersenden. An ebendemselben Tage abends war ich mit Stein bei dem Kriegsrat Schäffner in Gesellschaft, und aus seiner Antwort auf meine Frage, wie ihm der Faust zugesagt habe, ersah ich, daß es ihm nur ein Geschichtsbuch gewesen war. Dabei bezeichnete er es als ein unanständiges Buch, von dem man in guter Gesellschaft gar nicht sprechen könne. Neben dem Geschichtlichen waren ihm nur die Szenen in Auerbachs Keller und auf dem Blocksberg bemerkenswert geblieben." Und doch war Stein ein seltenes intuitives Talent, ein gewaltiger Charakter, kurz ein Geist ersten Ranges.

Theater und Oper besucht der Kanzler gegenwärtig, wenn überhaupt, höchst selten. Früher muß er es damit anders gehalten haben. 1852 schreibt er seiner Frau aus Wien: „Ich komme soeben aus der Oper mit Old Westmoreland [dem damaligen englischen Gesandten am k. k. Hofe], Don Giovanni, von einer guten italienischen Truppe, bei der ich die Miserabilität des Frankfurter Theaters doppelt empfand." Ich entsinne

mich nicht, daß er während des französischen Krieges oder in den letzten Jahren der Bühne und ihrer Celebritäten irgendwie Erwähnung gethan hätte. Nur des Komikers Helmerding wurde, glaube ich, einmal mit ein paar Worten gedacht.

Mehr Interesse als an den ebengenannten Künsten nimmt der Fürst an der Musik, die er während seiner Berliner Studentenzeit durch Graf Kaiserlingk schätzen lernte, und wo die klassischen Meister, obenan Beethoven, seine Lieblinge sind. Zwar spielt er selbst kein Instrument, wohl aber erfreut er sich am Spiel andrer. In einem Briefe aus dem Sommer 1851 bezeichnet er seiner Frau seinen Zustand mit „gesund und heiter, aber etwas Wehmut, etwas Heimweh, Sehnsucht nach Wald, See, Wüste, Dir und den Kindern, alles mit Sonnenuntergang und Beethoven vermischt.“ In einem vom 27. Oktober 1863 datirten Schreiben an dieselbe heißt es: „Gestern nach dem Essen saß ich mit Keudell im blauen Salon allein, und er spielte.“ Zwei Jahre nachher, am 1. September 1865, meldet er ihr aus Baden: „Abends Quartett bei Graf Flemming mit Joachim, der seine Geige wirklich wunderbar streichelt.“ In Versailles trug Herr von Keudell, der virtuose Klavierspieler und Legationsrat, dem Minister beim Kaffee sanfte Phantasien auf dem Piano des Salons vor. Er sagte mir nachher auf meine Frage, ob der Chef viel Gefallen an solchen Produktionen finde, jawohl, obgleich er nicht selbst musikalisch sei. „Sie werden auch bemerkt haben,“ fügte er hinzu, „daß er leise mitsingt. Es ist das gut für seine Nerven, die heute sehr angegriffen sind.“ Im Spätherbst 1881 summte der Fürst, als wir in der Dunkelheit mit einander durch die gewundenen Wege des Parkes hinter seinem Berliner Palais gingen und uns über den neugewählten Reichstag unterhielten, die Melodie des Studentenliedes: „Wir hatten gebauet ein statt-

liches Haus," und nach einer Weile sprach er vom Glück von Edenhall, mit dem er die deutsche Verfassung verglich. Die Melodie ging in seiner Seele dem Gleichnis und dem darin liegenden Gedanken voraus.

Bismarck hat unmittelbar vor Ausbruch des böhmischen Krieges notgedrungen viel auf eine Karte gesetzt: Preußens Großmachtstellung und sein eignes Schicksal. Aber weder in diesem noch in dem gewöhnlichen Sinne ist er ein Freund des Spielens mit Unberechenbarem. Er hat sich niemals an Börsenmanövern beteiligt, wie mancher andre hochgestellte Mann nicht bloß in Frankreich, Österreich und Italien, und schon seit langer Zeit rührt er keine Karte mehr an. Als junger Herr fand er allerdings Gefallen am Whisttisch, an dem er einmal sieben volle Stunden sitzen blieb und zwanzig Rubber spielte, und ebenso übten Hazardspiele in dieser Zeit seines Lebens Reiz auf ihn aus. „Aber," so bemerkte er, als er einmal davon sprach, „sie interessirten mich nur, wenn es hohen Einsatz galt, und das schickte sich nicht für einen Familienvater." Es ist wahr, noch im Sommer 1865 nahm er an einem Spiel Quinze teil, aber lediglich zu politischem Zwecke, mit diplomatischen Hintergedanken. „Es war," so berichtete er uns in Versailles, „wie ich mit Blome den Vertrag von Gastein abschloß. . . . Obwohl ich sonst garnicht mehr spiele — schon lange nicht mehr —, spielte ich da so leichtsinnig darauf los, daß sich die andern nicht genug verwundern konnten. Ich wußte aber, was ich wollte. Blome hatte gehört, daß man beim Quinze die beste Gelegenheit hätte, die Menschen kennen zu lernen, und wollte das jetzt versuchen. Ich dachte, sollst ihn schon kennen lernen. Ich verlor damals ein paar hundert Thaler, die ich eigentlich, als im Dienste Seiner Majestät verwendet, hätte liquidiren können. Aber ich machte ihn damit irre; er hielt mich für wagehalsig und gab nach."

Wie sich von selbst versteht, führt Bismarck als Diplomat eine gute Tafel, doch verschmäht er auch einfache Dinge nicht, wie er denn viel auf einen reinen Kornbranntwein giebt, den er neben vornehmem Cognac unter dem Kellerhalse in der Hausflur des Schlößchens von Schönhausen alt werden und sich „für die Enkelkinder" veredeln läßt. In Varzin kommt, wie er selbst einmal erklärte, auf seinen Tisch nach Möglichkeit und natürlich mit Ausnahme der Weine nur Selbsterbautes, Selbstaufgezognes und Selbsterlegtes. Wie Friedrich der Große, ist er in gesunden Tagen ein rüstiger Esser, doch muß dabei berücksichtigt werden, daß er in der Regel des Tages nur einmal und zwar erst abends von sechs Uhr an speist, und daß Leute, die viel und angestrengt zu denken und zu rechnen haben, viel Nahrung bedürfen. Ehedem ein leidenschaftlicher Raucher, der im Eisenbahnkoupee auf der Fahrt von Köln nach Berlin „mit einem Feuer," d. h. eine Cigarre an der andern anzündend, gereist war, entsagte er diesem Genusse nach 1870 aus Gesundheitsrücksichten mehr und mehr, an die Stelle des „fragrant weed" trat die lange Pfeife, und 1881 äußerte er eines Abends gegen mich, daß er das Rauchen ganz aufgegeben habe, da es ihm nicht mehr bekomme.

Die Gesundheit des Fürsten ist schon seit vielen Jahren, d. h. seit seinem Aufenthalt in Petersburg, nicht die beste, obschon man ihm dies für gewöhnlich nicht ansieht. Wiederholentlich suchten ihn schwere, zuweilen auch schmerzhafte Krankheiten, wie Gürtelrose und Neuralgie, heim. Wenn er an Nervosität leidet, so ist das nicht unbegreiflich: seit mehr als zwanzig Jahren ist der wichtigste Teil der politischen Geschichte Deutschlands und daneben nicht Weniges von derjenigen der Nachbarländer mit seinen Rätseln und Problemen, seinen Wirren, Spannungen und Gefahren vorher durch seinen Kopf gegangen,

und er hat sich alles zugleich zu Herzen genommen. Als er sich im April 1878 im Verlauf eines Tischgesprächs einen „alten Mann" nannte und die Fürstin darauf einwendete: „Du bist aber doch erst dreiundsechzig Jahre," erwiederte er: „Ja, ich aber habe immer schnell und baar gelebt." Dann setzte er, zu mir gewendet, hinzu: „Baar, das heißt, ich bin immer ganz bei der Sache gewesen, mit meinem vollen Wesen — was erreicht wurde, ich habe dafür bezahlt mit meinen Kräften und meiner Gesundheit." Sein Hauptübel neben der nervösen Reizbarkeit, die mit immer wiederkehrender Schlaflosigkeit verbunden ist, scheint ein gestörter Magen zu sein, und außerdem quält ihn von Zeit zu Zeit eine Venenentzündung am Beine, die im Februar v. J. mit nervösem Gesichtsschmerz abwechselte. „Wenn das eine geht, stellt sich das andre ein." Besonders nachteilig wirkt auf sein Befinden Ärger, und daß es ihm daran nicht gebreche, dafür sorgen einesteils der Unverstand und die Bosheit der parlamentarischen Parteien, der Liberalen wie der Konservativen, andrerseits gewisse Hofkreise, die namentlich während des Streites mit den Ultramontanen und vor dem Ausbruche des letzten Krieges mit ihren Ränken und Umtrieben seine Wege zu kreuzen und ihm Steine aufs Geleis zu legen suchten.

Schließlich möge in diesem Zusammenhange noch erwähnt werden, daß der Reichskanzler nicht gut in die Ferne sieht, aber beim Lesen und Schreiben keiner Brille bedarf, daß er sich eines ungewöhnlich scharfen Gehörs erfreut, und daß er, wie alle Nervösen, warme Kleider und Zimmer liebt. In Varzin und Friedrichsruh werden, sobald das Wetter einigermaßen kalt wird, alle Zimmer des Hauses, auch die leerstehenden Gaststuben und selbst die Vorsäle geheizt.

Seinem Temperamente nach ist der Fürst den cholerischen

Naturen beizuzählen, und so nimmt Verdruß bei ihm leicht ein vulkanisches Wesen an, und es kommt zu heftigen Ausbrüchen. Doch erlischt der Vulkan so rasch, als er sich entzündet, und von Groll und Nachträglichkeit ist nicht die Rede. Als ich am 1. April 1870 in Geschäften zu ihm gerufen wurde, gratulirte ich ihm nach Empfang meines Auftrages zum Geburtstage, woran ich die Hoffnung knüpfte, noch recht lange in seiner Nähe zu bleiben. Er erwiederte: „Das hoffe ich auch. Aber in meiner Nähe ists nicht immer angenehm; doch muß man das nicht so genau nehmen." Überhaupt geht durch das Wesen des Fürsten ein gewisser gutmütiger Zug, der nicht selten auch in der Gestalt von Mitleid und hilfreicher Neigung auftritt. Immer war Bismarck der Freund des armen Mannes, der kleinen Leute, und zwar nicht bloß mit Worten wie die Pharisäer der Fortschrittspartei und ihrer Vettern- und Gevatterschaft, sondern werkthätig. Er war's auch im Privatleben. Er hat seine Gutsangehörigen und Diener niemals gedrückt und hart behandelt. In Bar le Duc schnitt er der hungernden Schildwache vor seinem Quartier in der Nacht eigenhändig ein Stück Brot ab und trug es ihr hinaus. Nach der Schlacht bei Beaumont sah ich ihn maroden bairischen Nachzüglern aus seiner Feldflasche Cognac zu trinken geben und den Inhalt seiner Cigarrentasche an sie verteilen. Nach Sedan schickte er mich mit reichlichen Cigarrenvorräten zu den Verwundeten in den Lazaretten zu Donchery, indem er bemerkte: „Rauchen ist ihnen doch das liebste, lieber wie Essen." Mehrmals besuchte er in Versailles die Kranken in den Spitälern, erkundigte sich nach ihrem Befinden, fragte nach der Art ihrer Verpflegung und ob sie genüge, sorgte, daß die Leichterkrankten Unterhaltungslektüre erhielten, und vergaß nicht anzuordnen, daß einer derselben, der sich nach Apfelmus gesehnt

und dem er solches versprochen, aus unsrer Küche das Zugesagte bekam. Unaufgefordert beteiligte er sich an der Sammlung zu einer Weihnachtsbescherung, welche die Fürstlichkeiten und andre vornehme Herren im großen Hauptquartiere für die Verwundeten und Kranken im Schloß und andern Lazaretten der Stadt ins Auge gefaßt hatten. Man hat ihn einen bittern Charakter, einen Verächter und Hasser der Menschen genannt, ihm Spötterei und Medisance nachgesagt. Abgeschmacktheiten! Er haßt und verachtet nur das, was an den Menschen nicht menschlich ist, er spottet nur über das Lächerliche an ihnen, besonders wenn es ernst und pathetisch auftritt, und wenn dies oft geschieht, so ist es nicht seine Schuld.

Wenn es scheint, als könne Bismarck sich Menschen ohne selbstsüchtige Ziele und Absichten nicht vorstellen, so wird seine Erfahrung ihm diese Auffassung gelehrt haben, und wenn er überhaupt stark zu Mißtrauen und Argwohn hinneigt, häufig Trug und Schein vermutet und vielen gemeine Motive und schlimme Praktiken zutraut, so wird sich das auf gleiche Weise erklären. Ich könnte nach eigener Beobachtung und aus sicherster Quelle Dutzende von Belegen beibringen, wenn ich sage: nirgends unter der Sonne vielleicht giebt es mehr Gleisner, Ränkespinner und Lügenschmiede, nirgends zwischen den beiden Polen der Erdachse mehr Eitelkeit, Verstellung und Tücke, Scheinwesen und Strebertum als in der Sphäre der diplomatischen Welt und auf dem Parkett, darauf das höhere Hofgesinde sich bewegt. Vorsicht ist hier die oberste Tugend, und hochgestellte Personen thun hier wohl, allezeit der goldnen Regeln eingedenk zu sein: „Traue, schaue, wem," und: „Wer da steht, der sehe zu, daß er nicht falle."

Als preußischer Minister bezieht der Fürst kein Gehalt, als Kanzler des deutschen Reiches jährlich 54000 Mark. Sein

übriges Einkommen fließt im wesentlichen aus Landbesitz, der zwar eine stattliche Anzahl von Morgen umfaßt, aber — vorzüglich bei den gegenwärtigen Getreide- und Holzpreisen — verhältnismäßig geringe Nettoerträge liefert. So würde Bismarck als einfacher Edelmann, ja als Graf für reich gelten können, als Fürsten aber darf man ihn nur mäßig begütert nennen. Bis 1867 besaß er einzig das Gut Schönhausen in der Altmark, das ungefähr 2800 Morgen groß ist und meist Kapitalboden hat. Im obengenannten Jahre kam dazu die Herrschaft Varzin in Hinterpommern, die er sich für die ihm damals vom preußischen Landtage bewilligte Dotation von 400 000 Thalern kaufte, und die, seitdem durch die Güter Sedlitz und Chorow vergrößert, jetzt eine Fläche von etwa 30 000 Morgen umfaßt, zum großen Teil aber aus wenig fruchtbarem Boden besteht und Stellen hat, welche sich selbst zur Bepflanzung mit Kiefern nicht eignen. Nach 1870 schenkte der Kaiser in seiner Eigenschaft als souveräner Herzog von Lauenburg dem Reichskanzler den im Amte Schwarzenbeck nicht weit von Hamburg gelegenen und mit einem Arme bis an die Elbe hinabreichenden Sachsenwald, der, bis dahin Domäne gewesen, einen Landstrich von 7000 Hektaren oder 28 000 Morgen einnimmt und großenteils aus herrlichem Buchenforste besteht, und neuerdings hat der Fürst zu diesem Besitze, mit dem kein Ackerland, sowie kein Schloß oder Herrenhaus verbunden war, die am westlichen Saume desselben gelegenen kleinen Güter Schönau und Silk, sowie eine große Bauernstelle erworben, womit er beiläufig kein durchaus vorteilhaftes Geschäft gemacht hat. Das Holz der Varziner Forsten wird teilweise an drei dort vom Wipperflusse getriebene Holzpapierfabriken, das der Schwarzenbecker an eine große Pulvermühle verkauft, die auf dem dortigen Terrain des Fürsten an der Elbe liegt, teilweise auch von neuangelegten Sägewerken

zu Pfosten, Brettern und Klötzen verarbeitet. Sowohl Schönhausen als Varzin und der Sachsenwald haben den Vorteil, von Eisenbahnen berührt oder durchschnitten zu werden und so ihre Erzeugnisse bequem und wohlfeil zu Markte bringen zu können. Die Herrenhäuser jener drei Besitzungen sind weder besonders geräumig noch sonstwie großartig angelegt, aber behaglich eingerichtet, und Friedrichsruh, wo der Kanzler sich ein ehemals als Logirhaus für Hamburger Sommergäste benutztes Gebäude zu einer Art Schlößchen umgeschaffen hat, ist mit seiner Umgebung von Buchen und Fichten, durch die sich ein Flüßchen hinwindet, ein recht anmutiges Fleckchen Erde. Der Sachsenwald, der es umgiebt, mag mit den beiden Gütern, die sich ihm jetzt anschließen, einen Wert von etwas mehr als drei Millionen Mark haben, sein jährlicher Nettoertrag aber wird gegenwärtig die Summe von hunderttausend Mark nicht sehr beträchtlich übersteigen.

Der Kanzler versteht sich auf die Land- und Forstwirtschaft und hat mit ihr auf seinen Gütern erfreuliche Erfolge erzielt. In Schönhausen hat er gegen fünfhundert Morgen Wald selbst aufgeschont, darunter auch Eichen, welche gut gedeihen. In Varzin ist er bemüht gewesen, einen ausgedehnten Buchenforst, den sein Vorbesitzer infolge irrtümlicher Beurteilung der Bodenbeschaffenheit gerodet und in Ackerland verwandelt hatte, das wenig trug, durch Neupflanzung wiederherzustellen. Desgleichen hat er an andern Stellen der Herrschaft Sorge getragen, daß auf kargem und bis dahin nur mit Sandhafer und Haidekraut bewachsenem Boden Kiefernschonungen angelegt wurden. Nicht minder hat er dem aus Feld bestehenden Areal der sechs Güter, aus denen sich sein kleines Reich im hinterpommerschen Hügellande zusammensetzt, Reformen zu teil werden lassen, die dessen Äcker und Wiesen ertragsfähiger gemacht haben. Bei Friedrichs-

ruh ist hinter dem Hause ein Park geschaffen und der daran hinfließende Bach Aue regulirt und geschlämmt worden, und man geht damit um, einen Eichenwald auf dem rechten Ufer des letzteren, der wegen seines nassen Bodens nicht recht gedeihen will, zu schlagen und durch andre Bäume zu ersetzen.

Bei allen diesen Anlagen und Veränderungen gilt die Regel: wo die Natur — beiläufig wie manches und mancher auf andern Wegen des Kanzlers, zum Exempel bei seiner reformatorischen Arbeit auf volkswirtschaftlichem Gebiete — nicht will, da muß sie. Sie wird dann eben durch kluges Manövriren und zähe Beharrlichkeit, soweit als irgend möglich, gezwungen, sich zu fügen und sich bessern zu lassen.

Werfen wir einen Blick auf die letzten Seiten dieses Kapitels zurück, so ist Bismarck als Reiter, Jäger, Schwimmer und dergleichen in unsrer Zeit, wo in den höhern Ständen die blutarmen, bleichen, hysterischen, abstrakten Existenzen täglich zunehmen, doppelt erquicklich. Ferner sehen wir ihn in den verschiedensten Beziehungen mitten im Leben stehen, aus ihm schöpfen und zu ihm beitragen. Er ist Landwirt, Forstmann und Industrieller, Soldat, Diplomat und Parlamentarier, er besitzt und betreibt Brauereien, Brennereien und Dampfsägewerke, er wird vielleicht noch Holzpapier machen. Von beiden Gesichtspunkten aus erinnert er an Goethe. Auch Goethe war in der verkünstelten Rokokozeit von Geßners Idyllen und Watteaus Gemälden ein Reiter, der mit Herzog Karl August auf den damaligen schlechten Wegen in einem Tage von Leipzig nach Weimar ritt, ein Tänzer, Bergsteiger, Schlittschuhläufer und Schütze, daneben ein Pädagog, ein Naturforscher, ein Finanzmann, ein Handwerkskundiger u. s. w. — kurz, ein ganzer konkreter Mann, in hundertfacher Berührung mit der existirenden Welt.

Ich schließe dieses Kapitel und mit ihm das Buch mit einer kurzen Erwähnung einiger von den Porträts, die von Bismarck aus den verschiednen Perioden seines Lebens existiren. Um das Jahr 1837, als er zweiundzwanzig Sommer alt war, malte ihn seine Kousine, Helene von Kessel, und das noch vorhandene „sehr ähnliche Bildchen zeichnet sich," wie Hesekiel behauptet, „ganz besonders durch den üppigen Haarwuchs aus und bildet so einen schreienden Gegensatz zu den drei Haaren, mit welchen die Berliner Witzblätter Bismarck darzustellen gewohnt sind." Ein sehr gelungenes Konterfei Bismarcks aus seiner Frankfurter Zeit, welches 1877 zu Berlin im Zimmer der Fürstin hing, jetzt aber sich in Friedrichsruh befindet, rührt von einem Professor Becker her, welcher in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre viel in der Gartenvilla der Bockenheimer Landstraße verkehrte, die der preußische Bundestagsgesandte damals mit seiner Familie bewohnte. Das beste Porträt des Reichskanzlers aus der jüngsten Zeit ist unstreitig das von Franz Lenbach, welches zu den Zierden der Berliner Nationalgalerie gehört. Unter den acht oder zehn Studienköpfen aber, die der Maler zu diesem Ölbilde gezeichnet hat, und von denen einige in Photographien zu haben sind, ist meinem Gefühle nach derjenige der vorzüglichste, der den Kanzler fast im Profil und nach aufwärts in die Ferne blickend darstellt. Er ist hier überaus gut getroffen, und die Züge haben — nun, wie soll ich sagen? — etwas Prophetenhaftes, und in der That hängt das leise mit der Entstehungsgeschichte der Zeichnung zusammen. „Wir waren," so erzählte mir der Fürst selbst vor kurzem, „hier in Friedrichsruh im Gespräche begriffen, und ich blickte eben nach einem Zuge von Vögeln auf; da sagte Lenbach: »Halt! so ists gut, jetzt stille halten!« und dann entwarf er die Skizze." Die neuesten Photographien vom Fürsten (aus dem Februar 1883), die ihn mit dem weißen

Vollbart darstellen, den er damals einige Wochen trug, sind so gut, als Photographien sein können. Doch haben sie einen Mangel: der Bart verbirgt das energische Kinn, das den Kanzler fast ebenso charakterisirt als die Augen mit den buschigen Brauen.

* * *

Moral des Buches.

In 'n Froschpfuhl all das Volk verbannt,
Das seinen Meister je verkannt.

Inhalt.



Papier (Trockendruck-Stoff) von Ferd. Flinsch in Leipzig.
Druck von Carl Marquart in Leipzig.